



**Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2020  
gemäß § 99 Abs. 2 Gemeindeordnung für den  
Freistaat Sachsen (SächsGemO)**



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	5
Lagebericht .....	7
Gesamtorganigramm aller Beteiligungen des Landkreises .....	17
Übersicht über die Eigenbetriebe .....	18
Übersicht über die Zweckverbände .....	18
Übersicht über die unmittelbaren Beteiligungen .....	19
Übersicht über die mittelbaren Beteiligungen .....	19
Übersicht über die Finanzbeziehungen des Landkreises Leipzig.....	25
Bildung und Kultur .....	29
Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig .....	30
Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum .....	44
Gesundheit und Soziales.....	67
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft .....	68
Soziale Dienste Muldental gGmbH .....	78
Servicegesellschaft Muldental mbH .....	85
Kommunaler Sozialverband Sachsen .....	90
Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig ....	135
Struktur- und Wirtschaftsförderung .....	147
Breitband GmbH Landkreis Leipzig.....	148
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH .....	153
Invest Region Leipzig GmbH .....	158
Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen .....	170
Verkehr .....	185
Regionalbus Leipzig GmbH .....	186
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH .....	197
Aus- und Weiterbildungsgesellschaft THÜSAC mbH .....	204
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH.....	207
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV) .....	212
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig .....	224
Entsorgung.....	251
KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH.....	252
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen .....	258
Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen .....	271
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH .....	306

Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH und Co. KG.....	308
Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH.....	310
Sparkasse und IT .....	313
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) .....	314
KDN - Kommunale DatenNetz GmbH .....	369
Lecos GmbH.....	370
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G. .....	372
KOMM24 GmbH .....	374
Anhang.....	377
Anlage 1 Begriffserläuterungen.....	377
Anlage 2 Kennzahlen.....	381
Anlage 3 Abkürzungen.....	382
Anlage 4 Beteiligungen in alphabetischer Reihenfolge.....	386



# Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) hat der Landkreis Leipzig dem Kreistag einen Bericht über seine Beteiligungen und deren wirtschaftliche Entwicklung vorzulegen und diesen öffentlich auszulegen. Mit Vorlage des aktuellen Berichtes für das Jahr 2020 kommen wir dieser Verpflichtung gerne nach.

§ 99 Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) legt dazu fest:

„(1) Die Gemeinde schafft die Voraussetzungen, um die Unternehmen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, zu steuern und zu überwachen sowie die auf ihre Veranlassung in diesen Unternehmen tätigen Aufsichtsratsmitglieder bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

(2) Dem Gemeinderat ist jeweils bis zum 31. Dezember des dem Berichtsjahr folgenden Jahres ein Bericht über die Eigenbetriebe und die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts vorzulegen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. In dem Bericht müssen mindestens enthalten sein:

1. eine Beteiligungsübersicht unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszweckes und des Stamm- oder Grundkapitals sowie des prozentualen Anteils der Gemeinde an diesem,
2. die Finanzbeziehungen zwischen der Gemeinde und den Unternehmen, insbesondere unter Angabe der Summe aller Gewinnabführungen an den Gemeindehaushalt, der Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse aus dem Gemeindehaushalt, der Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen sowie der Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen,
3. ein Lagebericht, der den Geschäftsverlauf und Lage aller Unternehmen so darstellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild vermittelt wird; der Lagebericht soll insbesondere auf Unternehmensvorgänge von besonderer Bedeutung, die während des letzten Geschäftsjahres eingetreten sind, und auf die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen im kommenden Geschäftsjahr eingehen.

Dem Bericht sind als Anlage die Satz 2 entsprechenden Angaben für die Zweckverbände, deren Mitglied die Gemeinde ist, sowie deren Beteiligungsberichte beizufügen.

(3) Darüber hinaus soll der Bericht für jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mindestens 25 Prozent beteiligt ist, insbesondere folgendes ausweisen:

1. die Organe des Unternehmens, die Zusammensetzung der Organe unter namentlicher Nennung von Geschäftsführung, Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern, die Anzahl der Mitarbeiter sowie den Namen des bestellten Abschlussprüfers und soweit möglich, die Namen und Beteiligungsanteile der anderen Anteilseigner,

2. die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und die beiden dem Berichtsjahr vorangegangenen Jahre; für das Berichtsjahr sind die Planwerte den aktuellen Ist-Werten gegenüberzustellen; die Kennzahlen sollen eine Beurteilung der Vermögenssituation, der Kapitalstruktur, der Liquidität, der Rentabilität und des Geschäftserfolgs des Unternehmens zulassen,
  3. wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht der Geschäftsführung zum Berichtsjahr und dem darauffolgenden Geschäftsjahr einschließlich einer Bewertung der Kennzahlen.
- (4) Der Beteiligungsbericht ist der Rechtsaufsichtsbehörde zuzuleiten. Die Angaben des Beteiligungsberichts nach Absatz 2 sind von der Gemeinde zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Dies ist ortsüblich bekannt zu geben.“

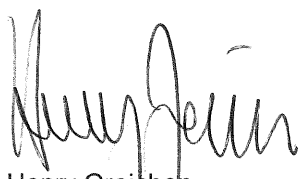
Der Landkreis Leipzig verfügt im Jahr 2020 insgesamt über zwei Eigenbetriebe, acht unmittelbare und sechzehn mittelbare Beteiligungen an Gesellschaften und Zweckverbänden sowie über sieben Beteiligungen an Zweckverbänden.

Der für das Geschäftsjahr 2020 erstellte Beteiligungsbericht enthält die gesetzlich geforderten Angaben und soll einen Beitrag zu größerer Transparenz der Verwaltung hinsichtlich der Aufgabenerfüllung durch ausgegliederte, organisatorisch und finanzwirtschaftlich verselbständigte Organisationseinheiten leisten.

Im Sinne einer optimalen Aufgabenerfüllung steht nicht die Frage nach der Rechtsform, sondern vielmehr die Frage nach den effektivsten Instrumentarien zur Zielerreichung im Vordergrund. Dabei sind Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit ebenso zu berücksichtigen wie politische und gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen.

Der Beteiligungsbericht soll Anregung sein für eine weitere strategische Entwicklung sämtlicher kommunaler Beteiligungen. Für den vorliegenden Beteiligungsbericht bilden die geprüften Jahresabschlüsse bzw. Jahresrechnungen der Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2020 die Grundlage.

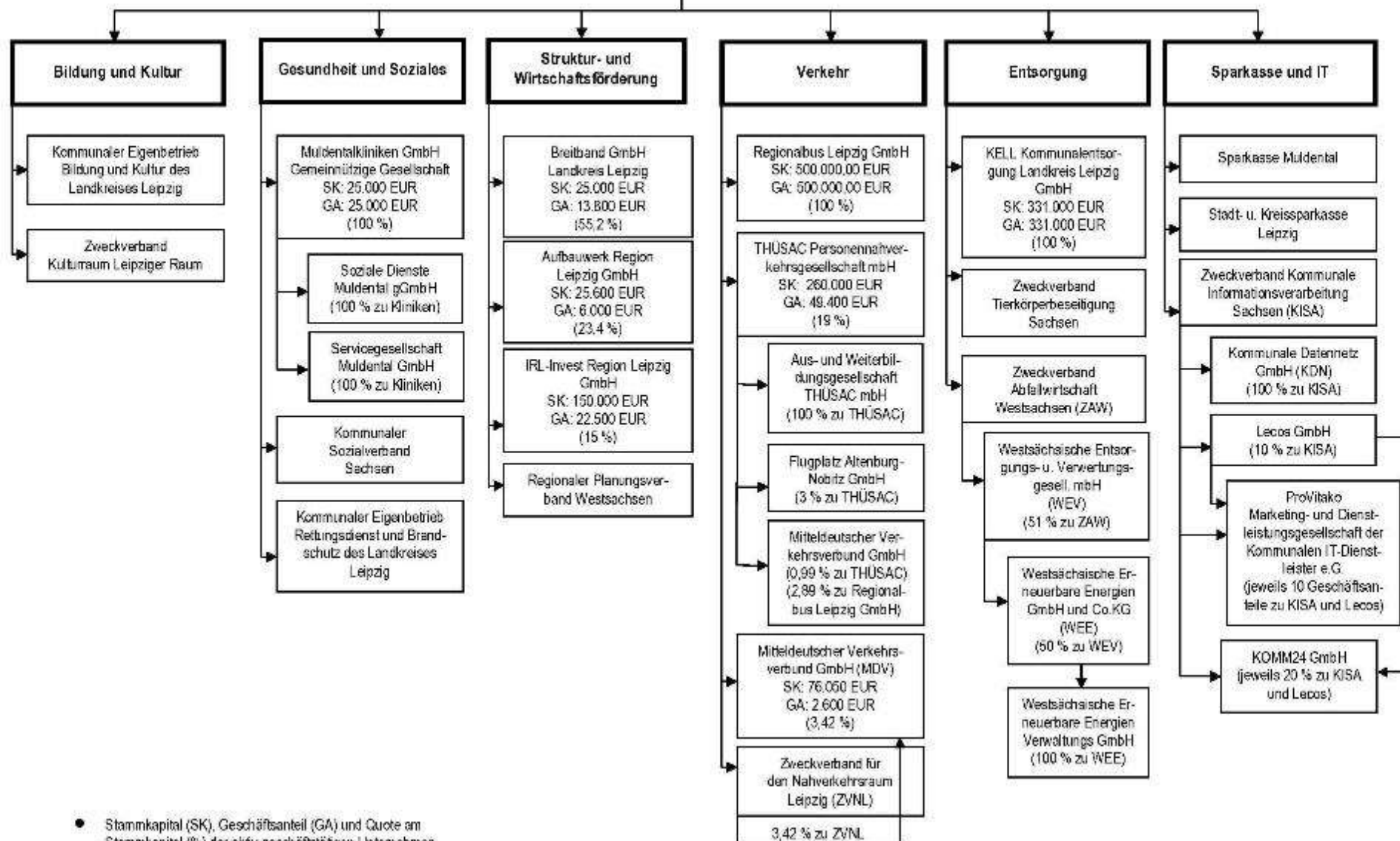
Borna, im Oktober 2021



Henry Graichen

Landrat des Landkreises Leipzig

# Landkreis Leipzig – Organigramm Beteiligungen (Stand: Dezember 2020)



## Bildung und Kultur

Der **Kommunale Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“** nahm seine Geschäftstätigkeit gemäß Beschluss des Kreistages 2018/080 zum 01.01.2019 auf.

Der Festsetzungsbeschluss des Wirtschaftsplanes 2020 erfolgte am 11.12.2019 vom Kreistag. Die Landesdirektion Sachsen teilte in einer Mail vom 12.02.2020 mit, auf eine Bestätigung der Gesetzmäßigkeit zu verzichten, da die Monatsfrist bereits am 20.01.2020 abgelaufen war. Der Wirtschaftsplan 2020 lag ab dem 21.01.2020 rechtswirksam vor.

Der Kommunale Eigenbetrieb Bildung und Kultur legt mit dem Jahresabschluss 2020 ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb Bildung und Kultur durch den Landkreis Leipzig ein Zuschuss in Höhe von 3.290.142,80 Euro (Vorjahr: 3.002.560,50 Euro) gewährt.

Der **Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum** entstand aus dem Kulturraumgesetz vom 20.01.1994 und ist ein Pflichtzweckverband. Die Ausgaben werden aus Zuweisungen des Freistaates Sachsen und den Umlagen der Verbandsmitglieder finanziert. Der Kulturraum Leipziger Raum besteht aus den Mitgliedern Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen.

Bei Veröffentlichung des Beteiligungsberichtes 2019 lagen die Jahresabschlüsse 2017 und 2018 noch nicht vor. Dies wird für beide Jahre im Folgenden Beteiligungsbericht 2020 nachgeholt.

Für den Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum lagen die festgestellten Jahresabschlüsse zum 31.12.2019 und zum 31.12.2020 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

## Gesundheit und Soziales

Die **Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft** betreiben die Betriebsstätten als Einrichtungen der Regelversorgung entsprechend Krankenhausplan mit 355 Planbetten. Die Gesellschaft schloss das Jahr 2020 mit einem Jahresüberschuss von EUR 1.070.404,68 (Vorjahr EUR -251.611,57) ab. Das erzielte Jahresergebnis 2020 lag um TEUR 1.009 über der im Lagebericht 2019 aufgestellten Prognose zum Jahresergebnis 2020 und des Wirtschaftsplans von TEUR +61.

Der Jahresabschluss 2020 wurde im Aufsichtsrat der Gesellschaft am 16.04.2021 beraten und von der Gesellschafterversammlung festgestellt. Im Geschäftsjahr 2020 betrugen die Umsätze TEUR 64.283 (Vorjahr: TEUR 60.061). Die Leistungsmenge war aufgrund der schwachen Auslastung rückläufig. Daher ist die Steigerung der Umsätze aus Krankenhausleistungen auf pandemiebedingte Zuschüsse von Bund, Land und Sozialversicherungsträgern zurückzuführen. Die Ausgleichsprämien für die Freihaltung von Bettenkapazitäten und Intensivkapazitäten waren 2020 mit TEUR 5.702 in den Umsatzerlösen enthalten. Gleichzeitig führte der gegenüber dem Vorjahr gestiegene Landesbasisfallwert zu einem Erlösanstieg in Höhe von ca. TEUR 1.378.

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Jahr 2019 um TEUR 431 (+1,0 %) gestiegen. Der Rückgang beim Personalbestand führte durch Vergütungssteigerungen aus den Tarifabschlüssen TV-Ärzte und TVöD dazu, dass der Personalaufwand nicht gleichmäßig zum Personalbestand sank.

Die Anzahl der Vollkräfte war insbesondere im Pflegebereich rückläufig, da nicht alle vakanten Stellen mit geeigneten Bewerbern zeitnah besetzt werden konnten. Darüber hinaus konnte der ursprünglich geplante Stellenaufbau in der Pflege aufgrund der geringeren Auslastung in der Corona-Pandemie und der geringen Verfügbarkeit von Pflegekräften am Arbeitsmarkt nicht umgesetzt werden.

Die zeitweise geringe Auslastung der Stationen wurde in der ersten Jahreshälfte 2020 dazu genutzt, um Rückstände bei Urlaub und Mehrstunden abzubauen.

Das Jahr 2020 war besonders geprägt von einem ungewöhnlichen Umfeld, das keinen Vergleich zu früheren und wohl auch zukünftigen Jahren bietet.

Die Unterstützungsmaßnahmen von Bund, Land und Sozialversicherungen für einen wirtschaftlichen Ausgleich der z. T. sehr erheblichen Auswirkungen der Corona-Pandemie haben sich positiv auf die Gesellschaft ausgewirkt. Die Gesellschaft hat das Jahr 2020 trotz schwierigster Rahmenbedingungen weiter genutzt, um umfangreiche Veränderungen in Strukturen und Prozessen zu realisieren und weitere Optimierungen vorzubereiten. Maßnahmen zur Kostenreduktion in den Bereichen Beköstigung, Reinigung und Personal wurden in 2020 ergebniswirksam.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft hat sich im Jahresverlauf verbessert.

Der **Kommunale Sozialverband Sachsen (KSV)** ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Als höherer Kommunalverband vereinigt er die zehn Landkreise und die drei kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen. Im Mittelpunkt der Arbeit des KSV Sachsen stehen behinderte, hilfe- und pflegebedürftige Menschen. Sie haben einen Anspruch darauf, ein selbstbestimmtes und gleichberechtigtes Leben in unserer Gesellschaft zu führen. Der KSV Sachsen ist überörtlicher Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe, überörtliche Betreuungsbehörde, vollzieht Förderrichtlinien u. a. nach dem Landesjugendhilfegesetz sowie im Rahmen von Aufwendungen für Investitionen und Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen nach dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) und erfüllt die Aufgaben des Integrationsamtes aus dem Schwerbehindertenrecht sowie dem Sozialen Entschädigungs- und Fürsorge-recht. Zur Erfüllung seiner Aufgaben erhebt der KSV eine Umlage für nicht gedeckten Bedarf. Der Landkreis Leipzig zahlte 2020 eine Sozialumlage in Höhe von 30.602.616,90 EUR (Vorjahr 29.160.487,40 EUR).

Der Jahresabschluss 2020 wurde in der Verbandsversammlung am 06.12.2021 beschlossen. Die ordentlichen Erträge liegen bei 684,2 Mio. EUR (Vorjahr 727,9 Mio. EUR), die ordentlichen Aufwendungen bei 717,9 Mio. EUR (Vorjahr 728,3 Mio. EUR). Der Ergebnishaushalt schließt mit einem Fehlbetrag i. H. v. 33,8 Mio. EUR (Vorjahr Fehlbetrag 0,4 Mio. EUR) ab.

Der **Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig** hat seine Geschäftstätigkeit gemäß Beschluss des Kreistages 2017/141 vom 13.12.2017 zum 01.01.2018 aufgenommen.

Das Wirtschaftsjahr 2020 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von EUR 218.654,52 ab.

Im Bereich Rettungsdienst wurden im Wirtschaftsjahr 2020 Umsatzerlöse in Höhe von EUR 14.864.843,79 erzielt. Leistungsentgelte unter Einschluss zu leistender Tarifausgleiche an Leistungserbringer des Rettungsdienstes wurden in Höhe von EUR 10.174.419,05 gezahlt. Der Kostenträger „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ erzielte aus Umsatzerlösen EUR 144.760,67, wovon EUR 122.517,17 auf Erlöse aus Gebühren für Leistungen, EUR 22.243,50 auf Erlöse aus Mieten entfielen.

Im Bereich „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ wurden EUR 108.044,36 aus Leistungen für Dritte erzielt.

Die Umsatzerlöse des Rettungsdienstes unterschritten unbenommen dieses erzielten Jahresüberschusses dennoch pandemiebedingt den Planansatzwert um TEUR 1.306, so dass die für den Ausgleich der Vorjahresverluste geplanten Erlöse nicht erzielt werden konnten. Die Umsatzerlöse des Feuerwehrtechnischen Zentrums fielen durch zusätzliche Leistungen für Dritte im Digitalfunk mit TEUR 40 höher als geplant aus. In der Kostenträgersparte „Netzanlagen und sonstige Dienstleistungen“ wurden keine typischen Umsatzerlöse erzielt. Die hierzu veranschlagten Planansätze in den Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 45 waren buchhalterisch sachgerecht den sonstigen betrieblichen Erträgen zuzuordnen.

## Struktur- und Wirtschaftsförderung

Der Kreistag des Landkreises Leipzig hat in seiner Sitzung am 18.09.2019 die Gründung der **Breitband GmbH Landkreis Leipzig** mit den Gesellschaftern Landkreis Leipzig, den Städten Bad Lausick, Böhlen, Borna, Brandis, Colditz, Frohburg, Geithain, Grimma, Groitzsch, Kitzscher, Markkleeberg, Markranstädt, Naunhof, Pegau, Regis-Breitingen, Rötha, Trebsen, Wurzen, Zwenkau und den Gemeinden Bennewitz, Borsdorf, Elstertrebnitz, Großpösna, Lossatal, Machern, Neukieritzsch, Parthenstein und Thallwitz beschlossen.

Danach beteiligt sich der Landkreis Leipzig an der Gesellschaft mit einem Anteil am Stammkapital von 52 % zuzüglich zweier weiterer Geschäftsanteile zu je 1,6 %, so dass er insgesamt 55,2 % der Anteile hält. Die genannten achtundzwanzig Städte und Gemeinden sind mit jeweils 1,6 % (insgesamt somit 44,8%) am Stammkapital beteiligt. Die Gesellschaft hatte im Jahr 2020 nur Kosten des laufenden Geschäftsbetriebes, insbesondere im Zusammenhang mit der Beantragung von Fördermitteln. Die Ausgaben wurden durch Mittel des Landkreises aus § 22b Abs. 4 a) SächsFAG gedeckt.

Die **Aufbauwerk Region Leipzig GmbH** ist Dienstleister für Dritte, vorrangig für öffentliche Institutionen. Sie arbeitet als Berater, Entwickler, Manager und Controller bei Projekten, die zumeist aus Mitteln der Europäischen Union finanziert werden. Auf diese Weise werden zusätzlich finanzielle Mittel für die regionalen Akteure in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Umwelt und Naturschutz sowie der politischen und kulturellen Zusammenarbeit akquiriert.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens stellte sich im Jahresverlauf stabil dar. Die Gesellschaft verfügt derzeit über 15 Projekte, wovon zehn als Auftragnehmer umgesetzt werden. Im Geschäftsjahr 2020 wurde ein Fördervolumen von insgesamt rund 15 Millionen Euro akquiriert, davon 5 Millionen Euro für die Region. Die Förderperiode 2014-2020 befindet sich in der Auslaufphase. Bedingt durch die COVID-19 Pandemie kam es bei der Umsetzung der Projekte zu Verzögerungen, sodass mehrere Projekte bis maximal sechs Monate verlängert werden mussten. Dies wirkt sich für die Gesellschaft positiv aus, da durch die Verlagerung dieser Umsätze in das Jahr 2021 die Ausfälle in der Übergangszeit abgemildert werden. Laut aktueller Prognosen werden die neuen Förderprogramme für die nächste Förderperiode nicht vor Ende 2021 / Anfang 2022 zur Verfügung stehen. Der Start neuer Projekte wird frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2022 prognostiziert. Da sich die aktuelle Förderperiode 2014-2020 bereits in der Auslaufphase befindet, wurden im Jahr 2020 mehrere Projekte (u.a. MOVECIT, REFREsh und RURES) beendet. Das Jahr 2021 ist geprägt von Abschlussarbeiten weiterer Projekte. Die letzten Projekte aus der vorangegangenen Förderperiode 2014-2020 werden im Frühjahr 2022 beendet sein.

Die Gesellschaft erwartet, wie im Wirtschaftsplan dargestellt, für die Jahre 2021 und 2022 positive Jahresergebnisse (2021: 135.000 Euro, 2022: 56.000 Euro); für die Folgejahre ab 2023 werden negative Jahresergebnisse erwartet (2023: -13.000 Euro, 2024: -16.000 Euro). Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2020 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 69.953,51 Euro ab (Vorjahr: Jahresüberschuss 29.832,53 Euro).

Die **Invest Region Leipzig GmbH** fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der durch die Gesellschafter repräsentierten Region dienen. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhält die IRL GmbH von ihren Gesellschaftern Finanzmittel, die sich am jeweiligen Gesellschaftsanteil der Gesellschafter bemessen bzw. zur Erbringung projektbezogener Leistungen vereinbart werden. Daneben generiert die GmbH Eigenerlöse durch die projektbezogene Einbindung regionaler Wirtschaftspartner in ihre Vertriebs- und Marketingmaßnahmen.

Die Gesellschaft weist für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.433 (2019: TEUR 1.350) aus. Hiervon resultieren Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.418 (2019: TEUR 1.299) aus der Erbringung von satzungsgemäß definierten



Dienstleistungen der Gesellschaft, denen ein Leistungsaustauschverhältnis mit den Gesellschaftern bzw. ein Zuwendungsbescheid zugrunde liegt, und in Höhe von TEUR 16 (2019: TEUR 50) aus maßnahmenorientierten Marketing-Aktivitäten. Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 82 (2019: TEUR 59) entfallen auf das Projekt Errichtung von Auslandsrepräsentanzen in Vietnam und UK, welches zwischen der IRL und dem Gesellschafter Stadt Leipzig im Jahr 2019 gesondert vertraglich vereinbart wurde. Im Ergebnis ihrer nicht auf Gewinnerzielung ausgerichteten Geschäftstätigkeit vom 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2020 weist die Gesellschaft einen strukturbedingten Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 2 (2019: TEUR 2) aus.

Dem **Regionalen Planungsverband Leipzig-West Sachsen** obliegt die Regionalplanung für die Planungsregion Westsachsen, die mit dem Landesdirektionsbereich Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen. In den Braunkohlegebieten der Planungsregion Westsachsen sind darüber hinaus für jeden Braunkohletagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen. Der Regionale Planungsverband spielt für die Region aus planerischen Gesichtspunkten eine wesentliche Rolle. Die finanzielle Belastung für den Landkreis betrug 2020 10.300,00 EUR.

Im Vorjahr lag der Jahresabschluss zum 31.12.2019 bei Veröffentlichung des Beteiligungsberichtes 2019 noch nicht vor und wird hiermit im Beteiligungsbericht 2020 nachgeholt. Der Jahresabschluss zum 31.12.2020 lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

## Verkehr

Gegenstand der **Regionalbus Leipzig GmbH** ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 28. April 1993 in der Fassung vom 16. Juli 2015 die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft liegt mit ca. 98 % des Leistungsvolumens der gefahrenen Kilometer im Bereich des ÖPNV-Liniensverkehrs. Grundlage für die Erbringung dieser Verkehrsleistungen bildet seit dem 1. Januar 2014 der „Öffentliche Dienstleistungsauftrag über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten“ (ÖDA), gemäß Beschluss Nr. 2013/081 des Kreistages des Landkreises Leipzig vom 9. Oktober 2013.

Bis zum Dezember 2020 erbrachten fünf vertraglich gebundene Nachauftragnehmer der Gesellschaft Teile der Verkehrsleistung im Bediengebiet Muldental. Einer dieser Verträge wurde zum Fahrplanwechsel im Dezember 2020 einvernehmlich beendet.

Nach den Städten Bad Lausick, Brandis und Grimma wurde im Jahr 2020 auch mit der Stadt Colditz ein Vertrag zur Verkehrsbedienung abgeschlossen.

Nach erfolgreicher Umsetzung von Verkehrsprojekten zur Realisierung eines Paradigmenwechsels in der ländlichen Mobilität in den letzten Jahren, betreibt die Gesellschaft nunmehr insgesamt 14 PlusBus- und 8 TaktBus-Linien. Für diese gelten hochwertige Qualitätsstandards hinsichtlich Verkehrsbedienung und eingesetzter Fahrzeuge.

Der Erfolg dieser Projekte zeigt sich deutlich in der Entwicklung der Fahrgastnachfrage. So konnte in den Monaten Januar und Februar 2020 eine Steigerung der Fahrgastzahl vor Korrekturwerten von 8 % im Vergleich zu den Vorjahresmonaten verzeichnet werden. Infolge des starken Rückgangs der Mobilität im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie kam es zu einem Einbruch der Verkehrsnachfrage. Dennoch konnten über das Gesamtjahr betrachtet noch fast 80 % der Fahrgäste des Vorjahres im Liniensverkehr befördert werden.

Die Gesellschaft konnte die Herausforderungen der Pandemie erfolgreich bewältigen und nicht zuletzt dank der von Bund und Freistaat sowie durch den Gesellschafter zur Verfügung gestellten Finanzhilfen und aufgrund der günstigen Entwicklung des Kraftstoffpreises das Geschäftsjahr 2020 mit einem zufriedenstellenden kaufmännischen Ergebnis abschließen. Die beauftragten Verkehrsleistungen im gesamten Bediengebiet wurden an die Erfordernisse der Pandemiesituation angepasst und unter Einhaltung von Schutzmaßnahmen sowie unter Beachtung der Regelungen der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung stets zuverlässig erbracht.

Das Wirtschaftsjahr 2020 schließt mit einem Jahresergebnis in Höhe von TEUR 1.410. Geplant wurde mit einem Ergebnis in Höhe von TEUR 912. Daraus ergibt sich eine positive Abweichung von TEUR 498. Die geplanten Umsatzerlöse für das Jahr 2020 wurden aufgrund des pandemiebedingten Rückgangs der Verkehrsnachfrage bzw. wegen der Einschränkungen aufgrund der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung nicht erreicht.

Bei den Investitionen 2020 wurde die geplante Summe zum Stichtag 31. Dezember 2020 um insgesamt TEUR 1.374 überschritten. Dieser Wert resultiert u. a. aus der zeitlichen Verzögerung der Fertigstellung des Erweiterungsbaus in Deuben (TEUR 924), einer aus 2019 nachgeholten Investition für Omnibusse (TEUR 444) sowie weiteren Investitionen, die technisch bedingt nicht planmäßig umgesetzt werden konnten und in das nächste Wirtschaftsjahr übertragen werden müssen.

Für das Jahr 2021 wird mit Einnahmen im ÖPNV-Linienverkehr von TEUR 6.750 (2020 Plan: TEUR 7.089, 2020 Ist: TEUR 6.883) geplant. Das Erreichen des Planwertes ist im Wesentlichen abhängig von den Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Entscheidung zur erneuten Einrichtung eines „Rettungsschirms“ für die ÖPNV-Unternehmen.

Der **THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH** obliegt die öffentliche Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im Linienverkehr (ÖPNV), freigestellten Schüler- sowie Gelegenheitsverkehr. Den Linienverkehr erbringt die Gesellschaft im MDV-Gebiet in den Städten Altenburg, Borna und Schmölln (Stadtverkehr) sowie in den Landkreisen Altenburger Land (Freistaat Thüringen) und dem Landkreis Leipzig (Freistaat Sachsen). Die Gesellschaft erbringt neben den Leistungen des ÖPNV weitere Leistungen zur Fahrzeuginstandsetzung auf der Grundlage eines Servicevertrags mit der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH.

Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb eines Linienverkehrs nach § 42 PBefG für das Bediengebiet Sachsen wurden durch die Landesdirektion Leipzig für den Stadtverkehr Borna für zwei Linien und den Überlandlinienverkehr für 21 Linien zeitgleich mit der Laufzeit des ÖDA vom 1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2023 erteilt.

Das Geschäftsjahr 2020 schließt mit einem Jahresfehlbetrag von TEUR 146 ab. Beeinflusst wird das negative Jahresergebnis hauptsächlich durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie, die gestiegenen Personalkosten auf Grund des neuen Vergütungstarifvertrages sowie den Anstieg der Abschreibungen.

Das Kalenderjahr 2020 war zum überwiegenden Teil durch die Corona-Pandemie geprägt, welche bereits ab 16. März 2020 und im gesamten Verlauf des Geschäftsjahres zu erheblichen Mobilitätseinschränkungen führte. Die negativen Auswirkungen der Pandemie waren dadurch in allen Unternehmensbereichen deutlich spürbar. Die langanhaltenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens führten zum starken Rückgang der Fahrgastzahlen und somit zur negativen Umsatzentwicklung, welche mit finanzieller Unterstützung seitens des Bundes bzw. der Länder im Rahmen des ÖPNV-Rettungsschirms teilweise ausgeglichen werden konnten. Ausgaben für zusätzliche Hygiene- und Schutzmaßnahmen sowie Umsatzverluste im Bereich Technik und im Gelegenheitsverkehr mussten dagegen durch das Unternehmen eigenständig aufgefangen werden. Trotz der schwierigen und sich täglich ändernden Lage konnte die Liquidität und der reguläre Geschäftsablauf im gesamten Jahresverlauf sichergestellt werden.

Die zum Zwecke der Aus- und Weiterbildung des Fahrpersonals der THÜSAC gegründete Gesellschaft konnte ihren Betrieb in der zweiten Jahreshälfte aufnehmen. Durch die Corona-Pandemie bedingten Einschränkungen konnte zunächst die Genehmigung für die Inbetriebnahme im Geschäftsjahr 2020 erwirkt, jedoch noch nicht mit der Ausbildung begonnen werden.



Die Basis für die Erbringung der Verkehrsleistungen bleibt die Beauftragung durch die Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land und Landkreis Leipzig. Im Bediengebiet des Landkreises Leipzig wurde das neue Leistungsangebot, auf der Relation Groitzsch-Pegau-Borna mit neuen Linienverläufen, höherer Fahrtenhäufigkeit und besserer Anbindung an die S-Bahn umgesetzt. Auf Grund der Corona-Pandemie, konnten die Erfolgsaussichten des neuen Projekts nur bedingt bewertet werden. In den Monaten Januar und Februar des Jahres 2020 zeigte sich dabei ein deutlicher Zuwachs der Fahrgastzahlen im Vergleich zum Vorjahr, weshalb zunächst von einer positiven Entwicklung unter regulären Bedingungen ausgegangen werden kann. Des Weiteren wurde im Verlauf des Kalenderjahres an der Neustrukturierung des Stadtverkehrs Borna gearbeitet.

Für das Geschäftsjahr 2021 wird es auf Grund der anhaltenden Auswirkungen der Corona Pandemie schwer das geplante ausgeglichene Jahresergebnis zu erreichen. Dies zeigt sich hauptsächlich in den fehlenden Fahrgeldeinnahmen. Der Tarifierhöhung zum 01.01.2021 wird eine weitere moderate Tarifanpassung zum 01.08.2021 folgen.

Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt die **Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)** das Geschäftsjahr 2020 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2020 zu zahlende Zuschuss von TEUR 2.961 entsprach der mittelfristigen Planung des Vorjahres. Mit dem Wirtschaftsplan 2020 und dem Beschluss zum Jahresabschluss 2019 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von TEUR 446 auf Folgejahre zweckgebunden übertragen. Im Berichtsjahr wurden davon Zuschüsse von TEUR 2.972 in Anspruch genommen, da den Aufwendungen von TEUR 5.311 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 2.339 gegenüberstanden. Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 435 wurde passiviert. Mit dem Wirtschaftsplan 2021 wurde davon durch die Gesellschafter am 10. Dezember 2020 bereits ein Übertrag von TEUR 266 auf die Jahre 2021 bis 2024 beschlossen. Über die Verwendung der zusätzlich nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von TEUR 169 werden die Gesellschafter entscheiden. Außerdem musste die geplante Entnahme aus der Kapitalrücklage nicht in Anspruch genommen werden.

Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Bundes, der Freistaaten Thüringen und Sachsen, des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen und dem ÖPNV-Konzepten sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2020/2021 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der jeweiligen Partner an verschiedenen Strategieprojekten.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2020 trotz der Corona-Pandemie gesichert, da die geplanten Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter vollständig gezahlt werden konnten.

Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie ist auch 2021 mit einer absolut kritischen Einnahmesituation bundesweit im ÖPNV zu rechnen; auch die Verbundeinnahmen im MDV werden wiederum deutlich unter den Planwerten liegen. Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt.

Im Bereich des schienengebundenen Personennahverkehrs ergeben sich für den Landkreis keine unmittelbaren finanziellen Verpflichtungen, da der **Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** zur Finanzierung der Ausgaben die entsprechenden Mittel durch den Freistaat Sachsen erhält.

## Entsorgung

Die Umsätze der **KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH** betragen im Berichtsjahr 10,9 Mio. EUR und liegen damit 2,4 % über dem Vorjahresniveau. Dabei wurde der durch die schrittweise Einführung der Biotonne im Landkreis Leipzig erzielte Umsatzzuwachs von 0,5 Mio. EUR durch marktbedingt gefallene Papierlöse abgeschwächt. Das Geschäftsergebnis beträgt im Berichtsjahr 487 TEUR.

Nach der schrittweisen flächendeckenden Einführung der Biotonne im Berichtsjahr wird die erstmalige ganzjährige Erfassung dieser Abfallart in 2021 zu einem weiteren Umsatzanstieg führen. Parallel dazu wird der Umfang der Restabfallentsorgung weiter sinken. Insgesamt ist jedoch ein Anwachsen des Auftragsvolumens in 2021 zu erwarten.

Die durch die Umstellung des Veranlagungssystems verursachte Veränderung der Struktur des im Kreisgebiet ausgestellten Behältersystems wird sich auch in 2021 fortsetzen, wenn auch mit einer geringeren Dynamik. Dies betrifft sowohl den Rückgang der für Restabfall bereitgestellten Behälter als auch die Zunahme an Behältern mit höherem Volumen. Die Gesellschaft erwartet deshalb nochmals ein höheres Investitionsvolumen für die Beschaffung größerer Behälter sowie u. U. notwendige Teilwertabschreibungen auf nicht mehr benötigte kleinere Behälter.

Da der Landkreis dem Unternehmen alle betriebsnotwendigen Aufwendungen zur Erfüllung der Verträge in Form von Entgelten ersetzt, erstrecken sich Risiken im Wesentlichen auf den operativen Bereich. Zur Abdeckung dieser Risiken hat die Gesellschaft entsprechende Versicherungen abgeschlossen. Strategische Risiken sind nicht zu erkennen.

Von der Covid 19 Pandemie war die Gesellschaft bis auf umfangreiche Vorkehrungen für ihre Mitarbeiter zur Vermeidung der Ansteckung durch die weitgehende Systemrelevanz nicht betroffen.

Der **Zweckverband Tierkörperbeseitigung Sachsen** schließt das Jahr 2020 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab.

Die Gesamterträge geplant mit 7.863.364 EUR (Vorjahr 7.809.900 EUR) wurden mit 8.085.827 EUR (Vorjahr: 7.783.226 EUR) erreicht und liegen mit 222.463 EUR über dem Plan (Vorjahr 26.674 EUR unter Plan). Die Umsatzerlöse liegen mit 318.217 EUR über dem Planansatz (Vorjahr 95.606 EUR unter Plan). Die abschließend ermittelte Höhe der Verbandsumlage beträgt insgesamt 1.484.657,08 EUR (Vorjahr: 1.353.807,23 EUR). Die Vorauszahlungen der Verbandsmitglieder betragen 1.486.077,20 EUR (Vorjahr: 1.325.794,95 EUR), so dass nach Feststellung der Jahresrechnung die Nachzahlung für den Landkreis Leipzig 1.424,01 EUR (Vorjahr: Nachzahlung 3.170,72 EUR) bei einem zunächst gezahlten Umlagebeitrag in Höhe von 106.832,60 EUR beträgt.

Für den **Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW)** erfolgte der Feststellungsbeschluss für den Jahresabschluss zum 31.12.2020 in der am 27.09.2021 stattgefundenen Verbandsversammlung. Der Jahresabschluss wurde von der Henschke und Partner mbB geprüft und hat zu keinen Einwendungen geführt. Dem Jahresabschluss und dem Lagebericht wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt.

Durch den Jahresüberschuss 2020 in Höhe von 166 TEUR (Vorjahr: Jahresverlust 211 TEUR) erhöht sich das Eigenkapital zum 31.12.2020 auf 6.167 TEUR (Vorjahr: 6.001 TEUR). Die Eigenkapitalquote beträgt 63,4 % (Vorjahr: 69,2 %)

## Informationstechnologie (IT)

Für den **Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)** wurde der Jahresabschluss zum 31.12.2020 in der Verbandsversammlung am 24.09.2021 festgestellt. Im Jahr 2020 konzentrierte sich KISA auf den Ausbau der Servicekultur gegenüber den Kunden sowie den Aufbau neuer Geschäftsfelder im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltungsaufgaben, der Beratungsleistungen im Datenschutz, der IT-Sicherheit und im Lizenzmanagement, dem regionalen Ausbau der Leistungserbringung mit dem Dokumentenmanagement VIS und der Erbringung der Dienstleistung im Hard- und Software-Bereich für Schulen.

Der Zweckverband hielt mit Stichtag 31. Dezember 2020 insgesamt 268 Verbandmitglieder. Aufgrund der anhaltenden positiven Entwicklung des Verbandes wurden 2020 sieben Verbandsmitglieder durch die Verbandsversammlung neu aufgenommen.

Im Vergleich zum Vorjahr erhöht sich der Umsatz um 2.837 TEUR. Der Mehrumsatz ist insbesondere im Anstieg der Technikverkäufe begründet (1.924 TEUR), in der fortgesetzten Erweiterung der Leistungen im Antragsmanagement (587 TEUR) sowie im Dokumentenmanagementsystem VIS (427 TEUR). Auch durch die Umstellung vom Virtuellen Rathaus auf das CMS konnte ein Zugewinn erzielt werden (74 TEUR), ebenso über den Webshop (210 TEUR). Erwartet rückläufig waren die Umsätze für Wahlen.

Im Wirtschaftsplan 2020 wurde ein Umsatz von 20.679 TEUR geplant. Dieses Ziel wurde nicht erreicht.

Eine der Hauptursachen sind trotz steigender Tendenz die im Vergleich zum Plan geringeren Umsätze für Technikverkauf an Schulen und über den Webshop, die sich jedoch in allgemeinen Lieferschwierigkeiten begründen und nicht in mangelnder Nachfrage.

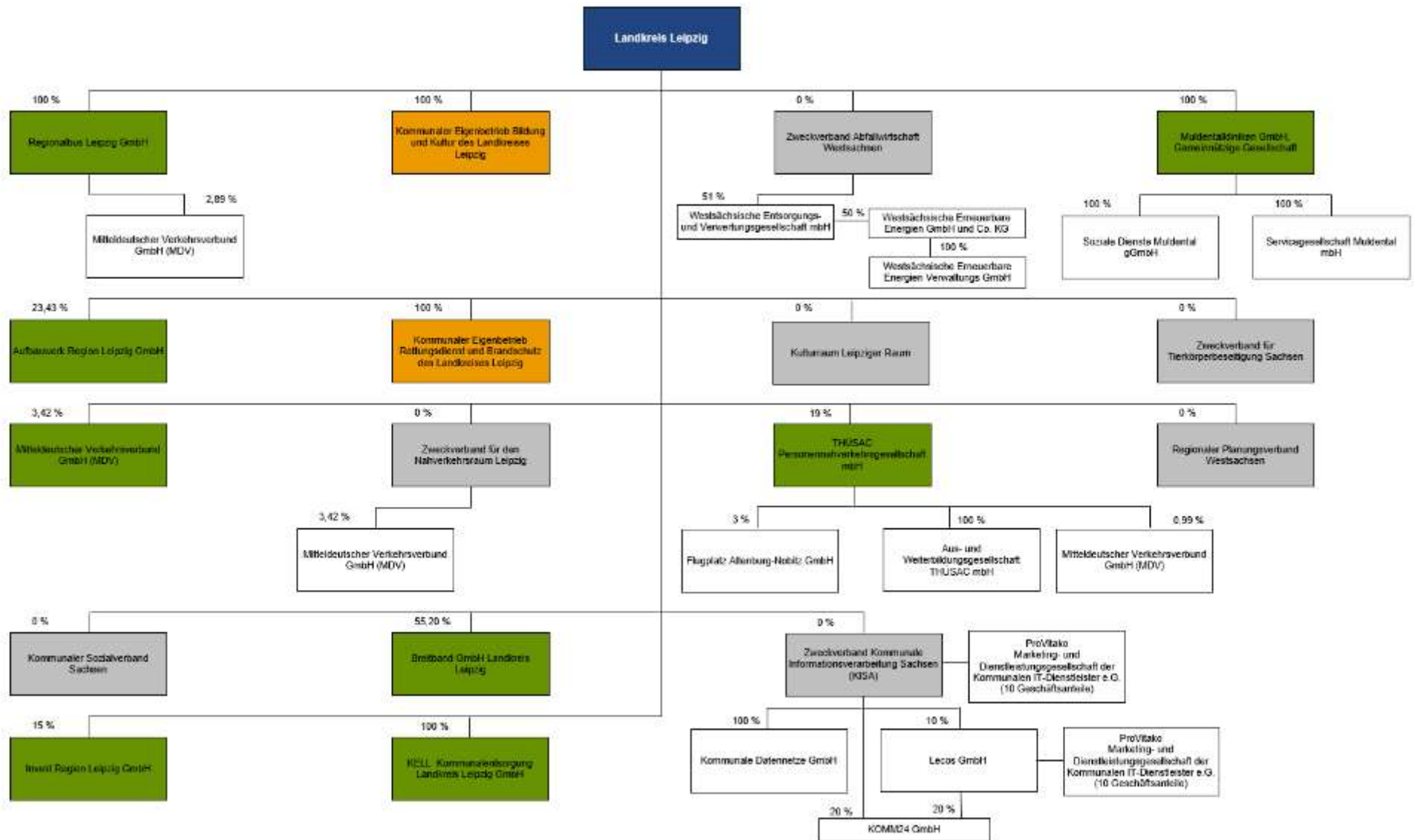
Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung entstand zum Jahresende ein positives Ergebnis von 322 TEUR (Vorjahr 584 TEUR). Auch im Wirtschaftsjahr 2020 erfolgte keine Erhebung von Umlagen. Die positive Entwicklung soll sich auch 2021 fortsetzen.

## Zusammenfassung

Die sich aus den Jahresabschlüssen und Jahresrechnungen der Unternehmen und Zweckverbände ergebenden Risiken wurden ausreichend dargestellt.

Borna, den 02.11.2021

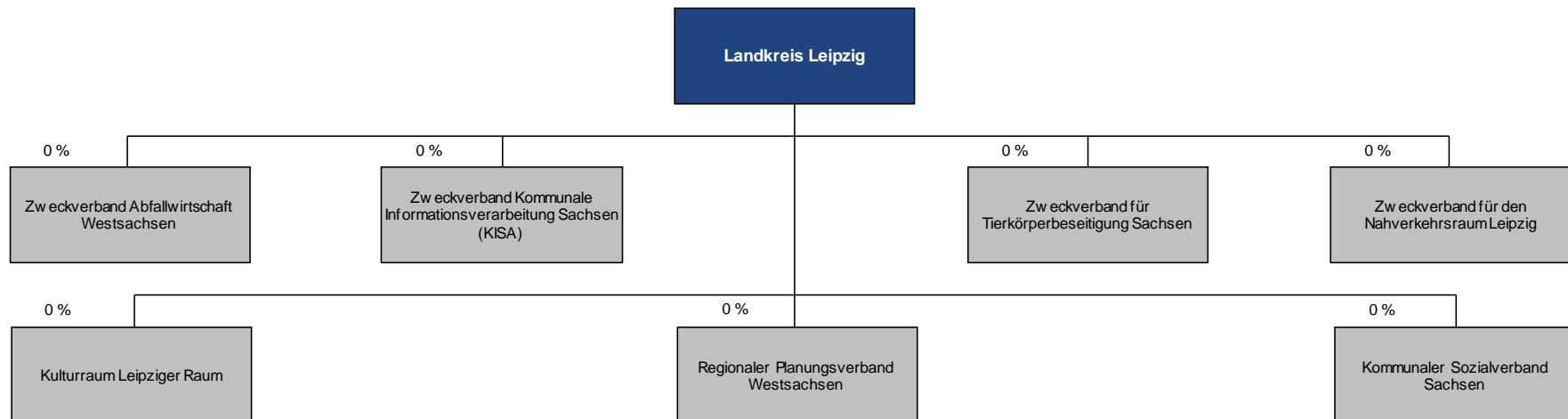
## Gesamtorganigramm aller Beteiligungen des Landkreises



## Übersicht über die Eigenbetriebe



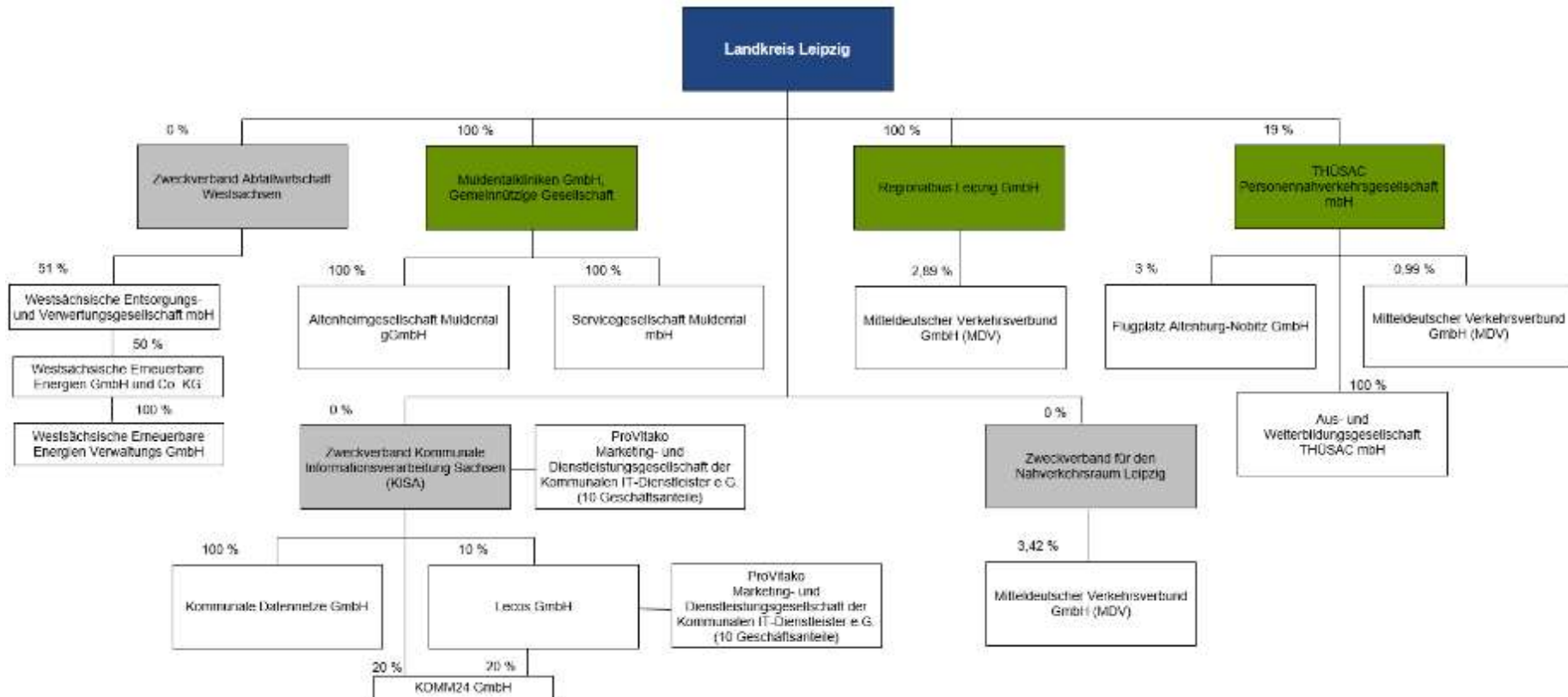
## Übersicht über die Zweckverbände



## Übersicht über die unmittelbaren Beteiligungen



## Übersicht über die mittelbaren Beteiligungen



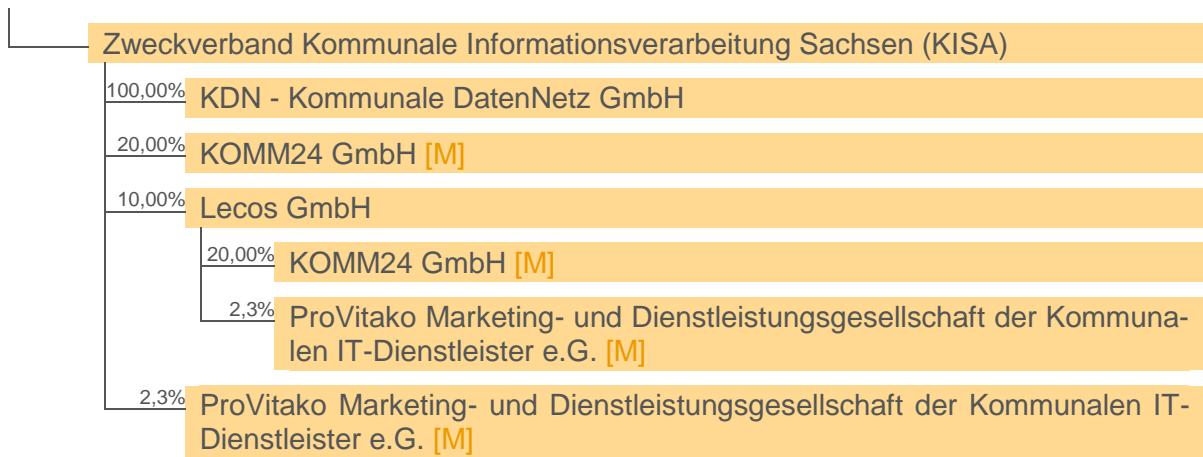


## Beteiligungsstruktur

### Landkreis Leipzig







[M] = Mehrfachbeteiligung, Mehrfachnennungen in der Auflistung sind möglich

## Landkreis Leipzig

Bildung und Kultur	Gesundheit und Soziales	Struktur- und Wirtschaftsförderung
Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig <i>Eigenbetrieb</i>	Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft 100,00%	Breitband GmbH Landkreis Leipzig 55,20%
Zweckverband Kulturräum Leipziger Raum <i>Zweckverband</i>	Soziale Dienste Muldentalk gGmbH 0% (100,00%)	Aufbauwerk Region Leipzig GmbH 23,44%
	Servicegesellschaft Muldentalk mbH 0% (100,00%)	Invest Region Leipzig GmbH 15,00%
	Kommunaler Sozialverband Sachsen <i>Zweckverband</i>	Regionaler Planungsverband Leipzig- Westsachsen <i>Zweckverband</i>
	Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig <i>Eigenbetrieb</i>	

## Landkreis Leipzig

Verkehr	Entsorgung	Sparkasse und IT
Regionalbus Leipzig GmbH 100,00%	KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH 100,00%	Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) Zweckverband
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH 19,00%	Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen Zweckverband	KDN - Kommunale DatenNetz GmbH -
Aus- und Weiterbildungsgesellschaft THÜSAC mbH 0% (19,00%)	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen Zweckverband	Lecos GmbH -
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH 0% (0,57%)	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH -	ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT- Dienstleister e.G. 0%
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV) 3,42% (4,10%)	Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH und Co. KG -	KOMM24 GmbH -
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig Zweckverband	Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH -	

Übersicht über die Finanzbeziehungen des Landkreises Leipzig								
Name des Eigenbetriebs, Zweckverbandes, Unternehmens	Stammeinlage/Haftungskapital			Verlustabdeckung und sonstige Zuschüsse aus dem Kreishaushalt		Gewinnabführung an den Landkreis		Bürgschaft- en/sonstige Gewähr- leistungen des Landkreises
	Gesamt in €	Anteil absolut in €	Anteil in %	2019 in €	2020 in €	2019 in €	2020 in €	2020 in €
<b>Bildung und Kultur</b>								
Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig	-	-	-	3.002.560,50	3.290.142,80	-	-	-
Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum	-	-	-	1.938.048,00	2.063.734,50	-	-	-
<b>Gesundheit und Soziales</b>								
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	25.000,00	25.000,00	100,00	-	-	-	-	-
Soziale Dienste Muldental gGmbH	25.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Servicegesellschaft Muldental mbH	25.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Kommunaler Sozialverband Sachsen	-	-	-	29.160.487,40	30.602.616,90	-	-	-
Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig	-	-	-	984.976,10	962.800,00	-	-	-
<b>Struktur- und Wirtschaftsförderung</b>								
Breitband GmbH Landkreis Leipzig	25.000,00	13.800,00	55,20	-	-	-	-	-
Aufbauwerk Region Leipzig GmbH	25.600,00	6.000,00	23,44	-	-	-	-	-
Invest Region Leipzig GmbH	150.000,00	22.500,00	15,00	229.710,05	251.609,90	-	-	-
Regionaler Planungsverband Leipzig- Westsachsen	-	-	-	10.300,00	10.300,00	-	-	-

Verkehr								
Regionalbus Leipzig GmbH	500.000,00	500.000,00	100,00	13.663.942,00	14.977.363,00	-	-	-
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	260.000,00	49.400,00	19,00	3.868.800,00	4.295.300,00	-	-	-
Aus- und Weiterbildungsgesellschaft THÜSAC mbH	25.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH	51.129,19	-	-	-	-	-	-	-
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	76.050,00	2.600,00	3,42	94.248,96	101.240,90	-	-	-
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	-	-	-	-	-	-	-	-
Entsorgung								
KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH	331.000,00	331.000,00	100,00	-	-	6.662,20	5.566,00	1.489.950,00
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	-	-	-	96.580,00	108.256,60	-	-	-
Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	-	-	-	-	-	-	-	-
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	1.000.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH und Co. KG	25.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	25.000,00	-	-	-	-	-	-	-

Sparkasse und IT								
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	-	-	-	-	-	-	-	-
KDN - Kommunale DatenNetz GmbH	60.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Lecos GmbH	200.000,00	-	-	-	-	-	-	-
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	190.500,00	-	-	-	-	-	-	-
KOMM24 GmbH	25.000,00	-	-	-	-	-	-	-
Gesamt	3.044.279,19	950.300,00		53.049.653,01	56.663.364,60	6.662,20	5.566,00	1.489.950,00



## **Bildung und Kultur**



# Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

04552 Borna

### Eigenbetrieb

**Gründungsdatum:** 01.01.2019

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Der kommunale Eigenbetrieb Bildung und Kultur setzt sich aus den Betriebsteilen Volkshochschule und Musikschule zusammen.

Volkshochschulen nehmen den öffentlichen Auftrag entsprechend des Sächsischen Weiterbildungsgesetzes wahr und werden nach der Weiterbildungsförderungsverordnung vom Freistaat Sachsen gefördert. Als verantwortete und geförderte Weiterbildungseinrichtung sind die Volkshochschulen elementarer Bestandteil der Daseinsvorsorge im Landkreis. Gegenstand der Volkshochschulen ist es, Bürgerinnen und Bürgern diejenigen Kenntnisse und Fähigkeiten zu vermitteln, die erforderlich sind, um sich unter den gegenwärtigen und für die Zukunft zu erwartenden Lebensbedingungen in allen Bereichen einer freiheitlich rechtsstaatlich geordneten Gesellschaft zurechtfinden zu können. Dazu machen die Volkshochschulen verlässliche Angebote außerhalb der schulischen Bildungsgänge, der Berufsausbildung und der Hochschulen, insbesondere der allgemeinen und politisch-gesellschaftlichen Bildung, der sprachlichen und beruflichen Bildung, der künstlerischen und kreativen Bildung und der Gesundheitsbildung. Sie übernehmen die dafür erforderliche Beratung. Diese Zwecke werden insbesondere mit der Durchführung von Veranstaltungen, die organisiertes, pädagogisch begleitetes oder selbstgesteuertes Lernen beinhalten, erreicht. Weitere Angebote (z.B. Mehrgenerationenhaus, Berufsqualifikationszentrum, Schullandheim u.Ä.) ergänzen diese Bildungsformate.

Musikschulen sind musische Bildungsstätten. Sie bieten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine Ausbildung in den Bereichen der Musik und des Tanzes und leisten damit einen Beitrag zur sozialen und kulturellen Erziehung und Persönlichkeitsbildung. Die Ausbildung im Rahmen des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen bleibt hiervon unberührt. Die Aufgabe der Musikschulen besteht darin, die musikalische Elementarerziehung zu fördern, Nachwuchs für das Laien- und Liebhabermusizieren und für den Tanz auszubilden und Begabungen frühzeitig zu erkennen und zu fördern. Ziel der pädagogischen Arbeit ist es, neben der rein instrumentalen, vokalen bzw. tänzerischen Ausbildung ein umfassendes Verständnis für eine musische Bildung zu wecken; dazu dienen sowohl traditionelle als auch alternative Unterrichtsmodelle. Hier werden entsprechende Lehrveranstaltungen angeboten.

### Stammkapital:

<keine>

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Betriebsleitung

Herr Dr. Klaus-Dieter Anders

### III BETEILIGUNGEN

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

#### Finanzbeziehungen

	12/2019	12/2020
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-
Zuschüsse	3.002.560,5 €	3.290.142,8 €
Bürgschaften	-	-

### IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

#### 1. Wirtschafts- und Geschäftsbericht

Mit Wirkung zum 01.01.2019 hat der Landkreis Leipzig die beiden bisherigen kommunalen Eigenbetriebe „WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig“ und „Musikschulen des Landkreises Leipzig“ zu einem neuen Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“ zusammengeführt.

Mit Beginn des Schuljahres 2020/2021, zum 01.08.2020, wurden die bisherigen Musikschulen Muldental „Theodor Uhlig“ und die Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ zur **Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig** sowie die Volkshochschule Muldental und die Volkshochschule Leipziger Land zur **Volkshochschule Landkreis Leipzig** zusammengeführt. In diesem Zusammenhang erfolgte die 1. Änderung der Betriebssatzung.

In der Geschäftsordnung für den Kommunalen Eigenbetrieb wurden die entsprechenden Zuständigkeiten festgelegt. Der Leiter der Volkshochschule Landkreis Leipzig vertritt den Betriebsleiter bei Abwesenheit.

Die inhaltliche Arbeit der beiden Betriebsteile wird wie folgt erläutert:

#### A) Volkshochschule / Schullandheim

Im Jahr 2020 wurde die Fusion der Volkshochschulen Muldental und Leipziger Land vollzogen. Der Name der neuen Bildungs-/ Weiterbildungseinrichtung lautet **Volkshochschule Landkreis Leipzig**. Zum Betriebsteil gehört weiterhin das Schullandheim Bennewitz.

Die Volkshochschule des Landkreises stellte auch im Jahre 2020 mit ihrem klassischen grundständigen Kursangebot ein gemeinnütziges und für jedermann zugängliches Bildungsangebot in den Fachbereichen politisch-gesellschaftliche Bildung, Sprachen, Gesundheit, berufliche Bildung, kulturelle Bildung sowie Grundbildung/Alphabetisierung für den ländlichen Raum auf dem Gebiet des Landkreises Leipzig bereit.

Dieser Bildungsbeitrag zur kommunalen Daseinsvorsorge verknüpft sich mit den besonderen Herausforderungen des ländlichen Raumes an die Ausbringung qualitativ hochwertiger, bedarfsgerechter und bezahlbarer Bildungs- und Begegnungsangebote flächendeckend vor Ort.

Neben der Umsetzung eines flächendeckenden, grundständigen VHS-Angebotes wurden durch erfolgreiche Projektakquise zusätzliche Mittel z. B. vom Sächsischen Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB) oder von verschiedenen Bundesministerien für weitere innovative Themenangebote eingeworben. Dazu gehören z. B. Projekte zur eigenen Mitarbeiterfortbildung, für Schüler „Junior Ranger“ oder Ferienkurse für Schüler „talentCAMPus“.

Das Projekt Mehrgenerationenhaus (MGH) in Markranstädt wird seit 2008 erfolgreich fortgeführt und jährlich durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben gefördert – im Jahr 2020 mit 54 TEUR.

Durch die Zusammenarbeit mit anderen anerkannten Trägern der sächsischen Erwachsenenbildung/Weiterbildung wurden verschiedene Projekte, wie z. B. das Projekt „Pfadwechsel“ mit ARBEIT UND LEBEN Sachsen, fortgeführt.

Das Schullandheim bietet Schulklassen die Möglichkeit, für eine Woche das Klassenzimmer mit den Erlebnissräumen in der Natur zu tauschen. Pandemiebedingt musste das Schullandheim im Wirtschaftsjahr 2020 für 7 Monate schließen. Die Auslastung sank daher von ca. 61 % (2019) auf 15% (2020).

An der Volkshochschule wurden im Jahr 2020 insgesamt 1.313 Kurse mit 30.449 Unterrichtsstunden sowie 12.756 Teilnehmer\*innen durchgeführt. Pandemiebedingt ergibt sich damit eine Reduzierung der Kursausbringung gegenüber 2019 in Höhe von 32% und eine Minderung an Teilnehmenden in Höhe von 43%.

Die Umsatzerlöse reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,014 Mio. EUR.

Die Umsatzerlöse im klassischen VHS-Bereich (inklusive Projekte) lagen für die Volkshochschule um ca. 816,6 TEUR unter den Ansätzen des Wirtschaftsplanes.

Der Grund liegt darin, dass auf Grund der Pandemie im betreffenden Wirtschaftsjahr zweimal die laufenden Bildungsprozesse „unterbrochen“ worden, und damit zusätzliche Verwaltungsprozesse bis hin zu umfänglichen Entgeltrückzahlungen mit großem Aufwand verknüpft waren. Das forderte zusätzliche personelle und materielle Ressourcen. Das Frühjahrs-/Sommersemester 2020 fand demzufolge ohne Einschränkungen nur im Januar und Februar statt. Der Neustart im Herbst des Jahres bzw. die Fortführung der Kurse erfolgte unter strengen Hygieneauflagen, wobei sich auf Grund der notwendigen Distanzformate, vor allem im Gesundheitsbereich, große Herausforderungen mit Blick auf die Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten ergaben. Im Kern bedeutete dies sowohl Neuansmietungen von Unterrichtsräumen oder auch die Halbierung der Anzahl der Teilnehmenden in den Kursen. Bei gleichzeitigen Entgeltaussfällen wurden so höhere Kursausbringungskosten verzeichnet. Mit dem Neustart im Mai 2020 hielt die Volkshochschule Landkreis Leipzig den Kursbetrieb über die Sommermonate in reduzierter Form vor. Damit entstanden zudem gute Voraussetzungen für ein vollumfängliches Kurs-Programm im Herbst-/Wintersemester. Durch die erneute Schließung der Bildungseinrichtung in den Monaten November und Dezember 2020 verringerten sich jedoch die ausgebrachten Stunden und die Zahl der Teilnehmenden insgesamt beträchtlich.

Die Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Jobcenter des Landkreises Leipzig (KJC) wurde fortgeführt. Die Erträge aus der Arbeit im BerufsQualifikationsZentrum lagen mit 12,7 TEUR unter dem Planansatz. Die in diesem Betriebsteil geführten Bewerbercenter arbeiten auf der Grundlage einer Vollkostendeckung und leisten zudem einen positiven Deckungsbeitrag zu den allgemeinen Betriebs- und Personalkosten. Die vom Plan abweichenden Ergebnisse haben ihre Ursache darin, dass das Auftragsvolumen mit dem KJC in der Regel erst nach Erstellung des Wirtschaftsplanes verhandelt werden kann.

Das Schullandheim erreichte hinsichtlich der Umsatzerlöse pandemiebedingt ein Ergebnis von 33,9 TEUR; die Umsatzerlöse liegen damit 81,1 TEUR unter dem Ansatz des Wirtschaftsplanes. Grund dafür ist die angeordnete Schließung des Schullandheimes im Zeitraum März bis August 2020; ab November 2020 erfolgte die erneute Schließung.

Der Rückgang an Umsatzerlösen in Höhe von 128,2 TEUR im Bereich Migration Deutsch als Fremdsprache (DaF) sowie Deutsch als Zweitsprache (DaZ) zum Vergleichszeitraum des Vorjahres ergibt sich ebenfalls aus den bereits dargestellten Gründen der Einschränkungen durch die Pandemie. Im Wirtschaftszeitraum wurden Bundesmittel zur Verringerung der Pandemiefolgen in Form von Fördermitteln aus dem SodEG für ausgefallene Integrations- und Berufssprachkurse beantragt.

### **B) Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig**

Die **Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig** ist zum 01.08.2020 aus der Fusion der Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ und der Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“ hervorgegangen.

Im Haushaltjahr 2020 unterbreitete die Musik- und Kunstschule im Landkreis Leipzig ein dezentrales Angebot an ca. 35 Unterrichtsorten. Dieser Unterricht wurde im Jahr 2020 von insgesamt 3.774 Schülerinnen und Schülern ganzjährig in Anspruch genommen (Vorjahr: 4.328 Schüler\*innen); hinzu kamen Schülerinnen und Schüler in Projekten, u.a. das Programm des Verbandes deutscher Musikschulen „Jedem Kind ein Instrument“. Die Schülerzahl in diesem Programm beträgt noch einmal ca. 650.

An der Musik- und Kunstschule wurden durchschnittlich 1.600 Jahreswochenstunden unterrichtet. Die Musik- und Kunstschule bietet dabei Unterricht in folgenden Bereichen an:

- Grundfächer (Musikalische Früherziehung, Instrumentenkarussell u.ä.)
- Instrumental- und Vokalfächer (Streich-, Zupf-, Blas-, Schlag-, Tasteninstrumente, Vokalfächer)
- Ensemblefächer
- Ergänzungsfächer (Tanz, Musiktheorie u.ä.).

Bedingt durch die Corona-Schutz-Verordnungen des Freistaates Sachsen fand vom 16.03.2020 bis 28.05.2020, vom 02.11.2020 bis 30.11.2020 sowie vom 14.12.2020 bis 18.12.2020 kein Unterricht in Präsenz statt. In der Zeit vom 01.06.2020 bis 17.07.2020 fand der Unterricht in Präsenz nur sehr eingeschränkt statt. Zum Beginn des neuen Schuljahres lief der Unterrichtsbetrieb vom 31.08.2020 bis 16.10.2020 überwiegend normal mit kleinen Einschränkungen.

Durchschnittlich 80% des instrumentalen und vokalen Einzelunterrichts wurden während der Einschränkungen alternativ (überwiegend als Onlineunterricht) fortgesetzt. Allerdings musste in den Schließzeiten der Unterricht im Bereich der Grund-, Ensemble- und Ergänzungsfächer nahezu vollständig eingestellt werden. Während in normalen Wirtschaftsjahren die Gebührenbescheide einmalig erstellt werden, mussten mit einem hohen Aufwand 2020 zwei zusätzliche Bescheide hinsichtlich Korrekturen und Gebührenrückerstattungen erstellt werden. Die Pandemie führte zu einem Verlust an Umsatzerlösen in Höhe von ca. 390 TEUR.

Als wichtige kulturelle Einrichtung der Region führt die Musik- und Kunstschule innerhalb eines Haushaltsjahres i. d. R. über 300 Veranstaltungen durch. Im Haushaltjahr 2020 konnten auf

## Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig

Grund der Corona-Pandemie nur sehr wenige Veranstaltungen durchgeführt werden. Insgesamt gestaltete die Musik- und Kunstschule 69 Veranstaltungen und erreichte dabei ca. 4850 Zuhörer\*innen.

Im Wirtschaftsjahr 2020 wurden die Bauarbeiten am neuen Gebäude der Musik- und Kunstschule fortgesetzt. Das Gebäude in 04552 Borna, Deutzener Str. 24, wird im Wirtschaftsjahr 2021 an den Eigenbetrieb übergeben.

Im Vergleich mit dem Wirtschaftsplan (Erfolgsplan) 2020 lässt sich für den Gesamtbetrieb folgendes feststellen:

	<b>Plan 2020</b>	<b>Ist 2020</b>	Erläuterungen(Abweichung mehr als 5%)
	TEUR	TEUR	
1. Umsatzerlöse	3.849,39	2.807,69	Mindereinnahmen aus pandemie-bedingter Schließung der Betriebsteile
2. Sonstige betriebliche Erträge	5.101,04	4.961,37	
<b>Erträge GESAMT</b>	<b>8.950,43</b>	<b>7.769,06</b>	
5. Materialaufwand	2.100,76	1.273,00	Verminderte Honorarzahllungen durch pandemiebedingte Schließung der Betriebsteile sowie Umwidmung von Honoraren in Personalkosten durch befristete Anstellungsverhältnisse im BerufsQualifikationszentrum
6. Personalaufwand	4.971,38	5.038,74	
7. Abschreibungen	443,60	361,21	Senkung, da die Fertigstellung des Gebäudes der Musikschule in Borna erst 2021 erfolgt
8. Sonstiger Aufwand	1.434,69	1.096,11	Senkung durch pandemiebedingte Schließung der Betriebsteile
<b>Aufwendungen GESAMT</b>	<b>8.950,43</b>	<b>7.769,06</b>	
<b>Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	

Darüber hinaus wird für die beiden Betriebsteile wie folgt ausgeführt:

### A) Volkshochschule Landkreis Leipzig

	<b>Aufwendungen</b>	<b>EURO</b>
1.	Umsatzerlöse	1.853.567,55
2.	Sonstige betriebliche Erträge	1.064.206,93
	Zuschuss Landkreis	1.058.026,72
3.	Materialaufwand	787.109,40

4.	Personalaufwand	
	a) Löhne und Gehälter	1.879.488,37
	b) Soziale Abgaben incl. Altersvorsorge	444.298,14
5.	Abschreibungen	170.695,18
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	655.754,62
7.	Sonstige Zinsen und Erträge	53,04
8.	Interne Verrechnung mit der Musikschule (-)	38.009,53
9.	<i>Ergebnis nach Steuern</i>	<i>499,00</i>
10.	Sonstige Steuern	499,00
11.	<b>Jahresüberschuss(+)/ Jahresfehlbetrag (-)</b>	<b>0,00</b>

Angesichts der vollzogenen Anordnung zur Stilllegung des VHS-Betriebs im März 2020 und des damit verbundenen drohenden Verlusts von Teilnahmeentgelten sowie weiterer unmittelbarer Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Haushaltslage der Volkshochschule, stellte der Landkreis im laufenden Jahr zusätzliche Finanzmittel i. H. v. 560 TEUR als Soforthilfe zur Verfügung. Grundlage dafür war eine Hochrechnung der VHS zum 30.06.2020. Trotz des Bemühens um eine objektive Einschätzung der zu erwartenden Entwicklungen zeigt sich mit dem Jahresabschlussergebnis, dass der Pandemiezuschuss seitens des Landkreises durch die VHS nicht in Anspruch genommen werden musste. Ursächlich hierfür sind:

#### Nicht geplante Mehreinnahmen

- Erstattung von Kurzarbeitergeld durch die Bundesagentur für Arbeit i. H. v. 27,2 TEUR,
- Mehreinnahmen gegenüber Pandemieprognose im Juni 2020 im Fachbereich Deutsch i. H. v. 145,6 TEUR,
- Mehreinnahmen aus dem Bundesprogramm Mehrgenerationenhäuser i. H. v. 1,4 TEUR,
- Mehreinnahmen im klassischen Bereich der Volkshochschule gegenüber ursprünglicher Prognose in Höhe von 114,0 TEUR (der unerwartet hohe Zuspruch der Teilnehmenden zum Wiedereintritt in die fortgesetzten Kurse des Herbst-/Wintersemesters, aber auch in neue Kursangebote, wurde selbst in den optimistischsten Voraussagen der sächsischen VHS-Communities sowie im Landesverband der sächsischen Volkshochschulen nicht vorausgesehen),
- Auflösung einer Rückstellung in Höhe von 35,2 TEUR für den Abriss Anbau Raumzelle Geithain.

Nicht geplante Minderausgaben

- In einer Reihe von Aufwandspositionen wurden gegenüber dem Planansatz 198,3 TEUR eingespart: z. B. Mieten und Betriebskosten 20,1 TEUR, Reisekosten Lehrgangsteilnehmer 21,1 TEUR, Werbungskosten 46,8 TEUR; weitere Einsparungen ergaben sich in Positionen wie z. B. Verbrauchsmaterialien, Porto und Bürobedarf,
- Vorsorglich wurden auf Grund der erneuten Pandemielage auf geplante Investitionen im zweiten Halbjahr verzichtet, wodurch sich zudem verminderte Abschreibungen in Höhe von 36 TEUR ergaben.

**B) Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig**

	<b>Aufwendungen</b>	<b>EURO</b>
1.	Umsatzerlöse	954.118,40
2.	Sonstige betriebliche Erträge	607.024,56
	Zuschuss Landkreis	2.232.116,12
3.	Materialaufwand	485.889,99
4.	Personalaufwand	
	a) Löhne und Gehälter	2.211.466,66
	b) Soziale Abgaben incl. Altersvorsorge	503.487,90
5.	Abschreibungen	190.514,25
6.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	440.076,92
7.	Sonstige Zinsen und Erträge	520,11
8.	Interne Verrechnung mit der Volkshochschule (+)	38.009,53
9.	<i>Ergebnis nach Steuern</i>	<i>353,00</i>
10.	Sonstige Steuern	353,00
11.	<b><i>Jahresüberschuss(+)/ Jahresfehlbetrag (-)</i></b>	<b><i>0,00</i></b>

Der Kommunale Eigenbetrieb erhielt im Wirtschaftsjahr 2020 für die Arbeit der Musikschulen Fördermittel des Freistaates Sachsen in Höhe von 385.665,00 EUR.



Angesichts der pandemiebedingten Schließung ab März 2020 und den oben bereits dargestellten weiteren Schließungsphasen stellte der Landkreis im laufenden Jahr zusätzliche Finanzmittel i. H. v. 290 TEUR als Pandemiehilfe zur Verfügung. Grundlage dafür war eine Hochrechnung der Musikschule zum 30.06.2020. Trotz des Bemühens um eine objektive Einschätzung der aktuellen Lage zeigt sich mit dem Jahresabschlussergebnis, dass der Pandemiezuerschuss durch die Musikschule nahezu vollständig nicht in Anspruch genommen werden musste. Ursächlich hierfür sind:

Nicht geplante Mehreinnahmen

- Erstattung von Kurzarbeitergeld durch die Bundesagentur für Arbeit i. H. v. 10,8 TEUR,

Nicht geplante Minderausgaben

- Minderausgaben im Bereich der Honorare i. H. v. 180 TEUR sowie in den Personalkosten in Höhe von 100 TEUR,
- In einer Reihe von Aufwandspositionen (incl. Abschreibungen) wurden gegenüber dem Planansatz 110 TEUR eingespart (z. B. Reisekosten, Werbungskosten, Aufwendungen für Neustrukturierung im Rahmen der Fusion u. ä.)

**2.) Prognose**

**A) Volkshochschule Landkreis Leipzig / Schullandheim**

Auf Grund der Pandemie seit März 2020 veränderten und immer noch anhaltenden Rahmenbedingungen für das Angebot und die Ausbringung von VHS-Kursen und -Veranstaltungen sowie Belegungen im Schullandheim ist für das Jahr 2021 und absehbar darüber hinaus mit großen Auswirkungen zu rechnen.

Es ist dabei von folgenden Rahmenbedingungen auszugehen:

- Der Corona-Shut-Down an den Volkshochschulen seit November 2020 dato hat dazu geführt, dass sämtliche Einnahmen über die Teilnehmerentgelte von einem Tag auf den anderen weggebrochen sind und damit eine zentrale Finanzierungssäule bis heute fehlt. Die fortwährende Pandemie trifft durch den permanenten Kursausfall die Institution Volkshochschule im Kern.
- Pandemiebedingt und vor dem Hintergrund der geltenden behördlichen Anordnungen zu einem Hygienemanagement gestalten sich selbst vereinzelt zugelassene Präsenzformate sehr aufwändig und kostenintensiv. Das betrifft z.B. besondere Hygienemaßnahmen wie Testungen oder Kleingruppenformate bis Einzelcoaching in entsprechenden Räumlichkeiten.
- Neben diesen strukturbedingten verringerten Teilnehmerzahlen – die entsprechend auch zu geringeren Einnahmen führen – ist auch weiterhin von einer größeren Vorsicht und Zurückhaltung in der Bevölkerung auszugehen, da Gruppensituationen in geschlossenen Räumen vermieden werden.
- Ein weiterer Grund für einen signifikanten Rückgang der Teilnehmerzahlen liegt in neuen privaten und beruflichen Lebenssituationen. Vermehrte Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und unsichere (wirtschaftliche) Zukunftsaussichten werden das Weiterbildungsverhalten mit beeinflussen.
- Weiterhin spielt eine wichtige Rolle, dass ein Wiedereinstieg der Volkshochschule spätestens im Juni 2021 erfolgen müsste, um zumindest ein reduziertes Kursprogramm für das Herbst-/Wintersemester 2021/22 vorzubereiten. Viele der ausgesetzten Kurse



lassen sich aus Raumgründen, aus Termingründen der Kursleitenden oder aus Gründen bei den ehemals Teilnehmenden nicht nachholen. Andere Kurse, bei denen dies gelingen könnte, müssten u. U. geteilt werden, da die ehemalige Gruppengröße den Verhältnissen im zweiten Semester-halbjahr weiterhin nicht entsprechen könnten. Hierzu müssen zusätzliche Kursräume und auch Kursleitende zur Verfügung stehen.

- Eventuell könnte die Volkshochschule ab September 2021 zwar in den gewohnten Semesterrhythmus einsteigen. Diese Startphase in das neue und reguläre Herbstsemester wird allerdings weiterhin mit den oben genannten pandemiebedingten Nachwirkungen zu kämpfen haben. Es ist davon auszugehen, dass lediglich ca. 35% der vorjährigen Teilnehmerzahl in 50% der vorjährigen Kurse im September 2021 erreicht werden.
- Es folgt von November bis Jahresende 2021 voraussichtlich eine Stabilisierungsphase. In dieser könnten ca. 50% der vorjährigen Teilnehmerzahlen in 70% der vorjährigen Kurse erreicht werden.
- Die Dimension der Ungewissheit der vorstehend geschilderten Eventualitäten erschwert zum jetzigen Zeitpunkt eine seriöse Prognose konkreter Einnahmeverluste und Minderausgaben. Hierzu müssen zum Halbjahr 2021 belastbare Aussagen folgen.

Als wesentliche Gegenmaßnahme zur Verminderung der Pandemie-Schäden wurden ab Januar 2021 21 Mitarbeiter\*innen der Volkshochschule zur Unterstützung des Gesundheitsamtes des Landkreises Leipzig abgeordnet. Gleichwohl müssen zur Wahrung des Profils der Volkshochschule bzw. des Schullandheims und der Sicherung ihrer wichtigsten Arbeits- und Organisationsstrukturen Teile des Kollegiums und die Betriebsleitung in der Bildungseinrichtung verbleiben.

### **B) Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig**

- Auch im Jahr 2021 bestehen durch die Corona-Schutz-Verordnungen des Freistaates Sachsen erhebliche Einschränkungen des Unterrichtsbetriebs. Bis zum 12.02.2021 war jeglicher Präsenzunterricht untersagt. Seit dem 15.02.2021 findet instrumentaler und vokaler Einzelunterricht für besondere Ausnahmen und seit dem 08.03.2021 für Schüler\*innen, die sich auf das Nichtvorliegen einer Infektion mit SARS-CoV-2 testen lassen haben, statt. Es wird prognostiziert, dass bis zum Ende des Schuljahres weiterhin erhebliche Einschränkungen des Unterrichtsbetriebs bestehen werden. Vor allem durch die komplette Aussetzung des Unterrichts im Elementarbereich (Musikalische Früherziehung u. ä.) entsteht ein Gebühren-ausfall von ca. 7.500,00 EUR pro Unterrichtswoche. Zu Grunde gelegt, dass der Unterrichtsbetrieb mit Beginn des Schuljahres 2021/2022 normal beginnen kann, wird ein Gesamtausfall bei den Gebühreneinnahmen von ca. 270 TEUR prognostiziert.
- Seit dem 01.01.2021 befinden sich ca. zwei Drittel der angestellten Musikpädagog\*innen in personenbezogener Kurzarbeit. Durch die daraus resultierenden Minderausgaben in den Personalaufwendungen sowie geringere Aufwendungen im Honorarbereich können ca. 200 TEUR des Gebührenauffalls kompensiert werden. Mit dem Halbjahresbericht des Eigenbetriebes ist diese Prognose zu konkretisieren.
- Für die Fördermittel des Freistaates (Landeszuschuss) liegen noch keine entsprechenden Zuwendungsbescheide vor. Die vorgesehenen Einnahmen aus dem Landeszuschuss sind in ihrer Höhe risikobehaftet.
- Durch die Corona-Pandemie wird mit einem Rückgang der Teilnehmer gerechnet. Neben Kündigung auf Grund Beschränkungen, findet die Nachwuchsarbeit im Elementarbereich nicht statt. Die angestrebte Zahl von ca. 300 Teilnehmer\*innen, die aus den

Elementarangeboten in den vokalen und instrumentalunterricht bzw. in den Tanz wechseln, ist voraussichtlich nicht zu halten. Darum wird ein Rückgang der Schüler- wie der Jahreswochenstundenzahl prognostiziert. Vor September 2021 ist diesbezüglich keine belastbare Prognose möglich.

### **C) Allgemein**

Für den gesamten Eigenbetrieb wird eingeschätzt, dass auch im Wirtschaftsjahr 2021 ein ausgeglichenes Ergebnis vorgelegt werden kann. Entsprechend Wirtschaftsplan 2021 sind Erlöse und Aufwendungen in einer Gesamthöhe von 8.732.652 EUR geplant. Diese werden sich, vor allem pandemiebedingt, um ca. 1,2 Mio. EUR reduzieren; eine Erhöhung des Landkreiszuschusses ist nicht geplant.

## **3.) Chancen und Risiken**

### **A) Allgemein**

In den Beratungen der Betriebsleitung wird das Risikomanagement für den Eigenbetrieb im Wirtschaftsjahr 2021 fortgeschrieben. Bezüglich der Auswirkungen der Corona-Pandemie wird auf Punkte 1 und 2 des Lageberichts verwiesen. Darüber hinaus wird wie folgt festgestellt:

- Die wirtschaftliche Lage des Eigenbetriebes wird wesentlich durch die Zuwendungen des Landkreises Leipzig (Verlustausgleich) bestimmt. Für das Wirtschaftsjahr 2021 liegt ein bestätigter Wirtschaftsplan vor, so dass die Aufgaben auch weiterhin wahrgenommen werden können. Nach Einschätzung des Betriebsleiters des Eigenbetriebes sind in der Zuschussgewährung keine EU-beihilferechtlichen Vorgaben verletzt.
- Hinsichtlich der Corona-Pandemie-bedingten Mehraufwendungen bzw. Mindererträgen ist der Eigenbetrieb im ständigen Austausch mit dem Landkreis als Träger des Eigenbetriebes. Die Höhe eines möglichen Defizites ist im Halbjahresbericht darzustellen.
- Als wesentliche Gegenmaßnahme zur Verminderung der Pandemie-Schäden wurde im Bereich der Musik- und Kunstschule ab 01. Januar 2021 Kurzarbeit angeordnet. Diese ist personenbedingt und unterliegt durch die unterschiedlichen Öffnungsmöglichkeiten entsprechend der Allgemeinverfügungen des Freistaates Sachsen starken Schwankungen. Derzeit ist geplant, die Kurzarbeit zunächst bis zum 31.07.2021, dem Beginn des neuen Schuljahres, fortzusetzen. Die Abrechnung mit der Agentur für Arbeit erfolgt monatlich. Derzeit ist von einer Erstattung des Kurzarbeitsgelds durch die Agentur für Arbeit von ca. 80 TEUR auszugehen. Im Bereich der Volkshochschule sind derzeit 21 Mitarbeiter\*innen an das Gesundheitsamt des Landkreises abgeordnet. Durch den Landkreis erfolgt eine Erstattung der diesbezüglichen Personalaufwendungen.
- Der Liquiditätsplan bzw. das Investitionsprogramm für das Wirtschaftsjahr 2021 ist wesentlich von der Umsetzung des IT-Konzeptes im Rahmen der Zusammenführung der Betriebsteile geprägt. Hier steht eine Umsetzung derzeit noch aus.
- Bezüglich der Spenden der beiden Sparkassen Leipzig und Muldental gibt es noch keine Aussagen. Die Spenden sind daher risikobehaftet. Im I. Quartal fanden mehrere Gespräche mit den Vertretern der Sparkasse Leipzig und der Sparkasse Muldental statt.
- Für die Planung der Personalkosten liegen aktuelle Abschlüsse der Tarifparteien für das Wirtschaftsjahr 2021 vor; die Entgelte erhöhen sich ab April 2021 um 1,4%.

- Das Risiko bei der Einwerbung von Projektmitteln ist aufgrund sich ständig ändernder Förderbedingungen nicht sicher zu beschreiben. Trotzdem sollte die Akquise und Umsetzung von thematischen Fördermittelprojekten aus Landes- und Bundesmitteln ausgebaut werden.
- Aktuelle Urteile der Sozial- und Arbeitsgerichte hinsichtlich der Beurteilung von Honorarverträgen an Volkshochschulen und Musikschulen stellen ein latentes Risiko dar. Zur Minimierung des Risikos wird eine weitere Umwandlung von Honorarstunden in Festanstellungsverhältnisse angestrebt.
- Die Liquidität des Eigenbetriebes ist durchgängig gegeben, so dass hier keine Risiken prognostiziert werden.
- Der bisherige Betriebsleiter beendet seine Tätigkeit beim Landkreis Leipzig zum 30.09.2021. Die Nachbesetzung ist durch den Landkreis in Vorbereitung.
- Weitere Risiken sind derzeit nicht erkennbar.
- Kern des Risikomanagements des Kommunalen Eigenbetriebes ist ein Risikofrüherkennungssystem. Dies beinhaltet
  - Risikoidentifikation,
  - Risikobewertung,
  - Risikobewältigung einschließlich Risikokommunikation,
  - Risikoüberwachung einschließlich Risikofortschreibung und
  - Dokumentation.
- Gegenüber dem Landratsamt Leipzig, Finanzverwaltung, wird regelmäßig ein Bericht zur Bewertung der Risiken erstellt.

### **B) Volkshochschule Landkreis Leipzig / Schullandheim**

- Die Gewinnung von qualifizierten Fachkräften auf Honorarbasis für eine wohnortnahe Ausbringung von Bildungsdienstleistungen in der gesamten Fläche des Landkreises Leipzig bleibt weiterhin Kern der Risikoeinschätzung für die künftige VHS-Arbeit.
- Strukturell und logistisch erweist es sich als Risiko, dass für angebotene und oft gut gebuchte Kurse nur sehr schwer fachlich qualifizierte Dozenten in der Fläche gewonnen werden können. Diese Entwicklung lässt sich nur teilweise durch höhere Honorare ausgleichen. Für die Zukunft der Volkshochschulen wird dies, auch nach Einschätzung der Landes- und Bundesverbände der Volkshochschulen, zu einer ernsthaften Herausforderung.
- Durch die befristete Festanstellung von Lehrpersonal in den Fachbereichen Fremdsprachen und Gesundheit sollte bis Ende 2020 erprobt werden, ob damit eine Problemlösung herbeigeführt werden kann. Nicht nur pandemiebedingt konkretisierte sich die Erkenntnis, dass eine Festanstellung von „reinem“ Lehrpersonal für die klassischen VHS-Kursformate sowie deren logistischen Herausforderungen gegenwärtig nicht adaptierbar und finanziell tragbar sind. Die bisherigen Auswertungen lassen nun ein deutliches Risiko erkennen, da die Festanstellung von Lehrpersonal, welches „nur“ unterrichtend tätig ist, sich auf Grund der aktuellen grundständigen Förderparadigmen von Volkshochschulen als finanziell problematisch erweist. Die o. g. befristeten Arbeitsverhältnisse wurden daher im Wirtschaftsjahr 2020 vollständig beendet.
- Eine Prüfung der Kostendeckung der seit 2017 erhöhten Honorarzahlen an frei- und nebenberufliche Lehrkräfte in den klassischen Fachbereichen der Volkshochschule erfordert für das Jahr 2021 eine entsprechende Entgeltanpassung. Die dafür notwendigen Kalkulationsgrundlagen wurden im ersten Halbjahr 2020 überarbeitet und für die fusionierten Volkshochschulen angepasst. Die avisierte Anwendung für das Herbst-/Wintersemester 2020/21 wurde auf Grund der durch die Pandemie erschwerten gesellschaftlichen Verwertungsbedingungen für die Erwachsenen-/Weiterbildung in das Frühjahrs-/Sommersemester 2021 verschoben. Gegenwärtig durchläuft der Entwurf der neuen Entgeltsatzung der fusionierten Volkshochschulen die Ausschüsse

des Kreistages, um auf der Sitzung des Kreistages am 19.05.2021 zur Abstimmung vorgelegt zu werden.

- Bezüglich der Landesförderung für anrechnungsfähige grundständige Unterrichtseinheiten gilt mindestens, dass der aktuelle Fördersatz pro Unterrichtseinheit Grundförderung erhalten bleibt. Zudem dienen als Berechnungsgrundlage für die Landesförderung 2021 die geleisteten Stunden des Jahres 2019. In der Haushaltplanung des Freistaates für 2021/22 kann weiter mit zusätzlichen Fördermitteln für die anerkannten sächsischen Erwachsenenbildungs-einrichtungen für Personal, Sachkosten und Investitionen in den Bereichen politische-gesellschaftliche Bildung, Grundbildung, Digitalisierung und Inklusion gerechnet werden.
- Die bis Dato als Risiko eingestufte mögliche Verringerung des Auftragsvolumens seitens des Kommunalen Jobcenters (KJC) im Bereich des BerufsQualifikationsZentrums hat sich insofern relativiert, als dass für die Jahre 2021 bis Ende 2024 ein längerfristiger Vertrag mit dem KJC abgeschlossen werden konnte.
- Die mit Blick auf den Punkt Geschäftsverlauf beschriebene Situation im Bereich Migration DaF/DaZ stellt weiterhin ein zusätzliches äußeres Risiko dar. Die zu erwartende Zunahme an DeuFöV-Kursen (Berufssprachkurse) konnte, abgesehen von den aktuellen pandemischen Einschränkungen, zur Abmilderung dieser Entwicklungen beitragen. Wie bereits im letzten Lagebericht ausgeführt, könnten Maßnahmen zur beruflichen und kulturellen Integration von Zugewanderten neben dem sprachlichen ein weiterer profilbildender Arbeitsschwerpunkt für die Institution Volkshochschule sein. Es ist weiterhin zu erwarten, dass sich aus der gesellschaftlichen Herausforderung der beruflich-betrieblichen Integration von Migranten neben den zurückgehenden allgemeinen Sprachkursen ein weiteres Arbeitsfeld für die Volkshochschulen in diesem Kontext ergeben könnte. Das indiziert die bereits angesprochene Zunahme von Sprachkursen mit beruflicher Orientierung (DeuFöV-Kurse). Allerdings fehlen aus unserer Sicht diesbezüglich systematische, überschaubare Förderstrukturen, die eine entsprechende Beteiligung der Volkshochschule möglich machen.
- Das Risiko bei der Einwerbung von Projektmitteln ist aufgrund sich ständig ändernder Förderbedingungen nicht sicher zu beschreiben. Obgleich die Akquise und Umsetzung von thematischen Fördermittelprojekten aus Landes- und Bundesmitteln ausgebaut werden sollte.
- Als Chance und große Organisationsanforderung ist die Arbeit der vergangenen Wochen zur Adaption der QM-Systeme der beiden ehemaligen Volkshochschulen zum einheitlichen Qualitätsmanagementsystem QES<sup>plus</sup>, inklusive der Zertifizierung nach AZAV, der Volkshochschule des Landkreises Leipzig zu bewerten. Der fast einwöchige Zertifizierungsprozess durch den akkreditierten Zertifizierer TÜV Thüringen wird voraussichtlich im Monat Mai 2021 abgeschlossen sein.

**C) Musik- und Kunstschule Landkreis Leipzig**

- Kern der Risikoeinschätzung für die Arbeit der Musik- und Kunstschule ist die Entwicklung der Einschränkungen, die durch den Verlauf der Bekämpfung der Coronapandemie bedingt werden. Sollten die aktuellen Beschränkungen, nach denen lediglich Einzelunterricht mit Einschränkungen in Präsenz möglich ist, über weitere Monate bestehen bleiben, stehen der Musik- und Kunstschule große Einschnitte bei der Anzahl der Belegung von Kursen, bei der Anzahl der Neuanmeldungen, bei der Auslastung der Tanzkurse und bei der Entwicklung der Gesamtschülerzahl und Gesamtstundenzahl bevor. Dadurch ist die Höhe der Gebühren-einnahmen stark risikobehaftet.
- Die elementaren Kurse in der Musikalischen Früherziehung sowie die externen Jeki-Angebote („Jedem Kind ein Instrument“) sind für die Nachwuchsgewinnung der Musik- und Kunstschule entscheidend. Dass aus diesen Bereichen bereits im Jahr 2020 kein

Nachwuchs gewonnen werden konnte, die Kurse auch im aktuellen Betrieb nicht stattfinden und dadurch darüber hinaus keine Nachwuchsakquise möglich ist, stellt für die Musik- und Kunstschule ein Risiko dar.

- Anders als im vokalen und instrumentalen Einzelunterricht ist im Tanzunterricht ein Onlineangebot nur sehr eingeschränkt möglich. Obwohl der Fachbereich Tanz vielfältige alternative digitale Angebote für die Schüler\*innen bereitgestellt hat, ist hier ein deutlicher Rückgang der Belegungszahl in den Tanzgruppen zu verzeichnen. Die künftige Auslastung Tanzbereich und die damit verbundenen Gebühreneinnahmen im Tanz sind damit risikobehaftet.
- Zur Minderung der Risiken erfolgt derzeit eine digitale Werbung für Unterrichtsangebote, für Teilnehmer aus Kursen gibt es Angebote zum Ausprobieren von verschiedenen Instrumenten, an mehreren Orten sind (nach Möglichkeit) Tage der offenen Tür geplant. Für alle diesbezüglichen Angebote hat der Förderverein der Musik- und Kunstschule seine Unterstützung zugesichert.
- Durch die Coronapandemie stehen alle geplanten Veranstaltungen und Konzerte der Musik- und Kunstschule unter dem Risiko, dass sie nicht stattfinden können. Für die Öffentlichkeitsarbeit sind Veranstaltungen eine entscheidende Säule. Die Reichweite des Angebots ist damit weiter eingeschränkt.
- Der Entwurf der neuen Gebührensatzung für die Musik- und Kunstschule, die gegenwärtig die Ausschüsse des Kreistages durchläuft und am 19.05.21 dem Kreistag zur Abstimmung vorgelegt werden soll, sieht neben einer Erhöhung der Gebühren eine Gleitklausel, nach der die Gebühren in den kommenden Jahren jährlich um 1,5% steigen, vor. Dies bietet die Chance einer zeitnahen Anpassung der Gebühreneinnahmen an steigende Kosten. Die der Gebührenkalkulation zugrunde gelegte gebührenfähige Bemessungseinheit in Form der Jahreswochenstundenzahl ist risikobehaftet, da in diese die pandemiebedingten Minderungen nicht mit einbezogen werden konnten. Für die Fördermittel des Freistaates (Landeszuschuss) liegen keine entsprechenden Zuwendungsbescheide vor. Die vorgesehenen Einnahmen aus dem Landeszuschuss sind in ihrer Höhe risikobehaftet. Ein erhöhtes Risiko bei der Akquise weiterer Fördermittel kann nicht festgestellt werden. Die Mittel werden direkt projektbezogen erworben.
- Chancen für die Musik- und Kunstschule ergeben sich aus der Fusion der bisherigen Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ und der Musikschule Muldentale „Theodor Uhlig“. Hier wird eine territoriale Erweiterung des Angebots geplant, wodurch die Musik- und Kunstschule in der Fläche breiter aufstellt sein wird. Des Weiteren haben die alternativen Unterrichtsangebote eine Beschleunigung der Digitalisierung ausgelöst, die vielseitigen Chancen für die künftige Arbeit und das künftige Angebot aufzuheben.
- Schwierigkeiten gibt es nach wie vor bei der Gewinnung von Honorarkräften für Unterrichtsorte, die weit von der Stadt Leipzig entfernt sind. Für das Schuljahr 2019/2020 wurde eine Erhöhung der Honorare im Bereich der Musikschulen vorgenommen. Es muss zur Kenntnis genommen werden, dass die derzeitigen Honorare trotzdem ca. 20% unter den vergleichbaren Sätzen der Stadt Leipzig liegen, so dass die Gewinnung von Honorarlehrkräften weiterhin sehr schwierig ist.
- Für Musik- und Kunstschule sind Investitionen für die Ausstattung des neuen Gebäudes in der Deutzener Straße 24, 04552 Borna geplant. Außerdem soll in ein neues Logo für die fusionierte Musikschule und die Ausstattung aller Hauptstandorte mit WLAN investiert werden.

#### 4.) Finanzbeziehungen zum Landkreis

Die Finanzbeziehungen zum Landkreis Leipzig spiegeln sich im Wirtschaftsjahr 2020 insbesondere in folgenden Positionen wider:

## Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig

1. Zuschuss des Trägers auf Grundlage des Wirtschaftsplanes bzw. des Haushaltplanes des Landkreises,
2. Leistungsverrechnung für in Anspruch genommene Leistungen (insbesondere Leistungen des Haupt- und Personalamtes für Versicherungen, Arbeitssicherheit, Personalverwaltung u. ä.) und
3. Zuschuss des Trägers für die Baumaßnahme Musikschulgebäude, 04552 Borna, Deutzener Straße 24.
4. Zuschuss des Trägers im Rahmen der Corona-Pandemie; von den ursprünglich im Wirtschaftsjahr 2020 avisierten 850 TEUR mussten lediglich 8.210,59 EUR in Anspruch genommen werden.

Dies sind Zuschüsse im Sinne des § 27 Abs. 3 SächsEigBVO.

Kredite wurden nicht getätigt.

Borna, den 30.04.2021

Dr. Anders

Betriebsleiter

Kommunaler Eigenbetrieb „Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig“



# Zweckverband Kulturring Leipzig Raum

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Nicolaistraße 12

04668 Grimma

Tel.: 03437/7088100

E-Mail: [kultursekretariat@kultur-leipzigerraum.de](mailto:kultursekretariat@kultur-leipzigerraum.de)

Webseite: <https://www.kultur-leipzigerraum.de>

**Rechtsform:** KdöR

**Gründungsdatum:** 01.08.1994

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Der Kulturring fördert im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel und nach näherer Maßgabe der Förderrichtlinien die jährlich festzulegenden kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung - unabhängig von ihrer Trägerschaft oder Rechtsform.

Er koordiniert die Tätigkeit seiner Mitglieder, der übrigen Städte und Gemeinden seines Gebietes sowie der anderen Träger der kommunalen Kulturarbeit auf dem Gebiet der Kulturpflege, soweit dieser regionale Bedeutung zukommt.

### Stammkapital:

Gesamtstimmen

4 Stimmen

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Kulturring

#### Verbandsvorsitz

Herr Henry Graichen

### Kultursekretariat

#### Verbandsdirektor

Herr Sebastian Miklitsch

## III BETEILIGUNGEN

### Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>50 %</b>	<b>2</b>
Landkreis Nordsachsen	50 %	2

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

### Finanzbeziehungen

	12/2018	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-	-
<b>Sonstiges</b>	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>	-	-	-
<b>Zuschüsse</b>	2.026.312,5 €	1.938.048,0 €	2.063.734,5 €
<b>Bürgschaften</b>	-	-	-

## IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

*Für den Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum lagen die Jahresabschlüsse zum 31.12.2019 und 31.12.2020 bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Im Folgenden werden die Daten zu den Jahresabschlüssen 2017 und 2018 nachgereicht, da diese bei der Erstellung des Beteiligungsberichtes 2017 ff. noch nicht vorlagen.*

### Bericht für das Geschäftsjahr 2017

Mit dem Jahresabschluss kommt der Kulturraum Leipziger Raum (Kulturraum) seiner Pflicht nach, dem Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus (SMWK) als Zuweisungsgeber, den Umlagegebern Landkreis Leipzig und Nordsachsen sowie der Öffentlichkeit die ordnungsmäßige Mittelverwendung nachzuweisen.

Den Jahresabschluss 2016 hat der Kulturkonvent in der Sitzung am 23.06.2020 festgestellt. Dieser wurde dem SMWK zur rechtsaufsichtlichen Prüfung übergeben, welches diese mit Schreiben vom 05.08.2020 abgeschlossen hat. Die Veröffentlichung des Beschlusses zu diesem Jahresabschluss fand durch Bekanntgabe am 16.07.2020 im Sächsischen Amtsblatt statt.

Der doppische Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 wurde vom Konvent am 15.12.2016 beschlossen und vom SMWK mit Bescheid vom 30.12.2016 rechtsaufsichtlich genehmigt. Im Laufe des Haushaltsjahres wurde vom Konvent am 21.06.2017 ein Nachtragshaushalt beschlossen, welcher vom SMWK rechtsaufsichtlich mit Bescheid vom 03.07.2017 genehmigt wurde.

Der vorliegende Jahresabschluss 2017 wurde auf der Grundlage von § 88 Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO) i. V. m. § 7 Abs. 2 S. 1 Sächsisches Kulturraumgesetz (Sächs-KRG) aufgestellt.

Seit dem 01.01.2013 hat der Kulturraum seine Haushaltsführung auf das Neue Kommunale Haushalts- und Rechnungswesen (Doppik) umgestellt. Daher sind nach § 52 Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung-Doppik (SächsKomHVO-Doppik) insbesondere im Anhang bestimmte Pflichtteile zu thematisieren:

### 1 Abweichung von Bilanzstetigkeit und ergänzende Gliederung der Bilanzpositionen

Die Form der Darstellung der Vermögensrechnung ist im Vergleich zum Jahresabschluss des Vorjahres unverändert. Ergänzende Bilanzpositionen wurden nicht aufgenommen.



## **2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Für die Erfassung und Bewertung des Vermögens und der Schulden des Kulturraums wurden die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze aus der Richtlinie zum Jahresabschluss und der Bewertung der Bilanzpositionen im Kulturraum Leipziger Raum vom 23. März 2016 (RL JA 2016) angewandt.

Es wurde für alle Vermögensgegenstände ausschließlich eine Buch- und Beleginventur gemäß der Richtlinie für Inventur und Inventarisierung vom 23. März 2016 (RL Inventur 2016) durchgeführt.

### Nutzungsdauer und planmäßige Abschreibung für Vermögensgegenstände

Bei abnutzbaren Vermögensgegenständen wurde für die Ermittlung der Nutzungsdauer die Tabelle „Abschreibungstabelle“ aus der Anlage der RL JA 2016 herangezogen. Diese weist für die Nutzungsdauer grundsätzlich einen Wert aus, der innerhalb des Rahmens der Abschreibungstabelle zu § 44 Abs. 3 SächsKomHVO-Doppik liegt. Die planmäßige Abschreibung erfolgt dabei grundsätzlich linear, d. h. über die Nutzungsdauer in gleichen Monatsraten.

### Vorratsvermögen

Der Kulturraum betreibt keine Lagerhaltung, weshalb kein Vorratsvermögen bewertet werden musste.

### Forderungen und liquide Mittel

Forderungen bestehen ausschließlich gegenüber dem SMWK und sind mit dem offenen Betrag des Kofinanzierungsanteils für das Investitionsprojekt des Bürgerkomitee Leipzig e. V. angegeben. Die Bewertung der liquiden Mittel erfolgt mit dem Zahlenwert in Euro der Kontoauszüge zum 31.12.2017. Eine Barkasse wird im Kulturraum nicht geführt.

### Rückstellungen

Rückstellungen sind grundsätzlich in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geschätzten Erfüllungsbetrages angesetzt. Dabei sind alle bis zum Bilanzstichtag entstanden und bis zu einem Jahr nach Bilanzstichtag erkennbaren Risiken berücksichtigt.

### Verbindlichkeiten

Alle Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der sich im Haushaltsjahr 2018 bzw. 2019 realisierte.

## **3 Erläuterungen zu den Bilanzpositionen**

### Anlagevermögen

Im Jahr 2017 wurden keine Vermögensgegenstände durch den Kulturraum angeschafft. Die Veränderung in der Höhe des Anlagevermögens von 123.003,20 Euro auf 118.929,41 Euro beruht ausschließlich auf den planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 4.073,79 Euro. Die Höhe der bilanzierten Kunstgegenstände blieb im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Aktive Sonderposten für an Dritte geleistete Investitionszuschüsse bildet der Kulturraum auf Basis des Wahlrechts nach § 36 Abs. 8 SächsKomHVO-Doppik nicht.

Damit macht das Anlagevermögen 8,11 Prozent der Bilanzsumme aus. Im Vorjahr lag der Anteil noch bei 9,83 Prozent der Bilanzsumme.

### Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen hat sich im Vergleich zum Jahresabschluss 2016 von 1.128.202,86 Euro auf 1.348.234,83 Euro erhöht. Davon bilden die liquiden Mittel einen Anteil von 93,18 Prozent, welcher im Vorjahr noch 96,12 Prozent betragen hat.

Die Forderung gegenüber dem Kulturverein Schloss Machern e. V. sind aufgrund des Schlussberichtes des Insolvenzverwalters vom 23.05.2017 vollumfänglich wertberichtigt. Mit Beschluss des Konvents vom 23.06.2020 wurden diese Forderungen unbefristet niedergeschlagen, wodurch diese ab dem Jahresabschluss 2019 nicht mehr in den Bilanzkonten geführt werden.

Die wertberichtigten Forderungen an die Denkmalschmiede Höfgen gGmbH wurden nach Abschluss des Insolvenzverfahrens zum 07.03.2019 und mit Beschluss des Konvents vom 23.06.2020 ebenfalls unbefristet niedergeschlagen, wodurch diese ab dem Jahresabschluss 2019 nicht mehr in den Bilanzkonten geführt werden.

#### Aktive Rechnungsabgrenzungsposten und nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag

Die Bilanzpositionen „aktive Rechnungsabgrenzungsposten“ und „nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag“ weisen wie im letzten Jahresabschluss einen Wert von 0,00 Euro auf.

#### Kapitalposition

Die Kapitalposition erhöht sich um 306.997,24 Euro auf 1.112.027,24 Euro zum Ende des Haushaltsjahres 2017. Das ergibt sich aus dem Überschuss des ordentlichen Ergebnisses im Haushaltsjahr, welcher mit dem vorgetragenen Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses des Jahres 2014 verrechnet wird. Der Fehlbetrag aus dem Jahr 2014 ist damit vollumfänglich beglichen. Daher wird kein Fehlbetrag aus Vorjahren mehr vorgetragen. Aus dem restlichen Überschuss des ordentlichen Ergebnisses im Haushaltsjahr 2017 wird zudem eine Rücklage in Höhe 26.186,91 Euro gebildet.

Das Basiskapital ist seit der Eröffnungsbilanz und der Korrektur im Haushaltsjahr 2013 in der Höhe unverändert.

Im Haushaltsjahr 2017 gab es keine außerordentlichen Erträge und Aufwendungen.

#### Sonderposten

Passive Sonderposten weisen wie im letzten Jahresabschluss einen Wert von 0,00 Euro auf.

#### Rückstellungen

Die Rückstellungen sind im Vergleich zum Vorjahr um 3.962,38 Euro vermindert. Dabei gab es im Haushaltsjahr 2017 eine Inanspruchnahme für Personalkosten- und Dienstleistungsforderungen aus dem Haushaltsjahr 2016 in Höhe von 7.962,38 Euro, welche sich in der gebildeten Höhe realisierten. Eine Erhöhung um 4.000,00 Euro liegt in der offenen Prüfung des Jahresabschlusses 2017 begründet.

#### Verbindlichkeiten

Regelmäßig sind die Verbindlichkeiten zu einem großen Teil durch noch ausstehende Zahlungen an die Landkreise Leipzig und Nordsachsen aufgrund der Betreuung des Kultursekretariates begründet. Zum 31.12.2017 beträgt dieser Anteil 192.225,88 Euro. Zusätzlich sind Verbindlichkeiten in Höhe von 101.200,00 Euro für das Investitionsprojekt des Bürgerkomitee Leipzig e. V. aufgeführt, welchen 92.000,00 Euro SMWK-Anteil als Forderungen gegenüberstehen. Ein weiterer Betrag in Höhe von 9.661,02 Euro ist in noch ausstehenden Förderungen zweier Zuwendungsempfänger begründet.

#### Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Passive Rechnungsabgrenzungsposten weisen wie im letzten Jahresabschluss einen Wert von 0,00 Euro auf.

### **4 Verwendung liquider Mittel aus Rückstellungen**

Angesammelte, langfristige Rückstellungen für offene Rechtsstreitigkeiten, Abgabepflicht an die Künstlersozialkasse bzw. die Prüfkosten der noch ausstehenden jeweiligen Jahresabschlüsse (in Summe in Höhe von 51.786,29 Euro) werden ebenso wie weitere liquide Mittel weiterhin ausschließlich auf einem Tagesgeldkonto bei der Deutschen Kreditbank geführt. Eine Trennung zu anderen Sichteinlagen wird nicht vorgenommen.

### **5 Angaben zur Ergebnis- und Finanzrechnung**

Die Ergebnisrechnung weist ein positives ordentliches Ergebnis von 306.997,24 Euro sowie ein Sonderergebnis von 0,00 Euro aus. Damit liegt das Gesamtergebnis über dem des Vorjahres von 209.923,02 Euro. Die Erwirtschaftung der Abschreibungen in Höhe von 4.073,79 Euro ist aufgrund des geringen Anteils von abnutzbarem Anlagevermögen unkritisch. Zudem kommt die außerplanmäßige Abschreibung der Forderung an den Kulturverein Schloss Machern e. V. in Höhe von 43.600,00 Euro. Neben der Ausgestaltung des Förderverfahrens gab es im Haushaltsjahr 2017 keine außerordentlichen Geschäftsvorfälle.

Die Finanzrechnung enthält eine größere Summe an Einzahlungen als an Auszahlungen, was im Ergebnis ein Mehr an liquiden Mittel in Höhe von 171.850,88 Euro im Vergleich zum Bestand zu Jahresanfang ergibt. Der Kulturraum kann dabei im Verlauf des Haushaltsjahres grundsätzlich aus Eigenmitteln alle Verbindlichkeiten des Vorjahres begleichen sowie notwendige Liquiditätsbedarfe der Fördermittelempfänger zu den gewünschten Terminen sicherstellen. Im Vergleich zum Vorjahr mit 427.075,80 Euro ist der Bestand an liquiden Mittel jedoch in geringerem Umfang gestiegen.

Zur Vermeidung von inhaltlichen Redundanzen wird bezüglich weiterer Erläuterungen zur Ergebnis- und Finanzrechnung auf den Rechenschaftsbericht verwiesen. Änderungen in Form und Gliederung im Vergleich zum Vorjahr liegen nicht vor.

### **6 Sonstige Sachverhalte**

Im Jahresabschluss 2017 wurde keine Berichtigung von Wertansätzen der Eröffnungsbilanz vorgenommen.

Es liegen zudem keine Übertragungen von Haushaltsermächtigungen sowie Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre vor.

### **Rechenschaftsbericht für das Geschäftsjahr 2017**

Der Inhalt des Rechenschaftsberichtes gibt gemäß § 53 SächsKomHVO-Doppik den Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage des Zweckverbandes unter dem Fokus der Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung wieder.

#### **1 Ziel des Kulturraums und Zielerreichung**

Der Kulturraum ist als Pflichtzweckverband nach § 1 Abs. 1 SächsKRG für die Erhaltung und Förderung kultureller Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung im Verbandsgebiet verantwortlich. Das Ziel des Kulturraums dabei ist es, eine stabile Kulturförderung auf gleichbleibendem Niveau zu gewährleisten.

Mit der Höhe der erhobenen Kulturumlage war es möglich die maximale Landeszuweisung nach § 6 Abs. 2 Buchst. a SächsKRG abzurufen. Dabei standen u. a. aufgrund der deutlichen Steigerung der kommunalen Kulturausgaben im Kulturraum beim SMWK im Vergleich zum Vorjahr ca. 470.000,00 Euro mehr Mittel zur Verfügung. Die Kofinanzierungen der Anträge für

Investitions- und Strukturmaßnahmen nach § 6 Abs. 2 Buchst. b SächsKRG, investive Verstärkungsmittel sowie Kulturelle Bildung konnten sichergestellt werden. Darüber hinaus wurde jeder Antragsteller mit einer Fördersumme unterstützt, welche einen finanziellen Rahmen bildete, der bestehende Kulturangebote sicherte und neue Entwicklungen ermöglichte. Rückblickend kann hier damit die angestrebte Zielerreichung festgestellt werden. Im Vergleich der Vorjahre konnte die stetig sinkende Gesamtfinanzierung der Kulturförderung über den Kulturraum seit langem wieder erhöht und auf das Niveau des Haushaltjahres 2013 gebracht werden.

## 2 Vorgänge von besonderer Bedeutung

Im Förderverfahren des Kulturraums ist die stetige Unterstützung von regional bedeutsamen Kultureinrichtungen und –maßnahmen zu realisieren. Mit der Entscheidung der Kreistage beider Verbandsmitglieder im laufenden Haushaltsjahr, zukünftig die Finanzierung der Kreismusikschulen ausschließlich aus den Haushalten der Landkreise sicherzustellen, wurden Mittel zur stärkeren Unterstützung der professionellen Kulturochester und dem Kulturbetrieb auf Schloss Hartenfels im Kulturraum frei. Für die spezifische Beratung des Konvents in Fragen der Förderung der Orchestergesellschaften Deutsche Bläserakademie und Leipziger Symphonieorchester wurde die Bildung einer Orchesterkommission vereinbart.

Durch die Besetzung von Herrn Pethke erhoffte man sich wieder Kontinuität auf die Stelle des Kultursekretärs zu bringen. Aufgrund von Differenzen in der Zusammenarbeit wurde Herr Pethke jedoch ab der Mitte des Haushaltjahres 2017 freigestellt. In der Zwischenzeit nahm Frau Weigelt (ehem. Oehlert) in Personalunion als Sachbearbeiterin Finanzen diese Aufgaben wahr. In der Konsequenz entschied der Konvent die Stelle des Kultursekretärs von der Stelle des Amtsleiters des Kultusamtes im Landkreis Leipzig zu trennen und als vollwertige Stelle in Anstellung beim Kulturraum auszuschreiben. Die Änderungen des SächsKRG zum 01.01.2018 und der Satzung des Kulturraums machten dies möglich.

Durch die angespannte Personalsituation aufgrund von krankheitsbedingten Abwesenheiten mehrerer Mitarbeiterinnen konnten die Rückstände in der Prüfung der Verwendungsnachweise nicht aufgeholt sowie die ausstehenden Jahresabschlüsse seit 2013 nicht fertiggestellt werden. Zur Aufrechterhaltung des Tagesgeschäftes wurden kurzzeitig Mitarbeiter des Landkreises Leipzig zur Verfügung gestellt und für fünf Monate eine Praktikantin beschäftigt. Zudem war die Durchführung einer körperlichen Inventur zeitlich nicht realisierbar.

## 3 Verlauf der Haushaltswirtschaft

Die Grundlage für die Haushaltsführung bildete die Nachtragssatzung mit Haushaltsplan 2017, welche am 21.06.2017 vom Kulturkonvent beschlossen wurde.

Ausgangspunkt für die Förderung der kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen bildete die Förderliste 2017, welche nach fachlicher Bewertung der Anträge vom Kulturbeirat in der Sitzung am 02.11.2016 beraten und vom Kulturkonvent am 15.12.2016 beschlossen sowie in der Sitzung des Kulturbeirates am 24.05.2017 und des Kulturkonventes am 21.06.2017 aktualisiert wurde.

In der Nachtragssatzung wurden folgende Beträge festgelegt:

<b>Ergebnishaushalt</b>	<b>Betrag in Euro</b>
Summe ordentliche Erträge	8.982.988,00
Summe ordentliche Aufwendungen	8.844.007,00
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>138.981,00</b>
Summe außerordentliche ordentliche Erträge	0,00
Summe außerordentliche ordentliche Aufwendungen	0,00
<b>Sonderergebnis</b>	<b>0,00</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>138.981,00</b>

<b>Finanzhaushalt</b>	<b>Betrag in Euro</b>
Summe Einzahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	8.982.988,00
Summe Auszahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	8.841.007,00
<b>Zahlungsmittelsaldo laufende Verwaltungstätigkeit</b>	<b>141.981,00</b>
Summe Einzahlungen Investitionstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Investitionstätigkeit	5.000,00
<b>Zahlungsmittelsaldo Investitionstätigkeit</b>	<b>-5.000,00</b>
Summe Einzahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
<b>Zahlungsmittelsaldo Finanzierungstätigkeit</b>	<b>0,00</b>
<b>Änderung Bestand liquide Mittel</b>	<b>136.981,00</b>

Die Unterschiede zwischen den Ergebnissen im Ergebnis- und Finanzhaushalt lassen sich aus der Planung wie folgt ableiten:

- Aufwendungen sind um 3.000,00 Euro höher als Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, weil Abschreibungen in dieser Höhe nicht zahlungswirksam werden
- Auszahlungen für Investitionstätigkeit bleiben ergebnisneutral, weil durch die Investition der Bestand an liquiden Mittel verringert und gleichzeitig das Anlagevermögen erhöht wird (Aktivtausch).

Damit plante der Kulturraum mit einem Überschuss von 138.981,00 Euro im Gesamtergebnis sowie einem Finanzierungsmittelüberschuss von 136.981,00 Euro im Haushaltsjahr 2017.

#### Ergebnisrechnung

Der Kulturraum finanziert sich hauptsächlich aus der Kulturumlage nach § 6 Abs. 3 SächsKRG und Landeszuweisungen nach dem § 6 Abs. 2 SächsKRG. Zudem sind im Haushaltsjahr 2017 vom Landtag des Freistaates Sachsen investive Verstärkungsmittel zur Verfügung gestellt worden. Im Planvergleich wurde die Kulturumlage in der gleichen Höhe erhoben, wie sie regelmäßig in den vorangegangenen Haushaltsjahren erhoben wurde.

<b>Erträge in Euro</b>	<b>Ergebnishaushalt</b>	<b>Ergebnisrechnung</b>
Kulturumlage nach § 6 Abs. 3 SächsKRG	3.425.803,00	3.425.803,00
Landeszuweisungen nach § 6 Abs. 2 Buchst. a SächKRG	5.120.903,00	5.120.903,00
Landeszuweisungen nach § 6 Abs. 2 Buchst. b SächKRG Investitions- u. Strukturmaßnahmen	216.080,00	216.080,00
Landeszuweisungen aus Kapitel 1205 Titel 883 02 investive Verstärkungsmittel	172.302,00	115.362,00
Projektförderung Netzwerkstellen nach Förderrichtlinie Musikschulen / Kulturelle Bildung	47.400,00	44.650,00

Die Landeszuweisung nach § 6 Abs. 2 Buchst. a SächKRG wurde nach der Aktualisierung der Berechnung durch das SMWK mit einem Differenzbetrag von 474.324,00 Euro erhöht. In dieser Höhe wurde die Landeszuweisung im Nachtragshaushalt eingeplant und abgerufen.



Landeszuweisung nach § 6 Abs. 2 Buchst. b SächsKRG für Investitions- und Strukturmaßnahmen haben sich aufgrund der Maßnahmeverlängerung für die Sanierung des Kommandantenwohnhauses im ehemaligen Stasi-Bunker Machern um 92.000,00 Euro reduziert. Der Abruf dieser Mittel erfolgte im Folgejahr im Zuge der Umsetzung der Maßnahme. Bis dahin wurde eine Forderung in gleicher Höhe gebildet.

Die investiven Verstärkungsmittel aus Kapitel 1205 Titel 883 02 des Haushaltes des Freistaates Sachsen wurden reduziert um 56.940 Euro vollumfänglich beim SMWK abgerufen. Die Stadt Wurzen hatte ihren Antrag für die Dauerausstellung am Lutherweg zurückgezogen, was den verminderten Abruf begründet. Das Ausbleiben dieses Ertrages bleibt damit ergebnisneutral.

Zudem gibt es eine Unterstützung der Kulturräume im Rahmen der Kulturellen Bildung für die Netzwerkstellen, welche als Projektförderung über die Förderrichtlinie Musikschulen/ Kulturelle Bildung beim SMWK beantragt werden muss. Im Vollzug dieses Projektes bestand ein geringerer Förderbedarf, weshalb nicht alle Mittel abgerufen wurden. Die sich daraus ergebende Ertragsminderung im Vergleich zum Plan von 2.750,00 Euro bleibt ebenso ergebnisneutral.

Aufgrund der Ergebnisse der Verwendungsnachweisprüfungen im Jahr 2017 kam es zu Rückforderungen aus den Kulturräumförderungen der Vorjahre in Höhe von 1.039,61 Euro, welche ertragswirksam beglichen wurden.

Aufwendungen in Euro	Ergebnishaushalt	Ergebnisrechnung
Förderliste nach § 3 Abs. 1 Satz 1 SächsKRG	8.353.267,00	8.199.825,12
davon Förderliste nach § 3 Abs. 1 Satz 1 SächsKRG Investitions- u. Strukturmaßnahmen	237.730,00	237.730,00
davon Förderliste nach § 3 Abs. 1 Satz 1 SächsKRG investive Verstärkungsmittel	202.302,00	132.102,00
Projektförderung Netzwerkstellen nach Förderrichtlinie Musikschulen / Kulturelle Bildung	63.200,00	60.450,00
Kultursekretariat	490.740,00	373.821,52

Mit Beschluss der Förderliste 2017 im Konvent am 21.06.2017 wurde eine Fördersumme von 8.353.267,00 Euro beschlossen. Diese Förderliste enthält auch die Förderungen mit den Anteilen des Kulturrums für Investitions- und Strukturmaßnahmen, investive Verstärkungsmittel sowie die Netzwerkstelle Kulturelle Bildung.

Aufgrund von geringerem Mittelabruf kam es zu einer Verringerung der Aufwendungen zur Förderliste von kulturellen Einrichtungen und Projekten in Höhe von 153.441,88 Euro. Dabei stellt der zurückgezogene Antrag der Stadt Wurzen in Höhe von 62.630,00 Euro für investive Verstärkungsmittel inklusive der Kofinanzierung des Kulturrums in Höhe von 5.690,00 Euro den größten Anteil dar.

Die Aufwendungen für investive Verstärkungsmittel wurden für drei Antragsteller sowie einem freien Budget für das Vergabeverfahren im laufenden Haushaltsjahr geplant. Mit der Sitzung des Konvents am 21.11.2017 wurde informiert, welche Antragsteller Mittel aus dem freien Budget erhalten. Dabei wurden planmäßig für die Maßnahmen Schaffung Barrierefreiheit im Veranstaltungsgebäude des Fördervereins Rittergut Trebsen e. V. 30.635,00 Euro und Einrichtung Kinderbibliothek der Stadt Borna 19.800,00 Euro aufgebracht. Darüber hinaus erhielt

ten die Leipziger Symphonieorchester gGmbH für die Maßnahme Anschaffung von Musikinstrumenten 47.610,00 Euro, der Rosengarten e. V. für Konzeption, Gestaltung und Umsetzung Ausstellungsraum 10.500,00 Euro sowie der Förderverein Rittergut Trebsen e. V. für Ausstattung Stein-Erlebniswerkstatt 23.557,00 Euro. Der Antrag zur Maßnahme Dauerausstellung am Lutherweg der Stadt Wurzen wurde in 2017 nicht realisiert.

Die Investitions- und Strukturmittel wurden planmäßig für die Maßnahme Dauerausstellung Standfest. Trinkfest. Bibelfest. in den Gemächern von Schloss Hartenfels des Landkreises Nordsachsen in Höhe von 78.650,00 Euro, der Maßnahme Klang und Glaube im Priesterhaus der Stadt Torgau in Höhe von 49.080,00 Euro sowie anteilig die Sanierung des Kommandantenwohnhauses im ehemaligen Stasi-Bunker Machern des Bürgerkomitee Leipzig e. V. in Höhe von 8.800,00 Euro bereitgestellt.

Im Rahmen der Arbeit über die Netzwerkstelle des Kulturraums wurden bis auf das Projekt Musik erleben alle Maßnahmen planmäßig realisiert, was den verringerten Mitteleinsatz von 60.450,00 Euro begründet.

Eine weitere Verringerung der Aufwendungen in Höhe von 116.918,48 Euro ergab sich im Kultursekretariat. Hauptsächlich entstanden diese durch die ausgebliebenen Personalkosten aufgrund der längerfristigen krankheitsbedingten Abwesenheiten über den Zeitraum der Entgeltfortzahlung hinaus sowie aus nicht realisierten Vorhaben in der Formularanpassung. Der Verwaltungsaufwand zur Sicherstellung des Förderverfahrens durch das Kultursekretariat beträgt damit 4,34 Prozent der Gesamtaufwendungen und liegt damit über dem Vorjahreswert von 3,67 Prozent der Gesamtaufwendungen.

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen sind nicht zu verbuchen. Damit liegt die Höhe des Sonderergebnisses bei 0,00 Euro.

Das Gesamtergebnis ist damit in Höhe von 306.997,24 Euro gleich dem ordentlichen Ergebnis.

<b>Ergebnisrechnung</b>	<b>Betrag in Euro</b>
Summe ordentliche Erträge	8.924.355,29
Summe ordentliche Aufwendungen	8.617.358,05
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>306.997,24</b>
Summe außerordentliche ordentliche Erträge	0,00
Summe außerordentliche ordentliche Aufwendungen	0,00
<b>Sonderergebnis</b>	<b>0,00</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>306.997,24</b>

#### Finanzrechnung

<b>Finanzrechnung</b>	<b>Betrag in Euro</b>
Summe Einzahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	8.832.574,20
Summe Auszahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	8.660.723,32
<b>Zahlungsmittelsaldo laufende Verwaltungstätigkeit</b>	<b>171.850,88</b>
Summe Einzahlungen Investitionstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Investitionstätigkeit	0,00
<b>Zahlungsmittelsaldo Investitionstätigkeit</b>	<b>0,00</b>
Summe Einzahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
<b>Zahlungsmittelsaldo Finanzierungstätigkeit</b>	<b>0,00</b>
<b>Änderung Bestand liquide Mittel</b>	<b>171.850,88</b>

Die Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit entspricht den ordentlichen Erträgen der Ergebnisrechnung vermindert um 92.000,00 Euro aufgrund der Verlängerung der

investiven Maßnahme des Bürgerkomitee Leipzig e. V. ins nächste Jahr, bei der die Einzahlung erst 2018 erfolgte. Zusätzlich sind im Vergleich mit der Ergebnisrechnung noch 218,91 Euro eingezahlt wurden, die im Haushaltsjahr 2015 ergebniswirksam wurden.

Dem gegenüber stehen Auszahlungen in Höhe von 8.660.723,32 Euro. Die höhere Auszahlungssumme von 43.365,27 Euro im Vergleich zu den Aufwendungen erklärt sich durch die planmäßigen Abschreibungen und Wertberichtigungen sowie Rückstellungen und Verbindlichkeiten, welche ergebniswirksam aber nicht bzw. noch nicht finanzwirksam werden. Zudem erfolgten Auszahlungen in Höhe von 390.277,39 Euro, die bereits im Haushaltsjahr 2016 ertragswirksam wurden. Die geplanten Investitionen von 5.000,00 Euro wurden in diesem Haushaltsjahr nicht angeschoben. Der Zahlungsmittelsaldo der Finanzierungstätigkeit bleibt im Ergebnis ohne Kontobewegungen dadurch ebenfalls bei 0,00 Euro.

Im Ergebnis bleibt ein Zahlungsmittelüberschuss im Haushaltsjahr 2017 von 171.850,88 Euro.

#### Vermögensrechnung

Im Vergleich der Bilanzpositionen der Jahresabschlüsse 2016 und 2017 sind unbeachtet der Fehlbetragsentwicklung außer beim Bestand an liquiden Mittel und Verbindlichkeiten aus Transferleistungen nur minimale jahresübliche Schwankungen zu verzeichnen.

Das Anlagevermögen wird grundsätzlich so geringgehalten, wie es für die Aufgabenerfüllung des Kulturrums notwendig ist. Der Erwerb von Kunstgegenständen, welcher im Jahr 2015 eingestellt wurde, stellt den größten Anteil dar. Die erworbene Kunst ist dabei vollständig unbefristet an die beiden Mitgliedslandkreise sowie geförderte Kultureinrichtungen verliehen.

Der Bestand an liquiden Mitteln zum Jahresende steigt im Vergleich zum Vorjahr um den Zahlungsmittelüberschuss in der Finanzrechnung auf 1.256.234,83 Euro. Die gebildeten Rücklagen planmäßig im Förderverfahren zu verwenden, wird nach Abschluss des Prüfverfahrens des Jahresabschlusses 2017 frühestens im Laufe des Kalenderjahres 2021 möglich sein.

Die Position der Verbindlichkeiten ist im Vergleich zum Vorjahr auf 303.350,71 Euro gesunken. Der Grund liegt zu einem erheblichen Teil im außergewöhnlich hohen Bestand an Verbindlichkeiten aus Transferleistungen des Vorjahres. Das Niveau der Verbindlichkeiten im Jahresabschluss 2017 wird ohne Berücksichtigung der ausstehenden Förderung für die Maßnahmeverlängerung im ehemaligen Stasi-Bunker Machern in Höhe von 101.200,00 Euro inklusive des Anteils vom Kulturräum von 9.200,00 Euro als für den Kulturräum normal eingeschätzt. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen keine. Der Kulturräum ist demnach weiterhin schuldenfrei.

Die Rückstellungen sinken im Jahresabschluss 2017 auf 51.786,29 Euro. Die Höhe begründet sich in den noch offenen Jahresabschlussprüfungen für die Haushaltsjahre 2013 bis 2017 mit 20.000,00 Euro, die offene Prüfung der Abgabepflicht an die Künstlersozialkasse mit 5.000,00 Euro sowie unveränderte Rückstellungen von 26.786,29 Euro für anhängige Gerichtsverfahren.

Nach der Verrechnung des Fehlbetrages des ordentlichen Ergebnisses aus dem Jahr 2014 konnte eine Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 26.186,91 Euro gebildet werden. Die Fehlbeträge der Vorjahre konnten damit vollständig mit Überschüssen der ordentlichen Ergebnisse der letzten Jahre verrechnet werden, bevor die Verpflichtung bestehen würde, sie spätestens im vierten Folgejahr nach ihrer Entstehung mit dem Basiskapital zu verrechnen. Grundsätzlich besteht das Ziel im Kulturräum keine Situation herbeizuführen, die eine Minderung des Basiskapitals zur Folge hätte. Wenn es langfristig möglich ist, besteht weiterhin das Ziel eine Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 300.000,00 Euro dauerhaft vorzuhalten.



Im Ergebnis der Bewertung der Abschlussrechnung lässt sich für das Haushaltsjahr 2017 ein positives Fazit ziehen. Die geplante Zielstellung konnte mit den eingesetzten Mitteln erreicht werden und zudem war im Jahresverlauf ein größeres positives ordentliches Ergebnis möglich.

### 4 Lage des Kulturraums

Aufgrund der starken Abhängigkeit der finanziellen Leistungsfähigkeit des Kulturraums von der Höhe der Summe des Kulturlastenausgleichs nach dem SächsKRG bewertet der Kulturraum den beständigen Beitrag des Freistaates Sachsen über alle sächsischen Kulturräume hinweg für die kommunale Pflichtaufgabe der Kulturpflege als äußerst positiv.

Das Verfahren zur Verteilung der Mittel nach der Sächsischen Kulturraumverordnung (Sächs-KRVO) wird dabei jedoch weiterhin kritisch hinterfragt. Der Versuch, die Entscheidungsträger im SMWK von den verschiedenen Wirkungen der Verordnung für die einzelnen Kulturräume und deren Veränderungsnotwendigkeit zu überzeugen, bleibt weiterhin eine wichtige Aufgabe. Die letzte Änderung zum 01.01.2019 wurde neben den positiven Veränderungen für den Planungsprozess für alle Kulturräume aufgrund der negativen Auswirkungen auch für den Kulturraum Leipziger Raum widerstrebend hingenommen.

Die deutliche Steigerung der Landeszuweisung im Haushaltsjahr 2017 wird als Einmaleffekt bewertet und lässt noch keinen Schluss auf eine Trendwende zu. Daher müssen die gegebenen Einflussgrößen auf die Berechnung weiterhin so gesteuert werden, dass dies möglich werden kann. Eine wichtige Aufgabe dabei ist, die Kommunen im Gebiet des Kulturraums zu überzeugen, dass die Notwendigkeit für mehr Fördermittel aus dem Kulturraum darin besteht, die Ausgaben zahlenmäßig zu erhöhen, welche über die SächsKRVO aus den Jahresrechnungsstatistiken der Kommunen herangezogen werden. Zudem ist ein Verständnis für das Wechselspiel von kommunalen Kultureinsparungen bei steigender Kulturraumförderung und umgekehrt zu schärfen.

Bei schwankenden Landeszuweisungen wäre für eine stabile Kulturraumförderung eine Rücklage im Kulturraum eine Ausgleichsmöglichkeit. Diese bestand bisher nicht und konnte in 2017 nur in geringem Umfang gebildet werden. Ohne die anvisierte Rücklage von ca. 300.000,00 Euro wird in den kommenden Jahren zum Erhalt der kulturellen Vielfalt und des dauerhaften Kulturangebotes grundsätzlich eher mehr Geld benötigt werden.

Der Kulturraum hat sich in seiner Förderrichtlinie auf die Förderung von regional bedeutsamen kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen in den Bereichen Museen, Kunst und Kultur, Kulturelle Bildung, Kultur- und Kommunikationszentren (Kulturhäuser), Soziokultur, Musik, professionelle Orchester, Kreismusikschulen, Kirchenmusik und Bibliotheken festgelegt. Damit wird ein Angebot sichergestellt, dass einen Teil der Lebensqualität in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen beschreibt. Die folgende Grafik stellt dafür die Verteilung der ausgereichten Fördermittel im Haushaltsjahr 2017 dar.

Die Verteilung der Mittel ist im Vergleich zum Vorjahr in allen Sparten konstant geblieben. Die einzigen Veränderungen gab es im halbierten Anteil der Musikschulen (10 Prozent in 2016) zu Gunsten einer Steigerung der professionellen Orchester um einen Prozentpunkt (41 Prozent in 2016) sowie der Sparte Kunst und Kultur um vier Prozentpunkte (12 Prozent in 2016). Begründet wird die Veränderung in der o. g. Entscheidung des Herauslösens der Musikschulen aus der Förderung des Kulturraumes zur Jahresmitte 2017 und der Verteilung der freigewordenen Mittel auf die Orchester und Schloss Hartenfels. Im Haushaltsjahr 2018 wird der Anteil der Musikschulen dann wegfallen und der Rest ebenfalls den beschriebenen Einrichtungen zugeschlagen.

Bei einer offiziellen Einwohnerzahl zum 31.12.2017 von 455.802 im Kulturraum, wurden in der Statistik des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen Nettoausgaben (Ausgaben

abzüglich Einnahmen) in kommunalen Haushalten für Kultur und kulturnahe Bereiche von 23.676.460,00 Euro verbucht. Das macht eine Pro-Kopf-Kulturausgabe von 51,94 Euro. Im Vorjahr lag der Wert noch bei 51,70 Euro. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2015 mit 57,98 Euro stellt die geringfügige Erhöhung eine deutliche Reduzierung dar. Dabei ist jedoch die Eingrenzung der anererkennungsfähigen Produktbereiche zu berücksichtigen. Keine Beachtung finden nunmehr die Produktbereiche PR 271 Volkshochschulen, PR 273 sonstige Volksbildung und PR 291 Förderung von Kirchengemeinden und sonstigen Religionsgemeinschaften. Die Eingrenzung erfolgte durch das SMWK im Rahmen einer Harmonisierung mit der Erfassung der Bundesstatistik zur Kulturpflege.

Mit Änderung der Kulturraumverordnung zum 01.01.2019 sind die Kulturausgaben nun drei Jahre rückwirkend bei der Berechnung des Kulturlastenausgleiches von Bedeutung. Das erhöht deutlich die Planungssicherheit und lässt schwankende Landeszuweisungen schon im Haushaltsplan einfließen. Die Ausgaben der Kommunen in der Statistik aus dem Jahr 2017 sind demnach Grundlage für die Zuweisung im Haushaltsjahr 2020.

Leider wird diese Änderung erst mit der Haushaltsplanung 2019 wirksam. Das starke Absinken der Landeszuweisung im Haushaltsjahr 2018 wird demnach erst im laufenden Haushaltsjahr festgestellt werden und eine erhebliche Finanzierungslücke in den Haushaltplan reißen. Der mittelfristige Trend der sinkenden Landeszuweisung wird daher weiterhin eine der bestehenden Herausforderungen im Kulturraum bleiben.

## **Bericht für das Geschäftsjahr 2018**

Mit dem Jahresabschluss kommt der Kulturraum Leipziger Raum (Kulturraum) seiner Pflicht nach, dem Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus (SMWK) als Zuweisungsgeber, den Umlagegebern Landkreis Leipzig und Nordsachsen sowie der Öffentlichkeit die ordnungsmäßige Mittelverwendung nachzuweisen.

Den Jahresabschluss 2017 hat der Kulturkonvent in der Sitzung am 26.11.2020 festgestellt. Dieser wurde dem SMWK zur rechtsaufsichtlichen Prüfung übergeben, welches diese mit Schreiben vom 30.12.2020 abgeschlossen hat. Die Veröffentlichung des Beschlusses zu diesem Jahresabschluss fand durch Bekanntgabe am 31.12.2020 im Sächsischen Amtsblatt statt.

Der doppelte Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2018 wurde vom Konvent am 21.11.2017 beschlossen und vom SMWK mit Bescheid vom 20.12.2017 als gesetzmäßig bestätigt.

Der vorliegende Jahresabschluss 2018 wurde auf der Grundlage von § 88 Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO) i. V. m. § 58 Absatz 1 Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) i. V. m. § 1 Absatz 5 des Sächsischen Kulturraumgesetzes (SächsKRG) aufgestellt.

Der Jahresabschluss ist nach § 88 Abs. 2 SächsGemO um einen Anhang zu erweitern. Darin sind nach § 52 Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung (SächsKomHVO) insbesondere bestimmte Pflichtteile zu thematisieren:

### **1 Abweichung von Bilanzstetigkeit und ergänzende Gliederung der Bilanzpositionen**

Die Form der Darstellung der Vermögensrechnung ist im Vergleich zum Jahresabschluss des Vorjahres unverändert. Ergänzende Bilanzpositionen wurden nicht aufgenommen.

### **2 Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Für die Erfassung und Bewertung des Vermögens und der Schulden des Kulturraums wurden die Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze aus der Dienstanweisung zur Erfassung und

Bewertung des Vermögens und der Schulden des Kulturraumes Leipziger Raum (DA Bewertung und Inventur) vom 10.12.2019 mit Wirkung ab dem 01.01.2018 angewandt.

Es wurde für alle Vermögensgegenstände ausschließlich eine Buch- und Beleginventur gemäß der DA Bewertung und Inventur durchgeführt.

### Nutzungsdauer und planmäßige Abschreibung für Vermögensgegenstände

Bei abnutzbaren Vermögensgegenständen wurde für die Ermittlung der Nutzungsdauer die jeweilige Wertuntergrenze der Tabelle „Abschreibungstabelle“ aus der Anlage der Sächs-KomHVO herangezogen, wie in der DA Bewertung und Inventur festgelegt. Die planmäßige Abschreibung erfolgt dabei grundsätzlich linear, d. h. über die Nutzungsdauer in gleichen Monatsraten.

### Vorratsvermögen

Der Kulturraum betreibt keine Lagerhaltung, weshalb kein Vorratsvermögen bewertet werden musste.

### Forderungen und liquide Mittel

Forderungen bestehen gegenüber dem SMWK mit dem offenen Betrag des Kofinanzierungsanteils für das Investitionsprojekt der Großen Kreisstadt Eilenburg zur Verlagerung der Bibliothek, in fünf Förderverfahren gegenüber Zuwendungsempfängern nach erfolgten Verwendungsnachweisprüfungen sowie gegenüber dem Kommunalen Schadensausgleich aufgrund einer Überzahlung im Rahmen der jährlichen Umlage. Die Bewertung der liquiden Mittel erfolgt mit dem Zahlenwert in Euro der Kontoauszüge zum 31.12.2018. Eine Barkasse wird im Kulturraum nicht geführt.

### Rückstellungen

Rückstellungen sind grundsätzlich in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung geschätzten Erfüllungsbetrages angesetzt. Dabei sind alle bis zum Bilanzstichtag entstandenen und bis zu einem Jahr nach Bilanzstichtag erkennbaren Risiken berücksichtigt.

### Verbindlichkeiten

Alle Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der sich im Haushaltsjahr 2019 realisierte.

## **3 Erläuterungen zu den Bilanzpositionen**

### Anlagevermögen

	<b>Haushaltsjahr 2017</b>	<b>Haushaltsjahr 2018</b>
<b>Immaterielle Vermögensgegenstände</b>	180,78 Euro	4,00 Euro
<b>Sachanlagevermögen</b>	118.748,63 Euro	121.594,94 Euro
Kunstgegenstände	114.773,18 Euro	114.773,18 Euro
Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.975,45 Euro	6.821,76 Euro

Die Höhe des Anlagevermögens stieg von 118.929,41 Euro im Vergleich zum Vorjahr um 2.669,53 Euro auf 121.598,94 Euro. Dabei wurden im Jahr 2018 drei Arbeitsplätze mit neuen Notebooks inklusive Bildschirmen im Gesamtwert von 5.881,98 Euro durch den Kulturraum ausgestattet. Die Erhöhung des Anlagevermögens beruht auf diesen Anschaffungen vermindert um die planmäßigen Abschreibungen in Höhe von 3.207,45 Euro sowie der Verschrottung von drei PCs, einem Drucker und einem Kopierer, welche schon abgeschrieben waren und

daher nur noch einen Erinnerungswert von jeweils 1,00 Euro aufwiesen. Die Höhe der bilanzierten Kunstgegenstände blieb im Vergleich zum Vorjahr unverändert.

Aktive Sonderposten für an Dritte geleistete Investitionszuschüsse bildet der Kulturraum auf Basis des Wahlrechts nach § 36 Abs. 8 SächsKomHVO nicht.

Damit macht das Anlagevermögen 6,63 Prozent der Bilanzsumme aus. Im Vorjahr lag der Anteil bei 8,11 Prozent der Bilanzsumme.

#### Umlaufvermögen

	Haushaltsjahr 2017	Haushaltsjahr 2018
<b>Öffentlich-rechtliche Forderungen und</b>		
<b>Forderungen aus Transferleistungen</b>	92.000,00 Euro	244.507,05 Euro
<b>Privatrechtliche Forderungen</b>	0,00 Euro	39,13 Euro
<b>Liquide Mittel</b>	1.256.234,83 Euro	1.469.264,51 Euro

Das Umlaufvermögen hat sich im Vergleich zum Jahresabschluss 2017 von 1.348.234,83 Euro auf 1.713.810,69 Euro erhöht. Davon bilden die liquiden Mittel einen Anteil von 85,73 Prozent, welcher im Vorjahr noch 93,18 Prozent betragen hat.

Die wertberichtigten Forderungen gegenüber der Denkmalschmiede Höfgen gGmbH wurden, nach Abschluss des Insolvenzverfahrens zum 07.03.2019, sowie gegenüber dem Kulturverein Schloss Machern e. V., nach dem Schlussbericht des Insolvenzverwalters vom 23.05.2017, beide mit Beschluss des Konvents vom 23.06.2020 unbefristet niedergeschlagen. Darum werden diese ab dem Jahresabschluss 2019 nicht mehr in den Bilanzkonten geführt.

#### Aktive Rechnungsabgrenzungsposten und nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag

Die Bilanzpositionen „aktive Rechnungsabgrenzungsposten“ und „nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag“ weisen wie im letzten Jahresabschluss einen Wert von 0,00 Euro auf.

#### Kapitalposition

	Haushaltsjahr 2017	Haushaltsjahr 2018
<b>Basiskapital</b>	1.085.840,33 Euro	1.085.840,33 Euro
<b>Rücklagen aus Überschüssen des</b>		
<b>Ordentlichen Ergebnisses</b>	26.186,91 Euro	274.694,09 Euro
<b>Fehlbeträge</b>	0,00 Euro	0,00 Euro

Die Kapitalposition erhöht sich zum Ende des Haushaltsjahres 2018 um 248.507,18 Euro auf 1.360.534,42 Euro. Zu den bestehenden Rücklagen kommt der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses aus dem Haushaltsjahr 2018 hinzu, wodurch nun Rücklagen in Höhe von 274.694,09 Euro gebildet werden. Ein Fehlbetrag aus Vorjahren besteht nicht.

Das Basiskapital ist seit der Eröffnungsbilanz und der Korrektur im Haushaltsjahr 2013 in der Höhe unverändert.

Im Haushaltsjahr gab es keine außerordentlichen Erträge. Außerordentliche Aufwendungen liegen aufgrund von Verschrottung veralteter bzw. unbrauchbarer IT bei 5,00 Euro.

#### Sonderposten

Passive Sonderposten weisen wie im letzten Jahresabschluss einen Wert von 0,00 Euro auf.

### Rückstellungen

	Haushaltsjahr 2017	Haushaltsjahr 2018
<b>Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichts- und Verwaltungsverfahren</b>	26.786,29 Euro	26.786,29 Euro
<b>Rückstellungen für sonstige vertragliche oder gesetzliche Verpflichtungen</b>	25.000,00 Euro	25.000,00 Euro

Die Rückstellungen sind im Vergleich zum Vorjahr in der Höhe unverändert. Dabei gab es im Haushaltsjahr 2018 eine Inanspruchnahme für die Prüfung des Jahresabschlusses 2013 in Höhe von 3.846,37 Euro. Der Restbetrag in Höhe von 153,63 Euro wurde ertragswirksam aufgelöst. Eine Erhöhung um wiederum 4.000,00 Euro liegt in der offenen Prüfung des Jahresabschlusses 2018 begründet. Die Höhe der Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren wurde aufgrund der unveränderten Informationslage zu den Sachverhalten fortgeschrieben. Nach der Konventsentscheidung vom 23.06.2020 zur Niederschlagung der Forderungen aus Insolvenzverfahren erwartet der Kulturraum keine weitere Inanspruchnahme, was zu einer Auflösung dieser Position im Rahmen des Jahresabschlusses 2019 führen wird.

### Verbindlichkeiten

	Haushaltsjahr 2017	Haushaltsjahr 2018
<b>Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen</b>	19.204,95 Euro	32.033,67 Euro
<b>Verbindlichkeiten aus Transferleistungen</b>	111.011,02 Euro	294.262,75 Euro
<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	173.134,74 Euro	96.792,50 Euro

Regelmäßig sind die Verbindlichkeiten zu einem großen Teil durch noch ausstehende Zahlungen an die Landkreise Leipzig und Nordsachsen aufgrund der Betreuung des Kultursekretariates begründet. Zum 31.12.2018 beträgt dieser Anteil 127.885,34 Euro. Zusätzlich sind Verbindlichkeiten in Höhe von 258.500,00 Euro für das Investitionsprojekt der Stadt Eilenburg aufgeführt, welchen 235.000,00 Euro SMWK-Anteil als Forderungen gegenüberstehen. Ein weiterer Betrag in Höhe von 35.612,75 Euro ist in noch ausstehenden Förderungen begründet.

### Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Passive Rechnungsabgrenzungsposten weisen wie im letzten Jahresabschluss einen Wert von 0,00 Euro auf.

## **4 Verwendung liquider Mittel aus Rückstellungen**

Angesammelte, langfristige Rückstellungen für offene Rechtsstreitigkeiten, Abgabepflicht an die Künstlersozialkasse bzw. die Prüfkosten der noch ausstehenden jeweiligen Jahresabschlüsse (in Summe in Höhe von 51.786,29 Euro) werden ebenso wie weitere liquide Mittel weiterhin ausschließlich auf einem Tagesgeldkonto bei der Deutschen Kreditbank geführt. Eine Trennung zu anderen Sichteinlagen wird nicht vorgenommen.

## **5 Angaben zur Ergebnis- und Finanzrechnung**

Die Ergebnisrechnung weist ein positives ordentliches Ergebnis von 248.512,18 Euro sowie ein negatives Sonderergebnis von -5,00 Euro aus. Damit liegt das Gesamtergebnis in Höhe von 248.507,18 Euro unter dem des Vorjahres von 306.997,24 Euro. Die Erwirtschaftung der



Abschreibungen in Höhe von 3.207,45 Euro ist aufgrund des geringen Anteils von abnutzbarem Anlagevermögen unkritisch. Zudem kommt die außerplanmäßige Abschreibung des verschrotteten Anlagevermögens (drei PCs, ein Drucker und ein Kopierer) im Sonderergebnis in Höhe 5,00 Euro.

Die Finanzrechnung enthält eine größere Summe an Einzahlungen als an Auszahlungen, was im Ergebnis ein Mehr an liquiden Mittel in Höhe von 213.029,68 Euro im Vergleich zum Bestand zu Jahresanfang ergibt. Im Vergleich zum Vorjahr mit 171.850,88 Euro ist der Bestand an liquiden Mittel in 2018 im stärkeren Umfang gestiegen. Der Kulturraum kann im Verlauf des Haushaltsjahres grundsätzlich aus Eigenmitteln alle Verbindlichkeiten des Vorjahres begleichen sowie notwendige Liquiditätsbedarfe der Fördermittelempfänger zu den gewünschten Terminen sicherstellen.

Zur Vermeidung von inhaltlichen Redundanzen wird bezüglich weiterer Erläuterungen zur Ergebnis- und Finanzrechnung auf den Rechenschaftsbericht verwiesen. Änderungen in Form und Gliederung im Vergleich zum Vorjahr liegen nicht vor.

## **6 Sonstige Sachverhalte**

Im Jahresabschluss 2018 wurde keine Berichtigung von Wertansätzen der Eröffnungsbilanz vorgenommen.

Es liegen zudem keine Übertragungen von Haushaltsermächtigungen sowie Vorbelastungen künftiger Haushaltsjahre vor.

## **Rechenschaftsbericht für das Geschäftsjahr 2018**

Nach § 88 Abs. 2 SächsGemO ist der Anhang des Jahresabschlusses durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Gemäß § 53 SächsKomHVO gibt der Inhalt des Rechenschaftsberichtes dabei den Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage des Zweckverbandes unter dem Fokus der Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung wieder.

### **1 Ziel des Kulturraums und Zielerreichung**

Der Kulturraum ist als Pflichtzweckverband nach § 1 Abs. 1 SächsKRG für die Erhaltung und Förderung kultureller Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung im Verbandsgebiet verantwortlich. Das Ziel des Kulturraums dabei ist es, eine stabile Kulturförderung zu gewährleisten, welche den Umfang des bestehenden Kulturangebotes sichert und Entwicklung ermöglicht.

Mit der Höhe der erhobenen Kulturumlage war es möglich die maximale Landeszuweisung nach § 6 Abs. 2 Buchst. a SächsKRG abzurufen. Dabei standen u. a. aufgrund der deutlichen Reduzierung der kommunalen Kulturausgaben im Kulturraum im Haushaltsjahr 2016 beim SMWK im Vergleich zum Vorjahr ca. 290.000,00 Euro weniger Mittel zur Verfügung. Die Kofinanzierungen der Anträge für Investitions- und Strukturmaßnahmen nach § 6 Abs. 2 Buchst. b SächsKRG, investive Verstärkungsmittel sowie Kulturelle Bildung konnten sichergestellt werden. Darüber hinaus wurde jeder Antragsteller mit einer Fördersumme unterstützt, welche einen finanziellen Rahmen bildete, der bestehende Kulturangebote sicherte und neue Entwicklungen ermöglichte. Rückblickend kann hier damit die angestrebte Zielerreichung festgestellt werden. Im Vergleich der Vorjahre setzt sich der Trend der stetig sinkenden Landeszuweisungen wieder fort, welcher in der Gesamtfinanzierung der Kulturförderung über den Kulturraum durch die Erhöhung der Kulturumlage um ca. 200.000,00 Euro jedoch deutlich abgefedert wurde.

## 2 Vorgänge von besonderer Bedeutung

Im Förderverfahren des Kulturraums ist die stetige Unterstützung von regional bedeutsamen Kultureinrichtungen und –maßnahmen zu realisieren. Mit der Entscheidung der Kreistage beider Verbandsmitglieder im Haushaltsjahr 2017 die Finanzierung der Kreismusikschulen ausschließlich aus den Haushalten der Landkreise sicherzustellen, wurden schon im Haushaltsjahr 2017 Mittel zur stärkeren Unterstützung der professionellen Kulturorchester und des Kulturbetriebes auf Schloss Hartenfels im Kulturraum frei. Das Verfahren konnte im letzten Jahr nur noch zur Jahresmitte umgesetzt werden und wirkt sich im Haushaltsjahr 2018 nun vollumfänglich aus.

Nach der Entscheidung des Konvents im Haushaltsjahr 2017, die Stelle des Kultursekretärs von der Stelle des Amtsleiters des Kultusamtes im Landkreis Leipzig zu trennen und als vollwertige Stelle in Anstellung beim Kulturraum auszuschreiben, konnte diese zum 01.04.2018 mit Herrn Miklitsch besetzt werden. Die Änderungen des SächsKRG zum 01.01.2018 und der Satzung des Kulturraums machten dies möglich.

Nach der Erstellung der Eröffnungsbilanz des Kulturraums zum 01.01.2013 im Jahr 2014 konnte in diesem Jahr der erste doppelte Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2013 festgestellt werden. In Abstimmung mit dem SMWK werden nun jährlich zwei Jahresabschlüsse vorzulegen sein, bis der Rückstand aufgeholt ist. Die Durchführung einer körperlichen Inventur war zeitlich noch nicht realisierbar, ist aber zum 31.12.2019 geplant.

## 3 Verlauf der Haushaltswirtschaft

Die Grundlage für die Haushaltsführung bildete die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2018, welche am 21.11.2017 vom Kulturkonvent beschlossen wurde.

Ausgangspunkt für die Förderung der kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen bildete die Förderliste 2018, welche nach fachlicher Bewertung der Anträge vom Kulturbeirat in der Sitzung am 27.09.2017 beraten und vom Kulturkonvent am 21.11.2017 beschlossen wurde.

In der Haushaltssatzung wurden folgende Beträge festgelegt:

<b>Ergebnishaushalt</b>	<b>Betrag in Euro</b>
Summe ordentliche Erträge	8.980.536,00
Summe ordentliche Aufwendungen	8.978.445,00
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>2.091,00</b>
Summe außerordentliche ordentliche Erträge	0,00
Summe außerordentliche ordentliche Aufwendungen	0,00
<b>Sonderergebnis</b>	<b>0,00</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>2.091,00</b>

<b>Finanzhaushalt</b>	<b>Betrag in Euro</b>
Summe Einzahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	8.980.536,00
Summe Auszahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	8.975.445,00
<b>Zahlungsmittelsaldo laufende Verwaltungstätigkeit</b>	<b>5.091,00</b>
Summe Einzahlungen Investitionstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Investitionstätigkeit	3.000,00
<b>Zahlungsmittelsaldo Investitionstätigkeit</b>	<b>-3.000,00</b>
Summe Einzahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
<b>Zahlungsmittelsaldo Finanzierungstätigkeit</b>	<b>0,00</b>
<b>Änderung Bestand liquide Mittel</b>	<b>2.091,00</b>

Die Unterschiede zwischen den Planzahlen im Ergebnis- und Finanzhaushalt lassen sich wie folgt ableiten:

- Aufwendungen sind um 3.000,00 Euro höher als Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, weil Abschreibungen in dieser Höhe nicht zahlungswirksam werden
- Auszahlungen für Investitionstätigkeit bleiben ergebnisneutral, weil durch die Investition der Bestand an liquiden Mittel verringert und gleichzeitig das Anlagevermögen erhöht wird (Aktivtausch).

Damit plante der Kulturraum mit einem Überschuss von 2.091,00 Euro im Gesamtergebnis sowie einem Finanzierungsmittelüberschuss in gleicher Höhe im Haushaltsjahr 2018.

### Ergebnisrechnung

Der Kulturraum finanziert sich hauptsächlich aus der Kulturumlage nach § 6 Abs. 3 SächsKRG und Landeszuweisungen nach dem § 6 Abs. 2 SächsKRG. Zudem sind im Haushaltsjahr 2018 vom Landtag des Freistaates Sachsen investive Verstärkungsmittel zur Verfügung gestellt worden.

Im Planvergleich wurde die Kulturumlage mit dem festgesetzten Hebesatz der Haushaltssatzung erhoben, was mit den veränderten Umlagegrundlagen der Landkreise eine Erhöhung um 196.250,00 Euro ergibt.

Die Landeszuweisungen nach § 6 Abs. 2 Buchst. a SächKRG mussten nach der Berechnung durch das SMWK mit einem Differenzbetrag von -288.084,00 Euro aktualisiert werden.

<b>Erträge in Euro</b>	<b>Ergebnishaushalt</b>	<b>Ergebnisrechnung</b>
Kulturumlage nach § 6 Abs. 3 SächsKRG	3.425.803,00	3.622.053,00
Landeszuweisungen nach § 6 Abs. 2 Buchst. a SächKRG	5.120.903,00	4.832.819,00
Landeszuweisungen nach § 6 Abs. 2 Buchst. b SächKRG Investitions- u. Strukturmaßnahmen	216.080,00	275.000,00
Landeszuweisungen aus Kapitel 1205 Titel 883 02 investive Verstärkungsmittel	170.000,00	161.933,76
Projektförderung Netzwerkstellen nach Förderrichtlinie Musikschulen / Kulturelle Bildung	47.250,00	47.250,00

Die Landeszuweisungen nach § 6 Abs. 2 Buchst. b SächKRG für Investitions- und Strukturmaßnahmen haben sich nach Bewilligung durch das SMWK um 58.920,00 Euro erhöht. Aufgrund der Maßnahmeverlängerung für die Verlagerung der Stadtbibliothek Eilenburg wurde der Abruf im Haushaltsjahr um 235.000,00 Euro reduziert. Bis zur Umsetzung im Folgejahr wurde eine Forderung in gleicher Höhe gebildet.

Die investiven Verstärkungsmittel aus Kapitel 1205 Titel 883 02 des Haushaltes des Freistaates Sachsen wurden im Vergleich zum Plan nur in Höhe von 162.117,00 Euro bewilligt und reduziert um 183,24 Euro beim SMWK abgerufen. Das Netzwerk für Demokratische Kultur e. V. hatte seinen Antrag für die Maßnahme „Einrichtung Werkstattatelier sowie Erneuerung Kulturkeller D5 Wurzen“ zurückgezogen. Damit wurden Fördermittel für Antragsteller frei, welche zuvor nicht bzw. nicht in der Höhe berücksichtigt werden konnten. Die Vergabe war jedoch im laufenden Haushaltsjahr nicht vollumfänglich möglich, was den verminderten Abruf begründet. Das Ausbleiben dieses Ertrages bleibt jedoch ergebnisneutral.



Zudem gibt es eine Unterstützung der Kulturräume im Rahmen der Kulturellen Bildung für die Netzwerkstellen, welche als Projektförderung über die Förderrichtlinie Musikschulen/ Kulturelle Bildung beim SMWK beantragt werden muss. Die Bewilligung erfolgte in Höhe der Antragssumme und die bereitgestellten Mittel konnten antragsgemäß umgesetzt werden.

Aufgrund der Ergebnisse der Verwendungsnachweisprüfungen im Jahr 2018 kam es zu Rückforderungen aus den Kulturraumförderungen der Vorjahre bzw. des laufenden Haushaltsjahres in Höhe von 56.015,71 Euro, welche bis zum Jahresende in Höhe von 46.508,66 Euro ertragswirksam beglichen wurden.

Aufwendungen in Euro	Ergebnishaushalt	Ergebnisrechnung
<b>Förderliste nach § 3 Abs. 1 Satz 1 SächsKRG</b>	8.390.795,00	8.318.089,77
davon Förderliste nach § 3 Abs. 1 Satz 1 SächsKRG Investitions- u. Strukturmaßnahmen	302.500,00	302.500,00
davon Förderliste nach § 3 Abs. 1 Satz 1 SächsKRG investive Verstärkungsmittel	218.146,00	195.236,36
davon Projektförderung Netzwerkstellen nach Förderrichtlinie Musikschulen / Kulturelle Bildung	63.000,00	63.000,00
<b>Kultursekretariat</b>	587.650,00	425.197,93

Mit Beschluss der Förderliste 2018 im Konvent am 21.11.2017 wurde eine Fördersumme von 7.933.399,00 Euro beschlossen. Diese Förderliste enthält die Förderungen mit den Anteilen des Kulturraums für Investitions- und Strukturmaßnahmen, investive Verstärkungsmittel sowie die Netzwerkstelle Kulturelle Bildung. Bei Investitions- und Strukturmaßnahmen sowie investiven Verstärkungsmitteln beinhaltet der Haushalt des Kulturraums die Kofinanzierungs-anteile des SMWK, da diese durch den Kulturraum ausgereicht werden.

Aufgrund von geringerem Mittelabruf kam es zu einer Verringerung der Aufwendungen zur Förderliste von kulturellen Einrichtungen und Projekten in Höhe von 72.705,30 Euro. Dabei wurden drei Anträge der Regelförderung vollumfänglich zurückgezogen.

Die Aufwendungen für investive Verstärkungsmittel wurden für fünf Antragsteller geplant. Der Antrag zur Maßnahme Einrichtung Werkstattatelier sowie Erneuerung Kulturkeller D5 Wurzen des Netzwerkes für Demokratische Kultur e. V. wurde aufgrund ausbleibender Sitzgemeindebeteiligung zurückgezogen. Damit war die Verteilung der zugewiesenen Mittel in Höhe von 161.933,76 Euro auf die verbleibenden Antragsteller möglich. Inklusiv des Kulturraumanteils erhielten die Stadt Schkeuditz für die Maßnahme „Nachrüstung Raumkühlung“ im Kulturhaus Sonne 121.237,89 Euro (Anteil SMWK 110.216,26 Euro), die Kulturbetriebs GmbH Böhlen für die Maßnahme „Anschaffung Bühnentechnik, Sanierung Hebebühne und Bühnenboden“ im Kulturhaus Böhlen 49.000,00 Euro (Anteil SMWK 29.000,00 Euro), die Oschatzer Freizeitstätten GmbH für die Maßnahme „Bühnenvorhang inklusive Zugvorrichtung“ in der Stadthalle Thomas-Müntzer-Haus 20.143,47 Euro (Anteil SMWK 18.312,50 Euro) sowie der Torgauer Kunst- und Kulturverein „Johann Kentmann“ e. V. für die Maßnahme Veranstaltungstechnik und –möbel für Außenbereich des Hauses Pfarrstraße 2“ 4.855,00 Euro (Anteil SMWK 4.405,00 Euro).

Die Investitions- und Strukturmittel wurden planmäßig für die Maßnahme Verlagerung der Stadtbibliothek Eilenburg in Höhe von 302.500,00 Euro bereitgestellt. Die Umsetzung war im Haushaltsjahr 2018 nur zu Teilen möglich, weshalb in Abstimmung mit dem SMWK die Maßnahme erst im Jahr 2019 abgeschlossen wurde.

Eine weitere Verringerung der Aufwendungen in Höhe von 162.452,07 Euro ergab sich im Kultursekretariat. Hauptsächlich entstanden diese durch die ausgebliebenen Personalkosten aufgrund unbesetzter Stellen sowie längerfristiger krankheitsbedingter Abwesenheiten. Der Verwaltungsaufwand zur Sicherstellung des Förderverfahrens durch das Kultursekretariat beträgt damit 4,86 Prozent der Gesamtaufwendungen und liegt damit über dem Vorjahreswert von 4,34 Prozent der Gesamtaufwendungen.

Außerordentliche Erträge sind nicht zu verbuchen. Die vollständige Abschreibung von Anlagevermögen durch die Verschrottung von drei PCs, einem Drucker und einem Kopierer, welche nur noch einen Erinnerungswert von jeweils 1,00 Euro aufwiesen, beschreibt die Höhe der außerordentlichen Aufwendungen in Höhe von 5,00 Euro.

Zusammengefasst liegt damit das ordentliche Ergebnis bei 248.512,18 Euro, das Sonderergebnisses bei -5,00 Euro und das Gesamtergebnis bei 248.507,18 Euro.

<b>Ergebnisrechnung</b>	<b>Betrag in Euro</b>
Summe ordentliche Erträge	8.995.809,88
Summe ordentliche Aufwendungen	8.747.297,70
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>248.512,18</b>
Summe außerordentliche ordentliche Erträge	0,00
Summe außerordentliche ordentliche Aufwendungen	5,00
<b>Sonderergebnis</b>	<b>-5,00</b>
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>248.507,18</b>

#### Finanzrechnung

<b>Finanzrechnung</b>	<b>Betrag in Euro</b>
Summe Einzahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	8.843.110,07
Summe Auszahlungen laufende Verwaltungstätigkeit	8.624.198,41
<b>Zahlungsmittelsaldo laufende Verwaltungstätigkeit</b>	<b>218.911,66</b>
Summe Einzahlungen Investitionstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Investitionstätigkeit	5.881,98
<b>Zahlungsmittelsaldo Investitionstätigkeit</b>	<b>-5.881,98</b>
Summe Einzahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
Summe Auszahlungen Finanzierungstätigkeit	0,00
<b>Zahlungsmittelsaldo Finanzierungstätigkeit</b>	<b>0,00</b>
<b>Änderung Bestand liquide Mittel</b>	<b>213.029,68</b>

Die Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit entspricht grundsätzlich den ordentlichen Erträgen der Ergebnisrechnung. Die Verlängerung der investiven Maßnahme des Bürgerkomitee Leipzig e. V. aus 2017 ins Jahr 2018 erhöht die Einzahlungen im Vergleich zu den Erträgen um 92.000,00 Euro, weil dieser Betrag im Haushaltsjahr 2017 ergebniswirksam wurde. Zusätzlich erklärt sich der Differenzbetrag zwischen Einzahlungen und Erträgen, weil Erträge in Höhe von 9.546,18 Euro als offene Forderungen und die ertragswirksame Auflösung der Rückstellung für den Jahresabschluss 2013 in Höhe von 153,63 Euro nicht zahlungswirksam sind. Durch die Verlängerung der Maßnahme zur Verlagerung der Stadtbibliothek Eilenburg ins Jahr 2019 entsteht zudem eine Forderung in Höhe von 235.000,00 Euro, welche erst durch Zahlung in 2019 finanzwirksam wird.

Den Einzahlungen stehen Auszahlungen in Höhe von 8.630.080,39 Euro gegenüber.

Die Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit entspricht dabei grundsätzlich den ordentlichen Aufwendungen der Ergebnisrechnung. Die Auszahlungssumme ist dabei im Vergleich zu den Aufwendungen vermindert, weil planmäßige Abschreibungen in Höhe von 3.207,45 Euro, Rückstellungen in Höhe von 4.000,00 Euro und Verbindlichkeiten in Höhe von

419.550,80 Euro ergebniswirksam aber noch nicht finanzwirksam werden. Zudem erfolgten Auszahlungen in Höhe von 303.658,96 Euro, die bereits im Haushaltsjahr 2017 oder früher aufwandswirksam wurden.

Die Investitionen waren in Höhe von 3.000,00 Euro geplant und wurden im laufenden Haushaltsjahr in Höhe von 5.881,98 Euro notwendig. Angeschafft wurden damit neue Notebooks inklusive Bildschirmen für drei Arbeitsplätze.

Der Zahlungsmittelsaldo der Finanzierungstätigkeit bleibt im Ergebnis ohne Kontobewegungen und dadurch bei 0,00 Euro.

Im Ergebnis bleibt ein Zahlungsmittelüberschuss im Haushaltsjahr 2018 von 213.029,68 Euro.

### Vermögensrechnung

Im Vergleich der Bilanzpositionen der Jahresabschlüsse 2017 und 2018 sind außer beim Bestand an liquiden Mittel und Verbindlichkeiten aus Transferleistungen nur minimale jahresübliche Schwankungen zu verzeichnen.

Das Anlagevermögen wird grundsätzlich so geringgehalten, wie es für die Aufgabenerfüllung des Kulturraums notwendig ist. Die Anschaffungen waren Ersatzbeschaffungen und im Zusammenhang mit der Änderung der Struktur im Stellenplan notwendig. Der Erwerb von Kunstgegenständen, welcher im Jahr 2015 eingestellt wurde, stellt den größten Anteil dar. Die erworbene Kunst ist dabei vollständig unbefristet an die beiden Mitgliedslandkreise sowie geförderte Kultureinrichtungen verliehen.

Der Bestand an liquiden Mitteln zum Jahresende steigt im Vergleich zum Vorjahr um den Zahlungsmittelüberschuss in der Finanzrechnung auf 1.469.264,51 Euro. Die gebildeten Rücklagen planmäßig im Förderverfahren zu verwenden, wird nach Abschluss des Prüfverfahrens des Jahresabschlusses 2018 frühestens im Laufe des Kalenderjahres 2021 möglich sein.

Die Position der Verbindlichkeiten ist im Vergleich zum Vorjahr auf 423.088,92 Euro gestiegen. Der Grund liegt zu einem erheblichen Teil im außergewöhnlich hohen Bestand an Verbindlichkeiten aus Transferleistungen im laufenden Haushaltsjahr. Das Niveau der Verbindlichkeiten im Jahresabschluss 2018 wird ohne Berücksichtigung der ausstehenden Förderung für die Maßnahmeverlängerung der Verlagerung der Stadtbibliothek Eilenburg in Höhe von 258.500,00 Euro inklusive des Anteils vom Kulturraum von 23.500,00 Euro als für den Kulturraum normal eingeschätzt. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen keine. Der Kulturraum ist demnach weiterhin schuldenfrei.

Die Rückstellungen bleiben im Jahresabschluss 2018 mit 51.786,29 Euro in der Höhe unverändert. Der Gesamtansatz bildet sich aus den noch offenen Jahresabschlussprüfungen der Haushaltsjahre 2014 bis 2018 mit 20.000,00 Euro, der offenen Prüfung der Abgabepflicht an die Künstlersozialkasse mit 5.000,00 Euro sowie unveränderten Rückstellungen von 26.786,29 Euro für anhängige Gerichtsverfahren.

Seit dem Jahresabschluss 2017 werden keine Fehlbeträge mehr vorgetragen, wonach Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses nach Verrechnung mit dem Sonderergebnis direkt in die Rücklage fließen. Mit dem Gesamtergebnis des Haushaltsjahres 2018 und den bestehenden Rücklagen können mit diesem Jahresabschluss Rücklagen in Höhe von 274.694,09 Euro gebildet werden. Grundsätzlich besteht das Ziel im Kulturraum keine Situation herbeizuführen, die eine Minderung des Basiskapitals zur Folge hätte. Wenn es langfristig möglich ist, besteht weiterhin das Ziel eine Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 300.000,00 Euro dauerhaft vorzuhalten.

Im Ergebnis der Bewertung der Abschlussrechnung lässt sich für das Haushaltsjahr 2018 ein positives Fazit ziehen. Die geplante Zielstellung konnte mit den eingesetzten Mitteln erreicht werden und zudem war im Jahresverlauf ein größeres positives ordentliches Ergebnis möglich.

#### 4 Lage des Kulturraums

Aufgrund der starken Abhängigkeit der finanziellen Leistungsfähigkeit des Kulturraums von der Höhe der Summe des Kulturlastenausgleichs nach dem SächsKRG, bewertet der Kulturraum den beständigen Beitrag des Freistaates Sachsen über alle sächsischen Kulturräume hinweg für die kommunale Pflichtaufgabe der Kulturpflege als positiv und notwendig. Damit trägt der Freistaat Sachsen zur Wahrnehmung der gemeinsamen Verantwortung für die regional bedeutsame Kulturlandschaft bei.

Das Verfahren zur Verteilung der Mittel nach der Sächsischen Kulturraumverordnung (Sächs-KRVO) wird dabei durch den Kulturraum jedoch weiterhin kritisch hinterfragt. Die deutliche Reduzierung der Landeszuweisung im Haushaltsjahr 2018 bestätigt den langfristigen Trend, welcher sich u. a. aus dem Berechnungsverfahren zur Verteilung der Landeszuweisung nach § 6 Abs. 2 Buchst. a SächsKRG ergibt. Es liegt somit nicht ausschließlich im Einflussbereich der ländlichen Kulturräume positiv auf die Zuweisungsentwicklung einzuwirken und ein gerechteres Verfahren durchzusetzen. Der Versuch, die Entscheidungs-träger im SMWK von den verschiedenen Wirkungen der Verordnung für die einzelnen Kulturräume und deren Veränderungsnotwendigkeit zu überzeugen, bleibt daher eine wichtige Aufgabe. Dabei werden Herausforderungen des ländlichen Raumes hervorzuheben sein.

Im Rahmen des regelmäßigen Aushandlungsprozesses mit den Mitgliedern des Kulturraumes zur Höhe der Kulturumlage hat ein grundsätzlicher Perspektivwechsel eingesetzt. Die stetige unveränderte Fortschreibung der Höhe der Kulturumlage hat in der Vergangenheit Entwicklungen im Kulturraum noch stärker von der Entwicklung der Landeszuweisung abhängig gemacht. Die Steuerungsmöglichkeiten über diese Einnahmeposition des Kulturraums sollen in Zukunft stärker wahrgenommen werden.

Der Kulturraum hat sich in seiner Förderrichtlinie auf die Förderung von regional bedeutsamen kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen in den Bereichen Museen, Kunst und Kultur, Kulturelle Bildung, Kultur- und Kommunikationszentren (Kulturhäuser), Soziokultur, Musik, professionelle Orchester, Kirchenmusik und Bibliotheken festgelegt. Damit wird ein Angebot sichergestellt, dass einen Teil der Lebensqualität in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen beschreibt. Die folgende Grafik stellt die Verteilung der ausgereichten Fördermittel im Haushaltsjahr 2018 dar.

Die Verteilung der Mittel ist im Vergleich zum Vorjahr über alle Sparten hinweg grundsätzlich konstant geblieben. Die Veränderungen in der prozentualen Verteilung ergeben sich durch das vollständige Herauslösen der Musikschulen, wodurch die professionellen Orchester sowie die Sparte Kunst und Kultur profitierten.

Als ein herausragendes Projekt im Kulturraum ist der mobile Kultur - und Begegnungsraum "Die 7. Tür" des Netzwerkes für Demokratische Kultur e. V. zu nennen, welcher dafür im Jahr 2018 den Soziokulturpreis der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen erhielt. Damit wird auch die langjährige Soziokulturarbeit gewürdigt, die der Verein mit dem „Kultur- und Bürger\_innenzentrum D5“ seit 2006 leistet.

Bei einer offiziellen Einwohnerzahl zum 31.12.2018 von 455.436 im Kulturraum, wurden in der Statistik des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen in 2018 Nettoausgaben (Ausgaben abzüglich Einnahmen) in kommunalen Haushalten für Kultur und kulturnahe Bereiche von 26.155.035,00 Euro verbucht. Das macht eine Pro-Kopf-Kulturausgabe von 57,43 Euro. Im Vorjahr lag der Wert noch bei 51,94 Euro. Im Vergleich zum Haushaltsjahr 2015 mit 57,98 Euro stellt diese Erhöhung eine Reduzierung dar. Dabei ist jedoch die Eingrenzung der anererkennungsfähigen Produktbereiche nach Änderung der SächsKRVO zu berücksichtigen.

Die Änderung der Kulturraumverordnung zum 01.01.2019 wurde aufgrund der negativen Auswirkungen auch für den Kulturraum Leipziger Raum durch u. a. das Ausklammern der Ausgaben für Volkshochschulen aus der Berechnung für die ländlichen Kulturräume - neben den positiven Veränderungen für den Planungsprozess für alle Kulturräume - widerstrebend hingenommen. Es sind nun die Kulturausgaben drei Jahre rückwirkend bei der Berechnung des Kulturlastenausgleiches von Bedeutung, was schwankende Landeszuweisungen schon in die Haushaltsplanung einfließen lässt. Im Rahmen der Planungen für das Haushaltsjahr 2019 hat sich der Kulturraum aufgrund der bekannten Absenkung der Landeszuweisung in Abstimmung mit den Mitgliedern des Zweckverbandes für eine Aufrechterhaltung des Umfanges der finanziellen Unterstützung über die Kulturumlage und das Herauslösen weiterer Landkreiseinrichtungen aus der Förderung des Kulturraumes entschieden. Damit sollte die Möglichkeit bestehen, dass bestehende Kulturangebot weiterhin zu erhalten.

Eine weitere Herausforderung für die Planung des Haushaltes 2019 stellte der Beschluss der Staatsregierung des Freistaates Sachsen zur Förderung von ausgewählten Theatern und Orchestern in Höhe von jährlich 7.000.000,00 Euro (Jahre 2019-2022) mit einer kommunalen Kofinanzierung von 30 Prozent dar, welche über den Kulturraum bereitgestellt werden soll. Die Entscheidung zur Bereitstellung dieser Kofinanzierung ist nicht einfach gewesen, weil die Rahmenbedingungen auch im Zusammenhang mit der Berechnung der Landeszuweisung für die ländlichen Kulturräume nach der SächsKRVO stehen. Geringe bis keine Kofinanzierung hätte eine deutliche Reduzierung von anererkennungsfähigen Kulturausgaben der Jahre 2019 bis 2022 für die Jahre 2021 bis 2024 gegenüber den anderen ländlichen Kulturräumen bedeutet und damit weiterhin stetig sinkende Fördermittel. Auf der anderen Seite war eine Kofinanzierung teilweise nur über Einsparungen in anderen Kultursparten möglich. Die zusätzliche Unterstützung des Freistaates Sachsen in Höhe von 3.000.000,00 Euro, welche diese Einsparung in anderen Kultursparten verhindern sollte, konnte für den Kulturraum Leipziger Raum jedoch nur die Höhe der Reduzierung der Landeszuweisung abschwächen.

Das angestrebte Lohnniveau über diese zusätzlichen Mittel des Freistaates Sachsen in den Jahren 2019 bis 2022 stellt in beiden professionellen Orchestern im Kulturraum ausschließlich eine Heranführung an den Flächentarif (TVK) dar. Ohne eine Fortschreibung der finanziellen Unterstützung des Freistaates Sachsen sowie die Bereitschaft in allen Förderverfahren den Kostenanteil für Personalausgaben zu stärken, steht eine Absenkung des Lohnniveaus im Raum. „Faire Bezahlung“ im gesamten Bereich der Kultur rückt damit wieder deutlicher in die öffentliche Diskussion und wird den Kulturraum in den nächsten Jahren beschäftigen.

## **Gesundheit und Soziales**



# Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Kutusowstraße 70

04808 Wurzen

Tel.: 03437 / 9378 – 1012

Fax.: 03437 / 9378-1018 oder 03437 / 9378-1019

E-Mail: kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de

Webseite: <http://www.kh-muldental.de>

**Rechtsform:** GmbH

**Handelsregisternummer:** HRB 20554

**Gründungsdatum:** 19.12.2003

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

**Datum der aktuellen Satzung:** 14.11.2018

### Unternehmensgegenstand:

- (1) Ziel des Unternehmens ist die optimale Krankenhausversorgung der Bevölkerung.
- (2) Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Krankenhäusern im Landkreis Leipzig einschließlich Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben.
- (3) Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung dienen.
- (4) Die Gesellschaft ist berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen und an sich an solchen zu beteiligen, wenn es dem Zweck des Unternehmens dient.

### Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	25.000€
----------------------	---------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Mike Schuffenhauer
Herr Dr. Uwe Krause (bis 31.07.2020)

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Landkreis Leipzig	25.000 €	100,0%
-------------------	----------	--------

## Beteiligungen

Servicegesellschaft Muldental mbH	25.000 €	100,0%
Soziale Dienste Muldental gGmbH	25.000 €	100,0%

## Finanzbeziehungen

	12/2018	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-	-
<b>Sonstiges</b>	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>	-	-	-
<b>Zuschüsse</b>	-	-	-
<b>Bürgschaften</b>	-	-	-

## IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

### I. Allgemeines

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen (kurz: Muldentalkliniken), betreibt die Betriebsstätten in Grimma und Wurzen laut Krankenhausplan als Einrichtungen der Regelversorgung, um die bedarfsgerechte medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet, d. h., die stationäre und ambulante Betreuung von Patienten, sicherzustellen.

Sie sind im Krankenhausplan des Freistaates Sachsen mit insgesamt 355 Planbetten aufgenommen.

Eine Aufteilung auf die Fachabteilungen wurde wie folgt vorgenommen:

	<b>Betten</b>
Chirurgie (davon 10 Betten ITS)	108
Innere Medizin (davon 4 Betten ITS)	188
Gynäkologie und Geburtshilfe	28
Pädiatrie	20
Urologie	10
Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde	0
Augenheilkunde	1
<b>Gesamt</b>	<b>355</b>

Die zum Konzern gehörende Soziale Dienste Muldental gGmbH, Wurzen (vormals Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis), mit drei Altenpflegeheimen und einer Gesamtkapazität von 140 Pflegeplätzen und einem ambulanten Pflegedienst bietet stationäre und ambulante Altenpflege in hoher Qualität an. Die Soziale Dienste Muldental gGmbH betreibt darüber hinaus medizinische Versorgungszentren an den Standorten Colditz, Brandis, Grimma und Wurzen zur ambulanten medizinischen Betreuung von Patienten im Einzugsgebiet.

Die Tochtergesellschaft Servicegesellschaft Muldental mbH erbringt unternehmensinterne Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Catering und Unterhaltsreinigung sowie Rezeption, Sicherheit, Facility-Management/Betriebstechnik und Sterilisation von medizinischen Instrumenten und Verbrauchsmaterial, für den Konzern der Muldentalkliniken GmbH.



## **II. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

### **1. Grundlagen der Betriebsführung**

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Vermögensplan,
- Stellenübersicht.

Der Wirtschaftsplan wird um einen Liquiditätsplan ergänzt.

Mit den Kostenträgern wurden für das Jahr 2020 im Rahmen der Pflegesatzverhandlungen Leistungen nach Art und Menge sowie ein dazugehöriges Budget vereinbart. Eine Genehmigung der Vereinbarung durch die Aufsichtsbehörde steht noch aus.

Dabei wurden die allgemeinen Krankenhausleistungen durch Fallpauschalen (DRG) gemäß Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) vergütet. Seit 2020 wurden die Kosten des Pflegepersonals der bettenführenden Abteilungen aus den Fallpauschalen ausgegliedert und gesondert vergütet. Für die Abrechnung der Leistungen im stationären Bereich erfolgte die Ermittlung eines Erlösbudgets.

Folgende Bewertungsrelationen lagen dem Budget zu Grunde:

Summe der effektiven Bewertungsrelationen inklusive Jahresüberlieger: 11.850,00

Das Gesamtbudget für die Muldentalkliniken betrug TEUR 58.187

Die Budgetverhandlung mit den Krankenkassen für das Jahr 2020 hat im September 2020 stattgefunden.

Die tatsächlich erbrachten Leistungen lagen mit 10.317 effektiven Bewertungsrelationen 12,9 % unterhalb der vereinbarten Leistungsmenge. Die für 2020 geplante Leistungsmenge von 11.616 CM-Punkten konnte nicht erreicht werden.

Das Geschäftsjahr 2020 war entscheidend durch einmalige Vorgänge geprägt. Hierzu gehören insbesondere die seit März 2020 geltenden Einschränkungen in der Corona-Pandemie. Diverse Verordnungen vom Bund und dem Land Sachsen sowie die veränderte Inanspruchnahme der Bevölkerung von medizinischen Leistungen haben zu einem erheblichen Einbruch der stationären und ambulanten Behandlungszahlen geführt. Zeitweise wurden Normalstationen geschlossen, um Kapazitäten auf die Behandlung von Corona-Patienten zu konzentrieren. Die betraf insbesondere auch Personalkapazitäten, die zeitweise pandemiebedingt sehr angespannt waren.

Den aufgrund der Pandemie gesunkenen Erlösen wurde durch diverse Maßnahmen des Gesetzgebers, wie Prämien für die Freihaltung von Bettenkapazitäten, Erhöhung des Pflegeentgeltwertes, Corona-Zuschlägen, die Verkürzung von Zahlungszielen der Krankenkassen u. ä. begegnet. Trotz der zum Teil sehr stark gestiegenen Aufwendungen für Schutzmaßnahmen und zeitweise erheblichen Personalausfällen führten insbesondere die Stützungsmaßnahmen der öffentlichen Hand bis 30. September 2020 zu erheblichen Mittelzuflüssen bei der Gesellschaft. Somit konnten die pandemiebedingten Erlösausfälle und die durch den Sars-CoV-2-Virus bedingten Sachkostensteigerungen entsprechend kompensiert werden.

Die in der Strategietagung im Januar 2020 beschlossenen Maßnahmen zur Erlös- und Kostenoptimierung wurden, soweit unter Pandemie-Bedingungen möglich, umgesetzt.

Die Gesellschaft schloss das Jahr 2020 mit einem Jahresüberschuss von EUR 1.070.404,68 (Vorjahr EUR -251.611,57) ab. Das erzielte Jahresergebnis 2020 lag um TEUR 1.009 über der

im Lagebericht 2019 aufgestellten Prognose zum Jahresergebnis 2020 und des Wirtschaftsplans von TEUR +61.

## 2. Leistungsdaten

Die Leistungen der Gesellschaft entwickelten sich im stationären Bereich im Jahr 2020 aufgrund der Corona-Pandemie insgesamt rückläufig, wenn auch in den einzelnen Fachabteilungen durchaus unterschiedlich.

Aufgrund der Umstellung der Vergütungssystematik zum 1. Januar 2020 durch weitgehende Herauslösung der Kosten der Pflegepersonalkosten bettenführender Abteilungen aus dem DRG-System, ist die Leistungsentwicklung nicht mehr direkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Eine Orientierung bietet jedoch weiterhin die Anzahl der stationär behandelten Fälle:

Jahr	Planbetten im Jahresdurchschnitt	DRG-Fallzahl inkl. Überlieger	Ø Verweildauer
2020	355	16.038	5,00
2019	355	18.528	5,00
2018	355	18.545	5,20
2017	355	18.431	5,30
2016	355	18.881	5,50
2015	355	18.127	5,77
2014	355	18.420	5,70
2013	365	18.059	5,72
2012	365	18.172	5,81
2011	375	17.891	6,04
2010	375	17.542	6,17
2009	375	17.120	6,27
2008	375	16.629	6,76
2007	375	16.086	6,88
2006	415	15.600	7,11
2005	435	15.447	7,17
2004	459	15.516	7,64
2003	459	15.772	8,58

## 3. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2020 wurde bei Umsätzen in Höhe von TEUR 64.283 (Vorjahr: TEUR 60.061) ein Jahresergebnis von TEUR 1.070 (Vorjahr: TEUR -252) erwirtschaftet.

Die Leistungsmenge war aufgrund der schwachen Auslastung rückläufig. Daher ist die Steigerung der Umsätze aus Krankenhausleistungen auf pandemiebedingte Zuschüsse von Bund, Land und Sozialversicherungsträgern zurückzuführen. Die Ausgleichsprämien für die Freihaltung von Bettenkapazitäten und Intensivkapazitäten waren 2020 mit TEUR 5.702 in den Umsatzerlösen enthalten.

Gleichzeitig führte der gegenüber dem Vorjahr gestiegene Landesbasisfallwert zu einem Erlösanstieg in Höhe von ca. TEUR 1.378.

Die Ausgleichsbeträge für das Geschäftsjahr 2020 betragen aufgrund unterjähriger Anpassung des Landesbasisfallwerts TEUR -45 (Vorjahr: TEUR 412).

Die nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung der Beschäftigten (VK) der Krankenhäuser und die dazugehörigen Personalkosten (EUR) im Vergleich des Jahres 2020 zu 2019:

	2020	2019
Vollkräfte	541	549
Personalkosten in TEUR	41.806	41.375
Personalaufwandsquote (Personalaufwand ./ Umsatzerlöse)	65,8	69,3 %

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Jahr 2019 um TEUR 431 (+1,0 %) gestiegen. Der Rückgang beim Personalbestand führte durch Vergütungssteigerungen aus den Tarifabschlüssen TV-Ärzte und TVöD dazu, dass der Personalaufwand nicht gleichmäßig zum Personalbestand sank.

Die Anzahl der Vollkräfte war insbesondere im Pflegebereich rückläufig, da nicht alle vakanten Stellen mit geeigneten Bewerbern zeitnah besetzt werden konnten. Darüber hinaus konnte der ursprünglich geplante Stellenaufbau in der Pflege aufgrund der geringeren Auslastung in der Corona-Pandemie und der geringen Verfügbarkeit von Pflegekräften am Arbeitsmarkt nicht umgesetzt werden.

Die zeitweise geringe Auslastung der Stationen wurde in der ersten Jahreshälfte 2020 dazu genutzt, um Rückstände bei Urlaub und Mehrstunden abzubauen.

Für die betriebliche Altersversorgung wurden Beiträge von insgesamt 5,2 % abgeführt. Dabei änderte sich der Anteil Arbeitgeber/Arbeitnehmer im Vergleich zum Jahr 2019 nicht.

Die Personalaufwandsquote hat sich auf vergleichbarer Basis gegenüber dem Vorjahr auf 65,8 % der Umsatzerlöse verringert. Dies resultiert aus den unterproportional gestiegenen Personalaufwendungen bei den durch Einmaleffekte gestiegenen Umsatzerlösen. Die Personalaufwandsquote näherte sich 2020 einem branchenüblichen und zufriedenstellenden Niveau an und sollte beibehalten werden.

Die Materialaufwendungen sind im Berichtsjahr um TEUR 184 gesunken. Zwar kam es zu gestiegenen Aufwendungen für Schutzmaterial und Laborleistungen. Der dennoch insgesamt zu verzeichnende Rückgang resultiert jedoch aus gesunkenem Aufwand für Reinigung und Beköstigung wegen der Strukturverbesserungen bei der Tochter Servicegesellschaft Muldentalk GmbH. Darüber hinaus gab es deutlich geringere Waren- und Leistungseinkäufe in Zusammenhang mit der gesunkenen Fallzahl.

	2020	2019
Materialaufwandsquote (Materialaufwand ./ Umsatzerlöse)	20,8 %	22,5 %

Innerhalb der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist im Berichtsjahr ein Anstieg um TEUR 2.644 zu verzeichnen.

Die auf ein Normalniveau steigenden Instandhaltungsaufwendungen verursachen einen Kostenanstieg um TEUR 1.035. Die Maßnahme Brandschutz Grimma wurde in 2020 bis auf Restarbeiten abgeschlossen und beeinflusste die Gewinn- und Verlustrechnung aufgrund der Verwendung von Rückstellungen nur teilweise.

In 2020 waren erheblich gestiegene Aufwendungen für Beratung und IT zu verzeichnen. Hintergrund sind hier Projekte zur Optimierung von Betriebsabläufen in verschiedenen Bereichen (z. B. Reinigung, Küche, Radiologie, Facility-Management, Materialversorgung). Die IT-Aufwendungen stiegen wegen der konsequenten Umsetzung der Digitalisierung und Optimierung von Betriebsabläufen (z. B. Digitalisierung Patientenakte, innerbetriebliche Logistik).

Im Jahr 2020 wurde die Tochtergesellschaft Soziale Dienste Muldentalk gGmbH mit einem Ertragszuschuss in Höhe von TEUR 500 unterstützt. Ziel war der Ausgleich der Verluste in der Corona-Pandemie und die Unterstützung des Restrukturierungsprozesses des Betriebsbereichs Medizinische Versorgungszentren in der Tochtergesellschaft.

Durch die Genehmigung von zusätzlichen Fördermitteln für das Programm eHealth Sax wurden einmalige Fördermittelerträge in Höhe von TEUR 120 generiert.

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr aufgrund sinkender Zinsaufwendungen um TEUR 51 verbessert.

#### **4. Vermögenslage**

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen von TEUR 57.987 lag um TEUR 459 unter dem des Jahres 2019 (TEUR 58.446). Das Vermögen betrifft Sachanlagen, Finanzanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände mit 83,7 %, im Übrigen das Umlaufvermögen. Die Finanzierung erfolgt mit 16,3 % durch Eigenkapital, mit 69,9 % durch langfristiges Fremdkapital und mit 13,8 % mit kurzfristigen Fremdmitteln.

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zu 2019 durch Abschreibungen um TEUR 1.026 verringert und ist im Anlagenspiegel dargestellt.

Bei den Zugängen handelt es sich im Wesentlichen um Ersatzinvestitionen im klinischen Bereich, Lizenzen und EDV-Hardware. Im Jahr 2020 wurden zusätzlich eine neue, digitale Telefonanlage für den Firmenverbund sowie ein neues Patientenentertainment für die beiden Krankenhäuser in Betrieb genommen. Die gemäß dem Wirtschaftsplan erheblichen Investitionen in Höhe von TEUR 2.673 wurden wesentlich durch vorhandene Fördermittelguthaben aus pauschalen Fördermitteln finanziert.

Die Höhe der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen ist deutlich rückläufig. Gründe hierfür sind die aufgrund der Corona-Pandemie niedrigeren abrechenbaren Leistungen zum Bilanzstichtag sowie die vorübergehend erheblich verkürzten Zahlungsfristen der Krankenkassen.

Die Forderungen aus dem Krankenfinanzierungsrecht bezüglich der Budgetausgleiche der Vorjahre haben sich in 2020 auf ca. Mio. EUR 1,2 verringert. Aufgrund der Genehmigung des Budgets 2019 per 1. Januar 2020 flossen hier in erheblichem Umfang Ausgleichsforderungen zu. Im Verlauf des Jahres 2021 ist aufgrund der Budgetvereinbarung 2020 mit weiteren Mittelflüssen aus Ausgleichen von ca. Mio. EUR 1 zu rechnen.

Gegenüber der Tochtergesellschaft Soziale Dienste Muldental gGmbH bestehen ausschließlich Forderungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr. Die Tochtergesellschaft kann auf eine Kontokorrentvereinbarung mit den Muldentalkliniken zurückgreifen, um Liquiditätsschwankungen auszugleichen.

Die Veränderung des Eigenkapitals resultiert aus dem Jahresüberschuss des Jahres 2020. Dies führte zu einer Erhöhung des bilanziellen Eigenkapitals um TEUR 1.070.

Die Rückstellungen verringerten sich gegenüber 2019 um TEUR 331. Es verringerten sich insbesondere die voraussichtlichen Rückzahlungsverpflichtungen gegen Krankenkassen aufgrund der in 2020 gesunkenen abrechenbaren Leistungen und veränderten Regularien für die Prüfungen durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK).

Die Verbindlichkeiten sanken gegenüber dem Vorjahr um ca. TEUR 599. Dies resultiert aus dem Abbau noch nicht verwendeter Fördermittel.

Gleichzeitig wurden in Höhe von TEUR 967 Fremdfinanzierungen in Form von Bankkrediten und Mietkäufen (sonstige Verbindlichkeiten) aufgenommen, um die hohen Investitionen langfristig zu refinanzieren.

Die Liquidität war einschließlich der vorhandenen Kreditlinien im Jahresverlauf jederzeit ausreichend, um sämtlichen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Unterstützend hierbei

wirkte insbesondere der Krankenhaus-Rettungsschirm des Bundes und des Freistaats Sachsen, welcher die liquiditätsmäßigen Auswirkungen der Corona-Pandemie zeitnah aufhob.

## **5. Gesamtaussage**

Wir beurteilen den Geschäftsverlauf und die Lage der Gesellschaft unter den gegebenen Bedingungen des abgelaufenen Geschäftsjahres als zufriedenstellend.

Das Jahr 2020 war besonders geprägt von einem ungewöhnlichen Umfeld, das keinen Vergleich zu früheren und wohl auch zukünftigen Jahren bietet.

Die Unterstützungsmaßnahmen von Bund, Land und Sozialversicherungen für einen wirtschaftlichen Ausgleich der z. T. sehr erheblichen Auswirkungen der Corona-Pandemie haben sich positiv auf die Gesellschaft ausgewirkt. Die Gesellschaft hat das Jahr 2020 trotz schwierigster Rahmenbedingungen weiter genutzt, um umfangreiche Veränderungen in Strukturen und Prozessen zu realisieren und weitere Optimierungen vorzubereiten. Maßnahmen zur Kostenreduktion in den Bereichen Beköstigung, Reinigung und Personal wurden in 2020 ergebniswirksam.

Die Liquiditätslage der Gesellschaft hat sich im Jahresverlauf verbessert.

## **III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Unmittelbar bestandsgefährdende Risiken sind für die Muldentalkliniken GmbH derzeit nicht abzuleiten. Der Überschuss des Jahres 2020 hat den Finanzierungsspielraum der Gesellschaft leicht verbessert. Im Jahr 2021 ist durch zufließende Ausgleichsforderungen von den Krankenkassen mit einer weiteren Verbesserung der Liquiditätslage zu rechnen.

Dennoch muss aufgrund des ungewissen zukünftigen Verlaufs der Corona-Pandemie mit erheblichen wirtschaftlichen Risiken gerechnet werden. Inwieweit hier Stützungsmaßnahmen von Bund und Land Risiken ausgleichen können, bleibt abzuwarten. Die Geschäftsführung ist bemüht, den Finanzierungsrahmen der Gesellschaft entsprechend auszuweiten.

Infolge der Verabschiedung des Krankenhausstrukturgesetzes wird sich zukünftig die Vergütung der Krankenhäuser verstärkt an Qualitätsmerkmalen orientieren. Die Möglichkeiten zur Ausweitung der stationären Leistungen werden durch die Regelung des Fixkostendegressionszuschlags weiter eingeschränkt.

Der Gesetzgeber hat die Regulierung der Krankenhäuser, u. a. durch die Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung (PPuG) und weiteren Auflagen, deutlich verschärft. Auch wenn Regulierungen im Rahmen der Corona-Pandemie teilweise ausgesetzt wurden, ist weiterhin mit einer hohen Regulierungsdichte zu rechnen.

Risiken für die Kliniken ergeben sich weiterhin durch strukturelle Veränderungen im Gesundheitswesen:

- Ein Teil der bisher stationären Leistungen kann nur noch ambulant erbracht werden, woraus tendenziell ein Absinken der stationären Fallzahl resultiert. Durch Verbesserung des stationären Leistungsangebots bzw. durch strukturelle Anpassungen ist dieser Entwicklung entgegenzuwirken.
- Festlegung von Mindestmengen bei bestimmten Eingriffen. Bei Unterschreitung werden diese Leistungen nicht mehr von den Kostenträgern finanziert.
- Die zunehmende Bildung von Zentren für bestimmte Erkrankungen führt zur Lenkung von Patienten in andere Krankenhäuser, wenn am eigenen Krankenhaus die Bedingungen für ein solches Zentrum nicht geschaffen werden können.



- Verschärfung der Strukturvoraussetzungen für medizinische Leistungsbereiche, z. B. Mindestqualifikation von Mitarbeitern sowie Mindestbesetzung etc.
- Ein hoher Grad regulatorischer Eingriffe erzeugt erheblichen Verwaltungsaufwand und engt die Spielräume der Krankenhäuser bei der Gestaltung ihres Leistungsangebots weiter ein.

Durch die Teilnahmemöglichkeit an der ambulanten Versorgung, wie z. B. das Betreiben von Medizinischen Versorgungszentren, die Einbindung von Krankenhäusern in die ambulante Notfallversorgung und die Schaffung medizinischer Zentren am eigenen Krankenhaus, ergeben sich gleichzeitig neue Chancen für die Profilierung. Parallel können die Vorteile der Unternehmensgruppe genutzt werden, um weitere Angebote im Bereich Gesundheit und Versorgung im Markt zu platzieren.

Ein besonderes Risiko stellt nach wie vor der Mangel an medizinischen Fachkräften dar. Es ist weiterhin schwierig, freie Facharztstellen und freie Stellen mit medizinischem Fachpersonal zeitnah zu besetzen.

Die bereits in den Berichten vergangener Jahre genannten erschwerenden Faktoren zur zusätzlichen Altersversorgung und Steigerung im Sachkostenbereich wirken weiter fort.

Ein wesentliches Risiko sieht die Geschäftsführung zum einen in deutlich überhöhten Tarifiersteigerungen für Ärzte (Marburger Bund) und für die übrigen Beschäftigten (TVÖD) durch beträchtliche Personalkostenerhöhungen, die durch die Krankenkassen wegen gesetzlicher Vorgaben nicht vollständig ausgeglichen werden. Zum anderen sehen wir in den Forderungen der Gewerkschaften nach einer Maximalbegrenzung von zu leistenden Diensten je Monat ein Risiko für kleinere medizinische Fachabteilungen, wie die Pädiatrie oder Gynäkologie und Geburtshilfe. Der hierdurch erzeugte Fachkräftebedarf wird auf dem derzeitigen Arbeitsmarkt für die Gesellschaft nicht zu gewinnen sein. Allerdings stellen wir mittlerweile fest, dass der geltende Tarifvertrag bei der Personalakquise von den Arbeitnehmern als attraktiv wahrgenommen wird.

Der Tarifabschluss für Ärzte (Laufzeit ab Januar 2019 bis September 2021) brachte eine Erhöhung der Entgelte um 2,0 % im Januar 2020. Zum 1. Januar 2021 steigen die Tabellenentgelte um weitere 2,0 %.

Im Jahr 2020 fanden Tarifverhandlungen bei den übrigen Beschäftigten (TVÖD) statt. Folgende lineare Steigerungen waren in 2020 vor Abschluss des neuen Tarifvertrages zu verzeichnen:

Anlage A ab 1. März 2020 um 1,06 % und Anlage E (Pflege) ebenfalls ab 1. März 2020 um 0,96 %.

Die Laufzeit des neuen Tarifabschlusses ist vom 1. September 2020 bis zum 31. Dezember 2022. Zu Beginn der Laufzeit wird es sieben Leermomente geben, so dass es erst am 1. April 2021 zur ersten linearen Erhöhung der Tabellenentgelte kommt.

Seit dem Jahr 2020 liegt die Patientenakte nach Behandlungsende in vollständig digitalisierter Form vor. Langfristiges Ziel ist eine vollständige digitale Aktenführung. Weitere Projekte im IT-Bereich mit den Schwerpunkten Materialversorgung, Apotheke, Personalverwaltung und Labordiagnostik sind begonnen und werden Abläufe und Behandlungsqualität in Teilen deutlich verbessern. Mit der Verabschiedung des Krankenhauszukunftsgesetzes (KHZG) soll die Digitalisierung der deutschen Krankenhäuser im Zeitraum bis 2025 mit erheblichen Fördermitteln vorangetrieben werden. Die Muldentalkliniken arbeiten an der Vorbereitung entsprechender förderfähiger IT-Projekte, welche die Abläufe und das Angebot der Kliniken mittelfristig deutlich verbessern werden.

Die Zusammenarbeite der beiden Klinikstandorte soll in den nächsten Jahren weiter verbessert und intensiviert werden. Die Vorhaltung von Doppelstrukturen wird miniert und die Spezialisierungen sollen effizient auf beide Standorte verteilt werden. Eine stärkere Integration mit den Tochtergesellschaften (gemeinsamer Einkauf, Zentralisierung von Prozessen) wurde bereits in 2020 umgesetzt und soll in den Folgejahren weiter konsequent ausgebaut werden, um die Ressourcen noch effizienter einzusetzen.

Die bereits seit vielen Jahren diskutierte engere Verzahnung der beiden Standorte, insbesondere im Bereich der Chirurgie, wurde in der ersten Jahreshälfte 2020 vorbereitet und ab Ende 2020 wirksam umgesetzt. Weitere Leistungsbereiche (Labor, Radiologie, innerbetriebliche Logistik, Bettenreinigung, Pflege) wurden hierzu auf Optimierungspotential untersucht. Soweit sinnvoll, ist hier in absehbarer Zukunft mit Strukturanpassungen zu rechnen.

Die Geschäftsführung erwartet für das Jahr 2021 aufgrund der mit der Corona-Pandemie im Zusammenhang stehenden Risiken ein negatives Ergebnis für die Muldentalkliniken. In den Folgejahren ist wieder mit leicht positiven Jahresüberschüssen zu rechnen.

#### **IV. Prognosebericht**

Wir erwarten für das Jahr 2021 einen schwierigen Geschäftsgang. Abhängig vom weiteren Verlauf der Corona-Pandemie ist zumindest zeitweise mit Einschränkungen bei der Leistungserbringung und damit bei den Umsätzen zu rechnen.

Im Jahresverlauf 2021 soll nach Möglichkeit ein Aufbau von Personal, insbesondere im pflegerischen und pflegeunterstützenden Bereich, erfolgen. Die daraus resultierenden Mehraufwendungen werden in der seit 2020 geltenden Vergütungssystematik von den Kostenträgern übernommen und im Rahmen der Budgetvereinbarung verhandelt.

Seit 2019 wurde bereits eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen in den Bereichen Personalbesetzung, Einkauf von Dienstleistungen, IT und in der Unternehmensorganisation begonnen und teilweise abgeschlossen. Ziel ist eine fortdauernde Optimierung wesentlicher Betriebsbereiche. Die begonnenen Maßnahmen werden in 2021 fortgeführt bzw. weitere Maßnahmen sind in Planung. Diese werden zu einer Anpassung der Kosten an das derzeitige Leistungsniveau führen.

Dies betrifft insbesondere auch die weitere standortübergreifende Verzahnung des medizinischen Leistungsangebots. Hier sind für 2021 insbesondere Maßnahmen in den Bereichen Gynäkologie und Chirurgie geplant.

Im Jahr 2021 soll die mehrjährige medizinische Unternehmensstrategie aktualisiert werden. Davon abgeleitet sind weitere strategische Maßnahmen in den Bereichen Gebäude, IT und Personal abzuleiten und zu entwickeln.

Derzeit wird eine weitere Baumaßnahme am Standort Wurzen („Muldentalkliniken 2030“) geplant. Es liegt bisher kein Förderbescheid für diese Maßnahme vor, weshalb die konkrete Umsetzung noch nicht abzusehen ist.

Gemäß unserem Wirtschaftsplan gehen wir für 2021 von einem Jahresfehlbetrag von TEUR - 460 bei leicht steigenden Umsätzen aus. Aufgrund der möglichen Auswirkungen der Corona-Pandemie wurden hier Risiken möglichst umfassend abgebildet.

Mit der Umsetzung der vorbezeichneten Maßnahmen werden wir auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.



**V. Kennzahlen gemäß § 11 Abs. 7 Satz 2 des Gesellschaftsvertrags**

<u>Kennzahlen § 99 Abs. 2 SächsGemO</u>		<b>Plan 2020</b>	<b>Ist 2020</b>	<b>Ist 2019</b>	<b>Ist 2018</b>
Arbeitsproduktivität		1,45	1,52	1,44	1,40
Effektivverschuldung	TEUR	848	-2.792	-1.625	-3.249
Eigenkapitalquote	%	13,98	16,16	14,20	14,38
Eigenkapitalrendite	%	0,73	11,42	-3,03	-40,42
Fremdkapitalquote	%	86,02	83,74	85,69	85,62
Gesamtkapitalrendite	%	0,00	1,84	-0,72	-6,02
Investitionsdeckung	%	114,77	137,56	115,49	290,88
kurzfristige Liquidität	%	116,51	118,25	96,83	91,00
Pro-Kopf-Umsatz	TEUR	109,61	118,94	108,81	102,47
Vermögensstruktur	%	82,08	83,68	84,76	83,17

**VI. Negativerklärung zur Frauenquote**

Eine Festlegung von Zielgrößen für den Frauenanteil an bestimmten Führungspositionen sowie Fristen zu deren Erreichung ist nicht erfolgt.

Wurzen, 18. Januar 2021

Mike Schuffenhauer

Geschäftsführer

# Soziale Dienste Muldental gGmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Bergstraße 2a

04821 Brandis

Tel.: 034292 /41730

E-Mail: info@altenpflegeheim-brandis.de

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 01.10.2006

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung der Allgemeinheit gemäß SGB V, SGB IX, SGB XI und SGB XII

a) auf dem Gebiet der Altenhilfe, insbesondere durch den Betrieb von Senioren- und Altenpflegeheimen im Sinne des § 68 Nr. 1a) AO incl. der dazu erforderlichen Nebeneinrichtungen und –betriebe sowie durch ambulante Pflegedienste als Einrichtung der Wohlfahrtspflege im Sinne des § 66 AO und

b) auf dem Gebiet des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege, insbesondere durch den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren (§ 95 SGB V) als Einrichtung der Wohlfahrtspflege im Sinne des §§ 66 AO.

Die Gesellschaft ist berechtigt, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und unter Beachtung ihrer Gemeinnützigkeit (§ 3) alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vorzunehmen, die dieser Zweckbestimmung mittelbar oder unmittelbar dienen. Sie ist unter den Voraussetzungen des Abs. 3 berechtigt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu gründen, zu erwerben oder zu pachten und sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen zu beteiligen.

### Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	25.000€
----------------------	---------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Mike Schuffenhauer
-------------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	25.000 €	100,0%
--	----------	--------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

## Finanzbeziehungen

	12/2018	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-	-
<b>Sonstiges</b>	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>	-	-	-
<b>Zuschüsse</b>	-	-	-
<b>Bürgschaften</b>	-	-	-

## IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

### I. Allgemeines

Die Soziale Dienste Muldental gGmbH, Wurzen (vormals Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis) wurde zum 10. Juli 2006 als gemeinnützige Tochtergesellschaft der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, gegründet.

Im Jahr 2020 wurde die Gesellschaft von Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH in Soziale Dienste Muldental gGmbH (kurz: SDM) umbenannt und der Sitz der Gesellschaft von Brandis nach Wurzen verlegt.

Die SDM betreibt in Brandis und in Wurzen insgesamt drei Altenpflegeheime mit 140 Pflegeplätzen sowie einen ambulanten Pflegedienst in Brandis. Des Weiteren ist die SDM Träger der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in Wurzen, Grimma und Colditz.

Die Medizinischen Versorgungszentren wurden durch die Zusammenführung von Standorten der Arztpraxen konsolidiert und teilweise neu aufgestellt.

### II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

#### 1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildet der jährlich aufgestellte Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Vermögensplan,
- Stellenübersicht,
- Liquiditätsplan.

Mit den Pflegekassen werden in regelmäßigen Abständen Budgetverhandlungen zur Festlegung der Pflegesätze geführt.

## 2. Ertragslage

Nachfolgende Übersicht zeigt die Kennzahlen zur Ertragslage der Jahre 2017 bis 2020:

<b>Kennzahlen zur Ertragslage</b>		<b>2020</b>	<b>2019</b>	<b>2018</b>	<b>2017</b>
Umsatzerlöse	<b>TEUR</b>	8.949	8.712	8.242	7.899
Umsatzrentabilität	<b>%</b>	1,9	-1,5	-3,9	-4,2
Personalaufwand	<b>TEUR</b>	6.130	5.669	5.618	5.549
Personalaufwandsquote	<b>%</b>	68,5	65,1	68,2	70,2
durchschnittliche Zahl der Vollkräfte	<b>VK</b>	133,1	138,3	149,1	146,0
durchschnittlicher Personalaufwand (je Vollkraft)	<b>TEUR</b>	46	41	38	38
Produktivität (je Vollkraft)	<b>TEUR</b>	67	63	55	54
Materialaufwand	<b>TEUR</b>	2.262	2.283	2.026	1.868
Materialaufwandsquote	<b>%</b>	25,3	26,2	23,6	19,4

Die Corona-Pandemie hatte in 2020 erhebliche Auswirkungen auf den Geschäftsverlauf der Gesellschaft. Finanzielle Auswirkungen zeigten sich vor allem in den MVZ. Die dort pandemiebedingt rückläufigen Behandlungszahlen werden teilweise von der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen ausgeglichen. Die Höhe des Ausgleichs für das III. und IV. Quartal 2020 ist jedoch noch nicht bekannt und im Jahresabschluss 2020 nicht berücksichtigt.

In der ambulanten und stationären Altenpflege ergaben sich aufgrund der Pandemie Erlösausfälle und Mehrkosten, die von den Kostenträgern jedoch weitgehend ausgeglichen wurden.

Die Umsätze der Altenpflegeheime einschließlich des ambulanten Pflegedienstes sind weitgehend von Pflegegraden, die den Heimbewohnern durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen zugewiesen werden, sowie der Auslastung der Pflegeplätze abhängig.

Seit 2017 wird mit dem Pflegestärkungsgesetz III (PSG III) das Ziel verfolgt, die ambulante Versorgung zu stärken. Aufgrund der finanziellen Anreize sollen nur noch schwer pflegebedürftige Personen stationär versorgt werden. Im Übrigen wird der ambulanten Versorgung der Vorzug gegeben. Neben einer Ausweitung der Erlöse aus ambulanter Pflege (+26 %) verbesserte sich in 2020 trotz Pandemie die Belegung in den Altenheimen. Die Belegung wurde hin zu schwerer pflegebedürftigen Bewohnern gesteuert.

In der stationären Pflege konnten für 2020 höhere Pflegesätze mit den Kostenträgern verhandelt werden, so dass die Erlöse aus der Altenpflege insgesamt gesteigert wurden. Diese dienten insbesondere auch der Deckung von deutlich gestiegenen Vergütungen der Mitarbeiter. Hierzu wurde mit der Arbeitnehmervertretung eine Vergütungsvereinbarung für den Bereich „Stationäre Pflege“ verhandelt und konsentiert. Die Umsatzerlöse für die gesamte Altenpflege stiegen in 2020 um ca. TEUR 493 (+10,3 %) gegenüber dem Vorjahr.

Die Umsatzerlöse in den MVZ werden primär von den in den Praxen erbrachten Leistungen bestimmt, sind aber auch wesentlich von dem für den KV-Bereich Sachsen gültigen Honorarverteilungsvertrag abhängig. Die Minderung gegenüber dem Vorjahr um TEUR 384 (-11,7 %) resultiert vor allem aus einem Rückgang der Anzahl der behandelten Patienten in diversen Arztpraxen.

Hier wirkten sich die in den Vorjahren begonnenen Umstrukturierungen und Sanierungsmaßnahmen bei diversen Arztpraxen aus. Dabei wurden in Wurzen zwei Standorte aufgelöst und die dort betriebenen Arztpraxen an die Hauptniederlassung verlegt bzw. vorübergehend stillgelegt. Außerdem wurde in Wurzen eine gynäkologische Arztpraxis mit einem halben Versorgungsauftrag durch die Verlagerung eines halben Versorgungsauftrages in Colditz aufgrund örtlich zu geringer Patientenzahlen eröffnet. In Colditz wurde die beiden getrennten Standorte

ebenfalls an einem Standort zusammengeführt und Personal und Arztstühle entsprechend konsolidiert. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen waren in 2020 nur einen Teil des Jahres wirksam.

Die letzte noch nicht in den Räumen des Krankenhauses betriebene Arztpraxis in Grimma wurde aufgrund eines Wasserschadens in den extern gemieteten Räumen in 2020 ebenfalls in die Räume des Krankenhauses verlagert. Die extern angemieteten Räume wurden mit Wirkung ab 1. Juli 2021 wirksam gekündigt. Insgesamt kann die SDM durch die räumliche Konsolidierung der MVZ-Standorte externe Mietkosten zu Gunsten der Unternehmensgruppe einsparen. Darüber hinaus wurden weitere Optimierungspotentiale (Fachgruppen-MVZ) identifiziert, deren Umsetzung in 2021 begonnen werden soll.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen Erstattungen aus der U2-Umlage für Mutterschutz und Personalkostenzuschüsse der öffentlichen Hand. Darüber hinaus ist ein Ertragszuschuss der Muttergesellschaft in Höhe von TEUR 500 enthalten. In 2020 waren auch Zuweisungen in Höhe von insgesamt TEUR 203 aufgrund der Corona-Pandemie enthalten.

Die Personalaufwendungen für 133,1 Vollkräfte (Vorjahr: 139,1 VK) stiegen im Geschäftsjahr 2020 um TEUR 461. Hier machten sich die Umstrukturierungsmaßnahmen im Bereich der Arztpraxen bemerkbar, welche kostenentlastend wirkten. Außerdem wurden die Vergütungen der Mitarbeiter in der stationären Altenpflege in 2020 deutlich angehoben, um die Attraktivität als Arbeitgeber zu stärken.

Im Bereich der stationären Altenpflege konnten die Personalprobleme trotz Ausfällen in der Pandemie weitgehend besser gelöst werden als in den Vorjahren. Der Rückgriff auf Fremdpersonal wurde gegenüber dem Vorjahr um TEUR 281 vermindert. Dies führte zusammen mit einer höheren Belegung zu einer deutlich verbesserten Wirtschaftlichkeit der stationären Altenpflege.

Bei den MVZ konnten die Aufwendungen für die externe Besetzung von Notarztdiensten durch interne Regelungen deutlich gesenkt werden.

In den übrigen Materialaufwendungen führte die Corona-Pandemie zu erheblichen Kosten für Schutzausrüstung und Untersuchungen, die jedoch weitgehend durch die oben erwähnten Zuweisungen kompensiert wurden. Die in 2019 begonnene stärkere Zentralisierung des Wareneinkaufs im Konzern wurde in 2020 weiter fortgesetzt und überwiegend abgeschlossen. Ziele waren zum einen eine Verbesserung der Einkaufskonditionen der Soziale Dienste Muldental gGmbH und zum anderen eine Straffung und Vereinheitlichung von Abläufen unter Nutzung von Synergien im Konzern.

Der für die erhaltenen öffentlichen Fördermittel gebildete Sonderposten wurde in Höhe der Abschreibungen aufgelöst. Die Abschreibungen auf das geförderte Anlagevermögen betrugen TEUR 101 bei Gesamtabschreibungen in Höhe von TEUR 404.

Das Finanzergebnis beträgt TEUR -33 und beinhaltet Zinsaufwendungen für Darlehen in Höhe von TEUR 32. Hier machte sich das günstige Zinsniveau mit einer Absenkung der Finanzierungskosten bemerkbar.

Die Ertragslage der Medizinischen Versorgungszentren hat sich im Geschäftsjahr 2020 auch aufgrund der Pandemie verschlechtert und ist nicht befriedigend. Die eingeleiteten Restrukturierungsmaßnahmen führten zu sinkenden Umsätzen in einigen Praxen. Die Auswirkung der Restrukturierungen auf Aufwendungen für Mieten und Personal waren in 2020 noch nicht ganzjährig wirksam und entfalten ihre volle Wirksamkeit erst im Jahr 2021.

Auch im Bereich der stationären Pflege konnte eine Ergebnisverbesserung verzeichnet werden. Dies resultierte aus der beschriebenen verbesserten Belegung hinsichtlich Auslastung und Bewohnerstruktur als auch aus der geringeren Inanspruchnahme von Fremdpersonal. Damit konnte mit der stationären Pflege insgesamt wieder ein deutlich positives Jahresergebnis im Vergleich zu den Vorjahren erzielt werden.

Im Bereich ambulante Pflege wurde das in den Vorjahren deutliche Wachstum bei Klienten und Umsätzen in 2020 konsequent fortgeführt. Dies führte zu einer deutlichen Verbesserung der Ertragslage. Das Ergebnis der ambulanten Pflege war in 2020 erstmals seit vielen Jahren deutlich positiv.

Zur Sicherung der finanziellen Stabilität der Gesellschaft hat die Muttergesellschaft in 2020 einen Ertragszuschuss für die MVZ in Höhe von EUR 500.000 geleistet.

Die Gesellschaft schloss das Jahr 2020 mit einem Jahresergebnis von EUR 166.544,69 (Vorjahr: EUR -127.727,62) ab. Ohne den Ertragszuschuss der Muttergesellschaft lag das Ergebnis der Gesellschaft damit unter der im Lagebericht 2019 aufgestellten Prognose zum Jahresergebnis 2020.

## 3. Vermögens- und Finanzlage

In nachfolgender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der SDM dargestellt:

	2020		2019	
	TEUR	%	TEUR	%
Anlagevermögen	4.381	78,0	4.572	83,0
Umlaufvermögen	1.230	21,9	931	16,9
Rechnungsabgrenzungsposten	5	0,1	7	0,1
<b>Betriebsvermögen</b>	<b>5.616</b>	<b>100,0</b>	<b>5.510</b>	<b>100,0</b>
Eigenkapital	1.087	19,4	920	16,7
Sonderposten	1.700	30,3	1.801	32,7
Rückstellungen	334	5,9	164	3,0
Verbindlichkeiten	2.495	44,4	2.625	47,6
<b>Betriebskapital</b>	<b>5.616</b>	<b>100,0</b>	<b>5.510</b>	<b>100,0</b>

Es wurden im Jahr 2020 lediglich Ersatzinvestitionen in die Ausstattung von Arztpraxen und Pflegeheimen getätigt.

Die Verluste der Jahre 2015 bis 2019 hatten das Eigenkapital der Gesellschaft vermindert. Dies wurde durch Zuschüsse der Muttergesellschaft in 2017 und 2020 in Teilen kompensiert. Die Eigenkapitalquote der Gesellschaft kann, insbesondere unter Einbeziehung des Sonderpostens, für den Geschäftsbetrieb der Gesellschaft als ausreichend und stabil angesehen werden.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten in Höhe von TEUR 1.131 konnten jederzeit fristgerecht bedient werden. Die Gesellschaft hat im Berichtsjahr im Rahmen des Cash Clearing bei Bedarf auf die Kontokorrentvereinbarung mit der Muttergesellschaft zurückgegriffen. Die verfügbaren Kontokorrentlinien bei Kreditinstituten wurden nicht in Anspruch genommen.

Die Gesellschaft erzielte 2020 einen operativen Cashflow von TEUR -590. Dieser wäre nicht ausreichend um die zukünftigen jährlichen Tilgungsverpflichtungen zu bedienen. Diese Verpflichtungen liegen für die derzeitigen Zahlungsverpflichtungen aus Krediten in den nächsten fünf Jahren jeweils zwischen TEUR 142 und TEUR 198. Darüber hinaus sind zukünftig wieder Zahlungsmittelüberschüsse für Investitionen und die Rückführung von Verpflichtungen gegenüber der Muttergesellschaft nötig.

### III. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft ist wegen Defiziten von wenigen Praxen in den MVZ weiterhin unbefriedigend.

Wie bereits im Vorjahr erwartet, war wegen der durch das PSG III veränderten Vergütungssituation im ambulanten und stationären Pflegebereich ab dem Jahr 2017 der kostendeckende Betrieb von Pflegeheimen herausfordernd. Hier konnten in 2020 trotz Pandemie deutliche Verbesserungen erreicht werden. Die Belegung der Pflegeplätze betrug im Jahresdurchschnitt 93,4 % (Vorjahr: 93,2 %) und wurde damit leicht verbessert. Gleichzeitig wurden deutlich höhere durchschnittliche Pflegegrade betreut. Dieser Trend wird auch in den Folgejahren weiter konsequent verfolgt. Das aktive und gezielte Belegungsmanagement der Altenheime ist somit ein wesentliches Kernelement für den wirtschaftlichen Erfolg. Dem wird bei der Aufnahme neuer Bewohner\*innen Rechnung getragen.

Die Personalgewinnung und Personalentwicklung unter Berücksichtigung des demographischen Wandels bleibt eine wachsende Herausforderung. Für das Jahr 2021 werden bei den Kostenträgern für den stationären Bereich erneut deutlich höhere Pflegesätze beantragt. Diese sollen es ermöglichen, weiter deutliche Lohnsteigerungen bei den Beschäftigten umzusetzen und somit die Attraktivität der Gesellschaft als Arbeitgeber zu erhöhen. Die Verhandlungen haben derzeit noch nicht begonnen.

Die Geschäftsführung prüft laufend Optionen zur Fortentwicklung der stationären Pflegeeinrichtungen und der Verzahnung mit ambulanten Versorgungsangeboten.

Gleichzeitig stärkt die seit 2017 gültige Vergütungssituation die ambulante Pflege. Dieser Tatsache trägt die Gesellschaft Rechnung, indem die ambulante Pflege mit den nötigen personellen und finanziellen Ressourcen für eine Angebotsausweitung ausgestattet wurde. Das Wachstum des ambulanten Pflegedienstes führte zu einem deutlich positiven Ergebnis 2020 für diesen Betriebsbereich. Es ist davon auszugehen, dass auch zukünftig im Bereich der ambulanten Versorgung ein Wachstum stattfinden wird. Aufgrund der verbindlichen Einführung eines Pflegemindestlohnes für das Jahr 2021 muss die SDM in diesem Bereich nachjustieren, um einerseits die gesetzlichen Anforderungen zu erfüllen und um andererseits auch eine Personalstabilität durch eine bessere finanzielle Entlohnung zu erreichen. Die Herausforderung wird es sein, die gestiegenen Personalkosten bei den Kostenträgern durch höhere Vergütungen der erbrachten Leistungen gegen zu finanzieren.

Zur Verbreiterung des Angebots prüft die Gesellschaft derzeit die Ausweitung des Geschäftsfeldes auf die Bereiche Tagespflege und ambulant betreutes Wohnen. Hierzu finden bereits erste Gespräche mit den Beteiligten statt.

Den Chancen aus der Ausweitung im ambulanten medizinischen Bereich stehen die Risiken hinsichtlich der Nachbesetzung in den Arztpraxen gegenüber. So konnten im Jahr 2020 ausgeschiedene Ärzte nicht zeitnah nachbesetzt werden. Dieser Herausforderung will die Geschäftsführung durch spezielle Personalentwicklung im Zusammenwirken mit den Fachabteilungen der Muldentalkliniken begegnen. Hierzu wurde u. a. der Weiterbildungsverbund Muldental gegründet, welchem die MVZ beigetreten sind.

Die seit 2017 laufende Umsetzung von Maßnahmen zur finanziellen Gesundung defizitärer Arztpraxen hatte zum Ziel, für die Medizinischen Versorgungszentren bis Ende 2019 insgesamt ein angeglichenes Jahresergebnis zu erreichen. Die Maßnahmen wurden nun im Verlauf 2020 weitgehend umgesetzt, insbesondere mit der räumlichen und organisatorischen Konzentration von Arztsitzen. Diese führen zur Optimierung der betrieblichen Prozesse und der Verbesserung des Angebots für die Patienten. Das angestrebte Ziel wurde noch nicht wie geplant vollumfänglich erreicht, da die umgesetzten Maßnahmen nur für einen Teil des Jahres 2020 wirksam wurden. Darüber hinaus führen einige Maßnahmen wegen der Vergütungssystematik der Kassenärztlichen Vereinigung erst mit Zeitverzögerung zu steigenden Umsätzen.



Weitere Optimierungspotentiale (z. B. fachgruppengleiche MVZ) wurden identifiziert und befinden sich in Vorbereitung und Prüfung durch einen Fachanwalt.

Die größte Herausforderung für die Zukunft sieht die Gesellschaft in der sich fortlaufenden, veränderten Gesetzgebung, insbesondere der verstärkten Forderung nach ambulanter Leistungserbringung. Aber auch die Gewinnung, das Halten und das Entwickeln von Fachkräften vor dem Hintergrund der Demographie stellt gleichfalls eine sehr große Herausforderung dar. Die Gesellschaft geht jedoch davon aus, dass insbesondere durch die eingeleiteten und vorgenommenen Maßnahmen auch für den Bereich stationäre Pflege eine qualitativ und wirtschaftlich nachhaltige Leistungserbringung gewährleistet werden kann.

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Soziale Dienste Muldental gGmbH nicht erkennbar.

#### IV. Prognosebericht

Wir erwarten im Jahr 2021 eine gleichbleibende Entwicklung in der ambulanten Pflege. Für die stationäre Pflege erwarten wir eine Entwicklung über dem Niveau des Jahres 2020. Für die Arztpraxen erwarten wir eine nochmalige Ergebnisverbesserung, jedoch unter der Voraussetzung, dass die Nachbesetzung vakanter Arztstellen gelingen wird.

Die zu erwartende Steigerung der Vergütung der Pflegekräfte in der stationären Altenpflege sollen ebenfalls durch noch zu genehmigende Pflegesätze refinanziert werden. Das Gleiche gilt für den Bereich ambulante Pflege.

Gemäß unserem Wirtschaftsplan gehen wir für 2021 von einem Jahresüberschuss von TEUR 386 bei leicht steigenden Umsätzen aus. Daraus resultiert ein Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit von TEUR 489 laut Wirtschaftsplan.

Wir werden mit diesen Zahlungsmittelzuflüssen in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Die aufgestellten Prognosen stehen unter dem aktuellen Eindruck der Corona-Pandemie mit dem Sars-CoV-2-Virus. Aufgrund der Pandemie-Dynamik kann derzeit keine valide Aussage hinsichtlich zu einem Übergang zum normalen, präpandemischen Unternehmensalltag abgegeben werden.

#### V. Kennzahlen gemäß § 14 Absatz 6 Satz 2 des Gesellschaftsvertrags der Soziale Dienste Muldental gGmbH

Kennzahlen § 99 Abs. 2 SächsGemO		Plan 2020	Ist 2020	Ist 2019
Arbeitsproduktivität		1,51	1,46	1,54
Effektivverschuldung	TEUR	1.323	1.265	1.686
Eigenkapitalquote <sup>1</sup>	%	21,06	19,35	16,70
Eigenkapitalrendite	%	22,46	15,32	-13,88
Fremdkapitalquote	%	78,94	80,65	83,30
Gesamtkapitalrendite	%	4,24	2,38	-2,94
Investitionsdeckung	%	196,13	183,91	854,07
kurzfristige Liquidität	%	95,33	64,43	56,54
Pro-Kopf-Umsatz	TEUR	63,55	67,28	63,13
Vermögensstruktur	%	77,59	78,01	82,97

<sup>1</sup> hier ohne Berücksichtigung des Sonderpostens

Wurzen, 18. Januar 2021

Mike Schuffenhauer  
Geschäftsführer

# Servicegesellschaft Muldental mbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Kutusowstraße 70

04808 Wurzen

Tel.: 03425 / 930

E-Mail: kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de

**Rechtsform:** GmbH

**Handelsregisternummer:** HRB 22944

**Gründungsdatum:** 05.12.2006

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Zweck der Gesellschaft ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering, Sicherheits- und Empfangsdienste, kaufmännische Gebäudedienste, Hauswirtschafts- und sonstige Servicedienste, Hilfsdienste in ärztlichen Sprechstunden sowie hiermit verwandter Dienstleistungen sowie Sterilgutversorgung vorwiegend im Bereich der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft und deren Beteiligungen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages und unter Beachtung ihrer Gemeinnützigkeit (§ 3) alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vorzunehmen, die dieser Zweckbestimmung mittelbar oder unmittelbar dienen. Sie ist unter den Voraussetzungen des Abs. 3 berechtigt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu gründen, zu erwerben oder zu pachten und sich an gleichartigen oder ähnlichen Unternehmen zu beteiligen.

### Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	25.000€
----------------------	---------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Mike Schuffenhauer
-------------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	25.000 €	100,0%
--	----------	--------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

## Finanzbeziehungen

	12/2018	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-	-
<b>Sonstiges</b>	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>	-	-	-
<b>Zuschüsse</b>	-	-	-
<b>Bürgschaften</b>	-	-	-

## IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

### I. Allgemeines

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering einschließlich der Spül- und Wirtschaftsdienste, Sicherheits- und Empfangsdienste, Sterilgutversorgung sowie Hol- und Bringendienste vorwiegend im Bereich der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, und deren Beteiligung.

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen (im Folgenden auch Muttergesellschaft oder kurz Muttergesellschaft genannt), ist alleinige Gesellschafterin der Servicegesellschaft Muldental mbH (kurz: SGM).

### II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

#### 1. Grundlagen der Betriebsführung

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der für das Jahr 2020 aufgestellte Wirtschaftsplan mit seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Finanzplan,
- Stellenübersicht,
- Liquiditätsplan.

Der Geschäfts- und Leistungsumfang wurde im Jahr 2020 um die Speisenversorgung und Einkaufsunterstützung sowie das Facility-Management für die Soziale Dienste Muldental gGmbH erweitert.

Im Bereich Reinigung erfolgte das Management ab 1. Januar 2020 durch eigene Mitarbeiter. Der vorherige Managementvertrag mit einem externen Anbieter wurde beendet.

Die Einkaufskonditionen für die Speisenversorgung wurden in 2020 neu verhandelt.

Aufgrund der Corona-Pandemie kam es in 2020 zu einem erheblichen Rückgang der Ausbringungsmenge der Küchen für den Abnehmer Muldentalkliniken. Die Leistungsmengen in den übrigen Betriebsbereichen hatten nicht solche starken Einbrüche zu verzeichnen. Natürlich erzeugte die Pandemie erhebliche Herausforderungen in der Betriebsorganisation.

## 2. Ertragslage

Die Höhe der Umsatzerlöse wurde in Budgets für alle Leistungsbereiche jeweils grundsätzlich vertraglich festgelegt. Mehr- bzw. Mindererlöse werden zum einen im Cateringbereich durch die Ist-Beköstigungstage und Mehr- bzw. Sonderleistungen, im Reinigungsbereich durch Zusatzleistungen, im Facility-Management durch Leistungsstunden sowie im Sterilisationsbereich durch die Sterilisationseinheiten (STE) bestimmt.

Leistungen an Dritte werden in geringem Umfang in der Sterilgutversorgung für niedergelassene Ärzte und im Reinigungsbereich erbracht.

Die Umsatzerlöse des Berichtszeitraums setzen sich wie folgt zusammen:

	2020		2019	
	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse aus Catering	1.407	41,1	1.377	39,0
Umsatzerlöse aus Reinigung	899	26,3	1.310	37,1
Umsatzerlöse aus Sterilisation	602	17,6	563	15,8
Umsatzerlöse aus Sicherheits- und Empfangsdienst	329	9,6	282	8,0
Einkaufsleistungen	120	3,5	0	0,0
Facility Management	66	1,9	0	0,0
Sonstige Umsatzerlöse	1	0,0	2	0,1
	<b>3.424</b>	<b>100,0</b>	<b>3.534</b>	<b>100,0</b>

Im Bereich Catering wurden erstmals Leistungen für die Altenheime direkt an den Abnehmer fakturiert. Mit den Muldentalkliniken wurde im Bereich Catering eine Vereinbarung getroffen, dass die niedrigeren Abnahmemengen für die Dauer der Pandemie teilweise durch höhere Preise kompensiert werden.

Durch die Umstrukturierung der Reinigung zum 1. Januar 2020 verringerten sich die bezogenen Leistungen und Erlöse des Reinigungsbereichs gegenüber dem Vorjahr erheblich.

Im Übrigen waren Umsatzsteigerungen zum Vorjahr im Wesentlichen auf Preissteigerungen und die beiden neu eröffneten Betriebsbereiche zurückzuführen.

Die Sonstigen betrieblichen Erträge (TEUR 6; Vorjahr: TEUR 2) beinhalten im Wesentlichen Erträge aus Erstattungen der Krankenkassen für Mutterschutz.

Der Materialaufwand des Geschäftsjahres 2020 (TEUR 1.161; Vorjahr: TEUR 964) verteilt sich vorwiegend auf Aufwendungen für Lebensmittel (TEUR 593; Vorjahr: TEUR 557) und für bezogene Leistungen im Bereich Sterilisation (TEUR 346; Vorjahr: TEUR 351) sowie Warenbezug zur Weiterveräußerung im Konzern.

Der Personalaufwand betrug im Geschäftsjahr TEUR 1.954 (Vorjahr: 1.806). Die Beschäftigtenzahl in Vollkräften (VK) stieg gegenüber dem Vorjahr aufgrund der Eingliederung des Facility-Management um 3,8 % auf 65 Vollkräfte. Die Erhöhung der Personalkosten von rund 8,2 % beruht somit auf dem Anstieg der tariflichen Vergütungen bzw. Änderungen im Vergütungsgerüst und den neu eingetretenen Mitarbeitern.

Die Höhe der Sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Geschäftsjahr 2020 TEUR 311 (Vorjahr: TEUR 730). Darin enthalten sind die Managementgebühren (TEUR 186; Vorjahr: TEUR 622) sowie Mietaufwendungen (TEUR 95; Vorjahr: TEUR 95) für die benötigten Räume. Die Managementvergütungen sanken wegen der Beendigung des Managementvertrags für die Reinigung zum 1. Januar 2020.

Das Ergebnis vor Steuern war im Geschäftsjahr positiv. Dies war jedoch nur möglich, weil die pandemiebedingten Leistungseinbrüche durch Abnehmer teilweise kompensiert wurden.

Es wurde im Geschäftsjahr ein geringer Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 2 erzielt (Vorjahr: TEUR 21).

### 3. Vermögenslage

In nachstehender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der SGM im Vergleich zum Vorjahr dargestellt:

	2020		2019		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umlaufvermögen =						
<b>Betriebsvermögen</b>	398	100,0	398	100,0	0	0,0
Eigenkapital	57	14,3	55	13,8	2	3,6
Rückstellungen	64	16,1	15	3,8	49	326,7
Verbindlichkeiten	277	69,6	328	82,4	-51	-15,5
<b>Betriebskapital</b>	398	100,0	398	100,0	0	0,0

Anlagevermögen ist in der SGM nicht vorhanden.

Die Gesellschaft weist zum Jahresende Vorräte in Höhe von TEUR 27 (Vorjahr: TEUR 0) aus.

Zum Bilanzstichtag standen der Gesellschaft liquide Mittel in Höhe von TEUR 51 (Vorjahr: TEUR 19) zur Verfügung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr war der Kapital- bzw. Liquiditätsbedarf jederzeit vollumfänglich gedeckt.

Das Eigenkapital der Gesellschaft hat sich durch den Überschuss des Jahres 2020 erhöht. Für eine mögliche Ausweitung des Geschäftsumfangs in der Zukunft soll die Eigenkapitalbasis zukünftig durch Gewinnthesaurierung gestärkt werden.

Die Struktur der Verbindlichkeiten und Rückstellungen blieb gegenüber dem Vorjahr weitgehend unverändert. Der Anstieg der Rückstellungen ist im Wesentlichen bedingt durch Rückstellungen für ausstehende Rechnungen.

### III. Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die SGM ist mit dem Ziel, die Prozesse der Muttergesellschaft zu verbessern, gegründet worden.

Zukünftig ist von steigenden Einkaufspreisen und Personalkosten auszugehen. Diesem Risiko wird dadurch entgegengewirkt, dass die Verträge und Budgets mit der Muttergesellschaft an Preiserhöhungen und Tarifierhöhungen angepasst werden.

Sofern die Muttergesellschaft oder die Schwestergesellschaft Soziale Dienste Muldental gGmbH erwägen, weitere Dienstleistungen an die Servicegesellschaft auszugliedern, ist eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit möglich.

Eine Akquise von Kunden außerhalb des Konzerns Muldentalkliniken ist kurzfristig nicht geplant. Dies kann sich ändern, sofern ein in Planung befindliches Projekt des Konzerns im Bereich Betreutes Wohnen am Standort Brandis umgesetzt wird. Mit einer Inbetriebnahme ist jedoch nicht vor 2023 zu rechnen.

Die Risiken der Gesellschaft begründen sich im Leistungsgeschehen der verbundenen Unternehmen. Diese zeichnen sich auf kurz- und mittelfristige Sicht als sehr stabil ab.

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Servicegesellschaft Muldental mbH nicht abzuleiten. Zu weiteren Risiken verweisen wir auf die relevanten Ausführungen in den Lageberichten der verbundenen Unternehmen.

#### **IV. Prognosebericht**

In den Bereichen Sicherheit- und Empfangsdienste sowie Sterilgutversorgung erwarten wir für das Jahr 2021 einen gegenüber dem Jahr 2020 weitgehend unveränderten Geschäftsgang. Die zu erwartenden Kostensteigerungen durch Tarifabschlüsse sollen durch entsprechende Vereinbarungen mit der Muttergesellschaft kompensiert werden.

Ab dem Jahr 2021 werden erstmals zusätzlich Leistungen im Bereich Facility-Management an die Muldentalkliniken GmbH erbracht. Hierzu werden die Mitarbeiter der Muldentalkliniken aus der Abteilung Technik in die Servicegesellschaft Muldental mbH übernommen. Ziel ist ein zentrales Facility-Management für den Konzern Muldentalkliniken unter dem Dach der Servicegesellschaft Muldental mbH.

Im Verlauf des Jahres 2019 wurden gemeinsam mit den Muldentalkliniken und Beratungsunternehmen die derzeitige Struktur der Leistungserbringung im Bereich Catering untersucht. Diese Untersuchungen bilden die Grundlage für die noch ausstehende Erstellung eines Konzepts zur langfristigen Weiterentwicklung des Bereichs Catering. Dessen Auswirkungen auf das Geschäftsmodell der Gesellschaft sind heute genauso wie der weitere Fortgang der Corona-Pandemie noch nicht abzuschätzen.

Gemäß unserem Wirtschaftsplan gehen wir für 2021 von einem Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 23 aus; die planmäßigen Umsatzerlöse werden im Vergleich zum Berichtsjahr geringfügig ansteigen.

Wir werden auch zukünftig in der Lage sein, unseren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht nachzukommen.

Wurzen, 18. Januar 2021

Mike Schuffenhauer

Geschäftsführer

# Kommunaler Sozialverband Sachsen

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Humboldtstr. 18

04105 Leipzig

Tel.: 0341 / 1266-0

E-Mail: [post@ksv-sachsen.de](mailto:post@ksv-sachsen.de)

Webseite: <http://www.ksv-sachsen.de>

**Rechtsform:** KdöR

**Gründungsdatum:** 22.01.1993

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Dem LWV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelungsfunktion übertragen. Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung behinderter Menschen. Nach dem BSHG sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden. Das Hauptaufgabengebiet des LWV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe, und damit der Kostenträger für stationäre und teilstationäre Maßnahmen, ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem BSHG.

Die Aufgaben und Ziele des LWV Sachsen sind:

- Kostenträger von stationären und teilstationären Hilfsangeboten für körperlich, geistig oder seelisch behinderte Personen nach dem BSHG und dem SGB IX;
- Verhandlungsführung über Entgelte für Einrichtungen nach dem BSHG und dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI);
- Wahrnehmung der Aufgaben der überörtlichen Betreuungsbehörde und Prüfungsbehörde;
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege und Beteiligung an der Planung und Förderung von Einrichtungen im Freistaat Sachsen;

Der LWV als höherer Kommunalverband erhebt seine Umlage nach der Umlagekraft seiner Mitglieder. Damit wird gesichert, dass allen Hilfeempfängern, unabhängig von ihrem gewöhnlichen Aufenthalt und dem Ort ihrer Betreuung und Unterbringung in gleicher Weise und nach einheitlichen Standards die erforderliche Hilfe gewährt werden kann. Durch das Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch (AGSGB vom 14. Juli 2005) wurde am 30. Juli 2005 der Landeswohlfahrtsverband (LWV) als Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV) gegründet.

### Stammkapital:

Gesamtstimmen

48 Stimmen



## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Verbandsvorsitzender

Herr Henry Graichen

### Verbandsdirektor

Herr Andreas Werner

## III BETEILIGUNGEN

### Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Stadt Dresden	12,5 %	6
Stadt Leipzig	12,5 %	6
Landkreis Bautzen	8,33 %	4
Landkreis Erzgebirgskreis	8,33 %	4
Landkreis Mittelsachsen	8,33 %	4
Landkreis Zwickau	8,33 %	4
Landkreis Görlitz	6,25 %	3
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>6,25 %</b>	<b>3</b>
Landkreis Meißen	6,25 %	3
Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	6,25 %	3
Landkreis Vogtlandkreis	6,25 %	3
Stadt Chemnitz	6,25 %	3
Landkreis Nordsachsen	4,17 %	2

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

### Finanzbeziehungen

	12/2018	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-	-
<b>Sonstiges</b>	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>	-	-	-
<b>Zuschüsse</b>	27.229.138,7 €	29.160.487,4 €	30.602.616,9 €
<b>Bürgschaften</b>	-	-	-

## IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:



## 1. Vorbemerkungen Gesamthaushalt

Folgendes Gesamtergebnis wurde 2019 erzielt:

### Ergebnisrechnung

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	721.822.072,57 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	753.592.664,92 EUR
Ordentliches Ergebnis	-31.770.592,35 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	8.456,64 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	53.437,51 EUR
Sonderergebnis	-44.980,07 EUR
<b>Gesamtergebnis</b>	<b>-31.815.573,22 EUR</b>

### Finanzrechnung

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-38.316.673,67 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	977,07 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	23.142.458,27 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeit	-23.141.481,20 EUR

Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit -61.450.154,07 EUR

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR

Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestandes -61.458.154,87 EUR

### Vermögensrechnung

#### Aktiva:

Anlagevermögen:	82.298.980,85 EUR
Umlaufvermögen:	50.762.284,43 EUR
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	5.429.003,97 EUR

#### Passiva:

Kapitalposition:	67.959.621,98 EUR
Sonderposten:	27.694,27 EUR
Rückstellungen:	8.238.562,67 EUR
Verbindlichkeiten:	71.815.348,42 EUR
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	403.485,61 EUR
<b>Bilanzsumme des Gesamthaushaltes KSV Sachsen:</b>	<b>140.444.742,95 EUR</b>



## 2. Allgemeine Erläuterungen zum Kommunalhaushalt – Rechtsgrundlagen

Nach § 53 SächsKomHVO ist die Jahresrechnung durch einen Rechenschaftsbericht zu ergänzen. Insbesondere sind die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern. Im Gesetz über den KSV Sachsen (SächsKomSozVG) werden im § 3 die durch den Verband zu erfüllenden Aufgaben definiert.

### Haushaltssatzung

Nach § 21 SächsKomSozVG finden auf die Wirtschaftsführung des KSV Sachsen die für die Landkreise geltenden Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes sowie der Jahresabschluss entsprechend Anwendung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

Am 07.12.2019 beschloss die Verbandsversammlung die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan 2020.

Das Sächsische Staatsministerium des Innern hat als Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 5. Februar 2020 die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung bestätigt und die in § 5 festgesetzte Sozialumlage i. H. v. 8,53332564818 v. H. der Umlagegrundlagen der Landkreise und kreisfreien Städte genehmigt. Die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte im Sächsischen Amtsblatt, Amtlicher Anzeiger Nr. 17 vom 23. April 2020.

Das Haushaltsjahr 2020 des **Kommunalhaushaltes** wurde mit folgendem Ergebnis abgeschlossen:

### Ergebnisrechnung

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	684.202.809,07EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	717.956.175,51EUR
Ordentliches Ergebnis	-33.753.366,44EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	8.456,64EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	53.437,51EUR
Sonderergebnis	44.980,87 EUR
Gesamtergebnis	-33.798.347,31EUR
Verbleibendes Gesamtergebnis nach Abzug Fehlbeträge der VJ	-33.798.347,31EUR

### Finanzrechnung

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	-40.224.472,67EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	977,07EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	642.458,27EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeit	-641.481,20 EUR



Finanzierungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-40.865.953,07 EUR
--	--------------------

Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	-1.165.430,32 EUR
Überschuss oder Bedarf an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr	-45.031.384,19 EUR

#### Vermögensrechnung

Bilanzsumme des KSV Sachsen:	76.829.194,94 EUR
------------------------------	-------------------

In der Haushaltssatzung des KSV Sachsen waren im Teil Kommunalhaushalt für das Haushaltsjahr 2020 festgesetzt:

> im Ergebnishaushalt	
Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf	679.848.277,00 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf	675.248.277,00 EUR
Gesamtergebnis	4.600.000,00 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	0,00 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	0,00 EUR
Sonderergebnis	0,00 EUR
> im Finanzhaushalt	
Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.924.100,00 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-745.000,00 EUR
Finanzierungsfehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	4.179.100,00 EUR
Saldo aus Finanzierungsmittelüberschuss und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestandes	4.179.100,00 EUR
> Höchstbetrag der Kassenkredite	133.000.000,00 EUR
> Höhe der Sozialumlage v. H. der Umlagegrundlagen der Landkreise und kreisfreien Städte	8,53332564818 v. H.

#### Zusammengefasste Ergebnisse des Jahresabschlusses Kommunalhaushalt

Die Jahresrechnung 2020 schließt in der Ergebnisrechnung mit einem Gesamtergebnis in Höhe von -33.798.347,31 EUR ab.

Die Jahresrechnung 2020 schließt in der Finanzrechnung mit einem Endbestand an Zahlungsmitteln in Höhe von -20.513.222,13 EUR ab. Er verringert sich gegenüber dem Vorjahr um 45.031.384,19 EUR.





Gegenüber dem Haushaltsplan ergaben sich folgende Veränderungen:

**in der Ergebnisrechnung**

beim Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge ein Mehrbetrag von	4.354.532,07 EUR
beim Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen ein Mehrbetrag von	42.707.898,51 EUR

**in der Finanzrechnung**

beim Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	45.148.572,67 EUR
beim Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit	577.361,46 EUR
beim Mehrbedarf an Zahlungsmitteln	45.031.384,19 EUR

**In der Vermögensrechnung**

verringerte sich die Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr	von 84.313.204,38 EUR auf 76.829.194,94 EUR
--	--

### 3. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

#### 3.1. Ordentliche Erträge der Ergebnisrechnung

##### 3.1.1. Zuwendungen und Umlagen nach Arten und aufgelösten Sonderposten

Diese Position enthält die mit etwa 86 % gemessen an den Gesamterträgen stärkste Ertragsposition im Haushalt, die Sozialumlage in Höhe von 544,5 Mio. EUR. Der Betrag setzt sich zusammen aus dem Gesamtzahlbetrag der Mitgliedskörperschaften in Höhe von 537,1 Mio. EUR sowie dem Entlastungsbetrag nach § 23 SächsAGSGB in Höhe von 7,4 Mio. EUR, welcher aus der Zuweisung des Freistaates im Rahmen des BTHG gespeist wird. Der Betrag ist danach im Sozialumlagebetrag abzubilden und dient der vorübergehenden Entlastung derjenigen Landkreise und kreisfreien Städte, die auf Grund der in diesem Gesetz neu geregelten Zuständigkeiten für Leistungen der Eingliederungshilfe an Leistungsberechtigte, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, zwischen den Trägern der Eingliederungshilfeleistungen per Saldo belastet werden. Diese Darstellungsweise im Ergebnishaushalt wurde von der Rechtsaufsichtsbehörde gefordert.

Der Mehrertrag der Sozialumlage in Höhe von 28,5 TEUR resultiert aus der Abweichung der endgültigen Umlagegrundlagen zu den Orientierungsdaten unter Anwendung des in der Haushaltssatzung festgesetzten Umlagesatzes.

Für das Modellprojekt Bundesteilhabegesetz hat der KSV Sachsen 2020 0,3 Mio. EUR Bundeszuweisung erhalten.

Weitere Erträge sind die Landeszuweisungen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Höhe von 47,9 Mio. EUR, welche 2020 ebenfalls vollumfänglich eingegangen sind, wovon 7,4 Mio. EUR in der Position Sozialumlage dargestellt werden.

Des Weiteren werden unter dieser Position Erträge aus der Auflösung von Sonderposten sowie Erträge aus der Förderung von Arbeitsplatzausstattungen in geringem Umfang erfasst.



### 3.1.2. Sonstige Transfererträge

Position 3 beinhaltet den Ersatz sozialer Leistungen durch vorrangige Sozialleistungsträger und Dritte an den KSV Sachsen. Mit rd. 5 % gemessen an den Gesamterträgen stellt sie nach der Sozialumlage und den Kostenierstattungen die drittgrößte Ertragsquelle im Kommunalhaushalt dar. Dem Plan von 30,5 Mio. EUR stehen im Ergebnis 32,6 Mio. EUR gegenüber.

Die größten Abweichungen gegenüber dem Plan finden sich bei folgenden Erträgen:

	Plan 2020	IST 2020
Unterhaltsansprüche a. v. E.	2,2 Mio. EUR	-0,1 Mio. EUR
Kostenbeiträge aus Arbeitseinkommen a. v. E.	0,00 Mio. EUR	0,9 Mio. EUR
Ersatz von Pflegekassen a. v. E.	19,7 Mio. EUR	21,8 Mio. EUR
Ersatz von Kostenbeiträgen aus Arbeitseinkommen i. E.	1,00 Mio. EUR	0,001 Mio. EUR
Rückzahlung gewährter Hilfen i. E.	0,5 Mio. EUR	1,5 Mio. EUR

Wurden 2019 für diese Ertragsposition noch 100,2 Mio. EUR geplant, so waren es 2020 nur noch 30,5 Mio. EUR und damit 69,7 Mio. EUR weniger. Dem IST 2019 in Höhe von 108,5 Mio. EUR stehen 2020 nur noch 32,6 Mio. EUR gegenüber. Das sind 75,9 Mio. EUR weniger. Der Grund dafür ist, dass durch das BTHG ab 01.01.2020 die Eingliederungshilfe (EGH) aus dem Sozialhilferecht herausgelöst und in ein neues eigenständiges Leistungsrecht, die Eingliederungshilfe nach SGB IX überführt wurde. Damit verbunden ist eine veränderte Leistungsgewährung für Leistungsberechtigte in vormals vollstationären Wohnheimen für Menschen mit Behinderung. Danach haben sich Leistungsberechtigte der EGH ab 2020 nur noch im Nettoprinzip an den EGH-Aufwendungen zu beteiligen, d. h. der KSV vermindert seine Leistung um die Kostenbeteiligung (§ 137 Abs. 3 SGB IX). Als Einnahmen erhalten bleiben dem KSV im Wesentlichen Erstattungszahlungen von Rententrägern, Familienkassen und Wohngeldstellen, wenn er mit Leistungen der HLU/Grusi in Vorleistung gegangen ist. Da für die Ertragspositionen planungszeitig bisher noch keine Erfahrungen vorlagen, kommt es zu Abweichungen in einzelnen Positionen. Insgesamt kompensieren sich alle Mehr- und Mindererträge zu einem siebenprozentigen Mehrertrag gegenüber Plan.

### 3.1.3. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Im Haushaltsjahr 2020 steht dem Plan in Höhe von 0,36 Mio. EUR ein IST in Höhe von 0,4 Mio. EUR an eingenommenen Verwaltungsgebühren gegenüber.

Die Erträge fallen überwiegend für Gebühren für die Anerkennung der Gesundheitsfachberufe an.

### 3.1.4. Privatrechtliche Leistungsentgelte

Unter dieser Position werden hauptsächlich die Erträge aus der Vermietung von Wohnungen, Gewerbeeinheiten sowie Tiefgaragenplätzen im Dienstgebäude Leipzig veranschlagt.

Die bei den sonstigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen erzielten Erträge resultieren aus Rückzahlungen der Betriebskostenabrechnungen 2019.





### 3.1.5. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Der Planansatz dieser Position wurde mit 4 % bzw. 2,4 Mio. EUR überboten. Dabei wurde die Mindererstattung von Rehaträgern in Höhe von 0,7 Mio. EUR und vom Barbetrag nach § 136 a SGB XII in Höhe von 1,0 Mio. EUR im Wesentlichen durch die Mehrerstattungen vom Freistaat Sachsen für Leistungen der Grundsicherung in Höhe von 3,3 Mio. EUR kompensiert. Korrespondierende Mehraufwendungen dazu finden sich in der Aufwandsposition 16.

Weitere Mehrerträge in geringem Umfang sind bei Erstattungen von kommunalen Gebietskörperschaften, Sozialleistungsträgern sowie von überörtlichen Sozialhilfeträgern zu verzeichnen.

### 3.1.6. Finanzerträge (Zinsen, Erträge aus Beteiligungen u. ä. Erträge)

Auch 2020 hielt die Niedrigzinssituation am Kapitalmarkt weiterhin an, so dass aus kurzfristigen Geldanlagen für zeitweilig nicht benötigte Finanzmittel auch 2020 keine Zinserträge von Kreditinstituten erwirtschaftet werden konnten (siehe hierzu auch Punkt 3.2.4). Längerfristige zinsbringende Geldanlagen sind durch die Gewährleistung der kurzfristigen Abrufbereitschaft der liquiden Mittel nicht möglich.

### 3.1.7. Sonstige ordentliche Erträge

Mindereinnahmen in Höhe von 0,2 Mio. EUR wurden unter dieser Position hauptsächlich bei den Erträgen aus der Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen (Einzelwertberichtigungen erzielt).

## 3.2. Ordentliche Aufwendungen der Ergebnisrechnung

### 3.2.1. Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen wurden gegenüber der Plansumme 2,5 Mio. EUR weniger in Anspruch genommen.

Insbesondere die Stellenplanerweiterungen im HHJ 2020 im Umfang von 35 VZÄ, darunter mit dem Schwerpunkt der Umsetzung der III. Reformstufe zum BTHG und dem neuen Fachdienstaufbau FD 360 – WiBM-Leistungen am Standort Chemnitz konnten erst im Verlauf des Haushaltsjahres erfolgreich besetzt werden. So waren insgesamt 64 interne und externe Stellenausschreibungen im Jahr 2020 erforderlich, die auch unter den besonderen Bedingungen der COVID-19-Pandemie stattfanden. Zum anderen sind freie Stellenanteile, die infolge der stetigen Zunahme von Teilzeitarbeit in allen Fachbereichen anfallen und nur zeitversetzt durch kumulierte Stellenrestbildungen nachbesetzt werden können, ein weiterer Grund für die Minderausgaben. Ferner sind diese durch Einstellung der Entgeltfortzahlung bei Langzeiterkrankungen bei Tarifbeschäftigten sowie Minderausgaben durch Einstellung der Entgeltfortzahlung bei Erkrankung des Kindes bzw. bei Freistellungen zur Pflege naher Angehöriger entstanden.

### 3.2.2. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Sach- und Dienstleistungen werden unter den Positionen 13 und 17 veranschlagt. Die Position 13 beinhaltet alle Leistungen, welche sich auf die Unterhaltung und Bewirtschaftung von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, den Erwerb von Ausrüstungsgegenständen bis zu einem Wert von 800 EUR und deren Unterhaltung beziehen. Weiterhin sind Mieten und Pachten, Fortbildungskosten, Dienstreisen und Aufwendungen für Ausbildung erfasst. Der Planwert für diesen Teil der Sachaufwendungen wurde mit 1,1 Mio. EUR unterschritten.





Beim zweiten Teil der Sachaufwendungen handelt es sich um alle Aufwendungen, die dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit zugerechnet werden. Im Wesentlichen sind dies Aufwendungen für Bücher und Zeitschriften, Steuern, Versicherung, Schadensfälle, Gerichts- und Vollstreckungskosten, Post- und Fernmeldegebühren, Büromaterial, Mitgliedsbeiträge, Datenverarbeitung, ehrenamtliche Tätigkeit und sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen.

Betrachtet man die die Sachkosten der Positionen 13 und 17 ohne Erstattungsleistungen, so steht einem Planwert von 6,6 Mio. EUR ein IST von 4,9 Mio. EUR gegenüber. Damit wurden 1,7 Mio. EUR Sachkosten eingespart. Ein Großteil der Einsparungen hat coronabedingte Ursachen. Das betrifft Sachkonten wie z. B. Reisekosten, Fortbildungskosten, Kraftstoffe u. Ä. Weiterhin konnten wesentliche Einsparungen bei der Datenverarbeitung, bei den Aufwendungen für die Grundstücksunterhaltung und der baulichen Anlagen sowie bei den sonstigen Geschäftsaufwendungen erzielt werden. Mehraufwendungen, die durch die o. g. Minderaufwendungen kompensiert werden, sind bei der Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens, bei Mitgliedsbeiträgen an Verbände und Vereine sowie bei Post- und Fernmeldegebühren zu verzeichnen.

### 3.2.3. Abschreibungen im ordentlichen Ergebnis

In dieser Position wurden 0,2 Mio. EUR mehr als geplant aufgewendet. Ursache sind Mehraufwendungen für Wertberichtigungen von Forderungen sowie höhere Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände von Sachanlagevermögen.

### 3.2.4. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Planwert der Zinsaufwendungen für Kassenkredite von 0,5 TEUR wurde zu 100 % in Anspruch genommen. Auch 2020 profitierte der KSV Sachsen vom niedrigen Zinsniveau am Kreditmarkt und einer aktiven Liquiditätssteuerung unter Einbeziehung der von Kreditinstituten eingeräumten Kassenkreditzinsen von 0 % Zinsen.

### 3.2.5. Transferaufwendungen

Die sozialen Transferaufwendungen (Aufwendungen der Sozialhilfe) bilden mit 664,7 Mio. EUR Jahresergebnis die mit Abstand größte Aufwandsposition im Ergebnishaushalt. Die geplanten 617,0 Mio. EUR Aufwendungen wurden mit 47,7 Mio. EUR überschritten. Das betrifft vorwiegend die Maßnahmekosten der Eingliederungshilfe mit 47,9 Mio. EUR Mehraufwendungen, insbesondere die Leistungen in besonderen Wohnformen. Alle anderen Leistungsaufwendungen ergeben im Saldo 0,2 Mio. Minderaufwendungen.

Die bereits im Punkt 3.1.2. beschriebenen BTHG-bedingten Änderungen im Sozialhilferecht mit Umsetzung der 3. Reformstufe wirkten sich 2020 wie bei den Transfererträgen ebenso auf die Transferaufwendungen aus. Mit dem Jahresabschluss 2020 werden die konkreten finanziellen Auswirkungen der 3. Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) erstmals deutlich. Während sich die Transfererträge wie erwartet entwickelt haben (siehe dazu Punkt 3.1.2), sind die finanziellen Auswirkungen bei den Transferaufwendungen – insbesondere bei den am meisten von der 3. Reformstufe des BTHG betroffenen besonderen Wohnformen – deutlich stärker als zum Planungszeitpunkt vorhergesehen.



Im Vergleich zu den Planwerten mit den tatsächlichen Auswirkungen im Jahresergebnis sind folgende Feststellungen zu treffen:

Die Transferaufwendungen haben sich unterschiedlich entwickelt. Größere Planabweichungen sind im Bereich Hilfe zur Pflege (rd. 12,2 Mio. EUR Mehraufwendungen) wie erwartet eingetreten. Bei den besonderen Wohnformen war das entstandene Defizit von fast 35 Mio. EUR nicht absehbar. Bei dieser Haushaltsposition sind aber auch die gravierendsten Auswirkungen auf Grund der Trennung der Fachleistungen von den existenzsichernden Leistungen im Zuge der 3. Reformstufe des BTHG zu verzeichnen. Die Abweichungen bei den besonderen Wohnformen beeinflussen maßgeblich das Gesamtergebnis im Kommunalhaushalt.

Drei wesentliche Analyseergebnisse prägen die finanzielle Entwicklung im Haushaltsjahr 2020 und sind bis auf planmäßige Entgeltsteigerungen BTHG-bedingt:

1. Die Gesamtvergütungen sind um etwa 18 Mio. EUR gestiegen, 11 Mio. EUR davon waren eingeplant. Die Differenz ergibt sich aus Aufwandssteigerung wegen Verbesserung des Schlüssels für Leitung und Verwaltung, im Investitionskostenbereich, der pauschalen Inanspruchnahme von Personal- und Sachkostensteigerungen sowie höheren Entgelten aufgrund von Einzelverhandlungen bei nicht Inanspruchnahme der Übergangsregelung.
2. Durch die Trennung der Fachleistung von den existenzsichernden Leistungen sank der Anteil der existenzsichernden Leistungen an der Vergütung bei den besonderen Wohnformen um ca. 27 Mio. EUR. Diese Deckungslücke musste im Zuge der Vergütungs-umstellung der Fachleistung zugerechnet werden. Dieser Umstellungseffekt war nicht vorhersehbar und konnte deshalb bei der Haushaltsplanung nicht berücksichtigt werden.
3. Durch Verbesserungen bei der Einkommensanrechnung infolge der Leistungstrennung entfällt der Mitfinanzierungsanteil der Leistungsberechtigten an den Kosten der Eingliederungshilfe in Höhe von 11 Mio. EUR. Dieser Effekt wirkt sich kostensteigernd auf die Fachleistung aus. Er wurde bei der Planung mit 10 Mio. EUR berücksichtigt.

Weitere Planabweichungen sind bei folgenden Leistungsarten aufgetreten:

WfbM-Arbeitsbereich.....	- 1,0 Mio. EUR
Fahrtkosten ÖPNV und EGH.....	- 3,4 Mio. EUR
SV-Beiträge WfbM-Arbeitsbereich.....	- 0,9 Mio. EUR
Betreuung in Gastfamilien.....	- 0,2 Mio. EUR
WfbM-Förderbereich.....	+ 0,2 Mio. EUR
Tagesstrukturierung.....	+ 0,5 Mio. EUR
Aufwendungen für Wohnraum § 113/5 .....	+ 0,8 Mio. EUR
Tagesstätte opK.....	+ 0,2 Mio. EUR

### 3.2.6. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Bestandteile der sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind neben dem zweiten Teil der Sachaufwendungen (siehe dazu Punkt 3.2.2.) die Erstattungen an den Bund, das Land, Gebietskörperschaften sowie Sozialleistungsträger. Dem Plan der Erstattungen in Höhe von 13,7 Mio. EUR stehen im IST 11,7 Mio. EUR gegenüber. Der Minderaufwand in Höhe von 2,0 Mio. EUR resultiert hauptsächlich zum einen aus Erstattungen an den Freistaat Sachsen, hier 50 % der Erstattungen des Landesblindengeldes nach SächsLBlindGG, welche um





0,9 Mio. EUR niedriger als geplant ausfielen. Zum anderen wurden an kommunale Gebietskörperschaften 1,1 Mio. EUR weniger als geplant für die Sozialleistungen an Leistungsberechtigte über 65 bis 67 Jahre im Bereich Hilfe zur Pflege, welche ab 01.01.2018 lt. SächsAGSGB in den Zuständigkeitsbereich des KSV Sachsen übergegangen sind, aber im Rahmen einer Delegationssatzung vom örtlichen Träger bearbeitet und vom KSV Sachsen finanziert werden, ausgezahlt.

### **3.3. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen**

Den außerordentlichen Erträgen aus der außerplanmäßigen Auflösung von Sonderposten, aus der Bagatellbetragsbereinigung und Überzahlungen stehen außerordentliche Aufwendungen aus Abschreibung wegen der Aussonderung von beweglichen Vermögensgegenständen gegenüber. Daraus resultiert ein Sonderergebnis in Höhe von -45,0 TEUR.

### **3.4. Haushaltsausgleich**

Das ordentliche Ergebnis beläuft sich auf -33.753.366,44 EUR. Der Ausgleich dieses Fehlbetrages wird zum Teil aus den vorhandenen Rücklagemitteln in Höhe von 11.952.908,63 EUR gedeckt. Der ungedeckte Betrag in Höhe von 21.800.457,81 muss zur vollständigen Deckung in die folgenden Haushaltsjahre vorgetragen werden.

## **4. Erläuterungen zur Finanzrechnung**

### **4.1. Einzahlungen**

#### **4.1.1. Zuwendungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit**

In der Finanzrechnung sind unter der Position 2 die Einzahlungen für die Sozialumlage, für das Modellprojekt BTHG, sowie die Landeszuweisungen BTHG erfasst.

Insgesamt wurden 27,5 TEUR mehr Einzahlungen verbucht. Zur Begründung dazu wird auf Punkt 3.1.1. der Erläuterungen zur Ergebnisrechnung verwiesen.

#### **4.1.2. Sonstige Transfereinzahlungen**

Im Saldo sind 4,8 Mio. EUR weniger Einzahlungen in dieser Position zu verzeichnen. Grund dafür ist, dass Krankenkassenbeiträge, welche dem Jahr 2020 zuzuordnen sind und in der Ergebnisrechnung in den sonstigen Transfererträgen erfasst sind, erst Anfang des Jahres 2021 ausgezahlt wurden. Vergleiche dazu auch Punkt 3.1.2.

#### **4.1.3. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**

Diese Position steht im direkten Zusammenhang mit Position 4 der Ergebnisrechnung. Deshalb wird auf Gliederungspunkt 3.1.3. verwiesen.

#### **4.1.4. Privatrechtliche Leistungsentgelte**

Diese Position steht im direkten Zusammenhang mit Position 5 der Ergebnisrechnung. Deshalb wird auf Gliederungspunkt 3.1.4. verwiesen.



#### 4.1.5. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Gegenüber dem Planwert von 58,2 Mio. EUR wurden Geldeingänge in Höhe von 63,0 Mio. EUR verzeichnet. Das sind 4,8 Mio. EUR mehr als geplant und 2,5 Mio. EUR mehr als in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

Zwei Hauptgründe sind dafür relevant. Zum einen lag die Auszahlung der Barbetragserstattung nach § 136 SGB IX für das Jahr 2019 um 1,0 Mio. höher als die Sollstellung. Der zweite Grund ist die jahresübergreifende Auszahlung der vom Bund erstatteten Grundsicherungsleistungen, welche unterschiedliche Ratenhöhen aufweist. Die letzte Rate 2019, gezahlt 2020 war um 1,7 Mio. EUR höher als die 4. Rate 2020, ausgezahlt 2021.

#### 4.1.6. Zinsen u. ä. Einzahlungen

Zu Zinsen wird auf den Gliederungspunkt 3.1.6. verwiesen. In geringem Umfang sind auf dieser Position außerdem sonstige Einzahlungen in Form von Bagatellbeträgen und Überzahlungen zu verzeichnen.

#### 4.1.7. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Neben Geldeingängen von Säumniszuschlägen in Höhe von 9,5 TEUR sind in Position 8 sonstige öffentlich rechtliche Verwaltungs- und Betriebseinnahmen in Höhe von 9,4 TEUR sowie Bußgelder von 12,4 TEUR abgebildet.

#### 4.1.8. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit entsprechen mit einer geringfügigen Abweichung um 0,1 Mio. EUR dem Planwert von 674,4 Mio. EUR.

### 4.2. Auszahlungen

#### 4.2.1. Personalauszahlungen

Der Planansatz wurde mit 2,8 Mio. EUR unterschritten. Dazu wird auf Punkt 3.2.1. verwiesen.

#### 4.2.2. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Position 12) sowie sonstige haushaltswirksame Auszahlungen (Position 15)

In Bezug auf Gliederungspunkt 3.2.2. findet auch für den Finanzhaushalt eine entsprechende Gesamtbetrachtung beider Positionen statt. Da die Ergebnisse der Auszahlungen im Finanzhaushalt im Wesentlichen den Ergebnissen des Ergebnishaushaltes entsprechen, wird inhaltlich auf o. g. Gliederungspunkt verwiesen. Die Abweichungen zwischen Finanz- und Ergebnisrechnung sind gering und resultieren aus Periodenabweichungen zwischen Aufwand und Auszahlung am Jahresanfang bzw. Jahresende.

#### 4.2.3. Zinsen und ähnliche Auszahlungen

Bei der Position 13 wird auf die Ausführungen im Gliederungspunkt 3.2.4. verwiesen. Die Zinsauszahlungen entsprechen exakt den Aufwendungen im Ergebnishaushalt.



#### 4.2.4. Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Bei den Sozialhilfeauszahlungen wurden 51,4 Mio. EUR mehr als geplant ausgezahlt. Sie stehen im Zusammenhang mit den unter 3.2.5. beschriebenen Transferaufwendungen.

#### 4.2.5. Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Bei dieser Position wird auf Punkt 3.2.6. verwiesen. Die Höhe der Auszahlungen entspricht annähernd der Höhe der Aufwendungen in dieser Position.

#### 4.2.6. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Der IST-Wert für die Summe der Auszahlungen liegt um 45,3 Mio. EUR höher als geplant. Hauptursache sind Mehrauszahlungen für Sozialhilfe in Position 14 infolge höherer Transferaufwendungen (vgl. Punkt 3.2.5.).

#### 4.2.7. Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelbedarf

Der Saldo aus Einzahlungen (Position 9 – Gliederungspunkt 4.1.8.) und Auszahlungen (Position 16 – Gliederungspunkt 4.2.6.) aus laufender Verwaltungstätigkeit ergibt als Zwischenergebnis einen Zahlungsmittelbedarf in Höhe von 40,2 Mio. EUR.

#### 4.2.8. Einzahlungen und Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen und übrigen Sachanlagevermögen

Einzahlungen für Investitionstätigkeiten sind nicht zu verzeichnen. Auszahlungen in Höhe von 642,5 TEUR gliedern sich wie folgt:

- |   |            |
|---|------------|
| 1. Erwerb von zu aktivierenden immateriellen Vermögensgegenständen..... | 56,5 TEUR  |
| 2. Auszahlungen für sonstige Baumaßnahmen.....                          | 339,4 TEUR |
| 3. Auszahlungen für den Erwerb von übrigen Sachanlagevermögen.....      | 246,5 TEUR |

Von den aus 2019 nach 2020 übertragenen Mitteln für die Baumaßnahme Außenverschattung in Höhe von 484 TEUR wurden 339 TEUR benötigt. Weitere Baumaßnahmen fanden 2020 nicht statt.

Von den geplanten Mitteln für Investitionen wurden rd. 53 % ausgeschöpft bzw. haben 576 TEUR weniger als geplant ausgereicht.

#### 4.2.9. Finanzierungsmittelbedarf

Entsprechend dem im Ergebnishaushalt zu verzeichnenden Fehlbetrages auf Grund der Transfermehraufwendungen ergibt sich im Finanzhaushalt ein Finanzierungsmittelbedarf von 40,9 Mio. EUR.

#### 4.2.10. Änderung des Finanzmittelbestandes

Der Bedarf an Zahlungsmitteln erhöht sich durch den Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen von Darlehen sowie durch den Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern um 4,2 Mio. EUR auf 45,0 Mio. EUR.





#### 4.2.11. Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern und Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern

Position 44 beinhaltet im Wesentlichen die Einzahlungen der vom Bund getragenen Sozialversicherungsbeiträge für in Werkstätten beschäftigte Leistungsberechtigte sowie Rückzahlungen von Abschlägen.

Position 45 beinhaltet im Wesentlichen die Auszahlungen der in Position 44 enthaltenen Einzahlungen SV-Beiträge sowie die Auszahlung von Abschlägen zur Liquiditätssicherung der Behinderten- und Pflegeeinrichtungen.

Die Differenz zwischen Einzahlungen und Auszahlungen der durchlaufenden Gelder bildet ein Zahlungsmittelbedarf als Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen in Höhe von 4,2 Mio. EUR (Position 46).

#### 4.2.12. Liquidität am Ende des Haushaltsjahres

Die Liquidität (Position 55) hat sich auf Grund des negativen Zahlungsmittelbestandes von 40,9 Mio. EUR sowie des Zahlungsmittelbedarfs aus haushaltsunwirksamen Vorgängen von 4,2 Mio. EUR um 45,0 Mio. EUR auf -20,5 Mio. EUR verringert.

### 5. Erläuterungen zur Vermögensrechnung

Mit dem Jahresabschluss 2020 wird die Vermögenssituation des KSV Sachsen zum Abschluss des Haushaltsjahres 2020 dargestellt.

Die Bilanzsumme des Teiles Kommunalhaushalt am 31.12.2020 beträgt 76,8 Mio. EUR und ist damit 7,5 Mio. EUR niedriger als am 31.12.2019. Hauptursache dafür ist die Verminderung des Umlaufvermögens um 17,1 Mio. EUR.

Im Einzelnen stellt sich die Bilanz folgendermaßen dar:

#### 5.1. Aktiva

##### 5.1.1. Anlagevermögen

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zur Vorjahresbilanz von 29,2 Mio. EUR auf 29,1 Mio. EUR geringfügig verringert. Ursachen sind im verringerten Finanzanlagevermögen, insbesondere bei den Ausleihungen zu finden. Des Weiteren haben sich die immateriellen Vermögensgegenstände um 0,1 Mio. EUR verringert sowie das Sachanlagevermögen um 0,2 Mio. EUR erhöht.

Im Jahr 2020 wurde keine Verrechnung von Fehlbeträgen aus Abschreibungen mit dem Basiskapital vorgenommen.

##### 5.1.2. Umlaufvermögen

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 49,4 Mio. EUR auf 32,4 Mio. EUR verringert. Hauptgrund dafür ist die Verringerung des Betrages der liquiden Mittel um 24,5 Mio. EUR.

Die Gesamtheit der öffentlich-rechtlichen Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen hat sich im Saldo von 24,2 Mio. EUR auf 32,1 Mio. EUR erhöht. Hauptgrund dafür sind



die Erhöhung der Forderungen aus Transferleistungen sowie der sonstigen öffentlich-rechtlichen Forderungen. Die privatrechtlichen Forderungen haben sich von 0,6 Mio. EUR auf 0,3 Mio. EUR verringert.

#### 5.1.3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Hier wurden die Sozialhilfeaufwendungen mit Fälligkeit 01.01.2021 sowie die Beamtenbesoldung für den Monat Januar 2021 ausgewiesen, bei denen die Auszahlung wegen der Fälligkeit bereits Ende Dezember 2020 erfolgte, die Aufwendungen aber erst im Folgejahr gebucht wurden. Der Wert verringerte sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,3 Mio. EUR auf 5,4 Mio. EUR.

### 5.2. Passiva

#### 5.2.1. Kapitalposition

Das Basiskapital in Höhe von 10,7 Mio. EUR zeigt gegenüber dem Vorjahr keine Veränderungen. Im Haushaltsjahr ist zum Bilanzstichtag ein Fehlbetrag in Höhe von 33.798.347,31 EUR zu verzeichnen. Dieser wird zu 35 % durch entsprechende Entnahme aus der allgemeinen Rücklage gedeckt. Der nach vollständiger Rücklagenentnahme zur Deckung in folgenden Haushaltsjahren vorzutragende Fehlbetrag beläuft sich auf 11.952.908,63 EUR. Der nicht durch die Kapitalposition gedeckte Fehlbetrag beträgt 9.954.473,70 EUR.

#### 5.2.2. Sonderposten

Der Betrag der Sonderposten hat sich durch Abschreibungen von sonderpostenrelevanten Anlagegütern auf 27,7 TEUR verringert.

#### 5.2.3. Rückstellungen

Durch Altersteilzeitverträge wurden entsprechende Rückstellungen für Entgeltzahlungen für Zeiten der Freistellung von der Arbeit im Rahmen von Altersteilzeit in Höhe von 0,3 Mio. EUR unter Position Nr. 3 a) gebildet. Insgesamt verringerte sich diese Bilanzposition um 129 TEUR.

Unter Nr. 3 f) sind die Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Verwaltungs- und Gerichtsverfahren gebildet. Hier wurden die Rückstellungen für alle Verfahren ergebniswirksam aufgelöst. In Abhängigkeit davon, ob aus den Verfahren Zahlungsverpflichtungen für den KSV Sachsen entstanden sind oder nicht, erfolgte eine aufwands- bzw. ertragswirksame Auflösung.

Für neue Widerspruchs- und Gerichtsverfahren, die im Jahr 2020 begannen und für Altverfahren, welche in 2020 noch anhängig waren, wurden Rückstellungen gebildet. Die Höhe der Rückstellungen ergibt sich aus einer Erfolgsquote, errechnet aus dem Verhältnis der aufwandswirksamen Auflösung zur Gesamtauflösung der Rückstellungen anhand der letzten drei Jahre. Infolge einer höheren Auflösungsquote sind 2020 125 TEUR weniger Rückstellungen als 2019 trotz zahlenmäßiger Zunahme der Verfahren zu verzeichnen.

Auf Grund der Abrechnungszyklen für die WfbM-Fahrtkosten sind Rückstellungen insbesondere für Abrechnungen des 4. Quartals zu bilden und entsprechend der Abrechnung aufzulösen. Im Haushaltsjahr 2020 wurden 1,2 TEUR mehr Rückstellungen gebildet als aufgelöst. Damit erhöhte sich der Wert für Rückstellungen für sonstige vertragliche Verpflichtungen auf 6,0 Mio. EUR.

Erstmals wurden mit dem Jahresabschluss 2020 Rückstellungen für die übertragenen Urlaubsansprüche der Beschäftigten gebildet. Der Anzahl der nach 2021 übertragenen Tagen





beträgt 2.532 und entspricht somit 16,6 % des Gesamturlaubsvolumens bzw. 1,39 % der Gesamtpersonalkosten, somit wird eine Erheblichkeit gesehen und ein Gesamtbetrag von 424.297,54 EUR rückgestellt.

Rückstellungen der übertragenen Zeitguthaben erfolgen nicht, da lediglich 0,84 % der Gesamtpersonalkosten betroffen sind und so eine Erheblichkeit nach § 41 SächsKomHVO nicht gesehen wird.

#### **5.2.4. Verbindlichkeiten**

Die Verbindlichkeiten erhöhten sich um 15,1 Mio. EUR auf 68,2 Mio. EUR.

Die Erhöhung resultiert aus einem zum Stichtag 31.12. vorhandenen Kassenkredit bei der Sparkasse Leipzig (siehe auch Punkt 4, Erläuterungen zur Finanzrechnung).

Unter 4 d) wurden die Beträge aus fiskalischem Behördenhandeln veranschlagt, bei denen die Leistungserbringung im Jahr 2019 erfolgte, die Rechnungslegung aber erst im Jahr 2020. Der Betrag erhöhte sich um 39 TEUR gegenüber Vorjahr.

Heimkostenabrechnungen, insbesondere Nachberechnungen und -zahlungen, welche in die Abrechnungsperioden der Jahre 2020 und früher gehören und vor dem Schließen der Bücher des Jahres 2020 am 28.02.2021 zur Auszahlung gebracht wurden, fallen unter die Position Verbindlichkeiten aus Transferleistungen (Punkt 4 e). Auf Grund der planmäßigen nachträglichen Abrechnung der Heimkosten in Einrichtungen wird bei dieser Position ein Betrag von 46,4 Mio. EUR ausgewiesen, 4,4 Mio. EUR weniger als 2019. Grund dafür waren eine Reduzierung der Rechnungsbeträge bei den besonderen Wohnformen infolge der 3. Reformstufe BTHG sowie einer hohen Rechnungsbearbeitungsquote bis zum Schließen der Haushaltsbücher Ende Februar für Leistungen, welche dem abgelaufenen Haushaltsjahr zuzuordnen waren.

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten (Punkt 4 f) werden die Verbindlichkeiten ausgewiesen, welche nicht aus Lieferungen und Leistungen bzw. Transferleistungen resultieren. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mio. EUR auf 0,9 Mio. EUR verringert.

#### **5.2.5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten**

Hier wurden die Einzahlungen ausgewiesen, die im Jahr 2020 eingegangen sind, aber erst die Leistungsperiode 01/2021 betreffen. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Sozialleistungen für den Leistungsmonat Januar 2021. Zum Vorjahr sind hier 4 TEUR weniger zu verzeichnen.

Weiterhin ist darin die Abzinsung von Forderungen mit einer Restlaufzeit von mindestens drei Jahren und geringer bzw. keiner Verzinsung enthalten. Gegenüber 2019 hat sich der Betrag um 18 TEUR auf 214 TEUR verringert.

### **6. Betrachtungen gemäß § 53 Abs. 2 SächsKomHVO**

Abweichend von den Aufgaben der kommunalen Gebietskörperschaften leistet der KSV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe zu fast 100 % gesetzliche Pflichtaufgaben. Ziel der Haushaltsführung des KSV Sachsen ist es dabei, bereits die Haushaltsplanung unter Einbeziehung aller Wirkfaktoren so genau wie möglich zu gestalten, um einerseits Fehlbeträge im Jahresabschluss zu vermeiden, andererseits die von den Mitgliedskörperschaften aufzubringenden Haushaltsmittel in Form der Sozialumlage nur in der unbedingt benötigten Größenordnung zu beanspruchen.



Im Jahresabschluss 2020 werden die konkreten finanziellen Auswirkungen der 3. Reformstufe des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) erstmals deutlich. Während sich die Transfererträge wie erwartet entwickelt haben, sind die finanziellen Auswirkungen bei den Transferaufwendungen – insbesondere bei den am meisten von der 3. Reformstufe des BTHG betroffenen besonderen Wohnformen – deutlich stärker eingetreten als zum Planungszeitpunkt vorhergesehen. Nähere Ausführungen dazu sind im Punkt 3.2.5. zu finden.

Zum Planungszeitpunkt des Haushaltsjahres 2020 waren die eingetretenen Kostenerhöhungen im abgelaufenen Haushaltsjahr nicht in vollen Umfang zu erkennen und landen damit in der Planung 2020 nur bedingt Berücksichtigung. Auf Grund einer Ursachenanalyse zum Fehlbetrag 2020 mit stärkerer Einbindung der Fachabteilungen wird zukünftig eine exaktere Planung unter Berücksichtigung aller Wirkfaktoren angestrebt.

Das Gesamtergebnis 2020 beläuft sich auf Mehrtransferaufwendungen in Höhe von 42,7 Mio. EUR. Es ist ein Gesamtfehlbetrag von 33,8 Mio. EUR zu verzeichnen, der zu 35 % aus freien Rücklagemitteln gedeckt werden kann.

Mögliche Haushaltsrisiken bestehen auch weiterhin durch die noch nicht abgeschlossene volle Entfaltung der Wirkfaktoren bei den einzelnen Leistungsarten und deren Umfang der Inanspruchnahme.

Weitere Plananpassungen gegenüber 2020 sind auf Grund der Mehraufwendungen 2020 und der sich auch im laufenden Haushaltsjahr 2021 abzeichnenden Mehraufwendungen, insbesondere bei besonderen Wohnformen sowie in der Hilfe zur Pflege notwendig.

## **7. Schlüsselprodukte**

### **7.1. Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen**

Wenn wegen der Art und Schwere der Behinderung die Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder Berufsvorbereitung, berufliche Anpassung und Weiterbildung bzw. berufliche Ausbildung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder in Betracht kommen, werden die Kosten für den Arbeitsbereich in der Werkstatt für behinderte Menschen übernommen.

Die Kosten beinhalten vier Bestandteile:

1. Maßnahmekosten
2. Fahrtkosten
3. Arbeitsförderungsgeld
4. Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen

Für alle 4 Kostenbestandteile wurden für das Haushaltsjahr 2020 207,3 Mio. EUR einschl. BTHG-Kosten geplant. Im Ergebnis wurden Leistungen in Höhe von 203,3 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 98 % für diesen Leistungsbereich.

Folgende Entwicklung dokumentiert sich im abgelaufenen Haushaltsjahr 2020 gegenüber 2019 bei dem mit Abstand größten Kostenbestandteil, den Maßnahmekosten für den Arbeitsbereich:

Fallzahlen 31.12.2019: 15.586 Leistungsberechtigte, 141,0 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahlen 31.12.2020: 15.556 Leistungsberechtigte, 144,0 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahlsenkung: 0,2 % (Vorjahr Steigerung 0,1 %)

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2019: 9.047 EUR

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2020: 9.256 EUR





Aufwandssteigerung pro Leistungsberechtigter: 2,3 % (Vorjahr 2,7 %)

Anhand einer geringen Fallzahlsenkung 2020 gegenüber 2019 muss man bei der Kostensteigerung um 4,0 Mio. EUR ausschließlich von gestiegenen Kosten je Fall als Ursache ausgehen.

## 7.2. Assistenzleistungen nach § 113 Abs. 2 Nr. 2 SGB IX i. V. m. § 78 Abs. 2 Nr. 2 – Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft

Die Kosten, die in stationären Wohnformen die Befähigung vermitteln sollen, ein selbstständiges Leben zu führen, werden übernommen. Mit Umsetzung des SächsAGSGB wurden die bis 2019 als Schlüsselprodukt betrachteten Leistungen in vollstationären Einrichtungen in 2 neue Produkte unterteilt:

Assistenzleistungen in Räumlichkeiten nach § 71 Abs. 4 SGB XI externe Tagesstruktur und Assistenzleistungen in Räumlichkeiten nach § 71 Abs. 4 SGB XI interne Tagesstruktur.

Im Bereich der **Assistenzleistungen** als Hauptbestandteil des Schlüsselproduktes wurden für das Haushaltsjahr 2020 229,9 Mio. EUR geplant und Leistungen in Höhe von 264,7 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 115,1 %. An dieser Stelle wird auf die Ausführungen im Punkt 3.2.5. verwiesen.

Eine direkte Vergleichbarkeit zum Vorjahr ist bei diesem Schlüsselprodukt auf Grund der Umstellung der Leistungsstruktur nicht gegeben.

Im Bereich der weiteren besonderen Wohnformen als weiteren wesentlichen Bestandteil des Schlüsselproduktes wurden für das Haushaltsjahr 2020 42,5 Mio. EUR geplant und Leistungen in Höhe von 48,5 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 114,1 %. An dieser Stelle wird ebenfalls auf die Ausführungen im Punkt 3.2.5 verwiesen.

Eine direkte Vergleichbarkeit zum Vorjahr ist hier auf Grund der veränderten Leistungsstruktur nicht gegeben.

## 8. Vorbemerkungen Ausgleichsabgabe

Die Ausgleichsabgabe wird vom Integrationsamt auf der Grundlage des § 160 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) verwaltet. Gemäß § 160 Abs. 7 SGB IX sind die Mittel getrennt vom übrigen Haushalt der Behörde zu verwalten unter Beachtung der für die Verwaltung der Ausgleichsabgabe zuständigen Behörde geltenden Haushaltsvorschriften (kommunales Haushaltsrecht des Freistaates Sachsen).

Mit der Funktionalreform im Freistaat Sachsen ist der KSV Sachsen seit 01.08.2008 die sachlich zuständige Behörde und hat die Verwaltung der Ausgleichsabgabe zu diesem Zeitpunkt vom Freistaat Sachsen übernommen. Das Kassengeschäft wurde bis zum Ende des Haushaltsjahres 2008 von der Hauptkasse des Freistaates Sachsen fortgeführt und befindet sich seit 01.01.2009 in der Zuständigkeit des KSV Sachsen. Die kommunale Haushaltswirtschaft findet nach § 21 Abs. 1 SächsKomSozVG in Verbindung mit § 61 Abs.1 SächsLKrO Anwendung.

Mit Artikel 5 des Haushaltsbegleitgesetzes 2011/2012 (SächsGVBl. 2010 S. 387) wurde das Gesetz über die Errichtung des Sondervermögens „Ausgleichsabgabe nach dem Neunten Buch Sozialgesetzbuch“ mit Wirkung vom 01.01.2011 ersatzlos aufgehoben. Somit hat der Freistaat Sachsen ab diesem Zeitpunkt formal das Eigentum an der Ausgleichsabgabe auf den KSV Sachsen übertragen.



Im Ergebnis der Prüfung des Rechtscharakters der Ausgleichsabgabe durch das SMI handelt es sich bei dieser um ein Sondervermögen i. S. v. § 91 SächsGemO (Schreiben des SMI vom 13.08.2014). Ab dem Haushaltsjahr 2016 wird die Ausgleichsabgabe deshalb als Teil des Kommunalhaushaltes ausgewiesen.

Das Haushaltsjahr 2020 der **Ausgleichsabgabe** nach § 160 SGB IX wurde mit folgendem Ergebnis abgeschlossen:

#### Vermögensrechnung

Bilanzsumme des Sondervermögens	71.615.548,01 EUR
---------------------------------	-------------------

#### Ergebnisrechnung

Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge	37.619.263,50 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen	35.636.489,41 EUR
Ordentliches Ergebnis	1.982.774,09 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge	0,00 EUR
Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen	0,00 EUR
Außerordentliches Ergebnis	0,00 EUR
Gesamtergebnis	1.982.774,09 EUR

#### Finanzrechnung

Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.907.799,00 EUR
Gesamtbetrag der Einzahlungen für Investitionstätigkeit	0,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	22.500.000,00 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen für Investitionstätigkeit	-22.500.000,00 EUR

Finanzierungsmittelüberschuss oder -bedarf als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-20.592.201,00 EUR
--	--------------------

Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	0,00 EUR
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	- 2.840,07 EUR
Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss oder -fehlbetrag und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln	-20.595.041,07 EUR

Im SächsKomSozVG wird im § 3 Abs. 1 Nr. 11 die Zuständigkeit für die Aufgaben des Integrationsamtes nach dem SGB IX geregelt. Gemäß § 160 Abs. 7 SGB IX werden die bei den Integrationsämtern verbleibenden Mittel der Ausgleichsabgabe von diesen gesondert verwaltet. Die Rechnungslegung und die formelle Einrichtung der Rechnungen und Belege regeln sich nach den Bestimmungen, die für diese Stellen allgemein maßgebend sind. Nach § 21





Abs.1 SächsKomSozVG gelten für die Wirtschaftsführung die für die Landkreise geltenden Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft.

Die materiellen Rechtsgrundlagen für die Ausgleichsabgabe bilden das SGB IX in Verbindung mit der Ausgleichsabgabenverordnung.

Mit Bescheid vom 24.03.2015 wurde vom SMI festgelegt, dass die Ausgleichsabgabe spätestens mit dem Haushaltsjahr 2016 zusammen mit dem Haushaltsplan des KSV Sachsen festzusetzen ist. Deshalb wurden die Produkte und Konten in der Ausgleichsabgabe beginnend mit dem Haushaltsjahr 2016 und unter Beachtung der Verwaltungsvorschrift Kommunale Haushaltssystematik als Teilhaushalt 3519 in den Gesamthaushalt des KSV Sachsen integriert.

In der Haushaltssatzung des KSV Sachsen waren im Teil Ausgleichsabgabe für das Haushaltsjahr 2020 festgesetzt:

> im Ergebnishaushalt		
Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf		35.510.475 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf		41.678.735 EUR
Entnahmen aus Rücklagen auf		6.168.260 EUR
> im Finanzhaushalt		
Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit		-6.061.460 EUR
Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		0,00 EUR
Finanzierungsfehlbetrag als Saldo aus dem Zahlungsmittelüberschuss und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		-6.061.460 EUR
Saldo aus Finanzierungsmittelüberschuss und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestandes		-6.061.460 EUR

## 9. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung der Ausgleichsabgabe

### 9.1. Ordentliche Erträge der Ergebnisrechnung

#### 9.1.1. Zuwendungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit

Diese Position erfasst die Planung und Abrechnung des Ertrages im Rahmen des Finanzausgleichs nach § 160 SGB IX. Gegenüber dem Plan konnten 1,2 Mio. EUR Mehrerträge erzielt werden. Der IST-Wert 2020 liegt mit 0,2 Mio. EUR über dem Vorjahreswert. Der Planwert des Finanzausgleichs kann nur sorgfältig geschätzt werden, da die tatsächliche Höhe des Ausgleichs erst am Ende des aktuellen Haushaltsjahres bekannt gegeben wird. Der jährliche Finanzausgleich wird in Abhängigkeit der Wohnbevölkerung im Geltungsbereich des SGB IX und der Zahl der im Zuständigkeitsbereich des Integrationsamtes beschäftigten und bei der Agentur für Arbeit gemeldeten Schwerbehinderten bzw. diesen gleichgestellten behinderten Menschen ermittelt.

#### 9.1.2. Sonstige Transfererträge

Auf dieser Position werden Rückzahlungen gewährter Hilfen geplant und abgerechnet. Darunter befinden sich Rückentnahmen aus begleitenden Hilfen. Es handelt sich hierbei um Rückentnahmen von anderen Leistungsträgern, bei denen der KSV Sachsen in Vorleistung gegangen ist bzw. um Rückentnahmen nach Widerruf des Bewilligungsbescheides und Rückforderung der Leistungen. Weiterhin befinden sich darunter Zuschüsse an Integrationsfachdienste (IFD) sowie „Rückentnahmen aus institutionellen Förderungen“.



Diese Rückerstattungen gewährter Zuwendungen, z. B. durch Rückforderungen im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung IFD und aus der Beauftragung durch Rehabilitationsträger (im Folgenden Rehaträger genannt) können zum Planungszeitpunkt nur schwer eingeschätzt werden, da die Ereignisse, die zur Rückzahlung der Hilfe führen, erst im laufenden Haushaltsjahr bekannt werden. Der Planwert orientiert sich deshalb an den Vorjahres-IST-Werten. Von den 1,0 Mio. EUR geplanten Rückzahlungen konnten rd. 68 % bzw. 0,7 Mio. EUR realisiert werden. Das sind 0,2 Mio. EUR mehr als im Vorjahr.

Weiterhin sind auf dieser Position Rückzahlungen aus Projekten und Programmen enthalten und es werden Rückzahlungen von darlehensweise gewährten Leistungen, Erstattungen von gewährten Hilfen auf Grund eines Rücknahme- bzw. Widerrufsbescheides, Erträge aus dem Ergebnis der Verwendungsnachweisprüfung der IFD und aus der Beauftragung durch Rehaträger auf dieser Position geplant und abgerechnet. Den geplanten Mitteln in Höhe von 4,7 TEUR steht eine Vereinnahmung in Höhe von 40,3 TEUR gegenüber.

Insgesamt beträgt das Ergebnis der sonstigen Transfererträge nur rd. 1,9 % der Gesamterträge.

#### 9.1.3. Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Unter dieser Position werden Bundeszuweisungen für Projekte, an denen sich der Bund finanziell beteiligt, geplant und abgerechnet. Dem Planwert von 0,2 Mio. EUR steht ein IST-Wert von 2,3 Mio. EUR gegenüber, welcher eine Erstattung vom Bund in Höhe von 2,2 Mio. EUR enthält, die nicht geplant werden konnte. Gemäß § 14 Abs. 1 Nr. 7 der Schwerbehinderten-Ausgleichsabgabe-Verordnung (SchwbAV) kann die Ausgleichsabgabe Leistungen an Werkstätten für behinderte Menschen und an andere Leistungsanbieter im Sinne des § 60 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch zur Kompensation der aufgrund der COVID-19-Pandemie gesunkenen Arbeitsentgelte der dort beschäftigten Menschen mit Behinderungen erbringen, soweit nach § 36 Satz 4 zusätzliche Mittel der Ausgleichsabgabe zur Verfügung stehen.

Gemäß § 36 Satz 4 SchwbAV waren in diesem Zusammenhang für den Zeitraum vom 01.06.2019 bis zum 31.05.2020 lediglich 10 % statt wie sonst üblich 20 % des Aufkommens der Ausgleichsabgabe an den Ausgleichsfonds weiterzuleiten. Mit den verbleibenden 10 % sollen die Arbeitsentgelte der Beschäftigten in Werkstätten für Menschen mit Behinderung gesichert werden. Da zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung bereits die gesamte Summe des zu zahlenden Ausgleichsfondsbetrages überwiesen war, wurden 50 % des Betrages durch die Bundeskasse zurückgezahlt.

Weiterhin konnten in dieser Position 73,1 TEUR Erträge als Erstattung von der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen des Projektes Berufsorientierung erzielt werden.

#### 9.1.4. Zinsen und sonstige Finanzerträge

Aus den Geldern der nicht verbrauchten Mittel der Ausgleichsabgabe werden Geldanlagen getätigt, welche zu den hier veranschlagten Finanzerträgen führen. Aus der Vermögensverwaltung mit langfristigen Geldanlagen konnten 143,8 TEUR erzielt werden. Das sind 8,7 TEUR weniger als im Vorjahr. Bei Sparkonten mit viertel- bzw. halbjährigen Kündigungsfristen zum Zweck der Jahresliquiditätsdisposition konnten keine Erträge erzielt werden. Ziel dieser kurzfristigen Geldanlagen war lediglich die Verminderung der Zahlung von Verwarentgelten.

In Summe konnten 8,7 TEUR weniger Zinserträge als im Vorjahr erwirtschaftet werden.

Kurzfristige Geldanlagen unter 3 Monaten waren auf Grund der Kapitalmarktlage im Rahmen einer sicheren Geldanlage nicht möglich. Für längerfristig nicht benötigte Finanzmittel wurde





seit 2013 die Sparkasse Leipzig mit einer Vermögensverwaltung mit einer durchschnittlichen Laufzeit von 5 Jahren beauftragt. Der dabei angelegte Betrag beläuft sich per 31.12.2020 auf 52,5 Mio. EUR zuzüglich der jährlich in der Anlagemasse belassenen aber realisierten Zinserträge, welche Bestandteil der Position Finanzerträge der Ergebnisrechnung sind. Im Laufe des Haushaltsjahres 2020 wurden 22,5 Mio. EUR mehr in die Vermögensverwaltung gewinnbringend eingezahlt, da diese Mittel aus den Überschüssen der Jahresergebnisse vergangener Jahre zur langfristig freien Verfügung stehen und damit die Zahlung von Verwahrtgeldern vermieden wird. Es konnten zuzüglich des Gewinns durch die Vermögensverwaltung 69,8 TEUR Verwahrtgeld eingespart werden.

#### 9.1.5. Sonstige ordentliche Erträge

Hier werden die Erträge aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe einschließlich Säumniszuschläge in Höhe von 27,3 Mio. EUR sowie Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen und Niederschlagungen in Höhe von 3,3 Mio. EUR erfasst. Letzteren Erträgen stehen Aufwendungen für Wertberichtigungen in Höhe von 3,1 Mio. EUR entgegen. Die Höhe der sonstigen ordentlichen Erträge liegt mit 30,6 Mio. EUR um 1,0 Mio. EUR unter Vorjahresniveau.

Mit rd. 89 % ist das Aufkommen an Ausgleichsabgabe die wichtigste Ertragsposition der sonstigen ordentlichen Erträge sowie mit rd. 73 % die wichtigste Ertragsposition der ordentlichen Erträge insgesamt. Die Planzahl des Aufkommens der Ausgleichsabgabe kann nur unter Berücksichtigung der Erfahrungen der Vorjahre gewissenhaft geschätzt werden, da diese von verschiedenen externen Faktoren, bspw. der Arbeitsmarktentwicklung abhängig und somit im Planungsvorfeld nicht exakt vorhersehbar ist. Das Aufkommen an Ausgleichsabgabe ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 Mio. EUR leicht gestiegen. Diese Ertragssteigerung wird kompensiert durch die Mindererträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen von Forderungen. Auf Grund der vorhandenen Erfahrungen zur Größenordnung von Wertberichtigungen von Forderungen wurde im Jahr 2020 ein Planansatz in Höhe von 5,0 Mio. EUR getätigt, welcher um 1,8 Mio. EUR unterboten wurde. In Summe beliefen sich die Erträge aus der Auflösung von Forderungen auf 3,3 Mio. EUR.

### 9.2. Ordentliche Aufwendungen der Ergebnisrechnung

#### 9.2.1. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Gemäß § 160 Abs. 5 S. 2 SGB IX dürfen aus dem Aufkommen der Ausgleichsabgabe persönliche und sächliche Kosten der Verwaltung und Kosten des Verfahrens nicht bestritten werden. Diese Kosten werden deshalb im Kommunalhaushalt des KSV Sachsen veranschlagt.

Für sonstige Kosten, welche nicht unter den § 160 SGB IX fallen, wurden 2020 240,4 TEUR aufgewandt. Das sind 14,6 TEUR weniger als geplant, aber 24,8 TEUR mehr als 2019.

#### 9.2.2. Abschreibungen im ordentlichen Ergebnis

Unter dieser Aufwandsposition werden insbesondere Aufwendungen für Wertberichtigungen aus Forderungen ausgewiesen. Wegen der hohen Zahl von ausstehenden Zahlungen aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe von Firmen, welche sich im Insolvenzverfahren befinden, besteht auch 2020 ein hohes Wertberichtigungsvolumen, welches aber im Vergleich zum Vorjahr um rd. 15 % gesunken ist. Durch Erträge aus der Auflösung von Wertberichtigungen wird der Aufwand der Wertberichtigungen zu 100 % kompensiert. Hier sind Minderaufwendungen von 174,2 TEUR zu verzeichnen.





### 9.2.3. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Bei diesen Aufwendungen handelt es sich um Zinsforderungen im Zusammenhang mit Ausgleichsabgaberrückzahlungen an Insolvenzverwaltungen. Für das abgelaufene Haushaltsjahr 2020 sind keine Zinsaufwendungen zu verzeichnen.

### 9.2.4. Transferaufwendungen

Die verbuchten Aufwendungen werden nach § 191 SGB IX in Verbindung mit der Schwerbehinderten Ausgleichsabgabeverordnung (SchwbAV) gewährt. Diese Leistungen können als Zuschuss oder als Darlehen gewährt werden. Da es sich bei den Darlehen um Sozialdarlehen handelt, erfolgt deren Buchung ergebniswirksam (vgl. FAQ 5.27 des SMI). Im Einzelnen handelt es sich um Leistungen für schwerbehinderte Menschen, Leistungen für Arbeitgeber einschließlich Integrationsprojekte, Zuschüsse für Einrichtungen, Zuschüsse für Sonderprogramme und Zuschüsse an Integrationsfachdienste. Diese Aufwandsposition ist mit 90 % die größte Einzelposition. Im Vergleich zum Vorjahr wurden 0,4 Mio. EUR mehr Aufwendungen getätigt. Das sind 1 % mehr Leistungen für schwerbehinderte Menschen und Arbeitgeber sowie Zuschüsse als im Vorjahr, welche aus den Erträgen der Ausgleichsabgabe getätigt werden konnten.

Im Saldo aller Aufwendungen in Höhe von 32,2 Mio. EUR wurden 4,0 Mio. EUR weniger als geplant aufgewandt. Das entspricht einer Planabweichung von 11 %.

Rd. 20 % der Minderaufwendungen sind bei der Abführung an den Ausgleichsfonds gemäß § 160 SGB IX zu verzeichnen. Die Planung für die erwarteten Einnahmen der Ausgleichsabgabe erfolgt jeweils für ein Haushaltsjahr, was einem Kalenderjahr entspricht. Die Ausgaben für den Ausgleichsfonds hingegen bemessen sich nicht am Aufkommen der Ausgleichsabgabe für ein Kalenderjahr, sondern am Aufkommen im jeweiligen Zeitraum vom 1. Juni bis zum 31. Mai des Folgejahres. Hierin begründen sich die unterschiedlichen Bemessungsgrundlagen und die daraus entstehenden Differenzen zwischen Planansatz und Ergebnis.

1,4 Mio. EUR der Minderaufwendungen sind bei den Leistungen an verschiedene Empfänger, wie z. B. Leistungen an Arbeitgeber, Leistungen an Menschen mit Behinderung, Leistungen an Inklusionsbetriebe und deren Menschen mit Behinderung und Leistungen an WfbM zu verzeichnen. Ursache dafür liegen in der Corona-Pandemie und der daraus resultierenden Situation auf dem Arbeitsmarkt.

Die restlichen 45 % der Minderaufwendungen sind bei den Leistungen für Programme und Projekte zu verzeichnen, welche ebenfalls auf die o. a. Ursache zurückzuführen ist.

Durch die COVID-19-Pandemie befanden sich 2020 viele sächsische Unternehmen in Kurzarbeit. Infolgedessen waren gewissenhaft geschätzte und geplante Neuschaffungen von Arbeits- und Ausbildungsplätzen 2020 nicht eingetreten. Arbeitgeber waren sich mit der Neuschaffung und Erweiterung von Inklusionsbetrieben unsicher. Insofern wurden auch damit in Zusammenhang stehende Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten nicht im geplanten Maße in Anspruch genommen. Auch die Thematik der Übergänge von der WfbM in den allgemeinen Arbeitsmarkt oder Antragstellungen/Arbeit von sächsischen Modellprojekten war davon betroffen. Hinzu kommt, dass auf Grund der vom Bund beschlossenen neuen Förderprogramme dem KSV Sachsen zusätzliche Mittel in Höhe von 2,2 Mio. EUR zufließen (Rückerstattung von 10 % aus dem Ausgleichsfonds zum Ausgleich der WfbM-Umsatzeinbußen, um die Arbeitsentgelte in den WfbM vollumfänglich sicherzustellen). Die Auszahlung der Mittel begann aber erst im Haushaltsjahr 2021 nach Antragstellung und deren Befürwortung.



Mehraufwand ist u. a. bei folgenden Positionen zu verzeichnen:

Inklusionsbetrieb Zuschuss Arbeitsassistenz	0,6 Mio. EUR
Arbeitgeberzuschuss § 15 I Nr. a - d	0,4 Mio. EUR
Arbeitgeberzuschuss § 27 pers. Unterstützung	1,2 Mio. EUR
Inklusionsbetrieb Zuschuss § 27 (ohne besonderen Aufwand)	0,4 Mio. EUR
Programm „AlleimBetrieb“	1,2 Mio. EUR

Nach der mit Bundesmitteln geförderten Anschubfinanzierung des Programmes „AlleimBetrieb“ folgt die Nachfinanzierung durch die Mittel der Ausgleichsabgabe. Auf Grund fehlender Erfahrung zum Umfang der einzusetzenden Mittel war eine Planung dieser Positionen schwierig.

Weitere Mehraufwendungen, deren Beträge im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen als geringfügig eingeschätzt werden können und deren Leistungsumfänge im Planungsvorfeld nicht berechenbar waren, entstanden u. a. in folgenden Positionen:

Landesdolmetscherzentrale	119,0 TEUR
Betriebsberater	58,3 TEUR
Regelfinanzierung im Rahmen der Strukturverantwortung	49,5 TEUR

Für die Abführungen an den Ausgleichsfonds wurden 2020 777,9 TEUR weniger als geplant und 910,1 TEUR weniger als im Vorjahr aufgewandt.

Die tatsächliche Höhe des Abführungsbetrages an den Ausgleichsfonds kann das Integrationsamt erst in der Mitte des laufenden Haushaltsjahres ermitteln. Dazu werden 20 % des Aufkommens an Ausgleichsabgabe, das zwischen dem 01.06. des vorangegangenen Jahres und dem 31.05. des laufenden Haushaltsjahres eingegangen ist, an den Ausgleichsfonds weitergeleitet.

#### 9.2.5. Sonstige ordentliche Aufwendungen

Zu dieser Aufwandsposition in Höhe von insgesamt 93,0 TEUR zählen Mitgliedsbeiträge, Verwaltungsgebühren des KSV Sachsen sowie Erstattungen an kommunale Gebietskörperschaften. Der Ansatz wurde mit 25,6 TEUR überschritten. Grund dafür ist der gestiegene Aufwand für die Verwaltung des Ausgleichsabgabevermögens, welcher in seiner Höhe nicht exakt planbar ist und sich an den Vorjahreswerten orientiert.

### 9.3. Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen liegen nicht vor.

### 9.4. Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis für 2020 stellt sich als Überschuss in Höhe von 2,0 Mio. EUR dar. Als Planwert wurde ein Fehlbetrag in Höhe von 6,2 Mio. EUR angesetzt. Damit weicht das Ergebnis um 8,2 Mio. EUR vom Planwert ab. Maßgeblich dafür sind die unter Punkt 9.1.1. und 9.1.3. aufgeführten Mehrerträge im Umfang von ca. 3,5 Mio. EUR sowie die unter Punkt 9.2.4. beschriebenen Minderaufwendungen in Höhe von 4,0 Mio. EUR.





---

## **10. Erläuterungen zur Finanzrechnung der Ausgleichsabgabe**

### **10.1. Einzahlungen**

#### **10.1.1. Zuwendungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit**

Zum Ertrag Finanzausgleich nach § 160 SGB IX wird auf Punkt 9.1.1. Ergebnisrechnung verwiesen.

#### **10.1.2. Sonstige Transfereinzahlungen**

Differenzen zwischen den IST-Werten der Finanz- und Ergebnisrechnung ergeben sich aus dem Auseinanderfallen der Sollstellungen (frühere Haushaltsjahre) und dem Geldeingang dazu. Dies betrifft insbesondere ausgereichte Darlehen und deren Rückzahlung sowie die Rückzahlung gewährter Hilfen.

#### **10.1.3. Kostenerstattungen und Kostenumlagen**

Zum Inhalt dieser Einzahlungsposition wird auf Punkt 9.1.2. verwiesen. Da entgegen den sonstigen Transfereinzahlungen hier Sollstellung und Geldeingang zeitgleich erfolgen, ist in der Finanzrechnung der gleiche Betrag wie in der Ergebnisrechnung ausgewiesen.

#### **10.1.4. Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen**

Hier wird auf den Gliederungspunkt 9.1.4. verwiesen. Die Erträge aus der langfristigen Geldanlage sind ergebniswirksam, jedoch nicht zahlungswirksam, da sie in der Geldanlagemasse verbleiben.

#### **10.1.5. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**

Diese Position beinhaltet die Einzahlungen aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe sowie aller damit im Zusammenhang stehenden Einzahlungen (vgl. 9.1.5.). Die Differenz zur Ergebnisrechnung resultiert zum größten Teil aus der nicht zahlungswirksamen Auflösung von Wertberichtigungen (3,2 Mio. EUR), welche in der Ergebnisrechnung an der vergleichbaren Position ausgewiesen wird.

#### **10.1.6. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**

Im abgelaufenen Haushaltsjahr sind gegenüber dem Plan 3,7 Mio. EUR Mehreinzahlungen zu verzeichnen. Es waren rd. 30,4 Mio. EUR Einzahlungen geplant. Im IST sind 34,1 Mio. EUR Einzahlungen gebucht. Hauptursache dafür sind die unter Punkt 9.1.1. und 9.1.3. erwähnten nicht geplanten Erstattungszahlungen. Den Mindereinzahlungen bei den Zinsen stehen Mehreinzahlungen im Rahmen des Finanzausgleichs nach § 160 SGB IX, bei den Kostenerstattungen sowie beim Aufkommen an Ausgleichsabgabe gegenüber.

### **10.2. Auszahlungen**

#### **10.2.1. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen**

Bei diesen Auszahlungen wird auf Punkt 9.2.1 verwiesen. Es wurden 22,6 TEUR weniger als geplant ausgezahlt.



#### 10.2.2. Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Die Auszahlungen entsprechen mit einer Abweichung von 1 % den Aufwendungen mit 32,2 Mio. EUR und liegen um 4,2 Mio. EUR unter dem Planansatz. Ursache sind die gegenüber dem Vorjahr geringfügig angestiegenen Verbindlichkeiten mit Verweis auf die Bilanz.

#### 10.2.3. Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Auf dieser Position sind 62,6 TEUR Minderauszahlungen zu verzeichnen. Die im Rahmen der Verwaltungsgebühren entstandenen Depotgebühren für die Vermögensverwaltung der Ausgleichsabgabemittel werden aufwandsseitig erfasst, jedoch aus der Vermögensmasse gezahlt, so dass damit kein Zahlungsvorgang in der Finanzrechnung zu verzeichnen ist. Lediglich bei den Mitgliedsbeiträgen entspricht der Betrag der Auszahlungen zu 100 % dem Betrag der Aufwendungen in der Ergebnisrechnung.

#### 10.2.4. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit

Im Jahr 2020 sind im Saldo aller Auszahlungen 12 % bzw. 4,3 Mio. EUR weniger Auszahlungen zu verzeichnen. Dem Planwert von 36,5 Mio. EUR steht ein IST von 32,2 Mio. EUR gegenüber. Die maßgebliche Ursache dafür wurde im Punkt 10.2.2 beschrieben.

#### 10.2.5. Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelüberschuss

Im Gegensatz zum geplanten Zahlungsmittelbedarf in Höhe von 6,1 Mio. EUR stellt sich der Zahlungsmittelsaldo im IST als Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 1,9 Mio. EUR dar. Das bedeutet ein um 8,0 Mio. EUR positiveres Ergebnis im Finanzhaushalt als geplant. Ursachen dafür sind die Mehreinzahlungen bei den Einzahlungspositionen (3,7 Mio. EUR) sowie die Minderauszahlungen bei den Auszahlungen (4,3 Mio. EUR).

#### 10.2.6. Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen

Auszahlungen unter dieser Position waren nicht geplant und wurden auch nicht getätigt.

#### 10.2.7. Veränderung des Bestandes an Zahlungsmitteln im Haushaltsjahr

Unter Berücksichtigung des Zahlungsmittelbedarfs aus laufender Verwaltungstätigkeit, des Zahlungsmittelsaldos aus Investitionstätigkeit und des Saldos aus haushaltsunwirksamen Vorgängen ergibt sich eine Verringerung des Zahlungsmittelbestandes um 20,6 Mio. EUR auf 15,9 Mio. EUR.

#### 10.2.8. Endbestand an liquiden Mitteln

Der Anfangsbestand an liquiden Mitteln beträgt 36,5 Mio. EUR. In Folge der Einzahlung von nicht kurzfristig benötigten Mitteln in Höhe von 22,5 Mio. EUR in die Vermögensverwaltung sinkt der Endbestand an liquiden Mitteln auf 15,9 Mio. EUR.



## **11. Erläuterungen zur Vermögensrechnung**

### **11.1. Aktiva**

#### **11.1.1. Anlagevermögen**

Die Bilanz der Ausgleichsabgabe weist zum 31.12.2020 Anlagevermögen in Höhe von 53.199.400,88 EUR aus. Die Erhöhung zum Vorjahr um 22,6 Mio. EUR resultiert aus der Einzahlung von 22,5 Mio. EUR in die Vermögensverwaltung der Sparkasse sowie aus dem Gewinn der Geldanlage. Das ausgewiesene Sachanlagevermögen in Höhe von 1 Euro ist Erinnerungswert für das bis zum Jahr 2014 in der Bilanz ausgewiesene, in 2010 angeschaffte Schulungsmaterial, was 2015 vollständig abgeschrieben wurde.

Die Vermögensgegenstände, die aus Mitteln der Ausgleichsabgabe finanziert werden, sind ausschließlich für besondere Leistungen zur Förderung der Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben einschließlich begleitender Hilfe im Arbeitsleben nach § 185 Abs. 1 Nr. 3 SGB IX bestimmt.

Auch wenn der KSV Sachsen während der Bindungsfrist des Bewilligungsbescheides rechtlicher Eigentümer bleibt und eigentumsvorbehaltende Maßnahmen trifft, kann in jedem Fall unterstellt werden, dass das wirtschaftliche Eigentum ausschließlich beim Leistungsempfänger besteht. Deshalb werden diese Vermögensgegenstände nicht in der Ausgleichsabgabe aktiviert.

Das o. a. Finanzanlagevermögen in Höhe von 53,2 Mio. EUR wird extern von der Sparkasse Leipzig verwaltet. Seit dem Anlagebeginn 13.06.2013 konnte per 31.12.2020 ein Gewinn von 1,3 % des ursprünglichen Anlagewertes in Höhe von 52,5 Mio. EUR erwirtschaftet werden.

#### **11.1.2. Umlaufvermögen**

##### **11.1.2.1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen**

Unter dieser Bilanzposition wurden alle Forderungen aus der Erhebung und Verwendung der Ausgleichsabgabe ausgewiesen. Hierbei handelt es sich um Forderungen gegenüber Betrieben, welche die Ausgleichsabgabe nicht oder nicht in voller Höhe gezahlt haben, außerdem Forderungen aus der Rückforderung von gewährten Leistungen aus der Ausgleichsabgabe, bei denen der Bewilligungsbescheid ganz oder teilweise widerrufen wurde. Außerdem werden die Forderungen aus Mahn- und Vollstreckungskosten hier ausgewiesen. Die Forderungen wurden nach den unter – IV Anhang – erläuterten Kriterien wertberichtigt. Im abgelaufenen Haushaltsjahr stehen gegenüber dem Vorjahr rd. 30 % mehr Forderungen zu Buche. Die Erhöhung des Gesamtbetrages der Forderungen resultiert aus der Verringerung des Betrages der Wertberichtigung bei den Forderungen aus Transferleistungen. Ursache dafür ist die verstärkte Begleichung von älteren Forderungen im Jahr 2020.

##### **11.1.2.2. Liquide Mittel**

Die liquiden Mittel der Ausgleichsabgabe haben sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 20,6 Mio. EUR erhöht. Dies entspricht dem Zahlungsmittelsaldo (Zahlungsmittelüberschuss) in der Finanzrechnung mit Verweis auf Punkt 11.1.1.

##### **11.1.3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten**

Hierin enthalten sind vorwiegend Zahlungen für Arbeitsassistenzen im Jahr 2020 mit Fälligkeiten 2021.





## 11.2. Passiva

### 11.2.1. Kapitalpositionen

Gemäß Verordnung des SMI zur Neuordnung gemeindefinanzrechtlicher Bestimmungen vom 20.09.2017 wurde das Basiskapital in Höhe des Wertes der Eröffnungsbilanz in eine zweckgebundene Rücklage überführt. Dies wurde mit dem Jahresabschluss 2017 vollzogen. Damit weist die Position Basiskapital per 31.12.2020 im dritten Jahr in Folge einen Wert von 0 EUR aus. Der Betrag des Basiskapitals in Höhe von 44.347.596,63 EUR findet sich unter der Position zweckgebundene und sonstige Rücklagen.

Der Betrag des positiven Ergebnisses 2020 in Höhe von 1,9 Mio. EUR wurde zum Haushaltsausgleich der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt, die zum 31.12.2020 einen Stand in Höhe von 23,6 Mio. EUR ausweist.

### 11.2.2. Sonderposten

Sachverhalte, welche die Bildung von Sonderposten gemäß § 40 SächsKomHVO begründen, sind nicht vorhanden.

### 11.2.3. Rückstellungen

Rückstellungen wurden gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 6 SächsKomHVO für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichts- und Verwaltungsverfahren gebildet. Alle zum jeweiligen Bilanzstichtag anhängigen Gerichts- und Widerspruchsverfahren wurden aufgelistet und die zum Zeitpunkt der Klageerhebung erwarteten finanziellen Auswirkungen bei negativem Ausgang einzelfallbezogen ermittelt.

Rückstellungen für abgeschlossene Gerichtsverfahren wurden ergebniswirksam aufgelöst, aufwandswirksam, insoweit finanzielle Aufwendungen für die Ausgleichsabgabe entstanden. Im Übrigen erfolgte die Auflösung ertragswirksam. Der Saldo aus Auflösung und Bildung von Rückstellungen verringerte sich gegenüber dem Vorjahr (41,0 TEUR) um 19,0 TEUR auf 22,1 TEUR. Tatbestände für die Bildung weiterer Rückstellungen liegen nicht vor.

### 11.2.4. Verbindlichkeiten

Der Gesamtbetrag der Verbindlichkeiten stieg gegenüber 2020 um 0,5 Mio. EUR. Die Ursache liegt zum einen in den Verbindlichkeiten aus Transferleistungen. Dazu wird auf Punkt 10.2.2. verwiesen. Zum anderen erhöhten sich die Verbindlichkeiten für kreditorische Debitoren und ausstehende Mahngebühren bzw. Vollstreckungskosten.

Sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von 0,1 Mio. EUR resultieren aus der Abführungspflicht aus der Erhebung der Ausgleichsabgabe an den Ausgleichsfonds. Da der jährliche Abrechnungstichtag der 31.05. ist, wurden 20 % der Einzahlungen im Zeitraum vom 01.06. bis zum 31.12.2020 als Verbindlichkeiten ausgewiesen.

### 11.2.5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Hierbei handelt es sich um Einzahlungen, welche für Forderungen des Folgejahres bestimmt, aber bereits im abgelaufenen Haushaltsjahr eingegangen sind.

Im abgelaufenen Haushaltsjahr sind keine Forderungen mit Restlaufzeiten über drei Jahren vorhanden. Somit sind keine Abzinsungen notwendig.



---

## **12. Darstellungen gemäß § 53 Abs. 2 SächsKomHVO**

Die Verwendung der Mittel der Ausgleichsabgabe ergibt sich aus § 191 SGB IX in Verbindung mit der SchwBdV. Ziel ist es, die Teilhabe schwerbehinderter Menschen am Arbeitsleben auf dem 1. Arbeitsmarkt zu fördern und zu erhalten. Die durch die Erhebung der Ausgleichsabgabe eingenommenen finanziellen Mittel sind ausreichend, um das o. g. Ziel vollumfänglich zu erfüllen. Auf Grund der vollständig durch Liquidität gesicherten Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 23,6 Mio. EUR wäre eine lt. Planansatz 2020 vorübergehende, die Erträge übersteigende Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben unproblematisch. Wie sich jedoch am Ergebnis 2020 zeigt, waren die Erträge der Ausgleichsabgabebzahlungen 2020 für die erbrachten finanziellen Leistungen zur Förderung der Teilhabe am Arbeitsleben auskömmlich ohne die Rücklage zu beanspruchen. Der 2019 entstandene Überschuss in Höhe von 2,0 Mio. EUR wird der Rücklage zugeführt.

Tatbestände des § 53 Abs. 2 Nr. 3, 5 und 6 SächsKomHVO liegen nicht vor. Schlüsselprodukte wurden nicht gebildet.





### 13. Aufstellung nach § 88 Abs. 3 SächsGemO

Verbandsdirektor

Wemer, Andreas

Fachbediensteter für das Finanzwesen

Schlegel, Olaf

Verbandsräte der Verbandsversammlung des KSV Sachsen

- Albrecht, Karsten AR SWL  
BA Soziales Leipzig  
AR LEVG
- Barkow, Pia Aufsichtsrätin der Cultus gGmbH Dresden
- Dr. Böttger, Martin Mitglied KulTour 2 GmbH Zwickau
- Dr. Bretschneider, Jörg beratend im Kulturkonvent des KR Erzgebirge-Mittelsachsen
- Bretschneider, Tilo VHS SOE
- Büchner, Ralph Aufsichtsrat Wohnungsgesellschaft Hoyerswerda  
Aufsichtsrat SWH Hoyerswerda  
Aufsichtsrat Lausitzhalle Hoyerswerda
- Burghart, Ralph Aufsichtsrat Städtische Theater Chemnitz gGmbH  
Aufsichtsrat FBZ gGmbH  
Aufsichtsrat Heim gGmbH  
Aufsichtsrat EFC GmbH
- Dr. Cordts, Susanne keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht
- Dr. Drechsel, Uwe Aufsichtsrat SBW Vogtlandkreis gGmbH  
Kuratorium Stiftung Sauberes Wasser Europa e.V.
- Emanuel, Kai Vorsitzender des Betriebsausschusses im Eigenbetrieb  
Bildungsstätten des Landkreises Nordsachsen  
Aufsichtsratsvorsitzender Kreiskrankenhaus Delitzsch GmbH  
Aufsichtsratsvorsitzender Kreiskrankenhaus Delitzsch Service GmbH  
Aufsichtsratsvorsitzender Seniorenpflege- und Wohnen Delitzsch GmbH  
Aufsichtsratsvorsitzender Behindertenzentrum Delitzsch



---

Aufsichtsratsvorsitzender Kreiskrankenhaus „Johann-Kennitmann“ gGmbH  
Aufsichtsratsvorsitzender Kreiskrankenhaus Service GmbH Torgau  
Aufsichtsratsvorsitzender Vitaris Pflege- und Altenheim gGmbH  
Aufsichtsratsvorsitzender Collm Klinik Oschatz GmbH  
Aufsichtsratsvorsitzender Collmed GmbH  
Aufsichtsratsvorsitzender Kurbetriebsgesellschaft Dübener Heide mbH  
Aufsichtsratsvorsitzender Heide Spa Hotel GmbH & Co. KG  
Aufsichtsratsvorsitzender Entsorgungs-, Entwicklungs- und Baugesellschaft des Landkreises Nordsachsen GmbH  
Aufsichtsratsvorsitzender ABU GmbH  
Aufsichtsratsvorsitzender GWK GmbH  
Aufsichtsratsvorsitzender A.T.O GmbH (Abfallwirtschaft Torgau-Oschatz GmbH)  
Beiratsvorsitzender OVH (Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH „Heideland“)  
Beiratsvorsitzender ASG (Abfall- und Servicegesellschaft des Landkreises Nordsachsen GmbH)  
Beiratsvorsitzender WFG (Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Landkreises Nordsachsen GmbH)  
Beiratsvorsitzender Heide Spa Hotel Geschäftsführungs GmbH  
Gesellschafterversammlung Döllnitzbahn GmbH  
Gesellschafterversammlung Flughafen Leipzig/Halle GmbH  
Gesellschaftsversammlung, Aufsichtsrat und Vorsitzender Finanz- und Rechtsausschuss Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH  
Verbandsrat Regionaler Planungsverband Leipzig – Westsachsen  
Verbandsvorsitzender und Verbandsversammlung ZVNL (Nahverkehrsraum Leipzig)  
Kulturkonvent Kulturraum Leipziger Raum  
Verbandsversammlung KISA (Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen)  
Verbandsversammlung und Verwaltungsrat Tierkörperbeseitigung  
Verbandsversammlung und Verwaltungsrat Presseler Heidewald- und Mooregebiet  
Vorsitzender der Trägerversammlung Jobcenter Nordsachsen

---



- 
- Trägerversammlung, Mitglied Verwaltungsrat/ stellvertretender Vorsitzender und Mitglied Kreditausschuss Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
  - Stiftungsbeirat Sparkassenstiftung Torgau - Oschatz
  - Verwaltungsratsmitglied SAKD (Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung)
  - Kommunalbeirat Sparkassenversicherung
  - Stiftungsbeirat und Stiftungsvorstand Stiftung Evangelische Schule Bad Dübau
  - Schatzmeister Sächsischer Landkreistag
  - Mitglied Kuratorium, Mitglied Hochschulrat und Lehrauftrag Fachhochschule Meißen
  
  - Prof. Dr. Fabian, Thomas
    - Vorsitzender des Aufsichtsrates des Klinikum St. Georg gGmbH
    - Vorsitzender des Aufsichtsrates der Städtischen Altenheime Leipzig gGmbH
  
  - Gampe, Thomas
    - AR SOEG mbH
    - AR MGLG GmbH
    - AR TRIXI-Park GmbH
    - AR EGLZ GmbH
    - AR GHT GmbH
    - AR TSG mbH
    - Verwaltungsrat SAKD
    - GF der Beteiligungsgesellschaft des LK Görlitz mbH
  
  - Graichen, Henry
    - Mitglied Trägerversammlung Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
    - Mitglied Aufsichtsrat IRL – Invest Region Leipzig GmbH
    - Vorsitzender Aufsichtsrat KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH
    - Vorsitzender Aufsichtsrat Regionalbus Leipzig GmbH
    - Mitglied Landkreisversammlung Sächs. Landkreistag
    - Vorsitzender Aufsichtsbeirat Breitband GmbH Landkreis Leipzig
    - Vorsitzender Aufsichtsrat Muldentalkliniken gGmbH
    - Vorsitzender Aufsichtsrat WEV – Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungs GmbH
    - Mitglied Sozialausschuss des Deutschen Landkreistag e. V.
    - Vorsitzender Sozial- und Bildungsausschuss im Sächs. Landkreistag e. V.
    - Vorsitzender Stiftungsrat Kultur- und Umweltstiftung Leipziger Land der Stadt- Kreissparkasse Leipzig
  
    - Vorsitzender Kulturkonvent Kulturraum Leipziger Raum
    - Verbandsvorsitzender Regionaler Planungsverband Westsachsen
-




---

	Mitglied Verbandsversammlung Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen
	Mitglied Verwaltungsrat ZV für Tierkörperbeseitigung Sachsen
	Mitglied Landesbeirat Ostdeutscher Sparkassenverband (OSV)
	Vorsitzender Verwaltungsrat Sparkasse Muldentail
	Mitglied Verbandsversammlung Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig
	Mitglied VR und VV ZVNL – Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig
	2. stellvertretender Vorsitzender Verwaltungsrat Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
	1. stellvertretender Verbandsvorsitzender Verbandsversammlung ZAW – Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
	Mitglied Verwaltungsrat ZAW – Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
	Mitglied Aufsichtsrat Metropolregion Mittelddeutschland Management GmbH
	Mitglied Aufsichtsrat TMGS – Tourismus Marketing Gesellschaft Sachsen mbH
- Hachenberger, Doreen	keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO
- Hänsel, Ralf	Mitglied GF EVGZmbH
- Harig, Michael	AR-Vorsitz Oberlausitz-Kliniken gGmbH AR-Vorsitz Marketinggesellschaft Oberlausitz- Niederschlesien mbH stellv. AR-Vorsitz Regionalbus Oberlausitz GmbH AR-Vorsitz Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien GmbH AR-Mitglied Verkehrsverbund Oberelbe GmbH
- Herrmann, Mirko	keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht
- Höhne, Roland	Mitglied in mehreren Aufsichtsräten von Firmen des Landkreises
- Höllmüller, Jörg	Vertreterversammlung Unfallkasse Sachsen
- Höllrich, Thomas	Aufsichtsrat Wohnungsbaugesellschaft Reichenbach GmbH Aufsichtsrat Glitzner GmbH

---






---

- Hölzel, Angelika	AR Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH AR Pleißenatal-Klinik GmbH Werdau AR Gemeinnützige Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg Vorstand Unfallkasse Sachsen
- Kade, Kati	keine Angaben
- Kador-Probst, Martina	Aufsichtsrat BBW Leipzig
- Dr. Kaufmann, Kristin Klaudia	Mitglied Wohnen in Dresden (WiD GmbH & Co. KG) Mitglied Cultus gGmbH
- Kerber, Jörg	Verwaltungsrat Zweckverband Wasser Abwasser Vogtland Kreistag Vogtland Aufsichtsrat Elletfelder Wohnbau GmbH
- Dr. Külow, Volker	LESG Regionaler Planungsverband Westsachsen
- Lames, Dr. Peter	Vorsitzender Aufsichtsrat Dresdener Bäder GmbH Vorsitzender Aufsichtsrat Dresden – IT GmbH
- Lüpfer, Ines	AR Thüsa Personenverkehrsgesellschaft mbH AR MDV AR Altenheimgesellschaft Muldentale gGmbH Mitglied Kuratorium Sächsische Bläserphilharmonie gGmbH Mitglied Präsidium Kreissportbund Landkreis Leipzig Mitglied Verwaltungsausschuss Agentur für Arbeit
- Müller, Ute	keine Angaben
- Pasemann, Falk-Gert	keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO
- Pink, Mirko	keine Angaben
- Putz, Janel	keine Angaben
- Salzwedel, Marina	Aufsichtsrat des Virchow Klinikum Glauchau
- Dr. Scheurer, Christoph	Mitglied Gemeinnützige Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg Mitglied Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH Mitglied Kommunale Entsorgungsgesellschaft Chemnitz-Land mbH Mitglied Tourismus- und Sport GmbH  Mitglied Rudolf Virchow Klinikum Glauchau gGmbH

---






---

	<p>Mitglied Verkehrssicherheitszentrum Verwaltung GmbH Sachsenring Mitglied Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH &amp; Co. KG Mitglied Pleißenthal-Klinik GmbH Mitglied Autobus GmbH Sachsen – Regionalverkehr Mitglied Gemeinnützige Aus-, Fortbildungs- und Um- schulungsgesellschaft mbH Oberlungwitz Mitglied SRM Sachsenring-Rennstrecken-Management GmbH Mitglied Heinrich-Braun-Klinikum gGmbH Mitglied Business and Innovation Centre Zwickau GmbH Verwaltungsrat der Sparkasse Chemnitz Verwaltungsrat der Sparkasse Zwickau Aufsichtsrat Heinrich-Braun-Klinikum gGmbH Aufsichtsrat Tourismus- und Sport GmbH</p>
- Schmidt, Heike	keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO
- Schwietzer, Doreen	<p>Mitglied Zweckverbandsversammlung Sparkasse Elbtal-Westlausitz Mitglied Aufsichtsrat Versorgungsbetriebe Hoyerswerda GmbH (VBH) Vorstandsmitglied und Schatzmeisterin Natze e.V. (natur- wissenschaftlich-technisches Kinder- und Jugendzent- rum e.V.)</p>
- Siebeneicher, Tina	<p>Cultus gGmbH der Landeshauptstadt Dresden Dresdener Bäder GmbH</p>
- Siegel, Hans-Joachim	<p>Aufsichtsrat Eins Energie Chemnitz Aufsichtsrat VVHC Aufsichtsrat RWF</p>
- Thiele, Ralf	keine Angaben
- Tirpitz, Michael	LESC – Gesellschaft der Stadt Leipzig zur Erschließung
- Tröger, Frank	<p>Aufsichtsrat Krankenhaus- Gesundheits-Holding Erzgebirgskreis Vorstand Zukunft Westerzgebirge</p>
- Utech, Cornelia	keine Mitgliedschaften nach § 88 Abs. 3 SächsGemO
- Vogel, Frank	<p>Erzgebirgssparkasse Tourismus- und Marketinggesellschaft Sachsen mbH FC Erzgebirge Aue e. V. Gesellschaftervertreter des Erzgebirgskreises in der Ge- sellschafterversammlung in folgenden Unternehmen: • Krankenhaus-Gesundheitsholding Erzgebirge GmbH • Wirtschaftsförderung Erzgebirge GmbH</p>

---



- Naturschutzzentrum Erzgebirge gemeinnützige GmbH
  - Regionalverkehr Erzgebirge GmbH
  - Erzgebirgische Theater- und Orchester GmbH
  - CAP Oelsnitz GmbH – Technologieorientiertes Gründerzentrum des Erzgebirgskreises
  - Verkehrslandeplatz Chemnitz/Jahnsdorf GmbH
  - Freizeitbad An der Silberstraße GmbH
  - Sozialpädiatrisches Zentrum am HELIOS Klinikum Augustenburger GmbH
  - EKA Erzgebirgsklinikum Annaberg gemeinnützige GmbH
  - Kreiskrankenhaus Stollberg gemeinnützige GmbH
  - Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau GmbH Wirtschaftsförderungsgesellschaft i. L.
  - Tourismusverband Erzgebirge e. V.
  - Landestourismusverband Sachsen e. V.
- 
- Walter, Daniela      Aufsichtsrat Cultus GmbH Dresden
  - Walther, Bodo      Mitglied Kreistag Landkreis Leipzig  
Mitglied Stadtrat Markranstädt
  - Weber, Martina      Vorsitz Klinikum Oberlausitzer Bergland gGmbH  
Krankenhausservicegesellschaft Löbau-Zittau mbH  
Vorsitz Kreiskrankenhaus Weißwasser gGmbH  
Servicegesellschaft des Krankenhauses Weißwasser mbH  
Vorsitz Krankenhausakademie des Landkreises Görlitz mbH
  - Wittig, Sören      Kreistag Erzgebirge
  - Zschommler, Gunther      keine Angaben zu § 88 Abs. 3 Nr. 2-4 SächsGemO gemacht

#### 14. Abschlussbeurkundung

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2020 wird hiermit bestätigt.

Leipzig, den 18.10.2021

Christin Wölk  
Verbandsdirektorin

Olaf Schlegel  
Fachbereichsleiter  
Allgemeine Verwaltung



Herausgeber  
Kommunaler Sozialverband Sachsen  
Büro des Verbandsdirektors  
Humboldtstraße 18  
04105 Leipzig

Telefon: 0341 1266 306  
Telefax: 0341 1266 9306  
E-Mail: [post@ksv-sachsen.de](mailto:post@ksv-sachsen.de)  
Internet: [www.ksv-sachsen.de](http://www.ksv-sachsen.de)



## Allgemeine Angaben

### Dienstsitz des KSV Sachsen

**Adresse:** Humboldtstraße 18  
04105 Leipzig  
**Telefon:** 0341 1266 0  
**Fax:** 0341 1266 9700

**Adresse:** Reichsstraße 3  
09112 Chemnitz  
**Telefon:** 0371 577 0  
**Fax:** 0371 577 282

**E-Mail:** [post@ksv-sachsen.de](mailto:post@ksv-sachsen.de)  
**Internet:** [www.ksv-sachsen.de](http://www.ksv-sachsen.de)

**Gründungsjahr:** 1993 (SächsLWVG vom 22.01.1993)

**Rechtsform:** Körperschaft des öffentlichen Rechts

- Aufgaben:**
1. Überörtlicher Träger der Sozialhilfe  
Leistungen an Menschen mit Behinderungen zwischen 18 und 65 Jahren
    - 1.1 Hilfe zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft
      - Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grund-sicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt
      - teilstationäres und stationäres Wohnen
    - 1.2 Hilfe zur Teilhabe am Arbeitsleben  
Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) einschl. Förder- und Betreuungsbereich
    - 1.3 Leistungen der Hilfe zur Pflege
    - 1.4 Leistungen an Personen mit besonderen sozialen Schwierig-keiten
      - Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grund-sicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt teilstationäres und stationäres Wohnen
    - 1.5 Leistungen zum Besuch einer Hochschule sowie zur Beschaffung eines Kfz
    - 1.6 Abschluss von Vereinbarungen nach SGB XI und SGB XII
    - 1.7 Sozialplanung einschl. Beratung und Unterstützung der Landkreise und kreisfreien Städte
  2. Überörtliche Betreuungsbehörde



3. Zuständige Behörde für nicht geförderte Investitionskosten in Pflegeeinrichtungen
4. Betreuungsangebote für die Anerkennung und Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote und/oder Entlastungsangeboten (auch Angebote zur Unterstützung im Alltag genannt)
5. Erteilung einer Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung für die Gesundheitsfachberufe/Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen in nichtakademischen Gesundheitsfachberufen
6. Integrationsamt einschl. Fahrgelderstattungen und Ansprechpartner für Betriebe zur Erhebung/Einnahme/Verwendung der Ausgleichsabgabe und zum Kündigungsschutz
7. Zuständige Stelle nach Aufwendungserstattungsverordnung
8. Soziales Entschädigungsrecht für Anspruchsberechtigte nach dem
  - Bundesversorgungsgesetz (BVG)
  - Opferentschädigungsgesetz (OEG)
  - Zivildienstgesetz (ZDG)
  - Infektionsschutzgesetz (IfSG)
  - Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG)
  - Häftlingshilfegesetz (HHG)
  - Anti-D-Hilfegesetz (AntiDHG)
  - Verwaltungsrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG)
- 8.1 Heil- und Krankenbehandlung, orthopädische Versorgung
- 8.2 Hauptfürsorgestelle
  - Leistungen der Kriegsopferfürsorge einschl. beruflicher Rehabilitation
- 8.3 Landesblindengeld und Feststellungsverfahren nach dem SCB IX Grundsatzfragen, Rechtsaufsicht, Widerspruchsbehörde
- 8.4 Sächs. Landeserziehungsgeld, Gesetz zum Elterngeld und zur Elternzeit
  - Grundsatzfragen, Fachaufsicht, EDV-Verfahrensgestaltung und -betreuung, Widerspruchsbehörde
9. Vollzug von Förderrichtlinien SCB VIII/Landesjugendhilfegesetz
10. Aufgaben der Heimaufsicht
11. **Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe**

**Zusammensetzung der Achten Verbandsversammlung (01.01.2020 - 31.12.2020)**

**Vorsitzender der**

**Verbandsversammlung:** Henry Graichen, Landrat Landkreis Leipzig

**Mitglieder  
des KSV Sachsen:  
(48)**

**Vertreter in der  
Siebenten Verbandsversammlung**

<u>Landkreis</u>	
Nordsachsen	2
Leipzig	3
Mittelsachsen	4
Zwickau	4
Erzgebirgskreis	4
Vogtlandkreis	3
Meißen	3
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	3
Bautzen	4
Görlitz	3
<u>Kreisfreie Stadt</u>	
Chemnitz	3
Dresden	6
Leipzig	6

**Verbandsdirektor:** Andreas Werner

**Beteiligungen:** Der Kommunale Sozialverband Sachsen ist an der kommunalen Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) unmittelbar beteiligt.

**Organe:** Verbandsversammlung  
Verbandsausschuss  
Verbandsdirektor

**Kurzvorstellung  
des Verbandes:**

Der am 30. Juli 2005 durch das Sächsische Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (Sächs. AGSGB) in Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV Sachsen) umbenannte Landeswohlfahrtsverband Sachsen (LWV Sachsen) wurde als Höherer Kommunalverband aller Landkreise und kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen am 22.01.1993 durch die Verabschiedung des Gesetzes über den LWV Sachsen im Landtag des Freistaates Sachsen gegründet. Der KSV Sachsen war zu diesem Zeitpunkt der einzige kommunal organisierte überörtliche Träger der Sozialhilfe in den neuen Bundesländern. Die Landkreise und kreisfreien Städte gehören als juristische Personen des öffentlichen Rechts dem Verband an, der Körperschaft des öffentlichen Rechts ist.

Dem KSV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelungs-/Dienstleistungsfunktion übertragen.

Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung für Menschen mit Behinderungen. Nach dem SGB XII sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden.

Das Hauptaufgabengebiet des KSV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe ist die Unterstützung in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen nach dem SGB IX und SGB XII.

Mit dem oben genannten Sächs. AGSGB traten zum 01.01.2006 Veränderungen in der sachlichen Zuständigkeit des KSV Sachsen ein.

Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung (Sächs.VwNG) wurden dem KSV Sachsen zum 01.08.2008 weitere Aufgaben übertragen.

**Anzahl der Mitarbeiter** ca. 520

**Gesamthaushalt des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen**  
 (vorläufiges Rechnungsergebnis 2020 Stand: 11.06.2021 in EUR)
**1. Ergebnisrechnung**

ordentliche Erträge:	721.822.072,57
ordentliche Aufwendungen:	753.592.664,92
<b>Ordentliches Ergebnis:</b>	<b>- 31.770.592,35</b>
Sonderergebnis:	- 44.980,87
<b>Gesamtergebnis:</b>	<b>- 31.815.573,22</b>

**2. Finanzrechnung**

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	708.673.223,74
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit:	746.989.897,67
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit:	977,07
Auszahlungen für Investitionstätigkeit:	642.458,27
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit:	22.500.000,00
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen:	- 4.168.270,39
<b>Zahlungsmittelbedarf:</b>	<b>- 65.626.425,26</b>

**3. Vermögensrechnung (Bilanz)**

<b>Aktiva:</b>	
Anlagevermögen:	82.298.980,85
Umlaufvermögen:	50.762.284,43
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	5.429.003,97

<b>Passiva:</b>	
Kapitalposition:	58.005.178,28
Sonderposten:	27.694,27
Rückstellungen:	8.238.562,67
Verbindlichkeiten:	71.815.348,42
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	403.485,61

<b>Bilanzsumme:</b>	<b>153.193.638,62</b>
---------------------	-----------------------

**Kommunalhaushalt des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen**  
 (vorläufiges Rechnungsergebnis 2020 Stand: 11.06.2021 in EUR)

<b>1. Ergebnisrechnung</b>	
ordentliche Erträge:	684.202.809,07
ordentliche Aufwendungen:	717.956.175,51
<b>Ordentliches Ergebnis:</b>	<b>- 33.753.366,44</b>
Sonderergebnis:	- 44.980,87
<b>Gesamtergebnis:</b>	<b>- 33.798.347,31</b>
<b>2. Finanzrechnung</b>	
Einzahlungen	
aus laufender Verwaltungstätigkeit:	674.578.215,27
Auszahlungen	
aus laufender Verwaltungstätigkeit:	714.802.687,94
Einzahlungen	
aus Investitionstätigkeit:	977,07
Auszahlungen	
für Investitionstätigkeit:	642.458,27
Auszahlungen	
für Finanzierungstätigkeit:	0,00
Saldo aus	
haushaltsunwirksamen Vorgängen:	- 4.165.430,32
<b>Zahlungsmittelbedarf:</b>	<b>- 45.031.384,19</b>
<b>3. Vermögensrechnung (Bilanz)</b>	
<b>Aktiva:</b>	
Anlagevermögen:	29.089.579,97
Umlaufvermögen:	32.358.867,54
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	5.416.273,73
Nicht durch Kapitalposition gedeckter Fehlbetrag	14.703.369,37
<b>Passiva:</b>	
Kapitalposition:	4.748.895,67
Sonderposten:	27.694,27
Rückstellungen:	8.216.499,67
Verbindlichkeiten:	68.191.603,64
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	393.397,36
<b>Bilanzsumme:</b>	<b>81.578.090,61</b>



**Haushalt der Ausgleichsabgabe des Kommunalen Sozialverbandes Sachsen**  
(vorläufiges Rechnungsergebnis 2020 Stand: 11.06.2021 in EUR)

<b>1. Ergebnisrechnung</b>	
ordentliche Erträge:	37.619.263,50
ordentliche Aufwendungen:	35.636.489,41
<b>Ordentliches Ergebnis:</b>	<b>1.982.774,09</b>
<b><u>Gesamtergebnis:</u></b>	<b><u>1.982.774,09</u></b>
<b>2. Finanzrechnung</b>	
Einzahlungen	
aus laufender Verwaltungstätigkeit:	34.095.008,47
Auszahlungen	
aus laufender Verwaltungstätigkeit:	32.187.209,47
Einzahlungen	
aus Investitionstätigkeit:	0,00
Auszahlungen	
für Investitionstätigkeit:	0,00
Auszahlungen	
für Finanzierungstätigkeit:	22.500.000,00
Saldo aus	
haushaltsunwirksamen Vorgängen:	-2.840,07
<b><u>Zahlungsmittelbedarf:</u></b>	<b><u>- 20.595.041,07</u></b>
<b>3. Vermögensrechnung (Bilanz)</b>	
<b><u>Aktiva:</u></b>	
Anlagevermögen:	53.199.400,88
Umlaufvermögen:	18.403.416,89
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	12.730,24
<b><u>Passiva:</u></b>	
Kapitalposition:	67.959.651,98
Sonderposten:	0,00
Rückstellungen:	22.063,00
Verbindlichkeiten:	3.623.744,78
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	10.088,25
<b><u>Bilanzsumme:</u></b>	<b><u>71.615.548,01</u></b>

# Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Heinrich-Zille-Straße 3-5  
04668 Grimma

### Eigenbetrieb

**Gründungsdatum:** 01.01.2018

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Ziel des Eigenbetriebes ist die Unterstützung der Sicherstellung des Rettungsdienstes im Landkreis Leipzig und die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit eines Feuerwehrtechnischen Zentrums zur Unterstützung der Einsatzbereitschaft der Feuerwehren und Katastrophenschutzeinheiten im Landkreis Leipzig.

Die Kernaufgaben des Eigenbetriebes erfüllen einen öffentlichen Zweck, als Gemeinwohlbelang im Rahmen der Daseinsfürsorge als Grundlage der wirtschaftlichen Betätigung des Landkreises Leipzig.

### Stammkapital:

<keine>

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Betriebsleitung

Frau Carola Schneider

## III BETEILIGUNGEN

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

### Finanzbeziehungen

	12/2018	12/2019	12/2020
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	568.387,8 €	984.976,1 €	962.800,0 €
Bürgschaften	-	-	-

## IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

### I. Allgemeines

Der Kreistag des Landkreises Leipzig beschloss auf der Grundlage des § 95 a Sächsische Gemeindeordnung in seiner am 13. Dezember 2017 stattgefundenen öffentlichen Sitzung über die Bildung des kommunalen Eigenbetriebes „Rettungsdienst und Brandschutz Landkreis Leipzig“.

Der kommunale Eigenbetrieb nahm am 01. Januar 2018 seine Geschäftstätigkeit auf.

Die Rechtsverhältnisse des Eigenbetriebes werden durch die am 13. Dezember 2017 durch den Kreistag des Landkreises Leipzig beschlossene Betriebssatzung geregelt.

Gegenstand der Betriebstätigkeit des kommunalen Eigenbetriebes sind die Sicherstellung der Leistungen des Rettungsdienstes im Landkreis Leipzig, der Betrieb eines Feuerwehrtechnischen Zentrums im Landkreis Leipzig zur Unterstützung der kreisangehörigen Kommunen in der Sicherstellung des Brandschutzes und die Gewährleistung des Betriebes der digitalen Funk- und Alarmierungsnetze im Landkreis Leipzig.

Die Leistungen des Rettungsdienstes werden für das Gebiet des Landkreises Leipzig mit einer Fläche von 1.651,30 km<sup>2</sup> und 258.325 Einwohnern (Stand 30. Juni 2020) erbracht.

Leistungen des Brandschutzes werden für 30 Stadt- und Gemeindefeuerwehren mit 141 Ortsfeuerwehren und 3.503 aktiven Kameraden geleistet.

Der kommunale Eigenbetrieb nimmt für den Landkreis Leipzig die Aufgabe als Träger des Rettungsdienstes wahr. Er bedient sich zur Disposition und Alarmierung der Einsatzmittel des Rettungsdienstes der Integrierten Regionalleitstelle Leipzig.

Zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben des Rettungsdienstes trat der kommunale Eigenbetrieb in vom vormaligen Rechtsträger des Rettungsdienstes (Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln) seit 01. Januar 2014 bestehende öffentlich – rechtliche Verträge mit Leistungserbringern zur Sicherstellung von Notfallrettung und Krankentransport ein:

- Deutsches Rotes Kreuz Rettungsdienst, Krankentransport und Hilfsdienste im Muldentale GmbH, Grimma (Lose 2, 3)
- Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Geithain e. V., Geithain (Los 4)
- Deutsches Rotes Kreuz Rettungsdienst und Krankentransport Leipzig und Umland gGmbH, Zwenkau (Lose 5, 6)

Ab 01. Januar 2021 werden die Leistungen des Rettungsdienstes im Ergebnis wettbewerblichen Vergabeverfahrens neu vergeben.

### II. Grundlage der Wirtschaftsführung

Auf den kommunalen Eigenbetrieb finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften der Sächsischen Gemeindeordnung nach § 95 a Abs. 4 unmittelbar Anwendung.

Das Wirtschaftsjahr des Eigenbetriebes entspricht dem Haushaltjahr des Landkreises.

Grundlage der Wirtschaftsführung eines Wirtschaftsjahres ist der Wirtschaftsplan nach Maßgabe der §§ 16 bis 21 Sächsische Eigenbetriebsverordnung.

Der Kreistag des Landkreises Leipzig beschloss in seiner am 30. Oktober 2019 stattgefundenen Sitzung über den Wirtschaftsplan 2020 für den kommunalen Eigenbetrieb. Der Bescheid

über die Rechtmäßigkeit des Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2020 wurde am 30. Januar 2020 durch die Landesdirektion Sachsen erteilt. Die im Wirtschaftsplan vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionstätigkeit sowie der festgesetzte Höchstbetrag für Kassenkredite wurden gleichzeitig genehmigt.

Die Finanzierung der dem kommunalen Eigenbetrieb obliegenden Aufgaben erfolgt durch Entgelte, Gebühren und allgemeine Deckungsmittel des Landkreises Leipzig für den Betrieb der Alarmierungs- und Nachrichtenübermittlungssysteme, Netzanlagen sowie für Leistungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums entsprechend Grundsatzbeschluss Nr. 2015/034 des Kreistages Landkreis Leipzig.

Im Wirtschaftsjahr 2020 flossen dem kommunalen Eigenbetrieb aus dem Kreishaushalt allgemeine Deckungsmittel in Höhe von EUR 962.800,00 zu, wovon EUR 224.090,34 nicht benötigt wurden und im Rahmen der Erstellung des Jahresabschlusses den sonstigen Verbindlichkeiten zur Rückführung an den Kreishaushalt zuzuordnen waren.

Die nach § 32 SächsBRKG geführten Entgeltverhandlungen für den Rettungsdienst mit den Sozialleistungsträgern legten für das Wirtschaftsjahr 2020 Entgelte und Gebühren auf der Grundlage der Kalkulationen nach §§ 10 ff SächsKAG fest:

### Entgelte/Gebühren – Ist -

Gebühr Rettungstransportwagen	393,10 EUR/Einsatz
Gebühr Notarzteinsatzfahrzeug	269,40 EUR/Einsatz
Gebühr Krankentransportwagen	180,00 EUR/Einsatz
zzgl. 4,80 EUR/km ab Besetzt - km 151	

Der jeweilige Entgelt-/Gebührensatz enthält Erstattungsanteile für die Inanspruchnahme der Dienste der Integrierten Regionalleitstelle Leipzig.

Im Wirtschaftsjahr 2020 wurden folgende Einsätze entgelt-/gebührenrelevant abgerechnet:

### Einsätze – Ist –

Krankentransporte	15.421 Einsätze	= EUR 2.788.605,60
Rettungstransportwageneinsätze	23.419 Einsätze	= EUR 9.206.008,90
Notarzteinsätze	10.601 Einsätze	= EUR 2.855.909,40

## III. Geschäftsverlauf

### Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bauten

Der kommunale Eigenbetrieb verfügt über das bewegliche Anlagevermögen, welches mit Beginn der Geschäftstätigkeit am 1. Januar 2018 von der Landkreisverwaltung des Landkreises Leipzig übertragen wurde.

Zum festen Anlagenbestand gehören:

- ein Grundstück mit einer Fläche von 11.112 m<sup>2</sup> in Deditz, welches mit einer MASTER-DAU-Anlage bebaut ist;
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04668 Grimma, Heinrich – Zille – Straße 3, welcher mit einem Verwaltungsgebäude und einer Rettungswache bebaut ist;
- ein Grundstück in 04808 Wurzen, Kleegasse 1, welches mit einer Rettungswache bebaut ist;
- ein Gebäude in 04420 Markranstädt, Teichweg 14, welches mit einer Rettungswache in Form eines Containerbaus bestanden ist;
- Grund und Boden in Erbpacht in 04442 Zwenkau, Bahnhofstraße 102 mit einer seit 1. Februar 2017 in Betrieb befindlichen Rettungswache;

- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04552 Borna, OT Eula, Klingenbergstraße 6 mit einer Betriebsstätte des Feuerwehrtechnischen Zentrums und einer Rettungswache;
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04687 Trebsen, Bahnhofstraße 7 a mit einer weiteren Betriebsstätte des Feuerwehrtechnischen Zentrums;
- Grund und Boden in Erbpacht in 04680 Colditz, Lastauer Straße 2 mit einer am 12. Mai 2021 in Betrieb gehenden Rettungswache.

### Anlagen im Bau

Zum Bilanzstichtag befinden sich zwei Gebäude (Rettungswache Colditz und Rettungswache Markkleeberg), für welche Anzahlungen (EUR 695.347,34) im Wirtschaftsjahr 2020 geleistet wurden, im Bau. Die Aktivierung erfolgt mit Fertigstellung und Inbetriebnahme.

### Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen

Für den Anteil Rettungsdienst an der Integrierten Regionalleitstelle Leipzig wurden im Wirtschaftsjahr 2020 keine Investitionszuwendungen geleistet. Dem gegenüber stehen aufrecht zu erhaltende Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 191.727,63.

### Investitionen Bauvorhaben/Betriebs- und Geschäftsausstattungen

Wesentlichste Investitionen im Wirtschaftsjahr 2020 waren

- die Beschaffung von 4 Rettungstransportwagen im Wert von EUR 520.974,00;
- die Beschaffung eines Übergewichtigen - Krankentransportwagens im Wert von EUR 111.994,58;
- die Beschaffung medizinischer Ausrüstungen zur Ausstattung der neu beschafften Einsatzmittel des Rettungsdienstes in Höhe von EUR 232.340,37;
- Beschaffung von Funk- und Kommunikationstechnik für die neu beschafften Einsatzmittel des Rettungsdienstes in Höhe von EUR 32.900,03;
- Beschaffung von Mobiliar für die nach Bereichsplan Rettungsdienst ab 01. Januar 2021 in Betrieb gegangenen zusätzlichen Außenstellen des Rettungsdienstes in Höhe von EUR 12.150,86;
- Fortsetzung und Abschluss des im Jahr 2018 begonnenen Projektes „Harmonisierung des digitalen Funk- und Alarmierungsnetzes im Landkreis Leipzig“ mit Investitionen in Höhe von EUR 97.853,11 und EUR 23.158,03;
- Ersatzbeschaffungen von Anlagen und Maschinen des Feuerwehrtechnischen Zentrums im Wert von EUR 69.580,82;

Weitere Investitionen betrafen ausschließlich betriebsnotwendige Anschaffungen:

- Immaterielle Vermögensgegenstände im Wert von EUR 15.554,62;
- Sonstige Geschäftsausstattungen für das Feuerwehrtechnische Zentrum in Höhe von EUR 4.672,20;
- Geringwertige Wirtschaftsgüter in Höhe von EUR 49.504,90.

### Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich im Wirtschaftsjahr 2020 wie folgt:



	Stand 31.12.2019 in EUR	Zugänge/ Einstellun- gen in EUR	Umbuchun- gen in EUR	Stand 31.12.2020 in EUR
Kapitalrücklagen	1.188.229,73	0,00	0,00	1.188.229,73
Gewinnrücklagen	0,00	0,00	0,00	0,00
Vortrag auf neue Rech- nung	-1.440.166,10	0,00	-568.248,09	-2.008.414,19
Jahresüberschuss	0,00	218.654,52	0,00	218.654,52
Jahresfehlbetrag	-568.248,09	0,00	+568.248,09	0,00
Summen	-820.184,46	218.654,52	0,00	-601.529,94

Zum 31. Dezember 2020 liegt kein Bestand an Eigenkapital vor, da der Jahresüberschuss des Wirtschaftsjahres 2020 nicht die Verlustvorträge aus den Jahren 2018 und 2019 deckt, die damit die Kapitalrücklagen übersteigen.

Das Wirtschaftsjahr 2020 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von insgesamt EUR 218.654,52, der vollständig auf den Kostenträger „Rettungsdienst“ entfällt.

Die Kostenträger „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ und „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ schließen das Wirtschaftsjahr 2020 ausgeglichen ab, da erübrigte Mittel des Feuerwehrtechnischen Zentrums den Rückstellungen zur Behebung von Investitions- und Reparaturstau aus Vorjahren und des Kostenträgers „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ den Verbindlichkeiten gegenüber der Landkreisverwaltung Landkreis Leipzig zuzuführen waren.

### **Umsatzerlöse, besondere Erträge und Leistungsentgelte**

Im Bereich Rettungsdienst wurden im Wirtschaftsjahr 2020 Umsatzerlöse in Höhe von EUR 14.864.843,79 erzielt. Leistungsentgelte unter Einschluss zu leistender Tarifausgleiche an Leistungserbringer des Rettungsdienstes wurden in Höhe von EUR 10.174.419,05 gezahlt.

Der Kostenträger „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ erzielte aus Umsatzerlösen EUR 144.760,67, wovon EUR 122.517,17 auf Erlöse aus Gebühren für Leistungen, EUR 22.243,50 auf Erlöse aus Mieten entfielen.

Im Bereich „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ wurden EUR 108.044,36 aus Leistungen für Dritte erzielt.

### **Lage des Eigenbetriebes**

Das Wirtschaftsjahr 2020 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von EUR 218.654,52 ab.

Die Umsatzerlöse des Rettungsdienstes unterschritten unbenommen dieses erzielten Jahresüberschusses dennoch pandemiebedingt den Planansatzwert um TEUR 1.306, so dass die für den Ausgleich der Vorjahresverluste geplanten Erlöse nicht erzielt werden konnten.

Die Umsatzerlöse des Feuerwehrtechnischen Zentrums fielen durch zusätzliche Leistungen für Dritte im Digitalfunk mit TEUR 40 höher als geplant aus.

In der Kostenträgersparte „Netzanlagen und sonstige Dienstleistungen“ wurden keine typischen Umsatzerlöse erzielt. Die hierzu veranschlagten Planansätze in den Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 45 waren buchhalterisch sachgerecht den sonstigen betrieblichen Erträgen zuzuordnen.

Die Finanzierung rettungsdienstlicher Investitionen der Vorjahre erfolgte ausschließlich aus Marktkrediten, welche im Rahmen der regulären Abschreibungen über die festgelegten Nutzungsdauern refinanziert werden.

Für das Jahr 2020 sah der Wirtschaftsplan Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von TEUR 2.894,8 vor, welche dem entsprechend am freien Kreditmarkt aufgenommen wurden. Sie dienen der Finanzierung der Bauvorhaben der Rettungswachen Colditz und Markkleeberg, der Beschaffung von 3 Rettungstransportwagen und eines Übergewichtigen – Krankentransportwagens einschließlich Medizin-, Funk- und Kommunikationstechnik. Ein weiterer Rettungstransportwagen war nach Unfalltotalschaden aus Versicherungserstattungen und Restwerterlösen zu beschaffen.

Die Finanzierung weiterer Investitionen des Jahres 2020 erfolgte aus Abschreibungen und Zuweisungen des Freistaates Sachsen für Ausrüstungen und Ausstattungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums.

Die Schulden des kommunalen Eigenbetriebes gegenüber Kreditinstituten für Investitionskredite belaufen sich zum 31. Dezember 2020 auf EUR 4.929.802,46.

Im Wirtschaftsjahr 2020 wurden Tilgungen für Investitionskredite in Höhe von EUR 918.658,36 geleistet.

Die Inanspruchnahme von Kassenkrediten zur Sicherung der Finanzierung der laufenden Ausgaben der Verwaltung beträgt zum Bilanzstichtag EUR 3.000.000,00 und resultiert maßgeblich aus den Mindererlösen des Rettungsdienstes (TEUR 1.306) im Jahr 2020 und den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen des Rettungsdienstes sowie sonstigen rettungsdienstlichen Forderungen zum Bilanzstichtag (TEUR 2.537). Der Kassenkreditbestand zum Bilanzstichtag entfällt vollständig auf die Bereitstellung aus Mitteln der Landkreisverwaltung. Anfallende Zinsen wurden und werden nach marktüblichen Konditionen auf vertraglicher Grundlage vollumfänglich durch die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ finanziert.

#### IV. Angaben zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

##### Kennzahlenentwicklung

Wirtschaftsjahr		2019	2020
Umsatz	TEUR	13.413	15.255
Materialaufwand	TEUR	10.759	11.983
Materialaufwandsquote	%	80,2	78,6
Personalaufwand	TEUR	842	925
Personalaufwandsquote	%	6,3	6,1
Durchschnittliche Abschreibungsquote	%	12,9	14,9
Abschreibungen	TEUR	1.384	1.181
Investitionen	TEUR	1.183	1.866
Finanzergebnis	TEUR	-65	-66
Jahresergebnis	TEUR	-568	219
Umsatzrentabilität	%	negativ	1,4
Eigenkapitalrentabilität	%	negativ	Negativ
Bilanzstichtag		31.12.2019	31.12.2020

## Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig

Bilanzsumme	TEUR	9.967	11.559
Anlagevermögen	TEUR	7.277	7.923
Umlaufvermögen und			
Rechnungsabgrenzungsposten	TEUR	2.690	3.034
Eigenkapital	TEUR	-820	-601
Eigenkapitalquote I	%	-8,2	-5,2
Sonderposten	TEUR	2.922	2.714
Eigenkapitalquote II	%	21,1	18,3
Rückstellungen	TEUR	224	231
Verbindlichkeiten	TEUR	7.642	8.613
Fremdkapitalquote	%	78,9	76,5
Eigenkapital + Sonderposten	TEUR	2.102	2.113
Eigenkapital + Sonderposten + langfr. Fremdkapital	TEUR	4.215	3.676
Anlagendeckungsgrad	%	28,9	26,7

### Ertragslage und ergebnisbeeinflussende Faktoren

Aus den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung wurde die folgende wirtschaftliche Erfolgsrechnung entwickelt:

		2020	
		TEUR	%
Umsatzerlöse Rettungsdienst,			
Feuerwehrtechnisches Zentrum			
Netzanlagen, Dienstleistungen		15.009	91,7
Erlöse aus Auflösung von Sonderposten		246	1,5
<b>Umsatzerlöse gesamt</b>		15.255	93,2
Sonstige betriebliche Erträge		1.112	6,8
<b>Betriebsleistung</b>		16.367	100,0
Materialaufwand		11.983	73,2
Personalaufwand		925	5,7
Planmäßige Abschreibungen auf Anlagen		1.181	7,2
Sonstige betriebliche Aufwendungen		1.993	12,2
<b>Betriebsergebnis</b>		285	1,7
Finanzergebnis		-66	-0,4
<b>Jahresfehlbetrag/ -überschuss</b>		219	1,3

Die Umsatzerlöse aus Leistungen der Kostenträgersparten stellen sich unter Einfluss zu beachtender ergebniswirksamer Posten dabei im Einzelnen wie folgt dar:

	2020
	TEUR
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - RTW	9.206
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - KTW	2.788
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - NEF	2.856
Periodenfremde Erlöse Rettungsdienst	14
Erlöse Feuerwehrtechnisches Zentrum	145
Erlöse Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen	0
	15.009
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	246
Sonstige Erträge	1.112
	16.367

### Rettungsdienst

Auf den Kostenträger „Rettungsdienst“ entfällt ein Jahresüberschuss in Höhe von EUR 218.654,52. Der Jahresüberschuss liegt mit TEUR 1.131 unter dem zur Abdeckung von Vorjahresverlusten im Rahmen des Wirtschaftsplanes veranschlagten Wert. Wesentliche ergebnisbeeinflussende Faktoren begründen sich im pandemiebedingten Einsatzrückgang sowie im Mehrbedarf an persönlichen Schutzausrüstungen für die Beschäftigten des Rettungsdienstes.

Die sonstigen betrieblichen Erträge übersteigen den Planansatz mit TEUR 3.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs-, Betriebsstoffe und bezogene Waren übersteigt um TEUR 133 den Planansatzwert und resultiert im Wesentlichen aus dem Mehrbedarf an persönlichen Schutzausrüstungen.

Entsprechend des Grundsatzes der Vollständigkeit (§ 246 Abs. 1 HGB) weisen die Budgetzahlungen an Leistungserbringer die jahresbezogenen Aufwendungen im Ergebnis durchgeführt und ab 1. Januar 2014 umgesetzter Vergabeverfahren nach § 31 SächsBRKG in Höhe von TEUR 10.174 unter Einschluss zu leistender Tarifaussgleiche aus.

Die bezogenen Leistungen bleiben TEUR 79 unter dem Wirtschaftsplanansatz.

Die Personalkosten entsprechen dem Planwert.

Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen bleiben um TEUR 131 unter dem Planansatz. Ursache hierfür ist der Zeitpunkt der Beschaffungen von Einsatzmitteln, deren Ausrüstung und Ausstattung mit Zugang im IV. Quartal entgegen der geplanten Aktivierungen zum Halbjahr 2020.

In der Kostenartengruppe der sonstigen betrieblichen Aufwendungen konnten Einsparungen in Höhe von TEUR 36 erzielt werden, welche hauptsächlich aus der Abrechnung rettungsdienstlicher Aus- und Weiterbildungen resultieren.

### **Feuerwehrtechnisches Zentrum**

Der Kostenträger „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ schließt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis.

Die Umsatzerlöse fielen durch Verschiebung von Leistungen des Digitalfunks aus dem Jahr 2019 in das Jahr 2020 um TEUR 41 höher als geplant aus.

Die Auflösung von Ertragszuschüssen zu Investitionen fällt um TEUR 11 geringer als geplant aus und begründet sich im Zeitpunkt der Beschaffung der im Jahr 2020 bezuschussten Anlagengüter.

In der Kostenartengruppe sonstiger betrieblicher Erträge sind Mehreinnahmen in Höhe von TEUR 161 zu verzeichnen, welche maßgeblich aus inneren Leistungsverrechnungen für pandemiebedingte Leistungen des Feuerwehrtechnischen Zentrums für den Landkreis Leipzig resultieren.

Der Materialaufwand schließt mit einem Mehrbedarf von TEUR 84 über dem Planansatz. Hierbei handelt es sich in der Hauptsache um im Rahmen innerer Leistungsverrechnung abzubildende Aufwendungen im Kontext zu den sonstigen betrieblichen Erträgen.

Der Personalaufwand übersteigt um TEUR 47 den Planansatz und resultiert aus der Abrechnung der im Vorfeld eines Jahres schwer planbaren Einsatzfähigkeit im Rahmen der Bereitschaftsdienste sowie aus zu bildenden Rückstellungen für Mehrstunden und übertragene Urlaubsansprüche der Beschäftigten.

Die regulären Abschreibungen blieben infolge des Zugangs von Vermögensgegenständen überwiegend im IV. Quartal 2020 mit TEUR 24 unter dem Planansatz.

Die Kostenartengruppe der sonstigen betrieblichen Aufwendungen schließt mit Mehraufwendungen in Höhe von TEUR 84. Ursache hierfür sind unabwiesbare verschleißbedingte Instandsetzungen an den Gebäuden und Anlagen an beiden Standorten des Feuerwehrtechnischen Zentrums unter Berücksichtigung gebildeter Rückstellungen (TEUR 110) zur Fortsetzung der Behebung der Instandhaltungs- und Reparaturstaus aus Vorjahren in den Folgejahren.

### **Netzanlagen und Sonstige Dienstleistungen**

Der Kostenträger „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ schließt mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis. Finanzierungsmittel des Landkreises Leipzig waren in Höhe von EUR 224.090,34 den sonstigen Verbindlichkeiten zur Rückführung an den Kreishaushalt zuzuführen.

Dieser resultiert maßgeblich aus geringeren Personalaufwendungen (TEUR 15) und Aufwendungen für Abschreibungen (TEUR 49) aufgrund vornehmlicher Anschaffungszeitpunkte im IV. Quartal; Einsparungen bei Rechts- und Beratungskosten (TEUR 40) sowie Fremdinstandhaltungen der Alarm- und Netzanlagen (TEUR 80) nach Inbetriebnahme des neuen Funk- und Alarmierungsnetzes im Landkreis Leipzig.

### **Vermögenslage**

Der Vermögens- und Kapitalaufbau des kommunalen Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2020 wird anhand der nach Liquidationsgesichtspunkten zusammengefassten Bilanzzahlen dargestellt. Dabei wurden innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag fällige Teilbeträge der Forderungen und Verbindlichkeiten als kurzfristig behandelt, alle anderen – soweit nicht besonders vermerkt – als mittel- und langfristig.



	TEUR	%
<b>VERMÖGEN</b>		
Anlagevermögen	7.923	97,7
abzüglich		
Sonderposten zum Anlagevermögen	-2.714	-34,5
<b>Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen</b>	5.209	63,2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.537	30,8
Sonstige kurzfristige Posten	370	4,5
Flüssige Mittel	127	1,5
<b>Kurzfristig gebundenes Vermögen</b>	3.034	36,8
<b>Vermögen insgesamt</b>	8.243	100,0
<b>KAPITAL</b>		
Kapitalrücklage	1.188	14,4
Gewinn-/Verlustvortrag	-2.008	-24,4
Jahresfehlbetrag/-überschuss	219	2,7
<b>Eigenkapital</b>	-601	-7,3
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten =		
<b>Mittel- und langfristiges Fremdkapital</b>	3.876	47,0
Sonstige Rückstellungen	231	2,8
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.053	12,8
Lieferantenschulden	274	3,3
Sonstige kurzfristige Posten	3.410	41,4
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	4.968	60,3
<b>Kapital insgesamt</b>	8.243	100,0

Das Bruttovermögen besteht zum 31. Dezember 2020 zu 63,2 % (TEUR 5.209) aus den von der Landkreisverwaltung dem Eigenbetrieb überlassenen eigenmittelfinanzierten Anlagevermögen und zu 36,8 % (TEUR 3.034) aus Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag beträgt – 7,3% (TEUR -601). Mittel- und langfristiges Fremdkapital haben zum 31. Dezember 2020 einen Anteil von 47,0 % (TEUR 3.876). Der Anteil an kurzfristigem Kapital beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 60,3 % (TEUR 4.968).

## Finanzlage

Nachfolgende Kapitalflussrechnung gibt einen Überblick zur Herkunft und Verwendung der Finanzmittel sowie zur Offenlegung der Finanzlage des Eigenbetriebes:

	2020
	TEUR
Jahresergebnis	219
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.181
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	7
Auflösung von Sonderposten zum Anlagevermögen	-246
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+)/Erträge (-)	-23
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-7
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-216
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-202
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>713</b>
Erhaltene Zuschüsse zur Finanzierung des Anlagevermögens (+)	61
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens (+)	46
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen (-)	-1.866
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-1.759</b>
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	2.895
Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (-) <sup>1)</sup>	-919
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>1.976</b>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	930
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	-3.803
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>-2.873</b>

<sup>1)</sup> ohne Tilgung für Kassenkredit

Die Sicherstellung der Liquidität war durch die zur Verfügung stehenden Kreditlinien im Wirtschaftsjahr gewährleistet.

### **V. Ausblick und Prognose der künftigen Entwicklung**

Die Verhandlungen mit den Sozialleistungsträgern zum Jahresergebnis 2020 finden am 01. Juli 2021 statt. Im Ergebnis der Vorabstimmungen im Rahmen der Erstellung der Jahresrechnung zum Wirtschaftsjahr 2020 werden die Sozialleistungsträger den auf den Rettungsdienst entfallenden Jahresüberschuss in Höhe von EUR 218.654,52 anerkennen, unbenommen des pandemiebedingten Nichterreichens des Planziels von Mehrerlösen in Höhe von EUR 1.350.126,28 zur Deckung von Vorjahresverlusten. Hierdurch setzt sich die negative Entwicklung der Liquidität des Eigenbetriebes über das Wirtschaftsjahr 2021 fort. Liquiditätshilfen der Landkreisverwaltung werden deshalb auch fortführend im Jahr 2021 unverzichtbar sein. Eine Verbesserung der Liquiditätslage ist hiernach frühestens im II. Halbjahr 2021 zu erwarten.

Ab dem 01. Januar 2021 wurden die Leistungen des Rettungsdienstes im Landkreis Leipzig im Rahmen einer Änderung des Bereichsplanes „Rettungsdienst“ neu strukturiert und nach Durchführung eines Vergabeverfahrens nach § 31 SächsBRKG neu vergeben. Der damit verbundene Aufwuchs der Einsatzmittel des Rettungsdienstes mit einhergehender Erhöhung der Vorhaltezeiten führt ab 01. Januar 2021 zu einem Anstieg der Aufwendungen im Rettungsdienst um mehr als ein Drittel gegenüber denen des Durchschnitts der Vorjahre, welche sich dem entsprechend in den Entgelten und Gebühren ab dem 01. Januar 2021 negativ niederschlagen.

Im Jahr 2019 wurde mit Planungen zum Bau von zwei Rettungswachen in Colditz und in Markleeberg begonnen. Der Baubeginn für beide Objekte lag im Jahr 2020. Die Rettungswache Colditz wird planmäßig im Jahr 2021 in Betrieb gehen. Mit einer Fertigstellung der Rettungswache in Markleeberg wird im Jahr 2022 gerechnet. Die Investitionsplanung des Eigenbetriebes sieht infolge Verschleißes den Ersatzneubau einer Rettungswache in Markranstädt im Jahr 2022 mit Fertigstellung im Jahr 2023 vor.

Durch die über das Jahr 2020 hinausgehende Pandemielage werden auch für das Jahr 2021 Einnahmeausfallverluste in der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ durch Einsatzzahlenrückgang erwartet, denen Mehraufwendungen im Bereich der medizinischen Verbrauchsmaterialien, insbesondere für persönliche Schutzausrüstungen gegenüber stehen.

Für die Kostenträgersparten „Feuerwehrtechnisches Zentrum“ und „Netzanlagen/Sonstige Dienstleistungen“ wird für die Folgejahre eine stabile Weiterentwicklung erwartet. Pandemiebedingte Leistungsrückstände werden mittelfristig lageabhängig ausgleichbar sein.

Nach dem Wirtschaftsplan 2021 wird ein ausgeglichenes Jahresergebnis erwartet.

Grimma, 31. März 2021/23.06.2021

Carola Schneider

Betriebsleiterin

## **Struktur- und Wirtschaftsförderung**

# Breitband GmbH Landkreis Leipzig

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Stauffenbergstraße 4

04552 Borna

Tel.: 03433 2411024

E-Mail: [breitband@lk-l.de](mailto:breitband@lk-l.de)

Webseite: [www.landkreisleipzig.de/breitband.html](http://www.landkreisleipzig.de/breitband.html)



**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 19.09.2019

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

1. Gegenstand des Unternehmens ist die flächendeckende Versorgung von privaten Haushalten und Gewerbebetrieben in den Städten und den Gemeinden des Landkreises Leipzig und deren Ortsteile mit hochleistungsfähigen Breitbandanschlüssen durch Planung, Errichtung und Betrieb der hierzu erforderlichen passiven Telekommunikationsinfrastruktur sowie deren Unterhaltung und Verwaltung, insbesondere durch Vermietung an einen oder mehrere Vertragspartner sowie die damit verbundene Akquisition von Fördermitteln.
2. Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte vorzunehmen, die den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu fördern geeignet sind. Die Gesellschaft ist insbesondere berechtigt, gleichartige oder ähnliche Unternehmen zu erwerben oder zu pachten oder sich an solchen Unternehmen zu beteiligen, Zweigniederlassungen zu errichten oder Dritten ihren Geschäftsbetrieb zu überlassen.
3. Die Gesellschaft ist allgemein berechtigt, alles zu tun, was ihrem Geschäftszweck nützt oder nützen kann und durch das Gesetz gestattet ist. Die Gesellschaft kann auch Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit anderen Unternehmen abschließen.
4. Die Gesellschaft darf allein oder zusammen mit anderen Unternehmen im Sinne von § 96a Abs. 1 Halbsatz 1 SächsGemO Tochtergesellschaften oder Mehrheitsbeteiligungen nur gründen, übernehmen und unterhalten, wenn deren Gesellschaftsverträge oder Satzungen den Nrn. 1, 2 und 4 bis 13 des § 96a Abs. 1 SächsGemO entsprechende Regelungen enthalten.

### Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	25.000€
----------------------	---------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Frau Katrin Friebe
--------------------



### III BETEILIGUNGEN

#### Gesellschafter

<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>13.800 €</b>	<b>55,2%</b>
Gemeinde Bennewitz	400 €	1,6%
Gemeinde Borsdorf	400 €	1,6%
Gemeinde Elstertrebnitz	400 €	1,6%
Gemeinde Großpösna	400 €	1,6%
Gemeinde Lossatal	400 €	1,6%
Gemeinde Machern	400 €	1,6%
Gemeinde Neukieritzsch	400 €	1,6%
Gemeinde Parthenstein	400 €	1,6%
Gemeinde Thallwitz	400 €	1,6%
Stadt Bad Lausick	400 €	1,6%
Stadt Borna	400 €	1,6%
Stadt Brandis	400 €	1,6%
Stadt Böhlen	400 €	1,6%
Stadt Colditz	400 €	1,6%
Stadt Frohburg	400 €	1,6%
Stadt Geithain	400 €	1,6%
Stadt Grimma	400 €	1,6%
Stadt Groitzsch	400 €	1,6%
Stadt Kitzscher	400 €	1,6%
Stadt Markkleeberg	400 €	1,6%
Stadt Markranstädt	400 €	1,6%
Stadt Naunhof	400 €	1,6%
Stadt Pegau	400 €	1,6%
Stadt Regis-Breitingen	400 €	1,6%
Stadt Rötha	400 €	1,6%
Stadt Trebsen	400 €	1,6%
Stadt Wurzen	400 €	1,6%
Stadt Zwenkau	400 €	1,6%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

#### Finanzbeziehungen

	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>	-	-
<b>Zuschüsse</b>	-	-
<b>Bürgschaften</b>	-	-

Der Kreistag des Landkreises Leipzig hat in seiner Sitzung am 18.09.2019 die Gründung der Breitband GmbH Landkreis Leipzig mit den Gesellschaftern Landkreis Leipzig, den Städten Bad Lausick, Borna, Brandis, Colditz, Frohburg, Geithain, Grimma, Groitzsch, Kitzscher, Markkleeberg, Markranstädt, Naunhof, Pegau, Regis-Breitungen, Rötha, Trebsen, Wurzen, Zwenkau und den Gemeinden Bennewitz, Borsdorf, Elstertrebnitz, Großpösna, Lossatal, Machern, Neukieritzsch, Parthenstein und Thallwitz beschlossen. Danach beteiligt sich der Landkreis Leipzig an der Gesellschaft mit einem Anteil am Stammkapital von 52 % zuzüglich zweier weiterer Geschäftsanteile zu je 1,6 %, so dass er insgesamt 55,2 % der Anteile hält. Die genannten achtundzwanzig Städte und Gemeinden sind mit jeweils 1,6 % (insgesamt somit 44,8%) am Stammkapital beteiligt.

Einen operativen Geschäftsbetrieb gibt es derzeit nicht. Im Jahr 2020 war die Beantragung von Fördermitteln, die Vorbereitung der Ausschreibung zur Netzplanung sowie die Ausschreibung zur Erstellung der Netzplanung Hauptaufgabe. Ein weiteres Ziel der Gesellschaft ist die europaweite Ausschreibung zur Suche eines Netzbetreibers für das NGA-Breitbandausbauprojekt des Landkreises Leipzig. Eine Bewertung von Kennzahlen erübrigt sich somit.

#### IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

##### 1 Grundlagen des Unternehmens

Gegenstand des Unternehmens ist die flächendeckende Versorgung von privaten Haushalten und Gewerbebetrieben in den Städten und Gemeinden des Landkreises Leipzig und deren Ortsteilen mit hochleistungsfähigen Breitbandanschlüssen durch Planung, Errichtung und Betrieb der hierzu erforderlichen Netzinfrastruktur (Betreibermodell). Dabei soll die Finanzierung entsprechend der Beschlussfassung der Gesellschafter ohne finanzielle Eigenmittel des Landkreises und der beteiligten Kommunen erfolgen, sondern ausschließlich über Fördermittel, die der Bund und der Freistaat Sachsen zur Verfügung stellen, sichergestellt werden.

##### 2 Wirtschaftsbericht

###### 2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen entwickelten sich bis 2019 zunächst stabil. Im Herbst 2019 zeichnete sich, mit Ausblick auf 2020, eine leichte Schwächephase ab. Im Ergebnis muss festgestellt werden, dass das deutsche Bruttoinlandsprodukt (BIP) preisbereinigt um 4,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr sank. Nach zehn Jahren Wirtschaftswachstum in Folge ging die Wirtschaftsleistung Deutschlands somit erstmals wieder deutlich zurück. Zurückgegangen war das BIP zuletzt im Jahr 2009, als Deutschland wie die meisten anderen Länder weltweit von den Auswirkungen der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen war. Grund für den starken Einbruch 2020 sind die Auswirkungen der Corona-Krise und der damit einhergehende Shutdown der Wirtschaft.

###### 2.2 Geschäftsverlauf

Nach der Beantragung der Fördermittel für die definierten Fördergebiete vom 3.12.2019 stellte der Fördermittelgeber (ateneKOM) Ende Dezember 2019 eine Reihe von Nachforderungen.

In Bearbeitung und zur Präzisierung dieser Nachforderungen fanden im Januar 2020 zwei Beratungen/Abstimmungen mit der ateneKOM statt.

Bis Ende Januar konnte der Großteil der Nachforderungen geliefert werden. Zur Abgabe der geforderten Patronatserklärung erging am 4. März 2020 der notwendige Kreistagsbeschluss

des Landkreises Leipzig, die zuständige Rechtsaufsichtsbehörde genehmigte diesen Beschluss mit Bescheid vom 10.3.2020. Somit wurden alle Nachforderungen zu den Fördermittelbescheiden zum 17.3.2020 vollständig erfüllt.

Die Fördermittelbescheide des Bundes in vorläufiger Höhe ergingen daraufhin am 25.5.2020 in der ursprünglich beantragten Höhe von 18.572.692 € für das Fördergebiet Nord und 19.043.089 € für das Fördergebiet Süd.

Mit Vorliegen dieser Bescheide konnten am 26.5.2020 zwei Anträge auf Kofinanzierung der Maßnahmen durch den Freistaat Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen gestellt werden.

Mit Bescheiden vom 22.6.2020 bewilligte die Landesdirektion Sachsen die Kofinanzierung des Breitbandausbauvorhabens wie beantragt in Höhe von 9.286.346 € für das Fördergebiet Nord und 9.521.544 € für das Fördergebiet Süd.

Parallel zu den Fördermittelanträgen für den eigentlichen Breitbandausbau wurde am 1.2.2020 ein Fördermittelantrag bei der ateneKOM für die techn./juristische Unterstützung bei der „Erstellung von Ausschreibungsunterlagen sowie der Durchführung und Begleitung der Ausschreibungen bis zur Vergabe für Netzplanung und -errichtung, Betrieb des Netzes und Bauüberwachung“ gestellt. Mit Bescheid vom 18.8.2020 bewilligte die ateneKOM dazu Fördermittel in Höhe von 50.000 €. Am 18.9.2020 wurden bei der Landesdirektion Sachsen Fördermittel für diese Beratungsleistungen und gleichzeitig die Genehmigung des vorzeitigen Maßnahmebeginns beantragt. Im Jahr 2020 ergingen dazu keine positiven Bescheide.

## 2.3 Ertragslage

Die Gesellschaft hatte im Jahr 2020 nur Kosten des laufenden Geschäftsbetriebes, insbesondere im Zusammenhang mit der Beantragung von Fördermitteln.

Die Ausgaben wurden durch Mittel des Landkreises aus § 22b Abs. 4 a) SächsFAG gedeckt.

## 2.4 Finanzlage

Aufgrund der eingeworbenen Finanzmittel und der FAG-Mittel – bei geringen Ausgaben - ist die finanzielle Situation gut.

## 2.5 Vermögenslage

Die Gesellschaft weist eine angemessene Eigenkapitaldecke auf.

# 3 Risiko-, Chancen- und Prognosebericht

## 3.1 Chancen- und Risikobericht

Die Gesellschaft geht – mit ihrem Geschäftszweck der Errichtung von Breitbandnetzen – bewusst Risiken ein. Dazu zählen insbesondere:

- Fehlende bzw. versagte Fördermittel für den Netzausbau
- Fehlschlagen von Zwischenfinanzierungen
- Baukostenüberschreitungen
- Unterdeckungen im laufenden Betrieb der zu errichtenden Breitbandnetze, unter anderem aufgrund der Rückgangs der Bevölkerungszahlen im ländlichen Raum

Die Gesellschaft geht davon aus, dass die Risiken beherrschbar, mithin nicht bestandsgefährdend, sind.

Die Risiken werden insbesondere beherrscht, indem Bauaufträge erst ausgelöst werden, wenn die Finanzierung gesichert ist.

### 3.2 Prognosebericht

Nach Erläuterungen zu offenen Fragen der Landesdirektion Sachsen wurde am 1.2.2021 der förderunschädliche vorzeitige Maßnahmebeginn genehmigt.

Ziel der Gesellschaft für das Jahr 2021 ist die Vorbereitung und Durchführung der Ausschreibungen zur Netzplanung und –errichtung sowie die Suche eines Netzbetreibers für das NGA-Breitbandausbauprojekt des Landkreises Leipzig.

Alle diese Ausschreibungen werden aufgrund der Größe europaweit auszuschreiben sein.

Weiterhin sollen alle Mitverlegungsmöglichkeiten nach TKG §77 identifiziert, geprüft und nach Möglichkeit genutzt werden. In Vorbereitung auf die Umsetzung von Mitverlegungsmöglichkeiten hat die Breitband GmbH Landkreis Leipzig beim Fördermittelgeber des Bundes (ateneKOM) den „vorfristigen Maßnahmebeginn“ vor Erteilung der Hauptanträge beantragt und bereits genehmigt bekommen. Ein Materialkonzept in Anlehnung an das für den geförderten Breitbandausbau verbindlichen Materialkonzeptes des Bundes in der Version 4.1 vom 2.4.2019 wurde erstellt und soll für diese Mitverlegungen zur Anwendung kommen.

Aktuell beschäftigen sich mehrere Telekommunikationsunternehmen im Landkreis Leipzig mit eigenwirtschaftlichen Breitbandausbau. Die privatwirtschaftlichen Ausbauaktivitäten zwingen zu Anpassungen im landkreisweiten Ausbauvorhaben, da auch „weiße Flecke“ betroffen sind. Derzeit laufen Gespräche mit der ateneKOM um eine förderunschädliche Vorgehensweise zur Anpassung des Landkreisprojektes abzustimmen.

Darüber hinaus unterstützt die Bundesregierung mit einer Neuauflage die Breitbandförderung, dem sogenannten Graue-Flecken-Förderprogramm. Die bisherige Aufgreifschwelle von 30 Mbit/s wurde auf 100 Mbit/s erhöht. Damit sind anders als bisher seit dem 26.04.2021 alle Anschlüsse, denen im Download weniger als 100 Mbit/s zuverlässig zur Verfügung stehen, förderfähig. Die Durchführung dieses Förderprogramms wird für unser Landkreisprojekt von einem neuen Projektträger, der PwC GmbH, begleitet. Voraussetzung ist wieder ein Markterkundungsprogramm, welches am 10.05.2021 startete.

Borna, den 25. Mai 2021

.....

Katrin Friebe  
Geschäftsführerin

# Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Otto-Schill-Straße 1

04109 Leipzig

Tel.: 0341 / 1 40 77 9-0

E-Mail: info@aufbauwerk-leipzig.com

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 22.11.1993

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 30.06.2004 und Anmeldung zum Handelsregister vom 03.11.2004 firmiert die Gesellschaft unter Aufbauwerk Region Leipzig GmbH.

Gegenstand des Unternehmens ist die integrierte Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein.

Von der Gesellschaft allein oder in Kooperation mit anderen regionalen Akteuren werden zur praktischen Verbindung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung dazu notwendige Aktivitäten entfaltet, beraten und unterstützt. Hierzu zählen u. a. Analysen, Berichte, Tagungen, Aufbau und Entwicklung von entsprechenden Netzwerken sowie die Beratung der regionalen Akteure, insbesondere der Gesellschafter, zu diesen Themen.

Hohe Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Partnern aus anderen europäischen Ländern, auch aus Mittel- und Osteuropa, sowie die Einwerbung von Mitteln aus dem Bereich der Europäischen Union und ihren Institutionen.

Die Gesellschaft übernimmt im Auftrage der Gesellschafter die Trägerschaft für Projekte, die in deren Interessen liegen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck gemäß den Absätzen 1-4 dienen. Sie kann sich beispielsweise an deren Unternehmen beteiligen, sie kann auch Zweigniederlassungen errichten.

### Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	25.600€
----------------------	---------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Frau Silvana Rückert
----------------------



### III BETEILIGUNGEN

#### Gesellschafter

Stadt Leipzig	14.600 €	57,0%
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>6.000 €</b>	<b>23,4%</b>
Landkreis Mittelsachsen	4.500 €	17,6%
WFG-Wirtschaftsförderungsgesellschaft mbH des Landkreises Nordsachsen	500 €	2,0%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

#### Finanzbeziehungen

	12/2018	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-	-
<b>Sonstiges</b>	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>	-	-	-
<b>Zuschüsse</b>	-	-	-
<b>Bürgschaften</b>	-	-	-

### IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

#### A) Grundlagen des Unternehmens

##### 1. Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist die integrierte Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein. Von der Gesellschaft allein oder in Kooperation mit anderen regionalen Akteuren werden zur praktischen Verbindung von Wirtschafts- und Regionalförderung dazu notwendige Aktivitäten entfaltet, beraten und unterstützt. Hierzu zählen u.a. Analysen, Berichte, Tagungen, Aufbau und Entwicklung von entsprechenden Netzwerken sowie die Beratung der regionalen Akteure, insbesondere der Gesellschafter, zu diesen Themen. Hohe Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Partnern aus anderen europäischen Ländern, auch aus Mittel- und Osteuropa, sowie die Einwerbung von Mitteln aus dem Bereich der Europäischen Union.

Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH ist Dienstleister für Dritte, vorrangig für öffentliche Institutionen. Sie arbeitet als Berater, Entwickler, Manager und Controller bei Projekten, die zu meist aus Mitteln der Europäischen Union finanziert werden. Auf diese Weise werden zusätzlich finanzielle Mittel für die regionalen Akteure in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Umwelt und Naturschutz sowie der politischen und kulturellen Zusammenarbeit akquiriert.

## **2. Forschung und Entwicklung**

Die Gesellschaft erbringt keine Forschungsleistungen.

Die Entwicklung neuer Projekte ist ein essenzielles Aufgabenfeld der Gesellschaft zur Sicherung und Aufrechterhaltung der eigenen Geschäftstätigkeit. Der Entwicklungsprozess findet permanent und begleitend zum Tagesgeschäft statt und richtet sich zeitlich nach der Veröffentlichung von Ausschreibungen in den einzelnen Programmen der Europäischen Kommission, des Bundes und des Freistaats Sachsen. Bei der Auswahl von neuen Projektansätzen spielen insbesondere die Entwicklung, Förderung und Weiterentwicklung von technischen sowie gesellschaftlichen Innovationen für die Region eine entscheidende Rolle. Zur Ermittlung von Innovationspotentialen pflegt die Gesellschaft regelmäßigen Kontakt mit Vertretern der Gesellschafter, besucht entsprechende Veranstaltungen und steht in regelmäßigem Austausch mit regionalen und überregionalen Experten.

## **B) Wirtschaftsbericht**

### **1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Die Entwicklungen im europäischen Markt wie bspw. die zunehmenden Anforderungen an das europäische Projektmanagement und eine rückläufige Zahl an Agenturen bieten gute Wachstumschancen für die Gesellschaft. Die wesentlichen Stärken der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH liegen in einem sehr gut funktionierenden internationalen Netzwerk und einer daraus resultierenden hohen Projektnachfrage sowie der spezifischen Kompetenz im europäischen Projektmanagement, gepaart mit umfangreichen Erfahrungen und Referenzen. Dennoch ist die Gesellschaft und ihr Geschäftsfeld sehr stark von nicht beeinflussbaren Faktoren abhängig, wie der Veröffentlichung von Förderprogrammen, deren Ausgestaltung (Förderquoten/mögliche Antragsteller) und dem Start bewilligter Projektanträge. Die Förderperiode 2014-2020 befindet sich in der Auslaufphase. Bedingt durch die COVID-19 Pandemie kam es bei der Umsetzung der Projekte zu Verzögerungen, sodass mehrere Projekte bis maximal sechs Monate verlängert werden mussten. Dies wirkt sich für die Gesellschaft positiv aus, da durch die Verlagerung dieser Umsätze in das Jahr 2021 die Ausfälle in der Übergangszeit abgemildert werden. Laut aktueller Prognosen werden die neuen Förderprogramme für die nächste Förderperiode nicht vor Ende 2021 / Anfang 2022 zur Verfügung stehen. Der Start neuer Projekte wird frühestens in der zweiten Jahreshälfte 2022 prognostiziert.

### **2. Geschäftsverlauf**

Die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens stellte sich im Jahresverlauf 2020 stabil dar. Die Gesellschaft verfügt derzeit über 15 Projekte, wovon zehn als Auftragnehmer umgesetzt werden. Im Geschäftsjahr 2020 wurde ein Fördervolumen von insgesamt rund 15 Millionen Euro akquiriert, davon 5 Millionen Euro für die Region.

### **3. Lage**

#### **3.1 Ertragslage**

Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2020 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 69.953,51 Euro ab (Vorjahr: Jahresüberschuss 29.832,53 Euro).

Die Gesamtleistung in Höhe von 395.253,68 Euro sank gegenüber dem Vorjahr leicht um 10.123,75 Euro aufgrund der auslaufenden Förderperiode. Die Umsatzerlöse stiegen aufgrund abgeschlossener Projekte und höherer Umsätze im Rahmen von Werkverträgen um 259.087,26 Euro, während die Bestandsveränderungen um 196.870,00 Euro sanken. Zusätzliche Erträge konnten auch im Jahr 2020 durch die Untervermietung der Büroräume generiert werden.

Die Aufwendungen für Personal sind um 17.804,78 Euro gesunken, was auf die Kündigung eines Mitarbeiters in der zweiten Jahreshälfte zurückzuführen ist.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen 79.605,81 Euro und sind ebenfalls gegenüber dem Vorjahr gesunken (-18.959,42 Euro).

### **3.2 Finanzlage**

Zum 31.12.2020 verfügt die Gesellschaft über positive liquide Mittel i. H. v. 321.548,14 Euro (Vorjahr: 201.142,36 Euro). Darin enthalten sind 35.000 Euro ESF-Fördermittel für die Projektpartner von RESQUE 2.0 enthalten, welche am 06.01.2020 weitergeleitet worden sind.

### **3.3 Vermögenslage**

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet. Die Bilanzsumme der Gesellschaft hat sich im Geschäftsjahr um 64.122,27 Euro verringert. Vermögensseitig ist diese Veränderung im Wesentlichen auf die Verringerung der in Arbeit befindlichen Aufträge (-196.870,00 Euro) und das Guthaben bei Kreditinstituten (+101.239,47 Euro) gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen. Auf der Passivseite der Bilanz wirkte sich die Verringerung der Verbindlichkeiten auf erhaltene Anzahlungen um 119.513,52 Euro aus. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 280.341,35 Euro (Vorjahr: 210.387,84 Euro). Die Eigenkapitalquote beträgt 31,0 %.

## **4. Finanzielle Leistungsindikatoren**

Für die interne Unternehmenssteuerung ziehen wir die Kennzahlen des Cashflows und die Gesamtleistung heran.

Die Gesamtleistung errechnet sich aus den Umsatzerlösen, der Bestandsveränderung und Sonstigen Erlösen und sank gegenüber dem Vorjahr um 10.123,75 Euro auf 395.253,68 Euro.

Der Cashflow auslaufender Geschäftstätigkeit beträgt im Geschäftsjahr 172.000 Euro (Vj. 65.000 Euro).

## **C) Prognosebericht**

Da sich die aktuelle Förderperiode 2014-2020 bereits in der Auslaufphase befindet, wurden im Jahr 2020 mehrere Projekte (u.a. MOVECIT, REFREsh und RURES) beendet. Das Jahr 2021 ist geprägt von Abschlussarbeiten weiterer Projekte. Die letzten Projekte aus der vorangegangenen Förderperiode 2014-2020 werden im Frühjahr 2022 beendet sein.

Die Gesellschaft erwartet, wie im Wirtschaftsplan dargestellt, für die Jahre 2021 und 2022 positive Jahresergebnisse (2021: 135.000 Euro, 2022: 56.000 Euro); für die Folgejahre ab 2023 werden negative Jahresergebnisse erwartet (2023: -13.000 Euro, 2024: -16.000 Euro).

Auch für das Jahr 2021 plant die Gesellschaft, unterjährig den Kontokorrentkredit in Anspruch zu nehmen. Dies ist ursächlich auf die von der Gesellschaft nur begrenzt steuerbare Auszahlung der Fördermittel zurückzuführen. Die Geschäftsführung geht weiterhin davon aus, dass die geplanten Fördermittel kontinuierlich zur Auszahlung kommen. Mit einem Vorfinanzierungszeitraum bei Schlussabrechnungen von bis zu neun Monaten muss gerechnet werden.

## **D) Chancen –und Risikobericht**

### **1. Risikobericht**

Die Entwicklung und Sicherung der Gesellschaft ist an die erfolgreiche Generierung von EU-Projekten gebunden. Dieses Risiko ist dem Geschäftsmodell der Gesellschaft inhärent und konnte in der Vergangenheit bisher erfolgreich bewältigt werden. Dies stellt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die aktuelle Förderperiode 2014 bis 2020 auslaufen wird und ab dem Jahr 2021 die neue Förderperiode beginnt, wiederum eine erhebliche Herausforderung für die Gesellschaft dar. Aufgrund rückläufiger Fördermittel für Sachsen richtet die Gesellschaft ihren Fokus auf transnationale Programme mit direkter Auszahlung der EU, welche gegenwärtig das Hauptgeschäft der Gesellschaft darstellen.

Die Kofinanzierung der laufenden Projekte erfolgt aus eigener Kraft (Eigenanteile zwischen 15 und 20%). Die erforderlichen Mittel werden im Geschäftsfeld Auftragstätigkeiten erwirtschaftet. Es erfolgt keine Subventionierung durch die Gesellschafter.

Die Risiken aus einer überwiegend unentgeltlichen Antragstellung für EU-Projekte liegen in einem hohen Personal- und Zeitaufwand zur Entwicklung von Anträgen, die selbst im Falle einer erfolgreichen Antragsstellung nicht in vollem Umfang vergütet werden.

Außerdem stellt die teilweise sehr langfristige Nachbereitung von Projekten nach Beendigung ihrer Laufzeit und damit des förderfähigen Zeitraums eine Belastung dar.

Die Organisationsstruktur des Aufbauwerks ist auf eine flexible personelle Grundstruktur beschränkt, die entsprechend den jeweiligen Projektaufgaben angepasst wird. Die Gesellschaft beschäftigt ihre Mitarbeiter überwiegend projektbezogen. Im Geschäftsjahr 2020 waren durchschnittlich sechs Arbeitnehmer beschäftigt.

## **2. Chancenbericht**

Die Methodenkompetenz und die daraus resultierende Anpassungsfähigkeit ermöglichen, dass sich die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH auf verschiedene regionale Branchenschwerpunkte konzentrieren und anpassen kann. Dies gilt auch für den Fall von veränderten Förderschwerpunkten der EU in den jeweils neu startenden Förderperioden. Die Kernkompetenzen des Aufbauwerks liegen in der Entwicklung und Umsetzung von EU-Projekten und sind damit universell. Diese Kompetenzen in Verbindung mit den lokalen Rahmenbedingungen eröffnen deutliche Wachstumschancen mit dem Ziel, weitere Mittel für die Regionalentwicklung in Leipzig bzw. Mitteldeutschland zu akquirieren. Dazu trägt auch eine wachsende europäische regionale Vernetzung bei.

## **3. Gesamtaussage**

Das strategische und operative Handeln der Gesellschaft ist wesentlich geprägt von einem Selbstverständnis als Dienstleister für die Region Leipzig.

Der Rückgang der Fördermittel für Sachsen in den nächsten Jahren ist eine große Herausforderung für die Region. Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH kann dies abfedern durch verstärkten Zugriff auf Fördermittel, die in zentraler Verwaltung der EU-Kommission liegen.

## **E) Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten**

Für den Fall, dass die Zahlungen der Fördermittelgeber/Vertragspartner nicht fristgerecht erfolgen, kann die Gesellschaft auf einen Kontokorrentkredit i. H. von 145.000 Euro zurückgreifen. Der Kredit dient zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko, welcher auch im Jahr 2021 für Übergangszeiträume bis zum Eingang der Fördermittel in Anspruch genommen werden soll.

## **F) Zweigniederlassungsbericht**

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Leipzig, den 10.05.2021

Silvana Rückert, Geschäftsführerin

# Invest Region Leipzig GmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Markt 9

04109 Leipzig

Tel.: 0341-26827770

E-Mail: [info@invest-region-leipzig.de](mailto:info@invest-region-leipzig.de)

Webseite: <http://www.invest-region-leipzig.de>

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 30.11.2012

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Unterstützung der Wirtschaftsförderung für die Region Leipzig, bestehend aus den Gebieten der Landkreise Leipzig und Nordsachsen mit deren kreisangehörigen Gemeinden sowie der Stadt. Die Gesellschaft fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der durch die Gesellschafter repräsentierten Region dienen.

Im Rahmen dieser Zweckbestimmung wird die Gesellschaft insbesondere das Standortmarketing und die Investorenwerbung für die Region durchführen, Neuansiedlungen von Unternehmen und Einrichtungen anwerben und Betreuen und die Vernetzung innerhalb der Region und überregional mit dem Ziel der Bildung von Wirtschaftsklustern unterstützen.

### Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	150.000€
----------------------	----------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Michael Körner
---------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Stadt Leipzig	76.500 €	51,0%
IHK Leipzig	28.500 €	19,0%
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>22.500 €</b>	<b>15,0%</b>
Landkreis Nordsachsen	22.500 €	15,0%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.



**Finanzbeziehungen**

	12/2018	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-	-
<b>Sonstiges</b>	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>	-	-	-
<b>Zuschüsse</b>	253.107,7 €	229.710,0 €	251.609,9 €
<b>Bürgschaften</b>	-	-	-

**IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE**

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

**PROFIL UND GESCHÄFTSTÄTIGKEIT DER INVEST REGION LEIPZIG GMBH**

Die Invest Region Leipzig GmbH (nachfolgend kurz „IRL“ oder „Gesellschaft“) ist seit dem 15. August 2013 als Gesellschaft der Stadt Leipzig, der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig sowie der Landkreise Nordsachsen und Leipzig im Sinne einer nach außen orientierten Wirtschaftsfördergesellschaft aktiv. Sie fügt sich in das Zusammenspiel der Ämter und Institutionen für Wirtschaftsförderung innerhalb der Region Leipzig ein, deren jeweilige Schwerpunktsetzungen (u.a. lokale Bestandspflege, wirtschaftspolitische Rahmengestaltung, Cluster- Förderung, Liegenschaftsmanagement, Gründerberatung, Aus- und Weiterbildung) in den gegebenen regionalen Strukturen bestehen bleiben. Nach Schärfung des Tätigkeitsprofils durch die Gesellschafter im Juni 2018 fokussiert die Gesellschaft auf die Initiierung, Akquisition und Ansiedlung arbeitsplatzschaffender, gewerblicher Direktinvestitionen unter der Reduzierung der vertrieblichen Aktivitäten des Fachkräfteservices, der in das Ansiedlungsgeschäft integriert und im Wesentlichen auf die Beratung von Ansiedlungsinteressenten in fachkräftespezifischen Themenstellungen und den Betrieb und die Bewerbung des regionalen Fachkräfteportals beschränkt wird. Die wirtschaftsfördernden Standort- Marketingaktivitäten für die Region Leipzig dienen unverändert der Umsetzung von Zielen und Strategien zur Ansprache strategisch bedeutsamer Unternehmen. Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhält die IRL GmbH von ihren Gesellschaftern Finanzmittel, die sich am jeweiligen Gesellschaftsanteil der Gesellschafter bemessen bzw. zur Erbringung projektbezogener Leistungen vereinbart werden. Daneben generiert die GmbH in geringem Maße Eigenerlöse durch die projektbezogene Einbindung regionaler Wirtschaftspartner in ihre Vertriebs- und Marketingmaßnahmen.

**GRUNDLAGEN DER UNTERNEHMENSFÜHRUNG**

Die Arbeit der IRL GmbH stützt sich auf ein klares strategisches Unternehmenskonzept sowie einen jährlich fortgeschriebenen Wirtschafts- /Marketingplan, welcher regelmäßig durch ein umfassendes Jahres-, Quartals- und Zwischenberichtswesen gegenüber den Organen der Gesellschaft sowie anhängigen Gremien und Interessengruppierungen reflektiert wird.

## **Strategisches Unternehmens- und Vertriebskonzept**

Die Aktivitäten der Invest Region Leipzig GmbH richten sich an einem umfassenden – durch die Gesellschafterversammlung am 19. Dezember 2018 beschlossenen - strategischen Unternehmenskonzept aus. Das strategische Unternehmenskonzept wird durch ein Vertriebskonzept, das die angestrebten Vertriebsmaßnahmen konkretisiert, ergänzt. Das Vertriebskonzept wird stetig fortgeschrieben, um aktuelle Entwicklungen und Tendenzen aufzunehmen und in die Vertriebsarbeit zu integrieren.

## **Wirtschaftsplanung**

Die Gesellschaft richtete ihre Geschäftsaktivitäten im Geschäftsjahr 2020 – soweit pandemiebedingt möglich - an dem durch die Gesellschafter im Dezember 2019 im schriftlichen Beschlussverfahren genehmigten Wirtschaftsplan 2020 einschließlich den, dem Wirtschaftsplan zugrunde liegenden Vertriebs- /Marketingarbeitsplänen aus. Der Wirtschaftsplan für das laufende Geschäftsjahr 2021 wurde am 19. Oktober 2020 einstimmig durch die Gesellschafterversammlung beschlossen und die Mittelfristplanung der Gesellschaft zur Kenntnis genommen.

## **Managementberichtswesen**

Der Geschäftsführer informiert den Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung regelmäßig und umfassend in mündlicher und schriftlicher Form über die Lage des Unternehmens, Fragen zur Strategie und zu deren Umsetzung, über die Planungen sowie die Geschäftsentwicklung einschließlich der Finanz- und Ertragslage wie auch über gemäß Dienstleistungsvertrag vereinbarte Projekte von besonderer strategischer Bedeutung. Dabei standen im abgelaufenen Geschäftsjahr insbesondere die durch die anhaltende Ausbreitung des Corona-Virus erforderliche Strategieanpassung sowie die eingeschränkten Möglichkeiten zur Umsetzung der Wirtschaftsplanung im Fokus der Berichterstattungen. Bei wesentlichen Ereignissen wird gegebenenfalls eine außerordentliche Aufsichtsratssitzung einberufen. Dies war im Geschäftsjahr 2020 nicht erforderlich. Über die festgelegten Gremien- Sitzungstermine hinaus findet ein kontinuierlicher Informationsaustausch mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden bzw. seinem Stellvertreter statt. Darüber hinaus erfolgt der Austausch auf fachlicher Ebene mit den Amtsleitern für Wirtschaftsförderung der Gesellschafter und der Geschäftsführung der IHK zu Leipzig monatlich und mit der operativen Wirtschaftsfördererebene quartalsweise. Aufgrund der Corona-Pandemie fand dieser Informationsaustausch in 2020 sowohl in Präsenz als auch digital statt. Das Berichtswesen der Gesellschaft wird stetig zielgruppenspezifisch optimiert und sukzessive um Leistungs- wie auch Erfolgskennzahlen erweitert.

## **Gesellschaftsvertrag/Satzung und Geschäftsordnungen**

Die Gesellschaft verfügt über einen Gesellschaftsvertrag, der den Neuregelungen des Gemeinde-wirtschafts-rechts der Sächsischen Gemeindeordnung entspricht. Darüber hinaus liegt eine durch die Gesellschafterversammlung beschlossene Geschäftsordnung der Geschäftsführung (GO GF) sowie eine Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat (GO AR) vor. Die Erstattung von den Aufsichtsräten im Rahmen ihrer Tätigkeit entstehenden Unkosten regelt gemäß Gesellschaftsvertrag die Aufwendungsersatzordnung für die Mitglieder des Aufsichtsrates der IRL.

## **Finanzierungsgrundlagen**

Zur Finanzierung der Gesellschaft wurde zwischen dieser und ihren kommunalen Gesellschaftern Stadt Leipzig, Landkreis Leipzig und Landkreis Nordsachsen ein Dienstleistungsvertrag für den Zeitraum vom 1. Januar 2019 bis 31. Dezember 2021 geschlossen. Der Gesellschafter IHK zu Leipzig stellt seinen Finanzierungsanteil für die Jahre 2019 bis 2021 durch eine institutionelle Förderung sicher. Innerhalb der Dienstleistungsperioden wurden und werden so die

gemäß Wirtschaftsplanung zu erbringenden Leistungen anteilig von den Gesellschaftern vergütet bzw. ein Festbetrag zugewendet. Mittelzuflüsse, denen (noch) keine Leistungserbringung gegenüberstanden bzw. stehen, wurden/werden bilanziell als Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bewertet. Die Dienstleistungsverträge wie auch der Zuwendungsbescheid der IHK zu Leipzig sehen vor, dass während der Vertragslaufzeiten insgesamt zur Verfügung gestellte Mittel, die durch die Gesellschaft nicht aufgebraucht wurden, unter Berücksichtigung der vertraglichen Vereinbarungen am Ende der Finanzierungsperiode an die Gesellschafter zurückzuzahlen sind. Zusätzliche Finanzierungsmittel wurden der IRL am 30. Januar 2019 per Haushaltsbeschluss durch die Stadt Leipzig für den Aufbau und den Betrieb von Auslandsrepräsentanzen innerhalb eines Zeitraums von zwei Jahren eingeräumt. Im Dezember 2019 ermächtigte die Gesellschafterversammlung den Geschäftsführer der IRL zum Abschluss eines entsprechenden Dienstleistungsvertrages mit der Stadt Leipzig.

## WIRTSCHAFTSBERICHT

### Geschäftsverlauf und Aktivitäten

Der Fokus der GmbH- Aktivitäten im Geschäftsjahr 2020 lag satzungsgemäß auf der Initiierung und Akquisition arbeitsplatzschaffender gewerblicher Direktinvestitionen. Die vertrieblichen Aktivitäten unterstützend und das Profil der Wirtschaftsregion Leipzig schärfend, setzte die Gesellschaft auf ein vertriebsunterstützendes, zielgruppenorientiertes und integriertes Marketing und den zunehmend – in Bezug auf die Befriedung spezifischer Investorenbedarfe - an Bedeutung gewinnenden Fachkräfteservice.

Die ab Januar 2020 sprunghafte Ausbreitung des in China ausgebrochenen Coronavirus SARS-CoV-2 und damit verbundenen wirtschaftlichen Auswirkungen beeinflussten insbesondere ab März 2020 die Geschäftstätigkeit und den der Wirtschaftsplanung 2020 zugrunde liegenden Arbeitsplan der Invest Region Leipzig GmbH massiv und nachhaltig. So wurden Ende des 1. Quartals 2020 Maßnahmen etabliert, die der Risikominimierung bzw. Risikoverteilung bzgl. der Ansteckungsgefahr mit dem Coronavirus dienten und die sich über das gesamte Jahr erstreckten. Auf die veränderte Situation reagierte die Gesellschaft mit der Aktualisierung ihrer Arbeits- und Vorhabenpläne. Dies hatte insbesondere die Überprüfung der Einflüsse und Auswirkungen der Coronakrise auf die Primärbranchen, die Qualitätssteigerung von Informationsmaterialien (Pitch-Decks) und die Entwicklung alternativer Ansprachekonzepte zur Folge. Die Gesamtsituation erforderte aber auch die Unterstützung der auf die Bestandspflege ausgerichteten Wirtschaftsförderungsaktivitäten der Gesellschafter. So gelang es der Gesellschaft, über ihr internationales Partnernetzwerk verschiedenste Quellen für Lieferungen medizinischer Schutzausrüstung zur Unterstützung der Region Leipzig in der Coronakrise zu erschließen und eine Kooperation (Beschaffungsplattform für medizinische Ausrüstung) zwischen einer vietnamesischen Konzerngruppe, die u.a. in der Gesundheitswirtschaft aktiv ist, ... anzubahnen. Potenzielle Investoren und an der Region Leipzig Interessierte signalisierten mehrheitlich, dass Markteintritts- und Unternehmenserweiterungspläne hintangestellt wurden, um die weiteren Entwicklungen abzuwarten. Darüber hinaus bremsten Reiseverbote bzw. -beschränkungen potenzieller Partner, Dienstleister und Multiplikatoren wie auch der IRL-Mitarbeiter den angestrebten Netzwerkausbau und die Netzwerkpflege. Angesichts der internationalen Entwicklung mit der Verbreitung des Coronavirus wurden geplante Delegationsreisen und Informations-/Markterkundungsbesuche ebenfalls abgesagt.

### Unternehmensakquisition und –ansiedlung

#### Zielgruppen und Zielmärkte des Vertriebs

Die fortschreitende Ausbreitung des Coronavirus beeinträchtigt seit März 2020 die Investorenanwerbung und -bearbeitung (national wie auch international) erheblich und erforderte verändertes Denken und Handeln. Und so konzentrierten sich die Aktivitäten der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2020 auf die akquisitorische Bearbeitung von Branchen und Nischen, die einer-

seits mit den größten Perspektiven für die Wirtschaftsregion Leipzig versehen sind und andererseits Systemrelevanz besitzen, zur Bekämpfung der Pandemie durch das Coronavirus relevante Produkte erzeugen, entsprechende Lieferketten bedienen und vor allem erfolgversprechende Technologien anwenden bzw. anbieten.

#### Vertriebskanäle und –maßnahmen

Der direkte Vertrieb, d.h. die persönliche Kontaktaufnahme zu potenziellen Investoren über Direktansprachen auf Messen und Konferenzen, fand im Jahr 2020 ausschließlich in den Monaten Januar und Februar statt. Im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2020 vorgesehene Messen und Konferenzen wurden Veranstalterseitig abgesagt, in hybride bzw. virtuelle Formate gewandelt oder in das Folgejahr verlegt. Damit war auch die Ansprache von ansiedlungsrelevanten Unternehmen nur bedingt zielführend, da die persönlichen Kontakte auf Geschäfts- und Messereisen aber auch im Rahmen von Standortbesichtigungen ausblieben. Für die Gesellschaft bedeutete dies den Wegfall ihres zentralen Vertriebskanals. Insofern konzentrierte sich die Gesellschaft darauf, vorhandene Anspracheformate weiter zu professionalisieren bzw. neue zu entwickeln. Der Austausch mit ansiedlungsinteressierten Investoren beschränkte sich zumeist auf die digitale Ebene, vereinzelt fanden persönliche Gespräche wie auch Standortbesichtigungen unter Einhaltung der aktuell geltenden Schutzmaßnahmen statt. Gelegenheiten zum persönlichen Netzwerkausbau und der Netzwerkpfege waren nicht gegeben. Dabei bewies sich einmal mehr, dass die Digitalisierung der unabdingbare Schlüssel zum Erfolg ist und bleibt, um Responsivität und Schnelligkeit auch in der gegenwärtigen Krisensituation gewährleisten zu können. Standortberatung fanden vornehmlich virtuell statt. Mit der Durchführung einer Reihe von branchenspezifischen Webinaren zum Life Sciences Standort Sachsen/Leipzig, die in Kooperation mit der Wirtschaftsförderung Sachsen durchgeführt wurden und i. W. der Ansprache international agierender Unternehmen galt, gelang es der Gesellschaft, die Region Leipzig als Investitionsstandort zu empfehlen und den Kontakt zu Investoren auf digitaler Ebene zu halten.

Intensiviert und professionalisiert wurden Direkt- Mailing Kampagnen, um ausgewählte, wachstumsorientierte Unternehmen anzusprechen. Der indirekte Vertrieb im Sinne einer (Erst-)Kontaktaufnahme zu den Zielgruppen durch Dritte bildete auch in 2020 einen – wenn auch eingeschränkten - Vertriebskanal der Gesellschaft.

#### Entwicklungs- und Vermarktungspartnerschaft (EuVP)

Der Aufbau von Entwicklungs- und Vermarktungspartnerschaften mit ausgewählten regionalen Mittelzentren der Landkreise Leipzig und Nordsachsen mit dem Ziel, deren Vermarktungschancen weiter zu erhöhen und Ansiedlungserfolge zu erzielen, konnte – wenn auch mit erheblichen Einschränkungen verbunden - in 2020 weiter vorangetrieben werden. Daneben galt es, laufende Projekte weiter zu betreuen und auf kommunaler Ebene über Entwicklungsaspekte im Rahmen der EuVP zu berichten, mögliche Perspektiven zu erörtern bzw. anzudiskutieren und bei ansiedlungsspezifischen Fragestellungen Erfahrungswerte zu teilen und beratend zu agieren.

#### Auslandsrepräsentanzen Vietnam und UK

Am 30. Januar 2019 fasste die Ratsversammlung der Stadt Leipzig den Ratsbeschluss VI- HP- 07339 zur Neuausrichtung der Auslandsaktivitäten (Vereinigtes Königreich und Vietnam) der IRL für die Stadt Leipzig, durch den der Gesellschaft in den Jahren 2019 und 2020 jährlich TEUR 500 zur Einrichtung von Auslandsrepräsentanzen und zum Zweck der gezielten und nachhaltigen Außenwirtschaftsförderung und Stärkung der Direktinvestitionstätigkeit für die Region Leipzig bereitgestellt werden. Seit November 2019 ist die Gesellschaft sowohl in UK als auch in Vietnam auf Basis eines ausschließlich zwischen der IRL und der Geschäftsterin Stadt Leipzig geschlossenen Dienstleistungsvertrages aktiv. Die weltweit andauernde COVID-19-Pandemie hat die planmäßige Auslandsmarktbearbeitung der IRL seit März 2020

stark beeinträchtigt. Fast alle geplanten Auslandsmessen und -konferenzen wurden veranlasst, einseitig abgesagt oder auf das Jahr 2021 verschoben. Nur in Einzelfällen wurden diese durch virtuelle Formate ersetzt. Die persönliche Bearbeitung der Zielmärkte vor Ort durch Mitarbeiter der IRL im Rahmen von Geschäftsreisen war auf Grund von Reisebeschränkungen nicht möglich. Anhaltende Maßnahmen zur Risikominimierung und zum Mitarbeiter-Schutz, sowohl auf Seiten der IRL als auch auf Seiten potenzieller Zielunternehmen, ließen keine Durchführung eigener Veranstaltungsformate (z.B. Workshops, Seminare, Roundtables) oder B2B-Meetings mit mehreren Personen in den Auslandsmärkten zu. Insofern, als dass das weltweite Infektionsgeschehen eine vorausschauende Umplanung nicht zuließ, mussten auch hier unterjährig alternative Maßnahmen, Instrumente und Arbeitsweisen etabliert werden, um eine zweckdienliche Auslandsmarktbearbeitung fortsetzen zu können. Dennoch konnten die Planmaßnahmen in den beiden Zielmärkten nur in einem sehr eingeschränkten Umfang durchgeführt werden.

## *UK*

Durch die lokale Repräsentanz konnten die Identifikation und Ansprache von geeigneten Zielunternehmen sowie eingeschränkt auch die persönliche Nachbearbeitung von Verkaufschancen im Markt trotz der so genannten Lock-Downs in GB und Deutschland in einem gewissen Maß fortgesetzt werden.

## *Vietnam*

Die drei vorrangigen Ziele der vietnamesischen Marktpresenz sind die Ansiedlungs- und Markteintrittsberatung vietnamesischer Unternehmen in die Region Leipzig, die Unterstützung des Markteintritts Leipziger Firmen nach Vietnam sowie die Gewinnung vietnamesischer Fachkräfte für Firmen aus der Region Leipzig. Im ersten halben Jahr der Geschäftsbesorgung wurden die wichtigsten grundlegenden Kommunikations- und Marketinginstrumente für die Standortbewerbung der Region Leipzig im vietnamesischen Markt umgesetzt. Noch im Februar 2020 besuchten vietnamesische Unternehmensvertreter die Region Leipzig. Während des mehrtägigen durch die IRL organisierten und begleiteten Aufenthalts fanden Gespräche, teilweise auch virtuell, mit Firmen und Einrichtungen aus der Gesundheitswirtschaft, der Fachkräfteausbildung sowie Startup-/Techszene statt. Seit März 2020 waren wechselseitige Unternehmensbesuche nicht mehr möglich. Aufgrund der pandemiebedingten Unterbrechung wurden die Direktansprachen ausgewählter vietnamesischer Unternehmen und auch außenwirtschaftliche Aktivitäten im zweiten Quartal ausgesetzt. Vielmehr lag der Fokus auf der Identifizierung ausgewählter Branchen, die während der Pandemie Wachstum in Vietnam verzeichneten.

Die Aktivitäten der IRL konzentrierten sich im Berichtszeitraum somit im Wesentlichen auf Marktbeobachtung und -erkundung und vor allem darauf, Beschaffungslogistik zu betreiben.

## Akquisitionsergebnisse

Auch wenn das Jahr 2020 durch die Corona-Pandemie beherrscht wurde und mit wesentlichen Einschränkungen sowohl in der Ansprache von Investoren als auch mit Blick auf Standortbeachtungen versehen war, kann es in Bezug auf die Investorenanwerbung durch die IRL in Bezug auf die Anzahl qualifizierter Kontakte wie auch in Bearbeitung befindlicher und umgesetzter Projekte (Ansiedlungszusagen) als erfolgreich angesehen werden. Zum Stichtag 31. Dezember 2020 befanden sich insgesamt 1.301 qualifizierte Kontakte und damit Unternehmen, die ein grundsätzliches Interesse bzw. einen grundsätzlichen Expansionsbedarf geäußert haben, in der Bearbeitung durch das Akquisitionsteam der Gesellschaft - eine nochmalige deutliche Steigerung zum Vorjahr (31.12.2019: 1.016). Die in den Vorjahren erfahrene Zunahme der spezifischen Informationsbedarfe von Investoren nahm in 2020 weiter zu, was die Projekt-Bearbeitungstiefe und den Einsatz personeller Ressourcen weiter intensivierte. Die Hintanstellung von geplanten Projekten zog intern eine Bereinigung der Projektbasis nach sich. Infolgedessen liegt die Zahl der betreuten Projekte mit 65 deutlich unter der des Vorjahres



(31.12.2019: 106). Ein Projekt ist so lange existent, wie eine Vorhabenbeschreibungen vorliegt, Flächen- /Immobilienanfragen getätigt werden bzw. wurden und ein regelmäßiger Austausch zwischen Standortberater und potenziellem Investor und damit eine Vorhabenbegleitung stattfindet. Auch wenn das Jahr 2020 alle vor besondere Herausforderungen stellte, entschieden sich im Ergebnis der Bemühungen um Investoren und unter Begleitung der IRL insgesamt elf Unternehmen (2019: 12 Unternehmen) für eine Ansiedlung in der Region Leipzig. Damit erhöhte sich die Anzahl der durch die IRL seit Unternehmensgründung 2013 begleiteten Ansiedlungen auf insgesamt 81. Die 2020 angesiedelten Unternehmen beabsichtigen nach eigenen Angaben perspektivisch, d.h. innerhalb von zwei Jahren, ca. 191 (2019: ca. 930) Arbeitsplätze zu schaffen.

### **Standort- und Imagemarketing**

Plangemäß fokussierte das vertriebsunterstützende Marketing weiterhin und verstärkt auf Internet- /Online- Aktivitäten auf branchen- und zielgruppenspezifischen Webseiten, um die Wirtschaftsregion Leipzig und die Beraterkompetenz der Gesellschaft zu bewerben. In die Internet- /Online- Aktivitäten einbezogen wurden regelmäßig die Unternehmenswebseite, das Stellenportal, das Regionenportal sowie die investorenorientierte Neuseeland Webseite. In diesem Zusammenhang werden Online- Anzeigen stetig optimiert und überarbeitet sowie Websiteinhalte ergänzt und ausgebaut (Soft Landing Angebot, Blogsektion, Newsartikel). Neben der noch intensiveren Nutzung von Social-Media-Kanälen (LinkedIn, XING) zur Investorenansprache aber auch Imagebildung, wurden die Webseiteninhalte sukzessive um branchenspezifische Inhalte erweitert und für Suchmaschinen optimiert (SEO-Marketing). Das Leistungsspektrum umfasste in 2020 daneben auch die Schaltung redaktioneller Beiträge und Anzeigen in einschlägigen regionalen, überregionalen und internationalen Medien sowie die öffentlichkeitswirksame Vermarktung der Offensive zur Beschaffung medizinischer Schutzausrüstung sowie einer deutsch-vietnamesischen Kooperation im Gesundheitssektor. Darüber hinaus unterstützte das Marketing die vertrieblichen Aktivitäten durch die Zurverfügungstellung branchenspezifischer Präsentationen, Broschüren, Factsheets und Kommunikationsmitteln und sonstiger Vertriebsmaterialien, die z. B. der exklusiven Investorenansprache dienen.

### **Fachkräfteservice- /gewinnung**

Das Thema Fachkräfte nimmt im Ansiedlungsprozess einen immer bedeutenderen und oft ausschlaggebenden Stellenwert ein. Insofern erfolgte in den letzten beiden Jahren eine wesentlich stärkere Einbindung dieses Fachbereichs in Investoren-/Unternehmensgespräche und damit eine Konzentration im Wesentlichen auf die Investorenberatung in fachkräftespezifischen Fragestellungen sowie die Vernetzung mit regionalen Arbeitsmarktakteuren und den Betrieb und die Bewerbung des regionalen Fachkräfteportals. Die Informationsbedarfe, mit denen die IRL im Sondierungs- /Ansiedlungsprozess konfrontiert wird, sind sehr spezifisch und individuell und reichen von der Zurverfügungstellung aktueller fachkräftespezifischer

Informationen und Analysen, Arbeitsmarktdaten und Qualifizierungs- und Fördermöglichkeiten bis hin zur Vernetzung der Investoren mit Arbeitsmarktakteuren, Hochschulen, Universitäten und Bildungsträgern. Folglich erfordert dies den weiteren Auf- und Ausbau arbeitsmarktspezifischer Informationen, Analysen sowie Qualifizierungs- und Fördermöglichkeiten, die in Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit, Personaldienstleistern, Hochschulen und Bildungsträgern laufend abgestimmt und aktualisiert werden. Regelmäßig bringt sich der Fachbereich darüber hinaus aktiv in die Fachkräfteallianzen der Gesellschafter Stadt Leipzig und Landkreis Leipzig ein.

### **Personelle Entwicklung**

Der Personalbestand der Gesellschaft ist stabil. Zum Stichtag 31. Dezember 2020 gehörten der IRL zwölf Angestellte, vier studentische Aushilfen und ein Geschäftsführer an (31.12.2019: elf Angestellte, vier studentische Aushilfen, ein Geschäftsführer). Von den Angestellten waren

– unverändert zum Vorjahr – acht direkt dem Vertrieb zuzuordnen sowie vier weitere vertriebsunterstützend tätig. Im Durchschnitt des Geschäftsjahres waren vierzehn (2019: zwölf) Angestellte (inkl. Geschäftsführer) und drei (2019: fünf) studentische Aushilfen beschäftigt.

#### Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

##### Ertragslage

Die Gesellschaft weist für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 2020 Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.433 (2019: TEUR 1.350) aus. Hiervon resultieren Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 1.418 (2019: TEUR 1.299) aus der Erbringung von satzungsgemäß definierten Dienstleistungen der Gesellschaft, denen ein Leistungsaustauschverhältnis mit den Gesellschaftern bzw. ein Zuwendungsbescheid zugrunde liegt, und in Höhe von TEUR 16 (2019: TEUR 50) aus maßnahmenorientierten Marketing- Aktivitäten. Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 82 (2019: TEUR 59) entfallen auf das Projekt Errichtung von Auslandsrepräsentanzen in Vietnam und UK, welches zwischen der IRL und dem Gesellschafter Stadt Leipzig im Jahr 2019 gesondert vertraglich vereinbart wurde. Auf Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen entfielen im Geschäftsjahr 2020 TEUR 25 (2019: TEUR 18). Der Personalaufwand beläuft sich für das Geschäftsjahr 2020 auf TEUR 832, nach TEUR 768 im Jahr 2019, wovon das Projekt Errichtung von Auslandsrepräsentanzen in Vietnam und UK TEUR 27 (2019: TEUR 14) auf sich vereint. Unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen werden sämtliche Aufwendungen ausgewiesen, die der vertrieblichen Unterstützung wirtschaftsfördernder Prozesse im Sinne der Investorenanwerbung dienen sowie Aufwendungen des regulären Geschäftsbetriebes. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen bewegen sich auf Vorjahresniveau und werden mit TEUR 601 (2019: TEUR 602) ausgewiesen. Diese liegen – begründet durch die vorstehend erläuterten Einflüsse aufgrund der Corona-Pandemie – wesentlich unter den ursprünglichen Planungen der Gesellschaft. Darüber hinaus wurden der Gesellschaft im Jahr 2019 im Rahmen des Projektes Errichtung von Auslandsrepräsentanzen in Vietnam und UK unterjährig Mittel in Höhe von TEUR 500 durch den Gesellschafter Stadt Leipzig zugewendet, die unter dem Einfluss von Corona ebenso nicht den Planungen entsprechend eingesetzt werden konnten. Die Einflüsse der Corona-Pandemie zeigen sich in nahezu sämtlichen Aufwandspositionen bzw. führten zu einer Verlagerung von Aufwendungen für präsenzbasierende Akquisitionsformate hin zu virtuellen/digitalen Akquisitionsmaßnahmen und klassischen Direktmarketinginstrumenten. Die eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten führten zu einem signifikanten Bedeutungszuwachs des Internets, insbesondere des Online- Marketings als Vertriebskanal. Auf den Betrieb der Auslandsrepräsentanzen entfallen sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von TEUR 58 (2019: TEUR 44), die maßgeblich den Kostenpositionen Messen/Sales Promotion, Auslandsmarkt-erschließung, Honorare, Rechts- und Beratungskosten sowie Corporate Design zuzuordnen sind. Im Ergebnis ihrer nicht auf Gewinnerzielung ausgerichteten Geschäftstätigkeit vom 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2020 weist die Gesellschaft einen strukturbedingten Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 2 (2019: TEUR 2) aus.

##### Vermögens- und Finanzlage

Das bilanzielle Gesamtvermögen der GmbH beläuft sich zum 31. Dezember 2020 auf TEUR 1.383 (31.12.2019: TEUR 981) und bildet die pandemiebedingten äußeren Einflüsse auf die Geschäftstätigkeit ab.

Zum 31. Dezember 2020 verfügte die Gesellschaft über liquide Mittel in Höhe von TEUR 796 (31.12.2019: TEUR 881). Bis zum Bilanzstichtag wurden die auf der Grundlage des Dienstleistungsvertrages bzw. Zuwendungsbescheids (Grundfinanzierung) für das Geschäftsjahr 2020 von den Gesellschaftern in Höhe von insgesamt TEUR 1.649 abgerufenen Mittel in Höhe von TEUR 1.646 zahlungswirksam. Der vertraglich mit dem Gesellschafter Stadt Leipzig vereinbarte Finanzmittelabruf in Höhe von TEUR 500 für den Betrieb von Auslandsvertretungen wurde im Dezember 2020 veranlasst, der Mittelzufluss erfolgte im Januar 2021. Forderungen

gegenüber Gesellschaftern werden zum Bilanzstichtag in Höhe von TEUR 503 (31.12.2019: TEUR 29) ausgewiesen. Die Position enthält i. W. den zuvor genannten Mittelabruf für den Betrieb von Auslandsvertretungen in Höhe von TEUR 500 sowie die Endabrechnung der für das Jahr 2020 gemäß Dienstleistungsvertrag vereinbarten Einzelprojekte (TEUR 3; 31.12.2019: TEUR 8). Alle Angaben verstehen sich einschließlich der gesetzlichen Umsatzsteuer. Das Eigenkapital der IRL beläuft sich zum Bilanzstichtag auf TEUR 157 (31.12.2019: TEUR 155). Am 31. Dezember 2020 belief sich die Eigenkapitalquote damit auf 11,3 %. Gegenüber dem Vorjahresstichtag (15,7 %) verringerte sich diese damit um 4,4 %- Punkte, vornehmlich aufgrund der gestiegenen Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern.

Das Fremdkapital, welches sich aus Rückstellungen (31.12.2020: TEUR 136; 31.12.2019: TEUR 78) und Verbindlichkeiten (31.12.2020: TEUR 1.090; 31.12.2019: TEUR 747) ergibt, ist insgesamt als kurzfristig zu bezeichnen. Rückstellungen wurden im Wesentlichen für Personalkosten (31.12.2020: TEUR 36; 31.12.2019: TEUR 35) und nicht fällige Umsatzsteuer (31.12.2020: TEUR 80; 31.12.2019: TEUR 0) gebildet. In den Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2020 werden Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern aus in der Finanzierungsperiode 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2020 nicht verbrauchten Vergütungen der Gesellschafter mit Anzahlungscharakter in Höhe von TEUR 1.018 (31.12.2019: TEUR 568) ausgewiesen. Davon entfallen auf die Grundfinanzierung, die über einen Dienstleistungsvertrag bzw. Zuwendungsbescheid durch die Gesellschafter gesichert wird, TEUR 319 (31.12.2019: TEUR 207), auf den Dienstleistungsvertrag zur Errichtung von Auslandsrepräsentanzen in Vietnam und UK entfallen TEUR 699 (31.12.2019: TEUR 361). Die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2020 gesichert. Die Verwendung der von den Gesellschaftern zur Verfügung gestellten Mittel erfolgte jederzeit wirtschaftlich, sparsam und in Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben.

## **RISIKOBERICHT**

Die Gesellschaft ist auf die Einhaltung der Finanzierungszusagen ihrer Gesellschafter angewiesen. Im Jahr 2020 war die Liquidität der Gesellschaft grundsätzlich gesichert und damit die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft jederzeit gewährleistet. Die Gesellschaft geht davon aus, dass zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit auch die während der Restlaufzeit des Dienstleistungsvertrages von den kommunalen Gesellschaftern entsprechend ihrer quotalen Finanzierungszusagen abzufordernden Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Der Finanzierungsanteil der IHK zu Leipzig für das Geschäftsjahr 2021 wurde bis zum Zeitpunkt dieser Berichterstattung bereits zugewendet. Zum 31. Dezember 2021 endet die dreijährige Finanzierungsperiode. Aufgrund des Auslaufens der bisherigen Finanzierungszusagen, verständigen sich Gesellschaft und kommunale Gesellschafter derzeit über die Ausgestaltung der weiteren Finanzierungsmöglichkeiten ab 1. Januar 2022. Insofern geht die Gesellschaft von einer Fortführungsperspektive über das Jahr 2021 hinaus aus. Für den Erfolg der IRL sind die Kompetenz, das Engagement und die Motivation der Mitarbeiter aller Unternehmensbereiche entscheidend. Daher nimmt die Mitarbeiterbindung einen hohen Stellenwert ein. Das Geschäftsjahr 2020 hat die Belegschaft vor neue Herausforderungen gestellt, ihr Betätigungsfeld stark eingeschränkt und die strategische Weiterentwicklung insbesondere hinsichtlich der Bearbeitung internationaler Märkte gebremst. Mitarbeiterbezogene Risiken, die sich auf die Geschäftstätigkeit auswirken, erwachsen der Gesellschaft im Wesentlichen aus der Fluktuation bzw. dem Ausfall von Mitarbeitern, die in einem Unternehmen dieser Größenordnung vornehmlich Schlüsselfunktionen innehalten. Die Reduzierung des bestehenden Personalstamms erfordert eine Verteilung auf die vorhandenen Personalressourcen, da eine Nachbesetzung mit qualifizierten Fachkräften erfahrungsgemäß nicht kurzfristig zu bewerkstelligen ist. Dies führt unter Umständen dazu, dass geplante Maßnahmen und damit die Mittelverwendung nicht entsprechend der Wirtschaftsplanung Umsetzung findet. Die anhaltende Covid-19-Pandemie stellt die IRL aber auch Investoren weiterhin vor große Herausforderungen. Die Pandemie hat viele Länder ins Mark getroffen, das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben ist in vielen Regionen der Welt weiterhin stark beeinträchtigt. Auf nationaler Ebene wirft die Pandemie lange

Schatten auf die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Noch ist nicht abzusehen, wie lange die Pandemie andauern wird und wie stark sich deren Konsequenzen, insbesondere in Form politischer Maßnahmen zur Verlangsamung der Ausbreitung, letzten Endes auf die Wirtschaftskraft auswirken werden. Dies zeigt unmittelbar auch Auswirkungen auf das Investitions- und Expansionsverhalten der Unternehmen, die aufgrund der anhaltenden Ungewissheit aktuell dazu tendieren, diese zurückzustellen bzw. auszusetzen. Nach Angaben der GTAI (Germany Trade & Invest) hat die große Unsicherheit auch dafür gesorgt, dass die weltweiten ausländischen Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment, FDI) einbrachen. Die Industrienationen und allen voran die USA und Europa gingen als Verlierer aus dem Rennen um Gelder ausländischer Investoren hervor. Die Vereinigten Staaten, jahrzehntelang an der Spitze der Empfängerländer, mussten 2020 zusehen, wie FDI-Gelder nach Asien und insbesondere nach China umgeleitet wurden. Die weltweiten Investitionen brachen 2020 gegenüber dem Vorjahr um 42 Prozent auf 859 Milliarden US-Dollar (US\$) ein. Der Rückprall fiel um knapp ein Drittel heftiger aus als während der Finanzkrise 2009. Das berichtet die Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD) im World Investment Report. Analysten großer deutscher Bankhäuser sehen hier große Unwägbarkeiten für die Unternehmen: Sowohl die Corona-Pandemie, der Brexit als auch der unsichere Ausgang der US-Wahlen haben die Investoren im vergangenen Jahr, das ein Ausnahmejahr darstellt, äußerst vorsichtig werden lassen. Als ein großer Hemmschuh werden darüber hinaus die Reisebeschränkungen angesehen.

Seit dem 4. Quartal 2020 hat sich zudem Westeuropa zum Schwerpunkt des Pandemiegeschehens entwickelt. Die Anzahl globaler Direktinvestitionsprojekte, insbesondere in die EU, ist zurzeit noch rückläufig.

Auf diese anhaltende Flaute kann aber wiederum eine Phase erhöhter Direktinvestitionstätigkeit folgen, indem die Pandemie bereits laufende Trends, wie z.B. Reshoring, Export Substitution, Fachkräfteverfügbarkeit und Regionalisierung zusätzlich verstärkt. Konjunkturprogramme, neue Incentives sowie Maßnahmen zum Schutz kritischer Industrien und Lieferketten in den Wirtschaftsräumen der Welt, wie sie sich bereits vor der Krise abzeichneten, werden mittelfristig zur Restrukturierung globaler Wertschöpfungsketten führen und die Anzahl ausländischer Direktinvestitionsprojekte weltweit steigern. In diesem Kontext sind zwar auch signifikante Bereinigungseffekte in bestimmten Industrien zu erwarten, andere Branchen, wie z.B. die Life Sciences, ICT, E-Commerce und Tech, werden von der gegenwärtigen Krise hingegen profitieren können. In den kommenden 24 Monaten wird die Bedeutung ausländischer Direktinvestitionen und damit einhergehend das Werben um internationale Investoren deutlich zunehmen. Abzuwarten bleibt, inwieweit sich das Aufkommen an Erweiterungsprojekten aus der DACH Region verändern wird. Die aufziehende Wirtschaftskrise könnte die vorwiegend mittelständisch geprägte DACH Region nachhaltiger treffen. Von diesen Entwicklungen ist bzw. wird die Gesellschaft in 2021f. unmittelbar betroffen sein. Die zunehmenden Unsicherheiten über zukünftige Geschäfte und/oder Investitionen werden die Volkswirtschaften und damit das Geschäft der IRL weiter nachhaltig beeinflussen. Aus den vergangenen Wirtschaftskrisen lässt sich ableiten, dass sich einheimische Unternehmenserweiterungen, insbesondere durch KMU, verhaltener entwickeln werden. Ein mittelfristiger Rückgang dieser Ansiedlungsprojekte in der Region Leipzig muss zumindest in den Erwartungen für 2021-2022 berücksichtigt werden. Die sich in Folge der ergriffenen Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung abzeichnende globale Wirtschaftskrise hat aus Sicht der IRL insbesondere erhebliche Implikationen für die Auslandsmarktbearbeitung. Zum 31. Dezember 2021 endet neben der Grundfinanzierung auch der Projektzeitraum für die Errichtung und den Betrieb der Auslandsrepräsentanzen. Die ursprünglichen Planungen, die sich pandemiebedingt nicht realisieren ließen, wurden unterjährig und in Absprache mit dem Mittelgeber angepasst und werden aktuell erneut abgestimmt. In diesem Zusammenhang und mit Blick auf die Verwendung der zur Verfügung stehenden Finanzmittel strebt die Gesellschaft eine Projektverlängerung über das Jahr 2021 hinaus und eine Projektverstetigung an. Die Ansprache und Anwerbung ausländischer Direktinvestitionen (FDI) für die



Region Leipzig wird, so sich ein Rückgang einheimischer Ansiedlungsprojekte abzeichnet, noch wichtiger als bisher. Der globale Wettbewerb um allgemein rückläufige FDI-Projektzahlen wird sich gleichzeitig jedoch weiter intensivieren. Die verstärkte Auslandsmarktbearbeitung sowie die Einrichtung von Auslandsrepräsentanzen bzw. Verpflichtung von Geschäftsbesorgern in relevanten FDI-Herkunftsländern werden damit vor dem Hintergrund eines sich intensivierenden internationalen Standortwettbewerbs in den kommenden Jahren noch dringlicher. Zudem hat die COVID-19-Pandemie gezeigt, dass eine Bearbeitung der Auslandszielmärkte allein durch in Leipzig basierte Mitarbeiter der IRL bei internationalen Reiserestriktionen erheblich beeinträchtigt wird. Die rein virtuelle bzw. digitale Geschäftsfeld- und Vorhabenentwicklung im Ausland erfordert einen deutlich höheren Ressourceneinsatz als es bei der persönlichen, direkten B2B-Interaktion der Fall ist. Die Ansprache und Bindung von Zielunternehmen allein mittels digitaler Kanäle ist tendenziell langwieriger und unverbindlicher als die persönliche Interaktion im Geschäftskontext. Aufbau und Pflege von Netzwerken zu potenziellen Partnern, Dienstleistern und Multiplikatoren sind ohne örtliche Präsenz bzw. Vertreter kaum möglich.

### **PROGNOSE- UND CHANCENBERICHT**

Ende März 2021 ist festzustellen, dass die fortschreitende Ausbreitung des Corona- Virus die für das Jahr 2021 bereits mit Einschränkungen geplanten Akquisitionsformate und Unternehmensansprachen der IRL und damit die Wirtschaftsplanung 2021 erheblich beeinträchtigt. Die weltweiten Entwicklungen werden fortlaufend durch die Gesellschaft überwacht und entsprechende Ableitungen getroffen. Von einem „Business-As-Usual“ kann auch im operativen Geschäft nach einem Jahr der Pandemiebekämpfung keine Rede sein. Weltweit finden Branchenveranstaltungen, Messen und Konferenzen, wenn überhaupt, nur als virtuelle Formate statt. Gleichzeitig werden Events in Europa wie auch den USA und in GB verstärkt in den Herbst 2021 verschoben, um diese ggf. wieder als Begegnungsveranstaltungen stattfinden lassen zu können. Inwieweit eine Teilnahme von IRL-Mitarbeiter/innen dann auch wieder möglich ist, bleibt zum jetzigen Zeitpunkt ungewiss. Es ist auch künftig mit Reiseeinschränkungen zu rechnen. Schon jetzt kann festgestellt werden, dass Markteintritts- und Unternehmenserweiterungspläne in vormals wachsenden Branchensegmenten pausieren, um die weitere Entwicklung des Virus und die Wirtschaft betreffend, abzuwarten. Gleichzeitig profitieren ganze Branchen von den Auswirkungen der Pandemie, für die kurzfristig neue Standortangebote erarbeitet werden müssen, wie z.B. E-Commerce, Teulfertigung, Leichtbau und Montage. Eine Chance besteht für die IRL ab 2021 weiterhin darin, die nationalen und internationalen Netzwerke, Ansprechpartner und Kontakte zu nutzen, um die außenwirtschaftlichen Aktivitäten der Gesellschafter zu unterstützen und den Bestandsunternehmen Angebote zu unterbreiten, um in internationalen Märkten, mit internationalen Partnern aktiv werden zu können.

Die Pflege und Nachbearbeitung bestehender Kontakte sowie die Anbahnung von relevanten Neukontakten, national wie auch international, sind gegenwärtig primär auf digitalem Weg und mit einem erhöhten Ressourceneinsatz möglich. Es ist zu erwarten, dass mindestens bis Jahresende 2021 ein erhöhter Mitarbeiter- und Ressourcenaufwand für die Identifikation und Ansprache von potenziellen Investoren, insbesondere in den Auslandszielmärkten, notwendig sein wird. Projektfortschritte beanspruchen ebenfalls deutlich mehr Zeit, auch weil die eingeschränkte Freizügigkeit in der EU umfängliche Standortbesichtigungen von Unternehmen mit Ansiedlungsinteresse nur bedingt zulässt. Der Fokus der Unternehmensaktivitäten liegt daher auch weiterhin auf postalischen und digitalen Individualansprachen/ personalisierten Unternehmensdirektansprachen und virtuellen Formaten, die durch gezielte und spezifische (Standort)Marketing- und Kommunikationskampagnen professionalisiert und ausgebaut werden sollen. Die Bemühungen im Rahmen der Entwicklungs- und Vermarktungspartnerschaft (EuVP) werden in 2021 forciert, angedacht ist für das laufende Geschäftsjahr 2021 die Ausdehnung des Projektes auf weitere Kommunen mit Vermarktungspotentialen.



Einen Schwerpunkt stellt darüber hinaus und unverändert die Weiterentwicklung der Unternehmenswebseite (Content, Funktionalitäten), die Intensivierung der Nutzung von Social-Media-Kanälen, der Ausbau und die Nutzung von Webinar-Technologien wie auch die Verbreitung redaktioneller Beiträge dar, um Reichweite zu erzeugen, auf die Leistungsstärke der Region Leipzig und das Leistungsportfolio der Gesellschaft aufmerksam zu machen. Aufgrund der hohen (Informations)Bedarfe zu und an qualifizierten Fachkräften, wird auch das Serviceangebote für Investoren weiter ausgebaut und an den Bedarfen der Investoren ausgerichtet. Dies schließt die Intensivierung der Zusammenarbeit mit der regionalen Hochschullandschaft ebenso ein, wie die mit den Agenturen für Arbeit und Personaldienstleistern. Der Wirtschaftsplan der Gesellschaft für das Jahr 2021 wurde am 19.10.2020 von der Gesellschafterversammlung beschlossen. In ihren Planungen für das Geschäftsjahr 2021 ging die Gesellschaft von anhalten Be- und Einschränkungen, sowohl in Bezug auf Reisetätigkeiten wie auch Präsenz-Veranstaltungsformate aus. Nichtsdestotrotz wurden durch die anhaltende COVID-19-Pandemie Teile der ursprünglichen Gesamtplanung für das noch junge Geschäftsjahr 2021 überholt. All das Vorgenannte zieht eine erneute Überarbeitung der für das Jahr 2021 ohnehin vorsichtigen Planung sowie der Mittelfristplanung nach sich. Es ist aktuell nicht davon auszugehen, dass die avisierte Mittelverwendung umgesetzt werden kann. Darüber hinaus ist aber auch davon auszugehen, dass die Akquisitionsziele der Gesellschaft in 2021 nicht erreicht werden. In der Konsequenz wird den Gesellschaftsgremien im Juni 2021 ein aktualisierter Arbeitsplan vorgelegt werden.

Insofern geht die Gesellschaft, deren Finanzierung vertraglich bis zum 31. Dezember 2021 geregelt und die nicht auf Gewinnerzielung ausgelegt ist, aktuell davon aus, dass die Corona Pandemie sich insofern auf ihre Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken wird, als das sich Erlöse und Aufwendungen im laufenden Geschäftsjahr 2021 ermäßigen und damit die Liquidität weiter ansteigen wird. Gemäß Dienstleistungsvertrag führt ein nicht zielgerichtet möglicher Verbrauch der während der Finanzierungsperiode 2019-2021 zur Verfügung gestellten Finanzmittel zu einer Rückzahlung im Jahr 2022 bzw. einer Anrechnung auf die sich anschließende Finanzierungsperiode.

# Regionaler Planungsverband Leipzig-Westsachsen

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Bautzner Straße 67  
04347 Leipzig  
Tel.: 0341 / 33 74 16 - 0

**Rechtsform:** KdöR

**Gründungsdatum:** 06.11.1992

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Die Regionalplanung als ein Teil der Landesplanung ist eine zusammenfassende, überörtliche und überfachliche Planung, die durch das Landesplanungsgesetz kommunal verfassten Regionalen Planungsverbänden übertragen wird.

Somit obliegt dem Regionalen Planungsverband Westsachsen die Regionalplanung für die Planungsregion Westsachsen, die mit dem Regierungsbezirk Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen.

In den Braunkohlenplangebieten der Planungsregion Westsachsen sind darüber hinaus für jeden Braunkohlentagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen.

Hauptaufgaben des Verbandes sind:

- Erstellung und Fortführung des Regionalplanes
- Erstellung von Braunkohlen- und Sanierungsrahmenplänen für die zehn Tagebaue der Planungsregion
- Erarbeitung des Landschaftsrahmenplanes
- Regionalmanagement
- Raumbeobachtung und Politikberatung
- Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Vorhaben und im Rahmen der Bauleitplanung

### Stammkapital:

Gesamtstimmen

15 Stimmen

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Verbandsvorsitzender

Herr Henry Graichen

**Verbandsdirektor**

Herr Prof. Dr. Andreas Berkner

**III BETEILIGUNGEN**
**Mitglieder**

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Stadt Leipzig	40,00 %	6
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>33,33 %</b>	<b>5</b>
Landkreis Nordsachsen	26,67 %	4

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

**Finanzbeziehungen**

	12/2018	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-	-
<b>Sonstiges</b>	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>	-	-	-
<b>Zuschüsse</b>	10.300,0 €	10.300,0 €	10.300,0 €
<b>Bürgschaften</b>	-	-	-

**IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE**

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

*Für den Regionalen Planungsverband Leipzig-West Sachsen lag der Jahresabschluss zum 31.12.2019 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.*

**Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019**
**1 Vorbemerkungen**

Mit Ablauf des Haushaltsjahres 2012 hat der Regionale Planungsverbandes Leipzig-West Sachsen den kameralistischen Buchungsbetrieb eingestellt. Seit dem 1. Januar 2013 erfolgt die Abbildung der Geschäftsvorfälle auf der Grundlage eines doppelischen Rechnungswesens.

Gemäß § 88 SächsGemO hat jede Kommune zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen. Im Jahresabschluss ist das Ergebnis der Haushaltswirtschaft einschließlich des Standes des Vermögens und der Verbindlichkeiten zu Beginn und am Ende des Haushaltsjahres nachzuweisen. Gemäß dem Gesetz zur Raumordnung und Landesplanung des Freistaats Sachsen (Landesplanungsgesetz – SächsLPIG) vom 11.06.2010 (SächsGVBl 2010, S. 174), das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 02.04.2014 (SächsGVBl, S. 234) geändert worden ist, gelten für die Wirtschaftsführung des Regionalen Planungsverbands Leipzig-West Sachsen die Vorschriften der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO).

Der Jahresabschluss ist durch einen Rechenschaftsbericht zu erläutern. Nach § 53 Sächs-KomHVO sind im Rechenschaftsbericht der Verlauf der Haushaltswirtschaft und die Lage des Planungsverbandes unter dem Gesichtspunkt der Sicherung der stetigen Erfüllung der Aufgaben so darzustellen, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird. Dabei sind die wichtigsten Ergebnisse des Jahresabschlusses und erhebliche Abweichungen der Jahresergebnisse von den Haushaltsansätzen zu erläutern und eine Bewertung der Abschlussrechnungen vorzunehmen.

Der Rechenschaftsbericht soll nach § 53 Abs. 2 SächsKomHVO auch darstellen:

- die Erreichung der wesentlichen Ziele;
- Angaben über den Stand der kommunalen Aufgabenerfüllung;
- Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Haushaltsjahres eingetreten sind;
- zu erwartende positive Entwicklungen und mögliche Risiken von besonderer Bedeutung;
- die Ausführung eines Haushaltsstrukturkonzepts;
- die Entwicklung und Abdeckung der Fehlbeträge;
- die Auswertung der für die Schlüsselprodukte gesetzten Leistungsziele anhand der zur Messung der Zielerreichung gebildeten Kennzahlen.

## 2 Darstellung der wirtschaftlichen Lage

### 2.1 Allgemeines

Der Regionale Planungsverband war im Haushaltsjahr 2019 sowohl in finanzieller als auch in personeller Hinsicht und zu jedem Zeitpunkt in der Lage seine Aufgaben stetig zu erfüllen.

Die Zielstellungen des Haushaltsplans konnten erfüllt werden. Die Ziele des Regionalen Planungsverbands Leipzig-Westsachsen für das Haushaltsjahr 2019 ergaben sich, wie in den Vorjahren auch, im Wesentlichen aus den Vorgaben des Sächsischen Landesplanungsgesetzes und des Raumordnungsgesetzes resultierenden Pflichtaufgaben. Der Regionale Planungsverband ist Träger der Regionalplanung, die ihm als Teil der Landesplanung als Pflichtaufgabe übertragen worden ist. Dabei ist die Strategie des Verbands hauptsächlich auf die Erstellung, Fortschreibung und Verwirklichung des Regionalplans Westsachsen sowie der Braunkohlenpläne ausgerichtet. Hierzu zählten die begonnene Gesamtfortschreibung des Regionalplans Westsachsen aus dem Jahr 2008, die Erarbeitung des Fachbeitrags Naturschutz und Landschaftspflege zum Landschaftsrahmenplan sowie der Abschluss der gemeinsamen Gesamtfortschreibung der Braunkohlepläne als Sanierungspläne „Tagebaubereich Goitzsche-Holzweißig-Rösa“ und „Tagebau Delitzsch-Südwest/Breitenfeld“, wobei die Interessen der Region unter Beachtung der vom Freistaat Sachsen durch den Landesentwicklungsplan gesetzten Handlungsaufträge abzustimmen waren. Weitere wesentliche Schwerpunkte der Verbandsarbeit stellten die Fortführung der Regionalentwicklung und der Braunkohlesanierung dar. Zunehmend war die fachliche Beteiligung an Arbeitsgremien im Zuge des beginnenden Strukturwandels in Mitteldeutschland durch den verordneten Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bis 2035 sicherzustellen.

Daneben übernahm der Regionale Planungsverband Leipzig-Westsachsen Aufgaben,

- an der Ausarbeitung und Aufstellung von Zielen der Raumordnung und Landesplanung durch Staatsbehörden nach Maßgabe der landesrechtlichen Vorschriften mitzuwirken,
- als Praxispartner im Rahmen von Forschungsprojekten mit Bezug zur Raumordnungsplanung,

- die Träger der Bauleitplanung, die anderen öffentlichen sowie sonstigen Planungsträger über die Erfordernisse der Raumordnung und Landesplanung in seinem Verbandsgebiet zu unterrichten, zu beraten und darauf hinzuwirken, dass raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen im Verbandsgebiet miteinander im Einklang stehen,
- Stellungnahmen zu raumbedeutenden Planungen und Maßnahmen im Rahmen von raumordnungsverfahren, Zielabweichungsverfahren, anderen landesplanerischen Abstimmungen sowie Fachplanungen abzugeben,
- die Moderation von regionalen Planungsprozessen zum Ausgleich unterschiedlicher Interessenlagen nach Aufforderung wahrzunehmen und
- aktiv in den verschiedensten Arbeitsgremien zur regionalen Entwicklung mitzuarbeiten (z.B. FR Regio, Braunkohlensanierung, Steuerungsgruppe Leipziger Neuseenland, Arbeitsgruppe Gewässerverbund, Raumordnungskommission Sachsen/Sachsen-Anhalt).

Inhaltliche Änderungen im Aufgabenspektrum des Verbands gegenüber dem Vorjahr sind nicht eingetreten.

#### Wesentliche Eckpunkte des Jahresabschlusses:

	Werte in EUR
Ordentliche Erträge	1.089.776,84
Ordentliche Aufwendungen	1.171.860,42
Außerordentliche Erträge	0,00
Außerordentliche Aufwendungen	522,89
Jahresergebnis	<b>- 82.606,47</b>
Liquiditätszufluss aus laufender Verwaltung	- 71.777,39
Investitionen	11.212,83

## 2.2 Ertragslage

Der Planungsverband weist in seiner Ergebnisrechnung einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 82.606,47 EUR aus. Hierbei standen den Gesamterträgen in Höhe von 1.089.776,84 EUR Aufwendungen in Höhe von 1.172.383,31 EUR entgegen. Die Gesamtaufwendungen konnten demnach nicht vollständig durch die Erträge gedeckt werden.

Die folgende Übersicht gibt einen Überblick über die Erträge und Aufwendungen und deren Abweichung zu den Planwerten:

Bereich	Plan 2019 in EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2019 in EUR	Ergebnis 2019 in EUR	Abweichung	
				in EUR	in %
Ordentliche Erträge	1.062.010,00	1.062.010,00	1.089.776,84	+ 27.766,84	+ 2,61
Ordentliche Aufwendungen	1.354.000,00	1.348.100,00	1.171.860,42	- 176.239,58	- 13,07
<b>Ordentliches Ergebnis</b>	<b>- 291.990,00</b>	<b>- 286.090,00</b>	<b>- 82.083,58</b>	<b>+ 204.006,42</b>	<b>+ 71,31</b>

Das in der Planung angenommene Haushaltsdefizit hat sich nicht in der Höhe bestätigt, wie erwartet, blieb jedoch trotzdem negativ.



Die wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung im Vergleich zur Haushaltsplanung:

Bereich	Plan 2019 in EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2019 in EUR	Ergebnis 2019 in EUR	Abweichung	
				in EUR	in %
<b>Erträge</b>	<b>1.062.010,00</b>	<b>1.062.010,00</b>	<b>1.089.776,84</b>	<b>+ 27.766,84</b>	<b>+ 2,61</b>
Zuweisungen und Umlagen	1.056.910,00	1.056.910,00	1.057.086,77	+ 176,77	+ 0,02
Privatrechtliche Leistungsent- gelte	5.000,00	5.000,00	14.655,80	+ 9.655,80	+ 193,12
Kostenerstattun- gen und Kosten- umlagen	0,00	0,00	16.732,23	+ 16.732,23	+ 100,00
Finanzerträge	100,00	100,00	27,02	- 72,98	- 72,98
Sonstige ordent- liche Erträge	0,00	0,00	1.275,02	+ 1.275,02	+ 100,00
Außerordentli- che Erträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
<b>Aufwendungen</b>	<b>1.354.000,00</b>	<b>1.348.100,00</b>	<b>1.172.383,31</b>	<b>- 175.716,69</b>	<b>- 13,03</b>
Personalauf- wendungen	1.029.500,00	1.029.500,00	980.459,68	- 49.040,32	- 4,76
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	104.000,00	124.310,00	87.784,88	- 36.525,12	- 29,38
Planmäßige Ab- schreibungen	8.500,00	8.500,00	7.923,28	- 576,72	+ 6,78
Sonstige ordent- liche Aufwendungen	212.000,00	185.790,00	95.026,84	- 90.763,16	- 48,85
Außerordentli- che Aufwendungen	0,00	0,00	522,89	+ 522,89	+ 100,00

Die Höhe des Mehrbelastungsausgleichs beträgt jährlich gleichbleibend 1.015.000,00 Euro. Die Abweichungen zum Haushaltsplan resultieren bei den Erträgen hauptsächlich aus fehlenden Planansätzen. Dies ist vor allem bei den Kostenerstattungen in Höhe von 14.655,80 EUR festzustellen. Insbesondere sind die Erträge aus den Schutzgebühren für die Abgabe von Druckerzeugnissen (Abweichung in Höhe von 9.655,80 EUR, entspricht Mehreinnahmen zum fortgeschr. Planansatz in Höhe von 193,12 %) schwer planbar.

Bei den Aufwendungen dagegen dominiert die positive Entwicklung der Personalaufwendungen sowie der sonstigen ordentlichen Aufwendungen. Bei der letzteren Aufwandsposition stellt der Planungsverband im Haushaltsplan eine sog. „Sicherheitsposition“ für eventuelle Klageverfahren ein, deren Inanspruchnahme nicht erforderlich war. Ebenfalls wurden die geplanten Kosten f. Kopierleistungen nicht realisiert (Abweichung: 28.059,43 EUR, entspricht einer Aufwandsersparnis zum fortgeschr. Planansatz in Höhe von 46,00 %).

Entwicklung Fehlbetrag

Haushaltsjahr	Fortgeschriebener Planansatz	Ergebnis	
		Fehlbetrag	Überschuss
<b>Doppisch</b>			
2013	-136.297		79.903
2014	-85.466		116.862
2015	- 207.100		20.142
2016	- 298.130	123.817	

Haushaltsjahr	Fortgeschriebener Planansatz	Ergebnis	
		Fehlbetrag	Überschuss
2017	- 279.835	24.310	
2018	- 255.540	96.905	
2019	- 286.090	82.606	

Wie bereits im Vorjahr wurde auch im Haushaltsjahr 2019 ein Fehlbetrag festgestellt. Das ordentliche Ergebnis sowie das außerordentliche Ergebnis wurden vollständig mit dem Basiskapital verrechnet.

### 2.3 Finanzlage

Liquiditätsprobleme bestanden sowohl im Haushaltsjahr 2018 als auch im Haushaltsjahr 2019 nicht. Die liquiden Mittel zum 31.12.2019 betragen 995.112,99 EUR.

#### Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit:

Bereich	Plan 2019 in EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2019 in EUR	Ergebnis 2019 in EUR	Abweichung	
				in EUR	in %
Einzahlungen	1.061.950,00	1.061.950,00	1.090.400,97	+ 28.450,97	+ 2,68
Auszahlungen	1.345.500,00	1.339.600,00	1.162.178,36	- 177.421,64	- 13,24
<b>Ergebnis</b>	<b>- 283.550,00</b>	<b>- 277.650,00</b>	<b>- 71.777,39</b>	<b>+ 205.872,61</b>	<b>+ 74,15</b>

Der Saldo der Zahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit hat sich gegenüber dem fortgeschr. Planansatz erheblich verbessert. Der Grund hierfür liegt in der Nichtinanspruchnahme der geplanten Kopierleistungen in Höhe von 28.059,43 EUR (46,00 % zum fortgeschr. Planansatz) und Sachverständigen- und Gerichtskosten in Höhe von 18.579,10 EUR (50,90 %). Dennoch wurde ein negatives Gesamtergebnis erzielt.

#### Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit:

Bereich	Plan 2019 in EUR	Fortgeschriebener Ansatz 2019 in EUR	Ergebnis 2019 in EUR	Abweichung	
				in EUR	in %
Einzahlungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Auszahlungen	24.000,00	29.900,00	11.212,83	- 18.687,17	- 62,50
<b>Ergebnis</b>	<b>- 24.000,00</b>	<b>- 29.900,00</b>	<b>- 11.212,83</b>	<b>+ 18.687,17</b>	<b>+ 62,50</b>

Der Zahlungsmittelsaldo aus Investitionstätigkeit weist eine Abweichung in Höhe von 18.687,17 EUR (- 62,50 % zum fortgeschr. Planansatz) auf. Dies liegt hauptsächlich darin begründet, dass geplante Ersatzinvestitionen im IT-Bereich nicht vollständig wie geplant getätigt werden konnten und ins Haushaltsjahr 2020 verschoben werden mussten.

Für die Finanzrechnung ergibt der Plan-Ist-Vergleich folgendes Bild:

Bereich	Plan 2019 in EUR	Fortgeschriebener An- satz 2019 in EUR	Ergebnis 2019 in EUR	Abweichung	
				in EUR	in %
Einzahlun- gen	1.061.950,00	1.061.950,00	1.160.401,12	+ 98.451,12	+ 9,27
Auszahl- ungen	1.369.500,00	1.369.500,00	1.243.391,34	- 126.108,66	- 9,21
<b>Ergebnis</b>	<b>- 307.550,00</b>	<b>- 307.550,00</b>	<b>- 82.990,22</b>	<b>+ 224.559,78</b>	<b>+ 73,02</b>

Es bestehen keine übertragenen Ermächtigungen, die das Folgejahr belasten.

## 2.4 Vermögenslage

Die Bilanzsumme zum 31.12.2019 hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz zum 31.12.2018 um 86.536,22 EUR (- 7,73 %) auf 1.032.589,04 EUR vermindert.

### Aktiva

Das bilanzierte **Anlagevermögen** hat sich gegenüber dem Vorjahr 2018 auf 28.082,82 EUR erhöht und macht 2,72 % (31.12.2018: 2,26 %) der Bilanzsumme aus. Die größte Position des Anlagevermögens ist das Sachanlagevermögen mit der Betriebs- und Geschäftsausstattung (22.052,71 EUR) und den Maschinen und technischen Anlagen (4.049,34 EUR).

Im Anlagevermögen wurden entsprechende planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Im Haushaltsjahr 2019 wurde das Vermögen geringfügig vermehrt (Lizenz für den Virenschutz, Konferenztisch und Schrankkombination sowie neue Telefonanlage).

Insgesamt wurde weniger neues Vermögen erworben als in der Haushaltsplanung angenommen. Weiterhin waren zwei Vermögensabgänge festzustellen (Restbuchwert: 522,89 EUR). Analog dazu erfolgte die ertragswirksame Auflösung der passiven Sonderposten.

### Entwicklung der Hauptpositionen des Anlagevermögens

Bezeichnung	Wert in EUR	Anteil am AV in %	Anteil an der Bilanzsumme in %	Vorjahres- wert in EUR	Abweichung Vorjahres- wert in %
Immaterielle Vermögensge- genstände	1.980,77	7,05	0,19	3.306,11	- 40,09
Sachanlage- vermögen	26.102,05	92,95	2,53	22.010,05	+ 18,59

Die größte Position des **Umlaufvermögens** sind die liquiden Mittel in Höhe von 995.112,99 EUR. Diese spiegeln die Veränderung des Finanzmittelbestandes im Haushaltsjahr wieder. Darauf folgen die privatrechtlichen Forderungen in Höhe von 172,69 EUR.

### Passiva

Auf der Passivseite dominiert die Kapitalposition mit 1.020.324,78 EUR und bestimmt damit 98,81 % der Bilanzsumme. Die Kapitalposition des Planungsverbandes hat sich gegenüber

dem Vorjahr um 82.606,47 EUR vermindert. Weiterhin war eine Minderung der Verbindlichkeiten von 5.435,28 EUR auf 5.341,82 EUR zu verzeichnen gewesen. Die Rückstellungen haben sich ebenfalls von 10.575,02 EUR auf 6.800,00 EUR verringert (3.775,02 EUR). Die in der Vermögensrechnung ausgewiesenen Verbindlichkeiten sowie Rückstellungen können vollständig durch die liquiden Mittel abgedeckt werden.

#### Entwicklung der Hauptpositionen der Passiva

Bezeichnung	Wert in EUR	Anteil an der Bilanzsumme in %	Vorjahreswert in EUR	Abweichung Vorjahreswert in %
Kapitalposition	1.020.324,78	98,81	1.102.931,25	- 7,49
Rückstellungen	6.800,00	0,66	10.575,02	- 35,70
Verbindlichkeiten	5.341,82	0,52	5.435,28	- 1,72

#### 3 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Haushaltsjahres

Nach dem Bilanzstichtag sind keine Vorgänge eingetreten, über die wegen Ihrer Bedeutung für die Entwicklung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage zu berichten ist.

#### 4 Kennzahlen und Ziele

Die wesentlichen Kennzahlen sind der Anlage 1 zu entnehmen.

#### Schlüsselprodukte:

Produkt 511000 - Räumliche Planungs- und Entwicklungsmaßnahmen -

Die Ziele des Schlüsselproduktes wurden vollständig erfüllt. Sie sind größtenteils deckungsgleich mit den wesentlichen Zielen des Regionalen Planungsverbands und wurden bereits im Kapitel 2.1 umfassend hinsichtlich deren Erreichung und Umsetzung beschrieben. Im Jahr 2019 wurden im Auftrag des Regionalen Planungsverbandes Leipzig-West Sachsen als Träger öffentlicher Belange von der Regionalen Planungsstelle insgesamt 248 Stellungnahmen zu raum-bedeutsamen Planungen und Aktivitäten abgegeben. Ausgewählte Stellungnahmen von hoher regionalplanerischer Bedeutung nach Themenkomplexen waren:

- Planfeststellungsverfahren (B 7 - Verlegung nördlich Frohburg)
- Zielabweichungsverfahren (Reiterhof an der Schladitzer Bucht)
- Raumordnungspläne/Fachliche Entwicklungspläne (Landesverkehrsplan 2030)
- Fördermittelanträge (Kooperationsmanagement Wurzener Land)
- Braunkohlensanierung (Regionaler Sanierungsbeirat Westsachsen/Thüringen)
- Sonstige (Nahverkehrsplan Landkreis Nordsachsen 2019-2024)

Die Stellungnahmen bedingen nach wie vor einen hohen Bearbeitungsaufwand, der insbesondere bei öffentlich-rechtlichen Großverfahren mit umfangreichen Antragsunterlagen (z. B. Planfeststellungsverfahren) oder komplexen Anhörungsgegenständen zu Buche schlägt.

#### Regionalentwicklung

Die Regionale Planungsstelle übernimmt im Rahmen der Verwirklichung der Raumordnungspläne gemäß § 14 Abs. 1 ROG und § 13 Abs. 1 SächsLPIG und im Zuge der Beratung der

## Regionaler Planungsverband Leipzig-Westsachsen

Träger der Bauleitplanung, anderer öffentlicher und sonstiger Planungsträger sowie der Aktionsräume der Regionalentwicklung und der LEADER-Gebiete eine Vielzahl von Aktivitäten mit Moderations- oder fachlichen Beratungs- und Begleitungsaufgaben.

### Mitwirkung in den Aktionsräumen der Regionalentwicklung

Aktionsraum	Aktivitäten
Dübener Heide (Katrin Klama)	Mitglied in der „Zentralen Arbeitsgruppe“ zur Koordinierung der Aktivitäten innerhalb des REK und Projektbegleitung
Grüner Ring (Katrin Klama)	ständige Mitwirkung in den Arbeitsgruppen „Landschaftspflege“ „Gewässerverbund/-renaturierung“ „Interkommunales Kompensationsflächenmanagement (IKOMAN)“ „Naherholung und Tourismus“ Mitwirkung in den Gremien zum Leipziger Neuseenland (Arbeitsgruppe „Gewässerverbund“)
Europäische Metropolregion Mitteldeutschland (EMMD) (Andreas Berkner, Sylvia Herrmann, Manfred Friedrich)	Planungsverband ist seit 2016 Vollmitglied im Verein EMMD Moderation der Projektgruppe „Innovation im Revier“ (Prof. Dr. Berkner) stimmberechtigtes Mitglied im Regionalen Empfehlungsgremium zu den Förderprogrammen „Unternehmen Revier“ GRW-Infra (Prof. Dr. Berkner) Mitglied der Projektgruppe Industrie- und Gewerbeflächen (Manfred Friedrich)
Wurzener Land (Andreas Berkner, Sylvia Herrmann)	Fachberatung und Information

Mitwirkung an der Erstellung und Umsetzung von LEADER-Entwicklungsstrategien (LES) für die Förderperiode 2014-2020:

LEADER-Gebiet	Aktivitäten
Delitzscher Land	stimmberechtigtes Mitglied im Entscheidungsgremium (Katrin Klama)
Dübener Heide	beratendes Mitglied in der Lokalen Arbeitsgemeinschaft (LAG) (Katrin Klama)
Land des Roten Porphyrs	beratendes Mitglied im Koordinierungskreis (Wahrnehmung durch Planungsverband Region Chemnitz)
Leipziger Muldenland	beratendes Mitglied im Koordinierungskreis (Sylvia Herrmann)
Sächsisches Zweistromland- Ostelbien	beratendes Mitglied im Regionalen Entscheidungsgremium (Manfred Friedrich)
Südraum Leipzig	beratendes Mitglied im Koordinierungskreis (Tobias Thieme)

### Fachförderprogramm FR-Regio

Der Planungsverband ist in die Umsetzung der Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums des Innern zur Förderung der Regionalentwicklung (FR-Regio) vom 21.12.2006, neu gefasst am 25.04. 2013, eingebunden. Mit der Richtlinie ergeben sich inhaltliche und verfahrensorganisatorische Aufgaben für die Regionalen Planungsverbände. So sind von den Antragsberechtigten (Landkreise, kreisfreie Städte, Gemeinden, Gemeindeverbände, kommunale Zweck- und Verwaltungsverbände sowie andere Körperschaften öffentlichen Rechts) vorgesehene Vorhaben beim zuständigen Regionalen Planungsverband bis zum 30.09. jeden Jahres anzumelden. In der Folge ergeben sich insbesondere folgende Aktivitäten:



- Bewertung und Priorisierung der gemeldeten Fördervorhaben für die Planungsregion unter Einbeziehung der Antragsteller,
- Einreichung der priorisierten Vorhabenanmeldungen durch die jeweiligen Regionalen Planungsverbände bis zum 30.10. beim Sächsischen Staatsministerium des Innern,
- Mitarbeit an der Erstellung der Förderliste Sachsen und
- regionalplanerische Beurteilung beantragter Vorhaben (Abgabe von Stellungnahmen).

Im Jahr 2019 wurden durch die Landesdirektion Sachsen folgende vier Vorhaben mit einem Fördervolumen von 157.570,00 EUR beschieden:

- Gemeinde Lossatal (Wurzener Land): Kooperationsmanagement Wurzener Land,
- Landkreis Leipzig: Datenerhebung für digitales touristisches Wegenetz Aufbau Managementsystem für Wegesystem,
- Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig: Kommunikationskampagne Leipziger Neuseenland und
- Landkreis Nordsachsen: Vernetzung Radrouten SachsenNetzRad mit regionalen Besonderheiten des Landkreises Nordsachsen.

Im Rahmen der Umsetzung des „Zukunftspaktes Sachsen“ wurden zusätzlich investive Mittel für das Modellprojekt „Regionalentwicklung durch Verbesserung der interkommunalen Zusammenarbeit“ im Fachförderprogramm FR-Regio bereitgestellt. Nach Prüfung und Priorisierung durch den Regionalen Planungsverband wurden für die Vorhaben „IT-gestütztes interkommunales Dienstleistungszentrum“ des Wurzener Landes und „Gestaltung der Außenanlagen für die Mehrzweckhalle Krostitz“ der Gemeinde Krostitz Zuwendungen in Höhe von 680.000,00 EUR bzw. 169.000,00 EUR gewährt.

Fachliche Begleitung von laufenden Vorhaben:

- Stadt Leipzig (Europäische Metropolregion Mitteldeutschland): Potenzial- und Machbarkeitsanalyse zu einer Radschnellverbindung zwischen den Städten Leipzig und Halle (Saale)
- Stadt Leipzig (Grüner Ring Leipzig): Bewerbung um die Ausrichtung der World Canals Conference in Leipzig
- Stadt Leipzig (Grüner Ring Leipzig): Fortschreibung des Wassertouristischen Nutzungskonzepts aus den Jahren 2005/2007 – FFH-Untersuchung für das FFH-Gebiet „Leipziger Auensystem“ und das Vogelschutzgebiet „Leipziger Auwald“ sowie Artenschutzuntersuchung
- Landkreis Leipzig: Fortschreibung Kreisentwicklungskonzept
- Landkreis Nordsachsen: Fortschreibung Kreisentwicklungskonzept 2030

Für das Jahr 2020 wurden durch die Regionale Planungsstelle vier Vorhaben mit einem Fördervolumen von ca. 230.600,00 EUR priorisiert und für eine Gewährung einer Zuwendung entsprechend der Richtlinie FR-Regio beim Sächsischen Staatsministerium des Innern gemeldet.

### **Braunkohle und Strukturwandel im mitteldeutschen Braunkohlenrevier**

Zur Thematik ergaben sich 2019 nach dem Abschlussbericht der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung wiederum vielfältige inhaltliche und organisatorische Anforderungen, unter denen die nachfolgenden Positionen hervorzuheben sind:

- Informationsveranstaltung in der Sächsischen Staatskanzlei zum Abschlussbericht der Kom-mission vom 29.01.2019,
- Leitbildveranstaltung der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland zum Strukturwan-del am 07.02.2019 im Weinberg-Campus in Halle (Saale),
- Konferenz zum Strukturwandel in Mitteldeutschland am 04.03.2019 im Kulturhaus in Böhlen mit ca. 400 Teilnehmern (Impulsvortrag zur Verkehrsstrategie – Andreas Berkner),
- Wirtschaftstag der Landkreise Leipzig, Altenburger Land und Burgenlandkreis am 20.03.2019 in Neukieritzsch,
- Informationsveranstaltung zum Strukturwandel der Staatskanzlei und mit Bundesver-tretern am 15.05.2019 im Kraftwerk Boxberg,
- Revierkonferenz Mitteldeutschland zum Strukturwandel am 21.06.2019 im Kulturhaus Leuna (Sachsen-Anhalt),
- Tagungen der Interministeriellen Arbeitsgruppe Strukturwandel am 14.06.2019 in Borna (mit MP Kretschmer) und am 24.09.2019 in Hoyerswerda.
- Abstimmungen auf Arbeitsebene mit der Sächsischen Staatskanzlei erfolgten am 09.08., am 30.08., am 23.09. und am 06.11.2019 jeweils in Dresden sowie mit der obersten Raumordnungs- und Landespla-nungsbehörde (Herrn Abteilungsleiter Win-ter) am 08.08.2019 bei der EMD in Leipzig.

Das „Regionale Empfehlungsgremium“ bei der Metropolregion Mitteldeutschland zu Projekten zur Flankierung des Strukturwandels, in dem Herr Prof. Dr. Berkner als stimmberechtigtes Mitglied für die berührten Träger der Regionalplanung in Mitteldeutschland mitwirkt, tagte am 28.03.2019 in Leipzig und 26.09.2019 in Halle (Saale) jeweils in arbeits- und zeitaufwendigen Sitzungen.

### **Interkommunale Gewerbeflächenentwicklung in der Region Halle/Leipzig/ Industrie- und Gewerbeflächen der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland**

Im Jahr 2009 begann auf Initiative der Stadt Leipzig im Rahmen des EU-Projekts Via Regia+ ein Kooperationsprozess zwischen Städten und Gemeinden in der Region Halle/Leipzig. Mit dem Projekt „Interkommunale Gewerbeflächenentwicklung in der Region Halle/Leipzig“ wird bei der Planung und Ent-wicklung von Gewerbeflächen für den Raum Halle/Leipzig auf frei-williger Basis eine Abstimmung im re-gionalen Kontext angestrebt. Die beteiligten Partner erwar-ten durch die Zusammenarbeit ein besser profiliertes und abgestimmtes Gewerbeflächenan-gebot. Der bisherige Prozess wurde durch Studien wissenschaftlich begleitet und durch För-dermittel der Regionalentwicklung der Länder Sachsen und Sachsen-Anhalt gestützt. Unter Federführung der Städte Leipzig und Halle haben sich die Akteure der Steuerungsgruppe in ihrer Sitzung am 26.11.2018 dafür ausgesprochen, das Vorhaben nach 10 Jahren bewährter Zusammenarbeit in die Gremienstruktur der Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland zu integrieren. Dazu fand am 26.03.2019 die symbolische Projektübergabe statt. Das Vorha-ben wird nun als Projektgruppe „Industrie- und Gewerbeflächen der Europäischen Metropol-re-gion Mitteldeutschland“ unter dem Dach der AG Wirtschaft und Standortentwicklung der Met-ropol-region fortgeführt. Im Jahr 2019 waren nachfolgende Aktivitäten zu verzeichnen:

- Sitzung am 26.03.2019 in Leipzig (konstituierende Sitzung)
- Sitzung am 11.07.2019 in Altenburg (u. a. Aufgabenstellung und Ausschreibung der Potenzialstudie Industrie- und Gewerbeflächen)

### **Touristischer Gewässerverbund Leipziger Neuseenland**

Zu den Tagebauseen und zum Gewässerverbund Leipziger Neuseenland erfolgte im Berichtszeitraum eine intensive Facharbeit in den Arbeitsgruppen Standortentwicklung (zeitweilige Moderation bzw. Mitwirkung Andreas Berkner) und Gewässerverbund (Mitwirkung Katrin Klama). In Vorbereitung der Steuerungsgruppe Leipziger Neuseenland wurden durch die AG Standortentwicklung 2019 insgesamt 4 Sitzungen sowie durch die AG Gewässerverbund insgesamt 7 Sitzungen durchgeführt. Im Auftrag des Verbandsvorsitzenden vertritt Herr Prof. Dr. Berkner die Belange der Regionalplanung in der 2005 etablierten Steuerungsgruppe Leipziger Neuseenland, die 2019 nachfolgende Aktivitäten zu verzeichnen hatte:

- 53. Sitzung – 22.03.2019 (Strukturwandel, Anbindung Markkleeberger See an die Pleiße),
- 54. Sitzung – 28.06.2019 (Kommunikationskonzept, Braune Pleiße, Harthkanal),
- 55. Sitzung – 13.09.2019 (Schlüsselmaßnahmen Gewässerverbund)
- 56. Sitzung – 14.12.2019 (Kommunikation – Informationsplattform und Praxisleitfaden).

Darüber hinaus war die Verbandsverwaltung in mehrere weitere Aktivitäten zum Gewässerverbund involviert. Dazu zählten insbesondere die Moderation eines Fachbeirats zur Prüfung von Alternativen zur wassertouristischen Anbindung des Markkleeberger Sees an die Pleiße mit Terminen am 16.01. (Abstimmung Aufgabenstellung) sowie am 07.06.2019 und am 30.08.2019 jeweils mit Zwischenterminen zum Arbeitsstand. Weiter erfolgte eine intensive Mitwirkung bei den Vorbereitungsberatungen zur World Canals Conferene (WCC) 2020, die nach Leipzig vergeben wurde (Arbeitsberatungen am 22.02., 10.05., 01.08. und 28.11.2019 und Moderation zum Programmbaustein Strukturwandel.

### **Fachbegleitungs- und Beratungsleistungen**

Die Regionale Planungsstelle übernahm darüber hinaus eine Vielzahl weiterer Fachbegleitungs- und Beratungsleistungen:

- zur Beratung von Kommunen (à Vor-Ort-Beratungen und Abstimmungen zu Flächennutzungs- und Bebauungsplänen),
- zur vorhabenbezogenen Beratung von Kommunen, Behörden, Projektentwicklern, Bürgern und potenziellen Investoren (à Schwerpunkte Windenergie, Bauvorhaben, Einzelhandel),
- zur Beratung von Planungsbüros und Fachplanungsträgern (à Umweltverträglichkeitsprüfungen, Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen),
- zur Fachbegleitung eines studentischen Wettbewerbs zur architektonischen Ausgestaltung eines Brückenbauwerks über den Störmthaler Kanal (Jurysitzung am 05.04.2019 in Großpösna).

### **Forschungsvorhaben**

Zu einem Handlungsschwerpunkt mit gleichbleibend hohem Gewicht entwickelte sich die Mitwirkung des Verbands als Praxispartner im Zuge von Forschungsprojekten mit Bezug zur Raumordnungsplanung. Hierzu sind insbesondere folgende Aktivitäten zu nennen:

- Mitwirkung als Vertreter der Regionalplanung im nationalen Ländertisch WinWind im Rahmen des vom Forschungszentrum für Umweltpolitik der Freien Universität Berlin koordinierten und von der Europäischen Union im Rahmen von Horizon 2020 geförderten Forschungsvorhabens "WinWind - Winning social acceptance for wind energy

in wind energy scarce regions". Das Ziel besteht darin, in Regionen mit vorhandenem Windpotenzial, aber schwachem Windenergieausbau die gesellschaftliche Akzeptanz und Unterstützung für die Windenergie zu fördern und zu einer sozial- und umweltverträglichen Marktentwicklung der Windenergie beizutragen.

- Mitwirkung im Beirat und in Workshops zum Forschungsvorhaben der Universität Leipzig „Nachhaltiger Ausbau erneuerbarer Energien mit multiplen Umweltwirkungen – Politikstrategien zur Bewältigung ökologischer Zielkonflikte bei der Energiewende (MultiPEE)“, gefördert im Rahmen der Sozialökologischen Forschung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)
- Mitarbeit als Vertreter der Regionalplanung im Beirat des Forschungs- und Entwicklungsvorhabens des Umweltbundesamts (UBA) „Evaluierung der Praxis der Strategischen Umweltprüfung in Deutschland und Entwicklung von Vorschlägen zur Optimierung des Vollzugs und des Rechtsrahmens“

### Weitere Handlungsfelder

- Ausgestaltung der Stadt-Umland-Kooperation im Bereich des Oberzentrums Leipzig mit Beratungen auf Einladung des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig (12.09.2019)
- Fachberatung Landkreise Leipzig und Nordsachsen bei der Fortschreibung bzw. Neuaufstellung der Kreisentwicklungskonzepte
- Mitwirkung in einer Expertenkommission zur Prognose der Einwohnerzahl der Stadt Leipzig bis 2040
- Fachbegleitung und Moderation der „Initiativgruppe Geotourismus und Industriekultur“ (Initiative „Neuseenlandhaus“ mit LEADER-geförderter Machbarkeitsstudie 2019)
- ständige Mitwirkung am „Runden Tisch Braunkohlesanierung“ der IHK's zu Leipzig bzw. Halle-Dessau mit zwei Sitzungen pro Jahr
- Stellvertretender Vorsitzender, seit 11/2018 Vorsitzender im Kuratorium der Kulturstiftung Hohenmölsen
- beratende Mitgliedschaft in der Verbandsversammlung des Zweckverbands „Heue Harth“

### Regionaler Sanierungsbeirat Westsachsen/Thüringen

Der Regionale Planungsverband ist seit Beginn des IV. Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung am 01.01.2008 gemeinsam mit dem Sächsischen Oberbergamt Freiberg und der Landesdirektion Sachsen als Vertreter des Freistaates Sachsen stimmberechtigtes Mitglied sowie durch seine Fachberatung und die Abgabe von Stellungnahmen zu den Sanierungsmaßnahmen tätig. Im Berichtsjahr wurden vier Sitzungen wie folgt durchgeführt:

- 109. Sitzung am 07.02.2019,
- 110. Sitzung am 02.05.2019,
- 111. Sitzung am 25.07.2019,
- 112. Sitzung am 24.10.2019

### Arbeitsgruppe § 4-Maßnahmen im Sanierungsgebiet Westsachsen

Unter beratender und beschließender Mitwirkung des Regionalen Planungsverbands konnten im Jahr 2019 neben einigen ingenieurtechnischen Planungen für zukünftige Baumaßnahmen eine ganze Reihe von Maßnahmen fortgeführt oder abgeschlossen werden. Am Schladitzer

See wurde ein Parkplatz für den Strand Hayna eröffnet. Die Arbeiten zur Schiffbarmachung der Pleiße im Bereich der Agra wurden fortgeführt. Darüber hinaus wurden zahlreiche Planungsleistungen weitergeführt (Aussichtsturm Stöntzsch, Löbnitzer Ufer). Die Vielzahl neu eingebrachter Maßnahmenvorschläge verlangte von der Arbeitsgruppe intensive Abstimmungen zu einer möglichen Einordnung in das sogenannte Eckpunkte-papier der § 4-Maßnahmen. Die Tätigkeit der § 4-Arbeitsgruppe wurde in zwei durchgeführten Sitzungen koordiniert:

- 40. AG-Sitzung am 09.05.2019 auf der VINETA im Störmthaler See
- 41. AG-Sitzung am 13.11.2019 in Leipzig, LMBV mbH

### **Bündelungsgremium Braunkohlenbergbau und Gebietswasserhaushalt**

Im Berichtszeitraum fungierte das Bündelungsgremium als wichtige Kommunikationsplattform zwischen den nachfolgenden Partnern:

- kreisfreie Stadt Leipzig, untere Wasserbehörde
- kreisfreie Stadt Leipzig, Amt für Stadtgrün und Gewässer
- Kommunales Forum Südraum Leipzig
- Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie
- Landesdirektion Sachsen
- Landestalsperrenverwaltung Sachsen
- Landkreis Leipzig, untere Wasserbehörde
- Landkreis Nordsachsen, untere Wasserbehörde
- LMBV mbH als Sanierungsträger
- MIBRAG mbH als Bergbautreibender
- Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen
- Sächsisches Oberbergamt
- Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (als Gast)
- Ingenieurbüro für Grundwasser Leipzig (konsultativ).

2019 musste sich auf die 16. Sitzung am 12. April bei der LTV in Rötha beschränkt werden, bei der sich zu den folgenden Themen jedoch intensiv ausgetauscht wurde:

- Kommission Strukturwandel, Wachstum und Beschäftigung
- Aufbau einer Bewirtschaftungszentrale für das Einzugsgebiet der Unteren Pleiße
- Auswertung der LMBV-Tätigkeitsberichtes § 3-Maßnahmen
- Sachstand Festlegung Wasserspiegelhöhe Schladitzer See.

### **5 Gliederung der Teilhaushalte**

Die Gliederung der Teilhaushalte erfolgte nach den vorgegebenen Produktbereichen.



Übersicht:

Produktbereich	Bezeichnung
11	Innere Verwaltung
51	Räumliche Planung und Entwicklung
61	Allgemeine Finanzwirtschaft

6 Prognosebericht

Ergebnisentwicklung

Die Entwicklung der ordentlichen Erträge wird als konstant eingeschätzt. Die ordentlichen Aufwendungen werden sich gemäß Haushaltsplanung geringfügig vermindern. Dennoch wird der Planungsverband sowohl im Haushaltsjahr 2019 als auch in den Folgejahren voraussichtlich nicht in der Lage sein, ein positives Jahresergebnis zu erzielen.

Liquiditätsentwicklung

Der Verband verfügt über eine stabile Kassenlage und ist daher in der Lage, mittelfristig eine negative Änderung des Zahlungsmittelbestands durch eine Entnahme aus der Liquiditätsreserve auszugleichen. Die stetige Aufgabenerfüllung des Verbands ist daher sichergestellt. Gemäß Haushaltsplanung wird sich der Bestand an liquiden Mitteln jedoch vermindern. Der Verband ist schuldenfrei. Die Aufnahme von Krediten ist nicht vorgesehen.

7 Risikoeinschätzung

Die wesentlichsten Erträge des Regionalen Planungsverbandes setzen sich aus dem Mehrbelastungsausgleich des Sächsischen Staatsministeriums des Innern sowie der Verbandsumlage zusammen. Da es sich hierbei um eine Pflichtaufgabe nach dem Sächsischen Landesplanungsgesetzes und des Raumordnungsgesetzes handelt, stellen diese konstante und sichere Erträge dar.

Hinsichtlich der Personalaufwendungen sind die Ergebnisse der Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst zu berücksichtigen, dies ist in den künftigen Haushaltsplanungen bereits erfolgt.

Da der Planungsverband nur über ein sehr geringes Anlagevermögen verfügt, sind keine hohen Abschreibungsbeträge sowie keine größeren Ersatzinvestitionen zu erwarten.

Die hohen Liquiditätsreserven des Planungsverbandes garantieren die dauernde Leistungsfähigkeit.

Der Planungsverband hat keine Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen oder zur Liquiditätssicherung, die Gefahr von möglichen Zinsschwankungen besteht demnach nicht.

8 Ausführung des Haushaltsstrukturkonzeptes

Der Regionale Planungsverband verfügt über kein Haushaltsstrukturkonzept.

## Verkehr

# Regionalbus Leipzig GmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Leipziger Straße 79

04828 Deuben

Tel.: 03425/8989100

E-Mail: [info@regionalbusleipzig.de](mailto:info@regionalbusleipzig.de)

Webseite: <http://www.regionalbusleipzig.de>

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 13.05.1992

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die Gesellschaft darf allein oder zusammen mit anderen Unternehmen im Sinne von § 96a Abs. 1 Halbsatz 1 SächsGemO Tochtergesellschaften oder Mehrheitsbeteiligungen nur gründen, übernehmen und unterhalten, wenn deren Gesellschaftsverträge oder Satzungen den Nrn. 1, 2 und 4 bis 13 des § 96a Abs. 1 SächsGemO entsprechende Regelungen enthalten.

Die Gesellschaft ist allgemein berechtigt, alles zu tun, was ihrem Geschäftszweck nützt oder nützen kann und durch das Gesetz gestattet ist.

Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit anderen Unternehmen abschließen.

### Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	500.000€
----------------------	----------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Andreas Kultscher
------------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Landkreis Leipzig	500.000 €	100,0%
-------------------	-----------	--------

**Beteiligungen**

Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	2.200 €	2,9%
---	---------	------

**Finanzbeziehungen**

	12/2018	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-	-
<b>Sonstiges</b>	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
<b>Aufwandszuschüsse (Betriebskostenzuschüsse)</b>	12.375.962,0 €	13.663.942,0 €	14.977.363,0 €
<b>Bürgschaften</b>	-	-	-

**IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE**

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

**I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit**

Das Jahr 2020 war von der Corona-Pandemie geprägt, die in Deutschland zu gesellschaftlichen Einschränkungen und wirtschaftlichen Beeinträchtigungen geführt hat und u. a. erhebliche Auswirkungen auf den öffentlichen Personennahverkehr hatte.

Die Regionalbus Leipzig GmbH (im Folgenden auch Regionalbus Leipzig oder Gesellschaft genannt) konnte die Herausforderungen der Pandemie erfolgreich bewältigen und nicht zuletzt dank der von Bund und Freistaat sowie durch den Gesellschafter zur Verfügung gestellten Finanzhilfen und aufgrund der günstigen Entwicklung des Kraftstoffpreises das Geschäftsjahr 2020 mit einem zufriedenstellenden kaufmännischen Ergebnis abschließen. Die beauftragten Verkehrsleistungen im gesamten Bediengebiet wurden an die Erfordernisse der Pandemiesituation angepasst und unter Einhaltung von Schutzmaßnahmen sowie unter Beachtung der Regelungen der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung stets zuverlässig erbracht.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 28. April 1993 in der Fassung vom 16. Juli 2015 die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Der Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft liegt mit ca. 98 % des Leistungsvolumens der gefahrenen Kilometer im Bereich des ÖPNV-Linienverkehrs. Grundlage für die Erbringung dieser Verkehrsleistungen bildet seit dem 1. Januar 2014 der „Öffentliche Dienstleistungsauftrag über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten“ (ÖDA), gemäß Beschluss Nr. 2013/081 des Kreistages des Landkreises Leipzig vom 9. Oktober 2013.

Bis zum Dezember 2020 erbrachten fünf vertraglich gebundene Nachauftragnehmer der Gesellschaft Teile der Verkehrsleistung im Bediengebiet Muldental. Einer dieser Verträge wurde zum Fahrplanwechsel im Dezember 2020 einvernehmlich beendet.

Nach den Städten Bad Lausick, Brandis und Grimma wurde im Jahr 2020 auch mit der Stadt Colditz ein Vertrag zur Verkehrsbedienung abgeschlossen.

Nach erfolgreicher Umsetzung von Verkehrsprojekten zur Realisierung eines Paradigmenwechsels in der ländlichen Mobilität in den letzten Jahren, betreibt die Gesellschaft nunmehr insgesamt 14 PlusBus- und 8 TaktBus-Linien. Für diese gelten hochwertige Qualitätsstandards hinsichtlich Verkehrsbedienung und eingesetzter Fahrzeuge.

Der Erfolg dieser Projekte zeigt sich deutlich in der Entwicklung der Fahrgastnachfrage. So konnte in den Monaten Januar und Februar 2020 eine Steigerung der Fahrgastzahl vor Korrekturwerten von 8 % im Vergleich zu den Vorjahresmonaten verzeichnet werden. Infolge des starken Rückgangs der Mobilität im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie kam es zu einem Einbruch der Verkehrsnachfrage. Dennoch konnten über das Gesamtjahr betrachtet noch fast 80 % der Fahrgäste des Vorjahres im Linienverkehr befördert werden.

Die Verkehrsleistungen zur ÖPNV-Anbindung des Pösna Parks und die Anbindung des Freizeitparks BELANTIS mit der Linie 105 wurden vertragsgemäß erbracht. Der Vertrag zur Durchführung von Beförderungsleistungen für die Handwerksammer Leipzig wurde um ein weiteres Jahr verlängert und Einzelverträge zur Ergänzung der Schülerbeförderung abgeschlossen.

Bedingt durch die Corona-Pandemie kam es im Jahr 2020 jedoch bei allen Verkehrsleistungen zu Verschiebungen oder Reduzierungen, die den gesunkenen Mobilitätsbedürfnissen der Bevölkerung bzw. den Einschränkungen aufgrund der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung Rechnung trugen und mit finanziellen Beeinträchtigungen für die Gesellschaft einhergingen. Im April 2020 musste die Regionalbus Leipzig aufgrund des Rückgangs der Verkehrsleistung infolge der außerplanmäßigen Inkraftsetzung des Ferienfahrplans Kurzarbeit anmelden.

Zwischen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di und dem Landesverband des Sächsischen Verkehrsgewerbes (LSV) e. V. wurde am 20. Januar 2020 ein neuer Vergütungstarifvertrag mit einer Laufzeit vom 1. Januar 2020 bis zum 31. Dezember 2022 abgeschlossen. Am 7. Dezember 2020 wurden ein Tarifvertrag zur Jahressonderzahlung mit einer Laufzeit vom 8. Dezember 2020 bis zum 31. März 2023 sowie ein Tarifvertrag über eine einmalige Corona-Sonderzahlung für das Jahr 2020 abgeschlossen.

Der Ausbau und die Erweiterung der betrieblichen Anlagen in den Betriebsteilen Deuben und Zwenkau wurden im Geschäftsjahr 2020 planmäßig beendet.

## **II. Wirtschaftsbericht**

### **Vermögenslage**

Das Gesamtvermögen betrug zum Stichtag TEUR 32.407 und liegt damit TEUR 121 unter dem Vorjahreswert. Im Wirtschaftsjahr 2020 sank das Umlaufvermögen durch Mittelabflüsse aus dem Bankvermögen (TEUR 3.745). Im Gegenzug erhöhten sich die langfristigen Vermögenswerte des Anlagevermögens um TEUR 3.299.

Die Zugänge bestehen im Wesentlichen aus Investitionen in Omnibusse, in die Erweiterung des Betriebshofes und der Karosseriewerkstatt in Deuben, in den Umbau des Sozialgebäudes in Zwenkau und in das Rechnergestützte Betriebsleitsystem (RBL).

Bei den Investitionen 2020 wurde die geplante Summe zum Stichtag 31. Dezember 2020 um insgesamt TEUR 1.374 überschritten. Dieser Wert resultiert u. a. aus der zeitlichen Verzögerung der Fertigstellung des Erweiterungsbaus in Deuben (TEUR 924), einer aus 2019 nachgeholten Investition für Omnibusse (TEUR 444) sowie weiteren Investitionen, die technisch bedingt nicht planmäßig umgesetzt werden konnten und in das nächste Wirtschaftsjahr übertragen werden müssen.

Durch die für die Investitionen vereinnahmten Fördermittel erhöhte sich der Bestand an Sonderposten für Investitionszuschüsse (TEUR 542), welcher ab dem Jahr 2020 vollständig dem betriebswirtschaftlichen Eigenkapital zugerechnet wird. Das bilanzielle Eigenkapital erhöhte sich um den Jahresüberschuss.



Das Fremdkapital der Gesellschaft verringerte sich im Jahr 2020 um TEUR 2.069. Dies resultiert im Wesentlichen aus dem Abbau der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (TEUR. 798) und der Verminderung der Verbindlichkeiten aus Lieferung und Leistung (TEUR 843).

Nachfolgend wird die Vermögenslage nach Liquiditätsgesichtspunkten gegliedert dargestellt. Posten mit Fälligkeit bis zu einem Jahr werden als kurzfristig, alle übrigen Posten als mittel- und langfristig eingestuft.

### Vermögensstruktur

	<b>31.12.2020</b>		<b>31.12.2019</b>		<b>+/-</b>
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
immaterielle Vermögensgegenstände	270	0,8	355	1,1	-85
Sachanlagen	24.607	75,9	21.223	65,2	3384
Finanzanlagen	7	0	7	0	0
<b>langfristig gebundenes Vermögen</b>	<b>24.884</b>	<b>76,8</b>	<b>21.585</b>	<b>66,4</b>	<b>3.299</b>
Vorräte	349	1,1	276	0,8	73
Lieferforderungen	955	2,9	809	2,4	146
Forderungen gegen MDV GmbH	0	0	120	0,4	-120
sonstige Vermögensgegenstände, RAP	1.271	3,9	1.045	3,3	226
flüssige Mittel	4.949	15,3	8.694	26,7	-3.745
<b>kurzfristiges Vermögen</b>	<b>7.524</b>	<b>23,2</b>	<b>10.944</b>	<b>33,6</b>	<b>-3.420</b>
<b>insgesamt</b>	<b>32.408</b>	<b>100</b>	<b>32.529</b>	<b>100</b>	<b>-121</b>

### Kapitalstruktur

	<b>31.12.2020</b>		<b>31.12.2019</b>		<b>+/-</b>
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
bilanzielles Eigenkapital	12.572	38,8	11.167	34,3	1.405
Sonderposten Investitionszuschüsse = Eigenkapitalähnliche Mittel	14.785	45,6	14.243	29,2	542
<b>betriebswirtschaftliches Eigenkapital</b>	<b>27.357</b>	<b>84,4</b>	<b>25.410</b>	<b>78,1</b>	<b>1.947</b>
<b>Fremdkapital</b>					
Bankverbindlichkeiten (> 1 Jahr)	239	0,7	657	2	-418
langfristige Rückstellungen	27	0,1	27	0,1	0
<b>mittel- / langfristiges Fremdkapital</b>	<b>266</b>	<b>0,8</b>	<b>684</b>	<b>2,1</b>	<b>-419</b>
kurzfristige Rückstellungen	555	1,7	687	2,1	-132
Bankverbindlichkeiten (< 1 Jahr)	418	1,3	798	2,5	-380
Lieferverbindlichkeiten	2.579	8	3.422	10,5	-843
Verbindlichkeiten gegenüber MDV GmbH	110	0,3	79	0,2	31
sonstige Verbindlichkeiten	1.123	3,5	1.449	4,5	-326
<b>kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>4.785</b>	<b>14,8</b>	<b>6.435</b>	<b>19,8</b>	<b>-1.650</b>
<b>Fremdkapital gesamt</b>	<b>5.051</b>	<b>15,6</b>	<b>7.119</b>	<b>21,9</b>	<b>-2.069</b>
<b>insgesamt</b>	<b>32.408</b>	<b>100</b>	<b>32.529</b>	<b>100</b>	<b>-121</b>

## Investitionen

Im Geschäftsjahr 2020 wurden folgende Investitionen getätigt:

	TEUR
Omnibusse	3.131
sonstige Ausstattung	529
Grundstücke und Gebäude	1.451
Software	73
Anlagen im Bau	2.807
<b>insgesamt</b>	<b>7.990</b>

Die Businvestitionen beinhalten die Beschaffung von insgesamt 22 Omnibussen (einschließlich der in Anlagen im Bau gezeigten).

Die Schwerpunkte der Investitionen in der Position „sonstige Ausstattung“ bildeten die überwiegende Ausstattung des Fahrzeugparks mit TFT-Monitoren sowie die Installation einer Digitalen Fahrgastinformation in Markkleeberg. Weiterhin wurde in Möbel für die Büros im Verwaltungs- und Sozialgebäude im Betriebsteil Deuben, in Ausrüstung mit Hardware im Verwaltungsbereich sowie Ausrüstungsgegenstände für die Werkstätten der einzelnen Betriebsteile investiert.

In der Position Grundstücke und Gebäude sind der Umbau im Bestand des Verwaltungs- und Sozialgebäudes sowie die Erweiterung der Karosseriewerkstatt in Deuben und der Um- und Ausbau des Sozialgebäudes in Zwenkau enthalten.

Die Softwareinvestitionen beinhalten ein Upgrade der Personalabrechnungssoftware, die Erweiterung der Personalsoftware für die digitale Personalakte, als auch Software für die Erweiterung der Nutzung der RBL-Funktion auf den Bordrechnern.

Die Anlagen im Bau umfassen Rechnungen für Omnibusse, welche erst im folgenden Wirtschaftsjahr auf die Gesellschaft zugelassen wurden.

Die Investitionen wurden im Berichtsjahr in Höhe von TEUR 2.665 durch Zuschüsse finanziert.

## Finanzlage

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Veränderung des Zahlungsmittelbestandes im Berichtsjahr. Die Zahlungsströme werden nach den Bereichen „laufende Geschäftstätigkeit“, „Investitionstätigkeit“ und „Finanzierungstätigkeit“ gegliedert. Der Mittelzufluss aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt TEUR 2.923. Mittelabflüsse durch Investitionen in das Anlagevermögen (TEUR 5.861) wurden durch Verminderung des Finanzmittelfonds (Geldmittelbestand) und ohne weitere Kreditaufnahme getätigt, wodurch eine Reduzierung des Mittelabflusses aus Finanzierungstätigkeit gegenüber dem Vorjahr möglich wurde.

Die Liquidität der Gesellschaft war auf der Basis eines detaillierten Liquiditätsplans in Verbindung mit den erhaltenen Betriebskostenzuschüssen (BKZ) sowie zeitnaher Leistungsabrechnung und einem aktuellen Mahnwesen jederzeit gesichert.

Verbindlichkeiten wurden innerhalb vereinbarter Fristen beglichen.

	2020 TEUR	2019 TEUR
Ergebnis	1.410	1.443
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.678	3.792
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Investitionszuschüsse	-2.800	-2.108
Zunahme der sonstigen Rückstellungen	-132	91
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	0	-2
Verlust/Gewinn aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-19	-10
Zunahme (-) / Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-325	912
Zunahme / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- und Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	102	1.838
Zinsaufwendungen	9	20
<b>Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit</b>	<b>2.923</b>	<b>5.976</b>
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	27	10
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-8.553	-6.896
Erhaltene Zuschüsse für Investitionen ins Anlagevermögen	2.665	5.601
<b>Cashflow aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-5.861</b>	<b>-1.285</b>
Einzahlungen aus der Aufnahme von Finanzkrediten (Bankverbindlichkeiten)	0	0
Auszahlungen aus der Tilgung von Bankverbindlichkeiten	-798	-1.168
gezahlte Zinsen	-9	-20
<b>Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-807</b>	<b>-1.188</b>
Veränderung des Finanzmittelfonds	-3.745	3.503
Finanzmittelfonds am Periodenbeginn	8.694	5.191
<b>Finanzmittelfonds am Periodenende</b>	<b>4.949</b>	<b>8.694</b>
<b>Zusammensetzung des Finanzmittelbestandes:</b>	<b>4.949</b>	<b>8.694</b>
flüssige Mittel	4.949	8.694

### Ertragslage

Das Wirtschaftsjahr 2020 schließt mit einem Jahresergebnis in Höhe von TEUR 1.410. Geplant wurde mit einem Ergebnis in Höhe von TEUR 912. Daraus ergibt sich eine positive Abweichung von TEUR 498.

Zur Analyse der Ertragslage werden im Folgenden die Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung abweichend vom handelsrechtlichen Schema nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gegliedert dargestellt.

	2020		2019		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
bereinigte Umsatzerlöse	23.180	100,0	22.640	100,0	540	2,4
Materialaufwand						
a) Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	-2.932	-12,6	-3.515	-15,5	583	-16,6
b) bezogene Leistungen	-2.059	-8,9	-2.060	-9,1	1	0,0
	-4.991	-21,5	-5.575	-24,6	584	-10,5
Personalaufwand	-13.069	-56,4	-11.963	-52,8	-1.106	9,2
übrige Aufwendungen	-2.435	-10,5	-2.435	-10,8	0	0,0
Betriebsaufwand gesamt	-20.495	-88,4	-19.973	-88,2	-522	2,6
sonstige betriebliche Erträge	3.401	14,7	2.505	11,1	896	35,8
<b>Ergebnis vor Abschreibungen und Zinsen</b>	<b>6.086</b>	<b>26,3</b>	<b>5.172</b>	<b>22,8</b>	<b>914</b>	<b>17,7</b>
Abschreibungen	-4.678	-20,2	-3.792	-16,7	-886	23,4
<b>operatives Ergebnis</b>	<b>1.408</b>	<b>6,1</b>	<b>1.380</b>	<b>6,1</b>	<b>28</b>	<b>2,0</b>
neutrales Ergebnis	11	0,0	83	0,4	-72	-86,7
Zinsergebnis	-9	0,0	-20	-0,1	11	-55,0
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>1.410</b>	<b>6,1</b>	<b>1.443</b>	<b>6,4</b>	<b>-33</b>	<b>-2,3</b>

Die Erhöhung der bereinigten Umsatzerlöse (TEUR 540) in 2020 lässt sich im Wesentlichen wie folgt erklären:

	TEUR
Betriebskostenzuschüsse	1.517
ÖPNV-Linienverkehr	-500
Vertragsverkehr	-291
Gelegenheitsverkehr	-29
Schienenersatzverkehr	-1
sonstiges	-157
<b>insgesamt</b>	<b>540</b>

Die Betriebskostenzuschüsse wurden in der Planung 2020 an das höhere Leistungsvolumen und die gestiegenen Kosten angepasst und entsprechend vom Landkreis Leipzig gezahlt. Im laufenden Geschäftsjahr erfolgte eine weitere Anpassung des vom Landkreis Leipzig gezahlten Betriebskostenzuschusses, die schwerpunktmäßig auf der Grundlage der Regelungen der Richtlinie des SMWA über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Schäden im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 im Freistaat Sachsen (RL Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV) geleistet wurde.

Die weiteren geplanten Umsatzerlöse (bereinigt) für das Jahr 2020 wurden aufgrund des pandemiebedingten Rückgangs der Verkehrsnachfrage bzw. wegen der Einschränkungen aufgrund der Sächsischen Corona-Schutz-Verordnung nicht erreicht.

Im sonstigen Bereich resultieren die Mindereinnahmen hauptsächlich aus einem den Umständen der Corona-Pandemie angepassten Dieserverkauf.

Eine positive Planabweichung ergibt sich in den sonstigen betrieblichen Erträgen in Höhe von TEUR 896. Diese resultiert unter anderem aus dem Ersatz der Verluste an Fahrgeldeinnahmen auf der Basis der Richtlinie „Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV“.

Die Personalaufwendungen sind aufgrund einer Anhebung des Vergütungstarifs und einem leicht erhöhten Personalbestand im Vergleich zu 2019 gestiegen, blieben aber mit TEUR 81 unter den geplanten Aufwendungen. Unter anderem ist die im April des Berichtsjahres durchgeführte Kurzarbeit hierfür als Ursache zu sehen.

Das Problem des Fachkräftemangels im Fahrerbereich entspannte sich aufgrund der Corona-Pandemie innerhalb des Wirtschaftsjahres. Bedingt durch den Rückgang der Verkehrsnachfrage war es nicht erforderlich, alle geplanten Stellen – vorrangig im Fahrerbereich – zu besetzen.

Der Krankenstand verringerte sich im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr geringfügig.

Mit einer Höhe von TEUR 11 (2019: TEUR 83) kommt dem neutralen Ergebnis auch in diesem Geschäftsjahr keine entscheidende Bedeutung zu.

Das neutrale Ergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2020 TEUR	2019 TEUR
<b>Erträge</b>		
periodenfremde Erträge	5	73
Auflösung von Wertberichtigungen	0	4
Erträge aus Anlagenverkäufen	30	10
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	33	0
Erträge unregelmäßig	0	0
<b>zusammen</b>	<b>68</b>	<b>87</b>
<b>Aufwendungen</b>		
periodenfremde Aufwendungen	-43	-3
Zuführung von Wertberichtigungen	-3	-1
Forderungsverluste	0	0
Verlust aus Anlagenabgängen	-11	0
<b>zusammen</b>	<b>-57</b>	<b>-4</b>
<b>insgesamt</b>	<b>11</b>	<b>83</b>

### III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Die Leistungserbringung durch die Regionalbus Leipzig GmbH erfolgt auf der Basis des vom Landkreis Leipzig bis zum 31. Dezember 2023 erteilten ÖDA. Hierdurch wird u. a. vertraglich geregelt, dass die Gesellschaft für die zu erbringenden Verkehrsleistungen entsprechende Zuschüsse erhält, ohne die der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) nicht kostendeckend betrieben werden könnte. Diese Zuschüsse sind von entscheidender Bedeutung für die finanzielle Ausstattung und die Ertragssituation der Gesellschaft.

Zur frühzeitigen Erkennung von Risiken hat die Gesellschaft ein Risikomanagementsystem eingerichtet, um gegebenenfalls entsprechende Maßnahmen zur Gegensteuerung einleiten zu können.



Der Landkreis Leipzig verfolgt das Ziel, durch die bedarfsgerechte Entwicklung und den Ausbau des ÖPNV seine Attraktivität als Wohn- und Wirtschaftsstandort zu steigern. Hierzu wurden in den vergangenen Jahren verschiedene Verkehrsprojekte umgesetzt, an denen die Regionalbus Leipzig GmbH maßgeblich beteiligt war. Zur Finalisierung des Projektes „Muldental in Fahrt“ wurde für die Stadt Colditz und ihre Ortsteile zum Fahrplanwechsel im August 2020 ein Stadtverkehrsangebot mit einem vollflexiblen Bedienungskonzept umgesetzt. Aufgrund der 2021 erfolgten Novellierung des Personenbeförderungsgesetzes kann davon ausgegangen werden, dass die Einrichtung flexibler Bedienformen künftig im Rahmen des ÖPNV-Linienverkehrs mit geringerem Aufwand möglich sein wird.

Insgesamt war bis zum Beginn der Corona-Pandemie aufgrund der Umsetzung der Verkehrsprojekte ein deutlicher Anstieg der Fahrgast- und Vertriebszahlen zu verzeichnen. Im Jahr 2020 begannen die vorbereitenden Planungen für die Überarbeitung des Verkehrsraumes im nördlichen Teil des Landkreises Leipzig (Stadt Wurzen und Umland). Die Projektumsetzung ist für die Jahre 2021 bzw. 2022 vorgesehen. Im Rahmen der Planung des Verkehrsangebotes sind regionale und demografische Entwicklungen zu berücksichtigen, die Einfluss auf die Nachfrage nach öffentlichen Personenverkehrsleistungen haben. Bestehende Fahrgäste sollen so an das Unternehmen gebunden und Potenziale zur Gewinnung neuer Fahrgastgruppen erschlossen werden.

In engem Zusammenhang mit der Weiterentwicklung des Verkehrsangebotes stehen die Anstrengungen zur Sicherung der Qualität der erbrachten ÖPNV-Leistungen und die Erleichterung des Zugangs für die Fahrgäste. Hierzu gehört neben der Bereitstellung von fahrtbezogenen Anschlussinformationen in Echtzeit sowie kostenfreiem WLAN-Zugang in den Omnibussen das Angebot einer ÖPNV-App für Fahrtauskunft und Ticketing in Kooperation mit dem MDV sowie weiteren Verkehrsunternehmen seit Juni 2020.

Das Qualitätsmanagementsystem gewährleistet mit einer strukturierten Erfassung verschiedener betrieblicher Leistungsparameter die Erfolgsmessung von getroffenen Maßnahmen und unterstützt insbesondere durch seine Verknüpfung mit der innerbetrieblichen Aus- und Weiterbildung die Erreichung der Ziele zur Verbesserung der Dienstleistungsqualität.

Das Vertragsverhältnis mit einem Nachauftragnehmer wurde zum 6. August 2017 außerordentlich gekündigt. In diesem Zusammenhang ist derzeit noch eine Rechtsstreitigkeit anhängig. Aufgrund der aktuellen Sachlage hat die Gesellschaft das Kostenrisiko neu bewertet und die hierfür gebildete Rückstellung angepasst.

Das mit einem weiteren Nachauftragnehmer bestehende Vertragsverhältnis wurde auf der Basis einer einvernehmlichen Vereinbarung zum 13. Dezember 2020 ordnungsgemäß beendet.

Die vor dem Hintergrund der Ausweitung der Geschäftstätigkeit der Gesellschaft bereits im Jahr 2017 begonnen Baumaßnahmen zur Erweiterung des Betriebsteils Deuben konnten im Jahr 2020 mit Fertigstellung der Umbauarbeiten im Bestand des Verwaltungs- und Sozialgebäudes sowie mit Inbetriebnahme der erweiterten Karosseriewerkstatt abgeschlossen werden.

Im Oktober 2020 konnten die Umbauarbeiten am Sozialgebäude im Betriebsteil Zwenkau beendet werden. Damit wird dem dort gestiegenen Personalbestand auch bauseits Rechnung getragen.

In Anbetracht des mit den Bauvorhaben verbundenen hohen Investitionsvolumens, wurden die bestehenden Förderprogramme soweit möglich genutzt.

Im Zuge der Erneuerung und Erweiterung des Fahrzeugparks wurden 2020 durch Regionalbus Leipzig zum dritten Mal in Folge Omnibusse mit zusätzlichem Elektromotor (Hybridmodul) beschafft. Vor dem Hintergrund der Diskussion um die Zukunftsfähigkeit des Dieselantriebs ist die Entwicklung alternativer Antriebstechnologien genau zu beobachten und für künftige Beschaffungsentscheidungen zu berücksichtigen. Dies gilt umso mehr, als mit dem Inkrafttreten

der Clean Vehicles Directive der EU am 1. August 2019 und der nunmehr erfolgten Umsetzung in nationales Recht, ab August 2021 Beschaffungsquoten hinsichtlich sauberer und emissionsfreier Straßenfahrzeuge definiert werden. Derzeit bestehen noch erhebliche Einschränkungen in der Verfügbarkeit von emissionsfreien Fahrzeugen am Markt, die die Anforderungen an einen Einsatz im Regionalbusverkehr voll erfüllen. Neben diese technischen Risiken treten entsprechende Kostenrisiken, da alternativ angetriebene Omnibusse derzeit sowohl in der Beschaffung als auch im laufenden Betrieb noch deutlich teurer sind als dieselgetriebene Fahrzeuge.

Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hat sich die Fachkräftelage im Jahr 2020 leicht entspannt. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist dem Thema der Fachkräftegewinnung jedoch weiterhin besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Insbesondere aufgrund der Fortschreibung der für die Gesellschaft geltenden Tarifverträge ist auch künftig mit steigenden Personalaufwendungen zu rechnen.

Die im 1. Quartal 2020 aufgekommene Corona-Pandemie hatte im weiteren Jahresverlauf erhebliche Auswirkungen auf die Gesellschaft. So waren u. a. Regelungen zum Schutz der Mitarbeiter und Fahrgäste sowie zur sicheren Aufrechterhaltung des ÖPNV unter den Bedingungen der Pandemiesituation zu treffen.

Die zeitweise Schließung der Schulen und weiterer Einrichtungen im Freistaat Sachsen, die Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Bevölkerung durch staatliche Anordnungen sowie der Wechsel vieler Beschäftigter ins „Home-Office“ führten zu einer erheblichen Reduzierung des Mobilitätsbedarfs und in der Folge zu einem deutlichen Fahrgastrückgang.

Regionalbus Leipzig reagierte hierauf u. a. mit temporärer Inkraftsetzung des Ferienfahrplans, einer zeitlichen Verschiebung des Starts der Saisonverkehre sowie der Anmeldung von Kurzarbeit. Außerdem waren erhebliche Ausfälle bei Vertrags- und Gelegenheitsverkehren zu verzeichnen.

Diese Entwicklungen gingen mit spürbaren Einnahmerückgängen für die Gesellschaft einher, die jedoch im Bereich des ÖPNV durch einen von Bund und Ländern aufgelegten „Rettungsschirm“ für Verkehrsunternehmen und Aufgabenträger auf der Grundlage der Richtlinie „Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV“ vollständig ausgeglichen wurden. Die zusätzlichen Kosten z. B. für erhöhte Schutzmaßnahmen und verstärkte Reinigungsaufwendungen wurden durch den Landkreis Leipzig übernommen.

Da infolge des zweiten Lockdowns auch die ersten Monate des Jahres 2021 durch fehlende Fahrgäste geprägt sind, ist die Neuauflage des „Rettungsschirms“ für den ÖPNV und ein möglichst vollständiger Ausgleich der Einnahmeverluste des laufenden Jahres dringend erforderlich.

Mittelfristig besteht darüber hinaus das Risiko eines sich verändernden Mobilitätsverhaltens, verbunden mit reduzierten Fahrgastzahlen und entsprechend negativer Einnahmewirkung.

Dem ÖPNV wird auch in Zukunft eine wichtige Rolle zur Sicherung der Daseinsvorsorge, als Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung und zur Lösung drängender Umweltprobleme zukommen. Es muss daher durch entsprechende Maßnahmen sichergestellt werden, dass die Fahrgäste den ÖPNV weiterhin als sichere und zugleich komfortable Form der Beförderung wahrnehmen.

Das in den letzten Jahren aufgebaute integrierte ÖPNV-System hat sich in der Pandemiesituation bewährt, da hierdurch auch außerhalb der Schulbedienung ein attraktives Verkehrsangebot mit gut nutzbaren Anschlüssen auch zu anderen Verkehrsträgern gewährleistet war. Der Erhalt und die Fortentwicklung des öffentlichen Verkehrsangebotes und vor allem dessen nachhaltige Finanzierung sind auch vor diesem Hintergrund von großer Bedeutung.

Neben der Fortschreibung des Betriebskostenzuschusses sind in diesem Kontext auch die Möglichkeiten zur Erlössicherung und -steigerung im Linienverkehr durch baldmöglichen Ausgleich der Fahrgastverluste und Neukundengewinnung zu nutzen. Hierbei werden neue tarifliche und betriebliche Konzepte, die den veränderten Mobilitätsbedürfnissen Rechnung tragen sowie eine gezielte Vermarktung des öffentlichen Verkehrsangebotes eine zentrale Rolle spielen. Auch das Sächsische Bildungsticket, das im Jahr 2021 auf Initiative des Freistaats Sachsen eingeführt wird, könnte zu einer Verbesserung der Einnahmesituation der Verkehrsunternehmen beitragen.

Vor dem Hintergrund der Erfahrungen aus der Pandemiesituation ist außerdem insbesondere die Digitalisierung der Arbeit sowie von Information, Service und Vertrieb weiter voranzutreiben. Nach Möglichkeit wird die Gesellschaft für diese Vorhaben entsprechende Förderprogramme nutzen. In diesem Zusammenhang können sich zudem Möglichkeiten zur Realisierung von Synergien und Einsparungspotenzialen ergeben, z. B. durch die Ablösung personalintensiver Arbeitsgänge durch technische bzw. IT-basierte Lösungen.

Für das Jahr 2021 wird mit Einnahmen im ÖPNV-Linienvverkehr von TEUR 6.750 (2020 Plan: TEUR 7.089, 2020 Ist: TEUR 6.883) geplant. Das Erreichen des Planwertes ist im Wesentlichen abhängig von den Auswirkungen der Corona-Pandemie und der Entscheidung zur erneuten Einrichtung eines „Rettungsschirms“ für die ÖPNV-Unternehmen. Daraus resultierend könnten auch die Ausgleichsleistungen für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) IX pandemiebedingt in 2021 vom Planwert abweichen. Das Jahresergebnis 2021 soll planmäßig TEUR -1.221 betragen. Vor dem Hintergrund der dargestellten Entwicklungen sieht die Gesellschaft jedoch Potenziale dafür, dass bei zumindest teilweisem Ausgleich der Verluste an Fahrgeldeinnahmen und reduzierten Personalkosten im Zusammenhang mit einer möglichen Anpassung des Personalbestandes eine Bewegung in Richtung auf ein ausgeglichenes Jahresergebnis möglich ist. Diese Einschätzung basiert auf der Annahme, dass im Zuge der Pandemiesituation keine unvorhergesehenen Ereignisse wie z. B. ein nochmaliger langanhaltender Lockdown oder eine ungünstige Kraftstoffpreisentwicklung auftreten. Ein bestandsgefährdendes Risiko wird jedoch auch in diesem Fall aktuell nicht gesehen. Entscheidend für die Jahresergebnisse ab dem Jahr 2022 ist neben der Entwicklung des Einnahmeanspruchs auf der Basis der durch das Unternehmen beförderten Fahrgäste vor allem die Sicherung der Finanzierung durch den Betriebskostenzuschuss des Aufgabenträgers.

#### **IV. Zusätzliche Angaben gemäß § 99 Abs. 3 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)**

Die nachfolgenden Angaben erfolgen nur, soweit sie sich nicht schon aus dem Jahresabschluss und den vorangegangenen Ausführungen im Lagebericht ergeben.

Alleiniger Gesellschafter der Gesellschaft ist der Landkreis Leipzig.

Zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020 wurde die KOMM-TREU GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Markkleeberg bestellt.

Deuben, den 7. Juni 2021

Andreas Kultscher  
Geschäftsführer

# THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Industriestraße 4  
04603 Windischleuba  
Tel.: 03447 850401  
E-Mail: [info@thuesac.de](mailto:info@thuesac.de)  
Webseite: <http://www.thuesac.de>

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 17.01.1992

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Öffentlicher Personennahverkehr einschließlich des Gelegenheitsverkehrs und des freigestellten Verkehrs. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern. Die Gesellschaft darf auch andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beraten, sich an solchen Unternehmen beteiligen oder ganz übernehmen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

### Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	260.000€
----------------------	----------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Frau Tatjana Bonert
---------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Landkreis Altenburger Land	135.200 €	52,0%
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	75.400 €	29,0%
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>49.400 €</b>	<b>19,0%</b>

### Beteiligungen

Aus- und Weiterbildungsgesellschaft THÜSAC mbH	25.000 €	100,0%
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	75.400 €	29,0%
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH	1.534 €	3,0%
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	750 €	1,0%

**Finanzbeziehungen**

	12/2018	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-	-
<b>Sonstiges</b>	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
<b>Aufwandszuschüsse (Betriebskostenzuschüsse)</b>	2.948.800,0 €	3.868.800,0 €	4.295.300,0 €
<b>Bürgschaften</b>	-	-	-

**IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE**

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

**1. Grundlagen****1.1 Geschäftsmodell**

Der Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Gesellschaftsvertrag der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs einschließlich des Gelegenheitsverkehrs und des freigestellten Verkehrs. Die Gesellschaft erbringt neben den Leistungen des ÖPNV weitere Leistungen zur Fahrzeuginstandsetzung auf der Grundlage eines Servicevertrags mit der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH. Darüber hinaus hat die Gesellschaft im Geschäftsjahr 2020 eine Aus- und Weiterbildungsgesellschaft THÜSAC mbH gegründet, an welcher sie zu 100 Prozent beteiligt ist. Die Tochtergesellschaft hat die Aufgabe neue Mitarbeiter für die Muttergesellschaft auszubilden und das vorhandene Fahrpersonal zu qualifizieren sowie vorgeschriebene Modulausbildungen kontinuierlich sicherzustellen.

Das Stammkapital beträgt EUR 260.000,00. Die Gesellschafter sind am Bilanzstichtag der Landkreis Altenburger Land mit einer Stammeinlage von EUR 135.200,00 (52,0 %) und der Landkreis Leipzig mit einer Stammeinlage von EUR 49.400 (19,0 %). Weiterhin hält die Gesellschaft eigene Anteile von EUR 75.400,00 (29,0 %). Die Organe der Gesellschaft sind im Jahr 2020 die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Gesellschafterversammlung hat einen Aufsichtsrat gebildet, in dem jeder Gesellschafter mit Kreistagsmitgliedern vertreten ist.

**1.2 Ziele, Strategien**

Der Gesellschaft obliegt die öffentliche Verkehrsbedienung mit Kraftomnibussen im Linienverkehr (ÖPNV), im freigestellten Schüler- sowie Gelegenheitsverkehr. Den Linienverkehr erbringt die Gesellschaft im MDV-Gebiet in den Städten Altenburg, Borna und Schmöln (Stadtverkehr) sowie in den Landkreisen Altenburger Land (Freistaat Thüringen) und dem Landkreis Leipzig (Freistaat Sachsen).

Die in den öffentlichen Dienstleistungsaufträgen (ÖDA) festgelegten Qualitätsvorgaben sind Grundlage der Verkehrsleistungserbringung. Sie werden sowohl intern als auch durch den Auftraggeber periodisch auf Einhaltung und Verbesserung kontrolliert.

Die finanziellen Vorgaben in den ÖDA sind differenziert und setzen somit den Rahmen der jährlichen Leistungserbringung.

**1.3 Steuerungssystem**

Im Unternehmen werden in Führungskreisrunden, Geschäftsführersitzungen, Meisterrunden sowie im Risikomanagement und Controlling Bewertungen des Unternehmens vorgenommen und bei Bedarf entsprechende Maßnahmen eingeleitet.



## 2. Wirtschaftsbericht

### 2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Genehmigungen nach § 42 PBefG für das **Bediengebiet Thüringen** wurden durch das Thüringer Landesverwaltungsamt in Weimar, für den Überlandlinienverkehr für 30 Linien sowie den Stadtverkehr Altenburg und Schmölln für acht Linien für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2020 erteilt. Im Rahmen der Neuvergabe des ÖDA wurden die Liniengenehmigungen bis zum 31.12.2030 verlängert. Eine Ausnahme bildet die Linie 353, hier gilt die Liniengenehmigung bis zum 30.11.2029. Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb des Linienverkehrs nach § 42 PBefG für das **Bediengebiet Sachsen** wurden durch die Landesdirektion Leipzig für den Stadtverkehr Borna für zwei Linien und den Überlandlinienverkehr für 21 Linien zeitgleich mit der Laufzeit des ÖDA vom 1. Januar 2014 bis 31.12.2023 erteilt.

Diesbezüglich wurde die Gesellschaft im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags mit der Durchführung der öffentlichen Straßenpersonennahverkehrsdienste mit Bussen im Zuständigkeitsgebiet des Landkreises Altenburger Land im Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2020 beauftragt. Mit der erneuten Erteilung des öffentlichen Dienstleistungsauftrages wurde die Beauftragung durch den Landkreis Altenburger Land im Zeitraum vom 1. Januar 2021 bis 31. Dezember 2030 festgeschrieben.

Der öffentliche Dienstleistungsauftrag des Landkreises Altenburger Land regelt für die Verwaltung und Erbringung der öffentlichen Personenverkehrsdienste im Kreisgebiet die Bestandteile und die maximale Höhe der Ausgleichsleistung an die THÜSAC. Die Ausgleichsleistung beinhaltet die Finanzhilfen des Landes Thüringen und die Betriebskostenzuschüsse des Landkreises Altenburger Land, die über den MDV gewährten Durchtarifizierungsverluste, die vom Freistaat Thüringen gewährten Zuwendungen für die landesbedeutsamen Buslinien und die Zuwendungen für die Anerkennung des Azubi-Tickets Thüringen bis zu einer vertraglich vereinbarten maximalen jährlichen Höhe der Ausgleichsleistung. Mit der Anpassung des ÖDA am 31. August 2020 sind finanzielle Unterstützungen im Rahmen der Richtlinie Corona-Beihilfe ÖPNV Thüringen ebenfalls zum Bestandteil des aktuellen Dienstleistungsauftrages erklärt worden.

Darüber hinaus erbringt die Gesellschaft Verkehrsleistungen im ÖPNV in Teilen des Landkreises Leipzig auf der Grundlage des öffentlichen Dienstleistungsauftrages, der vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2023 gilt. Nach der Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Altenburger Land und dem Landkreis Leipzig über die Verlagerung von Zuständigkeiten nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 ist der Landkreis Altenburger Land für das Bediengebiet des Verkehrsunternehmens im Landkreis Leipzig zuständig. Der Landkreis Altenburger Land ist somit Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr und hat die Aufgabe der Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV für das Bediengebiet des Verkehrsunternehmens im Landkreis Leipzig übernommen. Die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA des Landkreises Leipzig beinhalten außerdem, die Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr, welche nach der Richtlinie zur Verteilung der Ausgleichsmittel für den Ausbildungsverkehr nach dem Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im ÖPNV (ÖPNVFinAusG) im Landkreis Leipzig beschieden werden und die Durchtarifizierungsverluste. Die Zahlung erfolgt über den Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land.

### 2.2 Geschäftsverlauf

Das Kalenderjahr 2020 war zum überwiegenden Teil durch die Corona-Pandemie geprägt, welche bereits ab 16. März 2020 und im gesamten Verlauf des Geschäftsjahres zu erheblichen Mobilitätseinschränkungen führte. Die negativen Auswirkungen der Pandemie waren dadurch in allen Unternehmensbereichen deutlich spürbar. Die langanhaltenden Einschränkungen des öffentlichen Lebens führten zum starken Rückgang der Fahrgastzahlen und somit zur negativen Umsatzentwicklung, welche mit finanzieller Unterstützung seitens des Bundes bzw. der

Länder im Rahmen des ÖPNV-Rettungsschirms teilweise ausgeglichen werden konnten. Ausgaben für zusätzliche Hygiene- und Schutzmaßnahmen sowie Umsatzverluste im Bereich Technik und im Gelegenheitsverkehr mussten dagegen durch das Unternehmen eigenständig aufgefangen werden. Trotz der schwierigen und sich täglich ändernden Lage konnte die Liquidität und der reguläre Geschäftsablauf im gesamten Jahresverlauf sichergestellt werden.

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2020 wurde gemeinsam mit der Kreisverwaltung an der Neuerteilung des öffentlichen Dienstleistungsauftrages für das Bediengebiet des Landkreises Altenburger Land mit der Laufzeit vom 01.01.2021 bis 31.12.2030 gearbeitet, welcher in der Novemberversammlung des Kreistages an die THÜSAC vergeben wurde. Angesichts der Neuvergabe erfolgte eine Ausschreibung der Nachauftragnehmerleistungen, welche im Zuge der Neuerteilung des ÖDA ab dem 01.01.2021 ebenfalls neu vergeben wurden.

Die zum Zwecke der Aus- und Weiterbildung des Fahrpersonals der THÜSAC gegründete Gesellschaft konnte ihren Betrieb in der zweiten Jahreshälfte aufnehmen. Durch die Corona-Pandemie bedingten Einschränkungen konnte zunächst die Genehmigung für die Inbetriebnahme im Geschäftsjahr 2020 erwirkt, jedoch noch nicht mit der Ausbildung begonnen werden.

Die Basis für die Erbringung unserer Verkehrsleistungen bleibt die Beauftragung durch die Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land und Landkreis Leipzig. Im Geschäftsjahr 2020 wurde das Leistungsangebot im Bediengebiet des Landkreises Altenburger Land, auf der Relation Fockendorf-Pahna-Altenburg, durch den Einsatz eines RufBusses sowie der dazu erforderlichen Software weiter getestet. Gleichzeitig erfolgte die abschließende Planung für eine verkehrliche Neustrukturierung des südlichen Teiles des Landkreises Altenburger Land mit Vertretern der Landkreisverwaltung, der betroffenen Kommunen sowie des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes. Die Planungsergebnisse wurden in den Kreistagssitzungen im September 2020 vorgestellt. Vor der Beschlussfassung über die Umsetzung des Projektes entschieden die Kreistagsmitglieder zunächst auch die Nordregion des Landkreises Altenburger Land verkehrlich neu zu strukturieren, um dann über das gesamte Projekt entscheiden zu können. Die Planung soll im Kalenderjahr 2021 abschließend erfolgen und dem Kreistag zur Entscheidung vorgelegt werden.

Im Bediengebiet des Landkreises Leipzig wurde das neue Leistungsangebot, auf der Relation Groitzsch-Pegau-Borna mit neuen Linienvorläufen, höherer Fahrtenhäufigkeit und besserer Anbindung an die S-Bahn umgesetzt. Auf Grund der Corona-Pandemie, konnten die Erfolgsaussichten des neuen Projekts nur bedingt bewertet werden. In den Monaten Januar und Februar des Jahres 2020 zeigte sich dabei ein deutlicher Zuwachs der Fahrgastzahlen im Vergleich zum Vorjahr, weshalb zunächst von einer positiven Entwicklung unter regulären Bedingungen ausgegangen werden kann. Des Weiteren wurde im Verlauf des Kalenderjahres an der Neustrukturierung des Stadtverkehrs Borna gearbeitet.

Im Ergebnis kamen zwei Varianten in die engere Auswahl, welche im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2021 durch die THÜSAC auf deren Umsetzbarkeit geprüft und zur Entscheidung an die Kreisverwaltung übergeben werden.

Das Geschäftsjahr 2020 schließen wir mit einem Jahresfehlbetrag von TEUR 146 ab. Beeinflusst wird das negative Jahresergebnis hauptsächlich durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie, die gestiegenen Personalkosten auf Grund des neuen Vergütungsstarifvertrages sowie den Anstieg der Abschreibungen.

Als Servicepartner der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH konnte der Profitbereich MAN im Geschäftsjahr 2020 die Reparaturerelöse gegenüber dem Vorjahr nicht steigern, erreichte aber durch Sondereinflüsse im Geschäftsjahr ein positives Ergebnis.

## 2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das bilanzielle Gesamtvermögen ist zum 31. Dezember 2020 um 11,80 % auf EUR 19,8 Mio. gesunken. Das Anlagevermögen ist auf EUR 14,9 Mio. (Vj. 17,2 Mio.) gesunken. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen lag bei 75,2 % (Vj. 76,5 %). Das Anlagevermögen ist damit nach wie vor für das Bilanzbild bestimmend. Es ist vollständig durch langfristig verfügbare Mittel gedeckt.

Anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung wird die finanzielle Entwicklung dargestellt. Aus ihr ist erkennbar, wie die von dem Unternehmen erwirtschafteten und die ihm von außen zugeflossenen Finanzierungsmittel im Berichtszeitraum verwendet wurden.

	2020 (TEUR)	2019 (TEUR)
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-2.840	-2.179
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 497	-5.073
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	3.495	5.271
<b>Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelbestandes</b>	<b>2.770</b>	<b>2.612</b>

Wesentlicher Bestandteil des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit sind die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA für den ÖPNV der Aufgabenträger. Sie gewährleisten die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2020 haben wir TEUR 502 (Vj. TEUR 5.076) in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände investiert. Die notwendigen Investitionen, insbesondere in 2 Busse (TEUR 369) wurden mit TEUR 140 aus Fördermitteln finanziert. Der zweite Teil der Fahrzeuginvestition 2020 konnte erst im Jahr 2021 realisiert werden. Im ersten Quartal 2021 wurden weitere 4 Busse (TEUR 1.064) angeschafft.

Die Liquiditätssituation und die Eigenkapitalausstattung der Gesellschaft sind im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben. Die Eigenkapitalquote ist auf 51,1 % (Vj. 45,7 %) der Bilanzsumme am Bilanzstichtag gestiegen.

Im Geschäftsjahr 2020 sind die Umsatzerlöse im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 1.621 gesunken. Im Kerngeschäft unseres Unternehmens – dem Personennahverkehr – wurden die Umsatzerlöse des Vorjahres nicht erreicht. Diese sanken um TEUR 1.433. Dies ist insbesondere auf die Corona Pandemie zurückzuführen. Die Tarifierung zum 1. August 2019 konnte dem nicht entgegenwirken. Auf die Tarifierung zum 1. August 2020 wurde verzichtet. Pandemiebedingt sind auch die Umsätze aus dem Schüler- und Mietwagenverkehr gesunken.

Die Erträge aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG in Thüringen wurden für das Geschäftsjahr 2020 eingeschätzt, da die tatsächliche Zuweisung der Stückzahlen und Erträge durch den MDV zum Prüfungszeitpunkt nicht abschließend bekannt ist. In Sachsen sind die Erträge aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG Bestandteil des öffentlichen Dienstleistungsauftrages.

Im Bereich Fahrzeuginstandsetzung und -vermietung einschließlich Reifendienst sind die Erträge im Vergleich zum Vorjahr gesunken (./. TEUR 176).

Die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen (+ TEUR 1.236). Der Mehrbedarf ergab sich hauptsächlich aus den geplanten Kostensteigerungen für 2020 und der Umsatzrückgänge auf Grund der Corona-Pandemie. Ein Teil der Billigkeitsleistungen aus dem ÖPNV Rettungsschirm sind Bestandteil der Ausgleichsleistungen ÖDA.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken (./.TEUR 326). Hier wirken insbesondere gesunkene Kraftstoffkosten und geringere Aufwendungen für Reifen und Dienstkleidung. Die Aufwendungen für bezogene Leistungen sind um TEUR 269 gestiegen, insbesondere durch höhere Aufwendungen für Nachauftragnehmer (+ TEUR 308).

Der Personalaufwand ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 665 gestiegen. Ursächlich hierfür ist der neue Vergütungstarif mit Lohnsteigerungen zum 01.02.2020 und 01.07.2020. Die Abschreibungen sind auf Grund der Investitionstätigkeit um 90 TEUR gestiegen.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen sind um TEUR 152 gesunken. Ursächlich hierfür sind u.a. geringere Aufwendungen für Schäden (./. TEUR 35), gesunkene Aus- und Fortbildungskosten (./. TEUR 56) sowie Kosten für Unterhaltung für Grundstücke und Gebäude (./. TEUR 21), Kosten für Kfz-Versicherung (./. TEUR 21) und Kosten für Fahrausweise/Fahrpläne (./. TEUR 18).

## Personalentwicklung

Personen am Bilanzstichtag

	31.12.2020	31.12.2019
Fahrer	156	152
Schlosser	23	24
Übriges Personal	52	50
Auszubildende	12	15
<b>Gesamt</b>	<b>243</b>	<b>241</b>

## 2.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren, die der Steuerung der Geschäftstätigkeit zu Grunde liegen, sind insbesondere die Linieneinnahmen, die Investitionen und das Jahresergebnis.

Die Plan- und Ist-Zahlen der finanziellen Leistungsindikatoren zeigt, unter Berücksichtigung der Nachtragsplanung, die nachfolgende Tabelle:

	Ist 2018 (TEUR)	Ist 2019 (TEUR)	Plan 2020 (TEUR)	Ist 2020 (TEUR)	Plan 2021 (TEUR)
Erlöse Linieneinnahmen	6.466	5.577	5.420	5.174	5.500
Investitionen	2.138	5.076	3.241	502	4.036
Jahresergebnis	-82	463	59	-146	0

Die geplanten Linieneinnahmen konnten auf Grund der Auswirkungen der Corona Pandemie nicht erreicht werden. Negativ wirkte sich hier auch die vom 01.08.2020 auf den 01.01.2021 verschobene Tarifierung aus. Die geplanten Investitionen konnten auf Grund fehlender Fördermittel nicht umgesetzt werden. Ein Teil der geplanten Neuanschaffungen von Bussen wurde wegen Lieferschwierigkeiten erst im ersten Quartal 2021 realisiert. Auch das geplante Jahresergebnis wurde Pandemiebedingt nicht erreicht.

Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren sind in den Vertragsbeziehungen zu den Aufgabenträgern definiert und beziehen sich insbesondere auf Qualitätsvorgaben für die Erbringung der Beförderungsleistungen im ÖPNV.

### 3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Wie in den Vorjahren wurden auch im Geschäftsjahr 2020 in allen Unternehmens-bereichen regelmäßig systematische Risikoerhebungen vorgenommen. Im Rahmen dieser Aktualisierung bzw. Überprüfung wurden alle wesentlichen Risiken identifiziert, dokumentiert und bewertet und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der registrierten Risiken eingeleitet.

Durch die langfristigen öffentlichen Dienstleistungsaufträge besteht Finanzierungs- und Planungssicherheit für den ÖPNV der THÜSAC.

In Zusammenarbeit mit den Aufgabenträgern und den Partnern im Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) wird kontinuierlich an der künftigen Gestaltung und Finanzierung des Nahverkehrs gearbeitet. Die Entwicklung von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft in der Region sowie das Nutzungsverhalten und die Verkehrsmittelwahl der Menschen stehen dabei im Vordergrund.

Insbesondere werden aktuell die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie – Mobilitäts-einschränkungen, Nutzung von Home-Office und stagnierende Fahrgastzahlen – eine große Herausforderung darstellen. Hierbei gilt es für die Zukunft verschiedene strategische Szenarien zu erarbeiten und entsprechende Handlungsfelder festzulegen, um auf die geänderten Bedingungen adäquat reagieren zu können. Ziel ist es, durch einen attraktiven ÖPNV, die Mobilität für die gesamte Region in Mitteldeutschland auf das Niveau vor der Corona-Pandemie zu heben und weiter bedarfsgerecht auszubauen. Parallel dazu gilt es die Digitalisierung des Vertriebs und der Fahrgastinformation weiter auszubauen und die umweltpolitischen Zielstellungen auf Unternehmensebene umzusetzen.

Der Servicevertrag mit der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH ist die stabile Grundlage für die kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung der Sparte MAN. Alle Zusatzgeschäfte (Reifenservice, Vermietung von Fahrzeugen) sollen die Ertragskraft des Werkstattbetriebes steigern und den ÖPNV unterstützen. Umsatzrückgänge auf Grund der Corona-Pandemie gilt es hierbei wieder aufzuholen und die Sparte zu stärken.

Des Weiteren wird ein großes Augenmerk auf die Ausbildung des eigenen Fachkräfte-nachwuchses gelegt. Nur dadurch ist die Basis einer stabilen Personalentwicklung für das Unternehmen in den nächsten Jahren sichergestellt. Mit der Gründung der eigenen Aus- und Weiterbildungsgesellschaft im Jahr 2020 wurden zwei weitere Ausbildungsberufe in das unternehmerische Portfolio aufgenommen.

Neben den bisherigen Risiken, insbesondere bei der Gewinnung von Personal für den Fahrbetrieb sowie in den Einschränkungen bei der Gewährung von Betriebskosten- und Investitionszuschüssen, beihilferechtlichen Änderungen sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung und der Entwicklung der Kraftstoffpreise besteht ein Risiko in der Fortdauer der Pandemie-Situation und den damit einhergehenden Umsatzrückgängen.

Für das Geschäftsjahr 2021 wird es auf Grund der anhaltenden Auswirkungen der Corona Pandemie schwer das geplante ausgeglichene Jahresergebnis zu erreichen. Dies zeigt sich hauptsächlich in den fehlenden Fahrgeldeinnahmen. Der Tarifierhöhung zum 01.01.2021 wird eine weitere moderate Tarifanpassung zum 01.08.2021 folgen. Derzeit gehen wir davon aus, die im Investitionsplan 2021 festgeschriebenen Maßnahmen planmäßig umsetzen zu können.

Windischleuba, den 15. April 2021

Bonert  
Geschäftsführerin



# Aus- und Weiterbildungsgesellschaft THÜSAC mbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Industriestraße 4  
04603 Windischleuba

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 23.07.2020

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Der Gegenstand des Unternehmens ist die Organisation und Durchführung der Berufs- und Fahrschul Ausbildung bei Berufen des Personenverkehrs mit Omnibussen und die Durchführung der erforderlichen Weiterbildung.

### Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	25.000€
----------------------	---------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Thomas Wiesner
---------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	25.000 €	100,0%
--	----------	--------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

## Finanzbeziehungen

12/2020	
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-
Finanzmittelzufluss	-
Aufwandszuschüsse (Betriebskostenzuschüsse)	-
Bürgschaften	-

## IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

### 1. Grundlagen

#### 1.1 Geschäftsmodell

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Gesellschaftsvertrag die Ausbildung von Fahrschülern in den Fahrerlaubnisklassen B, C und D. In der Ausbildung Klasse B erlangen zukünftige Berufskraftfahrer die Grundlagen des „Autofahrens“ mit abschließender theoretischer und praktischer Prüfung durch die DEKRA. Ebenso bildet die AWT die Auszubildenden sowie neues Fahrpersonal mit LKW-Fahrerlaubnis in der Klasse D (KOM) aus. Um gewerblich Gebrauch von der Fahrerlaubnisklasse D machen zu können, ist eine Prüfung bei der IHK nötig. Die vorgeschriebene theoretische und praktische Ausbildung für die beschleunigte Grundqualifikation wird ebenfalls durch die AWT gewährleistet. Ein weiteres Geschäftsfeld besteht in der Weiterbildung des bestehenden Fahrpersonals der THÜSAC. Das komplette Fahrpersonal muss alle fünf Jahre eine Weiterbildung von je 35 Stunden absolvieren. Weiterhin unterstützt die AWT die THÜSAC bei der Verbesserung der Qualität in der Ausführung des Beförderungsauftrags hinsichtlich der Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und anderer Kriterien die im Zusammenhang mit der Fahrgastbeförderung stehen. Gezielte Schulungen sind individuell möglich.

Das Stammkapital beträgt EUR 25.000. Die THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH hält zum Bilanzstichtag alle Gesellschaftsanteile an der Aus- und Weiterbildungsgesellschaft THÜSAC mbH. Als Geschäftsführer wurde Herr Thomas Wießner eingesetzt.

#### 1.2 Ziele, Strategien

Ziel ist es neues Fahrpersonal für die Fahrbereiche Thüringen und Sachsen der THÜSAC auszubilden und vorhandenes Fahrpersonal zu schulen. Die Qualität des Fahrpersonals soll durch Qualitäts- u. Analysefahrten stets verbessert werden. Diese dienen der Sicherheit, Kundenzufriedenheit und der Schadensprävention.

#### 1.3 Steuerungssystem

Im Unternehmen werden in Führungskreistrunden und Geschäftsführersitzungen der THÜSAC sowie im Risikomanagement und Controlling Bewertungen des Unternehmens vorgenommen und bei Bedarf entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

## 2. Wirtschaftsbericht

### 2.1 Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Geschäftstätigkeit der Aus- und Weiterbildungsgesellschaft THÜSAC mbH (AWT) wurde zum 1. September 2020 aufgenommen. Die Beantragung der Genehmigung beim Thüringer Landesverwaltungsamt wurde vorbereitet, die Schulungsräume der Fahrschule durch einen Sachverständigen geprüft. Der Vorort Termin fand am 9. November 2020 durch die Genehmigungsbehörde statt. Es gab keinerlei Beanstandungen. Die Fahrschülerlaubnis wurden am 26. November 2020 durch das Thüringer Landesverwaltungsamt erteilt.

Nach Neugründung einer Fahrschule erfolgt eine jährliche Kontrolle durch die Aufsichtsbehörde. Dabei werden verschiedene Gesichtspunkte geprüft. Dies sind u.a.:

- Ausbildungspläne der einzelnen FE Klassen
- Hospitation im Theorieunterricht
- Hospitation im praktischen Unterricht
- Aufzeichnungen der Fahrschule

Die AWT hat für die Ausbildung in der FE Klasse B einen entsprechend umgebauten PKW zur Verfügung. Zur praktischen Ausbildung in der Klasse D wird ein KOM der THÜSAC genutzt, der fahrschultauglich umgebaut wurde.

Die wirtschaftliche Entwicklung kann auf Grund der erst erfolgten Betriebsaufnahme noch nicht vollumfänglich eingeschätzt werden. Wir gehen jedoch von einer planmäßigen Entwicklung aus.

## **2.2 Geschäftsverlauf**

Die Basis für die Erbringung unserer Tätigkeit ist die Akquirierung von neuem Fahrpersonal und Auszubildenden durch die THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH. Die Gewinnung neuer Mitarbeiter erfolgt in enger Zusammenarbeit mit dem Bereich Personalwesen und der Marketingabteilung der THÜSAC. Im Geschäftsjahr 2020 konnte auf Grund der Corona Pandemie nicht mit der Fahrschul-tätigkeit begonnen werden. Es wurden jedoch die Voraussetzungen geschaffen, um im Geschäftsjahr 2021 mit der Ausbildung zu beginnen.

## **2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage**

Das bilanzielle Gesamtvermögen beträgt zum 31. Dezember 2020 TEUR 35. Die Liquiditätssituation ist stabil. Die Eigenkapitalquote beträgt 73,8 Prozent. Die Mittelabflüsse aus der laufenden Geschäftstätigkeit (TEUR 13) und der Investitionstätigkeit (TEUR 4) wurden vollständig aus den Mittelzuflüssen aus der Finanzierungstätigkeit (Einzahlung des Stammkapitals; TEUR 25) gedeckt. Zum 31. Dezember 2020 beläuft sich der Finanzmittelbestand auf TEUR 8.

Die Umsatzerlöse (TEUR 11) setzen sich aus Erlösen für Qualitäts- und Einweisungsfahrten sowie dem Fahrdienst für die THÜSAC zusammen. Das negative Betriebsergebnis des Geschäftsjahres 2020 (TEUR 18) wird gemäß dem Gewinnabführungsvertrag durch die THÜSAC ausgeglichen.

## **2.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren**

Finanzielle Leistungsindikatoren, die der Steuerung der Geschäftstätigkeit zu Grunde liegen, sind insbesondere die Umsatzerlöse und das Jahresergebnis vor Gewinnabführung.

In der Planung für das Geschäftsjahr 2021 geht die Gesellschaft von Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 88 aus. Demgegenüber stehen geplante Ausgaben in gleicher Höhe.

## **3. Prognose-, Chancen- und Risikobericht**

Im Geschäftsjahr 2020 wurden Risikoerhebungen vorgenommen. Es wurden alle wesentlichen Risiken identifiziert, dokumentiert und bewertet und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der registrierten Risiken eingeleitet.

Großes Augenmerk legt die Gesellschaft auf die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses im Fahrbetrieb der THÜSAC. Dadurch ist die Basis einer stabilen Personalentwicklung für das Unternehmen THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH in den nächsten Jahren sichergestellt.

Da der Trend zu nachhaltigen Ressourcen tendiert, gehen wir davon aus, dass zukünftig ein Mehrbedarf an Fahrpersonal entsteht. Unter dem Aspekt des Klimawandels profitieren alle vom Ausbau des ÖPNV und dessen Nutzung.

Für das Geschäftsjahr 2021 rechnet die AWT mit einem ausgeglichenen Jahresergebnis vor Gewinnabführung.

Windischleuba, den 7. April 2021

Wießner  
Geschäftsführer

# Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Flugplatz

04603 Nobitz

Tel.: 03447-5900

E-Mail: info@leipzig-altenburg-airport.de

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 27.01.1992

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Die Errichtung und der eigenverantwortliche Betrieb des Leipzig-Altenburg Airport zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur.

### Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	51.129€
----------------------	---------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Dr. Frank Hartmann
-------------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Landkreis Altenburger Land	30.678 €	60,0%
eigene Anteile	16.361 €	32,0%
Gemeinde Nobitz	2.556 €	5,0%
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	1.534 €	3,0%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

### Finanzbeziehungen

	12/2018	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-	-
<b>Sonstiges</b>	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
Aufwandszuschüsse (Betriebskostenzuschüsse)	-	-	-
<b>Bürgschaften</b>	-	-	-

## IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

### 1. Grundlagen

Die Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH (FAN) betreibt einen Flugplatz mit IFR-Flugbetrieb in der Flugzone RMZ. Mit diesem Luftraummodell kann der Flugbetrieb für größere Flugzeuge im vollen Umfang aufrechterhalten und bedient werden. Für eine Rückkehr zum kontrollierten Luftraum „D“ besteht derzeit kein Bedarf. Eine weitere Herabstufung ohne RMZ würde gleichfalls den Wegfall des IFR-Flugbetriebes bedeuten. Dies scheint aufgrund der Größe des Flugplatzes wirtschaftlich nicht sinnvoll, da hierdurch keine signifikanten Einsparungen erzielt werden können.

Für die Region stellt der Flugplatz Altenburg-Nobitz ein Infrastrukturobjekt zur Förderung der regionalen Wirtschaft dar.

### 2. Wirtschaftsbericht

#### 2.1 Geschäftsverlauf

Aufbauend auf die zwischenzeitlich erreichten Ergebnisse bei der Neuausrichtung der Gesellschaft und weiterer politischer Unterstützung des Flugplatzes als wichtiges Infrastrukturobjekt, konnte die Gesellschaft auch im Geschäftsjahr 2020 erfolgreich agieren.

Das Jahr 2020 war für die Luftfahrtindustrie ein besonders schwieriges Jahr. Mit der Corona Pandemie einhergehende Flugverbote führten zu einem zeitweiligen Stillstand. Flughäfen mit Linien- und Pauschalreiseverkehr verzeichneten Rückgänge von mehr als 85 Prozent bei den Passagierzahlen und ca. 70 Prozent bei den Flugbewegungen. Viele Flughäfen waren dadurch bedingt auf staatliche Hilfen angewiesen. Entgegen diesem Trend ist bei der FAN die Anzahl der Flugbewegungen gegenüber dem Vorjahr etwa gleich geblieben. Die Einnahmen aus den Landegebühren sind im Vergleich zum Vorjahr um ca. 25 Prozent gesunken. Dies begründet sich in den weniger in Anspruch genommenen Leistungen für Service und Handling, wie zum Beispiel Spätabfertigungen im Bereich des Geschäftsreiseverkehrs.

Zu den im Jahr 2020 bereits geplanten Investitionen konnten zusätzliche Investitionsmaßnahmen realisiert werden. So wurden dreihundert Meter Landebahn saniert. Solche bzw. ähnliche Maßnahmen sind sehr kostenintensiv. Deshalb ist die Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH bei derartigen Projekten auf eine Förderung des Freistaates Thüringen angewiesen. Das Land Thüringen bewilligte Fördermittel für die Teilsanierung der Landebahn in üblicher Höhe. Außerdem wurde im Geschäftsjahr 2020 die Bausubstanz des Flughafens an mehreren Stellen und Gebäuden saniert, vorhandene Technik ersetzt bzw. instandgesetzt.

Im gesamten Jahr 2020 konnten Teile der Flugbetriebsflächen an den VW Konzern vermietet werden, was sich positiv auf die Einnahmen ausgewirkt hat. Die Einnahmen aus der Vermietung der Flugbetriebsflächen an die Firma IAV GmbH Ingenieurgesellschaft Auto und Verkehr (autonomes Fahren) konnten 2020 jedoch auf Grund der Corona Pandemie nicht wie in den Vorjahren erzielt werden.

Der Rechtsstreit mit Ryanair wurde abgeschlossen. Die in diesem Verfahren bisher hinterlegten Mittel sind im Geschäftsjahr 2020 der FAN zugeflossen.

Parallel dazu setzt sich die Gesellschaft gemeinsam mit der Landesentwicklungsgesellschaft des Freistaates Thüringen und der Gemeinde Nobitz aktiv für die Vermarktung des Flugplatzes sowie der unmittelbar angrenzenden Industrie- und Gewerbeflächen ein. Mehrere Großprojekte werden gegenwärtig evaluiert.



## 2.2 Wirtschaftliche Lage

### 2.2.1 Vermögens- und Finanzlage

Das bilanzielle Gesamtvermögen hat sich im Geschäftsjahr 2020 um TEUR 482 auf TEUR 3.009 erhöht. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen lag bei 83,4 % (Vorjahr: 90,8 %), der Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen bei 16,5 % (Vorjahr: 9,2 %). Die Eigenkapitalquote beträgt 27 Prozent.

Anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung wird die finanzielle Entwicklung dargestellt. Aus ihr ist erkennbar, wie die von der Gesellschaft erwirtschafteten und die von außen zugeflossenen Finanzierungsmittel im Berichtszeitraum verwendet wurden:

	<u>2020</u> TEUR	<u>2019</u> TEUR
Mittelzufluss/-abfluss aus		
laufender Geschäftstätigkeit	198	-193
Investitionstätigkeit	-438	-128
Finanzierungstätigkeit	486	347
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	398	152

Zuschüsse der Gesellschafter sind unter der Finanzierungstätigkeit erfasst. Diese betragen im Berichtsjahr TEUR 334 (Vj. TEUR 354).

Im Geschäftsjahr 2020 wurden Investitionen in das Anlagevermögen in Höhe von TEUR 438 vorgenommen. Dies betrifft im Wesentlichen die Sanierung der Start- und Landebahn, westliche Schwelle 22. Die Investitionen wurden mit TEUR 213 aus Fördermitteln finanziert.

### 2.2.2 Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich tabellarisch wie folgt dar:

	<u>2020</u> TEUR	<u>2019</u> TEUR	<u>Veränderung</u> TEUR
Betriebliche Erträge	1.449	967	482
Betriebliche Aufwendungen	<u>1.292</u>	<u>996</u>	<u>296</u>
Betriebsergebnis	157	-29	-186
Finanzergebnis	<u>-4</u>	<u>-10</u>	<u>6</u>
Jahresergebnis	<u>153</u>	<u>-39</u>	<u>192</u>

Die Gesellschaft rechnet im Geschäftsjahr 2020 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 153 ab.

Die betrieblichen Erträge haben sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 482 erhöht. Dies begründet sich hauptsächlich in gestiegenen Einnahmen aus der Vermietung der Flugbetriebsflächen an den Volkswagenkonzern sowie aus periodenfremden Erträgen aus der Rückzahlung von Marketingaufwendungen (TEUR 350).

Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 20 auf TEUR 96 gestiegen. Der Personalaufwand ist mit TEUR 378 auf dem Vorjahresniveau geblieben. Die Abschreibungen sind um TEUR 5 auf TEUR 222 leicht angestiegen. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind um TEUR 272 auf TEUR 585 angestiegen. Dies resultiert im Wesentlichen aus den gestiegenen Kosten für die Hindernisbeseitigung (TEUR 202) infolge der Bildung einer Rückstellung (TEUR 195), gestiegener Kosten für Reparaturen und Instandsetzungen sowie gestiegener Energie- und Reinigungskosten, infolge der ganzjährigen Vermietung des Terminals.

### 2.2.3. Leistungsindikatoren

Leistungsindikatoren, die der Steuerung der Geschäftstätigkeit zu Grunde liegen, sind insbesondere die Flugplatzgebühren, die Investitionen, das Jahresergebnis und die Liquidität.

	Ist 2018 (TEUR)	Ist 2019 (TEUR)	Plan 2020 (TEUR)	Ist 2020 (TEUR)	Plan 2021 (TEUR)
Flugplatzgebühren	72	88	70	66	60
Investitionen	294	128	100	438	288
Jahresergebnis	43	-39	31	153	-11
Finanzmittelbestand	126	152	120	398	100

### 3. Chancen- und Risikobericht

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2020 wurden regelmäßig Risikobeurteilungen vorgenommen. Dabei wurden im Rahmen der Berichterstattung alle wesentlichen Risiken dokumentiert und bewertet. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der Risiken eingeleitet.

In die Prozesse des Risikomanagementsystems ist die Geschäftsleitung durch regelmäßige Berichterstattung eingebunden. Monatliche Analysen der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Liquidität sind dabei zu einem entscheidenden Instrument für Geschäftsleitung, Aufsichtsrat und Gesellschafter geworden. Alle Abweichungen werden auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes ausgewertet.

Risiken für die künftige Entwicklung der Gesellschaft, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben könnten, sehen wir insbesondere in der Bereitstellung von Gesellschafterzuschüssen. Die Gesellschaft ist nicht in der Lage, aus der operativen Tätigkeit positive Ergebnisse zu erwirtschaften. Der Fortbestand des Unternehmens ist wesentlich von Zuschüssen der Gesellschafter derzeit TEUR 324 zum Verlustausgleich der operativen Tätigkeit und zur Finanzierung der Investitionen abhängig.

### 4. Prognosebericht

Unser Ziel besteht auch zukünftig darin, die gewerblichen Flugbewegungen zu erhöhen. Die Anzahl der gewerblichen Flüge spiegelt die wirtschaftliche Entwicklung der Region und des Einzugsgebiets wider. Außerdem soll Gewerbe, insbesondere flugaffine Unternehmen, angesiedelt werden. Die Gesellschafterzuschüsse sollen sukzessive weiter reduziert, neue Gesellschafter aus der Privatwirtschaft gewonnen und der noch verbleibende Investitionsstau am Flugplatz im Geschäftsjahr 2021 beseitigt werden.

Der Flugplatz wurde durch die Landesluftfahrtbehörde zur Hindernisbeseitigung auf und außerhalb des Flugplatzgeländes aufgefordert. Dies bedeutet weitere Kosten für die Beseitigung der Hindernisse und Entschädigungsansprüche für entgangene Nutzungen. Die letzte große Hindernisbeseitigung fand im Jahr 2005 statt. Aktuell laufen zwei entsprechende Entschädigungsverfahren. Bei den Außenflächen sind im Jahr 2020 sämtliche Grundstücke in der Anflugrichtung 04 mit einer Ausnahme (anhängiger Rechtsstreit), bereinigt worden. Sowohl beim Thüringer Forst als auch beim Forst auf sächsischer Seite bestehen rechtskräftige Duldungs- und Verpflichtungsbescheide zur Hindernisbeseitigung. Die Umsetzung der Maßnahmen, wegen der Notwendigkeit der Berücksichtigung naturschutzrechtlicher Belange, kann durch die FAN beauftragt, jedoch erst in der nächsten Ruheperiode im Herbst 2021 erfolgen.

Die Gesellschafter arbeiten weiter am Verkauf der Geschäftsanteile der FAN, die diese mit 32 Prozent selbst hält. Es wird angestrebt, für diese Anteile private Investoren zu gewinnen.

Es wird außerdem angestrebt, den Flugplatz auch für unbemannte Flugobjekte dauerhaft zu nutzen. 2020 fanden weitere diesbezügliche Veranstaltungen (coronabedingt als Videokonferenzen) statt. Ein Trägerverein wurde gegründet und verschiedene geförderte Projekte mit unbemannten Flugobjekten am Flugplatz umgesetzt. Ein vereinfachtes Genehmigungsverfahren in Fortführung der Betriebsmitteilung zur Nutzung des Flugplatzes für unbemannte Flugobjekte wird derzeit in enger Abstimmung mit der Landesluftfahrtbehörde erarbeitet.

Weiterhin wird beabsichtigt, am Flugplatz die Einrichtung einer 5 G Zone und somit die Realisierung einer neuen Mobilfunktechnologie in Zusammenarbeit mit T-Mobile zu implementieren. Von einer 5 G Überdeckung wird eine Sogwirkung auf weitere gewerbliche Ansiedlungen erwartet.

Der Flugplatz wird auch in den Folgejahren sukzessive die Infrastruktur erhalten bzw. erneuern. Im Jahr 2021 soll in einer zweiten Tranche der noch verbliebene, bisher unsanierte Teil der Landebahn saniert werden. Diese Maßnahme wird vom Land Thüringen gefördert. Dies stellt eine besondere Herausforderung dar, da die Durchführung der Maßnahme nicht auch auf das Folgejahr gesplittet werden kann.

Weiterhin ist beabsichtigt, im Rahmen der Kohleförderung eine Teststrecke für das autonome Fahren auf dem Flugplatzgelände zu implementieren. Die entsprechenden Planungen sind bereits fortgeschritten. Weitere Maßnahmen zur Ertüchtigung der Infrastruktur befinden sich in Planung. Das Ziel all dieser Maßnahmen ist es, den Flugplatz zu einem Teil eines Mobilitätszentrums der Zukunft zu gestalten.

Außerdem wird die Ansiedlung eines THW Logistikzentrums betrieben. Von diesem Zentrum werden vielfältige Synergien für weitere Ansiedlungen erwartet.

Der Wirtschaftsplan sieht für das Geschäftsjahr 2021 Nachschüsse im Sinne des § 18 des Gesellschaftsvertrags und weitere nicht rückzahlbare Zuschüsse von insgesamt TEUR 324 vor. Diese Zuschüsse sind notwendig, den Investitionsstau weiter abzubauen und die Wirtschaftlichkeit der Gesellschaft zu gewährleisten. Der Betrieb des Flugplatzes ist auch künftig stark von politischen Entscheidungen abhängig. Die Gesellschaft rechnet unter Berücksichtigung der Gesellschafterzuschüsse mit ausreichenden Liquiditätszuflüssen für das Geschäftsjahr 2021.

Altenburg, den 15. April 2021

Dr. Frank Hartmann

Geschäftsführer

# Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Prager Straße 8

04103 Leipzig

Tel.: 0341 / 8 68 43-0

E-Mail: post@mdv-info.de

Webseite: <http://www.mdv.de>

**Rechtsform:** GmbH

**Handelsregisternummer:** HRB 211520

**Gründungsdatum:** 27.03.1998

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebotes, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen.

### Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	76.050€
----------------------	---------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Steffen Lehmann
----------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) mbH	12.900 €	17,0%
Stadt Leipzig	11.700 €	15,4%
Stadt Halle	9.150 €	12,0%
Hallesche Verkehrs-Aktiengesellschaft	8.050 €	10,6%
DB Regio AG	4.950 €	6,5%
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH	3.500 €	4,6%
Landkreis Burgenlandkreis	2.600 €	3,4%
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>2.600 €</b>	<b>3,4%</b>
Landkreis Nordsachsen	2.600 €	3,4%

Landkreis Saalekreis	2.600 €	3,4%
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	2.600 €	3,4%
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis	2.200 €	2,9%
Regionalbus Leipzig GmbH	2.200 €	2,9%
verschiedene VKU	2.200 €	2,9%
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH	1.150 €	1,5%
Omnibusbetrieb Saalkreis GmbH	1.100 €	1,4%
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH	1.100 €	1,4%
Freistaat Thüringen	750 €	1,0%
Landkreis Altenburger Land	750 €	1,0%
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	750 €	1,0%
Erfurter Bahn GmbH	300 €	0,4%
Transdev GmbH (vormals Veolia Verkehr GmbH)	300 €	0,4%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

### Finanzbeziehungen

	12/2018	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-	-
<b>Sonstiges</b>	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
<b>Zuschüsse</b>	89.704,0 €	94.249,0 €	101.240,9 €
<b>Bürgschaften</b>	-	-	-

## IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

### Organisationsstruktur

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Seit dem 15. Dezember 2019 gilt der MDV-Tarif auch für die Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld (MDV-Nord).

Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

### Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2020

Die Entwicklung der Verbundeinnahmen war 2020 stark durch die Corona-Pandemie geprägt. Trotz des erweiterten Verbundgebietes lagen die Einnahmen EUR 24,5 Mio. (9,8 %) unter dem Vorjahr und EUR **35,2 Mio.** (14,1 %) **unter** den mit Tarifierpassung und Verbunderweiterung



**geplanten Einnahmen.** Mit EUR 21,0 Mio. bzw. - 16,8 % hat die Tarifzone Leipzig die höchste Mindereinnahme zu verzeichnen. In den regionalen Tarifzonen liegen die Mindereinnahmen bei EUR 8,3 Mio. (- 9,7 %), in Halle bei EUR 5,9 Mio. (- 11,8 %).

Die stärksten **Rückgänge gegenüber dem Vorjahreszeitraum** waren im Tarif für die Gelegenheitsnutzer zu verzeichnen. Trotz Verbunderweiterung und Tarifanpassung gingen die Einnahmen um 21,1 Mio. € (29,3 %) zurück. Aber auch im Segment Zeitkarten Jedermann lag der Rückgang in diesem Zeitraum bei - 4,5 Mio. € (- 4,1 %). Nach Zuwächsen durch die Verbunderweiterung von 2,7 % zu Beginn des Jahres lag die Zahl der Abonnenten (inkl. Jobtickets) im Dezember 2020 bereits 4,7 % unter dem Vorjahresmonat. Lediglich die Einnahmen aus Zeitkarten im Ausbildungsverkehr (Schüler, Auszubildende und Studenten) wiesen weiterhin einen Zuwachs von insgesamt EUR 4,8 Mio. auf, wozu insbesondere die Einführung des AzubiTicketSachsen im August 2019 einen wesentlichen Beitrag leistete.

Im gesamten öffentlichen Nahverkehr bundesweit führte die Corona-Pandemie zu starken Mindereinnahmen, die 2020 durch Beihilfen des Bundes und der Länder ausgeglichen werden. Die Beihilfegewährung an die Verkehrsunternehmen und/oder Aufgabenträger wird durch eine Bundesrahmenregelung und entsprechende Richtlinien der Länder geregelt. Den Anträgen auf Ausgleich aus dem Corona-Rettungsschirm wurden im Mitteldeutschen Verkehrsverbund für März bis Dezember 2020 Bruttofareminderungen von insgesamt EUR 37,0 Mio. zugrunde gelegt, wovon EUR 36,1 Mio. in Anspruch genommen wurden. Die verkehrsunternehmens- und länderbezogene Abrechnung der Ausgleichsmittel ist unmittelbar nach der Jahresrechnung Einnahmeaufteilung 2020 bis Juni 2021 geplant.

Trotz der insgesamt positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren war auch für das Jahr 2020 aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine zusätzliche preisliche **Fortschreibung des Verbundtarifs** vorgesehen. Wegen des im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gefassten Beschlusses des Koalitionsausschusses der Bundesregierung vom 04.06.2020 zur Absenkung der Mehrwertsteuer von 7 % auf 5 % befristet für die Zeit vom 01.07. bis 31.12.2020 wurden die für den 01.08.2020 beschlossenen Preismaßnahmen (2,5 % in Region und 2,95 % in Halle) bis zum 31.12.2020 ausgesetzt. Damit wurde mindestens der Wert der Mehrwertsteuerabsenkung i. H. v. 2 % unmittelbar an die Kunden der Verkehrsunternehmen im MDV weitergegeben. In Leipzig, wo noch das Tarifmoratorium wirkte, wurde als Ausgleich zur befristeten Mehrwertsteuerabsenkung den Vertragskunden (ABO, JobTicket) der entsprechende Betrag erstattet.

Neben der tariflichen Reaktion auf die Corona-Pandemie wurde eine **Marktforschung** mit verschiedenen Kundengruppen durchgeführt, um die Akzeptanz der durchgeführten Hygiene- und weiterer Schutzmaßnahmen bewerten zu können. Als Fazit ist festzuhalten, dass insbesondere der Mund-Nasen-Schutz und die zentrale Türöffnung als Maßnahmen zur Erhöhung der subjektiven Sicherheit eine wesentliche Bedeutung haben. Eine nicht ganz so zentrale Bedeutung haben die Themen Kapazitätserweiterung und Reinigung; auch tarifliche Themen spielen in der Diskussion der Fokusgruppen eine untergeordnete Rolle.

Da es dem Freistaat Sachsen ein wichtiges Anliegen ist, Berufsausbildung und Freiwilligendienst zu unterstützen, wurden weitere Ausgleichsmittel bereitgestellt, um die Mobilität für diese Zielgruppen zu verbessern. Ab dem Ausbildungsjahr 2020/21 sind damit auch Schüler, die eine Berufsausbildung in Sachsen erhalten, deren länderübergreifende Fachklassen aber außerhalb von Sachsen unterrichtet werden, sowie Freiwilligendienstleistende, Bundesfreiwilligendienstleistende und Freiwilligendienste aller Generationen zum Erwerb eines **AzubiTicketSachsen** berechtigt.

Im Rahmen der Weiterentwicklung des Tarifs um attraktive Tarifangebote für junge Leute wurde außerdem die Einführung des **Azubi-Ticket Sachsen-Anhalt** zum 01.01.2021 vorbereitet. Das vom Land Sachsen-Anhalt geförderte Azubi-Ticket ist zu einem günstigen Abonne-

mentpreis in ganz Sachsen-Anhalt, auch im sachsen-anhaltischen Teil des MDV, für alle Azubis nutzbar, die eine Bildungseinrichtung in Sachsen-Anhalt besuchen. Die Umsetzung in den ABO-Vertriebssystemen der MDV Unternehmen wurde durch die Verbundgesellschaft technisch-organisatorisch betreut. Zusätzlich übernahm der MDV die Abstimmung mit der NASA und den anderen Regionen in Sachsen-Anhalt zur Sicherstellung der Anerkennung und Kontrollierbarkeit des Tickets bei der Sachsen-Anhalt-weiten Umsetzung, um einvernehmliche Lösungen zu Ticketlayouts, Fahrscheinsicherheit, Anerkennung und Kontrollprozessen mit den Partnerverbänden im Interesse des Fahrgastes zu erarbeiten und umzusetzen.

Im Rahmen der Umsetzung der **Strategie „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“** wurde weiter an den 38 Arbeitspaketen mit den folgenden Schwerpunkten gearbeitet:

Zum 15. Dezember 2019 wurde die vorerst auf den SPNV beschränkte **Verbunderweiterung** umgesetzt. Der neue Verbundtarif wurde bereits gut von den Fahrgästen im MDV Nord angenommen. Mittels einer vertiefenden Vorteilskommunikation in Verbindung mit Freizeittipps im MDV Nord sollten weitere Fahrgäste vom Vorteil überzeugt werden. Bedingt durch die Einschränkungen der Corona-Pandemie mussten die Mobilitätsberatung sowie die geplanten Marketingaktivitäten eine Zeitlang pausieren. Je nach Lockerungen werden diese kontinuierlich fortgesetzt. Im Jahr 2020 begleitete die Verbundgesellschaft ein durch die beiden Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld sowie die Stadt Dessau-Roßlau beauftragtes externes Gutachten zur Ermittlung der Harmonisierungs- und Durchtarifizierungsverluste sowie weiterer einmaliger und laufender Aufwendungen, das als Entscheidungsgrundlage für eine mögliche Vollintegration des straßengebundenen ÖPNV dienen soll.

Im Rahmen der Weiterentwicklung des eTicketing im MDV wurde im Jahr 2020 die Erweiterung des **zentralen eTicketing-System im MDV (MDV-Berechtigungssystem „BerSy“)** für die VDV-KA Umsetzungsstufe 2b abgeschlossen. Es wurden alle notwendigen Anwendungsfälle nach VDV-KA-Norm umgesetzt und umfangreich getestet. Damit sind nunmehr die Voraussetzungen geschaffen, um auch bargeldloses Bezahlen mit VDV-KA-Bezahlungsmitteln (POB, PEB, WEB) zu ermöglichen. Konkrete Nutzungen durch die Verkehrsunternehmen im sind in Planung.

Mit der Inbetriebnahme des eTicketing bei der MRB konnte auch die Anbindung an das MDV-BerSy erfolgreich abgeschlossen werden. Auf dieser Grundlage erfolgte 2020 die Umstellung der Abonnenten der MRB auf Chipkarte. Des Weiteren wurde die Umstellung des Systems Patris mit der geänderten die Anbindung an BerSy nach VDV-KA-Version 1.5 erfolgreich abgeschlossen und produktiv gesetzt.

Im Jahr 2020 wurde auch die Konzeption für die Umsetzung des **VDV-Barcodes** (statische Berechtigung) im MDV durch die Verbundgesellschaft federführend erstellt und mit allen VU und deren Herstellern einvernehmlich abgestimmt. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen worden, ab 2021 die sukzessive verbundweite Umstellung des bisherigen UIC-Barcodes auf den deutschlandweiten Standard des VDV-Barcodes vorzunehmen.

Im Sommer 2020 wurde das weiterentwickelte handybasierte Auskunft- und Ticketingsystem die neue **MDV App MOOVME** - am Markt platziert und die Einführung mit einer crossmedialen Kampagne mit Fokus auf online Marketing begleitet. Seitdem steigen die Nutzerzahlen kontinuierlich an und erreichten bis zum Jahresende über 100.000 Downloads. Die alte App easy.GO wurde Ende 2020 abgeschaltet. Der Verbund setzt seit 2020 auf eine Mehr-App-Strategie. Neben MOOVME werden Fahrplaninformationen als auch die Möglichkeit des Ticketkaufs über drei weitere unternehmensinitiierte Apps, DB Navigator, LeipzigMOVE und Fairtiq, angeboten, die jeweils auf unterschiedliche Nutzergruppen ausgerichtet sind. Gestärkt werden sollen nun insbesondere die Verkäufe. Auch, wenn die Summe der über diese vier Apps verkauften Fahrkarten in Summe sehr erfreulich sind, so bieten die bisherigen Nutzerzahlen doch Corona bedingt noch Potential für eine Steigerung.

Mit der Realisierung der neuen Verbund-App wurde auch die Auskunft von fahrplanlosen, **voll-flexiblen Verkehren des ÖPNV** (Anrufbus) umgesetzt. Die Lösung wurde als Erweiterung des INSA-Systems konzipiert und beinhaltet auch die Prüfung von Verfügbarkeiten und tatsächlichen Fahrzeiten von Fahrzeugen in den Dispositionssystemen der zunächst beteiligten Verkehrsunternehmen Regionalbus Leipzig und Geißler Reisen. Der geschaffene organisatorische und technische Rahmen ist sowohl in Bezug auf die Auskunft als auch die Einbindung weiterer Anrufbussysteme im MDV erweiterbar. Der MDV unterstützte dabei fachlich u.a. die HAVAG bei der technischen Konzipierung eines Anrufbussystems in Halle.

Im Jahr 2021 sind in MOOVME weitere Entwicklungsschritte, wie z.B. die Buchungs- und Bezahlungsfunktion für Rufbusfahrten sowie verbundüberschreitende Auskunft und Ticketing inklusive Reiseketten im Bereich Sachsen bzw. später Mitteldeutschland, und die Vermarktung dieser neuen Funktionen geplant.

Im Ergebnis eines umfangreichen Abstimmungsprozesses über die spezifischen unternehmensinternen Ziele vereinbarten die Gesellschafter unter Federführung der Verbundgesellschaft im Berichtsjahr eine gemeinsame **Strategie zur Digitalisierung im Vertrieb mit Blick auf eine künftige Digitalisierung im Tarif**. Insbesondere sollen die Medien Chipkarte und Handy MDV-weit ausgebaut werden, um künftig flexiblere elektronische Tarife einführen zu können und gleichzeitig Papier und Bargeldverkäufe massiv zu reduzieren. Dazu gehören u.a. auch die Ausgabe und Kontrolle von Zeitkarten in den Handyticketsystemen sowie die Verbesserung der Sicherheit der genutzten Barcodes (VDV-Barcode Mobile plus). Außerdem soll die Chipkarte zum kontakt- und bargeldlosen Bezahlen unter Nutzung des VDV-KA-Standards (POB, PEB, WEB) ausgebaut werden.

Bereits im Jahr 2020 entstand der gemeinsame Entschluss der Gesellschafter, sich an dem für 2021 angekündigten **Förderprogramm „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur** (BMVI) mit diesen und weiteren Maßnahmen zu beteiligen. Um den ÖPNV mittel- bis langfristig noch deutlicher als attraktives und leistungsfähiges Verkehrsmittel zu positionieren und damit seinen Beitrag zu einem nachhaltigen und zukunftsfähigen Verkehrssektor zu sichern, hat das BMVI dieses Förderprogramm am 21.01.2021 mit Förderrichtlinie und Förderaufruf veröffentlicht. Die vorbereitenden Arbeiten (Kostenplanung, Maßnahmenplanung usw.) wurden im Jahr 2020 begonnen und soweit abgeschlossen, dass fristgemäß Ende März 2021 zwei Projektskizzen beim Fördermittelgeber (BMVI) eingereicht werden konnten. Dazu hatten sich die Gesellschafter der Regionen des MDV, mit Ausnahme des Burgenlandkreises zu zwei Projektkonsortien zusammengeschlossen; in Konsortialführerschaft der LVB (Projekt „PELIKKAN“ für Pendlermobilität Leipzig – Integrierte Konzepte für Klimaschutz am Beispiel des Nordraums) und in Konsortialführerschaft der HAVAG (Projekt „STADTLand+“), beide Projekte werden, wie von den Partnern gewünscht, in der Steuerung von der MDV-Geschäftsstelle unterstützt.

Nach umfangreichen Vorarbeiten konnte im Jahr 2020 die Überarbeitung des **MDV-Handbuchs** abgeschlossen werden. Es beinhaltet die aktuellen verbindlichen Standards und Regelungen für die Zusammenarbeit im MDV und ist für künftige Ausschreibungen und Vergaben von Verkehrsleistungen innerhalb des MDV-Raumes anzuwenden. Außerdem sind auch Themen enthalten, die „informativen“ oder „empfehlenden Charakter“ haben. Die Beschlussfassung zum MDV-Handbuch in den MDV Gremien ist im März 2021 erfolgt.

Im Jahr 2020 wurde die **Umsetzung des eTicketing** für die **neuen Bordrechner der PVG Burgenlandkreis** begleitet und umfangreiche Tests durchgeführt. Nach der Inbetriebnahme des papierbasierten Vertriebs bereits Anfangs 2020 soll Anfang 2021 das eTicketing in Betrieb genommen werden. Dazu fanden 2020 vorbereitende Arbeiten zur Installation und Inbetriebnahme des **ReTSy** unter Mitwirkung des MDV bei der PVG statt.

Die **Datendrehscheibe** für den verkehrsunternehmensübergreifenden Datenaustausch wurde um eine Echtzeitdatenschnittstelle für die Datenversorgung der Mobilitätsfabrik der LVB erweitert. Der Verbund unterstützt außerdem die HAVAG konzeptionell und fachlich bei der Umsetzung der **Anschlussicherung** durch die Anbindung an die Datendrehscheibe. Die Arbeiten an der Anbindung des Verkehrsverbundes Oberelbe (VVO) werden aufgrund von Verzögerungen der Datenlieferungen aus dem VVO-System erst 2021 abgeschlossen. Die Daten werden für die Versorgung der Fahrgastinformationsmedien und digitalen Anzeigersysteme (DFI) genutzt.

Um die Fahrgastinformation im Verbundgebiet weiter zu stärken, wurde in Zusammenarbeit mit der NASA GmbH eine Lösung für die Bereitstellung von Abfahrtsdaten des ÖPNV für Anzeigemedien Dritter geschaffen. Mit dem **Abfahrtstafelgenerator** kann auf eine unkomplizierte Weise eine URL-Schnittstelle bereitgestellt werden, die durch die Betreiber von Anzeigetafeln in eigene Systeme eingebunden werden kann. Angezeigt werden echtzeitbasierte Abfahrten des ÖPNV von einer beliebigen Haltestelle.

Im Zuge der **Open Data** Strategie wurde der Zugang zu den Daten des MDV und seiner Verkehrsunternehmen weiter vereinfacht. Insbesondere wurden die dynamischen Daten des ÖPNV (Echtzeitdatenschnittstellen) in Abstimmung mit den Gesellschaftern unter eine freie Lizenz gestellt. Darüber hinaus wurde der Umfang der Datenfreigaben mit NASA GmbH abgestimmt, so dass für die ÖPNV-Daten INSA-weit gleiche Lizenzen verwendet werden. Die Fahrplandaten im GTFS-Format wurden im Open Data Katalog Sachsen und auf der bundesweiten Plattform govdata.de veröffentlicht. Der MDV beteiligt sich darüber hinaus als assoziierter Partner an datengetriebenen mFund-Projekten mClient (Tool für eine vereinfachte Aufbereitung und Bereitstellung von Daten für DE-weite Plattformen) und OPENER next (Erhebungstool für Daten zur Barrierefreiheit).

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (KOV-VM)** wurden die wesentlichen Themen fortgeführt. Dazu gehörte der fachliche Austausch der Partner und Stakeholder in den Bereichen automatisiertes Fahren, umweltsensitive Verkehrssteuerung, E-Mobilität und Datenmanagement. Zusätzlich wurden der Austausch mit dem Netzwerk Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland (EMMD), LASuV und SAENA intensiviert, die MDV-Landkreise in die Arbeit des Netzwerkes einbezogen und vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels Kontakte zu Personalvermittlungsunternehmen sowie der regionalen Forschung vermittelt. Für die Netzwerkpartner wurde im Berichtsjahr eine **Befragungs- und Datenerhebungsplattform** bereitgestellt, die durch den Geschäftsbesorger MDV betrieben und supportet wird. Im Bereich **umweltsensitive Verkehrssteuerung** konnte durch die Universität Leipzig (InfAI) eine praktikable und kosteneffiziente Lösung für die Erfassung und Aufbereitung von mobilitätsbedingten Luftschadstoffbelastungen erarbeitet werden, die jedoch im Berichtsjahr noch keinen konkreten Anwendungsfall fand.

Das **Mobilitätsportal Mitteldeutschland** ([www.mobile-mitte.de](http://www.mobile-mitte.de), Betreiber NASA), an dem sich der MDV im Rahmen des KOV-VM Netzwerkes beteiligt, wurde um das P+R und B+R Routing erweitert. Nach Freigabe durch die NASA GmbH kann das Portal nun durch die Netzwerkpartner in eigene Seiten eingebunden und für Informationszwecke der Seitenbesucher eingesetzt werden. Das Portal bietet hierfür ein intermodales Routing sowie weitere mobilitätsrelevante Informationen rund um die Mobilität (ÖPNV und IV) aus Sachsen-Anhalt sowie der Region Halle-Leipzig an und verfügt über weitergehende Information zu Car- und Bikesharingstationen und E-Ladeinfrastruktur sowie entsprechende Routingmöglichkeiten (z.B. Charge&Ride).

Die Umsetzung der **Barrierefreiheit** in der Auskunft wurde im Berichtsjahr beauftragt und befindet sich in der Umsetzung. Zusätzlich zum dem abgestimmten Funktionsumfang wurden dynamischen Störungsmeldungen der Aufzüge und Rolltreppen an den Bahnhöfen beauftragt. Parallel dazu konnte die Stadt Halle durch eine genaue Erfassung von Haltestellendaten gem.



der DELFI-Anforderungen eine gute Grundlage schaffen. Darüber hinaus erheben die Landkreise Nordsachsen, Saalekreis und Burgenlandkreis in Abstimmung mit dem MDV relevante Haltestellendaten. Alle verfügbaren Haltestellendaten werden der NASA für die Umsetzung der Routingfunktionen in den ÖPNV-Auskunftssystemen bereitgestellt.

Die Daten der **Automatischen Fahrgastzählsysteme** bilden eine wesentliche Säule der Einnahmeaufteilung. Der erste Schritt der im Softwarebereich erforderlichen technischen Fortschreibung konnte im Jahr 2020 mit der Abnahme der Transformationssoftware weitgehend abgeschlossen werden. In einer zweiten Stufe wird für das Jahr 2021 die Fertigstellung der Software für die Hochrechnung, den Saldenausgleich und die Stichprobenbildung angestrebt.

Die **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich 2020 wie auch in den vergangenen Jahren wesentlich an den Themen aus dem Strategieprozess MDV 2025, setzten aber regional unterschiedliche Schwerpunkte.

Im **Projekt „Landkreis Leipzig in Fahrt“** konnte in 2020 der letzte Projektbaustein im Bereich „Muldental in Fahrt“ mit der Einführung des flexiblen Stadt-Ruf-Bus in Colditz umgesetzt werden. Die Federführung hierfür lag beim Landkreis Leipzig und der RegionalBus Leipzig GmbH. Damit sind im Landkreis Leipzig sowohl der Stadtverkehr Markkleeberg, der Bereich „Neuseenland in Fahrt“, „Muldental in Fahrt“ und „Frohburg-Geithain“ umgesetzt. Aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre wird es in 2021 noch Anpassungen im Freizeitverkehr im Neuseenland geben. Noch nicht abgeschlossen sind der Bereich des „Wurzener Landes“ und der Bereich rund um Markranstädt. Für das „Wurzener Land“ wurden unter der Federführung des Landkreises Leipzig 2020 mehrere Varianten eines neuen ÖPNV-Netzes entwickelt, über die in 2021 entschieden werden soll.

Im **Saalekreis** wurde durch den MDV eine Untersuchung zu bisher noch nicht erschlossenen Potentialen in den größeren Gewerbegebieten erarbeitet. Diese zeigte auf, an welchen Standorten prinzipiell noch nicht ausgeschöpfte Potentiale liegen und wo es wirtschaftlich interessant ist, diese zu erschließen. Diese Studie hat eine positive Resonanz bei den MDV-Gesellschaftern hervorgerufen, so dass entsprechende Studien in 2021 auch für weitere Gebiete im MDV erfolgen sollen.

Im Landkreis **Nordsachsen** wurden im Rahmen des Mobilitätsprojektes „Nordsachsen bewegt“ (federführend durch den Landkreis) die ÖPNV-Angebote weiter angepasst und die Umsetzungsplanungen für einen autonomen Shuttlebetrieb zum Schladitzer See vorbereitet. Ab 2021 soll der Shuttle in den Passagierlosen Testbetrieb und ab 2022 in den Passagierbetrieb gehen.

Im **Burgenlandkreis** wurden in 2020 der ÖPNV-Knoten in Schleinitz in Betrieb genommen und gleichzeitig damit die PlusBus-Linie von Naumburg über Schleinitz nach Zeitz beschleunigt. 2021 sollen die Ländergrenzen überschreitende Linie von Zeitz in Richtung Altenburg neu geplant werden.

Im Landkreis **Altenburger Land** wurde 2020 die Planung für das ÖPNV-Konzept im Südraum des Landkreises unter dem Namen „Schmölln macht mobil – Regionalverkehr verbindet“ fertiggestellt. Im Jahr 2021 führt die THÜSAC die Planungen für den Nordbereich des Landkreises fort. Eine Umsetzungsentscheidung im Kreistag ist nach Abschluss der Gesamtplanungen vorgesehen. Seit August 2017 wurde das Projekt durch den MDV in den Bereichen Kommunikation und Marketing gegenüber politischen Meinungsbildern, Schulen, Öffentlichkeit, Presse, Fahrpersonalen und Fahrgästen begleitet. Diese Arbeiten sind abgeschlossen. Alle Kommunikationspläne und fertigen Marketingmittel wurden der THÜSAC für die spätere Umsetzung nach einem positiven Kreistagsbeschluss übergeben.

Die Marke **PlusBus** wird weiterhin von der NASA GmbH und dem MDV lizenziert und an interessierte Verkehrsregionen zur Nutzung übergeben. In Sachsen wurde eine gemeinsame Vermarktung mit einheitlicher Gestaltungslinie erarbeitet, die in den Verbundgebieten zum Einsatz



kommt. Aktuell gibt es Lizenzverträge zur Nutzung der Marke für Verbünde und Verkehrsunternehmen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Schleswig-Holstein. Anfragen liegen aus Niedersachsen und dem Saarland vor.

Mit Beginn des Jahres 2020 trat eine neue **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** mit einer Laufzeit von drei Jahren in Kraft.

Themen in 2020 waren u.a.:

- Start einer Studie zur Potentialabschätzung einer möglichen SPNV-Reaktivierung der Strecke Eilenburg – Bad Dübener Heide – Bad Schmiedeberg – Lutherstadt Wittenberg (Fertigstellung in 2021)
- Entwicklung planerischer Möglichkeiten zur Anschlusssicherung von TaktBus-Linien, analog der Untersuchung von 2019,
- Kontrolle Auslastung und Abstandseinhaltung in den Verstärker- Zügen der S3 (Leipzig – Schkeuditz)
- Kontrolle von SEV-Leistungen und von SPNV-Qualitätskontrollen

Gefördert über die Fachkräfterichtlinie des Freistaates Sachsen wurde auch in 2020 in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen das **betriebliche Mobilitätsmanagementprojekt** „Betriebe in Fahrt“ vertiefend und mit erfolgreicher Resonanz durchgeführt. Der MDV erörtert 2021 mit den Gesellschaftern Lösungen für eine dauerhafte Ansiedlung des BMM in der Geschäftsstelle.

Das von der EU geförderte Projekt „**LowCarb – Clever unterwegs im Nordraum Leipzig**“ wurde 2020 beendet. Ergebnisse sind u.a. ein „Masterplan Mobilität“ für den Gewerbegebietsgürtel im nördlichen Leipzig (Flughafen – bis BMW-Standort) mit über 80 Einzelmaßnahmen, die vor dem Hintergrund des sich abzeichnenden starken Arbeitsplatzwachstums im Projekt-raum für eine stufenweise Umsetzung empfohlen werden. Auf dieser Grundlage soll das Projekt inhaltlich und organisatorisch mit dem Ziel weitergeführt werden, die im Masterplan entwickelten ÖPNV-Maßnahmen politisch beschließen zu lassen und danach gemeinsam mit der Stadt Leipzig und der LVB mittel- bis langfristig in einer Umsetzung zuzuführen. Die Umsetzung des Masterplans ist Bestandteil der Projektskizze „PELIKKAN“ für Pendlermobilität Leipzig – Integrierte Konzepte für Klimaschutz am Beispiel des Nordraums“ im Rahmen des **Bundesförderprogramms „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV.“**

Die Schwerpunkte im **Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** waren im Jahr 2020 auf folgende Themen ausgerichtet:

Bedingt durch die **Corona-Pandemie** und den damit verbundenen Rückgang an Fahrgästen wurden unter der Federführung der MDV-Geschäftsstelle verschiedene **verbundweite Marketingaktionen** gestartet. Ziel aller Aktivitäten war es, das Vertrauen der Fahrgäste in das ÖPNV-Angebot wiederherzustellen und die Nutzung zu erhöhen. So wurden die neuen Hygiene- und Schutzmaßnahmen (z.B. Mund-Nase-Bedeckung) kommuniziert und mit den Tarifaktionen „2 auf 1“ und „Super-Sommer-Danke“ für alle Abonnenten Fahrtanreize geboten.

Das Marketing in den **Landkreisprojekten** konzentrierte sich auch weiterhin auf die **Verbesserung der Informationen** an den Haltestellen, auf die **Vermarktung neuer Fahrpläne und der neuen ÖPNV-App MOOVME**.

Weitere Schwerpunkte im Bereich Kommunikation lagen auch im Jahr 2020 in der verbundweiten **Mobilitätsberatung** am MDV-Infomobil sowie am MDV-Infotelefon, der Kommunikation bezüglich des ausgesetzten **Tarifwechsels** infolge der temporären Mehrwertsteuerabsenkung, der Kommunikation zum **Fahrplanwechsel** sowie der Schulung der Verbundunternehmen.

Alle Schwerpunktthemen wurden mit **Pressearbeit und Medienterminen** begleitet.

## Realisierung des Wirtschaftsplans 2020

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2020 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 5. Dezember 2019 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2020 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2020 **zu zahlende Zuschuss von TEUR 2.961** entsprach der mittelfristigen Planung des Vorjahres. Mit dem Wirtschaftsplan 2020 und dem Beschluss zum Jahresabschluss 2019 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von TEUR 446 auf Folgejahre zweckgebunden übertragen. Im Berichtsjahr wurden davon Zuschüsse von TEUR 2.972 in Anspruch genommen, da den Aufwendungen von TEUR 5.311 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 2.339 gegenüberstanden. Der **nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 435 wurde passiviert**. Mit dem Wirtschaftsplan 2021 wurde davon durch die Gesellschafter am 10. Dezember 2020 bereits ein Übertrag von TEUR 266 auf die Jahre 2021 bis 2024 beschlossen. Über die Verwendung der zusätzlich nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von TEUR 169 werden die Gesellschafter entscheiden. Außerdem musste die geplante Entnahme aus der Kapitalrücklage nicht in Anspruch genommen werden.

Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Bundes, der Freistaaten Thüringen und Sachsen, des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen und dem ÖPNV-Konzepten sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2020/2021 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der jeweiligen Partner an verschiedenen Strategieprojekten.

Zum 31.12.2019 waren unverbrauchte Mittel von TEUR 383 des **projektbezogenen Erfolgsanteils** abgegrenzt. Zusätzlich wurden in 2020 nur 50 % der geplanten Zahlungen von TEUR 450 von den Verkehrsunternehmen abgefordert. Damit standen für 2020 TEUR 608 zur Verfügung, von denen TEUR 308 verbraucht wurden, da sich Maßnahmen nach 2021 verschoben haben bzw. nicht umgesetzt wurden. Der Restbetrag von TEUR 300 wurde passiviert. Er soll in den Folgejahren für die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. TEUR 211 sind davon bereits im Wirtschaftsplan 2021 übertragen. Zusätzlich wurden Mittel in Höhe von TEUR 89 nicht in Anspruch genommen, die sich über mehrere geplante Maßnahmen verteilen.

Die **Bilanzsumme** von TEUR 2.750 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 2.938) um 6 % gesunken. Dies begründet sich wesentlich aus der Minderung des Anlagevermögens (TEUR 79) und der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (TEUR 113) auf der Aktivseite. Die Senkung der Forderungen betrifft insbesondere Forderungen gegen Gesellschafter, die im Vorjahr aufgrund verschiedener weiterberechneter Marketingleistungen erhöht waren. Auf Passivseite sank der Sonderposten aus Investitionszuschüssen um TEUR 81, da die planmäßige Auflösung für das Geschäftsjahr 2020 in Höhe von TEUR 152 die anteilige Förderung der Anlagenzugänge (TEUR 71) überstieg. Der Minderung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (TEUR 101) aus nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüssen und Mittel aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil stand ein Zuwachs der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zum Stichtag (TEUR 62) gegenüber.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2020 trotz der Corona-Pandemie gesichert, da die geplanten Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter vollständig gezahlt werden konnten.

## Ausblick auf 2021 und 2022

Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie ist auch 2021 mit einer absolut kritischen Einnahmesituation bundesweit im ÖPNV zu rechnen; auch die Verbundeinnahmen im MDV werden wiederum deutlich unter den Planwerten liegen. Daher hat sich die Verkehrsministerkonferenz für einen weiteren „Rettungsschirm für den ÖPNV“ für das Jahr 2021 ausgesprochen. Der Branchenverband VDV führt dazu die Gespräche mit Bund und den Ländern. Ziel ist ein dem Rettungsschirm 2020 entsprechender Ausgleich entgangener Tarifeinnahmen.

Dennoch wird auch im Jahr 2021 die Bearbeitung bestehender und weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität, Systemzugang/Benutzeroberfläche, Paradigmenwechsel in der Erschließung der Landkreise durch neue Busnetze und das verbundweite Marketing fortgeführt.

Weiterhin wird die Verbundgesellschaft nach der Einführung des MDV-Tarifs für die Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld (MDV-Nord) auch in 2021 auf eine Vollintegration dieser Gebiete hinwirken.

Im tariflichen Fokus werden u.a. die Einführung eines sächsischen Bildungstickets, vorbereitende Arbeiten zum Sachsentarif sowie die Entscheidungsfindung zur Tarifzonenreform Burgenlandkreis stehen.

Hinzu kommt eine Überprüfung des Produktsortiments für Stammkunden mit dem Ziel, dieses auch vor dem Hintergrund der sich voraussichtlich verändernden Rahmenbedingungen (u. a. Homeoffice) weiterhin attraktiv zu halten.

Im Jahr 2021 erfolgt die Produktivsetzung der eTicketing-Funktionen der neuen Bordrechner (IVU) der PVG Burgenlandkreis, die das Prüfen von Chipkarten ermöglichen, sowie die Anbindung des Bordrechnersystems und des Regionalen Ticketingsystems (ReTSy) an das MDV-Berechtigungssystem (BerSy). Im Rahmen dieser sind u.a. Tests und Schulungen durchzuführen. Damit werden die Abonnenten und ein Teil der Schüler der PVG auf Chipkarte umgestellt, wobei die Verbundgesellschaft bei notwendigen Arbeiten (u.a. Tests, Massenpersonalisierung) eingebunden ist.

Für das Jahr 2021 ist die Umstellung der Zeitkarten und weiterer Bartarife auf Chipkarten bei der LVB vorgesehen. Die damit einhergehenden Tests und Abnahmeprozesse im Zusammenspiel der Systeme der LVB und dem MDV-BerSy sowie die Kommunikation gegenüber den anderen Verbundpartnern werden hierbei im Mittelpunkt stehen.

Nach der Einreichung der beiden Projektskizzen für das Förderprogramm „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) werden – bei positivem Bescheid – die Themen, an denen die Verbundgesellschaft beteiligt ist, einen wesentlichen Aufgabenschwerpunkt in 2021 bilden.

Neben der Weiterentwicklung der App MOOVME in mehreren Schritten wird 2021 im MDV die Mehr-App-Strategie offensiv umgesetzt. Durch Stärkung der einzelnen Apps und deren Bekanntmachung für die spezifischen Zielgruppen soll der gesamte digitale Umsatz gesteigert werden. Dafür erarbeiten die App-betreibenden VU und die Verbundgesellschaft eine Konzeption, wie und in welchem Zeitfenster nennenswerte Anteile des Papier- und Bargeldverkaufs in die digitalen Vertriebswege über Handy und Chipkarte überführt werden können. Das Ergebnis wird wesentliche Aufgaben und Prozesse in den Folgejahren in den Bereichen Tarif, Vertrieb, Vermarktung beeinflussen.

Schwerpunkte der Kooperation Intermodales Verkehrsmanagement (KOV-VM) in 2021 sind die Stärkung des Austausches insbesondere mit der Politik und den Verwaltungen zur Unterstützung bei Open Data, flexiblen Verkehren im ÖPNV, E-Mobilität und Autonomem Fahren

sowie die Erweiterung des Netzwerkes um neue Partner. Des Weiteren soll das Thema Barrierefreiheit sowie die Inbetriebnahme der Auskunft und Buchung von vollflexiblen Verkehren in MOOVME abgeschlossen werden. Auch die Erweiterung des Mobilitätsportals Mitteldeutschland um weitere Daten sowie eine die Prüfung der Beteiligung der sächsischen Akteure soll vorangetrieben werden.

Die Einführung des Bildungsticket Sachsen im Sommer 2021 führt auch zu zahlreichen Aufgaben im Bereich Vertrieb (ABO) und Kommunikation sowie Einnahmeaufteilung, die durch die Verbundgesellschaft umzusetzen und zu koordinieren sind.

Ab dem Jahr 2021 wird die Geschäftsstelle die Instrumente im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation deutlich digitaler ausrichten, um gegenüber den Fahrgästen und der interessierten Öffentlichkeit künftig schneller, aktueller und flexibler kommunizieren zu können. Geplant sind die Einführung eines MDV-Blogs, einer interaktiven digitalen Karte (über die Skizze Modellprojekt) sowie einer noch stärkeren Verlagerung in das Online-Marketing bei Reduzierung der bisherigen gedruckten Informations- und Werbemedien. Fahrgäste über gezielte tarifliche Marketingaktionen zurück zu gewinnen, wird Pandemiebedingt auch im Jahr 2021 im Fokus stehen. Zudem wird das Jubiläum „20 Jahre MDV-Tarif“ im Herbst öffentlichkeitswirksam begleitet.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Pandemie-Situation wird die MDV-Geschäftsstelle in ständiger Abstimmung mit den Gesellschaftern die Fortschreibung bzw. Neuausrichtung laufender bzw. geplanter Vorhaben prüfen.

Der MDV verfügt über eine **mittelfristige Wirtschaftsplanung**, die zurzeit bis 2025 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2021 wurde von der Gesellschafterversammlung am 10. Dezember 2020 beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2021 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2021 sieht durch die Gesellschafter zu zahlende Zuschüsse von TEUR 3.164 vor. Zusätzlich beinhaltet die Planung einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 266, wovon TEUR 153 auf das Jahr 2021 und TEUR 113 auf 2022-2024 entfallen.

Die aktuelle **interne Arbeit in der Geschäftsstelle** ist komplett seit Mitte Dezember 2020 umgestellt, um Corona bedingt Kontakte zwischen den Beschäftigten und Dritte zu vermeiden. Um das Risiko eines Ausfalls spezieller Arbeiten/Fachkollegen zu reduzieren, sind nahezu alle Beschäftigten im mobilen Arbeiten unterwegs. Hierfür wurde kurzfristig in die Anschaffung von Software und Hardware investiert, die zum Teil außerplanmäßig beschafft wurde. Die Zusammenarbeit mit den Fachkollegen der Gesellschafter in den Arbeits- und Projektgruppen sowie in den Ausschüssen erfolgt ebenso vollständig digital. Die Anpassung dieser Prozesse verlief sehr gut. Für die Liquiditätssicherung bezüglich der Auswirkungen der Corona-Pandemie besteht die Möglichkeit der Nutzung bisher nicht verbrauchter Zuschüsse, nach Einholung eines Gesellschafterbeschlusses.

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

### **Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung**

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses „MDV 2025“ auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Gleichzeitig soll der Prozess zur Fortschreibung der Strategie „MDV 2030“ gemeinsam mit den Gesellschaftern weitergeführt werden.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch datiert vom Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung vom Juni 2019. Das darin enthaltene Risikoinventar definiert folgende Risikofelder:

- Rechtliche und politische Risiken durch Gebietsreformen und sonstige Veränderung von gesetzlichen Rahmenbedingungen
- Strategische Risiken in Bezug auf die Ausrichtung des MDV, seinem öffentlichen Image sowie dem Erreichen der Verbundziele
- Finanzielle und wirtschaftliche Risiken in Bezug auf die Einhaltung des Wirtschaftsplanes und von Förder- und Zuwendungsbestimmungen
- Fachbereichsspezifische Risiken aufgrund von Störungen bei der Erfüllung von Kooperations- und Lieferverträgen oder im Rahmen der Einnahmeverteilung sowie technische Risiken in Bezug auf die durch den MDV genutzten EDV-Systeme
- Organisatorische und personalwirtschaftliche Risiken.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt. Die aktuelle Pandemie-Situation mit einer derzeit stark rückläufigen Nachfrage und entsprechenden Einnahmen im ÖPNV kann dabei möglicherweise die Bereitstellung der Betriebskostenzuschüsse, insbesondere der Verkehrsunternehmens-Gesellschafter, sowohl für das laufende Jahr als auch das Folgejahr beeinflussen. Daher sind befristete Einsparungspotentiale zu prüfen.

Zusätzlich wird die Finanzierung durch den 2009 eingeführten und 2017 fortgeschrieben flexiblen projektbezogenen Finanzierungsbaustein, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird, gesichert. Eine Evaluation dieser Herangehensweise soll im Jahr 2022 erfolgen.

Langfristig ist zu prüfen, wie weiterhin der Ersatz von ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögen finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2025 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Halle (Saale), den 14. Mai 2021

Steffen Lehmann  
Geschäftsführer



# Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Emilienstraße 15  
04107 Leipzig  
Tel.: 0341 / 22 586 0  
E-Mail: info@zvnl.de

**Rechtsform:** KdöR

**Gründungsdatum:** 30.01.1998

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Der Zweckverband ist Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr im Nahverkehrsraum Leipzig gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen ÖPNV im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz verbleibt bei den einzelnen Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes.

### Stammkapital:

Gesamtstimmen	10 Stimmen
---------------	------------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Oliver Mietzsch
----------------------

### Verbandsvorsitzender

Herr Kai Emanuel
------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Stadt Leipzig	40 %	4
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>30 %</b>	<b>3</b>
Landkreis Nordsachsen	30 %	3

### Beteiligungen

Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV)	2.600 €	3,4%
---	---------	------

**Finanzbeziehungen**

	12/2018	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-	-
<b>Sonstiges</b>	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
Aufwandszuschüsse (Betriebskostenzuschüsse)	-	-	-
<b>Bürgschaften</b>	-	-	-

**IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE**

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

**Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)**

**Anschrift:** Emiliestraße 15 04107 Leipzig  
**E-Mail:** info@zvnl.de  
**Internet:** www.zvnl.de

**Gründung**

Der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) wurde zum 30.01.1998 gegründet. Seine Satzung wurde am 09.12.1997 aufgestellt und im Sächsischen Amtsblatt Nr. 5 vom 29.01.1998 bekannt gemacht.

**Letzte Änderung der Verbandssatzung**

Am 25.11.2013 beschloss die Verbandsversammlung die vierte Änderung zur Satzung des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig. Diese wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 3 vom 16.01.2014 veröffentlicht.

**Verbandsmitglieder/Stimmrecht**

Die Stimmverteilung der Verbandsmitglieder war im Jahr 2020 wie folgt:

Landkreis Nordsachsen	3 Stimmen	30 % Stimmanteile
Landkreis Leipzig	3 Stimmen	30 % Stimmanteile
Stadt Leipzig	4 Stimmen	40 % Stimmanteile

**Organe des Verbandes****Verbandsvorsitzender**

Herr Kai Emanuel Landrat Landkreis Nordsachsen

**Verbandsversammlung**

Herr Kai Emanuel	Landrat Landkreis Nordsachsen
Herr Volkmar Winkler	Landkreis Nordsachsen
Herr Mathias Plath	Landkreis Nordsachsen

## Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

Frau Dorothee Dubrau (bis 07.10.2020)	Bürgermeisterin und Beigeordnete Stadt Leipzig
Herr Thomas Dienberg (ab 07.10.2020)	Bürgermeister und Beigeordneter Stadt Leipzig
Herr Oliver Gebhard	Stadt Leipzig
Herr Christoph Zenker	Stadt Leipzig
Herr Henry Graichen	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Maik Kunze	Landkreis Leipzig
Herr Karsten Schütze	Landkreis Leipzig

### Verwaltungsrat

Herr Kai Emanuel	Landrat Landkreis Nordsachsen
Frau Dorothee Dubrau (bis 07.10.2020)	Bürgermeisterin und Beigeordnete Stadt Leipzig
Herr Thomas Dienberg (ab 07.10.2020)	Bürgermeister und Beigeordneter Stadt Leipzig
Herr Henry Graichen	Landrat Landkreis Leipzig

### Geschäftsführung

Herr Oliver Mietzsch (01.11.2011)

### Aufgaben des Zweckverbandes

1. Der Zweckverband übernimmt die ihm gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz vom 14. Dezember 1995 in der jeweils gültigen Fassung von den Verbandsmitgliedern übertragene Aufgabe des Schienenpersonennahverkehrs im Nahverkehrsraum Leipzig. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz verbleibt, soweit in der Verbandssatzung keine anderweitigen Regelungen getroffen werden, bei den jeweiligen Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes, vorbehaltlich der Entscheidung eines Verbandsmitgliedes zur Übertragung einzelner Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 2 ÖPNV-Gesetz.
2. Der Zweckverband wird in Abstimmung und im Einvernehmen mit den Verbandsmitgliedern in ihrer Eigenschaft als Aufgabenträger für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr einen regionalen Nahverkehrsplan erstellen, koordinieren und diesen fortschreiben.
3. Zur Aufgabenträgerschaft des Zweckverbandes für den Schienenpersonennahverkehr gehört insbesondere die Wahrnehmung folgender Aufgaben:
  - Der Zweckverband ist als der zuständige Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr gemäß § 3 Abs. 1 des ÖPNV-Gesetzes für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des Schienenpersonennahverkehrs in seinem Verbandsgebiet verantwortlich.
  - Der Zweckverband entscheidet über die zu bestellenden Leistungen im Schienenpersonennahverkehr im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel.
  - Der Zweckverband wirkt bei der Aufstellung des jährlich fortzuschreibenden Landesinvestitionsprogramms des Freistaates Sachsen für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs mit.
  - Der Zweckverband unterstützt im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten ein gemeinsames Marketing mit seinen ÖPNV-Vertragspartnern.
4. Der Zweckverband wird mit den angrenzenden sächsischen Zweckverbänden und den Aufgabenträgern für den Schienenpersonennahverkehr in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen das erforderliche Angebot des verbandsgrenzüberschreitenden SPNV abstimmen.

5. Zu den Aufgaben des ZVNL für den ÖSPV gehören die Ermittlung und Verteilung der Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr an die Verkehrsunternehmen nach dem Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNVFinAusG) einschließlich der Vorauszahlungen an die Verkehrsunternehmen. Der ZVNL ist berechtigt, die Anträge der Verkehrsunternehmen auf Ausgleichsleistungen gemäß ÖPNVFinAusG im eigenen Namen zu bescheiden und die Ausgleichsleistungen auf dieser Grundlage auszuführen.
6. Der ZVNL kann weitergehende Finanzierungen innerhalb des Verbandsgebietes und der ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschließlich im Rahmen der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNVFinVO) in der jeweils gültigen Fassung übernehmen.

## Organigramm

### **Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig**

Verbandsvorsitzender

Verbandsversammlung

Verwaltungsrat

#### **Geschäftsstelle**

Geschäftsführer

Mitarbeiter

## Wirtschaftsdaten

Der ZVNL wendet aufgrund des Beschlusses der Verbandsversammlung vom 26.03.2007 gemäß § 131 Abs. 2 SächsGemO ab dem Haushaltsjahr 2009 die Regelungen zum neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen an.

Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

Bilanz 2020

Aktivseite			Passivseite		
	Stand	Stand		Stand	Stand
	31.12.2020	31.12.2019		31.12.2020	31.12.2019
	- T € -	- T€ -		- T€ -	- T€ -
<b>Anlagevermögen</b>	<b>7.143,6</b>	<b>4.107,8</b>	<b>Kapitalposition</b>	<b>19.504,5</b>	<b>17.890,7</b>
Immaterielle Vermögensgegenstände	18,5	29,4	Basiskapital	3.532,9	3.532,9
Sachanlagevermögen	57,8	62,1	Rücklagen	15.971,6	14.357,8
Finanzanlagevermögen	7.067,3	4.016,3	Ergebnis	0,00	0,00
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>18.741,8</b>	<b>16.863,1</b>	<b>Sonderposten</b>	<b>76,3</b>	<b>91,6</b>
Öffentlich-rechtliche Forderungen	1.337,8	201,5	<b>Rückstellungen</b>	<b>3.355,2</b>	<b>2.392,9</b>
Privatrechtliche Forderungen	14.693,0	13.937,1	für drohende Verpflichtungen	485,6	644,6
Liquide Mittel	2.711,0	2.724,5	für vertragliche Verpflichtungen	2.831,1	1.710,4
<b>Aktiver RAP</b>	<b>5,5</b>	<b>4,7</b>	Sonstige Rückstellungen	38,5	37,9
			<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>2.954,9</b>	<b>600,4</b>
				176,3	67,2
			aus Lieferungen und Leistungen	2.516,3	284,3
			aus Transferleistungen		
			sonstige Verbindlichkeiten	262,3	248,9
			<b>Passiver RAP</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>25.890,9</b>	<b>20.975,6</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>25.890,9</b>	<b>20.975,6</b>



## Ergebnisrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung)

	Ergebnis 2020	Ergebnis 2019
	- T€ -	- T€ -
1 Zuweisungen	162.442,2	152.250,7
2 öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00
3 Privatrechtliche Leistungsentgelte	5.582,8	2.701,0
4 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,0	0,0
5 Finanzerträge	143,9	152,5
6 sonstige ordentliche Erträge	79,5	184,7
<b>7 ordentliche Erträge</b>	<b>168.248,4</b>	<b>155.288,9</b>
8 Personalaufwendungen	825,5	779,5
9 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	179,4	9.108,9
10 planmäßige Abschreibungen	31,7	28,6
11 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	0,0
12 Transferaufwendungen	163.116,0	143.050,6
13 sonstige ordentliche Aufwendungen	2.481,9	2.410,5
<b>14 ordentliche Aufwendungen</b>	<b>166.634,5</b>	<b>155.378,1</b>
<b>15 ordentliches Ergebnis</b>	<b>1.613,9</b>	<b>-89,2</b>
<b>16 Sonderergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>17 Gesamtergebnis</b>	<b>1.613,9</b>	<b>-89,2</b>
18 Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,00	0,00
<b>19 Verbleibendes Gesamtergebnis</b>	<b>1.613,9</b>	<b>-89,2</b>

## Ausgewählte Kennzahlen

## Personalkosten

	2018	2019	2020
	- T€ -	- T€ -	- T€ -
Löhne und Gehälter	609,1	640,3	680,8
Soziale Abgaben	119,5	129,0	134,4
Zuführung zu Rückstellungen	10,2	10,2	10,3
<b>Personalaufwand gesamt</b>	<b>738,8</b>	<b>779,5</b>	<b>825,5</b>

## Anzahl der Beschäftigten

	2018	2019	2020
	- VbÄ -	- VbÄ -	- VbÄ -
Angestellte, gesamt	11	11	11
Personalaufwand / VbÄ in TEUR	67,16	70,86	75,05
Entw. Personalaufwand gesamt z. Vj.	14,86 %	5,51%	5,90 %
Entw. Personalaufwand je VbÄ z. Vj.	4,42 %	5,51%	5,90 %

## Umlagen

Der ZVNL kann gemäß § 15 Abs. 1 seiner Satzung eine Verbandsumlage zur Deckung seines Finanzbedarfs von den Verbandsmitgliedern erheben. Von dieser Möglichkeit wurde im Haushaltsjahr 2020 nicht Gebrauch gemacht.

## Situationsbericht

### Allgemein

Das Jahr 2020 war wesentlich durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie gekennzeichnet. Beginnend im März 2020 kam es durch den verfügt Lockdown zu erheblichen Fahrgastrückgängen und Erlösausfällen. Zeitweise wurde auch das SPNV-Angebot eingekürzt. Das betraf insbes. die HVZ-Verdichterleistungen und Verzicht auf Doppeltraktion. Keine Einkürzungen gab es bei den RE-Verkehren. Der Freistaat Sachsen erließ die Richtlinie „Corona-Billigkeitsleistungen ÖPNV“. In einem aufwendigen Nachweisverfahren wurde es möglich, dass die nachgewiesenen pandemiebedingten Schäden im Jahr 2020 vollständig ausgeglichen werden konnten.

Die immer noch anhaltenden umfangreichen Baumaßnahmen der DB Netz AG im gesamten Verbandsgebiet, mit Auswirkungen auch im Schienenpersonenfernverkehr, zwangen den ZVNL zu Anpassungen der Linienführungen und Zustimmung zu geänderten Fahrplanlagen. Insbes. die Verlängerung der Baumaßnahme „7 EÜ“ im Stadtgebiet Leipzig hatte erhebliche negative Auswirkungen, auch auf die Einführung 15' Takt nach Leipzig-Grünau.

Das MDSB II-Netz mit der Linie S 9 Halle Hbf–Delitzsch oberer Bahnhof–Bf Eilenburg verkehrt nunmehr mit DoSto, da die Linie RE 13 Leipzig Hbf–Magdeburg Hbf auf einen Stundentakt verdichtet wurde. Die Nachbestellung der DoSto hatte einen Umfang von 556.020 €. Die Linie S2 Gaschwitz–CTL–Leipzig Hbf (tief)–Delitzsch unterer Bahnhof–Bitterfeld–Dessau/Wittenberg wurde stabil fortgeführt. Die Baumaßnahme Bf Halle Hbf wurde bis Mitte 2021 verlängert, sodass temporär Einschränkungen auftraten.

Der Zugverkehr in allen Netzen war im Jahr 2020 im Wesentlichen stabil und qualitätsgerecht. Das Sturmtief Sabine brachte allerdings bei allen EVU im Februar 2020 deutliche Behinderungen und Pünktlichkeitsverluste.

Das PlusBus-Programm sowie die Modellprojekte „Muldentale in Fahrt“ und Südraum Leipzig im Landkreis Leipzig in Kooperation mit dem MDV sowie „Nordsachsen bewegt“ des Landkreises Nordsachsen wurden weiter durch den ZVNL finanziell und ideell unterstützt. Für das PlusBus-Netz war der ZVNL in die fördertechnische Zusammenarbeit mit dem SMWA eingebunden.

Der Verband beschloss den Beitritt des ZVNL zur Deutschlandtarifverbund GmbH DTVG für Tarife im Eisenbahnverkehr.

Der ZVNL engagierte sich auch 2020 im Rahmen seines Aktionsprogramms für die Verbesserung der Zugangsbedingungen zu den Verkehrsstationen im Verbandsgebiet. Hierzu wurden auch die ANBest-P/-K aktualisiert. Insbesondere die Verknüpfung der einzelnen Verkehrsträger und die Schaffung barrierefreier Anlagen standen dabei im Mittelpunkt. Im Rahmen des Aktionsprogramms 2020 wurden in der 1. Prioritätsstufe 25.454.004 € hierfür bereitgestellt. Der Anteil für Innovative Projekte, erstmalig 2018 aufgeführt als Teil I im Aktionsprogramm, wurde auf 7.483.000 € gesteigert. Für verbundbedingte Aufwendungen wurde den Verbandsmitgliedern 3.301.005 € zur Verfügung gestellt.

Die Arbeiten an den Maßnahmen zur Beschleunigung des ÖPNV in Leipzig wurden fortgeführt. Die vorbereitenden Arbeiten zum Umbau der Mobilitätszentrale in Torgau wurden ebenfalls fortgeführt, Ziel Inbetriebnahme vor der Landesgartenschau 2022. In den vorbereitenden Arbeiten für den Bau des zweiten Zugangs an der Verkehrsstation Leipzig-Anger-Crottendorf der

Verlängerung der Fußgängerüberführung der Verkehrsstation Leipzig-Connewitz sowie für den Aus-/Umbau diverser ÖPNV-Verknüpfungsstellen (Grimma, Böhlen, Pegau, Narsdorf, Borna, Zschortau, Markranstädt, Wurzen, Eilenburg Ost) konnten weiter Fortschritte realisiert werden, die Verknüpfungsstellen in Beilrode und der östliche Teil in Zschortau wurden fertiggestellt. Eine Vielzahl von investiven Maßnahmen der Leipziger Verkehrsbetriebe LVB zur Verbesserung des ÖPNV in der Stadt Leipzig wurde durchgeführt.

Im Stadtgebiet Leipzig sowie in den Landkreisen Nordsachsen und Leipzig konnte die Planungen und der Bau an diversen Verkehrsanlagen zur Unterstützung der Busnetzreform gefördert werden. Insbesondere die Unterstützung des barrierefreien Neu- und Umbaus von Haltestellen wurde intensiviert.

Das Projekt zur digitalen Vernetzung der Verkehrsträger P+R sowie B+R im Stadtgebiet Leipzig, welches in 2019 begonnen wurde, wurde 2020 fortgeführt.

Das Anti-Vandalismusprogramm mit dem Antigraffiti-Projekt mit der DB AG wurde fortgesetzt.

Im Jahr 2020 fanden folgende Infrastrukturmaßnahmen der DB AG statt:

- Fertigstellung Umbau Verkehrsstation Großbothen,
- Fertigstellung Ersatzneubau Zugangsrampe Leipzig Miltitzer Allee.

Die Arbeiten am MDSB2025plus-Netz wurden weitergeführt. Wesentliche Schwerpunkte waren das Fahrzeugkonzept/-kapazitäten, die Erwartungswernermittlung mit Erlösprognose sowie die Netzkonfiguration.

Auf Initiative des SMWA wurde parallel mit dem ZVOE ein Fördermittelantrag „Vorbereitung des Einsatzes innovativer SPNV-Fahrzeuge im Mitteldeutschen Revier“ VinnoMiR gestellt. Projektträger ist „Projektträger Jülich PtJ“ (Energiesystem: Nutzung Brennstoffzelle und Wasserstoff (ESN 5) der Forschungszentrum Jülich GmbH. Das SMWA hat als einer der ersten Sofortmaßnahmen im Kohleausstiegsprogramm finanzielle Mittel des Freistaats zum PtJ transferiert, um so die dortige Förderinfrastruktur nutzen zu können. Umfang Förderprogramm für den ZVNL 1,5 Mio. € für 2020/2021. Ziel ist Nutzung der Ergebnisse auch für MDSB2025plus. Der erste Teil, die Systemauswahl, wurde erfolgreich mit 5 externen Partnern abgeschlossen. Eigenmittel des ZVNL wurden nicht eingesetzt.

Der ZVNL klagt weiterhin vor dem Landgericht Frankfurt Main gegen die DB Netz AG. Anlass sind die aus seiner Sicht von der DB Netz AG unberechtigt erlangten Einnahmen aus den sogenannten Regionalfaktoren bei den Infrastrukturkosten, hier die Trassenentgelte sowie bei den sogenannten Remanenzkosten für nicht genutzte Leistungen. Ein weiteres Verfahren gegen die DB Station und Service AG wegen der Rückforderung rechtsgrundloser Leistungen bei den Stationsnutzungsentgelten ist beim Landgericht Berlin anhängig.

### Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

Die Ertragslage des ZVNL hat sich im Vergleich zum ursprünglichen Haushaltsansatz verbessert. Die erzielten Erträge für das Jahr 2020 übersteigen den ursprünglich geplanten Wert von um 1.297.800,43 EUR. Der im Jahr 2020 angefallene Gesamtaufwand des ZVNL liegt mit 316.044,70 EUR unter dem geplanten Umfang von 166.950.562,00 EUR

Das Vermögen des ZVNL entspricht der Bilanzsumme zum 31. Dezember 2020 und beträgt 25.890,9 TEUR. Die Vermögenslage im Haushaltsjahr 2020 ist durch einen Vermögenszuwachs in Höhe von 4.915,4 TEUR der Bilanzsumme gekennzeichnet. Das Vermögen des ZVNL besteht zu 27,59% aus Vermögensgegenständen des Anlagevermögens. Dieses ist im Vergleich zur Schlussbilanz 2019 um 3.035,8 TEUR gestiegen. Gestiegen ist auch das Umlaufvermögen um 1.878,8 TEUR. Dieses stellt mit 72,39% den überwiegenden Vermögensanteil dar.

Die Finanzmittel des ZVNL verzeichnet im Jahr 2020 eine Reduzierung in Höhe von 13.405,47 EUR. Damit reduzieren sich die „Liquiden Mittel“ des ZVNL zum 31.12.2020 auf 2.711.037,37 EUR.

#### Chancen/Risiken/Prognosen

Das oberste Ziel des Zweckverbandes wird auch weiterhin die Schaffung und Erhaltung eines transparenten und diskriminierungsfreien Wettbewerbs sein. Nur so können die hohen Anforderungen der SPNV-Nutzer realisiert sowie die Qualität und Attraktivität der SPNV-Leistungen und deren Wirtschaftlichkeit im Verbandsgebiet gesteigert werden.

Nur durch das konsequente Vertragscontrolling kann der ZVNL unter Beachtung finanzpolitischer Rahmenbedingungen das SPNV-Angebot weiterentwickeln. Einer besonderen Betrachtung wird weiterhin die Entwicklung der Infrastruktur- und Energiekosten bedürfen, deren Anteil am Gesamtfinanzierungsvolumen weiter ansteigen. Auch ist die Entwicklung der Zuweisung der Regionalisierungsmittel sowie deren gesetzlichen Regelungen zu berücksichtigen, da hier in den nächsten Jahren deutliche Veränderungen und veränderten Rahmenbedingungen zu erwarten sind.

Die Inanspruchnahme der Angebote für Azubi- und Bildungsticket im Zusammenhang mit deren Budgetierung durch den Freistaat bedarf einer ständigen Überwachung.

Aufgrund bestehender Brutto-Verträge und der Erlöse aus den Fahrgeldeinnahmen wird die Mitwirkung des ZVNL im Rahmen der EAV und als Mitglied der neu gegründeten Deutschlandtarifverbund GmbH zunehmend bedeutungsvoll.

#### **Beteiligungen**

Der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig ist seit dem 01.01.2001 an der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH mit einem Stammkapital im Wert von 2.600 EUR beteiligt. Der ZVNL hält seit dem 15.12.2019 einen Anteil von 3,4188 % des Stammkapitals an der MDV GmbH.

Finanzbeziehungen zwischen dem ZVNL und der MDV GmbH:

Im Jahr 2020 wurden durch den ZVNL Betriebskostenzuschüsse in Höhe von insgesamt 101.240,92 EUR sowie im Rahmen der Kooperationsvereinbarung 141.763,51 EUR an die MDV GmbH ausgezahlt. Weiterhin finanzierte der ZVNL anteilig die gemeinsamen Marketingmaßnahmen mit insgesamt 45.000,00 EUR.



# **Beteiligungsbericht des ZVNL 2021**





---

## Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)

### Allgemeine Angaben zum Unternehmen

---

<b>Adresse</b>	Prager Straße 8 04103 Leipzig
<b>E-Mail</b>	post@mdv.de
<b>Homepage</b>	www.mdv.de
<b>Gründungsjahr</b>	1998
<b>Unternehmens- gegenstand/ Unternehmenszweck</b>	Erfüllung von Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Mitteldeutschen Verkehrsverbund, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots, Herbeiführung und Sicherstellung der tariflichen Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif, Erfassen und Verteilen der im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen
<b>Rechtsform</b>	GmbH
<b>Stammkapital</b>	76.050 EUR zum 31.12.2020 (76.050 EUR im Vorjahr) Der ZVNL ist Gesellschafter der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH und hielt bis zum 14.12.2019 einen Anteil von 3,537 % des Stammkapitals der MDV GmbH. Mit der Verbunderweiterung des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes im Dezember 2019 ergab sich für den ZVNL nunmehr ein Anteil von 3,4188 % am Stammkapital der MDV GmbH. Der ZVNL-Anteil des Stammkapitals blieb durch die Beschlussfassung der MDV GmbH unverändert, ebenso der Anteil der Kapitalrücklage.
<b>Geschäftsführung</b>	Steffen Lehmann

---



<b>Gesellschafter / Beteiligungsverhältnisse:</b>	<b>31.12.2020 EUR</b>	<b>31.12.2019 EUR</b>
Stadt Leipzig	11.700	11.700
Halle (Saale)	9.150	9.150
Landkreis Leipzig	2.600	2.600
Landkreis Nordsachsen	2.600	2.600
Landkreis Saalekreis	2.600	2.600
Burgenlandkreis	2.600	2.600
Landkreis Altenburger Land	750	750
Freistaat Thüringen	750	750
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH; Magdeburg	3.500	3.500
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig; Leipzig	2.600	2.600
Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH; Leipzig	12.900	12.900
Hallesehe Verkehrs-AG; Halle (Saale)	8.050	8.050
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH; Halle (Saale)	1.100	1.100
Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH; Querfurt	1.100	1.100
Regionalbus Leipzig GmbH; Deuben	2.200	2.200
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH; Weißenfels	2.200	2.200
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen: RVB Regionalverkehr Bitterfeld-Wolfen GmbH; Zörbig OT Salztürkapele, Auto Webel GmbH; Delitzsch, Omnibusverkehr Leupold oHG; Krostitz, Geißler Reisen GbR; Eilenburg	1.100	1.100
DB Regio AG; Frankfurt am Main	4.950	4.950
Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH; Halle (Saale)	1.150	
1.150		
Erfurter Bahn GmbH; Erfurt	300	300
Transdev GmbH; Berlin	300	300
Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen: Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH „Heideland“ (OVH); Oschatz, Reiseverkehr Schulze OHG; Torgau, Döllnitzbahn GmbH; Mügeln	1.100	1.100
THUSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH, Windischleuba	750	750
	<u>76.050</u>	<u>76.050</u>

**Beteiligungen** Keine

**Gremien**

- Gesellschafterversammlung
- Aufsichtsrat
- Finanz- und Rechtsausschuss
- Personalausschuss
- Verkehrsausschuss



Der Aufsichtsrat setzt sich im Geschäftsjahr 2020 wie folgt zusammen:

**Frau Dorothea Dubrau** - Vorsitzende, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig (bis 31. Juli 2020)

**Herr Thomas Dlenberg** - Vorsitzender, Bürgermeister und Beigeordneter für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig (ab 01. August 2020)

**Herr Vinzenz Schwarz** - 1. Stellvertreter, Vorstand Hallesche Verkehrs-AG

**Herr Ronny Thiele** - 2. Stellvertreter, Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, Landratsamt LK Altenburger Land

**Herr Thomas Böhm**, Leiter Wirtschaftsamt des Burgenlandkreises

**Frau Tatjana Bonert**, Geschäftsführerin THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH

**Frau Sandy Brachmann**, Bereichsleiterin Marketing der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH

**Herr Frank-Peter Bretzger**, Leiter Produktmanagement Mitteldeutschland, DB Regio AG, Region Südost

**Herr Lutz Däumler**, Geschäftsführer Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH

**Herr Kai Emanuel**, Landrat des Landkreises Nordsachsen

**Frau Annett Hellwig**, Amtsleiterin Amt für Bildung, Kultur und Tourismus, Landkreis Saalekreis

**Herr Bernd Irgang**, Geschäftsführer Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ab 1. April 2020)

**Herr Ronald Juhrs**, Geschäftsführer für Technik und Betrieb der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH

**Herr Jan Kleinwechter**, Geschäftsführer Transdev Regio Ost GmbH (ab 1. Januar 2021)

**Herr Holger Klemens**, Geschäftsführer Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH „Heideländ“ (OVH)

**Herr Enrico Kretschmar**, Geschäftsführer PNVG Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt GmbH (ab 1. Januar 2021)

**Frau Anja Krimmling-Schoeffler**, Angestellte, Stadträtin Halle (Saale)

**Herr Andreas Kultscher**, Geschäftsführer Regionalbus Leipzig

**Frau Ines Lüpfer**, 2. Beigeordnete im Landkreis Leipzig

**Herr Ulf Middelberg**, Geschäftsführer für Marketing/Vertrieb/Finanzen und Sprecher der Geschäftsführung der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH

**Herr Dr. Oliver Mietzsch**, Geschäftsführer des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (bis 28. Februar 2021)

**Herr Peter Pantz**, Geschäftsführer Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH

**Frau Carmen Maria Parrino**, Vorsitzende der Geschäftsführung Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH (bis 30. April 2020)

**Herr René Rebenstorf**, Beigeordneter für den Geschäftsbereich II „Stadtentwicklung und Umwelt“ der Stadt Halle (Saale)

**Frau Franziska Riskewald**, Betriebswirtin (MBA), Stadträtin Leipzig

**Herr Lothar Riese**, Geschäftsführer PNVG Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH (bis 31. Dezember 2020)

**Herr Andreas Schachtschneider**, Lehrer, Stadt Halle (Saale)

**Herr Rolf Schafferath**, Vorsitzender der Geschäftsführung Abellio Rail Mitteldeutschland GmbH (ab 01. Mai 2020 bis 31. Dezember 2020)

**Frau Sigrun Seidel**, Diplom Wirtschaftsingenieurin (FH), Stadträtin Leipzig

**Herr Andreas Völker**, Bereichsleiter Marketing/Vertrieb/Kundenservice, Hallesche Verkehrs-AG

**Herr Dr. Wolfgang Weinhold**, Vorsitzender der Regionalleitung Südost, DB Regio AG, Region Südost und Sprecher Verkehrsbetrieb Mitteldeutschland

**N.N.** (Vertreter des Freistaates Thüringen, noch nicht benannt)



---

**Beratende Mitglieder:**

**Herr Mario Bause**, Referatsleiter im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (bis 30. April 2020)

**Herr Stephan Gerstenberg**, Referatsleiter im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr (ab 1. Mai 2020)

**Herr Prof. Klaus Kummer**, Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt (bis 31. Dezember 2020) (Die Nachbesetzung eines beratenden Aufsichtsratsmitgliedes ist noch nicht erfolgt.)

---

**Abschlussprüfer** Eöner Stolz GmbH & Co.KG, Leipzig

---

**Kurzworstellung des Unternehmens**

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Seit dem 15. Dezember 2019 gilt der MDV-Tarif auch für Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld (MDV-Nord).

Mit einem Anteil von 51% halten die 10 Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49% werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen, des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

**Finanzbeziehungen zwischen dem ZVNL und der MDV GmbH**

Im Jahr 2020 wurden durch den ZVNL Betriebskostenzuschüsse in Höhe von insgesamt 101.240,92 EUR sowie im Rahmen der Kooperationsvereinbarung 141.763,51 EUR an die MDV GmbH ausbezahlt. Weiterhin finanzierte der ZVNL anteilig die gemeinsamen Marketing-Maßnahmen mit insgesamt 45.000,00 EUR. Der MDV erhielt weiterhin Zuwendungen im Rahmen der Verbunderweiterung MDV-Nord sowie für die Erweiterung easyGo 2.0.





## Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020

### Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2020

Die Entwicklung der Verbundeinnahmen war 2020 stark durch die Corona-Pandemie geprägt. Trotz des erweiterten Verbundgebietes lagen die Einnahmen EUR 24,5 Mio. (9,8 %) unter dem Vorjahr und **EUR 35,2 Mio. (14,1 %) unter den mit Tarifanpassung und Verbundenweiterung geplanten Einnahmen**. Mit EUR 21,0 Mio. bzw. - 16,8 % hat die Tarifzone Leipzig die höchste Mindereinnahme zu verzeichnen. In den regionalen Tarifzonen liegen die Mindereinnahmen bei EUR 8,3 Mio. (- 9,7 %), in Halle bei EUR 5,9 Mio. (- 11,8 %).

Die stärksten **Rückgänge gegenüber dem Vorjahreszeitraum** waren im Tarif für die Gelegenheitsnutzer zu verzeichnen. Trotz Verbundenweiterung und Tarifanpassung gingen die Einnahmen um 21,1 Mio. € (29,3 %) zurück. Aber auch im Segment Zeitkarten Jedermann lag der Rückgang in diesem Zeitraum bei - 4,6 Mio. € (- 4,1 %). Nach Zuwächsen durch die Verbundenweiterung von 2,7 % zu Beginn des Jahres lag die Zahl der Abonnenten (inkl. Jobtickets) im Dezember 2020 bereits 4,7 % unter dem Vorjahresmonat. Lediglich die Einnahmen aus Zeitkarten im Ausbildungsverkehr (Schüler, Auszubildende und Studenten) wiesen weiterhin einen Zuwachs von insgesamt EUR 4,8 Mio. auf, wozu insbesondere die Einführung des AzubiticketSachsen im August 2019 einen wesentlichen Beitrag leistete.

Im gesamten öffentlichen Nahverkehr bundesweit führte die Corona-Pandemie zu starken Mindereinnahmen, die 2020 durch Beirufen des Bundes und der Länder ausgeglichen werden. Die Beirufungsgewährung an die Verkehrsunternehmen und/oder Aufgabenträger wird durch eine Bundesrahmenregelung und entsprechende Richtlinien der Länder geregelt. Den Anträgen auf Ausgleich aus dem Corona-Reliefschirm wurden im Mitteldeutschen Verkehrsverbund für März bis Dezember 2020 Bruttofährgeldminderungen von insgesamt EUR 37,0 Mio. zugrunde gelegt, wovon EUR 36,1 Mio. in Anspruch genommen wurden.

Trotz der insgesamt positiven Entwicklung in den vergangenen Jahren war auch für das Jahr 2020 aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine zusätzliche preisliche **Fortschreibung des Verbundtariffs** vorgesehen. Wegen des im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie gefassten Beschlusses des Koalitionsausschusses der Bundesregierung vom 04. Juni 2020 zur Absenkung der Mehrwertsteuer von 7 % auf 5 % befristet für die Zeit vom 01. Juli bis 31. Dezember 2020 wurden die für den 01.08.2020 beschlossenen Preismaßnahmen (2,5 % in Region und 2,95 % in Halle) bis zum 31. Dezember 2020 ausgesetzt. Damit wurde mindestens der Wert der Mehrwertsteuerabsenkung i. H. v. 2 % unmittelbar an die Kunden der Verkehrsunternehmen im MDV weitergegeben. In Leipzig, wo noch das Tarifmoratorium wirkte, wurde als Ausgleich zur befristeten Mehrwertsteuerabsenkung den Vertragskunden (ABC, JobTicket) der entsprechende Betrag erstattet.

Neben der tariflichen Reaktion auf die Corona-Pandemie wurde eine **Marktforschung** mit verschiedenen Kundengruppen durchgeführt, um die Akzeptanz der durchgeführten Hygiene- und weiteren Schutzmaßnahmen bewerten zu können. Als Fazit ist festzuhalten, dass insbesondere der Mund-Nasen-Schutz und die zentrale Türöffnung als Maßnahmen zur Erhöhung der subjektiven Sicherheit eine wesentliche Bedeutung haben. Eine





nicht ganz so zentrale Bedeutung haben die Themen Kapazitätserweiterung und Reinigung; auch tarifliche Themen spielen in der Diskussion der Fokusgruppen eine untergeordnete Rolle.

Da es dem Freistaat Sachsen ein wichtiges Anliegen ist, Berufsausbildung und Freiwilligendienst zu unterstützen, wurden weitere Ausgleichsmittel bereitgestellt, um die Mobilität für diese Zielgruppen zu verbessern. Ab dem Ausbildungsjahr 2020/21 sind damit auch Schüler, die eine Berufsausbildung in Sachsen erhalten, deren ländersübergreifende Fachklassen aber außerhalb von Sachsen unterrichtet werden, sowie Freiwilligendienstleistende, Bundesfreiwilligendienstleistende und Freiwilligendienste aller Generationen zum Erwerb eines **AzubiTicketSachsen** berechtigt.

Im Rahmen der Weiterentwicklung des Tarifs um attraktive Tarifangebote für junge Leute wurde außerdem die Einführung des **Azubi-Ticket Sachsen-Anhalt** zum 01. Januar 2021 vorbereitet. Das vom Land Sachsen-Anhalt geförderte Azubi-Ticket ist zu einem günstigen Abonnementpreis in ganz Sachsen-Anhalt, auch im sachsen-anhaltischen Teil des MDV, für alle Azubis nutzbar, die eine Bildungseinrichtung in Sachsen-Anhalt besuchen.

Im Rahmen der Umsetzung der **Strategie „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“** wurde weiter an den 38 Arbeitspaketen mit den folgenden Schwerpunkten gearbeitet:

Zum 15. Dezember 2019 wurde die vorerst auf den SPNV beschränkte **Verbunderweiterung** umgesetzt. Im Jahr 2020 begleitete die Verbundgesellschaft ein durch die beiden Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld sowie die Stadt Dessau-Roßlau beauftragtes externes Gutachten zur Ermittlung der Harmonisierungs- und Durchtarifierungsverluste sowie weiterer einmaliger und laufender Aufwendungen, das als Entscheidungsgrundlage für eine mögliche Vollintegration des straßengebundenen ÖPNV dienen soll.

Im Rahmen der Weiterentwicklung des eTicketing im MDV wurde im Jahr 2020 die Erweiterung des **zentralen eTicketing-System im MDV (MDV-Berechtigungssystem „BerSy“)** für die VDV-KA Umsetzungsstufe 2b abgeschlossen. Damit sind nunmehr die Voraussetzungen geschaffen, um auch bargeldloses Bezahlen mit VDV-KA-Bezahlungsmitteln (POB, PEB, WEB) zu ermöglichen. Konkrete Nutzungen durch die Verkehrsunternehmen im sind in Planung.

Mit der Inbetriebnahme des eTicketing bei der MRB konnte auch die Anbindung an das MDV-BerSy erfolgreich abgeschlossen werden. Auf dieser Grundlage erfolgte 2020 die Umstellung der Abonnenten der MRB auf Chipkarte.

Im Jahr 2020 wurde auch die Konzeption für die Umsetzung des **VDV-Barcodes** (statische Berechtigung) im MDV durch die Verbundgesellschaft federführend erstellt und mit allen VU und deren Herstellern einvernehmlich abgestimmt. Damit sind die Voraussetzungen geschaffen worden, ab 2021 die sukzessive verbundweite Umstellung des bisherigen UIC-Barcodes auf den deutschlandweiten Standard des VDV-Barcodes vorzunehmen.

Im Sommer 2020 wurde das weiterentwickelte handybasierte Auskunft- und Ticketingsystem, die neue **MDV App MOOVME**, am Markt platziert und die Einführung mit einer crossmedialen Kampagne mit Fokus auf online Marketing begleitet. Seitdem steigen die Nutzerzahlen kontinuierlich an und erreichten bis zum Jahresende über



100.000 Downloads. Die alte App easy.GO wurde Ende 2020 abgeschaltet. Der Verbund setzt seit 2020 auf eine Mehr-App-Strategie. Neben MOOVME werden Fahrplaninformationen als auch die Möglichkeit des Ticketkaufs über drei weitere unternehmensinitiierte Apps, DB Navigator, LeipzigMOVE und Fairtq, angeboten, die jeweils auf unterschiedliche Nutzergruppen ausgerichtet sind.

Mit der Realisierung der neuen Verbund-App wurde auch die Auskunft von fahrplanlosen, **vollflexiblen Verkehren des ÖPNV** (Anrufbus) umgesetzt. Die Lösung wurde als Erweiterung des INSA-Systems konzipiert und beinhaltet auch die Prüfung von Verfügbarkeiten und tatsächlichen Fahrzeiten von Fahrzeugen in den Dispositionssystemen der zunächst beteiligten Verkehrsunternehmen Regionalbus Leipzig und Ceilßer Reisen. Im Jahr 2021 sind in MOOVME weitere Entwicklungsschritte, wie z.B. die Buchungs- und Bezahlungsfunktion für Rufbusfahrten sowie verbundüberschreitende Auskunft und Ticketing inklusive Reiseketten im Bereich Sachsen bzw. später Mitteldeutschland, und die Vermarktung dieser neuen Funktionen geplant.

Im Ergebnis eines umfangreichen Abstimmungsprozesses über die spezifischen unternehmensinternen Ziele vereinbarten die Gesellschafter unter Federführung der Verbundgesellschaft im Berichtsjahr eine gemeinsame **Strategie zur Digitalisierung im Vertrieb mit Blick auf eine künftige Digitalisierung im Tarif**. Insbesondere sollen die Medien Chipkarte und Handy MDV-weit ausgebaut werden, um künftig flexiblere elektronische Tarife einführen zu können und gleichzeitig Papier und Bargeldverkäufe massiv zu reduzieren.

Bereits im Jahr 2020 entstand der gemeinsame Entschluss der Gesellschafter, sich an dem für 2021 angekündigten Förderprogramm „**Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV**“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) mit diesen und weiteren Maßnahmen zu beteiligen. Die vorbereitenden Arbeiten (Kostenplanung, Maßnahmenplanung usw.) wurden im Jahr 2020 begonnen und soweit abgeschlossen, dass fristgemäß Ende März 2021 zwei Projektskizzen beim Fördermittelgeber (BMVI) eingereicht werden konnten. Dazu hatten sich die Gesellschafter der Regionen des MDV, mit Ausnahme des Burgenlandkreises zu zwei Projektkonsortien zusammengeschlossen; in Konsortialführerschaft der LVB (Projekt „PELIKAN“ für Pendlermobilität Leipzig – Integrierte Konzepte für Klimaschutz am Beispiel des Nordraums) und in Konsortialführerschaft der HAVAG (Projekt „STADTLand“), beide Projekte werden, wie von den Partnern gewünscht, in der Steuerung von der MDV-Geschäftsstelle unterstützt.

Nach umfangreichen Vorbereiten konnte im Jahr 2020 die Überarbeitung des **MDV-Handbuchs** abgeschlossen werden. Es beinhaltet die aktuellen verbindlichen Standards und Regelungen für die Zusammenarbeit im MDV und ist für künftige Ausschreibungen und Vergaben von Verkehrsleistungen innerhalb des MDV-Raumes anzuwenden.

Die **Datendrehscheibe** für den verkehrsunternehmensübergreifenden Datenaustausch wurde um eine Echtzeitdatenschnittstelle für die Datenversorgung der Mobilitätsfabrik der LVB erweitert. Der Verbund unterstützt außerdem die HAVAG konzeptionell und fachlich bei der Umsetzung der **Anschlussicherung** durch die Anbindung an die Datendrehscheibe. Die Arbeiten an der Anbindung des Verkehrsverbundes Oberelbe (VVO) werden aufgrund von Verzögerungen der Datenlieferungen aus dem VVO-System erst 2021 abgeschlossen. Die Daten werden für die Versorgung der Fahrgastinformationsmedien und digitalen Anzeigersysteme (DFI) genutzt.



Um die Fahrgastinformation im Verbundgebiet weiter zu stärken, wurde in Zusammenarbeit mit der NASA GmbH eine Lösung für die Bereitstellung von Abfahrtsdaten des ÖPNV für Anzeigenmedien Dritter geschaffen.

Im Zuge der **Open Data** Strategie wurde der Zugang zu den Daten des MDV und seiner Verkehrsunternehmen weiter vereinfacht. Die Fahrplandaten im GTFS-Format wurden im Open Data Katalog Sachsen und auf der bundesweiten Plattform govdata.de veröffentlicht.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (KOV-VM)** wurden die wesentlichen Themen fortgeführt. Dazu gehörte der fachliche Austausch der Partner und Stakeholder in den Bereichen automatisiertes Fahren, umweltsensitive Verkehrssteuerung, E-Mobilität und Datenmanagement. Zusätzlich wurden der Austausch mit dem Netzwerk Europäischen Metropolregion Mitteldeutschland (EMMO), LASUV und SAENA intensiviert, die MDV-Landkreise in die Arbeit des Netzwerkes einbezogen und vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels Kontakte zu Personalvermittlungsunternehmen sowie der regionalen Forschung vermittelt. Für die Netzwerkpartner wurde im Berichtsjahr eine Befragungs- und Datenerhebungsplattform bereitgestellt, die durch den Geschäftsbesorger MDV betrieben und supportet wird.

Das **Mobilitätsportal Mitteldeutschland** ([www.mobile-mitte.de](http://www.mobile-mitte.de), Betreiber NASA), an dem sich der MDV im Rahmen des KOV-VM Netzwerkes beteiligt, wurde um das P+R und B+R Routing erweitert. Nach Freigabe durch die NASA GmbH kann das Portal nun durch die Netzwerkpartner in eigene Seiten eingebunden und für Informationszwecke der Seitenbesucher eingesetzt werden.

Die Umsetzung der **Barrierefreiheit** in der Auskunft wurde im Berichtsjahr beauftragt und befindet sich in der Umsetzung. Zusätzlich zum dem abgestimmten Funktionsumfang wurden dynamischen Störungsmeldungen der Aufzüge und Rolltreppen an den Bahnhöfen beauftragt. Darüber hinaus erheben die Landkreise Nordachsen, Saalekreis und Burgenlandkreis in Abstimmung mit dem MDV relevante Haltestellendaten. Alle verfügbaren Haltestellendaten werden der NASA für die Umsetzung der Routingfunktionen in den ÖPNV-Auskunftssystemen bereitgestellt.

Die Daten der **Automatischen Fahrgastzählsysteme** bilden eine wesentliche Säule der Einnahmeverteilung. Der erste Schritt der im Softwarebereich erforderlichen technischen Fortschreibung konnte im Jahr 2020 mit der Abnahme der Transformationssoftware weitgehend abgeschlossen werden. In einer zweiten Stufe wird für das Jahr 2021 die Fertigstellung der Software für die Hochrechnung, den Saldenausgleich und die Stichprobenbildung angestrebt.

Die **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich 2020 wie auch in den vergangenen Jahren wesentlich an den Themen aus dem Strategieprozess MDV 2025, setzten aber regional unterschiedliche Schwerpunkte.

Im **Projekt „Landkreis Leipzig in Fahrt“** konnte in 2020 der letzte Projektbaustein im Bereich „Muldental in Fahrt“ mit der Einführung des flexiblen Stadt-Ruf-Bus in Colditz umgesetzt werden. Aufgrund der Erfahrungen der





letzten Jahre wird es in 2021 noch Anpassungen im Freizeitverkehr im Neuseenland geben. Noch nicht abgeschlossen sind der Bereich des „Wurzener Landes“ und der Bereich rund um Markranstädt. Für das „Wurzener Land“ wurden unter der Federführung des Landkreises Leipzig 2020 mehrere Varianten eines neuen ÖPNV-Netztes entwickelt, über die in 2021 entschieden werden soll.

Im **Saalekreis** wurde durch den MDV eine Untersuchung zu bisher noch nicht erschlossenen Potentialen in den größeren Gewerbegebieten erarbeitet. Diese zeigte auf, an welchen Standorten prinzipiell noch nicht ausgeschöpfte Potentiale liegen und wo es wirtschaftlich interessant ist, diese zu erschließen. Diese Studie hat eine positive Resonanz bei den MDV-Gesellschaftern hervorgerufen, so dass entsprechende Studien in 2021 auch für weitere Gebiete im MDV erfolgen sollen.

Im Landkreis **Nordsachsen** wurden im Rahmen des Mobilitätsprojektes „Nordsachsen bewegt“ (federführend durch den Landkreis) die ÖPNV-Angebote weiter angepasst und die Umsetzungsplanungen für einen autonomen Shuttlebetrieb zum Schladitzer See vorbereitet. Ab 2021 soll der Shuttle in den Passagierlosen Testbetrieb und ab 2022 in den Passagierbetrieb gehen.

Die Marke **PlusBus** wird weiterhin von der NASA GmbH und dem MDV lizenziert und an interessierte Verkehrsregionen zur Nutzung übergeben. In Sachsen wurde eine gemeinsame Vermarktung mit einheitlicher Gestaltungslinie erarbeitet, die in den Verbundgebieten zum Einsatz kommt. Aktuell gibt es Lizenzverträge zur Nutzung der Marke für Verbünde und Verkehrsunternehmen in Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Schleswig-Holstein. Anfragen liegen aus Niedersachsen und dem Saarland vor.

Mit Beginn des Jahres 2020 trat eine neue **Kooperationsvereinbarung mit dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** mit einer Laufzeit von drei Jahren in Kraft.

Themen in 2020 waren u.a.:

- Start einer Studie zur Potentialeabschätzung einer möglichen SPNV Reaktivierung der Strecke Eilenburg – Bad Döben – Bad Schmiedeberg – Lutherstadt Wittenberg (Fertigstellung in 2021)
- Entwicklung planerischer Möglichkeiten zur Anschlusssicherung von TaktBus-Linien, analog der Untersuchung von 2019,
- Kontrolle Auslastung und Abstandseinhaltung in den Verstärker-Zügen der S3 (Leipzig – Schkeuditz)
- Kontrolle von SEV-Leistungen und von SPNV-Qualitätskontrollen

Gefördert über die Fachkräftenichtlinie des Freistaates Sachsen wurde auch in 2020 in den Landkreisen Leipzig und Nordsachsen das **betriebliche Mobilitätsmanagementprojekt** „Betriebe in Fahrt“ vertiefend und mit erfolgreicher Resonanz durchgeführt. Der MDV erörtert 2021 mit den Gesellschaftern Lösungen für eine dauerhafte Ansiedlung des BMM in der Geschäftsstelle.



Das von der EU geförderte Projekt „**LowCarb – Clever unterwegs im Nordraum Leipzig**“ wurde 2020 beendet. Auf dieser Grundlage soll das Projekt inhaltlich und organisatorisch mit dem Ziel weitergeführt werden, die im Masterplan entwickelten ÖPNV-Maßnahmen politisch beschließen zu lassen und danach gemeinsam mit der Stadt Leipzig und der LVG mittel- bis langfristig in einer Umsetzung zuzuführen. Die Umsetzung des Masterplans ist Bestandteil der Projektskizze „PELIKAN“ für Pendlermobilität Leipzig – Integrierte Konzepte für Klimaschutz am Beispiel des Nordraums“ im Rahmen des **Bundesförderprogramms „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV.“**

Die Schwerpunkte im **Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** waren im Jahr 2020 auf folgende Themen ausgerichtet:

Bedingt durch die **Corona-Pandemie** und den damit verbundenen Rückgang an Fahrgästen wurden unter der Federführung der MDV-Geschäftsstelle verschiedene **verbundweite Marketingaktionen** gestartet. Ziel aller Aktivitäten war es, das Vertrauen der Fahrgäste in das ÖPNV-Angebot wiederherzustellen und die Nutzung zu erhöhen.

Das Marketing in den **Landkreisprojekten** konzentrierte sich auch weiterhin auf die **Verbesserung der Informationen** an den Haltestellen, auf die **Vermarktung neuer Fahrpläne** und der **neuen ÖPNV-App MOOVME**.

Weitere Schwerpunkte im Bereich Kommunikation lagen auch im Jahr 2020 in der verbundweiten **Mobilitätsberatung** am MDV-Infomobil sowie am MDV-Infotelefon, der Kommunikation bezüglich des ausgesetzten **Tarifwechsels** infolge der temporären Mehrwertsteuersenkung, der Kommunikation zum **Fahrplanwechsel** sowie der Schulung der Verbundunternehmen.

Alle Schwerpunktthemen wurden mit **Pressearbeit und Medienterminen** begleitet.

#### **Realisierung des Wirtschaftsplans 2020**

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2020 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 5. Dezember 2019 beschlossen. Entsprechend dem Wirtschaftsplan schließt der MDV das Geschäftsjahr 2020 mit einem ausgeglichenen Ergebnis ab. Der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2020 zu **zahlende Zuschuss** von **TEUR 2.961** entsprach der mittelfristigen Planung des Vorjahres. Mit dem Wirtschaftsplan 2020 und dem Beschluss zum Jahresabschluss 2019 wurden zusätzlich nicht verbrauchte Zuschüsse in Höhe von TEUR 446 auf Folgejahre zweckgebunden übertragen. Im Berichtsjahr wurden davon Zuschüsse von TEUR 2.872 in Anspruch genommen, da den Aufwendungen von TEUR 5.311 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 2.339 gegenüberstanden. Der **nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 435 wurde passiviert**. Mit dem Wirtschaftsplan 2021 wurde davon durch die Gesellschafter am 10. Dezember 2020 bereits ein Übertrag von TEUR 266 auf die Jahre 2021 bis 2024 beschlossen. Über die Verwendung der zusätzlich nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüsse von TEUR 169 werden die Gesellschafter entscheiden. Außerdem musste die geplante Entnahme aus der Kapitalrücklage nicht in Anspruch genommen werden.





Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen sowie durch Zuwendungen des Bundes, der Freistaaten Thüringen und Sachsen, des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) und der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, den Kooperationsvereinbarungen mit dem ZVNL, zum Verkehrsmanagement und zur Bearbeitung von Nahverkehrsplänen und dem ÖPNV-Konzepten sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2020/2021 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der jeweiligen Partner an verschiedenen Strategieprojekten.

Zum 31. Dezember 2019 waren unverbrauchte Mittel von TEUR 383 des **projektbezogenen Erfolgsanteils** abgegrenzt. Zusätzlich wurden in 2020 nur 50 % der geplanten Zahlungen von TEUR 450 von den Verkehrsunternehmen abgefordert. Damit standen für 2020 TEUR 608 zur Verfügung, von denen TEUR 308 verbraucht wurden, da sich Maßnahmen nach 2021 verschoben haben bzw. nicht umgesetzt wurden. Der Restbetrag von TEUR 300 wurde passiviert. Er soll in den Folgejahren für die Umsetzung der entsprechenden Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. TEUR 211 sind davon bereits im Wirtschaftsplan 2021 übertragen. Zusätzlich wurden Mittel in Höhe von TEUR 89 nicht in Anspruch genommen, die sich über mehrere geplante Maßnahmen verteilen.

Die **Bilanzsumme** von TEUR 2.750 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 2.938) um 6 % gesunken. Dies begründet sich wesentlich aus der Minderung des Anlagevermögens (TEUR 79) und der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände (TEUR 113) auf der Aktivseite. Die Senkung der Forderungen betrifft insbesondere Forderungen gegen Gesellschafter, die im Vorjahr aufgrund verschiedener weiterberechneter Marketingleistungen erhöht waren. Auf Passivseite sank der Sonderposten aus Investitionszuschüssen um TEUR 81, da die planmäßige Auflösung für das Geschäftsjahr 2020 in Höhe von TEUR 152 die anteilige Förderung der Anlagenzugänge (TEUR 71) überstieg. Der Minderung der Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern (TEUR 101) aus nicht verbrauchten Betriebskostenzuschüssen und Mittel aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil stand ein Zuwachs der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen zum Stichtag (TEUR 82) gegenüber.

Die Finanzierung der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2020 trotz der Corona-Pandemie gesichert, da die geplanten Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter vollständig gezahlt werden konnten.

#### **Ausblick auf 2021 und 2022**

Aufgrund der anhaltenden Corona-Pandemie ist auch 2021 mit einer absolut kritischen Einnahmesituation bundesweit im ÖPNV zu rechnen; auch die Verbundentnahmen im MDV werden wiederum deutlich unter den Planwerten liegen. Daher hat sich die Verkehrsministerkonferenz für einen weiteren „Rettungsschirm für den ÖPNV“ für das Jahr 2021 ausgesprochen. Der Branchenverband VDV führt dazu die Gespräche mit Bund und den Ländern. Ziel ist ein dem Rettungsschirm 2020 entsprechender Ausgleich entgangener Tarifeinnahmen.



Dennoch wird auch im Jahr 2021 die Bearbeitung bestehender und weiterer Arbeitspakete zu den Themenfeldern Tarif & Vertrieb, Multimodalität, Systemzugang/Benutzeroberfläche, Paradigmenwechsel in der Erschließung der Landkreise durch neue Busnetze und das verbundweite Marketing fortgeführt.

Weiterhin wird die Verbundgesellschaft nach der Einführung des MDV-Tarifs für die Fahrgäste in allen S-Bahnen und Regionalzügen nach Dessau-Roßlau und in die Landkreise Wittenberg und Anhalt-Bitterfeld (MDV-Nord) auch in 2021 auf eine Vollintegration dieser Gebiete hinwirken.

Im tariflichen Fokus werden u.a. die Einführung eines sächsischen Bildungstickets, vorbereitende Arbeiten zum Sachsentarif sowie die Entscheidungsfindung zur Tarifzonenreform Bungenlandkreis stehen.

Hinzu kommt eine Überprüfung des Produktsortiments für Stammkunden mit dem Ziel, dieses auch vor dem Hintergrund der sich voraussichtlich verändernden Rahmenbedingungen (u. a. Homeoffice) weiterhin attraktiv zu halten.

Für das Jahr 2021 ist die Umstellung der Zeitkarten und weiterer Bartarife auf Chipkarten bei der LVB vorgesehen. Die damit einhergehenden Tests und Abnahmeprozesse im Zusammenspiel der Systeme der LVB und dem MDV-BerSy sowie die Kommunikation gegenüber den anderen Verbundpartnern werden hierbei im Mittelpunkt stehen.

Nach der Einreichung der beiden Projektskizzen für das Förderprogramm „Modellprojekte zur Stärkung des ÖPNV“ des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) werden – bei positivem Bescheid – die Themen, an denen die Verbundgesellschaft beteiligt ist, einen wesentlichen Aufgabenschwerpunkt in 2021 bilden.

Neben der Weiterentwicklung der App MOOVME in mehreren Schritten wird 2021 im MDV die Mehr-App-Strategie offensiv umgesetzt. Durch Stärkung der einzelnen Apps und deren Bekanntmachung für die spezifischen Zielgruppen soll der gesamte digitale Umsatz gesteigert werden. Dafür erarbeiten die App-betreibenden VU und die Verbundgesellschaft eine Konzeption, wie und in welchem Zeitfenster nennenswerte Anteile des Papier- und Bargeldverkaufs in die digitalen Vertriebswege über Handy und Chipkarte überführt werden können. Das Ergebnis wird wesentliche Aufgaben und Prozesse in den Folgejahren in den Bereichen Tarif, Vertrieb, Vermarktung beeinflussen.

Schwerpunkte der Kooperation Intermodales Verkehrsmanagement (KOV-VM) in 2021 sind die Stärkung des Austausches insbesondere mit der Politik und den Verwaltungen zur Unterstützung bei Open Data, flexiblen Verkehren im ÖPNV, E-Mobilität und Autonomem Fahren sowie die Erweiterung des Netzwerkes um neue Partner. Des Weiteren soll das Thema Barrierefreiheit sowie die Inbetriebnahme der Auskunft und Buchung von vollflexiblen Verkehren in MOOVME abgeschlossen werden. Auch die Erweiterung des Mobilitätsportals Mitteldeutschland um weitere Daten sowie eine die Prüfung der Beteiligung der sächsischen Akteure soll vorangetrieben werden.



Die Einführung des Bildungsticket Sachsen im Sommer 2021 führt auch zu zahlreichen Aufgaben im Bereich Vertrieb (ABO) und Kommunikation sowie Einnahmeverteilung, die durch die Verbundgesellschaft umzusetzen und zu koordinieren sind.

Ab dem Jahr 2021 wird die Geschäftsstelle die Instrumente im Bereich Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation deutlich digitaler ausrichten, um gegenüber den Fahrgästen und der interessierten Öffentlichkeit künftig schneller, aktueller und flexibler kommunizieren zu können. Geplant sind die Einführung eines MDV-Blogs, einer interaktiven digitalen Karte (über die Skizze Modellprojekt) sowie einer noch stärkeren Verlagerung in das Online-Marketing bei Reduzierung der bisherigen gedruckten Informations- und Werbemedien. Fahrgäste über gezielte tarifliche Marketingaktionen zurück zu gewinnen, wird Pandemiebedingt auch im Jahr 2021 im Fokus stehen. Zudem wird das Jubiläum „20 Jahre MDV-Tarif“ im Herbst öffentlichkeitswirksam begleitet.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Pandemie-Situation wird die MDV-Geschäftsstelle in ständiger Abstimmung mit den Gesellschaftern die Fortschreibung bzw. Neuausrichtung laufender bzw. geplanter Vorhaben prüfen.

Der MDV verfügt über eine **mittelfristige Wirtschaftsplanung**, die zurzeit bis 2025 reicht. Der dann eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2021 wurde von der Gesellschafterversammlung am 10. Dezember 2020 beschlossen. Für das Wirtschaftsjahr 2021 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Der Wirtschaftsplan 2021 sieht durch die Gesellschafter zu zahlende Zuschüsse von TEUR 3.164 vor. Zusätzlich beinhaltet die Planung einen Übertrag nicht verbrauchter Gesellschafterzuschüsse der Vorjahre von TEUR 266, wovon TEUR 153 auf das Jahr 2021 und TEUR 113 auf 2022-2024 entfallen.

Die aktuelle **interne Arbeit in der Geschäftsstelle** ist komplett seit Mitte Dezember 2020 umgestellt, um Corona bedingt Kontakte zwischen den Beschäftigten und Dritte zu vermeiden. Um das Risiko eines Ausfalls spezieller Arbeiten/Fachkollegen zu reduzieren, sind nahezu alle Beschäftigten im mobilen Arbeiten unterwegs. Hierfür wurde kurzfristig in die Anschaffung von Software und Hardware investiert, die zum Teil außerplanmäßig beschafft wurde. Die Zusammenarbeit mit den Fachkollegen der Gesellschaft in den Arbeits- und Projektgruppen sowie in den Ausschüssen erfolgt ebenso vollständig digital. Die Anpassung dieser Prozesse verlief sehr gut. Für die Liquiditätssicherung bezüglich der Auswirkungen der Corona-Pandemie besteht die Möglichkeit der Nutzung bisher nicht verbrauchter Zuschüsse, nach Einholung eines Gesellschafterbeschlusses.

Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

#### **Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung**

Chancen der zukünftigen Entwicklung im Verbundgebiet sieht die Geschäftsführung in der weiteren Umsetzung des Strategieprozesses „MDV 2025“ auf der Grundlage der beschlossenen 38 Arbeitspakete. Gleichzeitig soll der Prozess zur Fortschreibung der Strategie „MDV 2030“ gemeinsam mit den Gesellschaftern weitergeführt werden.





---

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch datiert vom Januar 2018 in seiner überarbeiteten Fassung vom Juni 2019.

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung insgesamt als gering eingestuft. Allerdings wird die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt. Die aktuelle Pandemie-Situation mit einer derzeit stark rückläufigen Nachfrage und entsprechenden Einnahmen im ÖPNV kann dabei möglicherweise die Bereitstellung der Betriebskostenzuschüsse, insbesondere der Verkehrsunternehmens-Gesellschaften, sowohl für das laufende Jahr als auch das Folgejahr beeinflussen. Daher sind befristete Einsparungspotentiale zu prüfen.

Zusätzlich wird die Finanzierung durch den 2009 eingeführten und 2017 fortgeschrieben flexiblen projektbezogenen Finanzierungsbaustein, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird, gesichert. Eine Evaluation dieser Herangehensweise soll im Jahr 2022 erfolgen.

Langfristig ist zu prüfen, wie weiterhin der Ersatz von ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögen finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2025 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskurschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.



## 1. Bilanzdaten (in TEUR)

Aktiva								
	2020 Plan		2020 Ist		2019 Ist		2018 Ist	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>1.314,5</b>	<b>63 %</b>	<b>808,4</b>	<b>29 %</b>	<b>885,0</b>	<b>30 %</b>	<b>681,6</b>	<b>28 %</b>
Immaterielles Vermögen	1.210,2		701,4		780,3		596,3	
Sachanlagen	104,3		107,0		104,7		85,3	
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>752,7</b>	<b>36 %</b>	<b>1.926,0</b>	<b>70 %</b>	<b>2.037,7</b>	<b>69 %</b>	<b>1.703,5</b>	<b>71 %</b>
Forderungen und sonst. Vermögen	170,0		355,0		468,4		223,2	
Wertpapiere/Liquide Mittel	582,7		1.571,0		1.569,3		1.480,3	
<b>Aktiver RAP</b>	<b>10,0</b>	<b>1 %</b>	<b>16,0</b>	<b>1 %</b>	<b>15,4</b>	<b>1 %</b>	<b>30,8</b>	<b>1 %</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.077,2</b>	<b>100%</b>	<b>2.750,4</b>	<b>100%</b>	<b>2.938,1</b>	<b>100%</b>	<b>2.415,9</b>	<b>100 %</b>

Passiva								
	2020 Plan		2020 Ist		2019 Ist		2018 Ist	
<b>Eigenkapital</b>	<b>428,2</b>	<b>21 %</b>	<b>477,4</b>	<b>17 %</b>	<b>477,3</b>	<b>16 %</b>	<b>461,3</b>	<b>19 %</b>
Gezeichnetes Kapital	76,1		76,1		76,0		73,6	
Rücklagen	351,1		401,3		401,3		387,8	
Gewinn-/Verlustvortrag	0,9		0,0		0,0		0,0	
Bilanzgewinn/-verlust	0,1		0,0		0,0		0,0	
<b>Sonderposten</b>	<b>1004,2</b>	<b>48 %</b>	<b>493,6</b>	<b>18 %</b>	<b>574,2</b>	<b>20%</b>	<b>466,7</b>	<b>19 %</b>
<b>Rückstellungen</b>	<b>120,0</b>	<b>6 %</b>	<b>142,2</b>	<b>5 %</b>	<b>151,5</b>	<b>5 %</b>	<b>126,2</b>	<b>6 %</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>524,8</b>	<b>25 %</b>	<b>1.536,4</b>	<b>56 %</b>	<b>1.598,6</b>	<b>54 %</b>	<b>1.238,9</b>	<b>51 %</b>
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	524,8		1.536,4		1.598,6		1.238,9	
<b>Passiver RAP</b>	<b>0,0</b>	<b>0 %</b>	<b>100,8</b>	<b>4 %</b>	<b>136,5</b>	<b>5 %</b>	<b>122,8</b>	<b>5 %</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.077,2</b>	<b>100 %</b>	<b>2.750,4</b>	<b>100 %</b>	<b>2.938,1</b>	<b>100 %</b>	<b>2.415,9</b>	<b>100 %</b>





## 2. G & V – Daten (in TEUR)

	2020 Plan	2020 Ist	2019 Ist	2018 Ist
Umsatz	1.251,5	1.125,8	971,4	967,4
Zuschüsse der Gesellschafter	3.257,9	2.972,8	2.575,3	2.553,6
Andere aktivierte Eigenleistungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige betr. Erträge	1.398,0	1.212,7	2.016,4	1.149,7
<b>Gesamtleistung</b>	<b>5.907,4</b>	<b>5.311,3</b>	<b>5.563,1</b>	<b>4.670,8</b>
Materialeufwand	-2.491,3	-1.882,6	-2.473,7	-1.693,3
Personalaufwand	-2.575,5	-2.539,3	-2.445,3	-2376,4
Abschreibungen	-281,3	-264,2	-218,2	-207,3
Sonstige betr. Aufwendungen	-609,0	-619,7	-412,7	-399,3
<b>Zwischenergebnis</b>	<b>-49,7</b>	<b>5,5</b>	<b>13,2</b>	<b>4,5</b>
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0,0	0,0	4,7	0,0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,0	-5,3	-17,7	-4,3
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>-428,7</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>
Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0	0,0
Sonstige Steuern	-0,3	-0,2	-0,2	-0,2
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>-50,0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Entnahme aus Kapitalrücklage</b>	<b>50,1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Bilanzgewinn/-verlust</b>	<b>0,1</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>



### 3. Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2020 Plan	2020 Ist	2019 Ist	2018 Ist
<b>Vermögenssituation</b>				
Vermögensstruktur	58,26%	25,5%	26,56 %	24,76 %
Investitionsdeckung	41,60 %	140,66 %	172,15 %	251,05 %
Fremdfinanzierung	55,21%	70,00%	88,90 %	56,50 %
<b>Kapitalstruktur</b>				
Eigenkapitalquote	20,61%	17,36%	16,25 %	19,10 %
<b>Liquidität</b>				
Effektivverschuldung	keine	keine	keine	keine
Liquiditätsgrad I	111,03%	102,25%	90,17 %	119,49 %
<b>Rentabilität</b>				
Eigenkapitalrendite	-11%	1%	0 %	0 %
Gesamtkapitalrendite	-2%	0%	0 %	0 %
<b>Geschäftserfolg</b>				
Pro-Kopf-Umsatz (T€)	31	30	23	24
Personalaufwandsquote	205,79%	225,56%	251,73 %	245,65 %
<b>Beschäftigte</b>				
Im Jahresdurchschnitt (ohne Azubis)	41	42	42	41

## Entsorgung

# KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Am Westufer 3  
04463 Großpösna OT Störmthal  
Tel.: 034299 / 87440  
E-Mail: info@kell-gmbh.de  
Webseite: <http://www.kell-gmbh.de>

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 21.10.2009

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens ist die Abfallentsorgung auf dem Gebiet des Landkreises Leipzig. Sie umfasst, die dem Landkreis als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben und zwar das Einsammeln und Befördern, der im Entsorgungsgebiet anfallenden Abfälle, deren Verwertung und Beseitigung, soweit diese Aufgabe nicht vom Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen wahrgenommen wird, sowie die Übernahme von weiteren Aufgaben, die dem Landkreis als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesen sind, soweit es sich nicht um reine Tätigkeiten von Behörden handelt. Hierzu gehören insbesondere die Sanierung und Rekultivierung von Abfallbeseitigungsanlagen und die Entsorgung der rechtswidrig auf den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken abgelagerten Abfälle. Gegenstand des Unternehmens können weiterhin Aktivitäten im Bereich der Abfallwirtschaft und des Recyclings, wie die Übernahme und Durchführung von Entsorgungsleistungen jeder Art sowie der Erwerb und die Verwaltung von gesellschaftseigenen Immobilien, sein, soweit die Gesellschaft überwiegend, die dem Gesellschafter als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben erbringt. Die Tätigkeit für andere Auftraggeber als den Landkreis Leipzig wird jedoch nur aufgenommen, solange das Unternehmen im Wesentlichen für den Landkreis Leipzig tätig ist und eine Tätigkeit für andere Auftraggeber als rein nebensächlich angesehen werden kann.

### Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	331.000€
----------------------	----------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Jens Adam
Herr Jens Meissner

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Landkreis Leipzig	331.000 €	100,0%
-------------------	-----------	--------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

### Finanzbeziehungen

	12/2018	12/2019	12/2020
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges (Avalprovision)	7.758,4 €	6.662,2 €	5.566,0 €
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	2.220.750,0 €	1.855.350,0 €	1.489.950,0 €

## IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

### I. Grundlagen der Gesellschaft

Die KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH ist ein Tochterunternehmen des Landkreises Leipzig. Der Landkreis ist einziger Gesellschafter. Gegenstand des Unternehmens ist die Abfallentsorgung auf dem Gebiet des Landkreises Leipzig, insbesondere das Einsammeln und Befördern der vom Landkreis als öffentlich-rechtlichem Entsorgungsträger zu erfassenden Abfälle, deren Verwertung und Beseitigung, soweit diese Aufgabe nicht vom Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen wahrgenommen wird, sowie die Erbringung weiterer Dienstleistungen im Bereich der Abfallwirtschaft und des Recyclings.

### II. Darstellung des Geschäftsverlaufs

#### 1. Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Das Berichtsjahr wurde im Wesentlichen von der Covid 19 Pandemie bestimmt. Durch die weitgehende Systemrelevanz der Erfassung haushaltnah anfallender Abfälle waren viele Abfallwirtschaftsbetriebe von den pandemiebedingten wirtschaftlichen Einschränkungen nicht betroffen. Andererseits mussten sie umfangreiche Vorkehrungen treffen, um ihre Mitarbeiter vor der Übertragung von Corona-Viren in den Unternehmen zu schützen.

#### 2. Umsatz- und Auftragsentwicklung

Die Umsätze der Gesellschaft betrugen im Berichtsjahr 10,9 Mio. EUR und liegen damit 2,4 % über dem Vorjahresniveau. Dabei wurde der durch die schrittweise Einführung der Biotonne im Landkreis Leipzig erzielte Umsatzzuwachs von 0,5 Mio. EUR durch marktbedingt gefallene Papierlöse abgeschwächt. Diese Vermarktungssituation hatte keine Auswirkungen auf das Ergebnis des Auftrages Papiererfassung, da den niedrigeren Vermarktungserlösen entsprechend niedrigere auftragsbezogene Einkaufskosten im gleichen Umfang gegenüberstanden. Mehrmengen im Bereich der Sperrabfallentsorgung kompensierten erwartete Umsatzrückgänge bei der Restabfallentsorgung, welche auf Anpassungen des vorgehaltenen Behältervolumens durch die Grundstückseigentümer nach Umstellung des Veranlagungssystems des Landkreises beruhen.

Gemäß Gesellschaftsvertrag der KELL GmbH werden die Umsätze im Wesentlichen mit dem Landkreis Leipzig erzielt.



### **3. Geschäftsergebnis**

Das Geschäftsergebnis beträgt im Berichtsjahr 487 Tsd. EUR und liegt damit erneut über den Erwartungen der Geschäftsführung. Die Abweichung zum Vorjahr beruht im Wesentlichen auf den gestiegenen Personalkosten bei für den Kalkulationszeitraum 2019/2020 konstant vereinbarten Entgelten.

### **4. Produktiver Geschäftsbetrieb**

Dem höheren Umsatzvolumen stehen entsprechende Kostensteigerungen gegenüber. Insbesondere die schrittweise Einführung der Biotonne verursachte im Vergleich zum Vorjahr höhere Personal-, Fahrzeug- und Abschreibungskosten.

Der zunehmend gesamtwirtschaftlichen Vollbeschäftigung geschuldet, erhöhten sich die Personalkosten um 2,3 %. Hinzu kam die schrittweise Einstellung von 10 neuen Mitarbeitern für die Bioabfallsammlung sowie eine Erhöhung der Personalarückstellungen im Vergleich zum Vorjahr.

Die Aufwendungen für Kraftstoffe lagen preisbezogen auf Vorjahresniveau. Durch zusätzliche Fahrzeuge für die Einsammlung der Bioabfälle sind sie mengenmäßig jedoch gestiegen. Auch die Aufwendungen für Reparaturen erhöhten sich, da mehrere relativ neuwertige, aber nicht mehr der Garantie unterliegende Fahrzeuge unerwartete Komponentenausfälle aufwiesen. Die Kosten der sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr um 7 % gesunken. Grund ist im Vorjahr einmalig erforderliche Doppelbelastung im Bereich der Gebührenveranlagung durch die Umstellung des Veranlagungssystems des Landkreises.

Die durch die Einführung der Biotonne entstandenen zusätzlichen Kosten konnten durch die höheren Umsatzerlöse kompensiert werden. Den restlichen Kostensteigerungen stehen durch die vertraglich vereinbarten zweijährigen Kalkulationszeiträume mit dem Auftraggeber Landkreis weitgehend fixe Entgelte gegenüber, so dass das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ca. 130 Tsd. EUR unter dem Wert des Vorjahres liegt.

### **5. Beschaffung und Investitionen**

Laufende Ersatzinvestitionen von Behältern und Fahrzeugen wurden im Umfang von rund 1.700 Tsd. EUR getätigt. In europaweiten bzw. nationalen Vergabeverfahren wurden Fahrzeuge, Behälter sowie Verwertungsdienstleistungen ausgeschrieben.

Die durchgeführten Investitionen entsprachen den bestätigten Investitionsplanungen bzw. wurden durch Einzelentscheidungen mit dem Gesellschafter abgestimmt.

### **6. Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben**

Die Investitionsmaßnahmen im Fahrzeug- und Behälterbereich des Geschäftsjahres 2020 wurden durch Fremdkapitalaufnahme in Höhe von 1.100 Tsd. EUR finanziert.

Dass anhaltend niedrige Zinsniveau am Kapitalmarkt begünstigte die Kreditaufnahme und führte zusammen mit der weiteren planmäßigen Tilgung der bestehenden Kredite zur weiteren positiven Entwicklung des Finanzergebnisses gegenüber dem Vorjahr.

### **7. Personal- und Sozialbereich**

Durch die schrittweise Einführung der Biotonne erhöhte sich im Berichtsjahr der Mitarbeiterbestand. Die Fortführung der bisher für den Landkreis erbrachten Leistungen erforderte kein zusätzliches Personal.

Die Mehrzahl der Mitarbeiter befindet sich in unbefristeten Beschäftigungsverhältnissen. Die Fluktuationsrate ist extrem niedrig. Die damit verbundene Kontinuität im Personalbereich er-

laubt es uns, die hohe Sach- und Fachkunde sowohl an den Wertstoffhöfen und in der Tourenentsorgung als auch in unserer Tätigkeit als Verwaltungshelfer des Landkreises aufrecht zu erhalten.

Erhebliche Anstrengungen mussten unternommen werden, um die pandemiebedingten Verschärfungen der Arbeitsschutzvorschriften umzusetzen. Dabei kam eine Vielzahl von Instrumenten wie z.B. Arbeitszeitverlagerung, mobiles Arbeiten sowie vorbeugende Hygienevorschriften zum Einsatz.

Der Mitarbeiterbestand entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

	31.12.2020	31.12.2019
Angestellte	31	31
Arbeiter	83	73
Aushilfskräfte	0	0
	114	104

## 8. Umweltschutz

Der Betriebshof sowie die durch die Gesellschaft betriebenen Wertstoffhöfe wurden im Berichtsjahr genehmigungskonform betrieben. Es gab keine Störungen.

## 9. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr

Im ersten Lockdown von April bis Mai stellte der Besuch eines Wertstoffhofes keinen triftigen Grund für das Verlassen der eigenen Wohnung dar. Aus diesem Grund blieben während dieser Zeit die Wertstoffhöfe geschlossen.

## III. Darstellung der Lage

### 1. Vermögenslage

Im Berichtszeitraum erfüllte die Gesellschaft im Wesentlichen die bestehenden Verträge mit dem Landkreis Leipzig. Vor diesem Hintergrund waren Erweiterungsinvestitionen nur im Bereich der schrittweisen Einführung der Biotonne notwendig. Insbesondere durch diese Erweiterungsinvestitionen in Fahrzeuge und Behälter stieg das Sachanlagevermögen. Zusammen mit dem stichtagsbezogen größerem Forderungsbestand erhöhte sich die Bilanzsumme um 530 Tsd. EUR.

Die laufenden Tilgungen, der erwirtschaftete Jahresüberschuss sowie der Verzicht des Gesellschafters auf eine Ausschüttung haben den Verschuldungsgrad der Gesellschaft weiter reduziert. Er beträgt nur noch 1,1 (VJ: 1,2). Die Eigenkapitalquote stieg trotz höherer Bilanzsumme auf 48 % (VJ: 46 %).

Die Geschäftsführung erwartet unter Beachtung fortlaufender Ersatzinvestitionen eine stabile Vermögenssituation der Gesellschaft.

### 2. Finanzlage

Aufgrund des erneut sehr guten operativen Ergebnisses in Verbindung mit den zurückgeflossenen Abschreibungen aus den in den Vorjahren getätigten Investitionen konnte die Gesellschaft im Berichtsjahr einen positiven cash flow aus der betrieblichen Tätigkeit in Höhe von 1.512Tsd. EUR erwirtschaften.

Der Zahlungsmittelabfluss aus dem Investitionsbereich lag 2020 bei 1.684 Tsd. EUR und wurde durch die Kreditaufnahme in Höhe von 1.100 Tsd. EUR gegenfinanziert.

Insgesamt hat sich der Zahlungsmittelbestand im Vergleich zum Vorjahr kaum verändert. Dies ist insbesondere mit der Eigenfinanzierung des Behälterbestandes der Biotonne zu bewerten.

Diese zunehmende Eigenfinanzierung von Sachanlagen gibt der Gesellschaft in Verbindung mit dem hohen Finanzmittelbestand genügend Spielraum für weitere Finanzierungsvorhaben, ausreichend Stabilität und Flexibilität.

### **3. Ertragslage**

Die Ertragslage der Gesellschaft ist weiterhin sehr stabil. Sie übertrifft im Geschäftsjahr mit 487 Tsd. EUR erneut unsere Erwartungen. Die Umsatzrentabilität nach Steuern vom Einkommen und Ertrag beträgt 4,5 %.

Auch wenn die Kostensteigerungen insbesondere im Personalbereich kalkulationsbedingt nicht vollumfänglich durch höhere Umsatzerlöse kompensiert werden konnten, sind die damit verbundenen Auswirkungen auf das Jahresergebnis geringer als erwartet.

Durch das Geschäftsmodell der KELL ist auch weiterhin von stabilen, wenn auch niedrigeren Ertragserwartungen auszugehen. Bedingt durch die nur geringen Risiken im Geschäftsmodell der KELL GmbH sind die für die Zukunft zu erwartenden Gewinnmargen ebenfalls entsprechend niedrig einzuschätzen.

### **IV. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Die KELL hat sich als der kommunale Entsorger im Landkreis Leipzig etabliert. Die Verträge mit dem Landkreis Leipzig bilden eine entsprechend langfristige Geschäftsgrundlage für die KELL.

Nach der schrittweisen flächendeckenden Einführung der Biotonne im Berichtsjahr wird die erstmalige ganzjährige Erfassung dieser Abfallart in 2021 zu einem weiteren Umsatzanstieg führen. Parallel dazu wird der Umfang der Restabfallentsorgung weiter sinken. Insgesamt ist jedoch ein Anwachsen des Auftragsvolumens in 2021 zu erwarten.

Die durch die Umstellung des Veranlagungssystems verursachte Veränderung der Struktur des im Kreisgebiet ausgestellten Behältersystems wird sich auch in 2021 fortsetzen, wenn auch mit einer geringeren Dynamik. Dies betrifft sowohl den Rückgang der für Restabfall bereitgestellten Behälter als auch die Zunahme an Behältern mit höherem Volumen. Die Gesellschaft erwartet deshalb nochmals ein höheres Investitionsvolumen für die Beschaffung größerer Behälter sowie u. U. notwendige Teilwertabschreibungen auf nicht mehr benötigte kleinere Behälter.

Da der Landkreis dem Unternehmen alle betriebsnotwendigen Aufwendungen zur Erfüllung der Verträge in Form von Entgelten ersetzt, erstrecken sich Risiken im Wesentlichen auf den operativen Bereich. Zur Abdeckung dieser Risiken hat die Gesellschaft entsprechende Versicherungen abgeschlossen. Strategische Risiken sind nicht zu erkennen.

Neben dem dargestellten Auftragswachstum durch die Biotonne erlauben die In-House-Verträge mit dem Landkreis nur unwesentliche Akquisitionen und damit nur ein beschränktes Wachsen der Gesellschaft. Somit stehen den überschaubaren Risiken auch nur geringe Chancen gegenüber. Beides steht einer stabilen Entwicklung der Gesellschaft jedoch nicht im Wege.

### **V. Sonstige Angaben**

#### **1. Verwendung von Finanzinstrumenten**

Die KELL finanziert sich vorwiegend über klassische Kredite. Es existieren weiterhin Miet- und Leasingverträge für Fahrzeuge sowie Büro- und Geschäftsausstattung. Die eingeräumten Kontokorrentlinien wurden 2020 nicht beansprucht.

Die Gesellschaft hat für ein variables Investitionsdarlehen ein Zinssicherungsgeschäft (Forward Swap) abgeschlossen.

Für die Finanzierung der Wertstoffhöfe im Landkreis sowie die Finanzierung eines Teils des Behältersystems für die Erfassung von Restabfall und Papier wurden durch den Gesellschafter Landkreis Leipzig Bürgschaften gestellt.

## **2. Forschung und Entwicklung**

Forschung und Entwicklung wurde von unserer Gesellschaft in 2020 nicht betrieben.

## **3. Bestehende Zweigniederlassungen**

Im Berichtsjahr unterhielt die KELL keine Zweigniederlassungen.

Großpösna, 24.03.2021

Adam  
Geschäftsführer

Meissner  
Geschäftsführer

# Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Staudaer Weg 1  
01561 Priestewitz, OT Lenz  
Tel.: 035 249 / 7350  
E-Mail: [info@tba-sachsen.de](mailto:info@tba-sachsen.de)  
Webseite: <http://www.tba-sachsen.de>

**Rechtsform:** KdöR

**Gründungsdatum:** 21.02.1991

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Der Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet (Direktionsbezirke Dresden, Leipzig und Chemnitz) anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile, Erzeugnisse und tierische Nebenprodukte, für die eine gesetzliche Beseitigungspflicht besteht.

### Stammkapital:

Gesamtstimmen	13 Stimmen
---------------	------------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Frau Sylvia Schäfer
---------------------

### Verbandsvorsitzender

Herr Michael Geisler
----------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Landkreis Bautzen	7,69 %	1
Landkreis Erzgebirgskreis	7,69 %	1
Landkreis Görlitz	7,69 %	1
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>7,69 %</b>	<b>1</b>
Landkreis Meißen	7,69 %	1
Landkreis Mittelsachsen	7,69 %	1
Landkreis Nordsachsen	7,69 %	1



Landkreis Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	7,69 %	1
Landkreis Vogtlandkreis	7,69 %	1
Landkreis Zwickau	7,69 %	1
Stadt Chemnitz	7,69 %	1
Stadt Dresden	7,69 %	1
Stadt Leipzig	7,69 %	1

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

#### Finanzbeziehungen

	12/2018	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-	-
<b>Sonstiges</b>	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>	-	-	-
<b>Zuschüsse</b>	95.492,3 €	96.580,0 €	108.256,6 €
<b>Bürgschaften</b>	-	-	-

#### IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

##### Adresse

Staudaer Weg 1  
01561 Priestewitz/OT Lenz

##### E-Mail

info@tba-sachsen.de

##### Homepage

www.tba-sachsen.de

##### Gründungsjahr

1991

##### Rechtsform

Zweckverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts

##### Organe

Verbandsversammlung  
Verwaltungsrat  
Verbandsvorsitzender

**Verbandsvorsitz**

Michael Geisler

**Geschäftsführung**

Sylvia Schäfer

**Abschlussprüfer**

A.V.A.T.I.S Revisionsgesellschaft mbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

**Beteiligungen**

Keine

**Mitglieder/Stimmenanteile**

Landeshauptstadt Dresden 1 von 13

Landkreis Bautzen 1 von 13

Landkreis Erzgebirgskreis 1 von 13

Landkreis Görlitz 1 von 13

Landkreis Leipzig 1 von 13

Landkreis Meißen 1 von 13

Landkreis Mittelsachsen 1 von 13

Landkreis Nordsachsen 1 von 13

Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge 1 von 13

Landkreis Vogtlandkreis 1 von 13

Landkreis Zwickau 1 von 13

Stadt Chemnitz 1 von 13

Stadt Leipzig 1 von 13

**Vertreter in der Verbandsversammlung**

- I. Michael Geisler (Verbandsvorsitzender)
- II. vorübergehend unbesetzt (Stellvertretender Verbandsvorsitzender)
- III. Kai Emanuel
- IV. Henry Graichen
- V. Michael Harig
- VI. Dirk Hilbert
- VII. Jörg Höllmüller
- VIII. Rolf Keil
- IX. Dr. Gabriela Leupold
- X. Barbara Ludwig
- XI. Dr. Christoph Scheurer
- XII. Dr. Ralph Schönfelder
- XIII. Frank Vogel

**Aufgaben**

Gemäß § 3 der Verbandssatzung hat der Zweckverband folgende Aufgaben:

"(1) Der Verband führt die seinen Verbandsmitgliedern nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften der Europäischen Union, des Bundes und des Freistaates Sachsen obliegenden Aufgaben an deren Stelle durch.

(2) Er verarbeitet und beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile, Erzeugnisse und tierischen Nebenprodukte, deren Beseitigung nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften in einer Tierkörperbeseitigungsanstalt zu erfolgen hat.

(3) Der Verband errichtet oder erwirbt und betreibt die hierfür erforderlichen Anlagen entweder selbst oder betreibt sie durch Dritte. Auch im übrigen kann sich der Verband zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.

(4) Der Verband kann weitere Aufgaben übernehmen, die mit seiner Zweckbestimmung im Zusammenhang stehen."

## **Grundlagen des Zweckverbands**

### **1. Aufgaben und Rechtsgrundlagen**

#### **1.1 Verbandssatzung**

Mit dem am 1. April 2004 erfolgten Beitritt des Zweckverbands für Tierkörperbeseitigung Chemnitz zum 1991 gegründeten Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Lenz entstand der für das gesamte Gebiet des Freistaats Sachsen zuständige Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen (ZV). Gleichzeitig ist die Satzung des Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Sachsen (Verbandssatzung) vom 19. Februar 2004 (SächsABl. S. 273) in Kraft getreten. Diese wurde am 27. April 2004 (1. Änderungssatzung, SächsABl. S. 705), am 9. November 2005 (2. Änderungssatzung, SächsABl. S. 221), am 3. September 2008 (3. Änderungssatzung, SächsABl. S. 1630), am 2. Dezember 2014 (4. Änderungssatzung, SächsABl. S. 357) und am 30. September 2020 (5. Änderungssatzung, SächsABl. S. 1360) geändert.

#### **1.2 Zweckverbandsrecht und Eigenbetriebsrecht**

Das Sächsische Gesetz über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. April 2019 (SächsGVBl. S. 270) ist für die Rechtsverhältnisse des ZV maßgebend. Gemäß § 2 Abs. 3 der Verbandssatzung und § 58 Abs. 2 SächsKomZG finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften über die Wirtschaftsführung, das Rechnungswesen und die Jahresabschlussprüfung Anwendung. Die konkreten Vorgaben finden sich in der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung (SächsEigBVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 816).

#### **1.3 Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsrecht**

Das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz (TierNebG) vom 25. Januar 2004 (BGBl. I S. 82), das zuletzt durch Artikel 279 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328) geändert worden ist, bildet die bundesrechtliche Vorgabe zur Beseitigung tierischer Nebenprodukte unter Berücksichtigung einschlägiger EU-Verordnungen.

Das Sächsische Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz und zu weiteren Vorschriften über die Verarbeitung und Beseitigung von nicht für den menschlichen Verzehr bestimmten tierischen Nebenprodukten (SächsAGTierNebG) vom 9. Dezember 2004 (SächsGVBl. S. 579), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 10. April 2019 (SächsGVBl. S. 268) geändert worden ist, enthält Bestimmungen über Gebühren und Entgelte, die Finanzierung des nicht gedeckten Aufwands für Tierkörper sowie die Bestimmung des Einzugsbereichs (Gebiet des Freistaats Sachsen).

Darüber hinaus wird durch dieses Gesetz die EU-Beihilfekonformität umgesetzt, indem 25 % der Aufwendungen für die Beseitigung von Tierkörpern durch die Tierbesitzer getragen werden müssen. Ebenso werden die Finanzierungsanteile für die Beseitigung von Wild im Seuchenfall (zwei Drittel Freistaat Sachsen / ein Drittel Verbandsmitglieder) festgeschrieben.

#### **1.4 Mitgliederbestand**

Alle zehn Landkreise und die drei kreisfreien Städte des Freistaats Sachsen sind Mitglied im ZV, welcher 2020 unverändert folgende Mitglieder hatte:

	ehem. Direktionsbezirk Chemnitz	ehem. Direktionsbezirk Dresden	ehem. Direktionsbezirk Leipzig
Landkreise	Erzgebirgskreis Mittelsachsen Vogtlandkreis Zwickau	Bautzen Meißen Sächsische Schweiz-Osterzgebirge Görlitz	Nordsachsen Leipzig
kreisfreie Städte	Chemnitz	Dresden	Leipzig

## 1.5 Organe des Zweckverbands

### 1.5.1 Organe

Nach der Verbandssatzung hat der ZV als Eigenbetrieb folgende Organe:  
die Verbandsversammlung,  
den Verwaltungsrat und  
den Verbandsvorsitzenden.

Die Zuständigkeiten der Organe sind in der Verbandssatzung abgegrenzt (vgl. insbesondere § 6 der Verbandssatzung).

### 1.5.2 Verbandsversammlung

Jedes Verbandsmitglied wird von seinem Landrat bzw. Oberbürgermeister in der Verbandsversammlung vertreten. Gemäß § 52 Abs. 3 SächsKomZG können die jeweiligen Hauptorgane der Verbandsmitglieder einen anderen leitenden Bediensteten mit der Vertretung in der Verbandsversammlung wählen. Von dieser Regelung haben nur die Landkreise Görlitz und Mittelsachsen sowie die Stadt Leipzig Gebrauch gemacht.

### 1.5.3 Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat wurde am 23. September 2015 mit folgender Besetzung gewählt.

Nr.	Name	Amtsbezeichnung	Verbandsmitglied	Funktion	Wahl vom
1	Michael Geisler	Landrat	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	Verbandsvorsitzender	23.09.2015 kraft Verbandssatzung (§ 9 Abs. 1)
2	Arndt Steinbach	Landrat	Landkreis Meißen	Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden	23.09.2015 kraft Verbandssatzung (§ 9 Abs. 1)
3	Jörg Höllmüller	Zweiter Beigeordneter	Landkreis Mittelsachsen	Verwaltungsratsmitglied	(23.09.2015); Wahl zum Vertreter des Lkr. am 09.12.2015
4	Kai Emanuel	Landrat	Landkreis Nordsachsen	Verwaltungsratsmitglied	23.09.2015
5	Henry Graichen	Landrat	Landkreis Leipzig	Verwaltungsratsmitglied	23.09.2015

#### 1.5.4 Verbandsvorsitzender

Die Wahlen des Verbandsvorsitzenden und seines Stellvertreters erfolgten ebenfalls am 23. September 2015.

Nr.	Name	Amtsbezeichnung	Verbandsmitglied	Funktion	Wahl vom
1	Michael Geisler	Landrat	Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	Verbandsvorsitzender	23.09.2015
2	Arndt Steinbach	Landrat	Landkreis Meißen	Stellvertreter des Verbandsvorsitzenden	23.09.2015

Der Verbandsvorsitzende hat mittels einer Geschäftsordnung über die Betriebsführung Aufgaben an die Geschäftsführerin übertragen.

#### 1.6 Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019

Die Verbandsversammlung hat den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2019 in ihrer 24. Sitzung am 30. September 2020 festgestellt. Die ortsübliche Bekanntmachung des Feststellungsbeschlusses und des Prüfungsvermerks sind vollzogen.

#### 2. Forschung und Entwicklung

Der ZV ist zertifiziert nach den Normen ISO 9001:2015 (Qualitätsmanagement) und DIN EN ISO 50001:2018 (Energiemanagement). Forschungsarbeit wird nicht geleistet.

Ein Vorschlagssystem im Rahmen der Zertifizierung soll die Mitarbeiter motivieren, Verbesserungsvorschläge einzubringen. Im Wirtschaftsjahr 2020 wurde jedoch kein Verbesserungsvorschlag eingereicht.

#### Wirtschaftsbericht

##### 1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Nach dem strukturellen Umbruch in der Tierkörperbeseitigung infolge der BSE-Krise im Jahre 2001 wurde die Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte erlassen, die eine europaweit einheitliche Rechtsgrundlage schafft. Auf dieser Grundlage wurden Bundes- und Landesrecht geändert. Seit dem 4. März 2011 ist mit der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 die Nachfolgeregelung in Kraft.

Die Umsetzung in Bundes- und Landesrecht erfolgt durch die unter Pkt. 1.3 genannten Gesetze.

##### 2. Geschäftsverlauf des Beseitigungsbetriebs

Der Entsorgungsbetrieb lief im Jahr 2020 technisch und wirtschaftlich stabil.

Während die Erträge für den Verkauf von Tierfett aufgrund höherer Preise gestiegen sind, haben sich die Erträge für Tierhäute mehr als gedrittelt. Nachdem bereits im Vorjahr kein Bedarf mehr an Rinderhäuten bestand und nur noch Kälberhäute aufgekauft wurden, besteht seit den Handelsbeschränkungen im Zuge der sog. Corona-Krise im Jahr 2020 gar kein Bedarf mehr. Seit April 2020 werden keine Häute mehr gewonnen. Freigesetztes Personal konnte umgesetzt werden.

Der Ertrag für den Verkauf von Tiermehl ist trotz höherer Menge auf Grund gefallener Preise gesunken.



Die Verarbeitung lief üblicherweise durchgängig von Montagnachmittag bis Sonnabendmorgen, wobei je nach Rohwareaufkommen zur Wochenmitte die Anlage für einige Stunden außer Betrieb genommen wurde.

Aus der Verarbeitung der Rohware fielen 8.559 t Tiermehl und 3.304 t Tierfett an.

Tierfett wurde im Jahr 2020 wie schon in den Vorjahren nicht mehr selbst zur Dampfzeugung verbrannt, sondern angesichts vorteilhafter Verkaufspreise als Rohstoff für die Biodieselproduktion verkauft. Derzeit ist die Verbrennung von Tierfett auch faktisch nicht möglich, da notwendige Mess- und Regeleinrichtungen erneuert werden müssten. Diese Investitionen sind in den vergangenen Jahren ganz bewusst unterblieben, da eine Wiederaufnahme der Tierfettverbrennung nicht absehbar war und ist. Zuletzt wurde sie im Jahr 2015 probeweise genutzt.

Um die Rohwaremengen aus dem Bereich Erzgebirge/Vogtland wirtschaftlich zu sammeln und zum Verarbeitungsbetrieb zu transportieren, wird seit 2013 ein LKW-Stellplatz in Oelsnitz/Erzg. bei Chemnitz vorgehalten. Die dort eingesetzten fünf Fahrzeuge verfügen über sog. Wechselcontainer. Nach vollständiger Ausnutzung der Arbeitszeit zur Sammlung der Rohware werden die Wechselcontainer mittels Anhängerfahrzeug von einem Überführungsfahrer von Oelsnitz nach Lenz gefahren.

Hohen Aufwand bedingte die Entsorgung von Wildschweinkörpern und Wildschweinaufbruch (Schlachtabfälle) aus den Landkreisen Görlitz und Bautzen sowie Wildschweinkörpern als FUK-Tiere (Fallwild, Unfallwild, krank erlegtes Wild) in ganz Sachsen. Im Zusammenhang mit der drohenden Einschleppung aus Polen wurden seit April 2020 Kadaversammelpunkte mit eingerichtet und Jägern Müllgroßbehälter gestellt. Seit dem tatsächlichen Ausbruch der ASP in Sachsen im November 2020 erfolgt die Abholung ausschließlich auf separaten Sammeltouren, wobei bei sehr vielen Abholstellen meist nur geringe Mengen abzuholen sind. Dafür wurde zunächst ein LKW mit Ladebordwand für die Entsorgung der Kadaversammelpunkte gekauft und ein weiterer zusätzlicher LKW bestellt, der für die Sammeltour bei den Jägern seit März 2021 im Einsatz ist.

### **3. Lage des Zweckverbands (Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage)**

#### **3.1 Allgemeines**

Die Verbandsversammlung hat in ihrer Sitzung am 26. September 2019 die Haushaltssatzung mit dem Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2020 beschlossen. Genehmigungspflichtige Bestandteile waren nicht enthalten. Die Landesdirektion Sachsen als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde hat mit Schreiben vom 24. Oktober 2019 die Rechtmäßigkeit bestätigt. Die Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte im Amtlichen Anzeiger des Sächsischen Amtsblatts am 14. November 2019 (S. A 784).

#### **3.2 Entwicklung der Kredite**

Der ZV hatte keine langfristigen Kredite auszuweisen.

#### **3.3 Steuerpflicht des Zweckverbands**

Der ZV ist umsatzsteuerlich ein Mischbetrieb. Ein Teil seiner Tätigkeit ist dem steuerpflichtigen Bereich des Betriebs gewerblicher Art (BgA), der übrige Teil dem Hoheitsbereich zuzuordnen. Die nachstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der vergangenen Jahre.

#### **3.4 Streitige Verfahren**

Gegen Gebührenbescheide der Jahre 2014 bis 2017 wurde durch einen Gebührenschuldner im Jahr 2018 Klage beim zuständigen Verwaltungsgericht erhoben. Auch gegen die Gebührenbescheide für erbrachte Leistungen in den Folgejahren wurde und wird regelmäßig Widerspruch eingelegt, so dass keine Bestandskräftigkeit der Forderungen eingetreten ist. Rückstellungen in ausreichender Höhe wurden gebildet.

Bis zum 30. April 2021 sind keine weiteren Streitigkeiten gerichtsanhängig.

### **3.5 Bestand, Leistungsfähigkeit und Ausnutzungsgrad der Anlage**

Das Rohwareaufkommen sicherte eine planmäßige Anlagenauslastung. Die Verarbeitungsmenge stieg um mehr als 5 % gegenüber dem Vorjahr auf 34.047 t, wobei die Steigerung vor allem aus Tierkörperteilen rührte. Technisch bedingte Stillstände waren nicht zu verzeichnen.

### **3.6 Investitionen und Instandhaltungen**

Bei der Verarbeitung tierischer Nebenprodukte treten hohe Beanspruchungen an den technischen Anlagen auf, die einen hohen Instandhaltungsaufwand sowie den periodischen Ersatz von Verschleißteilen oder ganzen Baugruppen notwendig machen. Die Planansätze für Reparaturen wurden im Berichtsjahr erheblich überschritten (Plan: 485 T€; Ist: 598 T€). Grund hierfür war unter anderem die Reparatur eines Sterilisatorengetriebes.

Laufender Wartungs- und Reparaturaufwand ist auch im Bereich des Fuhrparks nötig. Der Planansatz wurde geringfügig überschritten (Plan: 300 T€; Ist: 319 T€).

Planmäßig wurden zwei LKW beschafft. Zusätzlich wurde kurzfristig ein Gebrauch-LKW beschafft, der für die Entsorgung von Wildschweinaufbruch in 240-Liter MGB im Rahmen der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest eingesetzt wird. Ebenfalls für diesen Zweck wurde ein neuer LKW angezahlt, der im Februar 2021 geliefert wurde und sich seitdem im Einsatz befindet.

Ebenso erfolgte die Beschaffung eines Containers mit Überladeeinrichtung sowie die Anzahlung eines weiteren solchen Containers.

In der Verwaltung wurde eine Anzahlung für eine neue Version der Branchensoftware geleistet. Neue Servertechnik und Büromöbel wurden beschafft.

Im Bereich Produktion wurden planmäßig diverse Pumpen und ein Hochdruckreiniger beschafft. Ebenso ein neuer Kompressor und eine Kompressorhaushung, die eine separate Aufstellung ohne Gefahr der Überhitzung ermöglicht.

Für die Regenwasserableitung wurden in geringem Umfang weitere Planungsleistungen erbracht. Das Genehmigungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen, so dass der Bau der Regenwasserrückhaltung noch nicht erfolgen konnte.

Für den Ersatz eines Sterilisators wurde eine hälftige Anzahlung geleistet. Ein anderer Sterilisator musste mit einem neuen Rührwerk aufgerüstet werden. Dazu wurde auf Mittel aus dem Planansatz für Unvorhergesehenes zurückgegriffen.

Im Bereich der Mahlanlage wurde eine Siebmaschine ersetzt. Ebenso erfolgte die Beschaffung einer Mehlrückführung.

Die im Vorjahr nicht abgeschlossenen Erneuerung der Abluftanlage wurde aus Mitteln des Ansatzes für Unvorhergesehenes bezahlt. Die Kolbenpumpe wurde vollständig über den Planansatz Klärwerkstechnik erneuert.

Aus dem Planansatz Sonstiges wurden Arbeitspodeste zur Erhöhung des Arbeitsschutzes beschafft. Ebenso eine neue Waschmaschine. Darüber hinaus wurden Werkzeuge und weitere geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) gekauft.

Insgesamt wurden nicht alle geplanten Investitionen realisiert.

### **3.7 Entwicklung des Eigenkapitals und der Rückstellungen**

Die Entwicklung des Eigenkapitals stellt sich wie folgt dar:

Nr.	Gegenstand	Anfangsstand 01.01.2020	Zuführungen	Auflösung	Endstand 31.12.2020
		€	€	€	€
I.	Zweckgebundene Rücklagen	4.462.602	0	0	4.462.602
II.	Jahresergebnis	0	0	0	0
	<b>Summe Eigenkapital</b>	<b>4.462.602</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>4.462.602</b>

Die Rückstellungen entwickelten sich wie folgt:

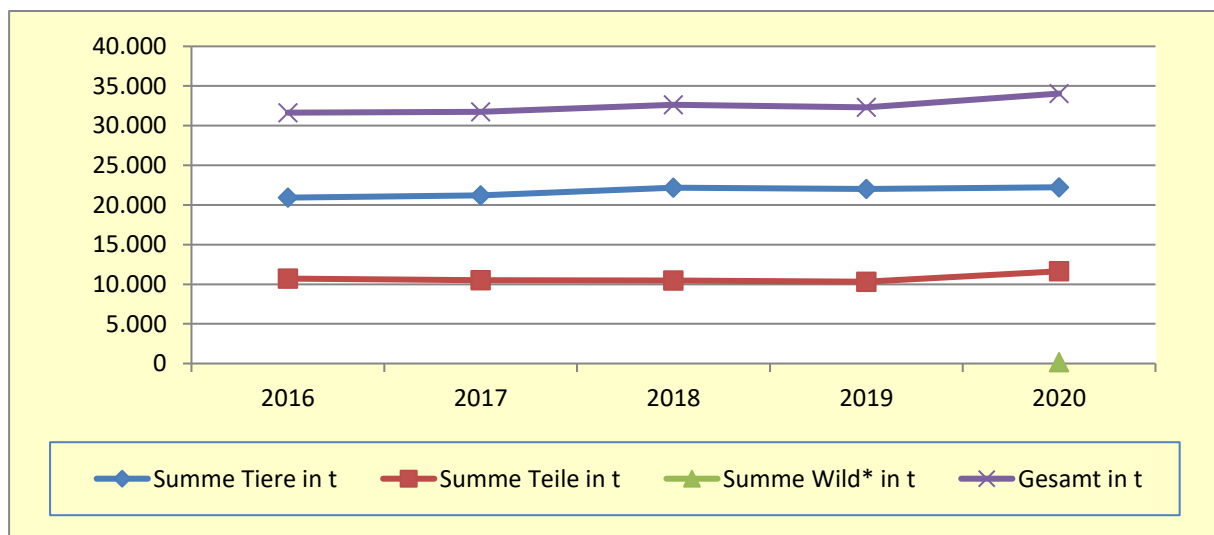
Gegenstand	Anfangsstand 01.01.2020	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Endstand 31.12.2020
	€	€	€	€	€
Sonstige Rückstellungen	430.009	139.230	440	208.496	498.835

Rückstellungen wurden gebildet für Widersprüche gegen Gebührenbescheide, für Urlaub und Überstunden, die Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen, Prozesskosten sowie für die Erstellung des Jahresabschlusses.

### 3.8 Mengenstatistik

Für 2016 bis 2020 stellt sich die Entwicklung der Verarbeitungsmenge in der folgenden Tabelle dar:

Jahr	2016	2017	2018	2019	2020
Summe Tiere in t	20.923	21.205	22.191	22.005	22.229
Summe Teile in t	10.715	10.521	10.453	10.321	11.636
Summe Wild* in t	0	0	0	0	182
<b>Gesamt in t</b>	<b>31.638</b>	<b>31.726</b>	<b>32.644</b>	<b>32.326</b>	<b>34.047</b>



Gegenüber dem Jahr 2019 kam es 2020 zu einer Erhöhung der Rohwarenmenge. Maßgeblich dafür war die Erhöhung der Menge der Tierkörperteile.

Erstmals wurde „frei lebendes Wild“ im Rahmen der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest beseitigt. Die geringe Menge (Tierkörper und Aufbruch bei Jägern) spiegelt jedoch nicht den erheblichen Aufwand bei der Einsammlung der teilweise sehr geringen Mengen an einer Vielzahl von Sammelstellen mit gesonderten Transporten wieder. Um den gesetzlichen Finanzierungsvorschriften zu entsprechen, wurden die Transportkosten für den „ASP“-Transport im Zuge der Umlageberechnung gesondert ermittelt.

### **3.9 Ertragslage**

Der ZV ist umlagefinanziert nach § 11 der Verbandssatzung. Er deckt finanzwirtschaftlich nur seine Aufwendungen und erzielt keine Gewinne. Die Erfolgsrechnung hat daher unter Berücksichtigung der Verbandsumlage grundsätzlich ein ausgeglichenes Ergebnis auszuweisen. Dem entspricht der Jahresabschluss 2020.

## **4. Finanzielle Leistungsindikatoren**

### **4.1 Umsatzerlöse**

Die Umsatzerlöse bestehen vor allem aus Gebühren und Verkaufserlösen. Die wesentlichen Erlöse haben sich wie folgt entwickelt:

Die Gebührenerlöse für Schlachtabfälle und Tierkörperteile sind gestiegen. Grund hierfür sind gestiegene Gebührensätze ab dem 1. Januar 2020 und gestiegene Rohwaremengen. Auch die Gebühren für Tierkörper sind auf Grund höherer Gebührensätze gestiegen. Ein Großkunde legt gegen Gebührenbescheide regelmäßig Widerspruch ein. Über einen Teil dieser Widersprüche ist auch ein Rechtsstreit anhängig. Rückstellungen wurden in ausreichender Höhe gebildet.

Der höhere Gebührenertrag im ersten Jahr des neuen Kalkulationszeitraums und die gestiegenen Rohwaremengen führen zu einer Gebührenüberdeckung, die dem passiven RAP zugeführt wird.

Die Häuteerlöse haben sich im Jahr 2020 gegenüber dem Vorjahr mehr als gedrittelt. Ab April 2020 wurde die Enthäutung eingestellt, da bis auf Weiteres keine Nachfrage mehr besteht.

Die Erlöse für Tierfett sind merklich gestiegen; neben einer höheren Fettmenge sind auch die Verkaufspreise gestiegen.

Die Erlöse für Tiermehl sind trotz einer höheren Menge gesunken. Gleichzeitig sind die Transportaufwendungen gestiegen, so dass sich der Fehlbetrag erhöht hat.

Die Erlöse für Material der Kategorie 3 (K3) sind 2020 leicht gesunken. Allerdings besteht seit Dezember 2020 keine Nachfrage mehr, so dass die separate Sammlung von K3-Material eingestellt wurde. Von Seiten der abnehmenden Vertragspartner wurde auf das Auftreten der Afrikanischen Schweinepest im Bundesland Sachsen verwiesen, was zu Nachteilen bei der Vermarktung der K3-Endprodukte führe.

Unter Sonstiges werden vor allem Sondertransporte für die Tierseuchenkasse und Anlieferungen von Speiseresten eines gewerblichen Entsorgers abgerechnet.

### **4.2 Ungedeckter Aufwand**

Der durch Erträge nicht gedeckte Aufwand der Kostenmasse 1 ist durch Umlagezahlungen der Verbandsmitglieder zu decken. Auf Antrag ersetzt die Sächsische Tierseuchenkasse den Verbandsmitgliedern zwei Drittel ihrer Aufwendungen, abzüglich der von den Tierhaltern erhobenen Gebühren. Der Freistaat Sachsen erstattet der Sächsischen Tierseuchenkasse wiederum ein Drittel des nicht gedeckten Aufwands der Kostenmasse 1. Es handelt sich um periodisch dem jeweiligen Wirtschaftsjahr zuzuordnende Beträge.

Nicht durch Erträge gedeckter Aufwand für die Beseitigung von freilebendem Wild, zum Beispiel im Rahmen der Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest, wird zu zwei Dritteln vom Freistaat Sachsen über die Sächsische Tierseuchenkasse und zu einem Drittel von den Verbandsmitgliedern gedeckt.

Im Jahr 2020 ergibt sich gegenüber den Verbandsmitgliedern im Saldo eine Verbindlichkeit, die im Wirtschaftsplan 2022 berücksichtigt wird.

Im Mehrjahresvergleich ergeben sich folgende Umlagezahlungen:

Nr.	Gegenstand	2020	2019	2018	2017	2016
1	Umlage					
	Verbandsmitglieder	1.484.657	1.353.807	1.328.047	1.219.932	1.246.927
2	Aufwandsersatz					
	Tierseuchenkasse	1.961.185	1.975.724	1.771.178	1.437.577	1.362.117
	<b>Gesamtsumme ungedeckter Aufwand</b>	<b>3.445.842</b>	<b>3.329.531</b>	<b>3.099.225</b>	<b>2.657.509</b>	<b>2.609.044</b>

#### 4.3 Personalaufwand

Jahr	Summe Löhne & Gehälter	Summe Soziale Abgaben	Zahl der besetzten Stellen am 31.12.		
	€	€	Angestellte	Arbeiter	Summe
2016	1.846.653	364.532	9	46	55
2017	1.926.664	388.246	9	45	54
2018	2.004.520	402.553	9	48	57
2019	1.993.265	408.287	9	43	52
2020	2.085.036	416.826	8	42	50

Im Jahr 2020 wurden in Anlehnung an einen Tarif des TVöD Lohn- und Gehaltssteigerungen in Höhe von durchschnittlich 1,06 % zum 1. März 2020 vorgenommen. Der Planansatz (2.554 T€) für den Personalaufwand wurde unterschritten.

Im Jahresverlauf schieden elf Mitarbeiter aus. Sieben Mitarbeiter wurden neu eingestellt. In der Produktion wurden zwei Leiharbeiter mit etwa zwei Mannmonaten, in der Verwaltung zwei Leiharbeiterinnen mit etwa einem Mannmonat zur Überbrückung eingesetzt. Der Stellenplan wurde nicht überschritten.

Seit September 2017 absolvierte ein Lehrling im Betrieb eine Ausbildung zum Metallbauer. Nach bestandener Prüfung im Januar 2020 kam es aber zu keinem Arbeitsverhältnis.

#### 5. Gesamtaussage

Die Vermögens- und Finanzlage kann als gut eingeschätzt werden.

Das Rohwareaufkommen ist stabil.

Das vorhandene Finanzanlagevermögen bietet ausreichend Sicherheit auch für unvorhersehbare Situationen.

#### 6. Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Die Verarbeitungssicherheit wird durch regelmäßige Wartung und Ersatzbeschaffungen im Verarbeitungsbetrieb und im Fuhrpark gemäß Stand der Technik gewährleistet. Die Abholung der tierischen Nebenprodukte erfolgt überwiegend im Rahmen wirtschaftlich organisierter Sammeltouren, um die Kostenbelastung der Gebühren- sowie der Umlagen- und Erstattungs-zahler zu begrenzen.

Mit dem Rückgang der Arbeitslosigkeit in den letzten Jahren ist es für die Nachbesetzung von frei gewordenen Stellen notwendig, als Arbeitgeber attraktiv zu sein. Neben einer marktkonformen Vergütung wird durch Weiterbildung und durch stetige Verbesserung der Arbeitsplatzausstattung in die Zufriedenheit des Personals investiert.



## **Zweigniederlassungsbericht**

Es existieren keine Zweigniederlassungen.

## **Prognosebericht**

### **1. Betriebswirtschaftliche Maßnahmen**

Das stabile Rohwareaufkommen des Jahres 2020 setzt sich auch im 1. Quartal 2021 fort. Die im März 2020 begonnene sog. Corona-Krise, in deren Folgen erhebliche Teile der Wirtschaft zum Erliegen gekommen sind, hatte auf die Entsorgungstätigkeit bisher relativ wenig Einfluss. Hausintern wurden die Hygieneanforderungen erhöht und der persönliche Kontakt minimiert. Die Durchführung von Präsenzveranstaltungen und einem Tag der offenen Tür wurden verschoben.

Für den Erhalt der derzeitigen Steuerentlastungen (Energiesteuer, Stromsteuer), ist die im Jahr 2015 durchgeführte Zertifizierung des Energiemanagementsystems im Jahr 2021 mit einem Wiederholungsaudit zu erneuern. Das Qualitätsmanagementsystem ist im Jahr 2021 ebenfalls mit einer Wiederholungsaudit unter Beweis zu stellen.

Verkaufspreise von Tierfett, Tiermehl und ggf. Tierhäuten sowie der Markt von TKV-Verarbeitungs- und Umwelttechnik sind laufend zu beobachten, um neue Entwicklungen frühzeitig zu erkennen.

Bei der Marktbeobachtung wirkt guter Kontakt zum Verband der Verarbeitungsbetriebe Tierischer Nebenprodukte e.V. in Bonn und dessen Mitgliedsbetrieben unterstützend.

Mit den Mitarbeitern wird ein kontinuierlicher Informationsaustausch durchgeführt. Hinzu kommt die einmal jährlich im Frühjahr stattfindende Mitarbeiterversammlung, die jedoch 2021 wie schon 2020 aufgrund von Kontaktbeschränkungen (Corona-Pandemie) nicht durchgeführt werden konnte.

Die Kraftfahrer werden entsprechend den Anforderungen des Berufskraftfahrerqualifikationsgesetzes regelmäßig geschult. Zur Flexibilisierung sind einige Mitarbeiter sowohl als Kraftfahrer als auch als Anlagenfahrer einsetzbar.

### **2. Gesetzliche Regelungen der Tierkörperbeseitigung 2020**

Grundlage des Tierkörperbeseitigungsrechts nach dem Wandel der Branche infolge der BSE-Krise war die EU-Verordnung 1774 / 2002 vom 3. Oktober 2002. Zur Umsetzung in deutsches Bundesrecht wurde das Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz am 25. Januar 2004 beschlossen. Es wurde zur Anpassung an das neue EU-Recht zuletzt am 19. Juni 2020 geändert.

Seit dem 4. März 2011 ist die EU-Verordnung 1069 / 2009 und die Durchführungsverordnung (EU) Nr. 142/2011 in Kraft und ersetzt die o. g. EU-Verordnung 1774 / 2002 sowie deren Durchführungsverordnungen (EU).

Auf Landesebene trat das Sächsische Ausführungsgesetz zum Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz am 1. Januar 2005 in Kraft. Seit dem 1. April 2005 sind 25 % der nicht durch Erträge gedeckten Aufwendungen für die Beseitigung von Tierkörpern (Kostenmasse 1) durch die Landwirte zu tragen. Die Tierseuchenkasse trägt ca. 8 %. Der Anteil der Verbandsmitglieder und des Freistaates Sachsen beträgt jeweils ein Drittel des ungedeckten Aufwands.

Mit der letzten Änderung dieses Gesetzes am 10. April 2019 wurden zusätzlich die Kostenanteile für die Entsorgung von frei lebendem Wild (Seuchenfall) geregelt.

Die landesgesetzliche Finanzierungsregelung wird von der Europäischen Kommission als staatliche Beihilfe genehmigt. Die derzeit gültige Genehmigung läuft bis zum 31. Dezember 2023.

Weiterhin ist aufgrund der Viehverkehrsordnung die Abmeldung der vom Zweckverband entsorgten Rinder im Herkunftssicherungs- und Informationssystem (HIT) vorzunehmen. Bei Rindern über 48 Monate wird die BSE-Beprobung auch weiterhin praktisch unterstützt.

### **Chancen- und Risikobericht**

Risiken für die Betriebsführung bestehen in der Möglichkeit verringerter Mengen an Schlacht- und Ei-Abfall, wenn die Produktion in den betreffenden wenigen Betrieben kurzfristig verringert oder gar eingestellt werden würde oder Pflichtware nach außerhalb des Verbandsgebietes verbracht werden dürfte. Weitere Risiken bestehen in fallenden Marktpreisen für den Verkauf der Produkte Tierfett und Tiermehl. Ob es zukünftig wieder Nachfrage nach Tierhäuten gibt und die Häutegewinnung wieder aufgenommen werden kann, ist ungewiss.

Derzeit gibt es keine Hinweise auf grundlegende Veränderungen der Verarbeitungsmengen. Die Verkaufspreise unserer Produkte unterlagen in den vergangenen Jahren zum Teil erheblichen Schwankungen. Der Saldo von Ertrag und Aufwand bei dem Produkt Tiermehl entwickelt sich weiter ungünstig. Die zwingende Notwendigkeit einer standardisierten Verbrennung und der vom Gesetzgeber gewollte allmähliche Ausstieg aus der Kohleverstromung lässt auch keine Umkehrung erwarten, da unser Tiermehl auch als Ersatzbrennstoff für Kohle genutzt wird.

Weitere Risiken bestehen in der Möglichkeit veränderter rechtlicher Vorgaben, etwa den Wegfall der alleinigen örtlichen Zuständigkeit und der Verarbeitung nach anderen technischen Standards. Dafür gibt es aber derzeit keinerlei Ansatzpunkte.

Daneben stellt die technische Verarbeitungssicherheit ein weiteres Risiko dar. Durch die Auslegung der Schlüsselaggregate als redundante Systeme, also der Vorhaltung von mehrfachen, unabhängig voneinander wirkenden Anlagen, z. B. von zwei Dampfkesseln, und der Beschäftigung erfahrener technischer Fachkräfte wird dieses Risiko minimiert. Die Situation im Verarbeitungsbetrieb verläuft planmäßig, insbesondere gibt es keine Hinweise auf technische Einschränkungen.

An den Planungen für 2021 wird zunächst festgehalten.

Der Zweckverband erfüllt begrenzt in seinem Einzugsbereich die Pflichtaufgabe zur Beseitigung von tierischen Nebenprodukten. Chancen, die sich etwa aus geografischer Expansion oder Erweiterung des Tätigkeitsspektrums ergeben könnten, sind deshalb nicht darstellbar.

### **Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten**

Zu den im Zweckverband bestehenden Finanzinstrumenten zählen im Wesentlichen Finanzanlagen, Forderungen und Verbindlichkeiten.

Verbindlichkeiten werden innerhalb der vereinbarten Zahlungsfristen gezahlt.

Soweit bei finanziellen Vermögenswerten Ausfall- und Bonitätsrisiken erkennbar sind, werden entsprechende Wertberichtigungen vorgenommen. Zur Minimierung von Ausfallrisiken verfügt der Zweckverband über ein angemessenes Debitorenmanagement.

Priestewitz OT Lenz, den 30. April 2021

Sylvia Schäfer  
Geschäftsführerin

# Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Am Westufer 3  
04463 Großpösna/OT Störmthal  
Tel.: 034299/7050  
E-Mail: [info@zaw-sachsen.de](mailto:info@zaw-sachsen.de)  
Webseite: <http://www.zaw-sachsen.de>

**Rechtsform:** KdöR

**Gründungsdatum:** 14.05.1994

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen ist Träger der abfallwirtschaftlichen Belange und Betreiber der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet. Die Aufgaben des Zweckverbandes sind die Erstellung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Erstellung der Abfallbilanzen und die Planung, Errichtung und Betreibung der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet des ZAW.

### Stammkapital:

Gesamtstimmen	15 Stimmen
---------------	------------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Andre Albrecht
---------------------

### Verbandsvorsitzender

Herr Heiko Rosenthal
----------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Mitglieder

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
Stadt Leipzig	60 %	9
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>40 %</b>	<b>6</b>

### Beteiligungen

Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	510.000 €	51,0%
---	-----------	-------

## Finanzbeziehungen

	12/2018	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-	-
<b>Sonstiges</b>	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>	-	-	-
<b>Zuschüsse</b>	-	-	-
<b>Bürgschaften</b>	-	-	-

## IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

### 1. Vorbemerkungen

Der ZAW ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und von seinen Mitgliedern, der Stadt Leipzig und dem Landkreis Leipzig, mit der ordnungsgemäßen Entsorgung der anfallenden hoheitlichen Restabfälle (Hausmüll, Sperrmüll und seit 1. Januar 2020 getrennt gesammelter Bioabfall) aus dem Gebiet dieser Körperschaften beauftragt. Zur Erfüllung dieser Aufgaben bedient sich der ZAW seiner Tochtergesellschaft, der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV), die am Entsorgungsstandort Cröbern die Zentraldeponie Cröbern (ZDC) und eine mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) betreibt. Die Verarbeitung der Bioabfälle wird künftig ebenfalls durch die WEV erfolgen. Hierzu wird am Standort Cröbern eine Kompost-Energie-Anlage (KEA) errichtet.

Die WEV ist des Weiteren zuständig für die Rekultivierung und Nachsorge der Deponien Seehausen und Groitzsch-Wischstauden.

Der ZAW ist wirtschaftlich betrachtet alleiniger Eigentümer der WEV, an der der ZAW 51 % der Anteile und die WEV 49 % als eigene Anteile halten, sowie Eigentümer an den Grundstücken des Entsorgungsstandortes Cröbern sowie den Deponiegrundstücken in Seehausen und in Groitzsch-Wischstauden.

Weiterhin übernimmt der ZAW im Auftrag seiner Verbandsmitglieder spezielle Abfallarten aus privaten Haushaltungen und dem Kleingewerbe, welche mit der Restmülltonne bzw. in den Wertstoffhöfen der Verbandsmitglieder nicht entsorgt werden können. Für dieses Leistungsangebot wird ein Kleinanliefererbereich am Standort Cröbern betrieben, welcher neben den Bürgern des Verbandsgebietes auch dem Kleingewerbe zur Verfügung steht.

Der ZAW ist gemäß § 2 Abs. 1 Sächsisches Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsKrWBodSchG) öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger im Rahmen seiner ihm von seinen Verbandsmitgliedern übertragenen Aufgaben.

Des Weiteren hat der ZAW folgende Aufgaben:

- Erstellung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes
- Entwicklung einer gesetzeskonformen Verbandsstrategie
- Erstellung der jährlichen Abfallbilanzen
- Öffentlichkeitsarbeit und Abfallberatung.

Als Körperschaft des öffentlichen Rechts und in seiner Eigenschaft als öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger ist der ZAW auf Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) i. V. m. der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) sowie auf Grundlage des SächsKrWBodSchG zum Erlass von Satzungen berechtigt.

Satzungsgemäß werden für die Wirtschaftsführung und für das Rechnungswesen des ZAW die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften angewendet. Der ZAW stellt den Mitgliedern seinen Aufwand auf der Grundlage von Verrechnungssätzen pro Tonne zur Behandlung übergebenen Abfalls in Rechnung, die mit der jährlich zu erlassenden Haushaltssatzung festgesetzt werden.

Für die direkt an den Entsorgungsanlagen überlassenen „Abfälle zur Beseitigung“ aus dem Verbandsgebiet als Herkunftsbereich erhalten die Anlieferer auf der Grundlage der jeweils gültigen Gebührensatzung für die Benutzung der Abfallentsorgungsanlagen des ZAW einen Gebührenbescheid.

Für die Benutzung des Kleinanliefererbereiches im Eingangsbereich des Entsorgungsstandortes Cröbern erfolgt die Abrechnung ebenfalls nach dieser Gebührensatzung.

Derzeitig wird die Entsorgungssicherheit für das Verbandsgebiet mit dem Betrieb der Zentraldeponie Cröbern (ZDC) und der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage (MBA) mittel- und langfristig vollumfänglich gewährleistet. Beide Anlagen befinden sich im Eigentum der WEV. Die Betriebsführung beider Anlagen obliegt ebenfalls der WEV.

Die bereits geschlossenen Deponien Seehausen (DSH) und Groitzsch-Wischstauden (DGW) befinden sich in der Rekultivierungs- bzw. Nachsorgephase unter Verantwortung der WEV.

Der ZAW ist Grundstückseigentümer aller Deponiegrundstücke. Für den Standort der DGW sowie für den Entsorgungsstandort Cröbern hat der Verband der WEV jeweils ein Erbbaurecht bestellt. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Nachnutzungskonzeption für die Deponie Seehausen hat der ZAW mit der Golfpark Leipzig GmbH & Co. KG einen Vertrag über die Begründung eines Erbbaurechtes für Teilflächen abgeschlossen. Für diese Teilflächen wurde das bestehende Erbbaurecht zwischen dem ZAW und der WEV aufgehoben. Derzeit werden Möglichkeiten der Stromerzeugung mittels Photovoltaik auf der DSH als alternative Nachnutzungsmöglichkeit geprüft, da der Golfpark um Rückabwicklung des Erbbaupachtvertrages gebeten hat.

Die Öffentlichkeitsarbeit für die WEV wird auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem ZAW und seiner Tochtergesellschaft und einer abgestimmten Jahresplanung durchgeführt.

## **2. Strukturelle und branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Die Entsorgung bzw. Behandlung von Siedlungsabfällen in Deutschland erfolgt vorrangig in Müllverbrennungsanlagen (MVA) bzw. in mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen (MBA). Die in den MBA produzierten Ersatzbrennstoffe (EBS) werden in Ersatzbrennstoffkraftwerken, in diversen Zementwerken sowie in Kohlekraftwerken zur Mitverbrennung eingesetzt.

Die Behandlungspreise für gemischte Siedlungsabfälle sind laut dem Brancheninformationsdienst EUWID (Ausgabe 50.2020) weiterhin auf relativ hohem Niveau. Der noch im Frühjahr auf Grund der Corona-Pandemie befürchtete Preisabsturz blieb aus. Die Hausmüllmengen stiegen nach Einschätzung der Deutschen Gesellschaft für Abfallwirtschaft e.V. (DGAW- Update Januar 2021) im März und April mit dem ersten harten Lockdown drastisch an, um sich im zweiten und dritten Quartal langsam zu normalisieren.

Die Hausmüllmengen sind Corona bedingt als Folge von Homeoffice und Kurzarbeit gestiegen. Des Weiteren sind die Sperrmüllmengen gestiegen, deren Ursache durchaus mit dem



Umsatzanstieg im Bereich des privaten Möbelkaufs -auch mit dem Anreiz der Mehrwertsteuersenkung- zu sehen ist. Laut Verband der Deutschen Möbelindustrie (VDM) haben sich hier die Sparten wie Küche, Wohnen und Polster im letzten Jahr sehr gut entwickelt.

### Entsorgungsstandort Cröbern

Am Entsorgungsstandort Cröbern wird die Zentraldeponie Cröbern (ZDC) betrieben. Inhaberin der Genehmigung zum Betrieb der Deponie (Planfeststellungsbeschluss) ist die WEV.

Auf der ZDC werden gemäß den behördlichen Genehmigungen und unter Einhaltung der Annahmebedingungen und Ablagerungskriterien Abfälle aus dem Verbandsgebiet des ZAW sowie auch Abfälle außerhalb des Verbandsgebietes von der WEV angenommen. Abfälle vom „freien Markt“, d. h. nicht dem Verband überlassungspflichtige Abfälle sowie „Abfälle zur Verwertung“, werden durch die WEV akquiriert.

Für den ZAW ist mit dem Betrieb der ZDC die notwendige Entsorgungssicherheit für das Deponat, welches bei der Verarbeitung von Restabfällen bzw. kommunalem Sperrmüll in der MBA anfällt, mittel- und langfristig gewährleistet.

In Abhängigkeit der künftig zur ZDC angedienten Jahresmengen an zu deponierenden Abfällen wird das Verfüllende der ZDC etwa im Jahr 2035 liegen.

Neben der ZDC wird am Standort Cröbern eine mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) durch die WEV betrieben. In der MBA werden sämtliche hoheitliche Abfallmengen (Restabfall und Sperrmüll) der Verbandsmitglieder des ZAW behandelt. Maßgebliche Outputstoffströme der MBA sind das Deponat, welches auf der ZDC abgelagert wird und eine heizwertreiche Fraktion. Die heizwertreiche Fraktion wird über Vertragspartner der WEV zur thermischen Verwertung abgesteuert.

Seit dem Geschäftsjahr 2020 werden die separat eingesammelten Bioabfälle der Verbandsmitglieder am Standort Cröbern angedient und zur weiteren Verarbeitung bei Drittanbietern umgeschlagen. Die ursprüngliche Inbetriebnahme der Bioabfallvergärungsanlage war für Anfang 2021 geplant. Auf Grund von Verzögerungen im Genehmigungsverfahren nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz (BImSchG) wird die Anlage ihren Probetrieb erst im IV. Quartal 2021 aufnehmen können.

## 3. Geschäftsverlauf

### Mengen- und Umsatzentwicklung

Die angedienten Abfallmengen liegen über der Planung. Im Jahr 2020 wurden dem ZAW von seinen Verbandsmitgliedern 155.807,60 t (Vorjahr: 134.270,61 t) hoheitliche Abfälle angedient.

In dieser Gesamtmenge an hoheitlichen Abfällen wurde bereits der neue Stoffstrom „Bioabfall“ berücksichtigt.

Weiterhin wurden 5.649,08 t (Vorjahr: 1.610,98 t) gewerbliche Abfälle angenommen. Der Zweckverband erzielte (ohne Berücksichtigung der Kostenüberdeckungen) aus der Andienung von Abfällen Umsatzerlöse in Höhe von EUR 25.746.110,91 (Vorjahr: EUR 22.777.803,32).

Die Gesamtumsatzerlöse des Wirtschaftsjahres **2020** setzen sich wie folgt zusammen:

2020	Preis	Menge	Erlöse	Menge	Erlöse
	EUR/t	t / m³	EUR	t / m³	EUR
		Plan	Plan	Ist	Ist
<b>Umsatzerlöse gesamt</b>			<b>25.459.781</b>		<b>25.355.397,24</b>
<b>Mengen/Umsätze aus Abfallandienung</b>		<b>154.650 t 120 m³</b>	<b>25.261.049</b>	<b>162.527,08 t 100,75 m³</b>	<b>25.151.395,91</b>
<b>Mengen/Umsätze hoheitl. Andienung</b>		<b>152.500</b>	<b>24.987.957</b>	<b>155.807,60</b>	<b>24.501.355,98</b>
<b>Restabfall kommunal gesamt</b>		<b>112.500</b>	<b>18.934.875</b>	<b>110.038,46</b>	<b>18.520.573,17</b>
Restabfall Stadt Leipzig	168,31	85.500	14.390.505	82.679,69	13.915.818,59
Restabfall Landkreis Leipzig	168,31	27.000	4.544.370	27.358,77	4.604.754,58
<b>Sperrmüll kommunal gesamt</b>		<b>25.100</b>	<b>4.224.581</b>	<b>27.871,55</b>	<b>4.691.060,56</b>
Sperrmüll Stadt Leipzig	168,31	17.100	2.878.101	18.435,28	3.102.841,96
Sperrmüll Landkreis Leipzig	168,31	8.000	1.346.480	9.436,27	1.588.218,60
<b>Bioabfall kommunal gesamt</b>		<b>14.900</b>	<b>1.568.821</b>	<b>17.897,59</b>	<b>1.884.437,25</b>
Bioabfall Stadt Leipzig	105,29	8.500	894.965	12.219,93	1.286.636,43
Bioabfall Landkreis Leipzig	105,29	6.400	673.856	5.677,66	597.800,82
Kostenüberdeckung Gebühren			259.680		-269.715,00
Kostenüberdeckung Senkung Ust. 3%					-325.000,00
<b>Gewerbeabfall gesamt</b>		<b>1.560</b>	<b>150.586</b>	<b>5.649,08</b>	<b>492.794,65</b>
Gewerbeabfall MBA	168,31	60	10.099	119,44	20.107,60
Gewerbeabfall ZDC		1.500	140.487	5.529,64	472.687,05
asbesthaltige Baustoffe	105,56	500	52.780	935,22	98.721,82
Dämmmaterial gepresst	206,30	50	10.315	0,00	0,00
Dämmmaterial ungespresst	361,00	50	18.050	274,98	99.267,78
Boden u. Steine, Bauschutt DK II	59,06	200	11.812	2.378,66	140.483,66
Boden u. Steine, Bauschutt DK III	70,96	100	7.096	959,28	68.070,51
sonst. mineralische Abfälle	67,39	600	40.434	981,50	66.143,28
<b>Kleinanliefererbereich / Barzahler</b>		<b>590 t 120 m³</b>	<b>122.506</b>	<b>1.070,40 t 100,75 m³</b>	<b>157.245,28</b>
andere Abfallarten MBA	168,31	300	50.493	310,56	52.539,67
asbesthaltige Baustoffe	105,56	60	6.334	81,07	8.658,36
Dämmmaterial in m³	81,43	120	9.772	100,75	8.204,20
sonst. mineralische Abfälle	67,39	20	1.348	497,05	33.994,86
Dachpappe	427,47	100	42.747	95,98	41.150,37
Altholz bis A IV	163,71	40	6.548	59,27	9.764,44
Schrott	0,00	20	0	0,00	0,00
Bioabfälle und Grünschnitt	105,29	50	5.265	26,48	2.925,38
Lohnwägung					8,00
<b>Sonstige Umsatzerlöse</b>			<b>198.732</b>		<b>204.001,33</b>
Verwaltungskosten ZAW			2.000		4.470,00
Sonstige Erträge ZAW + EBZ GPL			5.589		8.388,09
Erbbauzins WEV			172.898		172.898,00
Sonst. Erträge WEV + Bürgschaftsentg.			18.245		18.245,24

Im Vorjahr entwickelten sich die Umsatzerlöse wie folgt:

2019	Preis	Menge	Erlöse	Menge	Erlöse
	EUR/t	t	EUR	t	EUR
		Plan	Plan	Ist	Ist
<b>Umsatzerlöse gesamt</b>			<b>23.489.781</b>		<b>22.967.834,29</b>
<b>Mengen/Umsätze aus Abfallandienung</b>		<b>137.465</b>	<b>23.233.333</b>	<b>135.881,59</b>	<b>22.602.072,32</b>
<b>Mengen/Umsätze hoheitl. Andienung</b>		<b>136.865</b>	<b>23.184.751</b>	<b>134.270,61</b>	<b>22.405.980,92</b>
<b>Restabfall kommunal gesamt</b>		<b>114.420</b>	<b>19.204.955</b>	<b>109.953,77</b>	<b>18.488.944,57</b>
Restabfall Stadt Leipzig	168,31	85.000	14.306.350	81.033,65	13.638.773,65
Restabfall Landkreis Leipzig	168,31	28.500	4.796.835	28.618,95	4.816.855,50
Bioabfall Landkreis Leipzig	110,62	920	101.770	301,17	33.315,42
<b>Sperrmüll kommunal gesamt</b>		<b>22.445</b>	<b>3.777.718</b>	<b>24.316,84</b>	<b>4.092.767,35</b>
Sperrmüll Stadt Leipzig	168,31	17.000	2.861.270	16.159,21	2.719.756,62
Sperrmüll Landkreis Leipzig	168,31	5.445	916.448	8.157,63	1.373.010,73
Kostenüberdeckung 2018			202.078		-175.731,00
<b>Gewerbeabfall gesamt</b>		<b>600</b>	<b>48.582</b>	<b>1.610,98</b>	<b>196.091,40</b>
Gewerbeabfall MBA	168,31	50	8.416	69,38	11.677,39
Gewerbeabfall ZDC		550	40.166	1.541,60	184.414,01
dav. Asbest	108,62	80	8.690	543,32	57.699,85
dav. Dämmmaterial	202,30			442,16	89.448,94
anderes Dämmmaterial	75,38			2,60	195,99
dav. sonst. mineral. Abfälle	66,97	470	31.476	553,52	37.069,23
<b>Kleinanliefererbereich / Barzahler</b>		<b>221</b>	<b>66.030</b>		<b>162.563,38</b>
andere Abfallarten MBA	168,31		0	pauschale Abrechnung WEV	
Asbest	108,62		0		
Dämmmaterial	8.040,00	1,00	8.040		
sonst. mineral. Abfälle	66,97		0		
Dachpappe	331,15	150,00	49.673		
Schrott	7,47	20,00	149		
Holz	163,36	50,00	8.168		
<b>Sonstige Umsatzerlöse</b>			<b>190.418</b>		<b>203.198,59</b>
dav. Verwaltungsk. + Mahngeb. ZAW			2.000		2.275,00
Verwaltungskostenumlage WEV			2.000		---
Sonstige Erträge ZAW/EBZ GPL			5.589		5.589,35
Erbbauzins WEV			158.393		172.898,00
Sonst. Erträge WEV/Bürgschaftsentg.			22.436		22.436,24

### Ertragslage

Die Ergebnissituation des ZAW war im Jahr 2020 hauptsächlich von den Umsätzen aus der Abfallannahme (TEUR 25.746; Vorjahr: TEUR 22.778) geprägt. Die Verrechnungssätze gegenüber den Mitgliedern des Verbandes betrugen für Restabfall und Sperrmüll 168,31 EUR/t (Vorjahr: 168,31 EUR/t) sowie für Bioabfall 105,29 EUR/t.

Die angedienten Restabfallmengen im Jahr 2020 erreichten nicht die Planmenge, zeigten sich jedoch zum Vorjahr stabil und stiegen um 85 t. Die Sperrmüllmengen (27.872 t) liegen über dem Plan (+ 2.772 t) und stiegen gegenüber dem Vorjahr um 3.555 t. Verwertbare Bestandteile

des Sperrmülls, wie insbesondere Holz, werden weiterhin auf den Wertstoffhöfen der Verbandsmitglieder aussortiert und einer preisgünstigen Verwertung zugeführt werden.

Die erstmals erfolgte ganzjährige Andienung des Bioabfalls lag bei einer Menge von 17.898 t.

Das Aufkommen an direkt angelieferten Abfällen (MBA, ZDC) ist gegenüber dem Vorjahr (1.611 t) deutlich gestiegen. Mit insgesamt 5.649 t liegt dieses Aufkommen über der Planmenge 2020 (+ 4.089 t).

Die im Kleinanliefererbereich angedienten Abfallmengen (1.070 t bzw. 101 m<sup>3</sup>) sind trotz der Planüberschreitung im Vergleich zum gesamten Mengenaufkommen gering.

Für die von der WEV erbrachten Leistungen ist ein Behandlungsentgelt durch den Verband zu entrichten, welches die größte Aufwandsposition des ZAW bildet (Betreiberentgelt TEUR 24.649; Vorjahr: TEUR 22.606). Das Behandlungsentgelt der WEV für Restabfall und Sperrmüll (TEUR/t 166,06 brutto) wurde mittels LSP-Kalkulation für den Kalkulationszeitraum 2019/2020 nach preisrechtlichen Vorgaben ermittelt. Aufgrund der Senkung der Umsatzsteuer zum 1. Juli 2020 von 19 % auf 16 % ergab sich eine Minderung des Materialaufwandes (Betreiberentgelt) in Höhe von ca. TEUR 325.

Zudem erfolgte im Februar 2021 seitens der WEV eine Gutschrift aufgrund einer Nachkalkulation zur Ermittlung des Entsorgungspreises für Bioabfall für das Jahr 2020. Das zunächst vorläufig abgerechnete Entgelt in Höhe von brutto EUR/t 101,15 (Jan.-Juli 2020 = 19 % Umsatzsteuer) bzw. brutto 98,60 (Juli-Dez. 2020 = 16 % Umsatzsteuer) für den Zeitraum Juli 2020 bis Dezember 2020 wurde auf Grundlage der tatsächlichen IST-Kosten, in Anlehnung an das LSP-Schema, nach Abschluss des Jahres 2020 nachkalkuliert und abgerechnet. Das Brutto-Entgelt beträgt nun EUR/t 80,59 (Jan.-Juni 2020 = 19 % Umsatzsteuer) bzw. 78,55 (Juni-Dez. 2020 = 16 % Umsatzsteuer). Die Gutschrift seitens der WEV in Höhe von TEUR 363 mindert das Betreiberentgelt und somit ebenfalls den Materialaufwand.

Die den Materialaufwand mindernden Schrotterlöse aus der Verarbeitung der hoheitlichen Abfälle in Höhe von TEUR 24 (Vorjahr: TEUR 43) lagen deutlich unter den geplanten Schrotterlösen (TEUR 50). Die Schrottkonditionen unterlagen im Geschäftsjahr 2019 erheblichen Schwankungen, welche mit der hohen Volatilität des Rohstoffmarktes im Zusammenhang standen.

Auf Grundlage der Vereinbarung zum Bürgschaftsentgelt zwischen ZAW und WEV vom 25./26. März 2013 wurde für das valutierte Bürgschaftsvolumen zum 31. Dezember 2019 (TEUR 2.649) im Geschäftsjahr 2020 ein von der WEV zu entrichtendes Bürgschaftsentgelt in Höhe von TEUR 13 vereinnahmt.

Erbbauzinsen wurden auf Grundlage der bestehenden Erbbaurechtsverträge in Höhe von TEUR 178 vereinnahmt.

Das Wirtschaftsjahr 2020 wird mit einem Jahresergebnis in Höhe von TEUR 166 (Vorjahr: TEUR -211) abgeschlossen. Das Jahresergebnis liegt somit TEUR 9 unter dem Planwert (TEUR 175).

Der Umsatzerlöse steigernden Inanspruchnahme der Rückstellung für Kostenüberdeckungen (TEUR 260) stehen die Umsatzerlöse mindernde Einstellung einer Rückstellung für Kostenüberdeckungen aus Gebühren in Höhe von TEUR 529 (insbesondere aus der Endabrechnung für Bioabfall TEUR 363) und einer Rückstellung für Kostenüberdeckungen aus der Senkung der Umsatzsteuer von 19 % auf 16 % (TEUR 325) entgegen.

Zudem fielen um TEUR 4 geringer als geplante Abschreibungen an.

Sonstige betriebliche Erträge waren nicht geplant, wurden jedoch in Höhe von TEUR 4 erzielt. Hierbei handelt es sich insbesondere um eine Zuwendung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie für den Abschluss eines Leasingvertrages für ein Hybridfahrzeug (Umweltbonus).

### Personal

Im Geschäftsjahr 2020 waren in der Geschäftsstelle des ZAW im Jahresdurchschnitt unverändert zum Vorjahr sechs Angestellte beschäftigt, wobei eine Mitarbeiterin, die sich seit Ende Juli 2019 in Elternzeit befand, im III. Quartal 2020 zurückgekehrt ist. Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt nach TVöD.

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	2020	2019
	EUR	EUR
Löhne und Gehälter	315.666	324.342
Soziale Aufwendungen	57.538	55.849
<b>Summe Personalaufwand</b>	<b>373.204</b>	<b>380.191</b>

### Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist zum 31. Dezember 2020 im Vergleich zum Vorjahr von TEUR 8.666 um TEUR 1.059 auf TEUR 9.725 gestiegen. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um TEUR 7 gesunken, die Verbindlichkeiten gegen verbundene Unternehmen sind um TEUR 304 gestiegen. Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern bestehen nicht.

Durch das Jahresergebnis 2020 (TEUR 166) hat sich das Eigenkapital des ZAW aus dem Vorjahr (TEUR 6.001) auf TEUR 6.167 erhöht.

Im nachfolgenden Eigenkapitalspiegel ist die Entwicklung der einzelnen Posten dargestellt:

	Stand am 01.01.2020	Veränderung	Stand am 31.12.2020
	EUR	EUR	EUR
Allgemeine Rücklage	824.296,43	0,00	824.296,43
Andere Gewinnrücklage BilMoG	21.647,04	0,00	21.647,04
Jahresgewinn/-verlust	5.155.157,41	165.957,48	5.321.114,89
<b>Summe Eigenkapital</b>	<b>6.001.100,88</b>	<b>165.957,48</b>	<b>6.167.058,36</b>

Die Entwicklung der Rückstellungen stellt sich wie folgt dar:

	Stand am 01.01.2020	Inanspruch- nahme	Auflösung	Zuführung	Stand am 31.12.2020
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
Jahresabschlussaufwendungen	9.412,90	9.412,90	0,00	11.696,75	11.696,75
Prozesskosten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Archivierungskosten	19.515,33	0,00	0,00	0,00	19.515,33
Urlaub	5.570,63	5.570,63	0,00	4.379,27	4.379,27
Prämien	25.250,00	12.250,00	0,00	13.000,00	26.000,00
Kostenüberdeckung aus Gebühren	622.887,00	259.679,00	0,00	529.394,00	892.602,00
Kostenüberdeckung Senkung Ust. 3%	0,00	0,00	0,00	325.000,00	325.000,00
<b>Summe</b>	<b>682.635,86</b>	<b>286.912,53</b>	<b>0,00</b>	<b>883.470,02</b>	<b>1.279.193,35</b>



Weiterhin prägten die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (TEUR 2.262; Vorjahr: TEUR 1.958) und die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 16; Vorjahr: TEUR 24) die Gesamtverbindlichkeiten.

Dem stehen das langfristige Anlagevermögen mit TEUR 4.501 (Vorjahr: TEUR 4.501) sowie im Wesentlichen die Forderungen gegen die Verbandsmitglieder aus Gebühren (TEUR 2.292; Vorjahr: TEUR 1.931) sowie Forderungen gegen verbundene Unternehmen in Höhe TEUR 419 -insbesondere aufgrund der Gutschrift Bioabfall- (Vorjahr: TEUR 41) gegenüber.

Das langfristig verfügbare Vermögen ist zu 137,0 % (Vorjahr: 133,3 %) durch langfristig verfügbare Mittel gedeckt. Investitionen wurden in 2020 in Höhe von T€ 5 getätigt (Vorjahr TEUR 7).

### **Finanzlage**

Die Finanzlage des ZAW ist in 2020 durchgängig positiv und stabil. Zum 31. Dezember 2020 betrug der Bestand an liquiden Mitteln TEUR 2.483 (Vorjahr: TEUR 2.178).

Die liquiden Mittel werden ausschließlich auf risikolosen Tagesgeldkonten der Geschäftsbanken des Verbandes disponiert. Zinserträge konnten jedoch aufgrund der gegenwärtigen „Null-Zinsphase“ nicht generiert werden. Sogenannte „Negativzinsen“ konnten trotz entsprechender Disponierung der Liquidität des Verbandes bei den inzwischen drei Geschäftsbanken nicht umgangen werden. Verwarentgelte wurden in Höhe von TEUR 2 (Vorjahr: TEUR 3) fällig.

Der Zweckverband verfügte im Wirtschaftsjahr 2020 über eine genehmigte Kassenkreditlinie von TEUR 2.000, die zum Bilanzstichtag ebenso wie im gesamten Wirtschaftsjahr nicht in Anspruch genommen werden musste.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt im Wirtschaftsjahr 2020 TEUR 308,6 (Vorjahr: TEUR 175,3).

Der Zweckverband kann nach § 14 der Verbandssatzung eine Umlage von seinen Verbandsmitgliedern erheben, sofern seine sonstigen Erträge und Einzahlungen zur Deckung des Finanzbedarfs nicht ausreichen. Ein Umlageerhebungsbedarf ist derzeit jedoch nicht erkennbar.

Finanzbeziehungen im Sinne des § 20 (2) Sächsische Eigenbetriebsverordnung (SächsEig-BVO) lagen nicht vor.

Die Geschäftsleitung gibt sich mit dem Jahresergebnis sowie mit der Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbandes in 2020 zufrieden.

### **Aus- und Weiterbildung**

Durch ein geplantes und entsprechend konzipiertes Schulungsprogramm wird sichergestellt, dass alle Mitarbeiter der Geschäftsstelle geeignet geschult, aus- und weitergebildet werden und somit über das Fachwissen verfügen, um die ihnen übertragenen Aufgaben qualitätsgerecht auszuführen. Pandemiebedingt wurden einige Schulungen jedoch verschoben oder als online-Veranstaltung durchgeführt.

### **Qualitätsmanagement**

Am 3. Juni 2020 wurde ein Zertifizierungsaudit nach dem Qualitätsmanagementsystem DIN EN ISO 9001:2015 durch die ÖHMI EuroCert GmbH erfolgreich durchgeführt. Das aktuelle Zertifikat ist bis zum 5. September 2021 gültig.

#### **4. Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres**

##### **Haushaltssatzung 2021**

Der ZAW erlässt gemäß § 14 Abs. 2 seiner Verbandssatzung jährlich eine Haushaltssatzung, die der Erfüllung der Aufgaben des Zweckverbandes nach § 2 der Verbandssatzung Rechnung trägt und in der die Höhe der für das jeweilige Wirtschaftsjahr den Verbandsmitgliedern in Rechnung zu stellenden Verrechnungssätze pro Tonne angedienter Abfall festzusetzen ist.

Die Haushaltssatzung des ZAW für das Geschäftsjahr 2021 wurde in der Sitzung der Verbandsversammlung am 14. Dezember 2020 einstimmig beschlossen und durch die Rechtsaufsichtsbehörde (Landesdirektion Sachsen) mit Bescheid vom 4. Januar 2021 bestätigt.

Voraussetzung und wesentliche Grundlage hierbei ist eine Abfallgebührenkalkulation des Verbandes auf der abgabenrechtlichen Grundlage des Sächsischen Kommunalabgabengesetzes (SächsKAG). Die aktuell gültige Gebührenkalkulation wurde mit Datum vom 10. September 2020 im Auftrag des ZAW von der Mazars GmbH & Co.KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft (Mazars) erstellt.

##### **Kooperationsvereinbarung Stadtwerke Leipzig / ZAW / WEV**

In der Sitzung der Verbandsversammlung am 13. Juli 2020 wurde dem Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadtwerke Leipzig GmbH, dem ZAW und der WEV hinsichtlich einer Partnerschaft im Bereich Erneuerbare Energien mittels einstimmiger Beschlussfassung zugestimmt. Dahingehend wurde der Errichtung (Gründung) von bzw. der Beteiligung an Unternehmen/Gesellschaften durch die WEV und damit den jeweiligen mittelbaren Beteiligungen des ZAW die Zustimmung durch die Verbandsversammlung erteilt.

#### **5. Risikobericht**

Langfristig wird die Lage und Entwicklung des Verbandes vor allem von der weiteren Entwicklung der WEV und dortigen Risikopotenzialen/Chancen beeinflusst. Die Risiken aus vom Verband zugunsten der WEV übernommenen Haftungsverhältnissen nehmen weiter kontinuierlich ab; Inanspruchnahmerisiken waren in den letzten Geschäftsjahren nicht vorhanden und sind auch nicht erkennbar. Ein Schwerpunkt in der WEV bleibt die Ausfinanzierung der künftigen Verpflichtungen für Stilllegung, Rekultivierung und Nachsorge der Zentraldeponie Cröbern.

##### **Risikomanagementsystem (RMS)**

Der ZAW hat im Rahmen des Qualitätsmanagementsystems in 2009 begonnen, ein eigenes Risikomanagementsystem zu erarbeiten. 2013 wurde das RMS des ZAW komplett überarbeitet. Es wird quartalsweise aktualisiert und über eine Änderungsmatrix fortgeschrieben. Es erfolgte die Inventarisierung der Risikofelder (Risikoidentifikation und -klassifikation) sowie zugehöriger Gegenmaßnahmen (Risikosteuerung und -bewältigung). Die erfassten Risiken wurden entsprechend festgelegter Skalierungen von Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadenhöhen bewertet (Risikobewertung).

Der ZAW muss externe und interne Risiken aus verschiedenen Bereichen identifizieren und bewerten. Folgende Risikofelder wurden identifiziert:

- Risiken aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV
- Kredit- und Bürgschaftsrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Risiken durch Änderungen der abfallrechtlichen und strukturellen Rahmenbedingungen.

Daneben stützt sich der ZAW weiterhin auf das Risikomanagement der WEV, da diese die Entsorgungsleistungen für den ZAW durch die mechanisch-biologische Abfallbehandlung bzw. Deponierung erbringt und die WEV im eigenen Namen und auf eigene Rechnung sowohl den Betrieb der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage am Standort Cröbern als auch den Betrieb der Zentraldeponie Cröbern verantwortet. Die Überwachung des Risikomanagements der WEV erfolgt im Wesentlichen durch die Tätigkeiten von entsandten Vertretern des Zweckverbandes im Aufsichtsrat der WEV.

Im ZAW muss zwischen erheblichen Risiken, die aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV resultieren, und Risiken aus dem allgemeinen Geschäftsbetrieb unterschieden werden.

Zur wirtschaftlichen Lage des ZAW erfolgt jährlich durch die Landesdirektion Leipzig eine statistische Erhebung zum Frühwarnsystem kreisübergreifender Zweckverbände. Durch das Eintragen von wirtschaftlichen Kennziffern wird eine automatische Bewertung des Risikopotenzials des ZAW vorgenommen. Hierbei gab es für das Jahr 2019 keine Feststellungen.

### **Risiken aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV**

Das bedeutsamste Risiko für den ZAW besteht in der Beteiligung an der WEV und den damit bestehenden Verpflichtungen. Risikopotenziale der WEV beeinflussen in der Regel direkt die Entwicklung und Lage des Verbandes.

Es besteht z. B. das latente Risiko, einer veränderten Ertragsstruktur der WEV aufgrund von Unterauslastung der MBA bzw. Mindermengen bei der Direktablagerung bzw. signifikanten Marktpreisveränderungen. Bei der WEV kommt es aus Sicht des ZAW besonders auf eine gesicherte Ausfinanzierung für Rekultivierung und Nachsorge der Zentraldeponie Cröbern an.

Über seine Stellung als alleiniger stimmberechtigter Gesellschafter und der Stellung / Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der WEV kann der Zweckverband jederzeit seine Kontroll- und Weisungsrechte bei seiner Tochtergesellschaft wahrnehmen bzw. sicherstellen und mögliche Risiken betrachten und bewerten.

In Höhe des Buchwertes der Beteiligung besteht das Risiko für den Bilanzansatz im ZAW zusätzlich der nachfolgend aufgeführten Kredit- und Bürgschaftsrisiken.

### **Kredit- und Bürgschaftsrisiko**

Der ZAW trägt gegenüber den Banken das Risiko für Kredite, die zwischen 1991 und 1998 für die Errichtung der ZDC aufgenommen wurden. Das Haftungsrisiko des Verbandes für diese Kredite der WEV umfasste zum 31. Dezember 2020 ein Volumen von TEUR 1.811.

Der ZAW hat weiterhin im Zusammenhang mit der Finanzierung der MBA (Gesamtvolumen TEUR 52.500) Einredeverzicht nebst Mindestentgeltgarantie (quartalsmäßige Festbeträge in Höhe von TEUR 1.700) erklärt.

Die WEV hatte im Jahr 2005 und 2006 künftige Forderungen der WEV an den ZAW im Barwert von TEUR 52.500 an die die MBA finanzierenden Banken als Sicherheit abgetreten.

Von einer Inanspruchnahme des ZAW aus den eingegangenen Haftungsverhältnissen wird nicht ausgegangen.

Unter Einbeziehung der Kenntnisse über die WEV und deren gute wirtschaftliche Situation sind Anhaltspunkte, dass die WEV ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann, nicht ersichtlich.

### **Liquiditätsrisiko**

Der Bedarf zur Erhebung einer Umlage gegenüber den Verbandsmitgliedern besteht entsprechend des aktuellen Finanzplanungshorizontes nicht, da die Erträge und Einzahlungen zur Deckung des Finanzbedarfes des Verbandes ausreichen.

Zur Sicherstellung der Liquidität verfügt der ZAW zudem über einen genehmigten Kassenkredit in Höhe von TEUR 2.000, auf deren Inanspruchnahme der Verband seit dem Jahr 2013 nicht mehr angewiesen ist.

Zur Früherkennung von Liquiditätsrisiken stellt der ZAW einen Liquiditätsplan auf und schreibt diesen fort.

### **Risiken durch Änderungen der abfallrechtlichen Rahmenbedingungen**

Risiken der abfallrechtlichen Rahmenbedingungen werden derzeit nicht gesehen.

### **6. Chancenbericht**

Grundsätzlich haben sich für den Verband, insbesondere seit der Rekommunalisierung der WEV mbH im Jahr 2015, Chancen für seine weitere Entwicklung, unter anderem durch weitere Aufgabenübertragungen seiner Mitglieder, ergeben. So wurde zur Sicherstellung der Aufgabe der Entsorgung von Bioabfällen der Verbandsmitglieder durch die Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 18. Dezember 2017 die Errichtung und der Betrieb einer Bioabfallvergärungsanlage (Kompost-Energie-Anlage, kurz KEA) am Standort Cröbern beschlossen. Der Verband wird sich zur Erfüllung dieser Entsorgungsaufgabe ebenfalls seiner Tochtergesellschaft WEV bedienen. Im Geschäftsjahr 2020 wurde die immissionsschutzrechtliche Genehmigung für die Vergärungsanlage durch die zuständige Behörde ausgereicht, das europaweite Ausschreibungsverfahren zum Bau der Anlage durchgeführt sowie der Bauauftrag erteilt.

Die Inbetriebnahme zum Probetrieb ist für das IV. Quartal 2021 geplant.

Weitere Themen werden im Rahmen eines Strategieprozesses zwischen dem Verband und seinen Mitgliedern unter Einbindung der Tochtergesellschaft des ZAW erörtert.

### **7. Prognosebericht**

Der Verband sieht derzeit die Lage am Entsorgungsmarkt für Siedlungsabfälle stabil und ausgeglichen. Unsicherheiten bestehen allerdings im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie.

Eine etwaige künftige Einbeziehung der thermischen Abfallbehandlung in das europäische Emissionshandelssystem hätte Auswirkungen auf den Behandlungspreis für die heizwertreiche Fraktion aus der MBA, welcher wiederum zu steigenden Abfallgebühren führen würde.

Der Zweckverband plant im Geschäftsjahr 2021 mit Umsatzerlösen aus der Andienung von Abfällen in Höhe von TEUR 26.552 sowie sonstigen Umsatzerlösen in Höhe von TEUR 195.

Die steigenden Abfallmengen werden zu einer Erhöhung der Aufwendungen (Materialaufwand) führen, ebenso werden die Personalkosten des Verbandes durch die tariflichen Abschlüsse für den öffentlichen Dienst steigen.

Für das kommende Geschäftsjahr werden Gesamtaufwendungen von TEUR 26.588 erwartet.

Die Geschäftsleitung plant für das Geschäftsjahr 2021 ein positives Jahresergebnis in Höhe von TEUR 159. In den Folgejahren werden weiterhin positive Jahresergebnisse erwartet.

Großpöna, den

**Heiko Rosenthal**  
Verbandsvorsitzender ZAW

**André Albrecht**  
Geschäftsleiter ZAW



# Beteiligungsbericht 2020

des

Zweckverbandes Abfallwirtschaft  
Westsachsen

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen  
Am Westufer 3  
04463 Großpösna / OT Störmthal  
Tel./Fax: 034299 / 705-0, -22  
Email: [info@zaw-sachsen.de](mailto:info@zaw-sachsen.de)  
Homepage: [www.zaw-sachsen.de](http://www.zaw-sachsen.de)





## Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 Sächsische Gemeindeordnung hat der ZAW der Verbandsversammlung einen Bericht über seine wirtschaftliche Beteiligung, insbesondere über die Entwicklung seiner Gesellschaft vorzulegen und diesen zu veröffentlichen. Der Beteiligungsbericht soll einen detaillierten Einblick in die wirtschaftlichen Daten der Gesellschaft gewähren und damit einen Beitrag zur Transparenz sowie zur Verbesserung von Steuerung und Kontrolle leisten.

Der Beteiligungsbericht wendet sich in erster Linie an die maßgeblichen Entscheidungsträger, für die er ein wichtiges Arbeitsinstrument im Rahmen der Beschlussfassung darstellt. Darüber hinaus soll er interessierten Einwohnern des Verbandsgebietes als Nachschlagewerk dienen.

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) ist seit Mai 2015 alleiniger Gesellschafter der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV). Der ZAW ist gemäß Sächsisches Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (Sächs-KrWBodSchG) öffentlich-rechtlicher Entsorgungsträger (öRE) und für bestimmte Aufgaben auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft zuständig.

Einen maßgeblichen Teil dieser Aufgaben hat er vertraglich auf die WEV übertragen, insbesondere die Planung, Errichtung und Betrieb der Entsorgungsanlagen. Mit der Beauftragung einer privaten Gesellschaft ist der ZAW jedoch keinesfalls von der Pflicht und seiner Verantwortung für eine dauerhafte Erfüllung seiner Aufgaben entbunden. Die Mitglieder der Gremien des ZAW sollen sich anhand des Beteiligungsberichtes einen Überblick über die ordnungsgemäße und rechtskonforme Erfüllung der an die WEV übertragenen Aufgaben verschaffen.

Die WEV wirkt schwerpunktmäßig an der Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes des ZAW in die Praxis mit. Die Tätigkeit der WEV wird insbesondere von den geltenden abfallrechtlichen und marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen beeinflusst.

Grundlage des vorliegenden Beteiligungsberichtes 2020 bildet der geprüfte und festgestellte Jahresabschluss der WEV einschließlich des Lageberichts der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2020.

Großpösna, den 27. Juli 2021

Heiko Rosenthal  
Verbandsvorsitzender

  
André Albrecht  
Geschäftsleiter



## Inhaltsverzeichnis

<b>Vorwort .....</b>	<b>2</b>
<b>Inhaltsverzeichnis .....</b>	<b>3</b>
<b>1 Beteiligungen des ZAW im Überblick / Externe Struktur .....</b>	<b>4</b>
<b>2 Einzeldarstellungen zur WEV .....</b>	<b>5</b>
2.1 Allgemeine Angaben zur WEV .....	5
2.2 Organe der Gesellschaft .....	6
2.2.1 Gesellschafterversammlung .....	6
2.2.2 Aufsichtsrat .....	6
2.2.3 Geschäftsführung .....	6
2.3 Allgemeines .....	7
2.3.1 Ertragslage .....	7
2.3.2 Vermögenslage .....	9
2.3.3 Finanzlage; Finanzbeziehungen ZAW - WEV .....	10
2.4 Bilanz- und Leistungskennzahlen .....	12
2.5 Entwicklung der Unternehmensbereiche .....	13
2.5.1 Zentraldeponie Cröbern (ZDC) .....	13
2.5.2 Mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) .....	13
2.5.3 Altdeponien Seehausen (DSH) und Groitzsch-Wischstauden (DGW) .....	14
2.5.4 Bioabfallvergärungsanlage (KEA) .....	14
2.5.5 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge .....	15
2.5.6 Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres .....	15
2.5.7 Qualitätsmanagement .....	16
2.6 Risikobericht .....	16
2.6.1 Risikomanagementsystem .....	16
2.6.2 Risiken .....	16
2.6.3 Chancenbericht .....	18
2.6.4 Prognosebericht .....	18
<b>3 Angaben zu den Beteiligungen der WEV .....</b>	<b>20</b>
3.1 Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG .....	20
3.2 Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH .....	21
<b>Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen .....</b>	<b>22</b>
<b>Tabellenverzeichnis .....</b>	<b>23</b>
<b>Abkürzungsverzeichnis .....</b>	<b>23</b>



## 1 Beteiligungen des ZAW im Überblick / Externe Struktur

Der ZAW besteht aus den beiden Verbandsmitgliedern Stadt Leipzig und Landkreis Leipzig. Das Territorium des ZAW erstreckt sich auf 1.944 km<sup>2</sup> mit 856.074 Einwohnern (Stand: 30.11.2020, Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen).

Der ZAW ist und war im Berichtsjahr 2020 unmittelbar unverändert nur an der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (nachfolgend kurz WEV) beteiligt. Der Anteil des ZAW am Stammkapital seiner privatrechtlich organisierten Tochtergesellschaft WEV beläuft sich weiterhin auf 51 %.

Die WEV hat im Geschäftsjahr 2020 zusammen mit der Stadtwerke Leipzig GmbH die Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (WEE GmbH & Co. KG) als sogenannte Einheits-GmbH & Co. KG errichtet. Daneben hält die WEV als Kommanditistin eine unmittelbare 50-%ige Beteiligung (durchgerechnet 50 %) an deren Komplementärin, der ebenfalls privatrechtlichen Westsächsischen Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (WEE Verwaltungs GmbH). Infolgedessen bestehen neu mittelbare Beteiligungen des ZAW an diesen beiden Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts.

Die aktuelle Beteiligungsstruktur stellt sich im Überblick wie folgt dar:







## 2 Einzeldarstellungen zur WEV

### 2.1 Allgemeine Angaben zur WEV

**Adresse:** Am Westufer 3  
04463 Großpösna / OT Störmthal

**E-Mail:** info@wev-sachsen.de  
**Homepage:** www.wev-sachsen.de

**Gründungsjahr:** 1991

#### Unternehmensgegenstand/-zweck:

Die Planung, der Bau und Betrieb von Verwertungs- und Beseitigungsanlagen vorrangig im Verbandsgebiet des ZAW sowie die Durchführung von Entsorgungsdienstleistungen, einschließlich Beratungs-, Logistik- und Serviceleistungen, wie dem Handeln und Makeln, Nachweistführung, Analytik, Bauleistungen bei Altlasten oder Demontageprojekte. Vorrangige Unternehmensaufgabe ist für die Deponien des ZAW die Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen für die Stilllegungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgephase sowie die Vorbereitung deren Nachnutzung.

Zum Gegenstand des Unternehmens gehört auch die Erfüllung aller sonstigen Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, sofern sie der Erfüllung des Unternehmensgegenstandes dienen.

**Rechtsform:** GmbH

#### Stammkapital und Gesellschafter:

Das Stammkapital beträgt 1.000.000,00 € und ist eingeteilt in Geschäftsanteile in Höhe von 170.000,00 €; 340.000,00 € und 490.000,00 €.

Die Geschäftsanteile verteilen sich wie folgt:

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	510.000,00 €	51,0 %
Eigene Anteile WEV	490.000,00 €	49,0 %

Die eigenen Anteile sind nicht stimmberechtigt. Der ZAW ist faktisch Alleingesellschafter.



## 2.2 Organe der Gesellschaft

### 2.2.1 Gesellschafterversammlung

Im Geschäftsjahr 2020 bestand die Gesellschafterversammlung aus Herrn Heiko Rosenthal, dem Bürgermeister für Umwelt, Klima, Ordnung und Sport der Stadt Leipzig und Verbandsvorsitzenden des ZAW, sowie dem Landrat des Landkreises Leipzig, Herrn Henry Graichen.

### 2.2.2 Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2020 waren:

Name	ausgeübte Tätigkeit
Herr Graichen, Henry Vorsitzender	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Rosenthal, Heiko 1. stellv. Vorsitzender	Beigeordneter / Bürgermeister Stadt Leipzig, Dez. III Umwelt, Klima, Ordnung, Sport
Herr Albrecht, André	Geschäftsleiter ZAW
Herr Meißner, Jens	Geschäftsführer KELL GmbH
Herr Kretschmar, Thomas	Erster Betriebsleiter Eigenbetrieb Stadtreinigung Leipzig

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2020

### 2.2.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der WEV im Berichtsjahr war Herr Bernd Beyer.





## 2.3 Allgemeines

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2020 wurde von der

BDO AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Großer Brockhaus 5  
04103 Leipzig

geprüft. Die Abschlussprüfung führte zu keinen Einwendungen.

Risiken, die die Entwicklung der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen können, wurden bei der Abschlussprüfung festgestellt und im Prüfbericht angeführt:

- Auslastungs- und Preisrisiken in Bezug auf die MBA (langfristig),
- Mengenrisiken in Bezug auf die ZDC,
- Zinsrisiken und langfristige Prognoseunsicherheit.

### 2.3.1 Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2020 wurden Umsatzerlöse in Höhe von 57,2 Mio. € erzielt und damit 4,9 Mio. € über Plan. Das geplante Jahresergebnis wurde um 6,0 Mio. € verfehlt und beträgt -1,9 Mio. €. Dies ist im Wesentlichen auf die gegenüber dem Plan gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen infolge der deutlich höheren Zuführung zu den langfristigen Rückstellungen und auf die Aufwendungen für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag zurückzuführen.

Die wichtigsten GuV-Daten, einschließlich der zwei vorangegangenen Jahre, sind nachfolgend überblicksmäßig aufgezeigt, die Darstellung folgt der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung.



	2020 Ist	2020 Plan	2019 Ist	2018 Ist
Umsatzerlöse	57.208	52.339	64.534	59.261
andere aktivierte Eigenleistungen	150	0	185	102
sonstige betriebliche Erträge	1.244	1.131	1.354	1.383
<b>Gesamtleistung</b>	<b>58.602</b>	<b>53.470</b>	<b>66.054</b>	<b>60.746</b>
Materialaufwand	-14.648	-17.928	-14.924	-14.188
Personalaufwand	-4.828	-5.777	-4.909	-4.703
Abschreibungen	-6.966	-9.030	-10.144	-10.163
sonstige betriebliche Aufwendungen	-18.833	-7.316	-26.088	-23.169
<b>Zwischenergebnis (EBIT)</b>	<b>13.327</b>	<b>13.419</b>	<b>9.989</b>	<b>8.523</b>
Finanzergebnis	-9.304	-7.325	-6.268	-7.175
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-5.828	-1.984	-4.445	-4.821
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-1.805</b>	<b>4.110</b>	<b>-725</b>	<b>-3.472</b>
sonstige Steuern	-51	-49	-52	-55
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-1.857</b>	<b>4.061</b>	<b>-777</b>	<b>-3.527</b>

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) per 31.12.2020 (Ist 2018 - 2020) bzw. Wirtschaftsplan 2020

Die erzielten **Gesamtumsatzerlöse** belaufen sich auf 57.208 T€ und sind damit 9,3% höher als geplant. Der Umsatz der Sparte Deponie reduzierte sich, der Umsatz der Sparte MBA konnte gesteigert werden.

Der **Materialaufwand** liegt mit 14.648 T€ leicht unter dem Vorjahresniveau.

Der **Personalaufwand** ist im Vergleich zum Vorjahr um 81 T€ auf 4.828 T€ gesunken.

Im Vergleich zum Vorjahr wird eine höhere Personalkostenquote von 8,4 % (Vorjahr: 7,6%) ausgewiesen.

Die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer des Geschäftsjahres 2020 hat sich im Vergleich zum Vorjahr um einen Mitarbeiter auf 97 Mitarbeiter verringert. Davon sind 41 Angestellte (im Vorjahr: 41) und 56 Arbeiter (im Vorjahr: 57).

Die Abnahme der **Abschreibungen** um 3.178 T€ auf 6.966 T€ ist durch den Rückgang der leistungsabhängigen Abschreibung des Deponiekörpers (2.896 T€) infolge von geringeren verbrauchten Volumen für abgelagerte Mengen zu begründen. Die linearen Abschreibungen haben sich aufgrund von Investitionen um 67 T€ erhöht.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** enthalten die Aufwendungen für die Bildung von Rückstellungen in Höhe von 16.225 T€ (im Vorjahr: 23.502 T€).



Beteiligungsbericht ZAW 2020

### 2.3.2 Vermögenslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Bilanzdaten der WEV zum Stichtag 31. Dezember 2020 sowie im Vergleich zum Plan und den zwei Vorjahren.

#### AKTIVA

	2020 Ist	2020 Plan	2019 Ist	2018 Ist
<b>Anlagevermögen</b>	<b>57.873</b>	<b>48.109</b>	<b>41.851</b>	<b>44.879</b>
Immaterielles Vermögen	120		131	41
Sachanlagen	43.661	48.109	41.720	44.838
Finanzanlagen	14.093		0	0
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>139.500</b>	<b>119.917</b>	<b>133.507</b>	<b>104.781</b>
Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	5.879	7.261	6.022	7.505
Wertpapiere / liquide Mittel	133.621	112.657	127.485	97.276
<b>Aktive RAP</b>	<b>203</b>	<b>122</b>	<b>190</b>	<b>231</b>
<b>Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensrechnung</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>197.576</b>	<b>168.148</b>	<b>175.548</b>	<b>149.890</b>

#### PASSIVA

	2020 Ist	2020 Plan	2019 Ist	2018 Ist
<b>Eigenkapital</b>	<b>14.894</b>	<b>20.812</b>	<b>16.751</b>	<b>17.528</b>
Gezeichnetes Kapital	510	510	510	510
Rücklagen	14.586	14.586	14.586	14.586
Gewinnvortrag / Verlustvortrag	1.655	1.655	2.432	5.959
Jahresergebnis	-1.857	4.061	-777	-3.527
<b>Sonderposten m. RL-anteil</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Rückstellungen</b>	<b>175.143</b>	<b>140.985</b>	<b>148.728</b>	<b>118.593</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>5.793</b>	<b>5.045</b>	<b>5.859</b>	<b>6.438</b>
<b>Passive RAP</b>	<b>445</b>	<b>0</b>	<b>2.635</b>	<b>5.470</b>
<b>Passive latente Steuern</b>	<b>1.301</b>	<b>1.306</b>	<b>1.575</b>	<b>1.861</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>197.576</b>	<b>168.148</b>	<b>175.548</b>	<b>149.890</b>

Tabelle 3: Bilanzdaten (T€) WEV





Beteiligungsbericht ZAW 2020

Im Geschäftsjahr 2020 hat sich die **Bilanzsumme** im Vergleich zum Vorjahr um 22.028 T€ erhöht. Hauptursache dafür ist auf der Aktivseite der neu erworbene Anteil an dem Sondervermögen „Spezialfonds Stadt Leipzig“ in Höhe von 14.000 T€. Die Entwicklung auf der Passivseite ist besonders gekennzeichnet durch den Anstieg der Rückstellungen (+26.416 T€).

Die WEV verfügt am 31. Dezember 2020 über bilanzielles **Eigenkapital** in Höhe von 14.894 T€. Es sank damit im Vergleich zum Vorjahr um den Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.857 T€ und damit um 11,09 %.

Die Eigenkapitalquote reduzierte sich infolge des Jahresfehlbetrages und der deutlichen Erhöhung der Bilanzsumme.

### 2.3.3 Finanzlage; Finanzbeziehungen ZAW - WEV

Die Finanzlage der WEV stellt sich gegenüber dem Vorjahr verbessert da:

Der Bestand an finanziellen Mitteln hat sich im Verlauf des Geschäftsjahres von 127,5 Mio. € auf 133,6 Mio. € erhöht. Die vorhandenen Finanzmittel wurden zur planmäßigen Tilgung von Altkrediten in Höhe von 0,8 Mio. € (Vorjahr: 0,8 Mio. €) und zur Finanzierung der Investitionen verwendet.

In 2020 wurden entsprechend der abgeschlossenen Forfaitierungsverträge 2,5 Mio. € (im Vorjahr: 2,9 Mio. €) des passiven Rechnungsabgrenzungspostens getilgt. Der verbliebene Forfaitierungsvertrag wurde, mit Zahlung der letzten Rate im Dezember 2020, beendet.

Im Geschäftsjahr 2020 erfolgte keine Ausschüttung an den Gesellschafter ZAW.

#### 2.3.3.1 Investitionstätigkeit der WEV

Im Geschäftsjahr 2020 wurden Investitionen in Höhe von 23,0 Mio. € (Vorjahr: 7,1 Mio. €) getätigt.

Die wesentlichen Investitionen in das Sachanlagevermögen betreffen den Bau der Bioabfallvergärungsanlage, den Bau von neuen Ablagerungsflächen der ZDC sowie Tunnelelemente der ZDC, den Umbau des Verwaltungsgebäudes, die Anschaffung von zwei Planier- raupen, eines Radladers sowie einer Tunneleintragsmaschine. Darüber hinaus wurden diverse Geräte und Ausrüstungen angeschafft. Des Weiteren wurde in zwei Beteiligungen und in einen Anteil an einem Sondervermögen investiert.



### 2.3.3.2 Bürgschaften / Kredite

Der ZAW hat zur Besicherung von Verbindlichkeiten der WEV Ausfallbürgschaften und Schuldbeiträge übernommen, die sich wie in der unten dargestellten Tabelle entwickeln. Außerdem hat der ZAW Kredite für die MBA Cröbern in einer Gesamthöhe von 52,5 Mio. € über Forfaitierung mit Einredeverzichtserklärung abgesichert.

Übersicht zum 31.12.	2018	2019	2020	2021	2022
Bestand in T€ (alle Kreditinstitute)	3.487	2.649	1.811	973	134

Tabelle 4: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten

### 2.3.3.3 Erbbaurechtsverträge

Zum Betrieb der Deponien wurden in den Vorjahren Erbbaurechtsverträge mit dem ZAW geschlossen.

Die WEV entrichtete 2020 Erbbauzinsen in Höhe von 173 T€ an den ZAW.

Zentraldeponie Cröbern	158 T€
Deponie Seehausen	8 T€
Deponie Grotzsch-Wischstauden	7 T€

### 2.3.3.4 Dienstleistungsvertrag

Gemäß des neugefassten Dienstleistungsvertrages mit Wirkung zum 01.01.2019 betreibt bzw. unterhält die WEV im Auftrag des ZAW die MBA und Zentraldeponie Cröbern sowie die Deponien Seehausen und Grotzsch-Wischstauden nach Maßgabe der behördlichen Zulassungen und der einschlägigen abfall- und umweltrechtlichen Vorschriften. Abfälle, die dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger ZAW überlassen werden, sind der WEV zur Behandlung, Verwertung und Ablagerung als beauftragter Dritter im Sinne von § 17 KrWG zu übergeben.

Das Entgelt zur Abfallbehandlung in der MBA in 2020 betrug 139,55 €/t netto. Die Kalkulation dieses Entgeltes erfolgte nach den Vorgaben der §§ 5-7 PreisV 30/53 in Verbindung mit den LSP für einen zweijährigen Zeitraum (2019 und 2020).





## 2.4 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Die nachfolgende Tabelle zeigt die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen.

	2020 Ist	2020 Plan	2019 Ist	2018 Ist	Maßeinheit
<b>Vermögenssituation</b>					
Anlagenintensität	29,3	28,6	23,8	29,9	%
Änderung des Anlagevermögens	138,29	114,95	93,3	90,5	%
<b>Kapitalstruktur</b>					
Eigenkapitalquote	7,5	12,1	9,6	11,7	%
Fremdkapitalquote	92,5	87,9	90,5	88,3	%
<b>Liquiditätskennzahlen</b>					
Liquidität 1.Grades	1.108,0	--	984,7	777,3	%
Liquidität 2.Grades	1.156,5	--	1.031,7	837,8	%
<b>Rentabilität</b>					
Eigenkapitalrendite	-12,47	20,0	-4,6	-20,1	%
Gesamtkapitalrendite	4,3	2,5	3,6	2,8	%
<b>Geschäftserfolg</b>					
Umsatzrentabilität	-19,0	7,8	-10,0	-6,0	%
Pro-Kopf- Umsatz	589,77	467,31	658,5	604,7	TE
<b>Kennzahlen der Personalwirtschaft</b>					
Beschäftigte	97	112	98	98	MA
Personalaufwandsquote	8,4	11,0	7,6	7,9	%

Tabelle 5: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2018 – 2020 (Ist) bzw. Wirtschaftsplan 2020



## 2.5 Entwicklung der Unternehmensbereiche

### 2.5.1 Zentraldeponie Cröbern (ZDC)

Im Jahr 2020 betrug die abgelagerte Gesamtabfallmenge 572,2 Tt (im Vorjahr: 901,7 Tt). Seit Beginn des Abfalleinbaubetriebes sind ca. 15.503 Tt abgelagert worden.

Die östlichen Erweiterungsflächen der Zentraldeponie befinden sich in der Vorbereitung für den Abfalleinbau. Die mineralische Dichtung wurde bis zur fünften Lage fertiggestellt und die Wintersicherung aufgebaut. Der Tunnel unterhalb der Deponie wurde fertiggestellt; insgesamt besteht er nun aus 114 Elementen (inkl. zwei Tunnelportalen) und besitzt eine Länge von 848,6 m.

Als Restvolumen für die Ablagerung der Zentraldeponie Cröbern stehen zum Stichtag insgesamt 2.844.036 m³ bzw. 22,2 % zur Verfügung.

Der Bauzeitenplan zur Übergabe weiterer Ablagerungsflächen sieht vor, dass in 2021 die südlichen Bereiche der Erweiterungsflächen im Osten der ZDC fertiggestellt werden und Ende 2022 die restlichen Deponiebasisflächen, Ende 2022 soll somit das gesamte theoretisch verfügbare Deponievolumen zur Verfügung stehen.

Mit Stand Ende 2020 sind insgesamt 17,9 ha temporär abgedeckt. Für Böschungsrainflächen unterhalb des westlichen Plateaus der ZDC wurde Hohlrippendrainfolie angeschafft; mit dem bislang als Vorlast zur Vorwegnahme der Setzungen im Untergrund für die KEA verwendeten Bodenmaterial erfolgt im Q1.2021 die temporäre Abdeckung weiterer 21.000 m², sodass Ende Q1.2021 eine Fläche von rd. 20 ha abgedeckt sein wird.

Ein gestellter Förderantrag beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU), koordiniert vom PtJ (Projekträger Jülich) und im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI), wurde positiv beschieden. In einem Projekt soll auf dem Westplateau der ZDC eine definierte Fläche für die Optimierung der Gasfassung temporär abgedeckt sowie die Deponiegasfassung und -verwertung optimiert werden. Die im Dezember 2018/Januar 2019 in Betrieb genommene mobile Mietanlage nach dem Prinzip der Wickelmodul-Technik für die Behandlung des Sickerwassers hat den Versuchsbetrieb erfolgreich absolviert und wird durch die WEV käuflich erworben.

Die Sickerwasserleitung II/5 wurde im Q3.2020 erfolgreich saniert. Zum Einsatz kamen neu konstruierte linienlagerungstaugliche Sickerwasserrohre, die aus formstabilen Basaltfasern bestehen und innen sowie außen von chemikalienbeständigem Polyethylen umhüllt sind. Im Rahmen des Zulassungsverfahrens wurde Sickerwasser der ZDC als Kontrollmedium für die Chemikalienbeständigkeit eingesetzt. Mit diesem Rohrtyp werden bis zum Q2.2021 die nächsten Rohrstränge I/7 und II/8 saniert. Die Sanierung dieser Rohrstränge ist nach Aussagen des Gutachters zur Aufrechterhaltung der Sickerwasserableitung erforderlich.

Die Zentraldeponie Cröbern befindet sich in einem planmäßigen Zustand.

Zum 31. Dezember 2020 waren rund 77,8 % der genehmigten Gesamtkapazität der ZDC erfüllt (Vorjahr: 75,7 %).

### 2.5.2 Mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA)

Im Jahr 2020 wurden 196,1 Tt (im Vorjahr: 186,7 Tt) durch die Anlage im Ein-Schicht-Betrieb angenommen. Die Eingangsmenge kommunaler Rest- und Sperrmüll betrug 137,8 Tt (im Vorjahr: 134,0 Tt).

Die Gesamtinputmengen zur MBA lagen unter dem Planniveau.





### 2.5.3 Altdeponien Seehausen (DSH) und Groitzsch-Wischstauden (DGW)

Die Abschlussdokumentation über die Arbeiten im Zusammenhang mit dem Golfpark Leipzig auf dem Plateau der **Deponie Seehausen** wurde von der Genehmigungsbehörde bestätigt. Nach deren Einschätzung könnte die WEV für den Neuberg einen Antrag zur endgültigen Stilllegung und Entlassung in die Nachsorge einreichen. Mit der Einreichung des Antrages und Bestätigung ist bis zum Q2.2021 zu rechnen. Der Antrag wird im Verlauf des Q1.2021 gestellt.

Die Deponiegasverstromung und Vergütung über das EEG für am Standort der DSH befindliche Blockheizkraftwerke lief zum 31. Dezember 2020 aus. Für das erste Quartal wurde mit dem Betreiber der Blockheizkraftwerke eine Interimslösung mit geringerer Vergütung vereinbart. Eine im Jahr 2020 durchgeführte Ausschreibung für Miet-BHKWs mit EEG-Vergütung musste aufgrund der Unwirtschaftlichkeit der Angebote aufgehoben werden.

Am Standort DSH soll durch die Gesellschaft Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (WEE) eine Photovoltaikanlage errichtet und betrieben werden. Ein Genehmigungsantrag befindet sich in der Bearbeitung, es müssen das Weiteren noch Grundstückserwerbe und/oder Regelungen zum Erbbaurecht durch den ZAW abgeschlossen werden.

Die Planungsarbeiten für die endgültige Oberflächenabdichtung der **Deponie Groitzsch-Wischstauden** wurden weitergeführt. Auf der Grundlage ergangener Bescheide der Landesdirektion Sachsen war eine Überplanung nötig, die gegenüber der ursprünglichen Planung zu einer Zeitverzögerung führte. Nach Bestätigung der vorgelegten Planunterlagen wird für das Frühjahr 2021 ein Vergabeverfahren und im Sommer 2021 der Baubeginn beabsichtigt.

Auch für diesen Deponiestandort wurde im Jahr 2020, im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI), ein Förderantrag gestellt und positiv beschieden. Es soll eine Aerobisierung mit In-Situ-Stabilisierung des Deponiekörpers durchgeführt werden. Über ausgewählte Deponiegasbrunnen wird Luft in den Deponiekörper gebracht, die zur aeroben Stabilisierung des Deponieinventars führen soll.

Die in der Stilllegungsphase für die Deponie Groitzsch-Wischstauden und den Neuberg der DSH sowie in der Nachsorgephase für den Altberg der Deponie Seehausen durchzuführenden Arbeiten (Sickerwassererfassung, -ableitung und -entsorgung sowie Grundwassermonitoring, Oberflächenwasserableitung, Flammenionisationsdetektor-Messungen und Wirkkontrollen des Gasfassungssystems, usw.) wurden planmäßig durchgeführt und verliefen ohne besondere Vorkommnisse. Die Deponien befinden sich in einem planmäßigen Zustand.

### 2.5.4 Bioabfallvergärungsanlage (KEA)

Die immissionsschutzrechtliche Genehmigung zum Bau der Bioabfallvergärungsanlage liegt vor. Im Berichtsjahr erfolgten die europaweite Ausschreibung und der Zuschlag zum Bau der KEA.

Nachdem notwendige Medienumverlegungen sowie Baugrundverbesserungen abgeschlossen wurden, begann im Frühjahr 2021 der Roh- und Freianlagenbau. Ziel ist ab Ende IV. Quartal 2021 mit Bioabfall den Probebetrieb der KEA aufzunehmen.



### 2.5.5 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge

#### Zentraldeponie Cröbern

Die Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge wurden bis zum Ende des erwarteten Nachsorgezeitraums im Jahr 2074 unter Berücksichtigung der Kapazität und der vorliegenden Erkenntnisse zu den Nachsorgekosten gebildet. Zum Stichtag 31. Dezember 2020 beträgt die Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge für die ZDC 149.653 T€ (im Vorjahr: 126.233 T€).

#### Deponie Seehausen

Die Deponie Seehausen wurde zum 30. Juni 2004 stillgelegt. Der Bilanzansatz für Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Seehausen für den Zeitraum bis zum Jahr 2044/2051 unter Berücksichtigung der Prognose für die Deponiegasverstromung sowie der alternativen Oberflächenabdichtung beträgt 10.265 T€ (im Vorjahr: 8.645 T€).

#### Deponie Groitzsch-Wischstauden

Für Rekultivierung und Nachsorge der bereits im Oktober 2000 vollständig verfüllten Deponie sind bis zum 31. Dezember 2020 Rückstellungen für den Zeitraum bis zum Jahr 2051/2052 für das Altfeld in Höhe von 2.414 T€ (im Vorjahr: 2.351 T€) und für das Neufeld in Höhe von 5.913 T€ (im Vorjahr: 5.153 T€) unter Berücksichtigung der alternativen Oberflächenabdichtung ausgewiesen.

	2018	2019	2020
Zentraldeponie Cröbern	97.424	126.233	149.653
Deponie Seehausen	8.023	8.645	10.265
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Neufeld	5.008	5.153	5.913
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Altfeld	2.268	2.351	2.414
<b>Gesamt</b>	<b>112.723</b>	<b>142.382</b>	<b>168.245</b>

Tabelle 6: Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2018 bis 2020

### 2.5.6 Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres

Die Rückstellungsbemessung für Rekultivierung, Stilllegung und Nachsorge wurde im Jahr 2020 keiner externen Überprüfung unterzogen. Im Jahr 2020 erfolgte, aufgrund der Erfahrungen u.a. von der Deponie Seehausen, für die ZDC eine zeitliche Verschiebung der Realisierung der weiteren Bauabschnitte um drei Jahre. Es ist beabsichtigt, im Jahr 2021 die angesetzten Stilllegungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgeaufwendungen einer erneuten Überprüfung zu unterziehen.





### 2.5.7 Qualitätsmanagement

Im September 2020 fand ein Überwachungsaudit zum Qualitätsmanagementsystem nach ISO 9001:2015 statt. Die Prüfungsgesellschaft ESC Cert GmbH erteilte das Zertifikat erneut bis November 2023.

Die Wiederholungsprüfung gemäß Entsorgungsfachbetriebsverordnung wurde im Dezember 2019 durch ÖKO.ZERT. Rieth & Eckhardt GbR, Technische Überwachungsorganisation für Entsorgungsfachbetriebe, durchgeführt. Das erteilte Zertifikat ist bis April 2022 gültig.

Im August 2020 fand das zweite Überwachungsaudit zum Energiemanagementsystem gemäß DIN EN ISO 50001:2018 der WEV, durch die ESC Cert GmbH als akkreditierten Auditor, statt. Das erteilte Zertifikat ist unverändert bis August 2021 gültig. Die WEV nimmt am Energieeffizienz-Netzwerk Leipzig teil.

## 2.6 Risikobericht

### 2.6.1 Risikomanagementsystem

Die WEV hat ein Risikofrüherkennungssystem implementiert und dokumentiert, welches unter Einbeziehung aller Fachbereiche die Geschäftsleitung über wesentliche Veränderungen der Risiken unterrichtet und bei der Bewertung der Risiken unterstützt. Es wird mindestens einmal jährlich eine Risikoinventur durchgeführt.

### 2.6.2 Risiken

#### Marktrisiken

Für die ZDC wird sowohl bei der strategischen Ausrichtung als auch bei der Akquisitionsbearbeitung weiter der Schwerpunkt auf Kunden- und Abfallströme gelegt, die im Nahbereich des Unternehmens liegen und kontinuierlich anfallen. Dabei werden insbesondere die verschiedenen Rechtsbereiche sowie der Wettbewerb berücksichtigt.

#### Vertragsrisiken

Die Abnahme der Outputstoffströme aus der MBA wurde im Jahr 2017 ausgeschrieben. Die Laufzeit der Verträge beträgt sechs Jahre ab 1. Januar 2018, mit der Option einer Vertragsverlängerung bis 2025. Durch die beiden Vertragspartner wurde die Notwendigkeit einer vorgezogenen Vertragsanpassung, infolge einer Änderung der Mautermittlungssystematik, thematisiert und mit beiden eine Nachtragsregelung abgeschlossen.

Die geschlossenen Verträge sehen eine Preisgleitklausel ab dem 1. Januar 2021 vor, so dass sich die Preise für diese Leistungen ab diesem Zeitpunkt verändern können. Zum Bilanzstichtag wurde durch einen der Vertragspartner eine Preisanpassung mit Wirkung Januar 2021 angezeigt.

#### Zins- und Derivatrisiken

Die WEV hat für den Zinsbindungszeitraum eines Darlehens eine Festzinsvereinbarung getroffen, um das variabel verzinsten Grundgeschäft im Zinsrisiko zu begrenzen.

Aufgrund der Ansparung von liquiden Mitteln zur Erfüllung der künftigen Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtung besteht eine Abhängigkeit von den am Kapitalmarkt zu erzielenden Renditen für sichere Geldanlagen.





Aufgrund der derzeitigen und weiterhin erwarteten Differenzen zwischen dem von der Bundesbank vorgegebenen Zinssatz gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung und den erreichbaren Verzinsungen für Sicht- und Festgeldguthaben bzw. internen Renditen, werden in den nächsten Jahren für die notwendigen Zinszuführungen zu den Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge die bestehenden bzw. erwarteten Verzinsungen der externen Geldanlagen durch Zuführungen aus dem operativen Ergebnis ergänzt werden müssen.

Zur Risikoreduzierung werden Geldanlagen bei verschiedenen Geschäftsbanken der WEV getätigt. Seit dem Jahr 2020 wurden mehrere Teilbeträge als Sondervermögen angelegt.

Zur Überwachung dieser Risiken werden die Effekte in Szenarien der WEV abgebildet und Vorschläge zur Sicherung einer langfristig auskömmlichen Kapitalausstattung erarbeitet und die Entwicklung der Bilanzansätze für die Stilllegungs-, Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtungen regelmäßig überprüft.

#### **Liquiditäts- und Bonitätsrisiko**

Die Geldanlagen erfolgen in festverzinslichen Termingeldern bei deutschen Geschäftsbanken und Anlageinstituten, die dem Einlagensicherungsfonds, dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe unterliegen oder in Sondervermögen (Spezialfonds).

Das Bonitätsrisiko von Kunden wird durch ein präventives Risikomanagement, die Absicherung des Ausfallrisikos von Forderungen durch Warenkreditversicherer bzw. durch Bankbürgschaften sowie ein Mahnwesen begrenzt.

#### **Steuerrisiko**

Mit der Betriebsprüfung für die Jahre 2011 bis 2013 wurde im Jahr 2016 begonnen. Die Prüfung war zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses noch nicht abgeschlossen. Es lagen lediglich vorläufige Prüfungsfeststellungen ohne Schlussbesprechung vor. Die Erwidern durch die WEV bzw. den beauftragten Steuerberater ist in Bearbeitung.

Mit der Betriebsprüfung der Jahre 2014 bis 2016 wurde im Dezember 2019 begonnen. Die Prüfung wurde im März 2020 durch die Corona-Pandemie erneut unterbrochen. Bisher liegen keine Prüfungsfeststellungen vor.

Im Juli 2020 erhielt die WEV eine Prüfungsanordnung des Sächsischen Rechnungshofs. Im Rahmen der Prüfung soll die Haushalts- und Wirtschaftsführung verschiedener regionaler (kommunaler) Unternehmen geprüft werden. Bisher fand noch keine Eröffnungsbesprechung statt. Abgeforderte Unterlagen wurden übersandt; Prüfungsanfragen bzw. Feststellungen liegen bisher nicht vor.

Aufgrund der komplexen Sachverhalte ist es auch künftig nicht auszuschließen, dass im Rahmen von Betriebsprüfungen unterschiedliche Auffassungen bestehen.

#### **Produkt- und Umweltschutzrisiken**

Durch einen externen Prüfer wurde 2015 eine umfassende Bewertung von Umweltrisiken nach Umweltschadengesetz für Anlagen und Standorte der WEV mbH durchgeführt. Es handelt sich dabei um die dritte Fortschreibung, nachdem die letzte Prüfung im Jahr 2012 durchgeführt wurde.

In den Jahren 2016 bis 2020 erfolgten keine sachlichen Änderungen, sodass keine Aktualisierung notwendig wurde.



#### Beteiligungsbericht ZAW 2020

Die Risiken der Altdeponien wurden durch die Übertragung vom ZAW an die WEV von dieser übernommen und sind nicht weiter beeinflussbar. Das Risiko am Deponiestandort Großitzsch-Wischstauden wird nach Abschluss der Oberflächenabdichtung weiter reduziert. Bei den übrigen Risiken wurde eingeschätzt, dass die WEV ihnen ein ausreichendes Sicherungskonzept entgegengesetzt.

Für Haftungsrisiken und Schadensfälle wurden Versicherungen fortgeführt, um die möglichen Folgen von im Unternehmen bleibenden Risiken in Grenzen zu halten bzw. sie ganz auszuschließen.

#### Ausfallrisiko MBA

Die verfahrenstechnische Gestaltung ermöglicht, bei Ausfall einzelner Anlagenelemente die Umsteuerung des Abfallstromes auf andere Behandlungslinien.

Für den Fall des kompletten Anlagenausfalls stehen der WEV ein beantragtes und genehmigtes Zwischenlager und Anlagen zur Abfallbehandlung im Rahmen der Mitgliedschaft im „Mitteldeutschen Ausfallverbund für Anlagen zur Abfallbehandlung“ und im „Ausfallverbund zur Abfallentsorgung des ASA e.V.“ zur Verfügung.

Im Zeitraum 2005 bis 2020 gab es keinen Anlagenausfall.

#### 2.6.3 Chancenbericht

Aus den aufgeführten Risiken ergeben sich auch entsprechende Chancen für das Unternehmen. Bei steigender Nachfrage am Markt könnten sich die Entsorgungsmengen und -preise erhöhen.

Als Chance wird die Verarbeitung neuer Abfallströme in der beabsichtigten Bioabfallvergärungsanlage angesehen. Die Fertigstellung des Baus der Anlage soll in 2021 erfolgen.

Sollten sich zukünftig nachhaltig niedrigere Kostensteigerungsraten oder ein dauerhaft höheres Zinsniveau für Geldanlagen ergeben, können diese Parameteränderungen Chancen in der Rückstellungsentwicklung ergeben.

#### 2.6.4 Prognosebericht

Im Lagebericht für das Geschäftsjahr 2019 wurde für das Geschäftsjahr 2020 ein Jahresergebnis von 4,1 Mio. € bei einem Umsatz in Höhe von 52,3 Mio. € prognostiziert.

Die geplanten Umsatzerlöse wurden mit 57,2 Mio. € um 4,9 Mio. € überschritten. Das geplante Jahresergebnis wurde um 6,0 Mio. € verfehlt und beträgt -1,9 Mio. €.

Dies ist im Wesentlichen auf die gegenüber dem Plan gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen infolge der deutlich höheren Zuführung zu den langfristigen Rückstellungen und auf die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag zurückzuführen.

Je nach Preisentwicklung der Abfälle zur Verbrennung in Müllverbrennungsanlagen (MVA) verändert sich die Wettbewerbsfähigkeit der MBA bei biologisch abbaubaren Abfällen.

Weiter bestehen auf mittelfristige und langfristige Sicht erhebliche Prognoseunsicherheiten in Bezug auf die Mengen- und Preisentwicklung bei mineralischen Abfällen, bedingt auch durch mögliche Veränderungen bei den gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen. Zinsen und Teuerungsraten sind, aufgrund der langen Betrachtungszeiträume, ebenfalls Faktoren mit Prognoseunsicherheit.



In der Branche gibt es für Abfälle, die MBA-gesamt sind, aktuell ausreichende Abfallbehandlungskapazitäten. Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass sich die Abfallmengen auf bestehendem Niveau stabilisieren.

Die Geschäftsführung plant, trotz der weiterhin aktuell schwierigen Rahmenbedingungen und bei einer konservativen Prognose des Abzinsungssatzes gemäß HGB i.d.F. BilMoG, die dem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2021 zugrunde gelegt wurde, ein Jahresergebnis vor Steuern von 1,9 Mio. € sowie einen Umsatz von ca. 47,5 Mio. € (finanzielle Leistungsindikatoren – geändert zum Vorjahr).





### 3 Angaben zu den Beteiligungen der WEV

Die im 4. Quartal im Berichtsjahr 2020 neu gegründeten Beteiligungsunternehmen der WEV, die als "Projektgesellschaft" maßgebliche WEE GmbH & Co. KG sowie die WEE Verwaltungs GmbH, waren im Jahr 2020 (noch) nicht operativ tätig. Mitarbeiter waren im Berichtsjahr bei den Gesellschaften nicht beschäftigt. Die Unternehmen haben weder eine Wirtschaftsplanung noch einen Jahresabschluss für das Rumpfgeschäftsjahr 2020 aufgestellt.

Insofern beschränken sich die Darstellungen in diesem Beteiligungsbericht auf relevante, mögliche Angaben zu den beiden neuen Unternehmen.

#### 3.1 Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG

**Adresse:** Eutritzscher Straße 14 B  
04105 Leipzig

**Gründungsjahr:** 2020

**Rechtsform:** GmbH & Co. KG

##### **Unternehmensgegenstand/-zweck:**

Gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages hat das Unternehmen folgenden Unternehmensgegenstand:

"(1) Gegenstand des Unternehmens ist die Akquisition von Flächen, die Planung, die Errichtung und der Betrieb und/oder der Kauf/Verkauf von Photovoltaikanlagen, Windenergieanlagen, Energiespeichern und Anlagen zur Energiewandlung sowie von sonstigen Energieerzeugungsanlagen, insbesondere auf Deponien und Konversionsflächen.

(2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gegenstand des Unternehmens gefördert werden kann. Sie kann sich im Rahmen des Gesellschaftszwecks an anderen Unternehmen beteiligen."

##### **Kapital und Gesellschafter:**

An der Gesellschaft sind die WEV und die Stadtwerke Leipzig GmbH als Kommanditisten zu je 50 % beteiligt.

Die Hafteinlage der WEV und der Stadtwerke Leipzig GmbH beläuft sich jeweils auf 250,00 €.

Die Gesellschaft hat ein vollständig durch Pflichteinlagen der Gesellschafter zu erbringendes Festkapital von 25.000,00 €, an dem die beiden Kommanditisten jeweils mit einem festen Kapitalanteil von 12.500,00 € beteiligt sind.

Persönlich haftende Gesellschafterin ("Komplementär-GmbH") ist die Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs mbH. Diese leistet keine Einlage, verfügt über keinen



Beteiligungsbericht ZAW 2020

Kapitalanteil und ist nicht am Vermögen der Gesellschaft beteiligt. Zur Führung der Geschäfte ist nur die Komplementär-GmbH berechtigt und verpflichtet.

**Organe:** Gesellschafterversammlung  
Geschäftsführung

**Geschäftsführung:** Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH

**Beteiligungen:** Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH, 100 %

### 3.2 Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH

**Adresse:** Eutritzscher Straße 14 B  
04105 Leipzig

**Gründungsjahr:** 2020

**Rechtsform:** GmbH

#### Unternehmensgegenstand/-zweck:

Gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages hat das Unternehmen folgenden Unternehmensgegenstand:

"(1) Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an einer Kommanditgesellschaft, die die Planung, die Errichtung und den Betrieb und/oder den Kauf/Verkauf von Photovoltaikanlagen, Windenergieanlagen, Energiespeichern und Anlagen zur Energiewandlung sowie von sonstigen Energieerzeugungsanlagen, insbesondere auf Deponien und Konversionsflächen, zum Gegenstand hat.

(2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gegenstand des Unternehmens gefördert werden kann."

**Stammkapital:** 25.000,00 €

**Gesellschafter:** Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG, 100 %

**Organe:** Gesellschafterversammlung  
Geschäftsführung

**Geschäftsführung:** Martin Faßhauer  
Dr. Karsten Mänz





### Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen

Anlagenintensität	=	$\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen}} \times 100 \%$
Änderung des Anlagevermögens	=	$\frac{\text{Anlagevermögen des Geschäftsjahres} - \text{Anlagevermögen des Vorjahres}}{\text{Anlagevermögen des Vorjahres}} \times 100 \%$
Eigenkapitalquote	=	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$
Fremdkapitalquote	=	$\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$
Liquidität 1. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}} \times 100 \%$
Liquidität 2. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen} + \text{Vorräte}}{\text{kurzfristiges Fremdkapital}} \times 100 \%$
Working capital	=	Umlaufvermögen – kurzfristige Verbindlichkeiten
Personalaufwandsquote	=	$\frac{\text{Personalaufwand}}{\text{Umsatzerlöse}} \times 100 \%$
Eigenkapitalrendite	=	$\frac{\text{Jahresergebnis (Gewinn/Verlust)}}{\text{Eigenkapital}} \times 100 \%$
Gesamtkapitalrentabilität	=	$\frac{\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$
Umsatzrentabilität	=	$\frac{\text{Jahresergebnis}}{\text{Umsatzerlöse}} \times 100 \%$
Pro-Kopf-Umsatz	=	$\frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Mitarbeiteranzahl}}$



## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2020 .....	6
Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) per 31.12.2020 .....	8
Tabelle 3: Bilanzdaten (T€) WEV per 31.12.2020 .....	9
Tabelle 4: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2018– 2020 .....	12
Tabelle 5: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten .....	11
Tabelle 6: Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2018 bis 2020 .....	15

## Abkürzungsverzeichnis

DGW	-	Deponie Groitzsch-Wischstauden
DSH	-	Deponie Seehausen
EBIT	-	"Earnings before interest and taxes" (Ergebnis bzw. Gewinn vor Zinsen und Steuern, auch als betriebliches oder operatives Ergebnis bezeichnet)
GuV	-	Gewinn- und Verlustrechnung
KrWG	-	Kreislaufwirtschaftsgesetz
MBA	-	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
MVA	-	Müllverbrennungsanlage
SächsKrWBodSchG	-	Sächsisches Kreislaufwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
T€	-	1.000 Euro
Tt	-	1.000 Tonnen
WEE GmbH & Co. KG	-	Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG
WEE Verwaltungs GmbH	-	Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH
WEV	-	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
ZAW	-	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZDC	-	Zentraldeponie Cröbern

# Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Am Westufer 3  
04463 Großpösna / OT Störmthal  
Tel.: 034299 / 530  
E-Mail: info@wev-sachsen.de  
Webseite: www.wev-sachsen.de

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 24.06.1991

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Gegenstand des Unternehmens sind entsprechend § 2 des Gesellschaftsvertrages die Planung, der Bau und der Betrieb von Verwertungs- und Beseitigungsanlagen, vorrangig in der Region Westsachsen im Verbandsgebiet des ZAW. Hierzu gehört auch die Erfüllung aller sonstigen Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, sofern sie der Erfüllung des Unternehmensgegenstandes nach vorstehendem Satz 1 dienen.

### Stammkapital:

Stammkapital	1.000.000€
--------------	------------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Dipl.-Ing. Bernd Beyer
-----------------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	510.000 €	51,0%
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	490.000 €	49,0%

### Beteiligungen

Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH und Co. KG	12.500 €	50,0%
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	490.000 €	49,0%

## Finanzbeziehungen

	12/2018	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-	-
<b>Sonstiges</b>	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>	-	-	-
<b>Zuschüsse</b>	-	-	-
<b>Bürgschaften</b>	-	-	-

## IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

*Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) dargestellt.*

# Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH und Co. KG

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Eutritzscher Straße 14 b  
04105 Leipzig

**Rechtsform:** GmbH & Co. KG

**Gründungsdatum:** 23.12.2020

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

**Datum der aktuellen Satzung:** 07.10.2020

### Unternehmensgegenstand:

Gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages hat das Unternehmen folgenden Unternehmensgegenstand:

"(1) Gegenstand des Unternehmens ist die Akquisition von Flächen, die Planung, die Errichtung und der Betrieb und/oder der Kauf/Verkauf von Photovoltaikanlagen, Windenergieanlagen, Energiespeichern und Anlagen zur Energiewandlung sowie von sonstigen Energieerzeugungsanlagen, insbesondere auf Deponien und Konversionsflächen.

(2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gegenstand des Unternehmens gefördert werden kann. Sie kann sich im Rahmen des Gesellschaftszwecks an anderen Unternehmen beteiligen."

### Stammkapital:

Stammkapital	25.000€
--------------	---------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Das Unternehmen verfügt über keine besetzten Organe.

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Stadtwerke Leipzig	12.500 €	50,0%
Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	12.500 €	50,0%

### Beteiligungen

Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH	25.000 €	100,0%
--	----------	--------



## Finanzbeziehungen

	12/2020
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-
Finanzmittelzufluss	-
Erträge aus Verlustübernahme	-
Zuschüsse	-
Bürgschaften	-

## IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

*Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur Westsächsischen Erneuerbaren Energien GmbH und Co. KG sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) dargestellt.*

# Westsächsische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Eutritzscher Straße 14 b  
04105 Leipzig

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 23.12.2020

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

**Datum der aktuellen Satzung:** 07.10.2020

### Unternehmensgegenstand:

Gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages hat das Unternehmen folgenden Unternehmensgegenstand:

"(1) Gegenstand des Unternehmens ist die Beteiligung als persönlich haftende und geschäftsführende Gesellschafterin an einer Kommanditgesellschaft, die die Planung, die Errichtung und den Betrieb und/oder den Kauf/Verkauf von Photovoltaikanlagen, Windenergieanlagen, Energiespeichern und Anlagen zur Energiewandlung sowie von sonstigen Energieerzeugungsanlagen, insbesondere auf Deponien und Konversionsflächen, zum Gegenstand hat.

(2) Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen und Geschäften berechtigt, durch die der Gegenstand des Unternehmens gefördert werden kann."

### Stammkapital:

Stammkapital	25.000€
--------------	---------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

Das Unternehmen verfügt über keine besetzten Organe.

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Westsächsische Erneuerbare Energien GmbH und Co. KG	25.000 €	100,0%
---	----------	--------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

## Finanzbeziehungen

	12/2020
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-
Finanzmittelzufluss	-
Erträge aus Verlustübernahme	-
Zuschüsse	-
Bürgschaften	-

## IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

*Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur Westsächsischen Erneuerbaren Energien Verwaltungs GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) dargestellt.*



## **Sparkasse und IT**



# Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Eilenburger Straße 1 a

04317 Leipzig

Tel.: 0351 86652100

E-Mail: post@kisa.it

Webseite: <http://www.kisa.it>

**Rechtsform:** KdöR

**Gründungsdatum:** 01.01.2004

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Die KISA stellt ihren Mitgliedern Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörigen Service zur Erledigung und Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche die Mitglieder ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können. Diese Leistungen kann die KISA auch für Nichtmitglieder erbringen.

Insbesondere sorgt die KISA für Wartung, Pflege und Weiterentwicklung beziehungsweise für Ersatz/Ablösung der bereitgestellten Verfahren sowie für einen möglichst integrierten Einsatz durch Bereitstellung entsprechender Schnittstellen. Sie unterstützt in allen Anwendungsverfahren und in allen Fragen, die mit ihrer Leistung im Zusammenhang stehen und führt Schulungen durch, wobei rechtliche Beratungen jedoch ausgeschlossen sind. Die KISA berät und unterstützt bei der Auswahl, Beschaffung und der Nutzung von Hard- und Software. Sie erwirbt Gebietslizenzen und schließt Rahmenverträge mit Dritten für Lieferungen und Leistungen. Auf dem Gebiet der technikunterstützten Informationsverarbeitung vertritt sie die Interessen der Verbandsmitglieder und achtet auf die Einhaltung der Datenschutz- und Datensicherheitsbestimmungen.

### Stammkapital:

Gesamtstimmen	2.564 Stimmen
---------------	---------------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Andreas Bitter
---------------------

### Verbandsvorsitzender

Herr Ralf Rother
------------------

**III BETEILIGUNGEN****Mitglieder**

Verbandsmitglieder	Anteil	Stimmen
verschiedene	98,83 %	2.534
<b>Landkreis Leipzig</b>	<b>1,17 %</b>	<b>30</b>

**Beteiligungen**

KDN - Kommunale DatenNetz GmbH	60.000 €	100,0%
KOMM24 GmbH	5.000 €	20,0%
Lecos GmbH	20.000 €	10,0%
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	5.000 €	2,3%

**Finanzbeziehungen**

	12/2018	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-	-
<b>Sonstiges</b>	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>	-	-	-
<b>Zuschüsse</b>	-	-	-
<b>Bürgschaften</b>	-	-	-

**IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE**

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

Die **betriebswirtschaftliche Lage** wird wie folgt beurteilt:

**I. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschl. des Geschäftsergebnisses**Allgemeines

Der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) ist der kommunale IT-Dienstleister in Sachsen und stellt seinen Mitgliedern und Kunden Softwareanwendungen, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörige Serviceleistungen zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikerunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche sie ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können. Darüber hinaus ist KISA für integrierte IT-Lösungen im öffentlichen Sektor zuständig.

Die KISA ist ein Zweckverband mit 268 Mitgliedern und arbeitet auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit. Zum 31. Dezember 2020 waren bei KISA 120 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt (**Jahresdurchschnitt 116**). Neben den 268 Verbandsmitgliedern betreut KISA viele weitere Kunden, darunter insbesondere kommunale Einrichtungen und sonstige Körperschaften des öffentlichen und privaten Rechts in Mitteldeutschland.

## Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

Zur Vereinfachung und Erledigung von Verwaltungsaufgaben der öffentlichen Hand bietet KISA Softwareanwendungen, IT-Dienstleistungen und IT-Komplettlösungen. Zentrale Datenhaltung und -sicherung sowie IT-Outsourcing ergänzen den Leistungsumfang. Ein weiteres großes Aufgabengebiet besteht in der umfassenden informationstechnischen und fachlichen Beratung und Betreuung der Kunden. Dazu gehören unter anderem die Unterstützung beim Anwenden der Softwareanwendungen sowie ein Hotline-Service. Die Softwareanwendungen werden installiert und administriert. KISA führt dabei insbesondere die Wartung, Pflege und Weiterentwicklung der Software durch. Die Entwicklung von Softwareanwendungen erfolgte vor allem im Bereich des Finanzwesens gemeinsam mit der SASKIA GmbH und für Schnittstellen zum Dokumentmanagementsystem. Weiterhin wurden in Zusammenarbeit mit der Komm24 GmbH Online-Antragsassistenten im Rahmen der Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG) entwickelt und auf die sächsischen Bedürfnisse angepasst.

Die Kunden der KISA nutzen zu einem großen Anteil die Vorteile eines Rechenzentrums, was eine effiziente, sichere und schnelle Bearbeitung der Daten bietet. Dazu bedienen wir uns der Rechenzentren der Lecos GmbH sowie der GISA GmbH.

Darüber hinaus bietet KISA umfangreiche Beratungsleistungen zu Hard- und Software in Kommunalverwaltungen und Schulen sowie Informationssicherheit, Lizenzmanagement und Datensicherheit an. Durch Workshops und Schulungen unterstützt KISA seine Kunden und Mitglieder in ihrem Bestreben, stets auf dem neuesten Stand der EDV-Anwendung zu bleiben.

Die o.g. Dienstleistungen erbrachte KISA im Berichtsjahr im Wesentlichen in folgenden Geschäftsstellen:

### Ort

### Mitarbeiter zum 31.12.2020

Leipzig, Eilenburger Straße 1 a	45
Dresden, Semperstraße 2	39
Chemnitz, Neefestraße 88	36

### Grundlagen der Wirtschaftsführung

Gemäß § 58 Abs. 2 SächsKomZG i. V. m. § 17 Abs. 2 der Verbandssatzung finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen des Zweckverbands unmittelbare Anwendung. Gemäß SächsEigBVO gelten darüber hinaus auch die Vorschriften der Gemeindeordnung sowie die sonstigen für Gemeinden maßgebenden Vorschriften.

Gemäß Abschnitt 4 der SächsEigBVO vom 10. Dezember 2018 sind für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres ein aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang bestehender Jahresabschluss sowie ein Lagebericht aufzustellen. Dabei sind die Vorschriften des HGB sowie der SächsEigBVO zu beachten.

Der Wirtschaftsplan und die dazugehörige Haushaltssatzung der KISA für das Wirtschaftsjahr 2020 wurden am 27. September 2019 durch die Verbandsversammlung beschlossen. Die Genehmigung durch die Landesdirektion Sachsen (Rechtsaufsichtsbehörde) wurde am 11. November 2019 erteilt. Die Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2020 wurde am 12. Dezember 2019 im Sächsischen Amtsblatt Nr. 50/2019 veröffentlicht.

### Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Die Branche der kommunalen Informations- und Kommunikationstechnik stellt in der Gesamtwirtschaft einen immer größeren Bestandteil dar, insbesondere auch im Zusammenhang mit der Digitalisierung. Mit der Herausforderung zur Umsetzung des OZG sowie des Digitalpakts Schulen steigt das Wachstum der kommunalen IT-Branche kontinuierlich. Geschäftsprozesse müssen analysiert und automatisiert bereitgestellt werden. Die Digitalisierung verändert Unternehmens- und Verwaltungskulturen, schafft Arbeitsplätze und etabliert neue Produkte. Damit wächst der Markt für IT-Dienstleistungen stetig. Im Zuge des OZG wird die elektronische Verarbeitung von Verwaltungsleistungen über vernetzte Portale verstärkt vorangetrieben. Mit der Gründung der Komm24 GmbH im Jahr 2019 wurde die Voraussetzung geschaffen, die relevanten Digitalisierungsaufgaben sachsenweit identifizieren zu können und sie gemeinsam mit den anderen kommunalen IT-Dienstleistern (SAKD, Lecos GmbH, Eigenbetrieb Dresden (eBit), der IuK-Abteilung der Stadt Chemnitz) strukturiert und standardisiert abzuarbeiten.

Auch das Inkrafttreten der EU-Datenschutzgrundverordnung zum 25. Mai 2018 sowie die Inkraftsetzung des Gesetzes für Informationssicherheit in Sachsen in 2019 hat die Wirtschaft und Verwaltung vor neue Herausforderungen gestellt. Die Informationssicherheit und der Datenschutz haben ab dem Jahr 2018 enorm an Bedeutung gewonnen. Im Jahr 2020 stand dabei die Fortschreibung der Optimierung der hierfür benötigten Prozesse und Unterlagen sowie die Etablierung in den Kommunalverwaltungen im Vordergrund.

Darüber hinaus ist die gesellschaftliche, technologische und demografische Entwicklung im Wandel. Die teilweise schwierige Haushaltslage und die Internationalisierung bzw. Europäisierung ist seit den vergangenen Jahren ständiger Begleiter des Verwaltungshandelns. Staatliche Aufgaben sollen effizient, bürgerfreundlich und in hoher Qualität erfüllt, die Abläufe (Prozesse) optimiert und die elektronische Verwaltungsarbeit (E-Akte, Langzeitspeicherung – und archivierung) eingeführt werden.

Mit der Einführung des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung im Freistaat Sachsen (SächsEGovG) vom 09. Juli 2014 wird die elektronische öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit der Behörden des Freistaates Sachsen sowie der seiner Aufsicht unterliegenden Körperschaften geregelt. Diesen Anforderungen haben sich IT Unternehmen wie die KISA zu stellen, auf dem IT Gipfel des Bundes 2016 wurden dazu weitere Eckpunkte und Aufgaben für die Zukunft festgelegt. Im Vordergrund steht hierbei vor allem das nationale Bürgerkonto und somit der barrierefreie elektronische Zugang für die Bürgerinnen und Bürger zu ihrem jeweiligen Rathaus, Amt etc.

Aufgrund der gesetzlichen Regelung werden seitens KISA Beratungspakete bzw. Produkte mit folgenden Inhalten bereitgestellt:

- Internetauftritt, Barrierefreiheit und Formulare
- IT-Sicherheit
- Datenschutz
- Lizenzmanagement
- Technische Infrastruktur
- Ausstattung von Schulen
- Dokumentenmanagementsystem VIS sowie zukünftig ein Zentrales DMS (rechenzentrumsbasiert)
- Internetauftritt CMS.KISA in Verknüpfung mit Sitzungsdienst, Ratsinformationssystem, Formularservices, E-Poststelle, Datenverschlüsselung und Datenübermittlung

Parallel hierzu beeinflusste die Corona-Pandemie die Branchenentwicklung maßgeblich. Neben Lieferschwierigkeiten von Hardware aufgrund von Produktionsausfällen und Logistikengpässen erfolgte gleichzeitig die Umgestaltung der bisher praktizierten Arbeitsweise und Zusammenarbeit. Die Pandemie verdeutlichte massiv, wie wichtig Digitalisierung und die damit

notwendige verbundene Ausstattung von Hard- und Software ist. Insbesondere im kommunalen Bereich wurde teilweise umfangreicher Nachholbedarf offensichtlich. Darüber hinaus prägte die Corona-Pandemie das Handeln von KISA nachdrücklich – seit Mai 2020 waren ca. 90-95% der Mitarbeiter für die Kunden von KISA ganz- oder in wechselnden Zyklen im Home Office tätig. Schulungen und Kundentermine wurden nahezu vollständig über Videokonferenzen (insbesondere in Q4/2020) wahrgenommen, ohne dass es zu einem nennenswerten negativen wirtschaftlichen Faktor für den Zweckverband im abgelaufenen Wirtschaftsjahr wurde.

### Geschäftsverlauf

Im Jahr 2020 konzentrierte sich KISA auf den Ausbau der Servicekultur gegenüber den Kunden sowie den Aufbau neuer Geschäftsfelder im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltungsaufgaben, der Beratungsleistungen im Datenschutz, der IT-Sicherheit und im Lizenzmanagement, dem regionalen Ausbau der Leistungserbringung mit dem Dokumentenmanagement VIS und der Erbringung der Dienstleistung im Hard- und Software-Bereich für Schulen. Die Aufstellung des Personalentwicklungskonzeptes erfolgte zum 30. Juni 2020.

KISA hat im Zuge der Optimierung von Arbeitsprozessen und -abläufen Organisationsveränderungen zum 01.06.2020 vorgenommen. Demnach wurde die Stabsstelle Controlling eingerichtet. Dem Bereich Finanzwesen wurde der Fachbereich Verfahrensbetrieb aus den Technischen Services zugeordnet und die bisherigen Fachbereiche Doppik und Veranlagung im Fachbereich „Service & Support“ zusammengefasst. Außerdem wurde der Fachbereich Digitale Services in den Bereich Technische Services umgeordnet.

Als weitere Organisationsveränderung wurde der Bereich Kundenmanagement zum 09.11.2020 als Stabsbereich der Geschäftsführung zugeordnet.

Der Zweckverband hielt mit Stichtag 31. Dezember 2020 insgesamt **268 Verbandmitglieder**. Aufgrund der anhaltenden positiven Entwicklung des Verbandes wurden 2020 sieben Verbandsmitglieder durch die Verbandsversammlung neu aufgenommen.

Die im Jahr 2019 begonnene komplette Überarbeitung des Service Desk, ergänzt um die Prüfung der Erweiterung der Telefon-Anlage wie auch des Ticketsystems mit einem systembasierten Handling der eingehenden Anrufe, wurde im Jahr 2020 weiter fortgesetzt. Die produktive Umsetzung ist für 2021 avisiert und die Ausschreibung eines neuen Ticketsystems hatte in 2021 schon stattgefunden. Leider war im Verlaufe der Bearbeitungszeit der Ausschreibungsinhalt anzureichern und dadurch letztlich das Vergabeverfahren falsch gewählt, so dass die Ausschreibung aufgehoben werden musste und nun einer Wiederholung bedarf.

Die Ist-Prozesse zum Notfallmanagement, Changemanagement, Incidentmanagement und Service-Request-Management wurden Ende 2020 größtenteils abgeschlossen und werden zum 01.01.2021 produktiv gesetzt.

Folgende neue Produkte und Dienstleistungen wurden in das Produktportfolio von KISA aufgenommen:

- Intelligente Online-Antragsassistenten
- iKOL
- iKfz
- Votemanager
- Infoma – zweites Finanzverfahren
- Zentrales rechenzentrumsbasiertes Dokumentenmanagementsystem

Am 26. Februar 2020 fand zum 4. Mal das Kundenforum von KISA in Radebeul statt. Mit einer Teilnehmerzahl von über 200 Besuchern hat sich das Interesse am Kundenforum zum Vorjahr nahezu verdoppelt. Schwerpunkte waren die digitale Verwaltung und die Verwaltungsmodernisierung.



Das Umstellungsprojekt in der Veranlagung wurde weiter fortgesetzt. Die 45 offenen Einnahmearten in den Sonstigen Einnahmearten aus dem Umstellungszyklus 2018/19 konnten mit Hilfe der angepassten Schnittstellen erfolgreich zum Jahreswechsel 2019/2020 von KM-V in die IFR-Veranlagung umgestellt werden. Für die Realsteuern (Grund- und Gewerbesteuer) sowie für die Hundesteuer erfolgen die künftigen Umstellungen unterjährig, für die Sonstigen Einnahmen stichtagsbezogen zum Jahreswechsel (ohne die Übernahme von historischen Bescheiddaten). Im Jahr 2020 erfolgte die Migration wie geplant für 18 weitere Kunden.

Im Finanzwesen wurde das Vergabeverfahren für das zweite Finanzverfahren abgeschlossen. Die Zuschlagserteilung erfolgte im September durch die Verbandsversammlung.

In Zusammenarbeit mit der Komm24 GmbH konnten in 2020 u.a. folgende Anträge pilotiert bzw. ausgerollt werden:

- Gewerbeanzeige
- Anmeldung zur Hundesteuer
- Verdienstausfall Freiwillige Feuerwehr
- Beantragung von Auszügen aus den Personenstandsregistern
- Kommunale Corona-Soforthilfe für eine in 2020 vorübergehende Nutzung
- Entschädigung nach dem Infektionsschutz für 1 Kunden

Für eine Pilotierung im Jahr 2021 sind der Wohngeldantrag sowie die Anträge zum Bewohnerparken, zur Baumfällung und zur Nutzung von Sportplätzen vorgesehen.

Die Anträge haben unterschiedliche Komplexität und können neben der Aufnahme von Daten bis ins angeschlossene Fachverfahren auch für die Datenweiterleitung an nachgelagerte Institutionen genutzt werden. Mittlerweile bietet KISA dabei sogar die Anbindung von Anträgen an individuelle Fachverfahren an.

Nachdem im Jahr 2020 Aufträge für 85 Anträge umgesetzt wurden, lag diese Zahl im 1. Quartal 2021 schon bei 45. Zum Rollout standen Ende des 1. Quartals 2021 noch knapp 30 beauftragte Anträge an, während die Beauftragungen regelmäßig weiter stiegen.

Durch den Fachbereich Personalwesen konnte im I. Quartal die Umstellung aller Kunden im Loga auf den neuen WEB-Client erfolgreich abgeschlossen werden. Parallel hierzu erfolgte die intensive Auseinandersetzung mit der neuen Plattform Loga All-In, welche im Mai 2020 produktiv gesetzt wurde und ab September 2020 mit einer durchschnittlichen Preissenkung für die Kunden verbunden war. Die Performance der Plattform Loga All-In war in 2020 immer wieder durch herstellereitig bedingte Destabilität der Software gekennzeichnet.

Die Arbeit im Fachbereich Schulen war überwiegend durch die neue Mobile-Endgeräte-Förderverordnung – MobilEndFöVO geprägt. Durch ein Sofortausstattungsprogramm des Bundes im Umfang von 500 Mio. EUR und einer Zusatzvereinbarung zur bestehenden Bund-Länder-Vereinbarung zum Digitalpakt Schule zwischen Bund und Ländern erhielt der Freistaat Sachsen neue Mittel, um die während der Corona-Pandemie in vielen Schulen eingerichteten digitalen Angebote zu unterstützen. Insbesondere die damit verbundenen Beratungsleistungen und Beschaffungen von Hardware stellten eine große Herausforderung für den neuen Fachbereich dar.

Seit Anfang September 2020 stellte KISA sich der Aufgabe eine Produktvalidierung über alle Bestandsprodukte des Zweckverbands. Leitfragen der Produktvalidierung waren auf der einen Seite die Frage nach der Leistungs- und Wertschöpfungstiefe und auf der anderen Seite, inwiefern die Produkte für die aktuellen Herausforderungen bzgl. der Digitalisierung der Verwaltungsleistungen noch passgenau sind. In 2021 wird die Fortsetzung und der Abschluss der Validierung zum 30.06.2021 erfolgen. Ziel ist eine neue Strategie für den Zweckverband in seiner inhaltlichen und produkttechnischen Ausrichtung bis zur Jahresmitte 2021 zu entwerfen.

Mit Urteil vom 6. November 2020 lehnte das Sächsische Obergerverwaltungsgericht den Normenkontrollantrag der Großen Kreisstadt Großenhain und weiterer Gemeinden gegen die Verbandssatzung von KISA ab. Den Antragstellerinnen wurden die Kosten des Verfahrens auferlegt, die Revision wurde nicht zugelassen.

Das SächsOVG hat mit mehreren gleichlautenden Urteilen vom 30.03.2020 bzw. 31.03.2020 die Berufungen des Zweckverbandes gegen Urteile des Verwaltungsgerichts Chemnitz vom 15.06.2016 zurück gewiesen. Zur Begründung wurde im Wesentlichen angeführt, dass die Regelung zur Umlageverteilung in § 16 Abs. 3 Verbandssatzung fehlerhaft ist. Das SächsOVG hat mit seinem Urteil u. a. das Recht des Zweckverbandes, Umlagen zu erheben, ausdrücklich bestätigt. Die betroffenen Umlagen wurden erstattet.

Durch die Verbandsversammlung erfolgte aufgrund des Urteils eine Änderung des Umlageschlüssels zu gunsten des jeweiligen Umsatzes. Daraufhin hat KISA die Kläger vor dem Verwaltungsgericht Dresden gleichgestellt und deren Umlagebescheide aufgehoben. Entsprechenden Widersprüchen wurde stattgegeben. Im Gegenzug wurden nach neuem Umlageschlüssel neue Umlagebescheide festgesetzt. Gegen diese Bescheide sind erneut 3 Klagen bzw. 9 Widersprüche eingegangen, mit denen sich KISA nun auseinandersetzen muss.

Im Corona-Steuerhilfegesetz wurde im Sommer 2020 der Optionszeitraum für die Anwendung des § 2b UStG um zwei Jahre bis zum 31.12.2022 verlängert. Die von KISA abgegebene Optionserklärung gilt damit auch für den Zeitraum 01.01.2021 bis 31.12.2022. KISA hat sich jedoch im Verlaufe des Jahres 2020 dazu entschieden, die Technikverkäufe dem Betrieb gewerblicher Art Datenverarbeitung und Rechnerleistungen zuzuordnen und damit steuerpflichtig zu machen. Dies erfolgte im Rahmen der Steuererklärung für das Jahr 2019 und gilt auch für die Vorjahre ab 2015.

Das Geschäftsfeld der Technikverkäufe hat nach dem Beitritt in die ProVitako e.G. mehr und mehr an Bedeutung gewonnen und wird aktuell durch die Mobile Endgeräteförderung, die Lehrer-Endgeräteförderung sowie den Digitalpakt Schulen nochmals deutlich befördert. Im Vergleich zu anderen Dienstleistungen von KISA wie der Verfahrensbereitstellung und Betreuung im öffentlichen Sektor oder spezieller Beratungsleistungen unterscheiden sich die Tätigkeiten von KISA im Geschäftsfeld der Technikverkäufe inhaltlich wenig vom Agieren privatrechtlicher Anbieter. Diese Betrachtungsweise sowie das anwachsende Volumen veranlasste KISA, die Materialverkäufe vorsorglich dem BgA zuzuordnen und diese Vorgehensweise nachträglich auch für die Vorjahre mit dem Finanzamt abzuklären.

In der Folge wird das Finanzamt den Umfang der Beistandsleistungen von KISA in einer Betriebsprüfung für die Jahre 2015 bis 2019 untersuchen. KISA hat das grundsätzliche Betätigungsfeld in den letzten Jahren nicht wesentlich verändert. Gemeinsam mit dem Finanzamt werden daher die von KISA bisher als umsatzsteuerfrei geführten Leistungen unter dem Aspekt der sich fortentwickelnden steuerrechtlichen Rahmenbedingungen und neuerer Auslegungen zu Beistandsleistungen aktuell bewertet. KISA ist dadurch ggfls. mit dem Risiko einer Umsatzsteuernachzahlung konfrontiert.

### Investitionen 2020

	Plan 2020	Ist 2020
	T€	T€
Outsourcing LK Leipzig	185,25	156,90
Outsourcing Dahlen	-	10,00
Outsourcing Groitzsch	6,15	18,80
Outsourcing Niesky	0,85	2,20
Outsourcing Reichenbach	0,87	-
Outsourcing Limbach-Oberfrohna	8,12	3,80

Outsourcing Zwenkau	25,00	0,60
Outsourcing Leisnig	11,96	2,40
Outsourcing Borsdorf	12,74	31,80
Outsourcing Radeburg	3,99	-
Outsourcing Großpösna	2,30	6,50
Outsourcing Böhlen	16,76	9,80
Outsourcing Kabelsketal	-	2,30
Outsourcing Crimmitschau	23,32	15,20
Outsourcing Rötha	-	1,00
Outsourcing Neukunde (LK Weimarer Land)	38,67	73,10
IT-Schulen	671,16	4,20
<b>Summe IT-Outsourcing</b>	<b>1.007,14</b>	<b>338,60</b>
Systemtechnik KISA intern	181,01	71,20
Geschäftsstellen KISA	48,00	2,80
Geschäftsführung	26,60	-
Back.up	3,00	-
KIN-S	12,00	6,50
Kundenservice	-	23,50
Verfahrensbetrieb	500,51	27,60
Sonstiges und neue Projekte	5,74	5,00
<b>Summe Sonstiges</b>	<b>776,86</b>	<b>136,60</b>
<b>Gesamt</b>	<b>1.784,00</b>	<b>475,20</b>

Im Vergleich der geplanten mit den durchgeführten Investitionen 2020 ist auffällig, dass ein erheblicher Teil nicht zu Umsetzung gekommen ist. Insgesamt liegt das Investitionsaufkommen 1.309 T€ unter dem Planwert. Insbesondere betrifft dies die geplanten Investitionen für IT für Schulen, aber auch die im Rahmen einer Microsoft Betriebssystemaktualisierung im Rechenzentrum erwarteten Kosten für RDS und CALs.

Ein Teil dieser nicht genutzten investiven Mittel wird tatsächlich nicht mehr benötigt. So hat sich das Outsourcing-Modell im Schulbereich aufgrund der von Bund und Land veränderten Rahmenbedingungen für die Beschaffung nicht etabliert, die Technik wird von KISA als Handelsware direkt weiterveräußert. Diese Entwicklung war zum Zeitpunkt der Planung 2020 noch nicht abzusehen.

Die Betriebssystemaktualisierung ist noch nicht komplett erfolgt, es stehen aber im Jahr 2021 erneut investive Mittel für diesen Zweck zur Verfügung.

Für einen Teil der bisher noch nicht genutzten investiven Mittel hat sich die Umsetzung nur zeitlich verschoben. Daher werden 561 T€ in das Jahr 2021 übertragen.

Neben den geplanten Investitionen sind in 2020 auch Investitionen zur Umsetzung gekommen, welche aus zeitlichen und organisatorischen Gründen im Jahr 2019 nicht komplett getätigt werden konnten. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte aus restlichen Mitteln des Investitionskredites 2019 (336 T€) und dem 2020 aufgenommenen Kredit (700 T€).

Umsätze der einzelnen Betriebszweige

Bereiche	Erlöse 2020	Erlöse 2019	Abweichungen	
	T€	T€	T€	
Finanzwesen	4.351	4.219	132	3%
Bürgerservice und Personalwesen	8.056	7.756	300	4%
IT-Service	6.075	2.196	3.879	177%
Organisationsberatung	-	1.857	- 1.857	-100%
Kurier / Verwaltung / Warenkorb	1.047	674	373	55%
Sonstiges	46	36	10	28%
<b>Summe</b>	<b>19.575</b>	<b>16.738</b>	<b>2.837</b>	<b>16,9%</b>

Im Vergleich zum Vorjahr erhöht sich der Umsatz um 2.837 T€. Der Mehrumsatz ist insbesondere im Anstieg der Technikverkäufe begründet (1.924 T€), in der fortgesetzten Erweiterung der Leistungen im Antragsmanagement (587 T€) sowie im Dokumentenmanagementsystem VIS (427 T€). Auch durch die Umstellung vom Virtuellen Rathaus auf das CMS konnte ein Zugewinn erzielt werden (74 €), ebenso über den Webshop (210 T€). Erwartet rückläufig waren die Umsätze für Wahlen.

Im Wirtschaftsplan 2020 wurde ein Umsatz von 20.679 T€ geplant. Dieses Ziel wurde nicht erreicht.

Eine der Hauptursachen sind trotz steigender Tendenz die im Vergleich zum Plan geringeren Umsätze für Technikverkauf an Schulen und über den Webshop, die sich jedoch in allgemeinen Lieferschwierigkeiten begründen und nicht in mangelnder Nachfrage.

Einige Dienstleistungen konnten im Jahr 2020 nicht so ausgebaut werden wie zum Planungszeitraum erwartet. Dies betrifft z.B. die Beratungsleistungen zum Datenschutz sowie zur IT-Sicherheit. Ursache hierfür sind u.a. Ressourcenengpässe, aufgrund derer die für 2020 geplante Neukundenanzahl noch nicht gebunden und die erst nach Ablauf des Jahres beseitigt werden konnten.

Durch eine deutlich geringere Verfügbarkeit unserer Kunden aufgrund der im Frühjahr 2020 ausgebrochenen Corona-Pandemie konnten ganz allgemein die Schulungs- und Beratungsleistungen von KISA nicht so ausgebaut werden wie zum Planungszeitraum erwartet, z.B. für das Finanzwesen oder das Standesamtsverfahren. Für Schulungen, die KISA bisher regelmäßig als Präsenzveranstaltungen durchgeführt hatte, wurden im Verlaufe des Jahres 2020 Alternativen gesucht und in Form von Webinaren auch gefunden.

Im Verlaufe des Jahres 2020 gab es diverse organisatorische Veränderungen, so dass sich die Zuordnung von Kostenträgern zu den Bereichen etwas verändert hat.

Personalentwicklung

	Stand	Zugang	Abgang	Stand
	31.12.2019	2020	2020	31.12.2020
Vollzeit-Mitarbeiter	92	19	13	98
Teilzeit-Mitarbeiter	18	2	4	16
Geringfügig Beschäftigte	0	0	0	0
Altersteilzeit Arbeitsphase	1	1	1	1
Altersteilzeit Freizeitphase	0	1	1	0
Auszubildende	4	0	0	4
BA-Studenten	0	1	0	1
<b>Gesamt</b>	<b>115</b>	<b>24</b>	<b>19</b>	<b>120</b>

Im Vergleich zum Vorjahr konnte der Personalbestand im Jahr 2020 ausgebaut werden. Personalzugänge erfolgten insbesondere für den Digitalen Service, den Bereich Finanzwesen inkl. Verfahrensbetrieb, das Antragsmanagement, die Fachbereiche Bürgerservice und Schulen sowie für die zentralen Dienste. Personalabgänge sind in Kündigungen durch den Arbeitnehmer, im Auslaufen von befristeten Verträgen und in der Nichtübernahme nach Beendigung der Probezeit begründet.

#### Personalaufwendungen

	2020	2019	Abweichung	
	T€	T€	T€	
Gehälter / Brutto	5.916	5.249	667	13%
Aufstockungszulage ATZ	23	25	- 2	100%
Beitrag Unfallversicherung (BG)	28	24	4	17%
Gesetzlicher Sozialaufwand	1.120	974	146	15%
Zusatzversorgung	221	518	- 297	-57%
Aufwendungen Altersvorsorge	139	327	- 188	-57%
<b>Summe</b>	<b>7.447</b>	<b>7.117</b>	<b>330</b>	<b>5%</b>

Die Personalaufwandsquote lag im Berichtsjahr bei 38 % der Umsatzerlöse (Vorjahr 41 %). Aufgrund der teilweisen Schwierigkeiten bei der Besetzung offener Planstellen mit adäquaten Fachpersonal blieben die Personalaufwendungen unter dem Planwert.

#### Geschäftsergebnis

Aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung entstand zum Jahresende ein positives Ergebnis von 322 T€ (Vorjahr 584 T€). Auch im Wirtschaftsjahr 2020 erfolgte keine Erhebung von Umlagen.

Ursachen für das positive Ergebnis waren insbesondere:

- Fortführung der Umsetzung kostendeckender Preise
- geringere Personalaufwendungen aufgrund nicht besetzter Stellen
- Ausnutzung aller vertretbaren Einsparmöglichkeiten
- geringere Abschreibungen aufgrund nicht notwendiger Investitionen
- Auflösung von nicht mehr erforderlichen Rückstellungen insbesondere für die Klageverfahren gegen die Umlage sowie für Nachlizenzierungen

Zur Stabilisierung der Ertragssituation hat KISA auch im Jahr 2020, die Produkt- und Dienstleistungspreise kontinuierlich und orientiert an der Kostenentwicklung der kommunalen IT-Branche auf einem kostendeckenden Niveau fortgeschrieben und Steigerungen bei den Material- und Personalaufwendungen bei der Kalkulation berücksichtigt. Die Erweiterung unserer Angebote, insbesondere im Datenschutz, Antragsmanagement und IT-Technik Schulen, sowie die regionale Erweiterung auf Thüringen mit dem Leistungsangebot Dokumentenmanagementsystem VIS, wirkt sich weiterhin positiv auf die Entwicklung von KISA aus. Dies wird sich auch in 2021 fortsetzen.



## II. Darstellung der Lage

### Ertrags-, Kapital- und Vermögenslage

#### **Ertragslage**

	2020	2019	Veränderung		Plan 2020	
	T€	T€	T€		T€	Abweichg. T€
Umsatzerlöse	19.575	16.738	2.837	17%	20.679	-1.104
Bestandsveränderungen	-	-	-	-	-	-
Aktiv.Eigenleistungen	-	-	-	-	-	-
Sonst.betriebl.Erträge	1.458	176	1.282	728%	50	1.406
<b>Gesamtleistungen</b>	<b>21.033</b>	<b>16.914</b>	<b>4.119</b>	<b>24%</b>	<b>20.729</b>	<b>304</b>
Materialaufwand	8.924	7.280	1.644	23%	10.010	-1.086
Personalaufwand	7.447	6.848	599	9%	8.126	-679
Abschreibungen	709	605	104	17%	993	-284
Sonst.betriebl.Aufwand	2.047	1.150	897	78%	1.449	598
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>1.906</b>	<b>1.031</b>	<b>875</b>	<b>85%</b>	<b>151</b>	<b>1.755</b>
Zinserträge	-	1	-	100%	-	-
Erträge a.Beteiligungen	-	-	-	-	-	-
Zinsaufwand	216	386	-170	-44%	36	180
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-216</b>	<b>-385</b>	<b>169</b>	<b>-44%</b>	<b>-36</b>	<b>-180</b>
Außerord.Ergebnis	-	-	-	-	-	-
Steuern	1.368	62	1.306	2106%	7	1.361
<b>Jahresergebnis</b>	<b>322</b>	<b>584</b>	<b>-262</b>	<b>-45%</b>	<b>108</b>	<b>214</b>

Bezüglich der Erläuterung zur Veränderung in den Umsatzerlösen wird auf die Ausführungen unter dem Punkt „Geschäftsverlauf“ verwiesen.

Der deutliche Zugang in den Sonstigen betrieblichen Erträgen im Vergleich zum Ist 2019 sowie zum Planansatz ist hauptsächlich in der Auflösung von nicht mehr erforderlichen Rückstellungen insbesondere für die Klageverfahren gegen die Umlage nebst Zinsen sowie für Nachlizenzierungen begründet.

Der Materialaufwand ist im Vergleich zum Jahr 2019 gestiegen. Hauptgrund sind die Aufwendungen für Technik zum Weiterverkauf. Die Materialaufwandsquote beträgt 42 % (im Vorjahr 43 %).

Im Vergleich zum Planansatz ist der Materialaufwand jedoch geringer. Einerseits waren die Aufwendungen für Technik zum Weiterverkauf aufgrund von Lieferengpässen niedriger als geplant, die Aufwendungen haben sich in das Jahr 2021 verschoben. Andererseits erbrachten die Vertrags- und Preisverhandlungen für das Verfahren Loga All-In im Vergleich zum Planansatz eine deutliche Aufwandsreduktion. Weitere Gründe für den geringeren Materialaufwand sind, dass vorsorglich geplante Preiserhöhungen unserer Lieferanten nicht vollständig eingetreten sind sowie die halbjährliche Mehrwertsteuersenkung. Den Effekt aus der Mehrwertsteuersenkung hat KISA bei den kurzfristig zu kalkulierenden Angebotspreisen an die Kunden weitergegeben, z.B. beim Technikverkauf. Im Rahmen der regelmäßigen Verfahrensbereitstellung hat KISA von der Mehrwertsteuersenkung auf die Lieferantenpreise selbst profitiert. Weiterhin wurden einige geplante Aufwendungen nicht bzw. nicht vollständig benötigt, so z.B. für Outsourcing IT-Technik in Schulen bzw. für Outsourcing allgemein, auch die Aufwände für die Wartung und Pflege der Citrix-Lizenzen schlug in einem geringeren Umfang zu Buche als erwartet.

Seit Ausbreitung der Corona- Pandemie erfolgten weniger Dienstreisen, was Einsparungen bei den Reisekosten verursachte, und es fanden weniger Präsenzveranstaltungen statt, was

niedrigere Fortbildungskosten zur Folge hatte. Weiterhin wurden die Planansätze für Rechts- und Beratungskosten nicht ausgeschöpft.

Der Personalaufwand fiel im Vergleich zum Vorjahr um 599 T€ (+9 %) höher aus. Neben einem Anstieg der durchschnittlich beschäftigten Mitarbeiter wirkten Tarifsteigerungen sowie die Corona-Bonus-Zahlungen aufwandssteigernd. Die Personalaufwandsquote beträgt 35 % (Vorjahr 41 %).

Gegenüber dem Plan fiel der Personalaufwand geringer aus. Grund hierfür ist, dass nicht alle geplanten Stellen besetzt werden konnten.

Die Abschreibungen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 104 T€. Im Vergleich zum Plan fielen die Abschreibungen jedoch deutlich geringer aus. Neben der zeitlichen Verschiebung von Investitionen waren einige Investitionen aufgrund der Änderung der Auftragslage nicht mehr erforderlich.

Der sonstige betriebliche Aufwand hat sich im Vergleich zum Vorjahr und auch im Vergleich zum Planansatz deutlich erhöht. Ursache für diesen Anstieg war das Unterliegen im Klageverfahren zur Umlageerhebung. In dessen Folge waren die Umlagebeträge erster klageführender Mitglieder zurückzuerstatten (381 T€). Zum Jahreswechsel wurde für die kurzfristig notwendigen Umlageerstattungen an die weiteren Klage- bzw. Widerspruchsführer eine Rückstellung (294 T€) gebildet. Auch die Ausbuchung mittlerweile uneinbringlich gewordener Forderungen zur Umlage nach altem Berechnungsmodus (178 T€) bzw. die Ausbuchung einiger Beträge in Folge von Differenzen zwischen den Umlagebescheiden nach altem und neuem Berechnungsmodus (-62 T€) findet hier ihren Niederschlag. Aufgrund der Urteile des Sächsischen Obergerichtes sowie des danach deutlich fortgeschrittenen Bearbeitungsstandes zur Umlagerhebung kann diese Thematik nun nahezu abgeschlossen werden.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Zinsaufwände rückläufig, im Vergleich zum Planansatz jedoch immer noch erhöht. Die in den Vorjahren aufgebaute Rückstellung für Zinszahlungen im Rahmen einer befürchteten Umlageerstattung wurde einerseits anteilig verbraucht und andererseits bezüglich der Anteile, die nicht auf Klage- oder Widerspruchsführer entfallen, aufgelöst und somit weitestgehend reduziert. Für das Risiko einer Zinszahlung aufgrund nachzuzahlender Umsatzsteuer im Rahmen einer anstehenden Betriebsprüfung wurde eine entsprechende Rückstellung (113 T€) aufgebaut.

Der Aufwand für Steuern ist im Jahr 2020 die am stärksten gestiegene Aufwandsposition. Hintergrund ist auch hier die anstehende Betriebsprüfung mit einem Prüfschwerpunkt bei den Beistandsleistungen von KISA. Es wurden für die aktuell erkennbaren möglichen Risiken bezüglich einer Nachzahlung für die Umsatzsteuer, die Ertragssteuern sowie für Solidaritätszuschlag in Absprache mit den Steuerberatern der KPMG Rückstellungen aufgebaut (1.373 T€).

Insgesamt ist das Jahresergebnis 2020 besser als bei der Erstellung des Wirtschaftsplanes erwartet, auch wenn die Umsatzerlöse nicht auf dem geplanten Niveau liegen. Das Ergebnis ist geprägt durch die Auflösung von nicht mehr erforderlichen Rückstellungen insbesondere für die Klageverfahren gegen die Umlage. Parallel dazu wurden alle erkennbaren Einsparungsmöglichkeiten umgesetzt. In den nächsten Jahren kann KISA seine aktuellen Wachstumsbereiche noch ausbauen, also den Technikverkauf, die Entwicklung von Online-Anträgen sowie das Ausrollen des DMS. Mit der aktuellen Portfolio-Analyse überdenkt KISA die mittelfristige IT-Strategie, auch unter dem Blickwinkel von kostendeckenden Preisen. Dabei sind aktuell auch noch weitere neue Handlungsfelder in der Beratung und Betreuung der Kommunen auf ihrem Weg in die Digitalisierung zu erkennen.

Zu beobachten bleibt, ob sich die Lieferschwierigkeiten für Technik fortsetzen, die seit dem vergangenen Jahr nahezu weltweit auftreten. Es besteht ein gewisses Risiko, dass die darauf folgenden Verzögerungen bei der Auslieferung an unsere Kunden nicht nur den Ruf von KISA

schädigen, sondern auch negative kommerzielle Auswirkungen mit sich bringen. Die Lieferengpässe verlangen den Mitgliedern von KISA immer wieder viel Geduld ab, Stornierungen oder weiterführende Komplikationen können daher zukünftig nicht vollständig ausgeschlossen werden.

Nicht zuletzt entscheidet sich mit dem Fortgang der Corona-Pandemie auch der Fortschritt bei der Einführung des Dokumentenmanagementsystems VIS bei den kommunalen Auftraggebern. Die Verfügbarkeit der kommunalen Ansprechpartner leidet durch die Lockdownzeiten stark. Die Folge sind Verzögerungen in vielen Einführungsprojekten durchaus mit kommerziellen Auswirkungen. Es steht im Moment in Frage, ob sich die geplante Ausweitung der Projektressourcen in diesem Bereich tatsächlich umsetzen lässt.

### Vermögensstruktur

	2020 T€	2019 T€	Veränderungen T€	
Immaterielle Vermögensgegenstände	106	130	-24	-18%
Sachanlagen	1.230	1.464	-234	-16%
Finanzanlagen	252	252		0%
Anzahlungen immateriellen VMG	-	-	-	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>1.588</b>	<b>1.846</b>	<b>-258</b>	<b>-14%</b>
Vorräte	508	38	470	1237%
Forderungen	2.744	2.174	570	26%
liquide Mittel	5.847	5.357	490	9%
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>9.099</b>	<b>7.569</b>	<b>1.530</b>	<b>20%</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	34	11	23	209%
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	-	-	-	
<b>Bilanzsumme</b>	<b>10.721</b>	<b>9.426</b>	<b>1.295</b>	<b>14%</b>

Die Zugänge im Anlagevermögen betrugen 2020 475 T€, dem stehen Abschreibungen in Höhe von 709 T€ entgegen. Die Zuordnung der Technikverkäufe zum BgA Datenverarbeitung und Rechnerleistungen mit der Steuererklärung für das Jahr 2019 führt zu einer Betriebsprüfung durch das Finanzamt. Die Ergebnisse der Betriebsprüfung sind noch völlig offen, es wird jedoch eingeschätzt, dass das bisher mit Bruttobeträgen aufgebaute Anlagevermögen perspektivisch einer Korrektur bedarf. Vorsorglich wurde daher ein zunächst geschätzter Korrekturbetrag i.H.v. 60 T€ berücksichtigt.

Die Anlagenintensität liegt bei 15 % (Vorjahr bei 20 %).

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr in allen Bereichen erhöht, darunter die Vorräte aber auch die Forderungen. Vorräte wurden verbucht für die Technik, die zwar noch im alten Jahr an KISA geliefert wurde, die aber erst nach einer Aufbereitung durch KISA an unserer Kunden weitergereicht werden kann. Diese Auslieferungen zu Kunden waren insbesondere zum Jahreswechsel durch den Lockdown erschwert, da die Leistungsempfänger – überwiegend Schulen – nur sehr eingeschränkt verfügbar waren. Die Ursache für den Anstieg der Forderungen kann man in den Schwerpunkten Antragsmanagement, Technikverkäufe, Outsourcing und Dokumentenmanagementsystem finden. Die Forderungen gegenüber den Mitgliedsgemeinden von KISA beliefen sich zum 31.12.2020 auf einen Betrag von 1.898.459,50 €.

Die Bilanzsumme ist durch den Anstieg des Umlaufvermögens im Vergleich zum Vorjahr deutlich erhöht.

**Kapitalstruktur**

	<b>2020 T€</b>	<b>2019 T€</b>	<b>Veränderungen T€</b>	
Eigenkapital	2.373	2.051	322	0
SOPO Zuschüsse	-	-		0%
Rückstellungen	4.561	3.838	723	19%
kurzfristige Verbindlichkeiten	1.701	1.406	295	21%
Darlehensverbindlichkeiten	2.055	2.092	-37	-2%
erhaltene Anzahlungen	31	39	-8	-21%
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>3.787</b>	<b>3.537</b>	<b>250</b>	<b>7%</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	-	-		-
<b>Bilanzsumme</b>	<b>10.721</b>	<b>9.426</b>	<b>1.295</b>	<b>14%</b>

Die Eigenkapitalquote beträgt zum 31. Dezember 2020 wie im Vorjahr 22 % und die Fremdkapitalquote wie im Vorjahr 78 %.

Die Erhöhung der Rückstellungen resultiert hauptsächlich aus den neuen Rückstellungen im Zusammenhang mit den Klageverfahren gegen die Umlage sowie für eventuelle Umsatz- bzw. andere Steuernachzahlungen aufgrund der Betriebsprüfung.

Die Ursache für den Anstieg der kurzfristigen Verbindlichkeiten kann man im Schwerpunkt bei den Technikverkäufen finden.

Der im Jahr 2016 aufgenommene Investitionskredit wurde mit 110 T€, der Investitionskredit von 2017 mit 185 T€, der Investitionskredit von 2018 mit 238 T€ und der Investitionskredit von 2019 mit 205 T€ jeweils planmäßig getilgt. 2020 wurde ein neuer Investitionskredit in Höhe von 700 T€ aufgenommen. Die Beschlussfassung zur Aufnahme erfolgte durch die Verbandsversammlung am 25.09.2020.

**Cash-Flow-Rechnung**

	Kapitalflussrechnung in T€	Ist 2020	Ist 2019	Veränderung
+ / -	Periodenergebnis vor außerord.Posten	322	584	-262
+	Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	709	605	104
-	Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	-	-	-
+ / -	Zunahme/Abnahme Rückstellungen	722	624	98
+ / -	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge z.Bsp.Auflös.Sonderposten	-	-	-
- / +	Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	1	-8	9
- / +	Zunahme / Abnahme der Vorräte, Forderungen aus L.u.L sowie anderer Aktiva (sonst.Vermögensgegenst., A-RAP)	-1.063	-1.131	68
+ / -	Zunahme / Abnahme Verbindl.aus L.u.L., sowie anderer Passiva (z.Bsp.Anzahlungen auf Bestellungen, sonst. Verbindl., P-RAP)	287	356	-69
+ / -	Ein- / Auszahlungen aus a.o. Posten	-	-	-
=	<b>Mittelzu-/Mittelabfluss aus der lauf.Geschäftstätigkeit</b>	<b>978</b>	<b>1.030</b>	<b>-52</b>
+	Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagenvermög.	25	14	11
-	Auszahl. für Investitionen in das Sachanlagenvermögen	-430	-981	551
+	Einzahlungen aus Abgängen des immaterielle AV	-	-	-
-	Auszahl. für Investitionen in das immaterielle AV	-45	-63	18
+	Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	-	-	-
-	Auszahl. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-25	25
+	Einz.aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonst.Geschäftseinheiten	-	-	-
-	Ausz.aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonst.Geschäftseinheiten	-	-	-
+	Einz.aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-	-	-
-	Ausz.aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-	-	-
=	<b>Cashflow Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-450</b>	<b>-1.055</b>	<b>605</b>
+	Einz.aus Eigenkapitalzuführungen	-	-	-
-	Ausz. an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter	-	-	-
+	Einz.aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Investitionskredite	700	850	-150
-	Ausz.aus der Tilgung von Investitionskrediten	-738	-754	16
=	<b>Cashflow Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>-38</b>	<b>96</b>	<b>-134</b>
=	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (Summe aus 10.+21.+26.)	490	71	419
+	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	5.357	5.286	71
=	<b>Finanzmittelbestand am Ende der Periode</b>	<b>5.847</b>	<b>5.357</b>	<b>490</b>

Die Liquidität konnte im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr gering verbessert werden.  
Die Zahlungsfähigkeit war zu jedem Zeitpunkt gewährleistet.

**Beteiligungen**

KISA hält drei Beteiligungen, 100 % an der KDN GmbH, 20% an der Komm24 GmbH und 10 % an der Lecos GmbH. Das Stammkapital der KDN GmbH beträgt 60 T€, das Stammkapital der Lecos GmbH 200 T€ und das Stammkapital der Komm24 GmbH 25 T€. Weiterhin bestehen Genossenschaftsanteile in Höhe von 5 T€ an der Firma ProVitako e. V. Es erfolgten in 2020 keine Ausschüttungen. Die Beteiligungen entwickelten sich im Rahmen der Erwartungen.



Die Lecos GmbH schloss das Jahr 2019 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 121 T€ und das Jahr 2020 mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 283 T€ ab. Die KDN GmbH erzielte 2019 ein Jahresergebnis von 0 T€ und 2020 ein vorläufiges Jahresergebnis von 79 €. Die ProVitako e. G. schloss das Jahr 2019 mit einem Jahresüberschuss von 187 T€ und das Jahr 2020 mit einem Jahresüberschuss von 336 T€ ab. Und die Komm24 GmbH erzielte im Jahr 2019 ein Jahresergebnis von -15 T€ und in 2020 in Höhe von 25 T€.

### **III. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

#### Chancen- und Risikobericht

Für unseren Verband ergeben sich folgende Risiken und Chancen.

Risiken können sich insbesondere ergeben aus:

- der sinkenden Bevölkerung und dadurch weiter schrumpfenden Kommunen und Landkreisen bzw. Wegfall von Mitgliedern durch Eingemeindungen
- Fortsetzung der Corona-Pandemie und der damit verbundenen Einschränkungen
- Schwierigkeiten bei der Findung von qualifiziertem Personal
- erhöhte Anforderungen an den Datenschutz sowie die weltweit steigende Computerkriminalität
- der starken Marktposition unserer Lieferanten und der damit verbundenen schwierigen Lage für künftige Preisverhandlungen

Chancen haben wir in der Zukunft durch:

- hoch motivierte, gut ausgebildete Mitarbeiter
- gute Marktstellung mit hohem Bekanntheitsgrad
- die wachsende Bedeutung der EDV in allen Geschäftsbereichen und Lebenslagen
- unser Produktportfolio sowie eine umfassende EDV-Betreuung gerade kleiner und mittlerer Kommunen
- IT-Services, zugeschnitten auf die Bedürfnisse öffentliche Auftraggeber
- den Ausbau der Serviceleistungen im Bereich neuer digitaler Services
- den Aufbau und die Einrichtung eines zentralen Dokumentenmanagementsystems für die Kunden mit einer zukünftigen Anbindung an ein eArchiv in Sachsen
- die Nachfrage nach Kommunalen Cloud-Diensten
- Beratungen und Unterstützungen in der IT-Sicherheit und im Datenschutz sowie im Lizenzmanagement
- den Ausbau der Leistung im Bereich Schulen
- die Neukundengewinnung aufgrund des zweiten Finanzverfahrens
- Ausbau der Leistungen im Finanzwesen durch ein zweites, parallel betriebenes Finanzverfahren
- die Etablierung des Online-Zugangs-Gesetzes des Bundes und der Länder
- das Anbieten eines fortschrittlichen und komfortablen CMS

Die Leistungen der KISA verbinden eine umfassende Analyse der Ist-Situation mit Beratung sowie bedarfsgerechter Planung und Realisierung aller anstehenden Themen. Dabei wird sich die Geschäftstätigkeit unverändert im Wesentlichen auf die Bereitstellung von EDV-Dienstleistungen und Programmen für den kommunalen Bereich in Sachsen konzentrieren. Wesentliche Investitionen über die normale Fortentwicklung der bestehenden Anwendungen hinaus sind dafür in absehbarer Zeit nicht erforderlich oder geplant. Eine Ausweitung der Geschäftstätigkeit in andere Bereiche, wie z. B. die Eigenentwicklung von Programmen oder der Betrieb eines eigenen Rechenzentrums ist nicht vorgesehen. Dem gegenüber steht selbstverständlich der Ausbau der definierten Wachstumsfelder, zu welchen u. a. das IT-Outsourcing, das CMS,

das Dokumentenmanagementsystem, die Beratungen im Zusammenhang mit IT-Sicherheit, Datenschutz und Lizenzmanagement sowie die technische Ausstattung in Schulen zählen.

Die Entwicklung des Verbandes wird in der Zukunft ganz wesentlich davon abhängen, dass unsere Mitglieder und Kunden bereit sind, kostendeckende und marktgerechte Preise für die Dienstleistungen zu zahlen. Vor diesem Hintergrund müssen wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ständig fortbilden, damit eine den Anforderungen des Marktes entsprechende Servicequalität gewährleistet wird.

### Prognosebericht

In der Zukunft muss die Ertragskraft der KISA weiterhin stabil gehalten werden, um eine nachhaltige Geschäftsentwicklung beizubehalten.

Folgende konkrete inhaltliche Maßnahmen zur weiteren Stabilisierung der Ertragslage werden ab dem Jahr 2021 u. a. sein:

- Planung und Durchführung von Fachveranstaltungen und Anwenderschulungen
- Einsatz des neuen Service Desk
- Fortführung der Migration vom KM-V auf die IFR-Veranlagung
- Ausbau der Nutzung von Zusatzmodulen und Fachschalen für das Finanzverfahren IFRSachsen.Ki-Sa, für das Einwohnermeldewesen MESO, für das Personalwesen und für das Dokumentmanagementsystem VIS
- Ausbau und Entwicklungen von Schnittstellen für die Fachanwendungen zum VIS
- Entwicklung, Ausbau und Fortführung der Beratungsleistungen für IT-Sicherheit, Datenschutz und Lizenzmanagement
- Ausbau der Leistungen im Antragsmanagement in Verbindung mit den bestehenden Fachverfahren, dabei insbesondere fachliche Entwicklung zu noch mehr Automatisierung und damit zu einem erhöhten Komfort für die Anwender
- Pilotierung von Infoma – zweites Finanzverfahren bei KISA
- VOIS – die Weiterentwicklung des bisherigen MESO
- VOTE – Implementierung der neuen Wahlsoftware
- Schulen – Umsetzung und Vertiefung des Digitalpakts in der kompletten Leistungstiefe bis zur Remote-Betreuung und zum Service-Management für Schulen
- Fertigstellung des ersten Produktvalidierungszyklus, daraus Ableitung einer Strategie für KISA 2025 – 2030
- Ausbau der strategischen Zusammenarbeit mit unseren Partnern

Neben den genannten Maßnahmen wird KISA weiterhin als präferierter Partner für alle Fragen rund um die Entwicklung der kommunalen IT und der digitalen Verwaltung sowohl dem Land als auch seinen Mitgliedern vollumfänglich zur Verfügung stehen.

Das Controlling und die entwickelte IT-Strategie werden in den Folgejahren weiterentwickelt und ausgebaut.

Für das Jahr 2021 wurde die Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan mit Bescheid vom 2. November 2020 durch die Landesdirektion Sachsen genehmigt. Die Haushaltssatzung sieht einen Jahresüberschuss von 5 T€, keine Erhebung von Umlagen, keine Aufnahme von Kassenkrediten und einen Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen in Höhe von 1.786 T€ vor. Der Endbestand der liquiden Mittel zum 31. Dezember 2021 wurde mit 5.161 T€ prognostiziert. Der Zweckverband ist ganzjährig mit ausreichend Liquidität ausgestattet.

Die Umsätze 2021 werden sich plangemäß erhöhen. Die Erhöhung entspricht im Vergleich zum IST 2020 24% und ist hauptsächlich durch höhere Umsätze für Materialverkäufe für die IT von Schulen, durch höhere Umsätze aufgrund der Bundestagswahl, durch höhere Umsätze im Antragsmanagement, durch zusätzliche Dienstleistungen für die Umsetzung von Projekten

des eGovernmentgesetzes sowie für die Migration der Veranlagung begründet. Auf der anderen Seite erhöhen sich ebenfalls die Aufwendungen, insbesondere für den Einkauf von Material für die IT von Schulen und die Aufwendungen für Personal.

Aktuell liegen noch keine Angaben vor, dass die Planwerte nicht erreicht oder wesentlich überschritten werden. Dabei zeichnet sich eine Ausnahme ab: Der Bereich der Technikverkäufe für Schulen wird aufgrund der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus über Zuweisungen zur Ausstattung der Lehrkräfte mit mobilen Endgeräten zum dienstlichen Gebrauch (LehrEndFöVO) voraussichtlich einen deutlichen Anstieg erfahren und überplanmäßige Umsätze bzw. Aufwände verursachen. Es wird angenommen, dass die Corona-Pandemie wie schon in 2020 kaum Auswirkungen auf das Ergebnis haben wird, dennoch erfolgt eine monatliche Auswertung und Bewertung.

Leipzig, am

Ralf Rother  
Verbandsvorsitzender

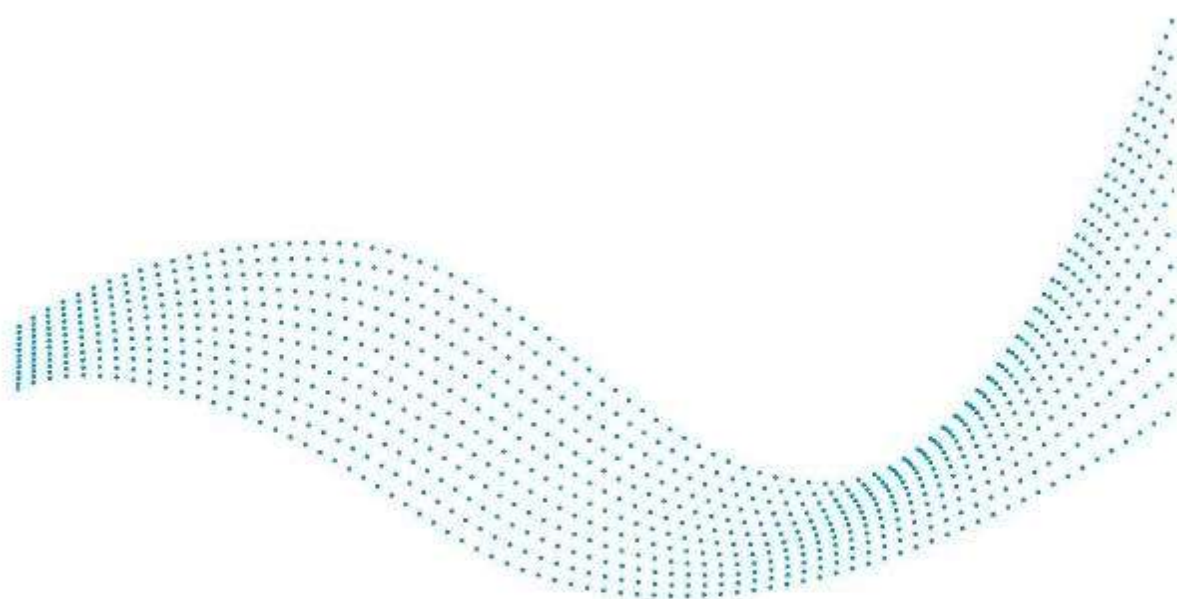
Andreas Bitter  
Geschäftsführer



Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen • KISA

# BETEILIGUNGSBERICHT

für das Berichtsjahr 2020



Dokument:	Beteiligungsbericht 2020
Version:	1.0
Letzte Änderung:	2021-06-24
Bearbeiter:	Nadine Ulrich

## Abkürzungsverzeichnis

EK	Eigenkapital
FB	Fehlbetrag
HRB	Handelsregisterblatt
RAP	Rechnungsabgrenzungsposten



## Inhaltsverzeichnis

1	Vorwort.....	4
2	Gesamtüberblick über die Beteteiligungen der KISA .....	5
3	Die Unternehmen im Einzelnen.....	6
3.1	KDN GmbH (Kommunale DatenNetz GmbH) .....	6
3.1.1	Beteiligungsübersicht.....	6
3.1.2	Finanzbeziehungen.....	6
3.1.3	Organe .....	7
3.1.4	Sonstige Angaben .....	7
3.1.5	Bilanz- und Leistungskennzahlen.....	7
3.1.6	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020 .....	9
3.2	Lecos GmbH .....	13
3.2.1	Beteiligungsübersicht.....	13
3.2.2	Finanzbeziehungen.....	13
3.2.3	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020 .....	14
3.3	ProVitako eG .....	23
3.3.1	Beteiligungsübersicht.....	23
3.3.2	Finanzbeziehungen.....	23
3.3.3	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020 .....	23
3.4	Komm24 GmbH .....	25
3.4.1	Beteiligungsübersicht.....	25
3.4.2	Finanzbeziehungen.....	25
3.4.3	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020 .....	26
3.4.4	Organe .....	29
4	Anteile der mittelbaren Beteiligung der Verbandsmitglieder zum Stichtag 31.12.2020 .....	30

## 1 Vorwort

Der Beteiligungsbericht ist am Ende eines Geschäftsjahres entsprechend den Anforderungen aus § 99 der Sächsischen Gemeindeordnung aufzustellen.

Dabei werden im Wesentlichen folgende Inhalte dargestellt:

- die Beteiligungsübersicht zum 31. Dezember 2020 unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszwecks und des Stamm- oder Grundkapitals sowie des prozentualen Anteils,
- die Finanzbeziehungen, insbesondere die Summe der Gewinnabführungen und der Verlustabdeckungen, die Summe sonstiger Zuschüsse, gewährten Vergünstigungen sowie die Summe der übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen und
- den Lagebericht der Beteiligungen.

Für Beteiligungen mit mindestens 25 Prozent werden darüber hinaus folgende Informationen bereitgestellt:

- die Organe der Beteiligungen,
- die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und der beiden vorangegangenen Jahre und
- die Bewertung der Kennzahlen.

Der Beteiligungsbericht wird der Rechtsaufsichtsbehörde zugeleitet. Den Mitgliedern des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) wird der Beteiligungsbericht im Zusammenhang mit der Einladung zur Verbandsversammlung zur Verfügung gestellt. In der Verbandsversammlung wird über den Bericht mündlich informiert.

Ziel des Beteiligungsberichtes ist die Darstellung der Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zu beteiligten Unternehmen sowie der Ausweis der Anteile der Mitglieder am Zweckverband. Zusammenfassend soll der Bericht ein Bild über die Lage im Unternehmensverbund ergeben.

Leipzig, den 24.06.2021



Andreas Bitter  
Geschäftsführer

## 2 Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA

Die Struktur der Beteiligungen inkl. der prozentualen Anteile stellt sich wie folgt dar:



Tabelle 1: Struktur Beteiligungen

### 3 Die Unternehmen im Einzelnen

#### 3.1 KDN GmbH (Kommunale DatenNetz GmbH)

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Kommunalen DatenNetz GmbH (KDN GmbH) mit Sitz in Dresden (HRB 20074). KISA ist an der KDN GmbH mit 100 % beteiligt.

##### 3.1.1 Beteiligungsübersicht

Name:	KDN - Kommunale DatenNetz GmbH
Anschrift:	Wiener Straße 128 01219 Dresden
Telefon:	0351 3156952
Telefax:	0351 3156966
Internet	<a href="http://www.kdn-gmbh.de">www.kdn-gmbh.de</a>
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung (Kapitalgesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB)
Gesellschafter:	Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)
Stammkapital:	60.000,00 Euro
Anteil KISA:	60.000,00 Euro (100%)

##### Unternehmensgegenstand:

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die Bereitstellung und den Betrieb eines Daten-netzes für den kommunalen Bedarf sowie die Entwicklung, die Bereitstellung und den Vertrieb von über dieses Datennetz abzurufenden Netzdiensten und den Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen.

##### 3.1.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der KDN GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

• Gewinnabführungen:	0 €
• Verlustabdeckungen:	0 €
• sonstige Zuschüsse:	0 €
• übernommene Bürgschaften:	0 €
• sonstige Vergünstigungen:	0 €

Zwischen KISA und der KDN GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die KDN GmbH nutzt zum Beispiel das Verfahren zur Personalabrechnung, während KISA über die KDN GmbH an das Kommunale Datennetz angebunden wird. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der Preislisten, welche in beiden Häusern vorliegen.

Seite 6 von 37



### 3.1.3 Organe

Die KDN GmbH setzt sich aus folgenden Organen zusammen:

Geschäftsführer der Gesellschaft ist Herr Frank Schlosser. Herr Frank Schlosser ist Angestellter des Zweckverbandes und als Geschäftsführer an die Gesellschaft abgeordnet.

Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

Herr Franz-Heinrich Kohl, Oberbürgermeister der Stadt Aue	Vorsitzender
Herr André Jacob, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Sächsischen Landkreistag e. V. (SLKT) in Dresden	1. Stellvertreter
Herr Ralf Rother, Bürgermeister der Stadt Wilsdruff	2. Stellvertreter
Herr Thomas Weber, Direktor der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung, Bischofswerda	
Herr Dr. Christian Aegerter, Amtsleiter Hauptamt der Stadt Leipzig	
Herr Prof. Dr. Lothar Ungerer, Bürgermeister der Stadt Meerane	

### 3.1.4 Sonstige Angaben

Zur KDN GmbH liegen folgende sonstige Angaben vor:

Abschlussprüfer im Berichtsjahr: WSR Cintinus Audit GmbH

Anzahl Mitarbeiter: 5 Mitarbeiter

Beteiligungen: keine Beteiligungen

### 3.1.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

KDN GmbH	Ist 2018 in T€	Ist 2019 in T€	Ist 2020 in T€	Plan 2020 in T€
<b>Bilanz:</b>				
Anlagevermögen	4	10	8	Keine Planbilanz vorhanden
Umlaufvermögen	742	717	1246	
aktiver RAP	-	-	-	
<u>Summe Aktiva</u>	<u>747</u>	<u>728</u>	<u>1255</u>	
Eigenkapital+ Sonderposten	64	70	68	
Rückstellungen	43	46	62	
Verbindlichkeiten	640	613	1125	
passiver RAP	-	-	-	

Seite 7 von 37



Summe Passiva	747	728	1255	
<b>Gewinn-und Verlustrechnung:</b>				
Umsatz	509	515	1.237	367
sonstige Erträge	3.334	3.300	3160	5828
Materialaufwand	2.992	2.984	3.572	4675
Personalaufwand	187	216	262	284
Abschreibungen	1	1,5	3,9	3,6
sonst. Aufwand	663	613	560	1.191
Zinsen / Steuern	0	0	0	0
Ergebnis	0	0	0	0
<b>Sonstige:</b>				
Zugang Investitionen	3	1,5	3,8	4
Mitarbeiter	4	5	5	5

Aufgrund der vorliegenden Zahlen ergeben sich folgende Kennzahlen:

KDN GmbH	Ist 2018	Ist 2019	Ist 2020	Plan 2020
<b>Vermögenssituation</b>				
Vermögensstruktur	1%	1%	1%	
<b>Kapitalstruktur</b>				
Eigenkapitalquote	8%	9%	5%	
Fremdkapitalquote	92%	91%	95%	
<b>Liquidität</b>				
Liquidität	116%	117%	111%	
Effektivverschuldung	keine	keine	keine	
<b>Geschäftserfolg</b>				
Pro-Kopf-Umsatz	127	103	247	64
Arbeitsproduktivität	3	2	4,7	1,15

Berechnung  
aufgrund feh-  
lender Plan-  
bilanz nicht  
möglich

### 3.1.6 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2020 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

#### **Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen und Branchenentwicklung**

Auf Grund der durch die aktuelle Situation verminderten Wirtschaftsleistung durch die anhaltende Corona-Krise sind belastbare Aussagen zur gegenwärtigen Konjunkturlage und entsprechende Prognosen nicht möglich. In welchem Umfang sich die Konjunktur weiter abschwächt, wann eine Erholung einsetzt und wie stark diese Effekte ausgeprägt sind, ist ungewiss. Ziemlich sicher ist aber, dass die öffentliche Hand in hohem Maße durch Ausgleichsleistungen für entfallene Umsätze für von Schließungen betroffene Unternehmen sowie durch Kredite und Bürgschaften für in Not geratene Unternehmen belastet wird. Dazu kommen Ausfälle im Steueraufkommen in der Umsatzsteuer, den Ertragsteuern und auch bei Verbrauchssteuern. Dies trifft alle Ebenen vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen. Damit wird der finanzielle Spielraum für die Kommunen negativ beeinflusst.

Dabei werden die Aufgaben für die Kommunen nicht weniger. Die Herausforderung der Digitalisierung der Verwaltungsprozesse, zum Beispiel die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes (OZG), ist für die Kommunen noch zu meistern. Unverzichtbar sind daher für die Kommunen weiterhin sichere und leistungsfähige IT-Infrastrukturen und Vernetzungen. Im Rahmen des Projektes SVN 2.0/KDN III wurden entsprechende Anforderungen berücksichtigt. Auf Grund der spezifischen Ausrichtung der KDN GmbH als IT-Dienstleister, ganz speziell für sächsische Kommunen, wird die KDN GmbH die Kommunen hierbei maßgeblich unterstützen und den Verbreitungsgrad ihrer Lösungen weiter erhöhen. Erklärtes Ziel ist ein Umbau des KDN zu einem reinen Glasfasernetz mit hoher Skalierbarkeit.

#### **Geschäftsverlauf**

Insbesondere die Informationssicherheit gewinnt auf Grund immer vielfältigerer Angriffsversuche eine entscheidende Bedeutung. Daher wurden die Sicherheitsvorkehrungen zur Absicherung des neuen KDN III deutlich erhöht. Mit dem Schritt zum KDN III sind die sächsischen Kommunen für die in den nächsten Jahren anstehenden Herausforderungen im IT-Netzbereich gerüstet.

Des Weiteren wurden und werden im KDN die Bereiche, welche eine umfangreiche Heimarbeit ermöglichen, ausgebaut, um den erhöhten Lastanforderungen gerecht zu werden.

Wichtig ist dafür die weitere Absicherung der Leistungen der KDN GmbH aus den Mitteln des Finanzausgleichsgesetzes (FAG), um Unterschiede zwischen großen und kleinen Kommunen im Steueraufkommen nicht auf die IT-technische und IT-sicherheitstechnische Leistungsfähigkeit der Kommunen durchschlagen zu lassen.

Die KDN GmbH arbeitete im Jahr 2020 intensiv an der Einführung der neuen UC/VoIP-Lösung für die Kommunen. Es konnte eine relativ hohe Anzahl von Kunden gewonnen werden.



### **Finanzlage**

Die KDN GmbH kann ohne Zuwendungen aus dem FAG ihre wirtschaftliche Tätigkeit nicht entfalten. Im Wirtschaftsplan 2020 und in den Finanzplänen der Folgejahre sind geschätzte Größenordnungen angegeben. Im Ergebnis wurden die Zuwendungen nicht in der geplanten Höhe von EUR 5.828.453,17 benötigt bzw. abgerufen. Die Erträge von den Kommunen betrugen EUR 1.237.129,79. Die notwendigen abgerufenen Zuwendungen zum kostendeckenden Betrieb einschließlich Investitionen im Geschäftsjahr 2020 beliefen sich auf EUR 3.150.353,76. Das Geschäftsergebnis 2020 war ausgeglichen. Es wurde weder ein Jahresfehlbetrag noch ein Jahresüberschuss erzielt.

Mit Schreiben vom 12. Oktober 2016 wurde der KDN GmbH vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen mitgeteilt, dass für die reguläre Vertragslaufzeit des KDN III von April 2017 bis März 2022 TEUR 30.500 als außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen in den sächsischen Staatshaushalt eingestellt wurden und damit die haushaltstechnischen Voraussetzungen für das KDN III vorliegen. Mit Schreiben vom 27. Dezember 2017 wurde der KDN GmbH vom Sächsischen Staatsministerium der Finanzen mitgeteilt, dass für die Verlängerung der Vertragslaufzeit des KDN III von April 2022 bis März 2025 weitere TEUR 16.904 als Verpflichtungsermächtigungen eingestellt wurden und damit die haushaltstechnischen Voraussetzungen für die vorzeitige Vertragsverlängerung des KDN III bis März 2025 vorliegen. Die Verlängerungsoption wurde seitens der KDN GmbH am 28. Dezember 2017 gezogen.

Diese Finanzierungszusage deckt eine flächendeckende Versorgung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden mit eigenen Verwaltungsaufgaben mit Breitband 50 Mbit/s synchron und für kreisfreie Städte und Landkreise mit 100 Mbit/s ab. Kreisangehörige Städte und Gemeinden haben einen Eigenanteil in Höhe von 10 % zu tragen.

Im Zuge der Finanzierung konnten wesentliche Risiken wie mangelnde xDSL-Versorgung minimiert werden.

Nach wie vor besteht das Risiko des sehr geringen Budgets für die GmbH-Kosten selbst, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt.

### **Ertragslage**

Die für das Geschäftsjahr 2020 geplanten Umsätze konnten von TEUR 321 auf TEUR 1.237 gesteigert werden. Dies liegt darin begründet, dass eine ganze Reihe von Verwaltungen in höhere Bandbreiten und Außenstellenanschlüsse investiert haben und mehrere Landratsämter und Kommunen die UC-Lösung im KDN nutzen. In dieser Zahl sind auch einmalige Umsätze mit einem Landkreis in Höhe von ca. TEUR 500 für Telefonie-Ausstattung enthalten.

Für KISA wurden im Rahmen des bestehenden Dienstleistungsvertrags Leistungen in vereinbartem Umfang und vereinbarter Qualität erbracht.

### **Chancen- und Risikobericht**

Die Risiken im Geschäftsjahr 2021 sind auf Grund der FAG-Finanzierung der Basisanschlüsse im Vergleich zum Vorjahr auf niedrigem Niveau geblieben.

Als Risiko wird das sehr geringe Budget für die GmbH-Kosten selbst eingeschätzt, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt.

Ein weiteres Risiko ist die relativ geringe personelle Ausstattung der GmbH, welche eine Kompensation längerer Ausfälle, sowohl im Tagesgeschäft als auch bei Einführungsprojekten wie UC sehr erschwert.

Die erhöhten Basisbandbreiten bergen das Risiko, dass die geplante Dimensionierung der zentralen Netzwerkkomponenten und des zentralen Internetübergangs in der Laufzeit des KDN III nicht mehr ausreicht und angepasst werden muss. Dieses Risiko wurde bei der Beantragung der FAG-Finanzierung betrachtet und in die beantragte und wie o. a. zugesagte Summe aus dem FAG eingepreist.

Chancen werden in der Erbringung bzw. dem Ausbau von weiteren Leistungen, insbesondere im Bereich IT-Sicherheit, der VoIP-Bereitstellung, der weiteren Flächendeckung sowie der Bereitstellung von zusätzlichen KDN-Anbindungen für Außenstellen und für kommunale Institutionen, die nicht von der FAG-Finanzierung umfasst sind, z. B. Zweckverbände gesehen. Auch hier wird sich der begonnene Trend zu Anbindungen von Außenstellen, der im Jahr 2018 begonnen hat, weiter fortsetzen.

Bund und Freistaat setzten mit ihren E-Government-Vorhaben sowie den E-Government-Gesetzen Impulse, für die eine gesicherte Vernetzung Voraussetzung ist und daher ein Anschluss an das KDN III eine notwendige Basis darstellt.

Letztlich werden alle Risiken als beherrschbar und die künftige Geschäftstätigkeit der Kommunalen DatenNetz GmbH entsprechend dem Gesellschaftszweck als geordnet eingeschätzt. Dies betrifft auch mögliche Auswirkungen aus der Corona-Pandemie.

#### **Prognosebericht**

Das Jahr 2021 wird neben dem stabilen Netzbetrieb im Wesentlichen von der weiteren Bereitstellung neuer Dienste wie UC/VoIP geprägt sein. Dazu kommen konzeptionelle Vorbereitungen hinsichtlich des Vergabeverfahrens des Nachfolgenetzes.

Die Umstellung vorhandener kupferbasierter Anschlüsse auf Glasfaser und der Ausbau der UC-Lösungen werden im Jahr 2021 wesentlicher Teil der Aufgaben der Gesellschaft sein.

Die Beratungsleistungen der KDN GmbH für ihre Kunden hinsichtlich möglicher Anschlusslösungen und zur IT-Sicherheit werden fortgeführt. Zur Stärkung der IT-Sicherheit wurde für das Jahr 2019 eine neue Stelle im Netzwerkmanagement geplant. Diese konnte aber auf Grund des eklatanten Fachkräftemangels erst im Dezember 2020 besetzt werden.

Die Finanzierung der KDN GmbH wird für die Folgejahre auch weiterhin eine Mischfinanzierung sein. Der überwiegende Teil der Finanzmittel kommt aus der Förderung durch das Finanzausgleichsgesetz (FAG) über den Zuwendungsgeber SAKD für den Basisanschluss der Kommunen. Darauf aufbauend werden Zusatzleistungen durch eigene Erträge von den Kommunen und kommunalen Einrichtungen finanziert.

**Wesentliche Entwicklungen seit dem 31. Dezember 2020**

Kapazitäten für Home-Office-Lösungen im KDN wurden im I. Quartal weiter ausgebaut.

Gemeinsam mit dem Staatsbetrieb Sächsische Informatikdienste (SID) und der Sächsischen Staatskanzlei (SK) wurde eine Projektskizze für das Vergabeverfahren des Nachfolgenetzes erarbeitet.



### 3.2 Lecos GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Lecos GmbH mit Sitz in Leipzig (HRB 17608). KISA hält zum Stichtag 31. Dezember 2020 einen Anteil von 10 %.

#### 3.2.1 Beteiligungsübersicht

Name:	Lecos GmbH
Anschrift:	Prager Str. 8 04103 Leipzig
Telefon:	0341 2538 0
Internet	<a href="http://www.lecos-gmbh.de">www.lecos-gmbh.de</a>
Rechtsform:	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
Gesellschafter:	Stadt Leipzig Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen
Stammkapital:	200.000 EUR
Anteil KISA:	20.000 EUR (10,00 %)

#### Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung der Gesellschafter im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik sowie Bürodienstleistungen.

#### 3.2.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der Lecos GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

• Gewinnabführungen:	0 €
• Verlustabdeckungen:	0 €
• sonstige Zuschüsse:	0 €
• übernommene Bürgschaften:	0 €
• sonstige Vergünstigungen:	0 €

Zwischen KISA und der Lecos GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die Lecos GmbH stellt den Betrieb der Rechenzentrumsverfahren der KISA sicher. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der abgeschlossenen Verträge.

### 3.2.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2020 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

#### **Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der IT-Branche**

Das Jahr 2020 stand vor besonderen gesellschaftlichen Herausforderungen. Die IT-Branche im öffentlichen Umfeld hat sich, auch vor dem Hintergrund der Rahmenbedingungen überwiegend positiv entwickelt. Im Jahr 2020 bestimmten ab März 2020 insbesondere die Fragestellungen zur Absicherung von Home-Office sowie die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Kunden die Aufgaben. Vor dem Hintergrund dieser Rahmenbedingungen hat die Digitalisierung von Verwaltungen genauso wie die Leistungen für eine Digitale Schule einen großen Schub erhalten. Dabei stellen die zur Verfügung gestellten Fördermittel einen großen Anreiz und gleichzeitig große Herausforderungen in der Umsetzung dar. Gleichzeitig ist davon auszugehen, dass eine Veränderung von Arbeitsweisen sowie die Anforderungen, das Angebot von digitalen Verwaltungsdienstleistungen, u. a. auch durch das Onlinezugangsgesetz, intensiv auszubauen, einen konsequenten Ausbau der Infrastrukturen und der Vernetzung von Daten erfordern. Dies muss im Kontext der stetig steigenden Komplexität der Anforderungen und Vernetzung von Daten insbesondere durch intensive Beratungsleistungen unterstützt werden. Ziel bleibt dabei, die Digitalisierung der Verwaltungen vor allem aus Sicht der Kunden der Verwaltungen als auch der Verwaltung selber kontinuierlich voranzutreiben.

#### **Geschäftsverlauf**

Für die für das Geschäftsjahr 2020 festgelegten Ziele zum Ausbau sowie zur Stabilisierung der bisherigen Geschäftsaktivitäten der Lecos GmbH bleibt festzuhalten, dass diese auch unter den besonderen Herausforderungen 2020 deutlich ausgebaut werden konnten. Im Einzelnen verweisen wir hierbei auf die nachfolgenden Ausführungen.

Die Lecos GmbH hat sich gegenüber ihrem 90 %-Gesellschafter und Kunden als IT-Volldienstleister erwiesen, der die besonderen Kundenwünsche auch in den Zeiten der Pandemie umsetzen konnte. Hinsichtlich der Weiterentwicklung der IT-Strategie der Stadt Leipzig beobachtet die Lecos GmbH zukunftsweisend den Markt für den Auftraggeber und berücksichtigt die hieraus gewonnenen Erkenntnisse in der Weiterentwicklung der angebotenen IT-Dienstleistungen. Dabei spielen insbesondere die wachsenden Herausforderungen der Veränderung der Arbeitswelten, das Angebot von digitalen Dienstleistungen, das Cloud-Computing sowie die Vernetzung von Daten und Anwendungen aus Sicht der Kunden, insbesondere auch im Lichte der Datenschutzgrundverordnung sowie die stetig steigenden Anforderungen an die IT-Sicherheit, als auch aus Sicht der Lecos GmbH im Sinne des steigenden Wettbewerbes eine wesentliche Rolle.

Durch die konsequente Umsetzung der Rollout-Vorgaben für die Verwaltung und die Schulen konnte beim größten Kunden der Lecos GmbH der sehr hohe Standardisierungsgrad in Hardware und Standardsoftware sowie der Ausbau mobiler Arbeitsfähigkeit (u. a. zur Absicherung von Home-Office) weiter ausgebaut werden. Die Ausweitung auf die Schulkabinette wurde erfolgreich fortgesetzt und vertraglich für die folgenden Jahre fixiert. Dabei werden die Erfahrungen der Pandemie sowie des weiteren Ausbaus der Leistungen im Rahmen des Digitalpakt Schulen konsequent verfolgt und in der weiteren Entwicklung berücksichtigt. Ziel ist dabei, die

Seite 14 von 37



besten Voraussetzungen für die Umsetzung von „Digitaler Bildung“ zu schaffen. Des Weiteren ist es gelungen, auf Basis der Leistungen für das Gewandhaus zu Leipzig und das Theater der Jungen Welt sowohl die Oper Leipzig als auch das Schauspiel Leipzig in den IT-Vollservice in einer gemeinsamen Kulturdomäne zu übernehmen. Das Geschäft mit dem zweiten Gesellschafter (10 %) des Unternehmens, der KISA, konnte auch im Wirtschaftsjahr 2020 konstant weiter betrieben werden. Die Grundlagen für einen weiteren Ausbau der Geschäftsfelder in den Jahren 2021 ff. wurden gelegt. Dabei steht auch hier die Digitalisierung der Verwaltungen im Vordergrund. Die wesentlichen finanziellen Leistungsindikatoren für die Steuerung der Lecos GmbH sind Umsatz, Liquidität und Jahresergebnis.

#### **Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr 2020**

Das Jahr 2020 stand im Fokus der Corona-Pandemie und damit der Ausweitung der mobilen Arbeit sowie der Bereitstellung von Konferenzsystemen zur Absicherung der Verwaltungstätigkeit. Darüber hinaus wurde anhand von Pilotschulen das Vorgehen für die Umsetzung des Digitalpaktes Schulen bestätigt, um auf dieser Basis die Fortführung und erforderliche Skalierung für 2021 ff. planen zu können.

Die Leistungen mit weiteren Kundengruppen des Gesellschafter Stadt Leipzig, u. a. Unternehmen der L-Gruppe und Eigenbetrieben, konnte weiter ausgebaut werden und stellt somit dauerhaft einen wesentlichen Anteil zum Erfolg der Lecos GmbH dar.

Die Strategie aus 2010, durch eine Beteiligung des Zweckverbandes KISA an der Lecos GmbH eine Umsatzstabilisierung zu erreichen und die Inhousefähigkeit zu festigen, hat sich auch im Geschäftsjahr 2020 bestätigt. Der Umsatz mit dem Zweckverband KISA konnte auch für das abgelaufene Wirtschaftsjahr wesentlich zum geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beitragen.

Die Beteiligung der Lecos GmbH an der Komm24 GmbH hat sich 2020 als Erfolg dargestellt, d. h. sowohl aus wirtschaftlicher Sicht als auch um der Treiber für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes zu werden.

Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 2020 war die Weiterführung der IT-Leistungen für die Stadt Leipzig, vornehmlich bei der Anwendungs- und Verfahrensentwicklung und Anwendungs-/Verfahrensbetreuung, bei der Beratung der Kunden zur Optimierung ihrer Organisation durch weitere IT-Nutzung, bei den Rechenzentrumsservices, Endgeräteservice und Daten- und Sprachnetzleistungen, der Benutzerunterstützung sowie dem consequenten Ausbau der Leistungen für die Schulen der Stadt Leipzig.

Besonders hervorzuheben sind die umgesetzten Projekte zur Einführung der Personalmanagementsoftware LOGA in der L-Gruppe und deren consequenter Ausbau des Geschäftes rund um das Personalmanagement. Darüber hinaus lag ein wesentlicher Fokus auf Beratungsleistungen zur Digitalisierung der Verwaltung. Insbesondere die Beratungsleistungen und Vorarbeiten im Rahmen der Digitalisierung der Verwaltung, der 2020 begonnenen Einführung der eAkte sowie der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes, stellen die Grundlage für die nächsten Projektschritte sowie die mittelfristige Haushaltsplanung der Stadt Leipzig dar.

Das Geschäft mit den Eigenbetrieben der Stadt Leipzig wurde consequent weiterverfolgt.

Für die KISA lag der Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2020 in der Bereitstellung des Rechenzentrumsservice im Rahmen der vereinbarten Leistungsscheine für den Anwendungsbetrieb der

zentralen Fachverfahren. Neue Themenfelder wie z. B. die Bereitstellung eines zentralen Dokumentenmanagementsystems oder die Implementierung von Scan-Dienstleistungen konnten in 2020 noch nicht begonnen werden.

Darüber hinaus konnte die Lecos GmbH das Sächsische Melderegister (SMR) im Jahr 2020 weiterhin stabil betreiben und somit dauerhaft einen erheblichen Anteil am Umsatz mit Drittkunden sicherstellen.

**Weitere Aktivitäten des Geschäftsjahres 2020:**

- Die Beteiligung an der zum 10. Juli 2019 gegründeten Komm24 GmbH, an der Lecos zu 20 % beteiligt ist, wurde fortgeführt. Ziel dieser Beteiligung ist es, zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes im Auftrag des Freistaates Sachsen Entwicklungsleistungen zu erbringen. Damit entstehen auch Synergien mit den Gesellschaftern der Lecos GmbH.
- Das Ämterframework konnte als Anwendungsplattform in der Stadt Leipzig gefestigt und durch zusätzliche Module erweitert werden. Das Ämterframework wird als Lecos-Framework Produkt weiterentwickelt und konnte mit ersten Anwendungen auch in der Corona-Pandemie produktiv genommen werden. In der Folge soll dies auch Dritten angeboten werden können.
- Die Dienstleistung für die Leipziger Schulen im Umfeld der Informationstechnik wurde mit dem zweiten Rollout-Zyklus begonnen und soll auch weiterhin für die Schulkabinette 2020 fortgeführt werden.
- Es wurde die Infrastruktur erfolgreich in mehreren Pilotschulen auf Basis einer Muster-schule, inkl. Netzwerk, WLAN, Breitbandanbindung, Gebäudeleittechnik etc., als Grundlage für weitere Umstellungen im Rahmen des Digitalpaktes Schulen in den Jahren 2021 ff. für Bestandsobjekte, als auch für Neubauobjekte umgesetzt.
- Im Geschäftsfeld der Output-Leistungen wird das Leistungsportfolio 2021 ff. weiter vorangetrieben und mit aktiven Vertriebsmaßnahmen untersetzt. Dies führte zur Übernahme und dem weiteren Ausbau von Output-Leistungen im Jahr 2020 für die Landeshauptstadt Dresden über die Komm24 GmbH.
- Im Jahr 2020 wurden fünfzehn Ausschreibungen durchgeführt und die Zuschläge für elf Ausschreibungen in 2020 und eine im Januar 2021 erteilt. Eine Ausschreibung wird im März 2021 bezuschlagt. Drei öffentliche Ausschreibungen des Jahres 2020 mussten aufgrund fehlender Angebote aufgehoben werden. Die insgesamt fünfzehn Ausschreibungen des Jahres 2020 gliedern sich in vier offene Verfahren (EU-weit), neun öffentliche Ausschreibungen (national), eine freihändige Vergabe sowie ein Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb.
- Die Fachanwendung des Kindertagesstätten-, Verwaltungs- und Reservierungssystems KIVAN konnte auch in 2020 erfolgreich weiterentwickelt und deutschlandweit vertrieben werden. KIVAN konnte 2020 vor dem Hintergrund der Funktionen und Module zum Technologieführer auf dem Markt entwickelt werden. Wir nehmen an, dass durch die Corona-Pandemie in Deutschland einige potentielle Kunden ihre Prioritäten anders gesetzt haben, so dass in 2020 nicht so viele Neukunden wie geplant gewonnen werden konnten.
- Parallel zu den aktuellen Kundenprojekten wird die Produktweiterentwicklung der Fachanwendung intensiv vorangetrieben.
- Die Facility-Management-Anwendung FAMOS-LE ist im Rahmen des Ausbaus des zentralen Gebäudemanagements in der Stadt Leipzig als strategisches Produkt positioniert



und wird in mehreren Ämtern der Stadt Leipzig betrieben. Es erfolgt eine zentrale Steuerung der Weiterentwicklung in enger Abstimmung zwischen der Lecos GmbH und der Stadt Leipzig.

- Das vierte Rollout der PC-Technik in der Verwaltung der Stadt Leipzig auf Win10 konnte 2020 nahezu abgeschlossen werden. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie wurden gemeinsam Verschlebungsmöglichkeiten abgestimmt, um 2020 den Fokus auf den Ausbau der mobilen Arbeit legen zu können.
- Es erfolgte auch 2020 eine kontinuierliche Erneuerung der Telekommunikationsanlagen in den Schulen der Stadt Leipzig, welche im Wesentlichen mit den durch die Stadt Leipzig durchgeführten Sanierungs- und Baumaßnahmen sowie im Zusammenhang mit den Maßnahmen des Digitalpaktes Schulen verbunden wurden.
- Mit der weiteren Produktivsetzung zur Einführung der Personalmanagementsoftware LOGA in der L-Gruppe konnte 2020 konsequent der Ausbau des Geschäftsfeldes vorangetrieben werden.
- Mit der Bestätigung des Konzeptes zum Aufbau einer „Digitalen Werkstatt“ mit der Stadt Leipzig wurde die Grundlage für eine Entwicklung von innovativen Lösungen für die Kunden der Stadt Leipzig gelegt. Dieses Konzept wurde 2020 fortgeführt und es konnten weitere Prototypen entwickelt und Technologieberatungen sowie Methodentransfer durchgeführt werden.
- Unter dem Dach der ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT-Dienstleister e.G. wurde die Beteiligung an einer kommunalen Cloud fortgeführt und darin verschiedene Produkte bzw. Dienstleistungen eingestellt, die auch konkret von der Lecos GmbH für seine Kunden genutzt werden.
- Der Geschäftsführer, Peter Kühne, war bis 11/2020 weiterhin Vorstandsvorsitzender der Vitako. Die Aufgabe wird ehrenamtlich wahrgenommen. Seit 11/2020 ist Peter Kühne Mitglied des Vorstandes der Vitako.
- Im Jahr 2020 wurde die Umstellung auf den neuen Grundsatz als Grundlage für die Re-Zertifizierung 2020 umgesetzt. Die Re-Zertifizierung sowie das erforderliche Audit im Rahmen der Zertifizierung nach ISO27001 auf Basis BSI-Grundsatz konnten erfolgreich durchgeführt werden. Dies erfolgte auf Grund der besonderen Rahmenbedingungen in der Corona-Pandemie in hybrider Form, d. h. sowohl in Form von Videokonferenzen als auch in Präsenzterminen.

Das Geschäftsjahr 2020 stand bei der Lecos GmbH intern im Zeichen der konsequenten Umsetzung der Rahmenbedingungen der Corona-Pandemie, d. h. die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Kunden der Lecos GmbH auf der einen Seite und auf der anderen Seite durch eine konsequente Umsetzung von mobiler Arbeit bzw. Home-Office, die Einhaltung der Hygienevorgaben der Lecos GmbH zu gewährleisten. Diese Erkenntnisse werden bei der Fortführung der stärkeren Ausrichtung an den steigenden Anforderungen der Kunden berücksichtigt. Im Jahr 2020 wurde die Weiterentwicklung der Lecos GmbH in einem kontinuierlichen Entwicklungsprozess fortgeführt. Dabei wird auch weiterhin der Fokus auf neue Arbeitsmethoden sowie ein neues Führungsverständnis gelegt. Ziel ist es dabei, die Zukunftssicherheit der Lecos GmbH zu stärken und die Arbeit der Lecos GmbH auf die kommenden Herausforderungen hin auszurichten. Dies ist von besonderer Bedeutung, da auch die Kunden der Lecos GmbH den Weg zu verändernden Vorgehensmodellen beschreiten und sich somit die Anforderungen an die Lecos verändern.



- Die seit 2013 geänderte Finanzierungsstrategie der Lecos GmbH, d. h. die Finanzierung langfristiger Investitionen, wird konsequent weiterverfolgt. Ziel ist eine Stabilisierung der Eigenkapitalquote sowie eine Verteilung der Kostenbelastung durch hohe Erstinvestitionen. Damit wird einem Investitionsstau entgegengewirkt.
- Im Jahr 2020 wurde das strategische Unternehmenskonzept kontinuierlich geprüft und weiterentwickelt und im Aufsichtsrat kommuniziert. Der Aufsichtsrat wird in 2021 über die Umsetzung informiert, Darüber hinaus wird eine Aktualisierung geprüft. Ziel ist dabei die dauerhafte Sicherstellung des wirtschaftlichen Erfolges der Lecos GmbH.

### Lage der Gesellschaft

#### Ertragslage

Der Gesamtumsatz der Lecos GmbH betrug im Geschäftsjahr 2020 TEUR 36.215 und lag damit um TEUR 7.842 über dem Niveau des Geschäftsjahres 2019 (TEUR 28.373). Diese Entwicklung führte neben der Steigerung der Material-, Personal-, Abschreibungs- und Zinsaufwendungen zu einem Jahresüberschuss von TEUR 283 (Vj.: TEUR 121).

Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse nach Bereichen stellt sich im Wesentlichen wie folgt dar:

Endbenutzerbetreuung	34,75 %
Anwendungsentwicklungs-/Betreuungsleistungen und Beratungsleistungen	32,50 %
Basisinfrastruktur	20,00 %
Telekommunikation	5,03 %
Druckdienstleistungen	4,13 %
Speicherkapazität, Applikationsserver	1,91 %
Lotus Notes/Mailuser	1,65 %
Sonstiges	0,02 %

Aktuell beträgt der Anteil des Umsatzes mit der Stadt Leipzig am Gesamtumsatz ca. 86,9 %, 6,6 % mit der KISA und der Komm24 GmbH 3,5 %. Die verbleibenden 3,0 % Umsatzanteile entfallen auf sonstige Kunden.

Im Materialaufwand werden vor allem Hardware und Telekommunikationsanlagen ausgewiesen, die sich aus Zusatzaufträgen ergeben und zum Weiterverkauf bestimmt sind. Den Hauptanteil hierbei haben Beschaffungen im Bereich Endgeräteservice (Präsentationstechnik, Tablets) und Telekommunikationstechniken für die Stadt Leipzig und die Ausstattung der Eigenbetriebe und Netz Leipzig GmbH mit aktiven Komponenten. Darüber hinaus sind auch die Leistungen für Datenfernübertragungen, Portoaufwendungen und umsatzrelevanten Fremdleistungen für Kundenprojekte zu benennen.

Die Steigerung der Personalaufwendungen ergibt sich im Wesentlichen aus Neueinstellungen, der Tarifierhöhung des TVöD (Tarifvertrag im öffentlichen Dienst) und Erhöhungen im Lecos Vergütungssystem.

Der sonstige betriebliche Aufwand enthält Aufwendungen für Leasing und Wartung für Hard- und Software, Leitungsmieten, Ausbildungs- und Reisekosten, Personaldienstleistungen und Raum-mieten.

Das Betriebsergebnis beträgt TEUR 596 (Vj.: TEUR 352) und liegt über dem Plan für 2020.

Das Ergebnis des Geschäftsjahres 2020 wurde von folgenden einmaligen Vorgängen geprägt:

- Umsatzerlöse aus der Weiterberechnung von Notebooks, Tablets iRd MobilEndVO (TEUR 2.533), Aufträgen aus der Umsetzung von Kundenaufträgen der Stadt Leipzig im Zusammenhang mit Veränderungen resultierend aus der Corona-Pandemie (TEUR 544)
- Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (TEUR 180).

### **Investitionen**

Die Bilanz zum 31. Dezember 2020 weist einen Rückgang des Anlagevermögens aus. Hauptursache dafür ist die Änderung in der Beschaffung von Wirtschaftsgütern für die Erfüllung von Kundenaufträgen hin zum Weiterverkauf an den Kunden. Die Gesamtinvestitionen betrugen im Geschäftsjahr 2020 TEUR 3.828.

Schwerpunkte waren auch 2020 Investitionen für neue Aufträge und Hardware für das Roll-Out in der Stadt Leipzig und insbesondere den Schulkabinetten.

### **Vermögens- und Finanzlage**

Aufgrund einer konsequenten Liquiditätsüberwachung, einem regelmäßigen Forderungsmanagement und der planmäßigen Kreditaufnahme konnte die Zahlungsfähigkeit im Jahr 2020 gesichert werden.

Die Position der Rückstellungen ist geprägt durch die Aktualisierung von Rückstellungen, u. a. für Personalaufwendungen, Vertragsrisiken und Rückbaupflichtung.

Die Gesellschaft verfügt über eine geordnete Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. Zum Bilanzstichtag bestehen Kreditlinien in Höhe von TEUR 700, die nicht in Anspruch genommen wurden.

### **Risiko- und Chancenbericht**

Das Risikomanagement der Gesellschaft stützt sich vor allem auf die Managementstruktur, das Planungssystem sowie die eingesetzten Berichts- und Informationssysteme. Die Ergebnisse und Maßnahmen des Risiko- und Schwachstellenmanagements aus den Berichts- und Informationssystemen liegen vor.

Das Berichtswesen wird ergänzt durch eine ständige Überwachung aller Finanzströme. Mit Hilfe dieses Risikomanagementsystems werden die Risikobetrachtungen durchgeführt und Strategien zur Risikominimierung entwickelt. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei durch eine tägliche Liquiditätsüberwachung gewährleistet. Dieses geschieht vor dem Hintergrund der genannten teilweise hohen Forderungen gegen die Kunden zum Bilanzstichtag sowie der hohen Liquiditätsauswirkung durch die Zahlung der monatlichen Personalkosten und der erforderlichen Investitionen für die Umsetzung der Aufträge.



In 2014 wurde gemeinsam mit der Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig mbH (bbvl) eine Regelung zur internen Revision erarbeitet und durch den Geschäftsführer in Kraft gesetzt. Auf dieser Grundlage erfolgen seit 2015 jährliche Prüfungen, die auch 2020 umgesetzt wurden.

Der Aufsichtsrat wird über die Ergebnisse dieser Untersuchungen bei Bedarf zeitnah unterrichtet. Als Ergebnis dieser Risikoanalysen ergibt sich, dass wesentliche oder den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken derzeit nicht bestehen.

Angemessene, überschaubar- und beherrschbare Risiken werden bewusst getragen. Dies gilt auch für Preis- und Ausfallrisiken, gegen die sich die Lecos GmbH – aufgrund ihrer Kundenstruktur – nicht zusätzlich absichert. Geschäftsüblichen Liquiditätsschwankungen begegnet die Gesellschaft mit der Inanspruchnahme des Finanzmittelbestands sowie ggf. der Kreditlinien sowie der planmäßigen Aufnahme von Krediten für Investitionen. Unabhängig davon gewährleisten die Erlöse aus dem Betriebsleistungsvertrag mit der Stadt Leipzig und den Leistungsverträgen mit der KISA, der Kulturhäuser, der Komm24 GmbH sowie der SAKD (Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung) eine kontinuierliche Liquiditätszufuhr.

Das Risikomanagement wurde 2020 intensiv in die Entscheidungen der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie einbezogen bzw. wurden diese vom Risikomanagement auch erarbeitet.

Chancen für die Lecos GmbH bestehen in der Nutzung von kommunalen Umsätzen aus dem Gesellschaftsumfeld, um damit zusätzliche Deckungsbeiträge zu gewinnen. Damit entstehen auch Synergien zur Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch die Weiterentwicklung der IT als Grundlage für Rationalisierungen, Prozessoptimierungen und e-Government bzw. der Digitalisierung der Verwaltung, der Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung und Betreuung kommunaler Anwendungen sowie den weiteren Ausbau der Dienstleistungen für die Schulen.

#### **Umweltschutz und Nachhaltigkeit**

Um sich den Anforderungen der Berücksichtigung der Gesetze zum Umweltschutz zu stellen, hat die Lecos GmbH sich an dem Wettbewerb "Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010" der deutschen Umwelthilfe (DUH) beteiligt. Die Lecos GmbH hat 2010 einen Sonderpreis für ihr neues Primärrechenzentrum erhalten. Gewürdigt wurden damit die durch Modernisierung und Konsolidierung der Rechenzentrumstechnik erzielten Energieeinsparungen. Das systematische Vorgehen im Bereich der Klimatisierung wurde auch auf alle weiteren Bereiche der energierelevanten Wirkungskette übertragen. Von den Applikationen und dem Daten-Management über die IT-Hardware und Stromversorgung bis hin zur Kühlung und Gebäudeplanung sind Möglichkeiten zur Optimierung der Energieeffizienz gesucht und Einsparpotenziale konsequent umgesetzt worden.

Im Rahmen von Ausschreibungen, wie auch bei sonstigen Investitionen für die IT sowie bei der Erneuerung des Fuhrparks, berücksichtigt die Lecos GmbH die gesetzlich vorgesehenen und aktuellen Umweltschutzrichtlinien.

In 2019 wurde gem. § 8 EDL-G wiederholt ein Energieaudit nach DIN 16247 durchgeführt mit dem Ziel, die Verbesserung der Energieeffizienz sowie Senkung des Energieverbrauchs unter

fachlicher Betreuung zu erreichen. Die Überprüfung und Fortschreibung der gesteckten Ziele erfolgt alle 4 Jahre. In den erfassten Verbrauchsgruppen sind die Kosten für Strom mit rund 79 % der größte Kostenblock, gefolgt von 17 % für Fernwärme und Transport (4 %). Die größten Verbraucher USV und RLT-Anlagen werden als sehr gut und energieeffizient eingeschätzt. In Folge des Beschlusses der Bundesregierung zum Klimapaket ist die Bepreisung von CO<sub>2</sub> eingeleitet. In Folge ist zu erwarten, dass Strom mit Beginn der Bepreisung ab 2021 schrittweise teurer werden wird. Maßnahmen zur kosteneffizienten Umgehung der Kostensteigerungen können hierbei Beachtung bei der Vertragsgestaltung mit den Energielieferanten auf die Umsetzung der CO<sub>2</sub>-Bepreisung bzw. Bezug von erneuerbaren Energieträgern als auch Einsatz von Technologien für die Nutzung erneuerbarer Energien (bspw. Solar, Photovoltaik u. a.) finden. Geeignete Förderprogramme werden auch zukünftig auf deren Teilnahmeberechtigungen der Lecos GmbH geprüft und können Maßnahmen zur Minimierung der erwarteten Kostensteigerungen unterstützen.

#### **Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft (Prognosebericht)**

Die IT-Branche rechnet vor dem Hintergrund der anstehenden Digitalisierung der Gesellschaft und der Verwaltung sowie der sich verändernden Arbeitsformen (u. a. Anspruch auf Home-Office) mit einer steigenden Nachfrage für das Jahr 2021 ff. An diesen Marktentwicklungen will die Lecos GmbH auch im Jahr 2021 angemessen partizipieren.

Konkretisiert ergeben sich für die Lecos GmbH nachstehende Ziele, deren sukzessive Umsetzung in der Wirtschaftsplanung 2021 ff. abgebildet ist:

- Absicherung der Grundversorgung der Stadt Leipzig mit IT-Technik und -Services,
- Konsequente Ausnutzung von Einkaufsvorteilen und deren Weitergabe an die Kunden,
- Nutzung von kommunalen Umsätzen im Gesellschafterumfeld zur Gewinnung zusätzlicher Deckungsbeiträge,
- Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch Weiterentwicklung der IT als Grundlage für Digitalisierung der Verwaltung sowie die Veränderung der Arbeitswelten,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung und Betreuung kommunaler Anwendungen,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Digitalisierung von Dokumenten und Akten im kommunalen Umfeld,
- Ausbau der Leistungen für die Komm24 GmbH,
- Ausbau des Druckoutput-Volumens und Entwicklung der Lecos GmbH zu einem kompetenten und wirtschaftlichen Anbieter in diesem Bereich,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für Betriebsleistungen, Consulting für IT-Dienstleistungen und Servicemanagement im kommunalen Umfeld,
- Vermarktung von Know-how im Bereich Anwendungsentwicklung,
- Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Region.

Darüber hinaus werden Anstrengungen unternommen, auch im Jahr 2021 innerhalb des Gesellschafterumfeldes (Eigenbetriebe der Stadt Leipzig, Stadtkonzern) die Zahl der Kunden zu erhöhen und das Portfolio für die Stadt Leipzig zu erweitern.

Für das Geschäftsjahr 2021 sind Neuinvestitionen in Höhe von TEUR 3.660 geplant.



Eine abschließende Verteilung der Investitionen auf Darlehen, Leasing oder Eigenmittel wird unterjährig unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung der Lecos GmbH gesteuert und entschieden. Die aktuellen Werte sichern den Gestaltungsspielraum ab.

Der Wirtschaftsplan der Lecos GmbH geht für 2021 von einem Umsatzvolumen von TEUR 37.839, einem Jahresüberschuss von TEUR 239 und liquiden Mittel von TEUR 1.545 aus. Darüber hinaus ist ein Personalaufbau von 36 Stellen im Jahr 2021 geplant, um die steigenden Anforderungen umsetzen zu können. Dies resultiert neben fachlichen Themen auch aus der Erweiterung der betreuten Nutzer (z. B. durch die Kulturhäuser und die Schulen).

Auch im Jahr 2021 müssen die sich verändernden Rahmenbedingungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie konsequent überwacht werden. Die Ausbreitung des Coronavirus kann somit auch 2021 Konsequenzen auf die Erreichung der Prognosen und Ziele des Geschäftsjahres 2021 haben. Beeinträchtigungen im Prozess der Leistungserstellung und/oder Einnahme- und damit einhergehende Ergebnisausfälle können daher nicht vollständig ausgeschlossen werden. Art und Umfang der Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Lecos lassen sich aktuell nicht zuverlässig abschätzen.



### 3.3 ProVitako eG

Im Jahr 2012 erwarb KISA 10 Geschäftsanteile an der ProVitako eG.

#### 3.3.1 Beteiligungsübersicht

<b>Name:</b>	ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT-Dienstleister eG
<b>Anschrift:</b>	Markgrafenstraße 22 10117 Berlin
<b>Telefon:</b>	030 2063156-0
<b>Homepage:</b>	<a href="http://www.provitako.de">www.provitako.de</a>
<b>Rechtsform:</b>	Eingetragene Genossenschaft
<b>Stammkapital:</b>	215.500 EUR
<b>Anteil KISA:</b>	5.000 EUR

#### Unternehmensgegenstand

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung beim Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard- und Software, Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe durch kooperatives Einkaufsmarketing für die Mitglieder sowie weiterer Servicedienstleistungen. KISA und somit auch die Kunden von KISA profitieren an den von der ProVitako eG ausgeschriebenen Rahmenverträgen, insbesondere bei der Beschaffung von Hardware.

#### 3.3.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der ProVitako eG liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

• Gewinnabführungen:	0 €
• Verlustabdeckungen:	0 €
• Sonstige Zuschüsse:	0 €
• Übernommene Bürgschaften:	0 €
• Sonstige Vergünstigungen:	0 €

KISA ist Genossenschaftsmitglied in der ProVitako eG. Die ProVitako eG erhält bei Einkäufen von Technik eine Provision von 0,9 %.

#### 3.3.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2020 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

#### **Unternehmensgegenstand/öffentlicher Zweck**

Der Zweck der Genossenschaft liegt in der wirtschaftlichen Förderung und Betreuung der Mitglieder. Dies geschieht durch den gemeinsamen Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard- und Software, Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen für die Genossenschaftsmitglieder. ProVitako unterstützt darüber hinaus die Mitglieder durch kooperatives Einkaufsmarketing sowie weitere Serviceleistungen, wie z. B. Schulung, Beratung und Betreuung in Unternehmensfragen.

#### **Geschäftsverlauf 2020**

Die Gesellschaft finanziert sich aus einer Marge, die auf den Bezug von Leistungen der geschlossenen Rahmenverträge fakturiert wird. Die IT-Branche hat sich im vergangenen Jahr stärker als die gesamtwirtschaftliche Konjunktur entwickelt. Im Bereich der kommunalen IT ist weiterhin ein deutlicher Anstieg der Nachfrage nach Hard- und Software zu verzeichnen. Dies ist neben den üblichen Ersatzbeschaffungen auf die zunehmende Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und insbesondere auf die Ausstattung der Schulen zurückzuführen. Durch die Corona-Pandemie hat sich dieser Prozess deutlich verstärkt. Hiervon profitiert die ProVitako eG durch ein stetig wachsendes Interesse an Kooperationen und gemeinsamen Ausschreibungen, mit dem Ziel durch Mengenbündelung Synergieeffekte zu erzielen.

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2020 wurden gebündelte Beschaffungsbedarfe in den Bereichen Apple Komponenten, Notebooks und Tablets, RZ Serversystem, VMWare Bedarfe sowie Interactive Displays in gemeinsamen Ausschreibungen veröffentlicht.

Auch im Segment des Leistungsaustausches zeigte sich ein stetig steigendes Interesse daran, IT-Dienste aus dem Verbund zu beziehen.

Insgesamt ist erneut festzustellen, dass ProVitako weiter an Aufmerksamkeit bei den Vitako-Mitgliedern, die exklusiv Mitglieder der Genossenschaft werden können, gewonnen hat und durch das hohe Vergabevolumen immer stärker von den potentiellen Anbietern am Markt wahrgenommen wird. Die Mitglieder kommen mit eigenen Vorschlägen für weitere Bündelungen auf die Genossenschaft zu, Vergabeplanungen werden gemeinsam entwickelt und sie beteiligten sich an den laufenden Aktivitäten.

Zur Unterstützung der laufenden Geschäftstätigkeiten wurde die Geschäftsstelle am Standort Siegburg im Geschäftsjahr 2020 erneut personell aufgestockt.

### 3.4 Komm24 GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Komm24 mit Sitz in Dresden (HRB 39020). KISA hält zum Stichtag 31. Dezember 2020 einen Anteil von 20 %.

#### 3.4.1 Beteiligungsübersicht

<b>Name:</b>	Komm24 GmbH
<b>Anschrift:</b>	Semperstraße 2 01069 Dresden
<b>Telefon:</b>	0351 21391030
<b>Homepage:</b>	<a href="http://www.komm-24.de">www.komm-24.de</a>
<b>Rechtsform:</b>	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
<b>Stammkapital:</b>	25.000 EUR
<b>Anteil KISA:</b>	5.000 EUR (20 %)

#### Unternehmensgegenstand

Die Komm24 GmbH ist eine im Jahr 2019 gegründete gemeinsame Tochter der kreisfreien Städte Chemnitz und Dresden, der Lecos GmbH sowie dem Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) und der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) und hat laut Gesellschaftsvertrag vom 17. Juni 2019 den Unternehmenszweck, gemeinsame Vorhaben der sächsischen Kommunen insbesondere zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und der E-Government-Gesetze des Bundes sowie des Freistaates Sachsen zu realisieren sowie andere IT-Leistungen für ihre Gesellschafter zu erbringen.

Ihr Geschäftsmodell bestand im Jahr 2020 darin, dass sie im Wesentlichen Aufträge von der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) oder auch von anderen Gesellschaftern für die Entwicklung von Online-Antragsassistenten (nach OZG) sowie für weitere IT-Dienstleistungen erhält und für die Umsetzung der Projekte und Leistungen sich vorrangig der Gesellschafter als Subunternehmer bedient. Alle hier für notwendigen Tätigkeiten (wie z. B. Buchhaltung) wurden ausgelagert, sodass die Gesellschaft außer dem Geschäftsführer keine weiteren Mitarbeiter beschäftigte.

Die Komm24 hat ihren Sitz in Dresden und keine weiteren Standorte.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr fanden vier reguläre und zwei außerordentliche Aufsichtsratssitzungen sowie zwei satzungsgemäße Versammlungen der Gesellschaftervertreter statt.

#### 3.4.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der Komm24 liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €



• Verlustabdeckungen:	0 €
• Sonstige Zuschüsse:	0 €
• Übernommene Bürgschaften:	0 €
• Sonstige Vergünstigungen:	0 €

### 3.4.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2020

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2020 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

#### **Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Durch die Verabschiedung des Onlinezugangsgesetzes im Jahr 2017 sind alle öffentlichen Einrichtungen verpflichtet, ihre Dienstleistungen für ihre Kunden über einen elektronischen Eingangskanal anzubieten.

Es kristallisiert sich zunehmend heraus, dass das Ziel des OZG, bis Ende 2022 575 Verwaltungsvorgänge zu digitalisieren, sowohl in Sachsen als auch in sehr vielen anderen Bundesländern nicht erreicht wird. Umso wichtiger sind die Anstrengungen, die im Land Sachsen – nicht zuletzt auch mit der Gründung der Komm24 – unternommen werden, um die Anzahl der umgesetzten digitalen Verwaltungsleistungen stark zu erhöhen.

Die Corona-Pandemie und die damit verbundene Einschränkung der Bewegungsfreiheit und der Kontakte hat die Notwendigkeit zur Einführung digitaler Verwaltungsleistungen noch erheblich verstärkt. Im Jahr 2020 konnte die Komm24 sehr schnell einen Online-Antragsassistenten für die Kommunale Soforthilfe fertig stellen. Es muss jedoch noch mehr Augenmerk auf die Durchgängigkeit und Nutzerfreundlichkeit der Lösungen gelegt werden, um die Akzeptanz der digitalen Verwaltung bei den Bürger\*innen und Unternehmen zu verbessern.

#### **Geschäftsverlauf und Lage**

Das Geschäftsjahr 2020 war bei Komm24 geprägt durch eine umfangreiche Projektarbeit zur Entwicklung von digitalen Verwaltungsleistungen. Es wurden insgesamt ca. 34 Projekte zur Entwicklung von Online-Antragsassistenten sowie deren Anbindung an verschiedene Fachverfahren in Angriff genommen, wovon 7 im Jahre 2020 fertig gestellt wurden. Dazu kam noch eine ganze Reihe von Querschnitts-Projekten, die zum Aufbau eines neuen Integrationsportals, zur Schaffung und Verbesserung von Basisdiensten sowie zur Verbesserung der Projektarbeit und Kommunikation dienen.

##### **a) Ertragslage**

Durch einen hohen Anteil an sonstigen vermittelten IT-Dienstleistungen wurde die Umsatzplanung (2.396,1 TEuro) mit 2.998,8 TEuro deutlich übertroffen. Das Ergebnis (Plan: 32,5 TEuro) konnte aufgrund geringerer Margen vor allen bei den vermittelten Leistungen trotz des erhöhten Umsatzes nicht gehalten werden (24,9 TEuro).

Ein Vergleich mit dem Vorjahr ist aufgrund des Rumpfgeschäftsjahres 2019 nicht oder nur sehr bedingt möglich.

b) Finanzlage

Die Finanzlage wird als gut eingeschätzt. Der Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit beträgt im Berichtsjahr 201,5 TEuro. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beläuft sich auf -105,0 TEuro. Insgesamt ergibt sich ein positiver Gesamtcashflow von 96,5 TEuro.

c) Vermögenslage

wesentliche Bilanzposten

<b>Aktiva</b>	<b>TEuro</b>
langfristige Vermögenswerte	93,3
kurzfristige Vermögenswerte	1849,7
liquide Mittel	232,0
<b>Passiva</b>	
Eigenkapital	134,5
Rückstellungen	11,5
kurzfristige Verbindlichkeiten	1.933,3
Rechnungsabgrenzungsposten	95,7
<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.175,0</b>

Das gesamte Eigenkapital beläuft sich zum Ende des Geschäftsjahres auf 134,5 TEuro. Die Eigenkapitalquote liegt bei 6,1 % und somit in der Größenordnung vergleichbarer Unternehmen der Branche.

**Gesamtaussage**

Unsere Vermögens-, Finanz- und Ertragslage schätzen wir als stabil und gesichert ein.

Unser Finanzmanagement ist darauf ausgerichtet, Verbindlichkeiten stets innerhalb der Zahlungsfrist zu begleichen und Forderungen innerhalb der Zahlungsziele zu vereinnahmen. Die kurzfristigen Verbindlichkeiten sowie die Rückstellungen sind durch die Forderungen und liquiden Mittel gedeckt.

**Prognosebericht**

Zum 01. Januar 2021 wurde Herr Dr. Thomas Schmidt von der Gesellschafterversammlung als neuer Geschäftsführer der Komm24 GmbH bestellt. Herr Dr. Schmidt wird die in der Wirtschaftsplanung für 2021 aufgeführten Geschäftsfelder der Entwicklung von OZG-Leistungen sowie der Vermittlung von sonstigen IT-Dienstleistungen zwischen den Gesellschaftern fortführen. Jedoch soll hier im Laufe des Jahres die Wertschöpfung der Komm24 erhöht werden, auch durch den Aufbau eines neuen Geschäftsfeldes, dem Vertrieb, Marketing, Betrieb und Produktmanagement



von OZG-Leistungen für die Kommunen in Sachsen. Dabei wird es nach wie vor eine enge Leistungsbeziehung zu den Gesellschaftern geben, jedoch die Steuerung des Vertriebs, die Produktverantwortung sowie die vertragliche Kundenbeziehung und die Strategie soll in der Hoheit von Komm24 liegen. Hierzu ist auch vorgesehen, eigene Mitarbeiter einzustellen. Im Geschäftsfeld der Entwicklung von OZG-Leistungen sollen die Effektivität erhöht und die Projektlaufzeiten erheblich verkürzt werden. Das Projektvolumen für die OZG-Projekte wird in 2021 wie im Vorjahr bei ca. 2,4 Mio. Euro liegen. Durch erwartete Vertragsabschlüsse für vermittelte IT-Leistungen (unter anderem für das Sächsische Melderegister und das elektronische Kommunalarchiv) wird sich das Umsatzvolumen weiter erhöhen.

Die derzeitige Corona-Pandemie beeinflusst das Geschäft der Komm24 nicht.

#### **Chancen- und Risikobericht**

##### **a) Risiken aus operativer Tätigkeit**

###### **Umfeld-/ Marktrisiken**

Die Anforderung des Online-Zugangsgesetzes aus dem Jahr 2017, bis Ende 2022 575 Verwaltungsvorgänge zu digitalisieren, wird voraussichtlich von keinem Bundesland erfüllt, so dass anzunehmen ist, dass es hier seitens des Bundes bzw. der Länder eine Verlängerung und auch eine weitere Förderung dieses Vorhabens geben wird. Andererseits besteht das Risiko, dass sich durch die Corona-Pandemie eine stark verschärfende Haushaltlage eine Reduzierung der bereitgestellten Mittel in den Folgejahren ergeben könnte. Wenn im Land Sachsen der Haushalt für 2021/2022 beschlossen wird, ist die Finanzierung zumindest bis Ende 2022 gesichert.

Die Risiken aus der Corona-Pandemie für das Geschäft der Komm24 werden – wie bereits festgestellt – für beherrschbar eingeschätzt, da der Großteil der Arbeiten aus dem Homeoffice oder in kleineren Gruppen erledigt werden kann.

Durch das Grundprinzip der kommunalen Selbstverwaltung sind die Kommunen frei in ihrer Entscheidung, von welchem Anbieter sie Lösungen für die digitale Verwaltung beziehen. Durch die nun sehr hohe Präsenz des Themas digitale Verwaltung gibt es immer neue Anbieter von OZG-Leistungen bzw. erweitern die Anbieter für die Fachverfahren ihr Angebot auch in Richtung einer Portallösung für Bürger\*innen und Unternehmen. Daher ist es nicht zwangsläufig gegeben, dass die von Komm24 entwickelten Antragsassistenten bzw. OZG-Leistungen von den Kommunen gekauft und eingesetzt werden. Das Risiko kann nur durch eine hohe Qualität der Leistungen und durch einen starken Vertrieb bzw. gutes Marketing gemindert werden.

###### **Risiken in den Leistungsbeziehungen**

Die Gesellschaft verfügt momentan über kein eigenes Personal zur Erbringung der geplanten Leistungen. Insofern ist sie darauf angewiesen, dass ihre Dienstleister über genügend qualifiziertes und engagiertes Personal verfügen und dieses im erforderlichen Umfang für die vereinbarten Projekte und zunehmend erforderlichen Betriebsleistungen bereitgestellt werden. Angesichts des relativ engen Personalmarktes für IT-Fachspezialisten ist dies eine ständige Herausforderung, welche im Wesentlichen durch die jeweiligen Dienstleister wahrgenommen wird.

b) Risikomanagementsystem

Alle erkennbaren Risiken für das Geschäft, der Liquidität und der Haftung werden durch den Geschäftsführer der Komm24 laufend identifiziert und in regelmäßigen Beratungen und Abstimmungen mit den Geschäftsleitungen der Gesellschafter dargelegt und erforderliche Maßnahmen gemeinsam abgestimmt und festgelegt. Mit dem Aufbau neuer Geschäftsfelder wird die Komm24 das Risikomanagementsystem weiter ausbauen.

Das Gesamtrisiko für das Geschäft und den Fortbestand der Komm24 wird als gering eingeschätzt.

c) Chancen

Die Corona-Pandemie treibt die Digitalisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen enorm voran und erhält gerade in Verbindung mit dem Pandemie-Management im öffentlichen Bereich derzeit eine sehr hohe Aufmerksamkeit. Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit zu erwarten, dass der Bedarf und das Interesse der Kommunen an digitalen Verwaltungsleistungen stark anwächst und hier die Komm24 – entsprechende Aktivitäten in Vertrieb und Marketing vorausgesetzt – eine wesentliche Rolle spielen wird.

d) Einschätzung

Die Perspektiven für die Entwicklung des Unternehmens sind aus Sicht der Geschäftsführung einerseits durch die langfristige Zusammenarbeit mit den Gesellschaftern als Auftraggeber und Lieferanten im Rahmen der Umsetzung der OZG-Projekte und andererseits durch die strategische Ausrichtung in der Vermarktung der OZG-Leistungen an die Kommunen für die nächsten Jahre gesichert. Unterstützend wirkt hier auch das Geschäft der Vermittlung von IT-Leistungen zwischen den Gesellschaftern der Komm24.

Für das Geschäftsjahr 2021 erwartet die Geschäftsführung bei einer geplanten Steigerung der Umsatzerlöse ein positives Jahresergebnis in Höhe von 25,5 TEuro.

### 3.4.4 Organe

Der Aufsichtsrat setzte sich im Rumpfgeschäftsjahr 2020 wie folgt zusammen:

Herr Sven Schulze, Bürgermeister Dezernat 1, Stadt Chemnitz	Vorsitzender (bis 11.11.2020)
Herr Ulrich Hörning, 1. Bürgermeister Dezernat 1, Stadt Leipzig	Vorsitzender (ab 12.11.2020)
Herr Uwe Albrecht, Bürgermeister Dezernat 7, Stadt Leipzig	Stellvertreter (bis 28.05.2020)
Herr Ulrich Hörning, 1. Bürgermeister Dezernat 1, Stadt Leipzig	Stellvertreter (ab 29.05.2020)
Herr Andreas Bitter, Geschäftsführer KISA	Aufsichtsratsmitglied
Herr Thomas Weber, Direktor SAKD	Aufsichtsratsmitglied
Herr Prof. Dr. Michael Breidung, Betriebsleiter EB-IT Dienstleistungen, Stadt Dresden	Aufsichtsratsmitglied



#### 4 Anteile der mittelbaren Beteiligung der Verbandsmitglieder zum Stichtag 31.12.2020

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecas GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
1	LRA Altenburger Land	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
2	LRA Dahme-Spreewald	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
3	LRA Erzgebirgskreis	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
4	LRA Görlitz	30	1,170	702,03 €	234,01 €	58,50 €
5	LRA Gotha	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
6	LRA Leipzig	30	1,170	702,03 €	234,01 €	58,50 €
7	LRA Meißen	30	1,170	702,03 €	234,01 €	58,50 €
8	LRA Nordsachsen	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
9	LRA Saale-Orla-Kreis	30	1,170	702,03 €	234,01 €	58,50 €
10	LRA Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
11	LRA Vogtlandkreis	30	1,170	702,03 €	234,01 €	58,50 €
12	LRA Weimarer Land	30	1,170	702,03 €	234,01 €	58,50 €
13	LRA Zwickau	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
14	SV Altenberg	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
15	SV Annaberg-Buchholz	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
16	SV Aue-Bad Schlema	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
17	SV Augustusburg	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
18	SV Bad Dübén	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
19	SV Bad Lausick	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
20	SV Bad Muskau	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
21	SV Bad Schandau	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
22	SV Bautzen	30	1,170	702,03 €	234,01 €	58,50 €
23	SV Belgern-Schildau	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
24	SV Bernstadt a. d. Eigen	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
25	SV Böhlen	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
26	SV Borna	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
27	SV Brandis	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
28	SV Burgstädt	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
29	SV Chemnitz	30	1,170	702,03 €	234,01 €	58,50 €
30	SV Coswig	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
31	SV Crimmitschau	30	1,170	702,03 €	234,01 €	58,50 €
32	SV Dahlen	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
33	SV Delitzsch	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
34	SV Dippoldiswalde	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
35	SV Döbeln	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
36	SV Dohna	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
37	SV Dornitzsch VG	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
38	SV Elterlein	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
39	SV Frankenberg/Sa.	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
40	SV Frauenstein	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
41	SV Freiberg	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
42	SV Freital	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
43	SV Geyer	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
44	SV Glashütte	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
45	SV Glauchau	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
46	SV Görlitz	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
47	SV Grimma	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
48	SV Gröditz	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
49	SV Groitzsch	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
50	SV Großenhain	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
51	SV Großröhrsdorf	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
52	SV Großschirma	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
53	SV Hainichen	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
54	SV Hartenstein	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
55	SV Hartha	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
56	SV Harzgerode	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
57	SV Heidenau	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
58	SV Hohenstein-Ernstthal	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
59	SV Hohnstein	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
60	SV Hoyerswerda	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
61	SV Kirchberg	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
62	SV Kitzscher	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
63	SV Königstein	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
64	SV Landsberg	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
65	SV Lauter-Bernsbach	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
66	SV Leipzig	30	1,170	702,03 €	234,01 €	58,50 €
67	SV Leisnig	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
68	SV Limbach-Oberfrohna	30	1,170	702,03 €	234,01 €	58,50 €
69	SV Lommatzsch	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
70	SV Lößnitz	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
71	SV Markneukirchen	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
72	SV Markranstädt	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
73	SV Meerane	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
74	SV Meißen	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
75	SV Mittweida	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
76	SV Mügeln	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €



Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
77	SV Naumburg	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
78	SV Naunhof	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
79	SV Niesky	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
80	SV Nossen	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
81	SV Oberlungwitz	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
82	SV Oelsnitz/Erzgeb.	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
83	SV Ostritz	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
84	SV Pegau	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
85	SV Pirna	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
86	SV Plauen	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
87	SV Pulsnitz	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
88	SV Rabenau	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
89	SV Radeberg (Große Kreis- stadt)	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
90	SV Radebeul (Große Kreis- stadt)	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
91	SV Radeburg	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
92	SV Regis-Breitingen	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
93	SV Reichenbach/ Vogtland	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
94	SV Reichenbach/O.L.	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
95	SV Riesa (Große Kreisstadt)	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
96	SV Roßwein	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
97	SV Rötha	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
98	SV Rothenburg/O.L.	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
99	SV Sayda	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
100	SV Schkeuditz	30	1,170	702,03 €	234,01 €	58,50 €
101	SV Schöneck/Vogtl.	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
102	SV Schwarzenberg/ Erzgeb. (f. GV Pöhl)	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
103	SV Stollberg/Erzgeb.	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
104	SV Stolpen	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
105	SV Strehla	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
106	SV Taucha	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
107	SV Thalheim (Erzgeb.)	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
108	SV Tharandt	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
109	SV Torgau (f. Pflückuff)	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
110	SV Trebsen/Mulde	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
111	SV Treuen	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
112	SV Waldheim	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
113	SV Weimar	30	1,170	702,03 €	234,01 €	58,50 €
114	SV Weißenberg	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €



Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
115	SV Weißwasser/O.L.	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
116	SV Werdau	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
117	SV Wildenfels	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
118	SV Wilkau-Haßlau	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
119	SV Wilsdruff	30	1,170	702,03 €	234,01 €	58,50 €
120	SV Wolkenstein	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
121	SV Wurzen	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
122	SV Zittau (f. GV Hirschfelde)	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
123	SV Zschopau	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
124	SV Zwenkau	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
125	SV Zwönitz	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
126	GV Amtsberg	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
127	GV Arnsdorf	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
128	GV Auerbach/Erzgebirge	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
129	GV Bannewitz	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
130	GV Belgershain	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
131	GV Borsdorf	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
132	GV Boxberg/O.L.	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
133	GV Breitenbrunn/Erzgeb.	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
134	GV Burkau	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
135	GV Burkhardtsdorf	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
136	GV Callenberg	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
137	GV Claußnitz	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
138	GV Crottendorf	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
139	GV Diera-Zehren	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
140	GV Doberschau-Gaußig	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
141	GV Dorfheim	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
142	GV Dürrröhrsdorf-Dittersbach	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
143	GV Ebersbach (01561)	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
144	GV Elstertrebnitz	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
145	GV Eppendorf	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
146	GV Erlau	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
147	GV Frankenthal	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
148	GV Gablenz	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
149	GV Glaubitz	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
150	GV Göda	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
151	GV Gohrisch	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
152	GV Großharthau	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
153	GV Großpösna	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
154	GV Großpostwitz/O.L.	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €

Seite 33 von 37

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KON GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
155	GV Großschönau	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
156	GV Grünhainichen (f. GV Borstendorf)	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
157	GV Hähnichen	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
158	GV Hainewalde	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
159	GV Hartmannsdorf	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
160	GV Hartmannsdorf-Reichenau	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
161	GV Hirschstein	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
162	GV Hochkirch	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
163	GV Hohendubrau	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
164	GV Kabelsketal	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
165	GV Käbschütztal	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
166	GV Klingenberg	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
167	GV Klipphausen	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
168	GV Königswartha	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
169	GV Kottmar	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
170	GV Krauschwitz	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
171	GV Kreba-Neudorf	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
172	GV Kreische	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
173	GV Krostitz	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
174	GV Kubschütz	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
175	GV Laußig	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
176	GV Leubsdorf	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
177	GV Leutersdorf	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
178	GV Lichtenau	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
179	GV Lichtentanne	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
180	GV Liebschützberg	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
181	GV Löbnitz	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
182	GV Lohsa	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
183	GV Lossatal	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
184	GV Machern	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
185	GV Malschwitz	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
186	GV Markersdorf	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
187	GV Mildenau	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
188	GV Mockrehna	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
189	GV Moritzburg	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
190	GV Mücke	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
191	GV Mügilitztal	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
192	GV Muldenhammer	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
193	GV Neschwitz	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €



Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
194	GV Neuensalz	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
195	GV Neuhausen/Erzgeb.	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
196	GV Neukieritzsch	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
197	GV Neukirchen	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
198	GV Neustadt/Vogtl.	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
199	GV Niederau	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
200	GV Nünchritz	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
201	GV Obergurig	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
202	GV Oderwitz	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
203	GV Ottendorf-Okrilla	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
204	GV Otterwisch	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
205	GV Petersberg (f. VG Götsche- tal-Petersb.)	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
206	GV Pöhl	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
207	GV Priestewitz	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
208	GV Puschwitz	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
209	GV Quitzdorf am See	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
210	GV Rackwitz	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
211	GV Rammenau	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
212	GV Rathen, Kurort	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
213	GV Reinhardtsdorf-Schöna	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
214	GV Reinsdorf	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
215	GV Rietschen	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
216	GV Rosenbach (f. VV Rosen- bach)	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
217	GV Schleife	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
218	GV Schmölln-Putzkau	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
219	GV Schöna-Berzdorf a. d. El- gen	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
220	GV Schönfeld	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
221	GV Schwepnitz	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
222	GV Sehmatal	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
223	GV Steinberg	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
224	GV Steinigtwolmsdorf	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
225	GV Striegistal	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
226	GV Tannenberg	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
227	GV Taura	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
228	GV Teutschenthal (f. VG Würde/Salza)	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
229	GV Thiendorf	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
230	GV Trossin	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €

Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
231	GV Wachau	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
232	GV Waldhufen	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
233	GV Weinböhla	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
234	GV Weischlitz / Burgstein	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
235	GV Weißkeißel	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
236	GV Wernsdorf	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
237	GV Wiedemar	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
238	GV Zeithain	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
239	VV Diehna	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
240	VV Eilenburg-West	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €
241	VV Jägerswald	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
242	Verkehrsverbund Oberlausitz- Niederschlesien GmbH	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
243	ZV Verkehrsverbund Oberlau- sitz-Niederschlesien	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
244	Schulverband Treuener Land	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
245	AZV Elbe Floßkanal	8	0,312	187,21 €	62,40 €	15,60 €
246	AZV „Oberer Lober“	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
247	AZV „Schöpsaue“ Rietschen	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
248	AZV „Gemeinschafts-kläran- lage Kalkreuth“	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
249	AZV „Untere Zschopau“	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
250	AZV „Unteres Pließnitztal- Gaule“	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
251	AZV „Weiße Elster“	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
252	AZV „Wilde Sau“ Wilsdruff	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
253	ZV RAVON	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
254	ZV Regionaler Planungsver- band Oberlausitz-Niederschle- sien	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
255	Trink-WZV Mildensau-Strecken- walde	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
256	ZV WAZV „Mittlere Wesenitz“ Stolpen	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
257	ZV Abfallwirtschaft Oberes Elbtal Dresden	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
258	ZV „Parthensau“	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
259	ZV WALL	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
260	JuCo-Soziale Arbeit gGmbH	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
261	Kommunaler Versorgungsver- band Sachsen	20	0,780	468,02 €	156,01 €	39,00 €
262	Kommunaler Sozialverband Sachsen	12	0,468	280,81 €	93,60 €	23,40 €



Nr.	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH %	Anteil Lecos GmbH %	Anteil Komm24 GmbH %
263	Kulturbetriebsgesellschaft Meißner Land mbH	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
264	Lecos GmbH	5	0,195	117,00 €	39,00 €	9,75 €
265	Stadtwerke Schkeuditz	3	0,117	70,20 €	23,40 €	5,85 €
266	Wasser Abwasser Betriebsge- sellschaft Coswig mbH	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
267	Stiftung lebendige Gemeinde Neukieritzsch	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
268	Gesellsch.f. soziale Betreuung Bona Vita	1	0,039	23,40 €	7,80 €	1,95 €
Gesamt 2020:		2564	100	60.000,00 €	20.000,00 €	5.000,00 €



# KDN - Kommunale DatenNetz GmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Wiener Straße 128

01219 Dresden

Tel.: 0351 / 315 69 50

E-Mail: kdn@kdn-gmbh.de

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 01.01.2008

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Die KDN GmbH betreibt und verwaltet das Kommunale Datennetz KDN II in Sachsen.

### Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	60.000€
----------------------	---------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Frank Schlosser
----------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	60.000 €	100,0%
---	----------	--------

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

### Finanzbeziehungen

	12/2018	12/2019	12/2020
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-	-
Sonstiges	-	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-	-
Zuschüsse	-	-	-
Bürgschaften	-	-	-

## IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

*Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur KDN GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.*

# Lecos GmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Prager Straße 8  
04103 Leipzig  
Tel.: 0341/25380  
E-Mail: info@lecos-gmbh.de

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 16.08.2010

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Die Lecos GmbH ist ein Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Sie unterstützt die Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen in Mitteldeutschland IT-seitig dabei, die gesetzlichen Aufgaben für die Bürger zu erfüllen und Verwaltungsprozesse noch bürgerfreundlicher und kostengünstiger zu gestalten.

Die Lecos GmbH wurde im Januar 2001 als Gemeinschaftsunternehmen (Public Private Partnership) der Stadt Leipzig und der IBM Deutschland GmbH gegründet. 51 Prozent der Anteile hielt IBM Deutschland, 49 Prozent der Anteile waren im Besitz der Stadt Leipzig. Die zum damaligen Zeitpunkt relativ moderne Form der öffentlich-privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit konnte die unterschiedlichen und sehr hohen Erwartungen der beiden Partner IBM und Stadt Leipzig nicht erfüllen. Mitte 2002 erwarb die Stadt Leipzig daher die Gesellschafteranteile von IBM Deutschland zurück. Lecos wurde 100-prozentige Tochter der Kommune.

Hervorgegangen ist die Lecos GmbH aus der Abteilung für Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) der Stadt Leipzig, die im November 1990 gebildet wurde. Die IuK baute das erste kommunale Rechenzentrum in den neuen Bundesländern auf, das im Mai 1991 eröffnet wurde.

Heute hält die Stadt Leipzig 90 Prozent der Anteile an der Lecos GmbH, 10 Prozent der Anteile sind im Besitz von KISA.

### Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	200.000€
----------------------	----------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Peter Kühne
------------------

**III BETEILIGUNGEN****Gesellschafter**

Stadt Leipzig	180.000 €	90,0%
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	20.000 €	10,0%

**Beteiligungen**

KOMM24 GmbH	5.000 €	20,0%
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	5.000 €	2,3%

**Finanzbeziehungen**

	12/2018	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-	-
<b>Sonstiges</b>	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>	-	-	-
<b>Zuschüsse</b>	-	-	-
<b>Bürgschaften</b>	-	-	-

**IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE**

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

*Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur Lecos GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.*

# ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Markgrafenstraße 22

10117 Berlin

Tel.: 030 / 2063-156-0

Webseite: <http://www.provitako.de>

**Rechtsform:** eG

**Gründungsdatum:** 01.01.2007

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Ihr Ziel ist es, die Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit von IT-Dienstleistungen ihrer Mitglieder zu verbessern.

Genossenschaftsmitglieder sind ausschließlich Mitglieder der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister Vitako. ProVitako-Mitglieder sind IT-Dienstleister, die zu 100 % in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft sind.

### Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	215.500€
----------------------	----------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Karl-Josef Konopka
Herr Dr. Ralf Resch

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Lecos GmbH	5.000 €	2,3%
Verschiedene	205.500 €	95,4%
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	5.000 €	2,3%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

## Finanzbeziehungen

	12/2018	12/2019	12/2020
<b>Aufwendungen aus Gewinnabführung</b>	-	-	-
<b>Sonstiges</b>	-	-	-
<b>Finanzmittelzufluss</b>	-	-	-
<b>Erträge aus Verlustübernahme</b>	-	-	-
<b>Zuschüsse</b>	-	-	-
<b>Bürgschaften</b>	-	-	-

## IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

*Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G. sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.*



# KOMM24 GmbH

## I RECHTLICHE VERHÄLTNISSE

### Firmensitz:

Semperstraße 2  
01069 Dresden  
Tel.: +49 351 213910 30

**Rechtsform:** GmbH

**Gründungsdatum:** 17.06.2019

**Geschäftsjahresbeginn:** Januar

### Unternehmensgegenstand:

Die Komm24 GmbH ist eine im Jahr 2019 gegründete gemeinsame Tochter der kreisfreien Städte Chemnitz und Dresden, der Lecos GmbH sowie dem Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) und der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) und hat laut Gesellschaftsvertrag vom 17. Juni 2019 den Unternehmenszweck, gemeinsame Vorhaben der sächsischen Kommunen insbesondere zur Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) und der E-Government-Gesetze des Bundes sowie des Freistaates Sachsen zu realisieren sowie andere IT-Leistungen für ihre Gesellschafter zu erbringen.

Ihr Geschäftsmodell besteht darin, dass sie Aufträge von der Sächsischen Anstalt für kommunale Datenverarbeitung (SAKD) oder auch anderen Gesellschaftern erhält und dafür wiederum andere, leistungsfähige Gesellschafter heranzieht und beauftragt. Dazu benötigt sie außer einem Geschäftsführer kein eigenes, angestelltes Personal. Sämtliche Produktions- wie Verwaltungsleistungen werden durch die dafür beauftragten Partner/ Gesellschafter erbracht.

Die Komm24 hat ihren Sitz in Dresden und keine weiteren Standorte.

### Stammkapital:

Gesellschaftsanteile	25.000€
----------------------	---------

## II Organe

Die **Organe** sind wie folgt besetzt:

### Geschäftsführung

Herr Arnold Wiersbinski
-------------------------

## III BETEILIGUNGEN

### Gesellschafter

Lecos GmbH	5.000 €	20,0%
Stadt Chemnitz	5.000 €	20,0%
Stadt Dresden	5.000 €	20,0%
Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung	5.000 €	20,0%
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	5.000 €	20,0%

Das Unternehmen selbst hält keine Beteiligungen.

#### Finanzbeziehungen

	12/2019	12/2020
Aufwendungen aus Gewinnabführung	-	-
Finanzmittelzufluss	-	-
Erträge aus Verlustübernahme	-	-
Zuschüsse	-	-
Bürgschaften	-	-

#### IV WIRTSCHAFTLICHE VERHÄLTNISSE

Für das vorliegende Unternehmen liegt kein bewertetes Risiko vor.

*Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur KOMM24 GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.*



# Anhang

## Anlage 1 Begriffserläuterungen

<b>Abschreibungen</b>	<p>Abschreibungen erfassen die Wertminderungen der Anlagegüter, die durch Nutzung, technischen Fortschritt, wirtschaftliche Entwertung oder durch außergewöhnliche Ereignisse verursacht werden. In der Jahreserfolgsrechnung stellen die Abschreibungen Aufwand dar; sie vermindern somit den steuerpflichtigen Gewinn und damit auch zugleich die gewinnabhängigen Steuern: Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer. Für die Bewertung der Anlagegüter ist zu unterscheiden zwischen</p> <ul style="list-style-type: none"><li>• abnutzbaren und nicht abnutzbaren Anlagegütern sowie</li><li>• planmäßiger und außerplanmäßiger Abschreibung.</li></ul>
<b>Aktiva</b>	<p>Die Aktivseite der <b>Bilanz</b> gibt Auskunft über die Anlage bzw. über die Verwendung des Kapitals (<b>Anlagevermögen</b> und <b>Umlaufvermögen</b>). Sie zeigt also die Mittelverwendung oder Investierung. Die Summe aller Aktiva, die gleich der Summe aller <b>Passiva</b> ist, ergibt die Bilanzsumme.</p>
<b>Anlagevermögen</b>	<p>Vermögensgegenstände mit einem Anschaffungswert über EUR 410 netto und Gegenstände in Sachgesamtheiten (Zusammenfassung mehrerer selbständig nicht nutzungsfähiger Gegenstände, z.B. Schreibtischkombinationen), die dem Unternehmen auf Dauer dienen und längere Zeit im Vermögen verbleiben oder über längere Zeiträume genutzt werden. Das Anlagevermögen ist neben dem <b>Umlaufvermögen</b> Teil der <b>Bilanz</b> eines Unternehmens; es steht auf der Aktivseite und umfasst Sachanlagen (Immobilien, Maschinen, Fuhrpark etc.), Finanzanlagen (Beteiligungen, Wertpapiere etc.) und immaterielle Vermögensgegenstände (Patente, Lizenzen).</p>
<b>Aufwendungen</b>	<p>Jeden Werteverzehr eines Unternehmens an Gütern, Diensten und Abgaben bezeichnet man als Aufwand. Aufwendungen vermindern das <b>Eigenkapital</b>.</p>
<b>Betriebsergebnis</b>	<p>Gegenüberstellung der betrieblichen Aufwendungen (z.B. Materialaufwand, Personalaufwand, <b>Abschreibungen</b>, Mieten u.a.) = Kosten und der betrieblichen Erträge (z.B. Umsatzerlöse, Eigenleistungen u.a.) = Leistungen ergibt das Ergebnis der eigentlichen betrieblichen Tätigkeit = Betriebsergebnis.</p>
<b>Bilanz</b>	<p>Aufstellung der Herkunft und Verwendung des Kapitals zu einem bestimmten Stichtag (Ende des Wirtschaftsjahres) in Kontenform. Sie enthält auf der linken Seite die Vermögensgegenstände (<b>Aktiva</b>), auf der rechten Seite das <b>Fremdkapital</b> und das <b>Eigenkapital (Passiva)</b> als Ausgleich (Saldo). Beide Seiten der Bilanz (ital. Bilancia = Waage) weisen daher die gleichen Summen aus.</p>

<b>Bilanzgewinn/-verlust</b>	Wird das <b>Jahresergebnis</b> um einen Gewinnvortrag aus dem Vorjahr und/oder um Entnahmen aus den Gewinnrücklagen erhöht oder um einen Verlustvortrag aus dem Vorjahr und/oder um Einstellungen in die Gewinnrücklagen vermindert, so erhält man den Bilanzgewinn bzw. -verlust (nur bei Kapitalgesellschaften).
<b>Eigenkapital</b>	Kapital, welches einem Unternehmen von seinen Eigentümern ohne zeitliche Begrenzung und ohne festen Verzinsungsanspruch zur Verfügung gestellt wird. Das Eigenkapital steht auf der Passivseite, gliedert sich in das <b>Gezeichnetes Kapital</b> , je nach Rechtsform als Grund-, Nenn- oder <b>Stammkapital</b> bezeichnet, und die <b>Rücklagen</b> sowie den <b>Gewinnvortrag</b> und den Jahresüberschuss. Soweit die Rücklagen durch Einbehaltung von Gewinnen entstanden sind, werden sie als <b>Gewinnrücklagen</b> bezeichnet. Die <b>Kapitalrücklagen</b> wurden durch Kapitalerhöhungen oder einen Aufschlag auf das eingezahlte Stammkapital gebildet.
<b>Erträge</b>	Alle Wertzuflüsse in ein Unternehmen, die das <b>Eigenkapital</b> erhöhen. Hauptertrag sind die Umsatzerlöse, die nicht nur die Selbstkosten decken sollen, sondern auch einen angemessenen Gewinn erbringen.
<b>Fremdkapital</b>	Ein Teil der <b>Bilanz</b> , der auf der Seite der <b>Passiva</b> aufgeführt wird und die Mittel darstellt, mit denen das Unternehmensvermögen finanziert wurde. Es bezeichnet also die Verbindlichkeiten (Schulden) des Unternehmens, insbesondere Kredite und <b>Rückstellungen</b> für zukünftige Verpflichtungen.
<b>Gesellschafterversammlung</b>	Ist das Entscheidungsgremium der Anteilseigner (Gesellschafter) bei der GmbH. Sie beschließt über Änderungen im Gesellschaftsverhältnis, im Gesellschaftsvertrag und in der Unternehmensstrukturierung. Sie stellt den Jahresabschluss fest und beschließt die Gewinnverwendung. Weiter bestellt sie den Aufsichtsrat, wenn nicht der Stadtrat ein Entsendungsrecht hat.
<b>Gewinn- und Verlustrechnung</b>	Periodische Erfolgsrechnung durch Gegenüberstellung der <b>Erträge</b> und <b>Aufwendungen</b> eines bestimmten Abrechnungszeitraums. Sie ist Bestandteil des handelsrechtlichen Jahresabschlusses und muss zum Ende des Wirtschaftsjahres erstellt werden. Der ausgewiesene Periodenerfolg, der Jahresüberschuss oder -fehlbetrag ( <b>Jahresergebnis</b> ), ist Ausgangsgröße der Gewinnverwendungsrechnung.
<b>Gewinnrücklage</b>	Wird aus dem bereits versteuerten Jahresgewinn durch Einbehaltung bzw. Nichtausschüttung von Gewinnanteilen gebildet. Man unterscheidet vor allem zwischen gesetzlichen, satzungsmäßigen und anderen (freien) Gewinnrücklagen.
<b>Gewinnvortrag</b>	Der nach dem Gewinnverwendungsbeschluss in die nächste Rechnungsperiode vorgetragene (übertragene) Gewinn. In der Folgeperiode wird der Restbetrag dann mit dem aktuellen Ergebnis verrechnet, und es erfolgt ein erneuter Verwendungsbeschluss (siehe <b>Verlustvortrag/-rücktrag</b> ).



<b>Gezeichnetes Kapital</b>	Ist das im Handelsregister eingetragene Kapital, auf das die Haftung der Gesellschafter beschränkt ist. Es ist Bestandteil des <b>Eigenkapitals</b> . Bei der GmbH stellt das Stammkapital, bei der AG das Grundkapital das „Gezeichnete Kapital“ dar. Es ist stets zum Nennwert auszuweisen. Nach dem Verhältnis der gehaltenen Anteile am „Gezeichneten Kapital“ bestimmt sich die Beteiligungsquote.
<b>Investitionen</b>	In der Regel nur Geldverwendungen für den Erwerb von <b>Anlagevermögen</b> (Grundstücke, Gebäude, Maschinen usw.). Für die betriebswirtschaftliche Planung und Steuerung der Investitionstätigkeit ist jedoch eine weiter gefasste Definition zweckmäßig: Investition ist der zukunftsorientierte Einsatz finanzieller Mittel für Güter, die zur Erfüllung bestimmter Ziele längerfristig genutzt werden sollen. Kurz: Investition ist die zielgerichtete Bindung von Kapital. Man unterscheidet zw. Sach-, immateriellen und Finanzinvestitionen.
<b>Jahresergebnis</b>	Ergebnis eines Unternehmens unter Berücksichtigung aller <b>Erträge</b> und <b>Aufwendungen</b> , steht am Ende der Gewinnermittlung (auch: Jahresüberschuss/-fehlbetrag).
<b>Kapitalrücklage</b>	Sie kommt in der Bilanz auf der Passivseite vor und gehört zum <b>Eigenkapital</b> . Die Kapitalrücklage ist die von Kapitalgesellschaften zu bildende <b>Rücklagen</b> . Als Kapitalrücklage auszuweisen sind: <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Der Betrag, der bei der Ausgabe von Anteilen über den Nennbetrag hinaus erzielt wird.</li> <li>2. Der Betrag, der bei der Ausgabe von Schuldverschreibungen zum Erwerb von Anteilen erzielt wird.</li> <li>3. Der Betrag von Zuzahlungen, die Gesellschafter gegen Gewährung eines Vorzugs für ihre Anteile leisten.</li> <li>4. Der Betrag von anderen Zuzahlungen, die Gesellschafter in das Eigenkapital leisten.</li> </ol>
<b>Liquidität</b>	Ist die Zahlungsfähigkeit eines Unternehmens, die sich aus dem Verhältnis der liquiden Mittel zu den fälligen Verbindlichkeiten ermitteln lässt. Es ist zu prüfen, ob die liquiden Mittel ausreichen, das kurzfristig fällige <b>Fremdkapital</b> zu decken. Zahlungsunfähigkeit (Illiquidität) führt meist zum Konkurs.
<b>Passiva</b>	Auf der Passivseite der Bilanz ist die Aufteilung des Vermögens in <b>Eigenkapital</b> und <b>Fremdkapital</b> dargestellt. Sie gibt also Auskunft über die Mittelherkunft des Unternehmens. Die Summe aller Passiva, die gleich der Summe aller <b>Aktiva</b> ist, ergibt die Bilanzsumme.
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	Ausgaben ( <b>Aktiva</b> ) bzw. Einnahmen ( <b>Passiva</b> ) vor dem Abschlussstichtag, soweit sie Aufwand bzw. Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen (Aktive bzw. Passive Rechnungsabgrenzung). Rechnungsabgrenzungsposten dienen der zeitraumrichtigen Abgrenzung der <b>Aufwendungen</b> und <b>Erträge</b> , damit das Gesamtergebnis periodengerecht zum Jahresabschluss ermittelt werden kann.
<b>Rücklagen</b>	Sind variable Eigenkapitalteile auf der Passivseite, die aufgrund von Gesetzen, der Satzung oder auch einfach freiwillig gebildet werden. Rücklagen sind einbehaltene Gewinne oder zusätzliches

**Eigenkapital** aus einem Agio (der Betrag, der bei Ausgabe von Anteilen über den Nennbetrag hinausgeht).

#### **Rückstellungen**

Sind Bilanzpositionen auf der Passivseite. Sie haben den Charakter von ungewissen Verbindlichkeiten, da ihre Höhe und Fälligkeit ungewiss ist. Man unterscheidet in Pensions-Rückstellungen, andere Rückstellungen (z.B. für Prozesskosten, Garantieleistungen, Steuern) und Aufwandsrückstellungen (z.B. für Großreparaturen, Werbekampagnen, künftige Preissteigerungen).

#### **Stammkapital**

Als Stammkapital bezeichnet man die bei Gründung einer Kapitalgesellschaft von den Gesellschaftern zu erbringende Einlage (**Gezeichnetes Kapital**). Bei GmbHs in Deutschland muss das Stammkapital nach § 5 Abs. 1 GmbHG mindestens 25.000,00 EUR betragen. Bei mehreren Gesellschaftern muss jeder mindestens ein Viertel seiner Stammeinlage erbringen, wobei die Summe dieser Einlagen mindestens die Hälfte des gesamten Stammkapitals ergeben muss (vgl. § 7 Abs. 2 GmbHG).

#### **Umlaufvermögen**

Bezeichnet Werte eines Unternehmens, die einer ständigen Änderung durch Zu- und Abgänge unterliegen. Zum Umlaufvermögen zählen unter anderem Warenbestände, Forderungen, Wertpapiere und liquide Mittel. Es steht in der **Bilanz** auf der Aktivseite.

#### **Umsatz**

Erlöse für Lieferungen und Leistungen, die von Unternehmen bzw. Betrieben an Dritte erbracht und in Rechnung gestellt werden. Zur Ermittlung der Erlöse werden Preise abzüglich unmittelbar gewährter Preisnachlässe (Rabatte, Boni, Skonti) zugrunde gelegt. Die Kosten für Fracht, Verpackung und Porto (auch wenn getrennt in Rechnung gestellt) und ebenso die auf den eigenen Erzeugnissen liegenden Verbrauchsteuern werden einbezogen. Die Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) ist in den Erlösen dagegen nicht enthalten.

#### **Verlustvortrag/-rücktrag**

Ist die Möglichkeit des steuerlich wirksamen Verlustausgleiches. Verluste des entsprechenden Abrechnungszeitraumes können mit steuerpflichtigen Gewinnen aus dem vorangegangenen Jahr verrechnet bzw. auf unbegrenzte Zeit vorgetragen werden, damit die Verrechnung mit zukünftig möglichen Gewinnen erfolgen kann. Dies bildet die gesetzlich zulässige Möglichkeit, gezahlte Steuern zurückzuerhalten bzw. die zukünftig mögliche Steuerschuld zu mindern.

## Anlage 2 Kennzahlen

Bezeichnung	Formel
Arbeitsproduktivität (in %)	$\text{Umsatz} / \text{Personalaufwand} * 100$
Effektivverschuldung (in EUR)	$\text{Verbindlichkeiten} - \text{monetäres Umlaufvermögen}$
Eigenkapitalquote (in %)	$\text{Eigenkapital} / \text{Bilanzsumme} * 100$
Eigenkapitalrendite (in %)	$\text{Jahresergebnis} / \text{Eigenkapital} * 100$
Fremdkapitalquote (in %)	$\text{Fremdkapital} / \text{Bilanzsumme} * 100$
Gesamtkapitalrendite (in %)	$(\text{Jahresergebnis} + \text{Zinsaufwand}) /$ $\text{Bilanzsumme} * 100$
Investitionsdeckung (in %)	$\text{Abschreibung} / \text{AfA} + (\text{AV neu} - \text{AV alt}) * 100$
Liquidität 1. Grades (in %)	$\text{monetäres Umlaufvermögen} /$ $\text{kfr. Verbindlichkeiten} * 100$
Pro-Kopf-Umsatz (in EUR)	$\text{Umsatz} / \text{Personalbestand}$
Vermögensstruktur (in %)	$\text{Anlagevermögen} / \text{Bilanzsumme} * 100$

## Anlage 3 Abkürzungen

AbfAbIV	Abfallablagerungsverordnung
AGSGBGesetz	zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch
AO	Abgabenordnung
AWK	Abfallwirtschaftskonzept
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BKZ	Betriebskostenzuschuss
BM	Bürgermeister
BPfIV	Bundespflegeverordnung
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
DB AG	Deutsche Bahn Aktiengesellschaft
DMP	Disease-Management-Programm
DRG	Diagnosis Related Groups
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
EW	Einwohner
EVU	Eisenbahnverkehrsunternehmen
GF	Geschäftsführer
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HH	Haushalt

HK	Handwerkskammer
HRB	Handelsregister B
IRL	Invest Region Leipzig GmbH
i. V. m.	in Verbindung mit
IHK	Industrie- und Handelskammer
KH	Krankenhaus
KHBV	Krankenhaus-Buchführungsverordnung
KHG	Krankenhausgesetz
KrW/AbfG	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
KSV	Kommunaler Sozialverband Sachsen
LDL	Landesdirektion Leipzig
LeitStVO	Leitstellenverordnung
LK	Landkreis
LR	Landrat
LRA	Landratsamt
LWV	Landeswohlfahrtsverband Sachsen
MBA	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
MDV	Mitteldeutscher Verkehrsverbund
MTL	Muldentalkreis
NEF	Notarzteinsatzfahrzeug
NL	Niederlassung
OBM	Oberbürgermeister
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVFinAusG	Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr
ÖPNVFinVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs



ÖRKSF-G	Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe vom 13. Dezember 2002
ÖSPNV	straßengebundener öffentlicher Personennahverkehr
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PVM	Personenverkehrsgesellschaft Muldentail mbH
RL	Regionalbus Leipzig GmbH
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RTW	Rettungstransportwagen
RZV	Rettungszweckverband
SächsABG	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
SächsBRKG	Gesetz zur Neuordnung des Brandschutzes, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes im Freistaat Sachsen
SächsEigBVO	Sächsische Eigenbetriebsverordnung
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung
SächsGVBl	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
SächsKrGebNG	Sächsisches Gesetz zur Neugliederung des Gebietes der Landkreise des Freistaates Sachsen
SächsKomHVO	Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
SächsKRG	Sächsisches Kulturraumgesetz
SächsLKrO	Sächsische Landkreisordnung
SächsLPIG	Sächsisches Landesplanungsgesetz
SächsLWVG	Gesetz über den Landeswohlfahrtsverband Sachsen
SächsL- RettDPVO	Sächsische Landesrettungsdienstplanverordnung
SächsVwNG	Gesetz zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung
SchwBG	Schwerbehindertengesetz

SGB	Sozialgesetzbuch
SMI	Sächsisches Ministerium des Inneren
SMS	Sächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie
SMWA	Sächsisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
TBA	Tierkörperbeseitigungsanlage
VbÄ	Vollbeschäftigtenäquivalent
THÜSAC	THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH Altenburg
TVöD	Tarifvertrag öffentlicher Dienst
VHS	Volkshochschule
Vj./Vorj.	Vorjahr
VmHH	Vermögenshaushalt
VwHH	Verwaltungshaushalt
WEV	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
ZAW	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZVNL	Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

## Anlage 4 Beteiligungen in alphabetischer Reihenfolge

Aufbauwerk Region Leipzig GmbH.....	153
Aus- und Weiterbildungsgesellschaft THÜSAC mbH.....	204
Breitband GmbH Landkreis Leipzig .....	148
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH .....	207
Invest Region Leipzig GmbH.....	158
KDN - Kommunale DatenNetz GmbH.....	369
KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH .....	252
KOMM24 GmbH.....	374
Kommunaler Eigenbetrieb Bildung und Kultur des Landkreises Leipzig .....	30
Kommunaler Eigenbetrieb Rettungsdienst und Brandschutz des Landkreises Leipzig .....	135
Kommunaler Sozialverband Sachsen.....	90
Lecos GmbH .....	370
Mitteldeutsche Verkehrsverbund GmbH (MDV) .....	212
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft.....	68
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G. .....	372
Regionalbus Leipzig GmbH.....	186
Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen .....	170
Servicegesellschaft Muldental mbH.....	85
Soziale Dienste Muldental gGmbH.....	78
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH.....	197
Westfälische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH.....	306
Westfälische Erneuerbare Energien GmbH und Co. KG .....	308
Westfälische Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH .....	310
Zweckverband Abfallwirtschaft West Sachsen .....	271
Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig .....	224
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen .....	258
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) .....	314
Zweckverband Kulturreich Leipzig Raum .....	44



## **Impressum**

Herausgeber:  
Landratsamt Landkreis Leipzig  
Stauffenbergstraße 4  
04552 Borna

Redaktion:  
Beteiligungsmanagement

Redaktionsschluss:  
31.10.2021

Konzeption, Koordination:  
fidas kommunal  
Beteiligungscontrolling Software der Saxess AG

Dieser Bericht steht auch als PDF-Datei im Internet zur Verfügung.

[www.landkreisleipzig.de](http://www.landkreisleipzig.de)